

Das Jubiläumsheft **Mut und Marxismus**

Das Thema: Über Marxismus und Mut, *Thomas Metscher*; Lernen, Lehren und Lesen gegen die Verwahrlosung, *Dietmar Dath*; Kommunismus – ein »unaussprechliches« Wort, *Domenico Losurdo*; Trotz alledem!, *Hermann Klenner*; Marxismus und Kolonialismus, *Vijay Prashad* (Indien); Arbeiterlied und Arbeiterkämpfe, *Kai Degenhardt*; Null KP, alles Kapitalismus? *Georg Fülberth*

Im Rückspiegel: Beiträge von Karlheinz Schrodtt (1963), Werner Czieslak (1973), Ellen Weber (1983), Willi Gerns/Robert Steigerwald (1993), Gretchen Binus (2003), Franz Garnreiter (2013)

Hanauer Friedenskonferenz 2023: *Jeremy Corbyn* (Großbritannien), *Wolfgang Däubler*, *Ingar Solty*, *Robert Weissenbrunner*

Weitere Themen: Neruda, *Jenny Farrell* (Irland); Gramsci, *Gerhard Feldbauer*; Machtverhältnisse in Russland, *Ditte Gerns*; Gesinnungs- und Verantwortungsethik, *Marlon Grohn*; Erwünschte und unerwünschte Migration, *Artur Pech*; Boris Kagarlitzki – Im Auge des Orkans, *Roger D. Markwick* (Australien); Marxismus und Populismus, *Augustin Renier* (Belgien); Climate-Engineering, *Annette Schlemm*; »Weltliga der Antifaschisten« 1923/24, *Ulrich Schneider*; u. v. m.

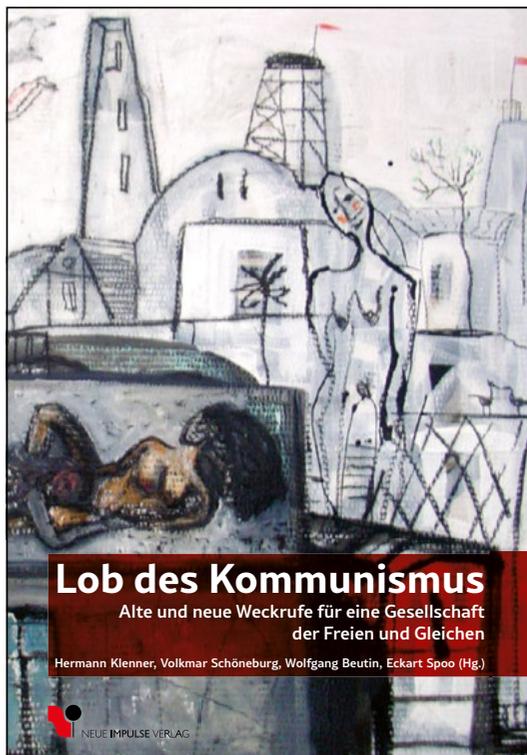
Beilage: Christa Luft: Von der »Zeitenwende« zum Epochenbruch.

Hermann Klenner, Volkmar
Schöneburg, Wolfgang Beutin,
Eckart Spoo (Hg.)

Lob des Kommunismus

*Erweiterte Neuauflage,
Edition Marxistische Blätter, Essen 2023,
Hardcover, gebunden, ca. 200 Seiten,
ca. 24,80 Euro, ISBN 978-3-96170-067-7*

Erscheinungstermin: November 2023



Kommunismus ist auch eine Gedankenwelt. Eine sehr alte sogar, und immer wieder auf ein Neues gedacht. Und nicht totzukriegen, wie die Geschichte lehrt. Das deutet darauf hin, dass kommunistische Ideen einem Grundbedürfnis des Miteinanders von Menschen entsprechen: dem menschlichen Miteinander. Ausdruck einer Sehnsucht zumindest, dass die Verhältnisse grundlegend anders werden müssen, als sie waren und als sie sind. Schließlich geht es um die Konturen einer linken, auf sozialistische, letztendlich kommunistische Lebensverhältnisse gerichteten Politik ... Gewiss, es handelt sich bei den zusammengetragenen Kommunismus-Ideen um Provokationen, bedenkt man die Welt, in der wir gegenwärtig leben. Aber welcher intelligenter Mensch will sich schon sagen lassen, dass er/sie sich dem Nachdenken verweigert, bloß weil zu ihm provoziert wurde? (Hermann Klenner)

Die Friedensbewegung in der multiplen Krise

Thomas Hagenhofer

Die, ich nenne sie mal moderne, Friedensbewegung entstand nach 45 vor dem Hintergrund der die Menschheit bedrohende Gefahr der Vernichtung durch atomare Bewaffnung. Heute sind die Gefahren für das Überleben multipler und komplexer.

Wir haben es mit folgenden Bedrohungen zu tun, wahrscheinlich ist die Liste nicht mal vollständig: Atomkrieg, Klimakatastrophe, Artensterben, Vermüllung der Meere und Endlichkeit natürlicher Ressourcen wie Wasser, Ackerflächen und Sand. Wie ein politökonomischer Tauchsieder treibt das kapitalistische Profitsystem diese Krisen an, zusätzlich werden sie angeheizt von einer Rechtsentwicklung politischer Systeme und der Zivilgesellschaften. Sie lösen Fluchtbewegungen aus, die die Lage weiter verschärfen und zudem aufgrund der Abschottung der kapitalistischen Zentren Tausende jährlich sterben.

Und wir haben es zudem mit einer neuen Bedeutung des Faktors Zeit in diesen Krisen zu tun. Die Gefahr einer atomaren Konfrontation ist so hoch wie nie, aber sie ist zeitlich nicht bestimmbar. Die Krisen im globalen Ökosystem sind es, die Uhr tickt gnadenlos herunter und wir erleben, wie der Kapitalismus vor diesen Herausforderungen versagt.

Wenn diese Analyse auch nur im Ansatz stimmt, dann verändern sich die Perspektiven für eine Friedensbewegung, die diesen Bedrohungen in ihrer Gesamtheit begegnen will. Dann kommen wir nicht umhin, die Zusammenhänge viel stärker herauszuarbeiten, dann kann die Friedensbewegung der kapitalistischen Profitlogik nicht indifferent gegenüber stehen. Das meint nicht, aus der breiten Friedensbewegung eine revolutionäre Kraft zu machen oder eine, die alle globalen Menschheitsprobleme bearbeiten will. Es meint aber, dass die Friedensbewegung sich vom Grundsatz her

als kapitalismuskritische Kraft verstehen muss, wenn sie auf der Höhe der Zeit sein will. Selbiges gilt natürlich auch für die Klimabewegung.

Darüber hinaus kommt heute der Vernetzung der Bewegungen eine viel höhere Bedeutung zu. Nicht umsonst verbreitet sich die Losung »Krieg ist der größte Klimakiller«. Und ebenfalls wird Friedensbewegung immer auch Solidaritätsbewegung für Geflüchtete sein müssen, schon wegen des engen Zusammenhangs von Krieg und Flucht. Die Losung »Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen!« ist angesichts der jüngsten Entwicklungen ein Muss für friedensbewegte Kräfte.

Gleichzeitig bleibt die Herausforderung, das so wichtige strategische Bündnis von Arbeiter- und Friedensbewegung zu erneuern. Das mag vor den aktuellen Entwicklungen eine fast utopische Orientierung sein. Zu sehr sind die Gewerkschaften eingebunden in die bellizistische Einheitsfront, die diesen Krieg in der Ukraine um nahezu jeden Preis gewinnen will. Und genauso verhält es sich im Verhältnis zu den Kirchen. Wenn die FAZ zum Evangelischen Kirchentag titelte: »Abschied von der Generation Käßmann«, dann wird schlaglichtartig deutlich, wie sehr uns dieser Krieg zivilisatorisch zurückwirft. Aber wir wissen auch, dass nichts so bleibt wie es ist, schon gar nicht in dieser Schussfahrt des Katastrophenkapitalismus Richtung Untergang. Die Widersprüche werden nicht nur sichtbar, sie werden erlebbar, werden von den arbeitenden Menschen erlitten. Wie in den 80er Jahren werden diese Widersprüche, diese Kanonen-statt-Butter-Politik zu neuen Massenbewegungen gegen Krieg und Aufrüstung führen, wenn der Schulterschluss mit den Gewerkschaften gelingt, wenn sich die Friedensbewegung nicht in eine bündnispolitische Sackgasse manövriert ...

Marxistische Blätter 5/6_2023

Kommentar

Die Friedensbewegung in der multiplen Krise

Thomas Hagenhofer 1

In gemeinsamer Sache

Aktuelles

Europa: Bewegungslinke im Niedergang

Max Veulliet 6

Begreifen geht anders

Ekkehard Lieberam 8

»Drei Jahre Marxismus und Chile war kaputt.«

Alfredo Rodríguez 10

Free Lina et al. – Antifaschismus ist kein Verbrechen!

Tim Engels 14

Angriff aufs Streikrecht ist kein Kavaliersdelikt

Anne Rieger 17

Idioten, nicht länger nützlich

Boris Kagarlitsky 20

Venezuela – Verratene Hoffnung im 21. Jahrhundert?

Carolus Wimmer 23

Die Partei reagiert auf die Krise in Kuba

Charles McKelvey 27

Zum Tod von Thomas Kuczynski

Georg Fülberth 31

Zu: Künstliche Intelligenz für alle Menschen?

Peter Schadt 33

Meine Anforderungen an ein Kommunistisches Manifest Nr. 2

Leserzuschrift von Hermann Jacobs, Berlin 35

Thema: Mut und Marxismus

Editorial 37

Über Marxismus und Mut

Thomas Metscher im Interview 38

Lernen, Lehren und Lesen gegen die Verwahrlosung

Dietmar Dath 46

Kommunismus – ein »unaussprechliches Wort«?

Domenico Losurdo 50

Trotz alledem!

Hermann Klenner 56

Marxismus und Kolonialismus	
<i>Ein Interview mit Vijay Prashad</i>	63
Wessen Morgen ist der Morgen?	
Arbeiterlied und Arbeiterkämpfe in Deutschland	
<i>Kai Degenhardt</i>	69
Null KP, alles Kapitalismus?	
<i>Georg Fülberth</i>	75

Im Rückspiegel: Beiträge aus sechs Jahrzehnten

Positionen

»Wir sind immer noch Räuber«	
Über erwünschte und unerwünschte Migration	
<i>Artur Pech</i>	106
Populismus und Marxismus	
La France insoumise und die Partei der Arbeit Belgiens – Gemeinsamkeiten und Unterschiede	
<i>Augustin Renier</i>	114
Klimarettung durch Climate Engineering-Brandbeschleuniger?	
<i>Annette Schlemm</i>	121
Zum Unterschied von Gesinnungs- und Verantwortungsethik	
<i>Marlon Grohn</i>	126
Machtverhältnisse im heutigen Russland	
<i>Ditte Gerns</i>	133
Boris Kagarlitzki – im Auge des Orkans	
<i>Roger D. Markwick</i>	141
Ermordung durch »langsames Sterben« – Antonio Gramsci	
<i>Gerhard Feldbauer</i>	146
Neruda zum 50. Todestag	
Friede für alle, die leben: Friede der gesamten Erde und den Wassern	
<i>Jenny Farrell</i>	152

Berichte/Dokumentation

»Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg«	
<i>Friedenskonferenz von IG Metall Hanau-Fulda und Rosa-Luxemburg-Stiftung</i>	159
Widerstand aushalten, Konflikte solidarisch austragen	
<i>Robert Weissenbrunner, IG Metall Hanau</i>	159
Nicht »unser« Krieg, nicht »unsere« Ordnung	
<i>Wolfgang Däubler</i>	161
Krieg, Stagflation und Standortkrieg	
<i>Ingar Solty</i>	165
Mobilmachung gegen Krise und Krieg	
<i>Jeremy Corbyn</i>	171

Kalenderblatt

100 Jahre Internationale Antifaschisten Liga

Ein vergessenes Kapitel antifaschistischer Bündnispolitik der Kommunistischen Internationale

Ulrich Schneider 177

Rezensionen

Thomas Metscher: Sein und Bewusstsein. Ontologische Reflexionen (*Rudolph Bauer*) 180

Hannes Hofbauer/Stefan Kraft (Hg.): Kriegsfolgen, Wie der Kampf um die Ukraine die Welt verändert (*Ulrich Schneider*) 182

Katja Hoyer: Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR (*Volkmar Schöneburg*) 184

Beat Schneider: »Chinas langer Weg in die Moderne – Zwanzig nicht-eurozentristische Thesen« (*Marianna Schauzu*) 186

Werner Rügemer: »Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts« (*Cheng Enfu/Yin Xing*) 188

Martin Schulze Wessel: Der Fluch des Imperiums. Die Ukraine, Polen und der Irrweg in der russischen Geschichte (*Joachim Hösler*) 190

Gerhard Feldbauer: Giorgia Meloni und der italienische Faschismus (*Ulrich Schneider*) 192

Carlos Gomes: Chile 1973, Denkmäler und Wandbilder in DDR und BRD (*Melina Deymann*) 194

Brie, Michael: Sozialismus neu entdecken und Chinas Sozialismus neu entdecken (*Georg Fülberth*) . 195

Es schrieben diesmal 200

Impressum 200

**MARXISTISCHE
BLÄTTER**
Seit 1963
www.marxistische-blaetter.de

Einladung zur Video-Konferenz

Deine Meinung ist gefragt!

Leser (w/m/d) treffen Redakteure

Thema: Das Jubiläumsheft der Marxistischen Blätter

»Mut und Marxismus«

Sonntag, 26. November 2023, ab 10.30 Uhr

Anmeldungen bitte bis 15. November

per E-Mail an

redaktion@marxistische-blaetter.de

Achtung: Teilnehmer:innen bisheriger Treffpunkt-Veranstaltungen werden automatisch eingeladen, müssen sich also nicht erneut anmelden.

Die Freiheit der Kunst ...

hat in der Freien und Hansestadt Bremen scheinbar keinen sehr hohen Stellenwert, zumindest wenn es um pazifistisches und antimilitaristisches Engagement geht. Das bekam der Bremer Professor, Dichter, bildende Künstler (und gelegentliche Autor der Marxistischen Blätter) Rudolph Bauer hautnah zu spüren. Anonym bei der »Meldestelle gegen Hetze im Netz« denunziert, holte ihn am 10. August frühmorgens ein bewaffnetes Rollkommando aus dem Bett, konfiszierte zwecks »Beweissicherung« einige seiner #politicalart-Bildmontagen und sein Smartphone. (siehe <https://www.rationalgalerie.de/home/justiz-und-kunst>). Prof. Thomas Metscher dazu in einem Solidaritätsschreiben: »Der Vorwand, Bauer verharmlose durch seine Bildmontagen die Verbrechen des Nationalsozialismus, ist lachhaft für jeden, der die Forschung und Lehre seiner Tätigkeit an der Bremer Universität sowie seine Arbeit als Künstler kennt. In diesen kritisiert er erbarmungslos die im Namen Deutschlands begangenen Verbrechen gegen Russland und andere Völker der Welt ... Angesichts dieser Tatsache ist es moralisch verbrecherisch, wenn es die deutsche Außenministerin als ihr Ziel betrachtet, »Russland zu ruinieren« – eine Absichtserklärung, die diese bislang weder zurückgenommen noch bedauert hat. Hier von einer Kontinuität deutscher Politik und deutscher Verbrechen zu sprechen, scheint mir mehr als berechtigt. Solche Kontinuitäten aber bringt Bauer in seinen Texten und Montagen ans Licht – eine Tätigkeit, die hohes Lob verdient ... Ein terroristisches Vorgehen von der Art, wie wir es hier in Bremen am Beispiel Rudolph Bauers erleben, hat in vieler Hinsicht einen ›deutschen‹ Charakter und bestätigt sehr genau die politische sowie künstlerische Wahrheit von Arbeiten, wie sie Rudolph Bauer als Teil seines Spätwerks vorlegt. Hier ist, wie Brecht sagte, »der Schoß fruchtbar noch, aus dem das kroch«.

Gabriele Krone-Schmalz ...

teilte uns mit, dass sie nicht bei Hans Lemberg promoviert wurde wie wir in MBI 4_2023 Seite 6 schrieben. Bei ihm habe sie zwar studiert und in Düsseldorf als wissenschaftliche Hilfskraft gearbeitet; ihre Promotion habe aber Günther Stökl (der Doktorvater von Hans Lemberg) betreut. Und noch eine Korrektur: Der Westend Verlag übernimmt die Bücher »*Russland verstehen?*« und »*Eiszeit*« von Gabriele Krone-Schmalz in sein Sachbuchprogramm und bringt beide Bestseller als *erweiterte Neuauflagen* heraus. Westend-Verleger Markus J. Karsten: »Dass wichtige Bücher einer hochverdienten und erfahrenen Journalistin wie Gabriele Krone-Schmalz derzeit nicht lieferbar sind und deren wissensgesättigte Inhalte nicht in die öffentliche Diskussion gelangen, ist nicht gut für die Demokratie. Daher füllen wir diese Lücke.«

Hermann Kopp ...

ist im Juli 80 geworden. Lange Jahre (1992–2004) war er verantwortlicher Redakteur unserer Zeitschrift. Im Namen von Redaktion, Verlag und Herausgeberkreis wünschten wir ihm schriftlich alles Gute: »Bleib gesund, habe noch viele gute Jahre mit Gisela und sage – ganz im Sinne von Bert Brecht – niemals Nein zu einem guten Wein und einem neuen Gedanken.«

Dank an Alle

Durch eine lieb gemeinte »Indiskretion« (Geburtstags-Anzeige in der UZ) hat meine DKP-Kreisorganisation mich als 70-jährig geoutet und mir in meinem Urlaubs-Asyl eine unerwartete Fülle von Glückwünschen, Wertschätzungen meiner Arbeit und Ermutigungen von Leser:innen beschert. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken und versprechen »I'll do weiterhin my very best.«

Lothar Geisler

Europa: Bewegungslinke im Niedergang

Max Veulliet

Die Finanzkrise läutete die Ära linker Bewegungsparteien ein. Spätestens mit den spanischen Wahlen ist diese vorbei, schreibt Max Veulliet von der KPÖ. Denn ohne starke Parteistrukturen geht die spontane Energie der Bewegungen verloren.

Griechenland: Syriza fährt massive Verluste ein. Spanien: Podemos erlebt eine herbe Niederlage bei den spanischen Regionalwahlen. In des ist »Die Linke« in Deutschland weiterhin in scheinbar auswegloser Situation. 2023 scheint es, als wäre die in Parteiform gegossene Bewegungs- und Bündnislinke knapp 15 Jahre nach dem Beginn der Eurokrise und etwa acht Jahre nach ihren größten Erfolgen am Ende. Was ist passiert?

Kometenhafter Aufstieg, schleichender Niedergang

Podemos gründete sich 2014 aus der Indignados-Bewegung heraus, die sich ab 2011 auf Spaniens Straßen und Plätzen gegen die Austeritätspolitik in der Eurokrise wandte. Den größten Erfolg feierte die Partei 2015, als sie bei den Parlamentswahlen 20,7 Prozent erreichte. Bei der Wiederholungswahl 2016 schloss man sich mit der alteingesessenen Izquierda Unida (Vereinigte Linke) zusammen, selbst schon ein Wahlbündnis, das in den Jahren davor zwischen fünf und zehn Prozent der Stimmen geschwankt hatte. Der Antritt namens Unidos Podemos erreichte 21,2 Prozent.

Doch Verhandlungen über eine mögliche Regierungsbeteiligung scheiterten. Erst 2019, als man zwei Millionen Stimmen weniger erhalten hatte als 2016, konnte Unidos Podemos eine Koalition mit der spanischen Sozialdemokratie schließen – als Juniorpartner. Die ursprüngliche Energie war verloren und die Partei von inne-

ren Streitigkeiten über ihre Ausrichtung geschwächt. 2023 flog sie bei den Regionalwahlen sogar aus einigen regionalen Parlamenten. »Sumar«, ein weiterer linker Zusammenschluss unter der Führung einer Kommunistin – der Ministerin für Arbeit und Sozialwirtschaft, Yolanda Díaz – dem sich Podemos etwas unwillig in letzter Minute anschloss, konnte diesen Sonntag nicht einmal das schon vergleichsweise schwache Ergebnis von 2019 halten.

Während bei Podemos die Bewegung zur Partei wurde, wurde Syriza in Griechenland eher als Partei zur Bewegung. Syriza als Zusammenschluss linker Parteien hatte bereits seit 2004 bestanden. Mit der Eurokrise erhielt die Partei dann starken Zulauf aus der Protestbewegung gegen die von EU und IWF auferlegten Austeritätsmaßnahmen. 2015 konnte sie mit Wahlergebnissen deutlich über 30 Prozent mit Alexis Tsipras den Ministerpräsidenten stellen. Bei einer Volksabstimmung über das Kürzungsdiktat stimmten die Griech:innen mit »Nein« – doch die Syriza-Regierung setzte es in einem historischen Vertrauensbruch trotzdem um. Damit war auch der griechischen Antiausteritätsbewegung der Wind aus den Segeln genommen. In Folge verlor man 2019 die Regierungsgämter an die konservative Nea Demokratia und erreichte 2023 nur noch 18 Prozent der Stimmen.

Keine Bewegung hält für immer

An Syriza und Podemos orientierten sich zu ihrer erfolgreichen Zeit viele europäische Parteien, auch Die Linke in Deutschland (mit der Strömung »Bewegungslinke«) und die KPÖ in Österreich. Doch im oben beschriebenen Niedergang zeigt sich das grundlegende Problem einer Linken, die sich von Bewegungen ihre politische Richtung vorgeben lässt: Gelingt es ihr anfänglich, die spontane Energie der Straße aufzufangen, so muss sie danach starke Parteistrukturen aufbauen und kontinuierliche Basisarbeit leisten. Denn keine Bewegung hält für immer – und auf immer neue Bewegungen zu hoffen, ist ein Lotteriespiel. Die Proteste

rund um Eurokrise und Austerität bildeten den Grundstein für die größte europäische sozio-ökonomische Bewegung seit langem. Die Klimabewegung ist dafür kein Ersatz.

Man kann nun entgegnen, dass sowohl in Spanien als auch in Griechenland linke Parteien weiterhin stärkere Wahlergebnisse erzielen als vor der Eurokrise. Gesellschaftlich gesehen wurde hingegen nichts Dauerhaftes gewonnen. Weder wurde der links-liberale Parteienblock gegenüber dem rechtskonservativen Block gestärkt, noch wurden Nichtwähler:innen in relevanter Zahl davon überzeugt, dass sich mit der Wahl einer linken Partei in ihrem Leben etwas zum Besseren verändern kann.

Ein neues Erfolgsrezept

Erfolg haben in Europa mittlerweile andere Formen linker Parteien – und das mit eher klassischen Rezepten. Ein Beispiel ist das starke Wachstum der Partei der Arbeit Belgiens (PVDA/PTB). Sie setzt auf eine direkt an den Alltagsproblemen der arbeitenden Menschen ansetzende Politik, orientiert am Marxismus und ergänzt durch jahrelang verfolgte, selbstorganisierte Solidaritätsprojekte. Strukturell zeichnet die PVDA/PTB ein modernisierter demokratischer Zentralismus aus. Mit ähnlichen Rezepten erzielte die KPÖ in der Steiermark und in Salzburg respektable Ergebnisse.

Vor der Zusammenarbeit mit Bewegungen muss eine Partei wissen, wo sie hinwill und was ihre Strukturen sind. Das ist seit dem Zerfall der Sowjetunion nur wenigen linken Parteien in Europa gelungen. Die europäische Linke war jahrzehntelang in konstantem Umbruch. Für eine kurze Zeit schien es, als hätte die Finanzkrise nach 2008 für die Etablierung eines bestimmten Typus linker Bewegungsparteien gesorgt. Diese kurze Ära ist nun zu Ende. Das müssen wir anerkennen, um unsere Lehren daraus zu ziehen. Wie können wir unsere Parteien und unsere Politik organisieren, um Kontinuität am Weg zum Sozialismus und zu einer befreiten Gesellschaft zu schaffen?

Die flüchtige Energie in Strukturen gießen

Zentral ist: Politische Erfolge, die aus temporären Situationen entstehen, müssen rasch in Parteistrukturen gegossen werden. Wahlsiege verschaffen einer Partei für kurze Zeit sehr viel Aufmerksamkeit und Zulauf. Doch ergeben sich daraus nicht Gruppen auf lokaler oder betrieblicher Ebene, die viele Menschen einbinden können; entwickelt man aus den Aktivgewordenen nicht fähige Führungskräfte, die Parlamentarismus als Werkzeug und nicht als Zweck verstehen sowie fähig sind, zentrale soziale Themen verständlich zu kommunizieren; und startet man keine Projekte vor Ort mit einem Mehrwert für die Bevölkerung; dann wird der Erfolg nicht von Dauer sein.

Was sich schließlich am Beispiel Syriza auch gezeigt hat: Es kann sich lohnen, für langfristige Ziele lieber auf kurzfristige Regierungsmacht zu verzichten. Eine starke linke Partei mit Vertrauen der Bevölkerung ist ein Projekt von Jahrzehnten und braucht entsprechendes Commitment für den Knochenjob vor Ort.

Video-Hinweise zum Thema:

Interview mit Elke Kahr:

<https://www.youtube.com/watch?v=YXuc-4P9ge8>

Die Linke und das Comeback der KPÖ:

<https://youtu.be/0xMauoWPFhc>

Freiverkäufer:innen gesucht

Wir suchen Leserinnen und Leser, die in ihrem persönlichen, politischen, gewerkschaftlichen Umfeld Marxistische Blätter verkaufen.

Kontakt: Lothar Geisler,
log@neue-impulse-verlag.de

Begreifen geht anders

Ekkehard Lieberam

Mario Candeias, Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hat 15 Thesen zur Krise der Linkspartei vorgelegt: zur gesellschaftspolitischen Situation und zur Debatte über die Aufgaben linker Politik.

Candeias vertritt eine pessimistische Sicht. Er sieht die Linke »mindestens ein Jahrzehnt« in der Defensive. »Wir leben in keiner offenen gesellschaftlichen Situation« ist sein erster Satz. Mögliche Alternativen sieht er »verunmöglicht«. Die globale Aufrüstung verenge »den Raum schon jetzt erheblich«. Seit 2011 sieht er, unter anderem mit der Finanz- und Schuldenkrise, der Pandemie, der Bewegung der Geflüchteten, dem Kulturkampf um die liberale gesellschaftliche und die ökologische Modernisierung, neue »Konfliktlinien« und eine »Umordnung des Parteiensystems« entstehen. Der LINKEN sei es seit 2015 »an keiner dieser Konfliktlinien gelungen jeweils einen Pol in der Auseinandersetzung zu besetzen.« Candeias folgt der von den Regierenden favorisierten Transformation in Richtung eines »Green Deal«. Es gäbe eine Polarisierung »zwischen den Trägern einer grün-liberalen Modernisierung und den autoritären Verteidigern einer fossilistischen Lebensweise«.

Seine besondere Sorge gilt der Krise der Linkspartei. Der anti-neoliberale Konsens, der die Linke zusammengehalten habe, zerfasere. Politische Konfliktlinien »verwickelten« sich mit dem »Kampf um Ämter und Positionen«. Einem »sozial- oder linkskonservatives Konzept« stehe ein »sozialliberales Projekt« gegenüber. »Eine sich anbahnende neue Hegemonie schafft durchaus neue Bedingungen für etwas Neues von links.« Dazu brauche es »ein Signal des Aufbruchs auf den Feldern Frieden, sozial-ökologischer Systemwechsel und Infra-

struktur-Sozialismus, Arbeit und Ökonomie der Zukunft«. Immerhin gebe es »noch ein Wählerpotential von ca. 16 Prozent für eine sozial-ökologisch ausgerichtete, kapitalismuskritische und friedenspolitisch neu profilierte linke Partei«.<

Es gehe um eine »klare Profilierung als moderne sozialistische Gerechtigkeitspartei bzw. als klassenorientierte sozialistische und feministische Partei der Gerechtigkeit und Freiheit und des Friedens mit sozialistischer Perspektive«. Zu bedenken wäre angesichts »einer neuen gesellschaftlichen Entwicklungsperiode« bereits jetzt eine »desruptive Neugründung aus dem strategischen Zentrum der Partei heraus«. Erforderlich sei ein »Aufbruch im Sinne eines erkennbaren Bruchs mit dem »weiter so««.

Gewarnt wird mit Recht vor der »Vernichtung« der Linkspartei, aber ansonsten: mehr Fragen als Antworten, die überzeugen; viele Andeutungen, wenig Klartext. Reale Auswege werden nicht aufgezeigt. Kein Wort zu den heftigen inhaltlichen Differenzen in der Linkspartei: um die Systemfrage, um Regierungsbeteiligung, um die Entwicklung des Ukrainekrieges zum Weltordnungskrieg des USA-Imperialismus, kein Wort zur Befürwortung der Waffenlieferungen an die Ukraine und der Sanktionen gegen Russland von Politikern der Partei.¹

Die Forderung nach einem Bruch mit dem »weiter so« ist beachtenswert. Aber sie bleibt ohne Kritik des desolaten, durch Anpassung an den allgemeinen Politikbetrieb gekennzeichneten Zustandes der Linkspartei unverständlich. »Ein Bruch muss noch lange kein Aufbruch sein«, schrieb Loren Balhorn.² Die Forderung nach einer »programmatischen Erneuerung« bleibt dunkel, wenn ungesagt bleibt, was denn

1 Vgl. Ekkehard Lieberam, Die Leiden der Linken und die Leiden an der Linken, Bergkamen 2022. Zu beziehen über: pad-verlag@gmx.net

2 Loren Balhorn, Ein Bruch ist noch kein Aufbruch, Jacobin, 27.7.2023.

am Programm von 2011 »erneuert« werden soll.

Gleich viermal ist in dem Text von »links-konservativ« bzw. »Linkskonservatismus« die Rede. Was damit gemeint ist, wird nicht geschrieben. Der Eindruck ist: Mit diesem Begriff, erfunden, um die »Richtung Wagenknecht« zu stigmatisieren, wird dem Parteivorstand gegenüber Loyalität signalisiert. In seinem Beschluss vom 10. Juni 2023 hatte dieser erklärt, dass die Zukunft der Linkspartei »eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht« sei. Wagenknecht, die zu den Politikern der Linkspartei gehört, die in der Friedens- und Klassenfrage zum Parteiprogramm von 2011 stehen, ist erkennbar auch nach Mario Candeias bei der »Erneuerung der Linken« fehl am Platze.

Manche Einschätzungen im Text (so zur Zerfaserung des anti-neoliberalen Konsensus) sind plausibel. Anderes, wie der Hinweis auf »neue Konfliktlinien«, ist diskussionswürdig. Wichtiges aber fehlt: Der Zusammenhang von Klimakrise und kapitalistischer Produktionsweise wird nicht thematisiert. Vom Ukrainekrieg erfährt man nur, dass er Ausdruck der »Zeitenwende« ist. Zur gegenwärtigen geschichtlichen Epoche, gekennzeichnet auch durch eine neuartige Systemauseinandersetzung zwischen der Volksrepublik China und den USA, in der China nach dem IWF mittlerweile hinsichtlich des kaufkraftbereinigten Welt-BIP vorne liegt,³ wird nichts gesagt. Die damit gegebenen neuen Möglichkeiten solidarischer Fortschritte in den internationalen Beziehungen sind kein Thema.

Unübersehbar ist die pessimistische Sicht des Verfassers auf die derzeitigen politischen Gestaltungsmöglichkeiten linker Politik. Aber warum Resignation und dazu noch Klein-Klein wie das Plädoyer für »Inseln des Überlebens und der Sorge«? Warum keine Kritik an der täglichen Zerstörung der Vernunft durch die

Leitmedien des Kapitals? Warum kein Hinweis darauf, dass Grundlage linker Politik nun einmal Gegenmacht, d. h. der reale gewerkschaftliche und politische Kampf der Lohnarbeiterklasse für ihre Interessen ist? »Die strategische Kernaufgabe der LINKEN«, so steht im Programm, »besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft ... durchzusetzen.«⁴

Eine taugliche Handlungsorientierung enthält das Thesenpapier von Mario Candeias nicht. Zum Begreifen der Welt und der Aufgaben linker Politik trägt es wenig bei. Wie sollte es auch, wenn dafür geeignete Begriffe wie Imperialismus, Kapitalherrschaft, Systemfrage, Klassengesellschaft und Klassenbildung fehlen.

Das Thesenpapier macht gleichwohl deutlich, wie bitter notwendig es ist, wieder einmal die Welt gründlich zu interpretieren, um sie verändern zu können. Die Linke in ihrer Gesamtheit ist gefordert, sich an der Analyse der sehr komplexen, vielschichtigen und sich vor unseren Augen wandelnden Weltlage zu beteiligen. Sinnvollerweise sollte sie dabei dem Ratschlag Lenins folgen: »Die Gesamtheit aller Seiten der Erscheinung, der Wirklichkeit und ihrer (Wechsel-) Beziehungen – das ist es, woraus sich die Wahrheit zusammensetzt. ... Um zu begreifen, muß man mit dem Begreifen, dem Studieren empirisch anfangen und von der Empirie zum Allgemeinen aufsteigen. Um schwimmen zu lernen, muß man ins Wasser gehen.«⁵

3 Vgl. <https://de.statista.com/infografik/27680/anteil-am-kaufkraftbereinigten-globalen-bruttoinlandprodukt/>

4 PROGRAMM DER PARTEI DIE LINKE, Beschluss 2. Parteitag am 21. bis 23. Oktober 2011, Erfurt, S. 49.

5 W. I. Lenin, Konspekt zur »Wissenschaft der Logik«. Die Lehre vom Begriff, LW, Band 38, Berlin 1981, S. 186 und 196.

»Drei Jahre Marxismus und Chile war kaputt.« (BILD am 12. September 1973)

Alfredo Rodríguez

Die 1.000 Tage der Regierung von Salvador Allende in Chile waren für Arbeiter, Bauern und Studenten eine Zeit des sozialen Aufbruchs, als in Chile durch die sozialistische Regierung die kostenlose Bildung eingeführt, das Recht auf Arbeit festgemacht und etwa Strom für alle lanciert wurde. Das Erringen von Rechten für die einen, ist das Ende der Privilegien anderer, weshalb Allendes Regierung seit dem Tag ihrer Wahl Opfer von Destabilisierungskampagnen aus dem In- und Ausland war. Als schließlich die Konterrevolution in den faschistischen Militärputsch gegen die sozialistische Regierung mündet, feiern die bürgerlichen Kräfte in Chile, den USA und auch in der BRD.

Gerade Chile hat mit seiner sehr großen deutschen Gemeinde in seinem Süden historisch gesehen eine besondere Beziehung zu Deutschland. Nicht zuletzt auch militärisch durch die Jahrzehnte andauernde Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Kaiserreich und Chile. Unter dem Preußen Emil Körner, der im Jahr 1900 sogar Oberbefehlshaber der chilenischen Streitkräfte wurde, übernahm die chilenische Armee Uniformen, die Wehrpflicht und sogar das Dienstreglement des Kaiserreichs. Bis heute gibt es aus diesem Grund eine verblüffende Ähnlichkeit zwischen den preußischen Dragonern und der Nationalgarde des chilenischen Präsidenten sowie die noch immer stattfindende Verwendung der Pickelhaube.

Vor diesem Hintergrund ist die Situation in Chile unter der sozialistischen Regierung für die bürgerlichen Kräfte in der BRD in ihrer Wichtigkeit nicht zu vernachlässigen. Die damalige Bundesregierung, die deutschen Parteien, sowie die bürgerliche Presse waren Teil

der Kampagne zum Sturz der Regierung der Unidad Popular.

Während über lange Zeit vor allem die durch FDP-Ministerien blockierten Kredite des Internationalen Währungsfonds für die Allende-Regierung Gegenstand der Kritik der Solidaritätsbewegung an der von Kanzler Willy Brandt geführten Bundesregierung waren, brachte eine Anfrage des Linken-Abgeordneten Jan Korte aus dem Jahr 2019 neue Informationen über die Rolle des westdeutschen Staatsans Licht. So soll nach Angaben der Merkel-Bundesregierung der deutsche Geheimdienst BND genau wie die damalige Brandt-Bundesregierung vorab über den anstehenden Putsch informiert worden sein. Über eine mögliche Zusammenarbeit des BND mit der CIA, die maßgeblich an der Intervention in Chile beteiligt war, machte die Bundesregierung 2019 aus Gründen des »Staatswohls« keinerlei weitere Angaben. So ist davon auszugehen, dass die Ereignisse des 11. Septembers mit dem Staatsstreich der Militärs die Brandt-Regierung nicht überraschten.

Eine entschlossene Reaktion von Seiten der sozialliberalen Koalition blieb aus. Während die Solidaritätsbewegung die sofortige Beendigung der diplomatischen Beziehungen mit der neuen Militärdiktatur forderte, saß die Bundesregierung die Debatte aus und diskutierte später nur noch über eine mögliche Umschuldung Chiles.

Die bürgerlichen Kräfte und die Reaktion ihrer Parteien auf den Putsch

Die deutschen Christdemokraten pflegten schon vor dem Putsch 1973 gute Beziehungen zu ihrer chilenischen Schwesterpartei DC und standen wenig überraschend Allendes Projekt des chilenischen Wegs zum Sozialismus sehr kritisch gegenüber. Den Putsch begrüßte der Unionsfraktionsvorsitzende Karl Carstens am 12. September zwar nicht offen, verurteilte ihn aber auch nicht. Nüchtern erklärte er, dass das Experiment, Sozialismus und freiheitlich de-

mokratische Grundordnung zu vereinen, gescheitert sei. Erst als die Gräueltaten der Militärjunta in Westdeutschland öffentlich wurden, sah sich das CDU-Präsidium am 1. Oktober genötigt, den Putsch zu verurteilen. In dem Beschluss heißt es, dass das CDU-Präsidium den Umsturz der demokratisch gewählten Regierung in Chile bedauere.

Diese widersprüchliche Kommunikation von Seiten der CDU manifestiert die innere Zerrissenheit in weiten Teilen des bürgerlichen Lagers, auch bei der FDP. Auf der einen Seite wurde versucht, ob politisch, medial oder wirtschaftlich, die Allende-Regierung zu destabilisieren und zu verunglimpfen, damit der chilenische Weg zum Sozialismus scheitere. Gleichzeitig aber unterstützte ein beachtlicher Teil der bürgerlichen Kräfte die späteren Verbrechen der Militärjunta nicht. Wichtig ist, sich hierbei die politische Situation 1973 in Erinnerung zu rufen, als FDP und CDU noch immer einen starken »Stahlhelm«-Flügel be-

saßen, der jedwedes Ende der sozialistischen Regierung begrüßte und später enge Beziehungen zur chilenischen Militärdiktatur pflegte.

Ein prominentes Beispiel für den rechtskonservativen Flügel der Christdemokraten, die den Putsch begrüßten, ist der frühere Generalsekretär der CDU und damalige Vorsitzender der Adenauer-Stiftung, Bruno Heck, der im Oktober Chile besuchte, um sich selbst ein Bild der Lage vor Ort zu machen. Bei seiner Rückkehr zitierte ihn die Deutsche Presseagentur bei seiner Pressekonferenz zur Reise mit dem Satz: »Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Frühlingswetter recht angenehm.« Die Süddeutsche Zeitung griff am nächsten Tag das Zitat auf. Die CDU sowie Heck bestritten die Aussage.

Der Hardliner in Sachen Chile war jedoch ohne Zweifel der bayrische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß. Dieser ließ sich am 22. September 1973 im Bayernkurier mit den Worten zitieren: »Angesichts des Chaos, das in Chile geherrscht hat, erhält



Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahreszeitschrift 34. Jahrgang, Nr. 135, Sept. 2023, 224 Seiten

Rüstungspolitik und MIK: EU und USA

Serfati – *Militarisierung der EU* / Cypher – *Politische Ökonomie des US-Militarismus* / Wahl – *Internationale Vergleichbarkeit der Militärausgaben* / Wagner – *EU – USA: Vasall, Partner, Gegner?* / Demirel – *Strategische Autonomie und Europäischer Rüstungskomplex* / Marischka – *Digitaler MIK?*

Politik und Theorie 1923:

Hesselbarth – *Das Scheitern der Thüringer Arbeiterregierung* / Göcht – *Georg Lukács „Geschichte und Klassenbewusstsein“*

Und: Schwarz – *Neuausgabe MEW 21* / Prokop – *Politik der UdSSR und der 17. Juni 1953* / Weiß – *Der lange Weg zum Ende des Vietnamkrieges* / Brinkmann – *DDR und „Henrietta-Effekt“ (II)* / Leisewitz – *Sozialstruktur der BRD (V)* / Metscher – *„Faust“ und die Dialektik*

Sowie: Kommentare; Diskussion – Kritik – Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- €. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail: redaktion@zme-net.de

das Wort Ordnung für die Chilenen plötzlich wieder einen süßen Klang.« Mit seiner späteren Chile-Reise, auf der er den Diktator Pinochet traf und Kontakte zur Folter-Sekte Colonia Dignidad knüpfte, versuchte sich Strauß gegenüber seinem politischen Konkurrenten Helmut Kohl zu profilieren.

Die bürgerliche Presse und ihre Reaktion auf den Putsch

Die Monate vor dem Putsch gegen Allende waren geprägt von dieser psychologischen Kriegsführung, die auch von den internationalen Medien betrieben wurde. Als es schließlich zum Staatsstreich kam, herrschte eine Stimmung der Erleichterung in den deutschen Redaktionen. Die Bild titelte am 12. September: »Drei Jahre Marxismus und Chile war kaputt.«

Der Tenor im Deutschlandfunk, der Bild, der Welt oder FAZ, war im Kontext des 11. Septembers der gleiche, eine Mischung aus Antikommunismus und Relativierung des Putsches und seiner Folgen. Damit herrschte bei den bürgerlichen Parteien und den Medien dieselbe Strategie, man unterstützte in der Mehrheit zwar niemals offen die Militärdiktatur, aber relativierte und rechtfertigte den Sturz der demokratisch gewählten Regierung Allendes.

Das Lesen der Presse aus jener Zeit eröffnet den Einblick in eine weitere Perspektive, die der deutschen Wirtschaft. Besonders auffällig ist eine in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung geschaltete Anzeige vom 29.9., die zum sofortigen Investieren in Chile aufruft. Diese Anzeige kann die Stimmung der großen Konzerne wahrscheinlich am treffendsten zusammenfassen, denn sie deckt sich mit der Faktenlage. Jan Kortes Anfrage an die Merkel-Regierung ergab, dass der Außenhandel der Bundesrepublik mit der chilenischen Militärdiktatur in den Folgejahren rasant anstieg. So stiegen die Exporte 1974 um 40 %, während die Einfuhren aus Chile sogar um 65 % zunahmen. Die deutsche Wirtschaft war einer der großen Profiteure der faschistischen Pinochet-Diktatur.

»Gesiegt, auf die schrecklichste Weise.«

Teile des Staatsapparats in Form des BND, die westdeutsche Medienlandschaft sowie die Parteien mit ihren Stiftungen mischten in Chile mit und versuchten im Kontext des Kalten Krieges zusammen mit weiteren Akteuren, das Scheitern des progressiven Projekts herbeizuführen. Sie nahmen damit die brutalsten Verbrechen in Kauf. Man beteiligte sich zwar aktiv am Sturz der Regierung und man profitierte von der Militärdiktatur, doch man wollte sich, mit Ausnahme der reaktionärsten Kräfte, nicht offen mit der Pinochet-Diktatur verbrüdern. Dennoch konnten die Vertreter des Kapitals ihre Freude über den Putsch nicht verbergen.

Der ehemalige Generalsekretär der rechts-extremen paramilitärischen Organisation *patria y libertad* und einer der Organisatoren des Putsches, Roberto Thieme, fasste diesen auch für die chilenische Rechte existierende Widerspruch in einem Interview für eine Netflix-Dokumentation *Colonia Dignidad* wie folgt zusammen: »Wir haben gesiegt. Trotz alledem. Auf die schrecklichste Weise.«

Literatur

- Dufner, Georg J.: Chile als Partner, Exempel und als Prüfstein. Deutsch-deutsche Außenpolitik und Systemkonkurrenz in Lateinamerika. In: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, Band 61, Heft 4, 2013, S. 513–549.
- Hofmeister, Wilhelm: Die deutschen Christdemokraten und Chile. In: Kas-Auslandsinformationen, Band 20, Heft 7, 2004, S. 22–50.
- Kühnl, Reinhard: Konzeption und Funktion des F.J. Strauß. Im Anhang: Gemeinsam gegen rechts! Stoppt Strauß jetzt! Aufruf zu demokratischer Aktion, Pahl-Rugenstein, Köln 1980
- Müller-Plattenberg, Urs: Die Bundesregierung nach dem Putsch vom 11. September 1973. Fünfzehn Jahre Beziehungen zur Militärdiktatur in Chile. In: Diktatur und Widerstand in Chile (= Bibliothek des Widerstands, Band 29), Laika, Hamburg 2013, S. 243–248.

Aus dem *junge Welt*-Shop

Carlos Gomes

CHILE 1973 Denkmäler und Wandbilder in DDR und BRD

verlag 8.mai



Carlos Gomes

Chile 1973. Wandbilder und Denkmäler aus DDR und BRD

Der Putsch in Chile im September 1973 ist bis heute im Gedächtnis der Weltgesellschaft lebendig. Neben dem Massenmorden der US-Army in Vietnam war dieser Gewaltakt gegen die gewählte sozialistische Regierung von Dr. Salvador Allende mit tausenden Toten eine weitere Gräueltat unter Führung des US-amerikanischer Geheimdienstes CIA.

Carlos Gomes spürte in jahrelangen Recherchen die in DDR und BRD entstandenen Monumente auf. Besonderes Interesse entwickelte er für die von exilchilenischen Kunstbrigaden gemalten Wandbilder, den Murales. 27 Denkmäler und Wandbilder werden großzügig abgebildet und mit einem Text zur Entstehung und Bedeutung eines jeden Monuments ergänzt. Ein Kapitel handelt von verschwundenen Wandbildern, die mit einzigartigen historischen Fotos dokumentiert werden.

**Verlag 8. Mai, 120 Seiten mit großformatigen Farbfotos und Landkarte,
Hardcover mit Fadenheftung, 19,90 Euro (zzgl. Versand)**

Jetzt bestellen unter: www.jungewelt-shop.de

Erhältlich auch im *junge Welt*-Laden

Torstr. 6, 10119 Berlin • Öffnungszeiten: Mi–Fr, 13–18 • Tel.: 0 30/53 63 55 68

Free Lina et al. – Antifaschismus ist kein Verbrechen!

Tim Engels

Ende Mai dieses Jahres ist der »größte und bedeutsamste Prozess gegen Antifaschist:innen der letzten zehn Jahre« (ak) vorerst zu Ende gegangen.

Auf der Anklagebank des Staatsschutzsenates des Oberlandesgerichts Dresden (4 St 2/21) saßen nicht nur eine zur *Terroristin* hochstilisierte Pädagogikstudentin als »Rädelsführerin« sowie drei junge Männer, ebenfalls Studenten bzw. Erzieher und Pfleger, sondern eben auch der militante Antifaschismus, gegen den ein Exempel statuiert wurde, um ihn von einem vermeintlich guten bürgerlichen abspalten zu können.

Bereits die Overtüre wurde orchestriert von einer medialen Vorverurteilung: die Angeklagte wurde mit der Rechtsterroristin und Serienmörderin Zschäpe in eins gesetzt. Der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats meinte, die Angeklagten mit der »SS« gleichsetzen zu müssen. Die »Hufeisendoktrin« feierte fröhliche Urstände. Lina wurde medienwirksam von BKA-Fahndern verhaftet und mit dem Helikopter zum BGH-Ermittlungsrichter nach Karlsruhe geflogen, wo deren U-Haft angedroht wurde, die über 600 Tage währte.

Der Generalbundesanwalt hatte die Ermittlungen an sich gezogen. Das liegt nach dem Gerichtsverfassungsgesetz im Ermessen der Bundesanwaltschaft¹ (BAW) in Fällen, die eine »besondere Bedeutung« aufweisen. Dies

sei aber restriktiv auszulegen, so dass es sich um ein »staatsgefährdendes Delikt von erheblichem Gewicht« handeln müsse, »das die Schutzgüter des Gesamtstaats in einer derart spezifischen Weise angreift« und die Anrufung des höheren Gerichts somit geboten erscheine. Dabei seien neben dem »individuellen Schuld- und Unrechtsgehalt« auch die »konkreten Auswirkungen auf die innere Sicherheit der Bundesrepublik und ihr Erscheinungsbild gegenüber Staaten mit gleichen Wertvorstellungen« zu berücksichtigen (Meyer-Goßner/Schmitt, StPO, München 2020, § 120 GVG, Rz. 3a). Dass diese Voraussetzungen hier kaum vorliegen dürften, scheint evident. Zur »Begründung« griff die BAW als Krücke zu der blumigen Formulierung, dass die Angeklagten die »Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner weg vom gewaltfreien Diskurs hinein in die gewaltsame Konfrontation verlagern und den friedlichen Meinungskampf damit in Frage stellen würden« (*antifa*, 7.1.23); sie hätten die »Gewaltspirale« angeheizt (ak, 20.6.23). Dies mutet vor dem Hintergrund einer Neonazi-Szene, die über Todeslisten verfügt, massiv Munition und Waffen sowie Leichensäcke bevorratet, tatsächlich zynisch an.²

Der Prozess endete nach fast 100 Tagen mit insgesamt 14 Jahren Haft für Körperverletzung zum Nachteil von äußerst brutalen, gewalttätigen Neonazis und Rechtsterroristen, welche die Angeklagten selbst mit dem Tod bedroht hatten und wegen »Bildung einer kriminellen Vereinigung« (§ 129 StGB). Lina wurde zu fünf Jahren und drei Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, Jonathan zu drei Jahren und zwei Monaten, Lennart zu drei Jahren und Jannis schließlich zu zwei Jahren und fünf Monaten.

2 So wurde nun der Prozess gegen Ringel, Andreas, Böhm eröffnet wegen der Verbreitung antisemitischer Nazi-propaganda im extrem rechten Verlag »Der Schelm« bzw. Beteiligung an der militant-faschistischen »Kampfsport«-Gruppe »Knockout 51«, die für eine Vielzahl rechter Gewalttaten und gezielter Überfälle verantwortlich zeichnet. *SZ/jw* vom 21./22.8.2023.

1 Kiessling/Safferling, *Staatsschutz im Kalten Krieg*, München 2021; *SZ*, 15.11.21 – <https://www.sueddeutsche.de/politik/das-politische-buch-als-der-rechtsstaat-auf-der-strecke-blieb-1.5463738>, 26.8.2023.

Um welche Organisation es sich bei dieser »kriminellen Vereinigung« gehandelt haben soll – außer einer vorgeblichen »Gruppe um Lina« –, blieb offen, wie die Bundesanwältin Alexandra Geilhorn selbst einräumen musste: man habe »keine Satzung, kein Kassenbuch« und keinen Namen finden können; es fehle der rauchende Colt.

»Zeit für ein Bekenntnis: Ich bin eine Frau, trage fast immer schwarze Kleidung, bin im Besitz einer Pudelmütze, fahre häufig mit dem Zug, telefoniere viel zu viel und habe eine extrem schlechte Meinung über Nazis. War ich am 15. Februar 2020 in einem sächsischen Regionalexpress unterwegs? Wahrscheinlich nicht, aber genau weiß ich es nicht. Ob Lina E. an diesem Tag in einem sächsischen Regionalexpress unterwegs war, weiß ich auch nicht. Und wenn die Bundesanwaltschaft ehrlich wäre, müsste sie wohl zugeben, dass sie es auch nicht weiß.« (Carina Book, *ak* v. 18.4.23)

Dies zeichnet den Indizienprozess, in dem die Anwendung von Feindstrafrecht³ offenbar geworden ist, recht anschaulich nach. Die Neonazis, die als Zeugen und Nebenkläger auftraten, gerieten sich als Opfer; vor allem aber logen sie nachweislich. So bekundete der vermeintlich unpolitische Kanalarbeiter als vorgebliches Zufallsoffer der Angeklagten, dass es sich bei seiner Mütze der Neonazi-Marke »Greifvogel Wear« um das Geschenk eines Freundes 2011 gehandelt hätte, obwohl die Marke erst 2013 von dem Neonazi Sebastian R. gegründet wurde. Leon R., »zentrale Figur der Neonaziszene in Westthüringen« (*taz*, 28.5.23), hatte noch während der polizeilichen Vernehmung erklärt, dass bei dem vermeintlichen Angriff gegen ihn keine Frau dabei gewesen sei; im Prozess bekundete er hingegen, dass eine Frau Kommandoführerin gewesen wäre. Dennoch hielt der Senat die Naziaussagen für glaub-

haft. Doch waren die Nazis keine unschuldigen Opfer. Mindestens zwei von ihnen waren am Überfall auf Connewitz beteiligt, das Leipziger Szeneviertel, in dem zumindest auch Lina und Lennart gelebt haben.

Zur Erinnerung: Am 11. Januar 2016 hatten bis zu 300 Neonazis diesen Stadtteil bewaffnet angegriffen, Steine und Sprengkörper geworfen, Menschen verletzt und einen Sachschaden von etwa 113.000 Euro angerichtet. Obwohl die Waffen offensichtlich in deren Fahrzeugen deponiert waren, wurden sie seitens der Polizei nicht beschlagnahmt. Dazu passt, dass die Nazizeugen B. und E. von ihnen selbst erstellte Dossiers über potentielle Linke dem LKA Sachsen übermittelt hatten, die Teil der gegen Lina u. a. geführten Ermittlungen wurden.⁴ Gleichwohl weigerte sich der Richter, diese Zusammenhänge aufzuklären; ein Befangenhheitsantrag wurde vom übrigen Senat zurückgewiesen. E. durfte trotz seiner kriminellen Energie die Ausbildung als Referendar beim LG Chemnitz fortsetzen; anderenfalls würde unverhältnismäßig in seine Berufsfreiheit eingegriffen, so das OLG Dresden. Berufsverbote gelten eben traditionell vorwiegend gegen Linke.

Mit diesem Klima waren die Angeklagten konfrontiert, das die Linken-Abgeordnete Katharina König an die 1990er Mordbrennerjahre erinnerte. Zu der Frage, wie es dazu kommen konnte, hat auch Lina gearbeitet. In ihrer Abschlussarbeit an der Universität Halle hatte sie sich mit der sog. »akzeptierenden Jugendarbeit« auseinandergesetzt, die dem »Thüringer Heimatschutz« als Vorfeldorganisation des »NSU« den Nährboden bereitet hatte.

Doch nun nahm sich der Sicherheitsstaat nicht etwa dem wiederauflebenden Problem des seit über 100 Jahren forstbestehenden Rechtsterrorismus an, sondern erschuf in einer völligen Täter-Opfer-Verkehrung, die Soko LinX des LKA Sachsen, die nun um

3 Zum Feindstrafrecht vgl. Volkmar Schöneburg, Der Sicherheitsstaat und das Problem der Kontinuität zur NS-Vergangenheit, in: Marxistische Blätter, Heft 4/2021, S. 65 f.

4 *ak*, 20.6.23; *jW* v. 13.4.22; <https://entnazifizierung-jetzt.de/04-05-2021-leipzig-polizei/>, 27.8.2023.

weitere zehn Staatsschützer auf über 30 (*jW*, 23.8.23) aufgestockt werden soll, um den untergetauchten Antifaschisten habhaft zu werden. Es folgten rechtswidrige Hausdurchsuchungen in Connewitz, spektakuläre Fahndungsaufrufe mit Kopfgeldern bis zu 300.000,00 €. Schließlich musste das Dresdener MEK aufgelöst werden, nachdem die Verbindungen zur terroristischen »Nordkreuz«-Gruppe zu offensichtlich geworden und alleine nach dort rund 10.000 Schuss verbraucht worden sind! Hierzu erklärte das Bündnis: »Es ist eine absurde Vorstellung, dass die Angeklagten sehr wahrscheinlich vom gleichen MEK observiert wurden, das gemeinsam mit rechten Preppern anscheinend für den Tag X trainiert hat.«⁵

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Soko LinX verantwortlich dafür ist, das Ermittlungsergebnisse aus dem Verfahren an die rechte Presse (*Compact*) durchgestochen wurden. Das Bündnis hat eine »Chronik des Versagens« dieser politischen Sondereinheit der Polizei erstellt.⁶

Bei der Ermittlungsarbeit kam ihnen freilich das gesamte Instrumentarium zupass, das die Strafprozessordnung bei einem Verfahren nach §§ 129, a (Bildung terroristischer Vereinigungen), b (Kriminelle und terroristische Organisationen im Ausland) StGB feilzubieten hat. Nicht von ungefähr gelten diese Normen seit jeher als Strukturermittlungsparagraphen⁷, und der ist so alt, wie es überhaupt fortschrittliche bürgerlich-demokratische bzw. die Arbeiter*innenbewegung gibt.

Als Ermittlungsnorm ist die Verfolgung nicht unbedingt auf eine spätere Verurteilung ausgerichtet, sondern der gesamte Instrumentenkasten vermag zunächst genutzt wer-

den, um Szene und Organisationsstrukturen auszuleuchten. Es findet somit eine Vorfeldverlagerung statt, in der das Gesinnungsstrafrecht deutlich zum Vorschein tritt. (Bei ausländischen Vereinigungen wird überhaupt erst ermittelt, wenn das Bundesjustizministerium eine entsprechende Ermächtigung erteilt! Politischer geht es kaum.) Die Folge sind willkürliche Festnahmen, Großrazzien, Identitätsfeststellungen auch im Umfeld, Hausdurchsuchungen, Funkzellenabfragen, Observationen, Schleier-, Schleppnetz- und Rasterfahndungen, Straßensperren mit MP im Anschlag, Überwachung des Fernmeldeverkehrs, Verkehrskontrollen und Wohnraumüberwachung.

Vieles davon wurde im Ermittlungsverfahren gegen die Angeklagten dann auch angewandt. Auffällig waren falsch interpretierte TKÜ-Protokolle, die zumindest teilweise durch Alibis erschüttert werden konnten. Signifikant war auch hier die Verkehrung des Verfahrensgrundsatzes. Aus »in dubio pro reo« wurde »in dubio contra reum«, so dass die Angeklagten wie im Inquisitionsprozess ihre Unschuld beweisen mussten. Von den erschwerten Haftbedingungen ganz zu schweigen (Kontaktsperre, Trennscheibe, Totalisolierung, Postkontrolle und Zensur). Auch die Rechte der Verteidigung sind eingeschränkt. Die Stigmatisierung der Betroffenen ist enorm und reicht bis hin zur Aberkennung der Bürger*innenrechte.

Die Verurteilung einer antifaschistischen Gruppe als vermeintlich »kriminelle Vereinigung« lässt die Einschränkung des Präjudiz der letzten zehn Jahre hinfällig werden, denn es dürfte tatsächlich die erste sein! Die vorherigen Verfahren gegen die Zeitschrift *radikal* (bei linksunten.indymedia hat die Regierung auf das profane Vereinsverbot zurückgegriffen⁸), die Autonome Antifa (M) sowie die »Antifaschistische Aktion« wurden sämtlich noch im Stadium des Ermittlungsverfahrens eingestellt.

5 S. a.: <https://entnazifizierungjetzt.de/31-03-2021-dresden-polizei-hannibal/>, 23.8.2023.

6 <https://www.soli-antifa-ost.org/chronik-soko-linx/>, 25.8.2023.

7 Vgl. zur Geschichte und Funktion dieser Kerntatbestände des politischen Strafrechts Volkmar Schöneburg, Soziale Kämpfe und politische Justiz in der BRD, in: Marxistische Blätter, Heft 3/2023, S. 89 ff.

8 Instrukтив: Detlef G. Schulte, »Undurchdachtes Vorgehen«, in: *jW* v. 14.4.23.

Kein Novum hingegen stellte die Dienstbarmachung eines zweifelhaften Kronzeugen dar. Johannes D. war folglich nicht der erste in politischen Prozessen, der seine ehemaligen Genoss*innen für Zeugenschutz belastet hat. Es ist die Glaubwürdigkeit eines Drei-Groschen-Jungen und trotzdem folgte ihm der Senat, dass Lina und Johann in einer symbiotischen Beziehung gelebt hätten (obwohl dies offensichtlich nicht der Fall war); Johannes D. selbst wurde von ehemaligen Genoss*innen wie seiner damaligen Lebensgefährtin vorgeworfen, sie vergewaltigt zu haben. Das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt. Nach dessen *Outing* suchten Inlandsgeheimdienst und Staatsschutz den Kontakt zu ihm und haben ihn erfolgreich »umgedreht«. Innerhalb der linken radikalen Szene entbrannte in diesem Kontext die dritte große Sexismusdebatte, die bis heute anhält und auch in den »VS«-Berichten mehrfach Erwähnung findet. *Cointelpro*⁹ lässt grüßen.

Was bleibt: »Nach der Urteilsverkündung ist vor dem Prozess« (Solibündnis). Offenbar genügen der BAW 14 Jahre Haft gegen Antifaschismus nicht; auch sie hat gegen das Urteil Revision eingelegt. Die SPD-Innenministerin Faeser, der kurz nach Amtsantritt selbst vorgeworfen worden war, für die *antifa* publiziert zu haben, hat weiteres *konsequentes Handeln* gegen die »linksextremistische Szene« angekündigt und ihren Worten Taten folgen lassen. »Selbstjustiz« dürfe es auch gegen Neonazis nicht geben. Das BKA will ein »neues RAF-Umfeld« ausgemacht haben. Festnahmen, Durchsuchungen und Razzien folgten auf dem Fuße. Im Leipziger Polizeikessel erschien ein verummumter Staatsanwalt, was eher an Militärdiktaturen denken lässt, und einem Gefangenen wurde notwendige Medikation verweigert.

9 COINTELPRO war ein geheimes Programm der US-Bundespolizei FBI. Es umfasste die systematische Überwachung und Störung von politisch aktiven Organisationen sowie Privatpersonen, die das FBI als subversiv bewertete.

Dieses Urteil dürfte das Vertrauen jugendlicher wie alter Antifaschist:innen in den Rechtsstaat beschädigt haben, ob sie nun schon selbst direkt von faschistischer Gewalt und Rechtsterrorismus betroffen waren oder nicht. Der Buchenwaldhäftling Emil Carlebach hatte schon früh erkannt, dass uns niemand verteidige, wenn wir uns nicht selbst helfen. Es ist nicht allzu lange her, dass Ralph Giordano dem Bundeskanzler öffentlich mitgeteilt hatte, die Abwehr neofaschistischer Angriffe »in die eigenen Hände zu nehmen« – bis zum »bewaffneten Selbstschutz« (*taz*, 25.11.92).

Ob das heute eine erfolgversprechende Option sein kann, sei einmal dahingestellt. Wenn nun aber im Zuge der Kriminalisierung der Umweltaktivist:innen der »Letzten Generation« selbst das bürgerliche Feuilleton fordert, § 129 StGB abzuschaffen (*SZ*, 10./11.6.23), sollte die politische Linke dem nicht nachstehen.

Angriff aufs Streikrecht ist kein Kavaliersdelikt

Anne Rieger

Seit dem »Megastreik« im Frühjahr, mit dem sich ca. 100.000 Beschäftigte von ver.di und der Eisenbahnerverkehrsgewerkschaft EVG in einem gemeinsamen 24-Stunden-Streik gegen die Lohndumpings der Herrschenden wehrten, 10,5 bzw. 12 Prozent Lohnerhöhung einschließlich hoher Mindestbeträge von 500 bzw. 650 Euro forderten, reagiert die Klassengegner gereizt. Um die Wirkung des Streiks zu »dämpfen«, rief Verkehrsminister Wissing die Bundesländer offiziell zum Rechtsbruch auf: Er empfahl ihnen, das Fahrverbot für Lastwagen am Sonntag vor dem Streik nicht zu kontrollieren.

Schon im vergangenen Jahr hatte die im Interesse der Eliten agierende Europäische Kommission das »neue Notfallinstrument für den Binnenmarkt (SMEI)« vorgelegt. Ein scheinbar harmloses Instrument, mit dem das Wohlergehen der Bürger:innen gesichert werden sollte. »Dieser Rahmen für die Krisengovernance¹ zielt darauf ab, den freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr zu sichern sowie wesentliche Waren und Dienstleistungen bei künftigen Notfällen für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen EU-weit verfügbar zu halten«².

Trojanisches Pferd

Aber, so Ey und Wegerer, vom Österreichischen Gewerkschaftsbund und der Arbeiterkammer: »Das neue Gesetzespaket zu SMEI ist aus Sicht von Gewerkschaften und der Arbeiterkammer jedoch als brandgefährliches trojanisches Pferd zu bewerten, das eine unmittelbare Gefährdung von Grund- und Arbeitsrechten darstellt: Denn die geplanten Regelungen drohen das Streikrecht sowie arbeits- und sozialrechtliche Bestimmungen infrage zu stellen«. Schon bisher sei im Bereich der EU-Binnenmarktpolitik festzustellen, dass Arbeitnehmer:innen- und Gemeinwohlinteressen gegenüber den sogenannten Marktfreiheiten nachrangig behandelt würden.

Das ist keine neuere Erscheinung. »Das Streikrecht im ILO-Normensystem sieht sich Angriffen der Arbeitgeberschaft ausgesetzt, die nach dem Zusammenbruch des Ostblocks begannen und mittlerweile ein Ausmaß erreicht haben, das nicht nur das Streikrecht, sondern die Funktionsfähigkeit der ILO selbst zu beeinträchtigen droht«, so sie Friedrich Ebert-Stiftung 2016.

Zwar schützt die EU-Grundrechtecharta »die kollektiven Rechte von Arbeitnehmern

ausdrücklich. Doch tatsächlich wurden Tarifautonomie oder Streikrecht durch die europäische Rechtsprechung immer wieder eingeschränkt. Im Konflikt zwischen Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit auf der einen Seite und sozialen Rechten auf der anderen Seite hat der EuGH in mehreren seiner Entscheidungen den wirtschaftlichen Freiheiten den Vorrang gegeben«³, erklärte das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung.

Ein scharfer Wind – nicht offensichtlich spürbar

Die 600 Delegierten des Europäischer Gewerkschaftskongresses hielten es im Mai 2023 für notwendig, auf die vielfältigen Angriffe auf das Streikrecht, die häufig unter dem Radar der veröffentlichten Meinung bleiben, aufmerksam zu machen. Mit der Resolution »Streikrecht als universelles Recht« wiesen sie darauf hin, dass es in einzelnen Mitgliedsstaaten in der jüngeren Vergangenheit immer wieder Bestrebungen gab, das Streikrecht einzuschränken. Der neue gewählte Präsident Katzian betonte in seiner Antrittsrede: »Wer glaubt, das Streikrecht bekämpfen zu müssen, muss mit dem Widerstand der gesamten europäischen Gewerkschaftsbewegung rechnen.«⁴

Das ist zu hoffen. Denn bereits 2018 hat die Initiative Kommunistischer und Arbeiterparteien Europas in einer Stellungnahme festgestellt: »Viele bürgerliche Verfassungen erkennen das Streikrecht formell an, doch in der Praxis wenden die Regierungen und die Repressionswerkzeuge bestimmte Mittel an, um das Streikrecht zunichte zu machen und im Allgemeinen soziale Proteste in vielen Ländern zu verhindern, wobei sie sogar ein Blut-

1 Regeln, Grundsätze, Kontrolle

2 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5443

3 <https://www.wsi.de/de/pressemitteilungen-15991-eu-sozialgipfel-neue-studie-zeigt-reformbedarf-fur-zukunftsfahiges-europa-32654.htm>

4 <https://www.presseportal.de/pm/150063/5519154>

vergießen der Arbeiterinnen und Arbeiter in Kauf nehmen.«⁵

Noch kein Blutvergießen bei uns, aber Beispiele zeigen, wie auf nationaler Ebene die Vorgaben der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission gegen die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften vorangetrieben werden. Diese hatte bereits 2012 ausdrücklich die »Verringerung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht«⁶ als Ziel ausgegeben.

Beispiele

In der Hetzkampagne gegen die Mitglieder der EVG zur Urabstimmung über den unbefristeten Streik, argumentierte das Leitmedium FAZ, dass es »im Interesse des Landes und mit Blick auf die hohe Inflation« wichtig sei, nun »die EVG in die Schranken zu weisen«. Die Ampel solle »endlich gesetzlich sicherstellen, dass bei Streik künftig wenigstens eine mobile Grundversorgung auf der Schiene gewährleistet ist«. Und Dulger, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, forderte beim Arbeitskämpfenrecht »bessere Spielregeln«. Zuvor hatte die Deutsche Bahn die EVG mit einer einstweiligen Verfügung – unter Androhung immenser Schadenersatzforderungen – zur »Aussetzung« eines Streiks gezwungen.

Wenn Arbeitgeber, die bei Streiks in der Pflege vor den Gerichten für die Besetzung von Notdiensten eine Personalstärke einfordern, die sie selber im Alltag gerade nicht verwirklichen, wenn ver.di im Einzelhandel flächendeckend mit Schadenersatzklagen wegen der Streiks überzogen wird, oder wenn Auszubildende nicht zur Prüfung zugelassen werden, weil ihnen durch Teilnahme an Streiks Ausbildungszeiten fehlen, sind das weitere Beispiele. Auch die vom Gericht als rechtswirk-

sam geurteilten Kündigungen von streikenden Gorilla-Beschäftigten oder die seit fünf Monate nicht ausgezahlten Löhne an die Fahrer polnischer Spediteure sind darunter zu fassen.

»Damit wird deutlich, welche Missstände im internationalen Fern- und Güterverkehr auf Deutschlands Straßen jeden Tag vorherrschen«, sagte Renate Sternatz vom DGB Hessen-Thüringen. »Es ist ein Skandal, wenn EU-weite Vorschriften und deutsche Gesetze massiv missachtet und die Fahrer systematisch ausgebeutet werden.«

Europas Sparpolitik sorgt für Abbau von Arbeitnehmerrechten.

Schon 2015 hatte der Internationale Gewerkschaftsbund festgestellt: Europas Sparpolitik sorgt für Abbau von Arbeitnehmerrechten. »Nirgendwo auf der Welt haben sich Arbeitsstandards für Beschäftigte deutlicher verschlechtert, als in den Ländern, die von der europäischen Sparpolitik betroffen sind.«⁷ So hätten Arbeitgeber und Regierungen die Sparpolitik der Europäischen Union für einen Angriff auf soziale und Arbeitnehmerrechte genutzt.

Tarifsysteme »praktisch aufgelöst«, Streikrecht geschwächt. Unter dem Deckmantel der Wirtschaftsreformen seien Tarifrecht und Tarifsystem in Ländern wie Griechenland und Rumänien praktisch aufgelöst worden. In Serbien und Ungarn wurden Gesetze verabschiedet, die die Verhandlungsrechte zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern beschnitten haben. Länder wie Großbritannien (damals EU) und Spanien haben Maßnahmen eingeführt, um das Streikrecht einzuschränken.

Umso wichtiger ist es heute, der EU-Kommission bei ihren Gesetespaketen auf die Finger zu schauen, und den versteckten Angriffen auf Streik- und Beschäftigtenrechte europaweit Widerstand zu leisten.

5 <https://www.initiative-cwpe.org/en/news/STATEMENT-OF-THE-EUROPEAN-COMMUNIST-INITIATIVE-ON-ATTACKS-AGAINST-THE-RIGHT-TO-STRIKE/>
6 Labour Market Developments in »Europe 2012«

7 IGB: Europas Sparpolitik sorgt für Abbau von Arbeitnehmerrechten <https://www.dgb.de/themen/++co++b3e8f3fa-0f8d-11e5-9916-52540023ef1a>

Idioten, nicht länger nützlich

Boris Kagarlitsky

Am 26. Juli 2023 wurde der bekannte Marxist und Soziologe Boris Kagarlitsky in Russland unter dem Vorwand des »öffentlichen Aufrufs zum Terrorismus« verhaftet. Siehe auch Seite 141. Vom gleichen Tag datiert sein Kommentar im Newsletter »Russian Dissident«, den wir hier als Zeichen der Solidarität dokumentieren.

»Sie können, aber wir nicht.« Das mussten wir viele Monate lang wiederholen, als linke und liberale Oppositionelle verhaftet und vor Gericht gestellt wurden, nur weil sie das Wort »Krieg« im Zusammenhang mit militärischen Operationen auf dem Territorium der Ukraine geäußert hatten, während Igor Strelkov und seine Mitarbeiter Worte der militärischen Führung kritisierten, sich über Niederlagen an der Front beklagten und offen über die schrecklichen Zustände in den militärischen Einheiten sprachen. Natürlich kamen sie damit durch, weil sie die Notwendigkeit eines militärischen Vorgehens nicht in Frage stellten. Putin wurde zunächst nicht beim Namen genannt und nicht direkt getadelt. Der Regierung wurde lediglich vorgeworfen, nicht streng genug zu sein. In Bezug auf die Ukraine vertrat man strikt die Meinung, dass ein Land mit einem solchen Namen nicht existieren sollte.

Aber alles hat sich geändert. Am 21. Juli um 11.30 Uhr holten sie Strelkow ab, FSB-Offiziere, die den Gründer des »Angry Patriots Club« festnahmen. Zuvor war bereits Anklage gegen Oberst a. D. Wladimir Kwatschkow, ein weiteres bekanntes Mitglied des Clubs, erhoben worden. Er soll wegen Verunglimpfung der russischen Armee bestraft werden. Natürlich hat Strelkow mit seinen beleidigenden Äußerungen über Putin bestimmte ungeschriebene Grenzen überschritten. Aber wichtiger ist, dass sich die Situation geändert hat.

Den »Wütenden Patrioten« kann man zu Recht Aggressivität und Blutrünstigkeit vorwerfen (und vor dem Hintergrund seiner Mitstreiter ist Strelkov sogar einer der gemäßigtsten). Doch ihr Hauptproblem liegt nicht in ihren Ansichten an sich, sondern in ihrer ungeheuren politischen Naivität und ihrem wirtschaftlichen Analphabetismus, der sie genau dorthin geführt hat, wo sie heute sind. Sie haben nicht verstanden, dass militärische Operationen so kompetent und effektiv durchgeführt wurden, wie es der derzeitige russische Staat vermag. Sie wollten nicht akzeptieren, dass die Ziele dieses Konflikts nichts mit den offiziellen Erklärungen (die sich ohnehin ständig widersprachen) oder mit den schönen Träumen von der Wiederherstellung des Russischen Reiches oder der UdSSR zu tun haben, von denen die »Wütenden Patrioten« immer noch schwärmen. Die Behörden, so sagen sie, haben alles richtig gemacht und ihre Probleme so gut gelöst, wie sie konnten. Wenn man es anders haben will, dann muss man das staatliche System und die politischen Ziele ändern. Das Problem ist jedoch, dass jede ausreichende Änderung weder für die derzeitige Oligarchie noch für eine »patriotische« Agenda, die auf die Rückkehr zu einer imaginären Vergangenheit abzielt, Platz machen würde ...

Nichts anderes als politische Amnesie

Die Lügen der modernen Kreml-Propagandisten unterscheiden sich grundlegend von dem, was wir in der UdSSR erlebt haben. Damals zielte die Propaganda zumindest auf die Lösung echter strategischer Probleme, auf die Mobilisierung von Unterstützung und die Beteiligung der Öffentlichkeit ab. Heute wird nur noch eine unmittelbare Rechtfertigung der aktuellen Situation verlangt, während ein Kurswechsel keinerlei Erklärung erfordert, sondern nur die Weigerung, die eigenen Aussagen der Vergangenheit anzuerkennen – es gab sie einfach nicht! Die von Herrn Orwell in 1984 satirisch beschriebene Praxis ist zu unserem All-

**Sie lügen
wie gedruckt.
Wir drucken,
wie sie lügen.**

**Drei Wochen
gratis!***

Heute mit 8 Seiten extra **W** Wochenendbeilage »faulheit & arbeit«

DIE TAGESZEITUNG

junge Welt

5.000 Abos für die Pressefreiheit! Bestellen auf ju

WV
GEGRÜNDET 1947 · SA.–MO., 8.–10. APRIL 2023, NR. 83 · 2,50 EURO (DE) · 2,70 EURO (AT) · 3,00 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

Den Frieden gewinnen

Höhepunkt der Ostermärsche 2023 am Wochenende:
»Krieg löst keine Probleme – die Waffen nieder!«



Frankreich Blackrod

Paris. In Fra
mehr als ei
schen geg
sene Rente
gegangen.
beteiligter
verschied
570.000 !
trationen
Anheben
alters vor
Gewerks
zwei Mi
der Hau
der »Re
vestmer
ein. »E

* Probeabo endet automatisch, muss nicht abbestellt werden

Bestellen unter: jungewelt.de/probeabo · Abotelefon: 0 30/53 63 55-84

tag geworden. Von der Gesellschaft wird nichts anderes verlangt als politische Amnesie.

Strelkow und seine »Wütenden Patrioten« wurden nicht in dem Moment zu einer Bedrohung, als sie begannen, den Verlauf der Feindseligkeiten zu kritisieren, sondern als sie begannen, die Rhetorik ernst zu nehmen, mit der sie in den letzten anderthalb Jahren gefüttert worden waren.

Wir müssen nicht darüber nachdenken, wie das Regime diese ganze Operation begründet. Die Behörden nehmen sie eindeutig nicht ernst und bereiten sich auf eine große Kehrtwende vor. Beamte auf allen Ebenen sind sich darüber im Klaren, dass das ukrainische Hoheitsgebiet verlassen werden muss, je früher, desto besser. Wie das geschehen soll und vor allem von wem, wissen wir noch nicht. Putin passt eindeutig nicht in diese Planänderung, aber nach dem Aufstand von Jewgeni Prigoschin ist es für niemanden ein Geheimnis, dass seine Herrschaft sich ihrem Ende nähert.

Ferment für eine konservative Revolte

In der Zwischenzeit können die »Wütenden Patrioten« unter dem Vorwand der Missachtung des Herrschers zum Schweigen gebracht werden. Sie sind viel gefährlicher geworden als die linke und liberale Opposition, nicht weil sie eine Alternative bieten oder weil sie etwas ändern wollen oder können, sondern weil sie stur an der alten Agenda festhalten, und zwar genau in dem Moment, in dem die herrschenden Eliten selbst sich anschicken, diese Agenda zu ändern. »Wütende Patrioten« schaffen ein ideologisches Ferment für eine konservative Revolte. Sie können selbst nichts organisieren, und sie werden es auch nicht tun. Aber man weiß ja nie, wie die eigenen Worte ankommen werden! Was ist, wenn Menschen, die genug vom Fernsehen gesehen haben, die beschwerlichen Parolen, die früher verkündet wurden, zu ernst nehmen?

Der Respekt vor der Macht im heutigen Russland erfordert nicht die Unterstützung

ihrer ständig wechselnden offiziellen Ziele, die sich gegenseitig widersprechen, sondern Demut. Eine loyale Öffentlichkeit muss bereit sein, jeder Entscheidung gegenüber loyal zu sein. Dann wird man versuchen, aufrichtige Patrioten, Bewunderer des Zarenreichs, Militaristen, Nostalgiker der UdSSR und einfach diejenigen, die die Mantras von gestern zu fest auswendig gelernt haben, zu vernichten.

Raus aus der ukrainischen Falle?

Die Opposition von gestern mag heute schadenfroh sein. Aber das hat nichts Gutes zu bedeuten. Ganz gleich, wie falsch die »Wütenden Patrioten« liegen, ..., sie werden nicht für ihre Sünden bestraft, nicht einmal für ihre Prinzipien, sondern für die Tatsache, dass sie überhaupt Prinzipien haben. Selbst wenn solche Maßnahmen einen überfälligen Politikwechsel einläuten, gibt es nicht den geringsten Grund zu der Annahme, dass die nächste Wende erfolgreicher sein wird als die vorherige. Die Probleme werden nicht nur nicht gelöst, sie werden nicht einmal erkannt. Die Machthaber beginnen nun zu begreifen, dass sie sich noch aus der ukrainischen Falle befreien müssen, in die sie vor anderthalb Jahren fröhlich hineingesprungen sind. Aber danach wird die ganze riesige Last anderer ungelöster Probleme auf ihre – und unsere – Köpfe fallen.

Wenn jedoch jemand ernsthaft versuchen würde, diese Probleme im Bereich der Wirtschaft, der Politik, des Managements, des sozialen Lebens und der internationalen Beziehungen zu lösen, gäbe es keine ukrainische Kampagne und keinen »Club der Wütenden Patrioten«.

Ins Englische übersetzt von Dan Erdman; DeepL-Übersetzung ins Deutsche durchgesehen und korrigiert von Joachim Hösler

Venezuela – Verratene Hoffnung im 21. Jahrhundert?

Carolus Wimmer

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts blickten weltweit die fortschrittlichen Kräfte hoffnungsvoll auf Lateinamerika und die proletarischen und Volksbewegungen; sahen dort teilweise die Verwirklichung ihrer sozialistischen Utopien, die nach der Niederlage des europäischen Real-Sozialismus nicht mehr möglich schienen.

Heute dagegen sieht man sich mit einer politischen reaktionären Wende in der Region konfrontiert, die zu viel Unverständnis und Fragen führt.

Die neuen Regierungen und Regierungsparteien, die Persönlichkeiten wie Hugo Chávez, Evo Morales und Rafael Correa folgten, wandten sich teilweise oder ganz von den sozialistische Utopien der V. Internationalen (Bolivarianische Revolution in Venezuela, indogener Sozialismus in Bolivien und Bürgerrevolution in Ekuador) ab und griffen auf den nicht klar definierbaren Begriff »Progressivismus« zurück, um sich in Wort und Tat vom Gedanken eines wissenschaftlichen Kommunismus zu trennen und in der Praxis Antikommunismus zu säen.

Als jüngstes Beispiel sehen wir die Verfolgung von Kommunisten, Gewerkschaftern und sozialen Kämpfern in Venezuela, was sicherlich die Frage der Solidarität mit der venezolanischen Regierung und ihrem »Arbeiter-Präsidenten« Maduro in Frage stellt.

Jede Warnung hat nur Sinn, wenn sie rechtzeitig geschieht, deshalb sollte man in diesem Zusammenhang den Artikel von Martin Stefens: »Die Yakarta Methode: Mörderische Blaupause für Lateinamerika über den brutalen außenpolitischen Antikommunismus der

USA – und die westdeutsche Mitverantwortung« lesen¹.

Ein Gespenst geht um, auch in Venezuela – das Gespenst des Kommunismus, und alle reaktionären Mächte, angeführt vom US-Imperialismus, haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet.

Nachdem der Oberste Gerichtshof Venezuelas den Namen und die Symbole der Kommunistischen Partei (PCV) kaperte, bewies die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) in vieler Hinsicht internationale Solidarität mit der PCV und stellte fest: »Durch den Angriff der Maduro-Regierung auf die Kommunistische Partei schwächt sie sich letztendlich selbst. Sie schwächt auch ihren eigenen Stand gegen Angriffe und Sanktionen des Imperialismus.«²

Der dialektische internationale Zwiestreit zwischen antikapitalistischem und antiimperialistischem Kampf weitet sich aus.

Mit der Analyse der Pariser Kommune, helfen uns Karl Marx und Friedrich Engels, auch das Auf und Ab der »lateinamerikanischen kleinbürgerlichen Revolutionen« im XXI. Jahrhunderts aus marxistischer Sicht zu verstehen.

»Bürgerliche Revolutionen, ..., stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Katzenjammer erfaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt«³.

Ja, alles was bisher so »revolutionär« und »rot« erschien, waren nach dem Tod Präsident Hugo Chávez' weiter nichts als »bürgerliche und kleinbürgerliche« politische Machtkämpfe, die in einem »Katzenjammer« in Venezuela

1 <https://amerika21.de/analyse/264863/indonesienblaupause-fuer-lateinamerika>

2 <https://www.unsere-zeit.de/solidaritaet-mit-der-kp-venezuelas-4783023/>

3 Karl Marx/Friedrich Engels, »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«, Marx/Engels, Werke Bd. 8, S. 118.

mit 81 % Armut, 8 Millionen Emigranten, Dollarisierung der Wirtschaft und 5 Dollar Monatslohn endeten.

Wirtschaftliche und soziale Kämpfe in Venezuela: *essen, trinken, wohnen und sich kleiden*

Verschiedene Sektoren der venezolanischen Arbeiterklasse in mehreren Bundesstaaten setzen sich für Lohnforderungen ein, die meisten stehen auf der staatlichen Gehaltsliste. Dies hat zu einer erneuten Belebung der Lohndebatte geführt, sowohl innerhalb der Regierung als auch unter den breiten Mehrheiten im Land. Wiederholen wir, dass der Monats-Mindestlohn der Angestellten und Arbeiter und aller inzwischen 5 Millionen Rentnern bei 130 Bolívar liegt, heute weniger als 5 Dollar.

Erinnern wir uns der Rede Engels': »Das Ergebnis von Karl Marx«, 1883.

»Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte: die bisher unter ideologischen Überwucherungen verdeckte einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können; daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitausschnitts die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben, und aus der sie daher auch erklärt werden müssen – nicht, wie bisher geschehen, umgekehrt.«⁴

Was tut der sozialdemokratische Präsident angesichts der Mobilisierungen? Schafft er Politisierung oder gar eine Politik zur Kana-

lisierung der Unzufriedenheit? Bis heute bestand die Reaktion in vielerlei Hinsicht einfach darin, die Proteste zu kriminalisieren oder den Kampf zu ignorieren.

Wenn die rechte Opposition aus der Unzufriedenheit der Arbeiter Kapital schlägt, dann nicht unbedingt, weil sie eine großangelegte Verschwörung betreibt, sondern einfach, weil wir nicht in der Lage sind, die Forderungen des Volkes in dringenden Momenten zu begleiten. Wir müssen verstehen, was Rosa Luxemburg treffend sagte, dass angesichts von Verwirrung und Orientierungslosigkeit, politische Kühnheit die einzige Antwort ist; wenn wir dieses Prinzip nicht begreifen, sind wir dazu verurteilt, von den Widersprüchen dieser Zeit zerrissen zu werden und nicht von der Wirkungskraft der Rechten. Und da retten uns nicht reformistische oder neoliberale Theorien der sogenannten »Bolivarianischen Revolution« mit der Suche eines »Dritten Weges«, sondern einzig und allein der wissenschaftliche Kommunismus.

Der Kampf für einen würdigen Lohn ist mehr als nur ein taktisches Gefecht. Er ist die wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Modells eines Landes, eine Voraussetzung für den Wiederaufbau oder die Vertiefung einer echten Revolution auf demokratischen Grundlagen im wirtschaftlichen und sozialen. Wie Präsident Hugo Chávez selbst betonte, als er am 30. April 2012 das Dekret über das Arbeitsgesetz (Ley Orgánica del Trabajo, los Trabajadores y las Trabajadoras, Lott) unterzeichnete: »Keine Errungenschaft der Arbeiterinnen und Arbeiter ist ohne einen langen Prozess des Widerstands, des Kampfes und sogar des Leidens erreicht worden«⁵.

4 Karl Marx/Friedrich Engels – Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 19, 4. Auflage 1973, S. 335 f.

5 <https://amerika21.de/analyse/263205/venezuela-kaempfe-fuer-bessere-loehne>

Was ist charakteristisch? Was bestimmt diese bürgerlichen und kleinbürgerlichen politischen Prozesse im XXI. Jahrhunderts?

Nach den erfolgreichen Regierungsjahren des Präsidenten Hugo Chávez mit wichtigen vom Volke unterstützten Schritten zu einer sozialistischen Transition haben wir nach seinem Tode die fatalen Resultate der aktuellen autoritären Regierung, mit klaren bonapartistischen Zügen, und der sozialdemokratischen Regierungspartei PSUV. Sie lassen sich auf fünf schwerwiegenden Probleme zurückzuführen:

- **Korruption**, die im Präsidentschaftspalast beginnt und das wohl größte aller Übel darstellt, denn wie ein schwarzes Loch verschlingt sie alles Positive, was ihr in den Weg kommt.
- **Bürokratismus**, der im Präsidentschaftspalast beginnt und die Ressourcen verschwendet, die zum Wohle der Menschen investiert werden müssten.
- **Macht- oder Amtsmissbrauch**, der im Präsidentschaftspalast beginnt und sich dann wissentlich im ganzen Staatsapparat verbreitet.
- **Inflation und Spekulation** sind zwei Seiten derselben Medaille einer skrupellosen Schicht von Geschäftsleuten, die die Preise ohne jede Begründung erhöhen.
- **Straflosigkeit**, die im Präsidentschaftspalast beginnt und sich in der von ihm kontrollierten Justiz fortsetzt.

Die Reihenfolge oder Hierarchie, die man den registrierten Problemen geben kann, spielt keine Rolle. Bemerkenswert ist die Beziehung, die zwischen ihnen herrscht. In dieser Vision durchdringt die Staatsführung alles, sei es in Form von Korruption, Bürokratismus oder in ihren Ausdrucksformen in Machtmissbrauch und Straflosigkeit. In Wirklichkeit sind sie Teil derselben Verhaltensweise.

Aber was tun? Wohin geht der richtige Weg?

Und auch da helfen uns Marx und Engels, wenn sie argumentieren: »Proletarische Revolutionen dagegen, ..., kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eignen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eignen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen«⁶.

Obwohl seit seiner Erstausgabe 175 Jahre vergangen sind, verliert auch das Manifest der Kommunistischen Partei nichts an Aktualität, sondern wird vielmehr in seinen wesentlichen Punkten bestätigt, auch in Lateinamerika und konkret in Venezuela bei den Klassenkämpfen der venezolanischen Arbeiterklasse, die sicherlich bei Marx und Engels volle Unterstützung bekommen hätten.

Wie wir sehen, kündigt das Manifest bereits prägnant und im Wesentlichen einen Großteil der entscheidenden Widersprüche an, die den heutigen Angriff auf die Kommunistische Partei und die Arbeiterklasse Venezuelas erklären, und bietet gleichzeitig einige zu fordernde Maßnahmen an, für die man organisiert kämpfen muss, wenn die Arbeiterklasse die Macht ergriffen hat.

Marx und Engels bestanden darauf, dass ihre Schriften unter Berücksichtigung der räumlichen und zeitlichen Unterschiede zwischen ihren aufeinanderfolgenden Ausgaben

6 Karl Marx/Friedrich Engels, »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«, Marx/Engels, Werke, Bd. 8, S. 118.

gelesen werden, um die stets notwendige revolutionäre Kritik des Kapitalismus trotz seiner Veränderungen zu bereichern. Aus diesem Grund wurden den neuen und wichtigen Ausgaben des Manifests Einleitungen oder Prologe vorangestellt, die die wertvollen Teile für den neuen Kontext des Klassenkampfes zeigten, wie er in dem Land geführt wurde.

Der Klassenkampf in Venezuela: von der Utopie zur Wissenschaft

Die Studien von Marx und Engels haben »die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« ermöglicht: vom Traum einer Welt der Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit, den die Menschheit seit Jahrtausenden kultiviert, bis zur Wissenschaft von den Aktivitäten, mit denen Menschen ihre Geschichte schreiben, und damit bis zur Wissenschaft vom Aufbau einer zukünftigen Welt. Kommunisten sind diejenigen, die diese Wissenschaft nutzen, um die Emanzipation der Volksmassen von der Bourgeoisie voranzutreiben. Dies gilt für die Kommunisten auf der ganzen Welt, in besonderer Weise aber auch für die Kommunisten der vom Imperialismus unterdrückten Länder, wo nur eine gründliche Kenntnis des Laufs der Dinge es ihnen ermöglicht, die Volksmassen dazu zu bringen, aus eigener Initiative eine Ordnung zu zerstören, die sie erstickt, die sie ausbeutet und unterdrückt, und eine neue Ordnung aufzubauen, die sie nicht kennen, die die Bourgeoisie mit raffinierten Mitteln verheimlicht und verunglimpft und von der sie sie mit allen Mitteln abzulenken versucht.

»Überall ist der Sozialismus das Ergebnis konsequenter Klassenkämpfe, von gemeinsamen Gesetzmäßigkeiten geprägt, wie sie von Marx, Engels und Lenin dargelegt und durch die Praxis der Oktoberrevolution wie auch aller nachfolgenden sozialistischen Umwälzungen bestätigt wurden. Zugleich nimmt, je weiter der revolutionäre Prozeß voranschreitet und je mehr Völker aus dem Herrschaftsbereich des

Imperialismus ausbrechen, die Mannigfaltigkeit der Zugänge zum Sozialismus wie auch der konkreten Formen seiner Ausgestaltung zu«⁷.

Ohne Zweifel muss sich auch die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV) vor jenen Pseudorevolutionären hüten, die die realen Bedingungen dieses Kampfes und die Wechselbeziehungen der Klassenkräfte ignorieren, die bereit sind, in voluntaristischer Manier notwendige Etappen des revolutionären Prozesses zu überspringen und die ihn künstlich forcieren wollen. Ein solches Spiel mit der Revolution, betonte Engels, mit welchen »linken« Deklarationen es auch immer verdeckt wird, kann nur dazu führen, das revolutionäre Ziel zu kompromittieren sowie Niederlagen und Demoralisierung heraufzubeschwören. Wiederholt wandte sich Engels gegen das Abenteuerum der Bakunisten und die sektiererisch-verschwörerischen Tendenzen der Blanquisten und deren Aufrufe, in der Politik keinerlei Kompromisse und Übereinkünfte zu schließen⁸.

»Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. *Proletarier aller Länder, vereinigt euch!*«⁹

7 Willi Gerns/Robert Steigerwald, Antimonopolistischer Kampf heute. Programm der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), Düsseldorf, 1973.

8 P.N. Fedossejew, Der Marxismus im 20. Jahrhundert. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1973.

9 K. Marx/F. Engels, Das Manifest der Kommunistischen Partei, Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 493.

Die Partei reagiert auf die Krise in Kuba

Charles McKelvey

... Am 23. Mai 2023 fand die VI. Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei statt. Der Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Politbüros wurde dem Plenum von Roberto Morales Ojeda, Mitglied des Politbüros und Sekretär für Organisation des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas, vorgelegt.

Der Bericht stellt fest, dass die Plenarsitzung vor dem Hintergrund einer zunehmenden sozioökonomischen Komplexität stattfindet, die durch die Auswirkungen der Verschärfung der Blockade mit 243 neuen Maßnahmen der Trump-Administration verursacht wird, zu denen auch die willkürliche Aufnahme Kubas in die fiktive Liste der Länder gehört, die den Terrorismus unterstützen. Der Bericht stellt fest, dass in der Bevölkerung kein ausreichendes Verständnis für die Auswirkungen der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade auf die Wirtschaft des Landes vorhanden ist.

Der Bericht bekräftigt den politischen Sieg der Revolution bei den jüngsten nationalen Wahlen, da sie die Einheit und das Vertrauen des kubanischen Volkes in das demokratische und sozialistische System Kubas bestätigt haben. Er erkennt auch an, dass die Bedingungen des nationalen Stromversorgungssystems verbessert wurden, so dass die Instabilität überwunden werden konnte, auch wenn es immer noch einige Unterbrechungen der Versorgung gibt, die ständige Aufmerksamkeit erfordern. Der Bericht wertet als wertvoll den jüngsten Besuch einer Parteidelegation in Laos, Vietnam und China zum Zwecke des Austauschs mit den kommunistischen Parteien dieser Länder. Und der Bericht bekräftigt die Außenpolitik der Regierung, die auf den Grundsätzen der

Achtung der Souveränität aller Nationen und der Entwicklung von für beide Seiten vorteilhaften Handelsbeziehungen zwischen den Nationen beruht.

Der Bericht räumt jedoch auch eine Vielzahl von Problemen ein. Die Verknappung der Benzin- und Dieselvorräte hat zu einer Treibstoffkrise geführt, die sowohl im öffentlichen als auch im privaten Verkehr ernste Schwierigkeiten verursacht. Auf dem Lande haben sich die Wohn- und Verkehrsverhältnisse verschlechtert, und die Dienstleistungsinfrastruktur ist unzureichend. Es hat eine Landflucht stattgefunden, die zu einem Mangel an Arbeitskräften in den ländlichen Gebieten geführt hat. Die Zuckerernte 2023 war unzureichend, was auf undisziplinierte Arbeit, eine unzureichende Zahl technisch qualifizierter Arbeitskräfte und einen Mangel an Treibstoff, Schmiermitteln und Ausrüstung zurückzuführen ist.

Der Bericht verweist darauf, dass die Auswanderung vor allem von jungen Menschen und Fachleuten eine Herausforderung für Gegenwart und Zukunft darstellt. Sie verschärft den Mangel an Arzneimitteln und trägt dazu bei, dass weniger hochtechnologische medizinische Geräte und Krankenwagen zur Verfügung stehen. Der Bericht empfiehlt eine Verbesserung der ideologisch-politischen Arbeit bei der Ausbildung von Fachkräften und verweist auf eine Untersuchung des Problems der Personen, die weder studieren noch arbeiten. Fünfzig Prozent sind Jugendliche und Heranwachsende, wobei die höchste Zahl in Santiago de Cuba, Havanna, Granma, Villa Clara und Sancti Spiritus zu verzeichnen ist.

In dem Bericht wird festgestellt, dass die sozialistischen Staatsbetriebe ihr Potenzial bei weitem nicht voll ausschöpfen. In seiner Rede vor der Nationalversammlung am 25. Mai wies Alejandro Gil Fernández, Vizepremierminister und Minister für Wirtschaft und Planung, darauf hin, dass 84 % der staatlich geführten Unternehmen schwarze Zahlen schreiben, d. h.

dass die Einnahmen höher sind als die Ausgaben. Von den Unternehmen, die rote Zahlen schreiben, werden einige vom Staat aufrechterhalten, weil sie für die Wirtschaft und die Gesellschaft wertvoll sind. Ziel ist es jedoch, schrittweise eine Situation zu erreichen, in der alle staatlichen Unternehmen mit Einnahmen über den Kosten arbeiten.

Der Bericht stellt fest, dass die Inflation und die Abwertung der kubanischen Währung die Kaufkraft der Bevölkerung verringert haben, was zu einer Zunahme von Illegalität, kriminellem Verhalten, Korruption und sozialer Disziplinlosigkeit geführt hat. Der Bericht stellt fest, dass eine passive Haltung gegenüber diesem Phänomen vorherrscht und dass es an administrativer Kontrolle mangelt. Die Verhängung von Bußgeldern wird nur unzureichend beachtet, und die Aufsichtsräte der Produktionszentren üben nur geringe Wachsamkeit aus. Nachtwachen und Wachsamkeit seitens der Werk tätigen und der Nachbarschaftsorganisationen gibt es so gut wie gar nicht. Der Bericht ruft dazu auf, den Kampf gegen Korruption, Kriminalität, Illegalität und Disziplinlosigkeit zu verstärken.

In seinem Bericht vor der außerordentlichen Sitzung der Nationalversammlung der Volksmacht am 25. Mai stellte Wirtschaftsminister Gil fest, dass die durchschnittliche jährliche Preisinflation derzeit 45,4 % beträgt, wobei einige Güter, insbesondere die vom Staat bereitgestellten, keine Preiserhöhung erfahren, während die Preise für andere Güter stärker steigen. Gil erläuterte die drei Faktoren, die die Inflation verursacht haben. Erstens, der Anstieg der Preise für importierte Waren aufgrund der Inflation in der Weltwirtschaft. Zweitens, der Rückgang der kubanischen Produktion, insbesondere der landwirtschaftlichen Produktion, einschließlich solcher Güter wie Milch, Mais, Kartoffeln, Schweinefleisch, Reis und Eier. Die Produktion ist aufgrund von Versorgungsengpässen, Kraftstoffmangel und undisziplinierter Arbeit zurückgegangen. Drittens: Spekulationen auf

dem Einzelhandelsmarkt, bei denen einige Zwischenhändler das Fünffache des von ihnen gezahlten Preises verlangen und so die Knappheit ausnutzen. Derartige missbräuchlichen Spekulationen, so Gil, tragen der Wirtschaft keine Werte bei. Die Regierung versuche, gegen diese Form der Korruption vorzugehen, erklärte er.

Gil schloss seinen Bericht an die Nationalversammlung mit der Feststellung, dass sich die kubanische Wirtschaft seit April dieses Jahres auf dem Weg befindet, die im Wirtschaftsplan 2023 festgelegten Ziele zu erreichen. Er zeigte sich zuversichtlich, dass das kubanische Volk trotz der US-Blockade in der Lage ist, Hindernisse zu überwinden.

Alejandro Gil liefert regelmäßig umfassende und wissenschaftlich fundierte Analysen der kubanischen Wirtschaft mit klaren Erläuterungen. Er erklärte wiederholt, dass die Lösung für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes in einer Steigerung der Produktion, insbesondere der landwirtschaftlichen Produktion, liegt. Er erläutert regelmäßig die von der Regierung unternommenen Schritte zur Produktionssteigerung, zu denen auch Kooperationsvereinbarungen mit strategischen Partnern und verbündeten Nationen gehören. Er ist ein wichtiges Mitglied des kubanischen Führungsteams unter der Leitung von Präsident Miguel Díaz-Canel, das durch seine kontinuierliche Kompetenz Vertrauen und Hoffnung weckt.

Auf der außerordentlichen Sitzung der Nationalversammlung am 25. Mai sprach der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez vom Plenum aus, nicht in seiner Eigenschaft als Außenminister, sondern als gewählter Abgeordneter der Versammlung. Er erklärte, dass die Hauptursache für die wirtschaftlichen Probleme des Landes bei weitem und ohne jeden Zweifel die US-Blockade gegen Kuba sei. In seinem ausführlichen Kommentar gab er einen Überblick über die Geschichte der Blockade von 1959 bis heute. Er stellte fest, dass sich die Blockade mit zunehmender Intensität weiter-

entwickelt hat, so dass die Blockade in ihren Anfangsjahren nicht die Auswirkungen hatte, die sie heute hat, insbesondere in einem weltweiten Kontext, in dem Kuba eine kooperative Beziehung zur Sowjetunion und dem osteuropäischen sozialistischen Block unterhielt. Er verwies darauf, dass infolge der 2019 von der Trump-Administration verhängten Maßnahmen Unternehmen und Banken in Drittländern von den USA für Handels- und Finanztransaktionen mit Kuba mit Sanktionen belegt werden, die häufig durch die willkürliche Aufnahme Kubas in eine fiktive Liste von Ländern, die angeblich den Terrorismus unterstützen, verhängt werden.

Der Bericht schließt mit einem Aufruf, den Prioritäten der Menschen Aufmerksamkeit zu schenken: Wohnraum, spekulative und missbräuchliche Preiserhöhungen, die langen Warteschlangen beim Kauf von Waren und die Instabilität des Stromnetzes. Der Bericht ruft zu einer stärkeren Beteiligung der Parteigruppen an allen Prozessen auf. Er ruft dazu auf, die Schulen der Partei zu verbessern, die Ideologie mit dem Wissen zu verknüpfen und die theoretische Ausbildung der Parteigruppen zu verbessern.

Die Umsetzung der Leitlinien der Partei

Joel Queipo Ruiz, Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees der Partei und Leiter der Abteilung für produktive Wirtschaft, legte dem Plenum einen Bericht über die Einhaltung der Leitlinien der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Partei und der Revolution für den Zeitraum 2021 bis 2026 vor. Er verwies darauf, dass der Bericht auf der Grundlage umfassender Konsultationen mit den 48.121 Parteigruppen im Land erstellt wurde. Er stellte fest, dass die effektive Umsetzung der Leitlinien nicht dem entspricht, was für die Gewährleistung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes erforderlich ist. Er erklärte, dass die Parteigruppen in den Produktionszentren zu echten Kampfeinheiten werden müssen, die

die effektive Einhaltung der Leitlinien vorantreiben.

Alejandro Gil, Minister für Wirtschaft und Planung, stellte fest, dass von den 201 Leitlinien 13 keinen Fortschritt bei der Umsetzung verzeichneten und 67 einen geringen Fortschritt aufwiesen, so dass etwa 40 % der Leitlinien wenig oder gar nicht umgesetzt wurden. Andererseits haben 110 Leitlinien einen mittleren Fortschritt (54,7 %) und 11 einen hohen Fortschritt (5,4 %) erreicht. Er stellte ferner fest, dass die dreizehn Leitlinien ohne Fortschritte bei der Umsetzung in erster Linie mit der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion zusammenhängen. Gil bemerkte, dass »uns nichts vom Himmel fällt und es keine Hexerei gibt. Wir haben es mit einer Reihe von Maßnahmen zu tun, die noch keine Ergebnisse gebracht haben, die aber über großes Potenzial verfügen«.

Ein ethischer Kodex für die Parteigruppen

Das Plenum billigte den Ethikkodex der Zellen der Revolution. Der Kodex wurde auf der Grundlage der Thesen und Resolutionen des Ersten Parteikongresses, der von Fidel im Jahr 2001 formulierten Definition der Revolution und der von Raúl und Che angestellten Überlegungen zum Thema formuliert. Der Kodex drückt die Eigenschaften aus, die ein Führer besitzen sollte: die Ehre und die Pflicht, das Land zu verteidigen; antiimperialistischer Geist; die ständige Bereitschaft, eigenes Verhalten zu erklären und sich der öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen; ständige Interaktion mit den Bürgern; und proaktiv zu sein bei der Lösung von Schwierigkeiten und Problemen, indem man sie mit den verfügbaren Mitteln angeht. Der Kodex nennt fünfzehn Werte, die eine gute Führungskraft haben sollte: Patriotismus, Antiimperialismus, Treue, Ehrlichkeit, Ehre, Disziplin, Altruismus, Humanismus, Solidarität, Professionalität, Zusammenarbeit, Integrität, Verantwortung, Transparenz und Sparsamkeit.

Überwindung der Blockade, ohne dass sie aufgehoben wird

Miguel Díaz-Canel, Präsident Kubas und Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas, erklärte zum Abschluss der Plenarsitzung, dass die wichtigste Herausforderung, vor der die Partei heute stehe, die Suche nach Lösungen für die wirtschaftlichen Herausforderungen sei, denen sich das Land gegenübersehe. Er rief dazu auf, die auf dem Plenum vorgeschlagenen Maßnahmen und Aktionen rigoros umzusetzen. Er betonte, dass es unerlässlich sei, die Produktion zu steigern, insbesondere die Wiederbelebung der landwirtschaftlichen Produktion, und das Netz von Zwischenhändlern bei der Kommerzialisierung von Waren zu beseitigen. Er rief dazu auf, sich den gegenwärtigen Herausforderungen im Geiste des Sieges, der Anstrengung, des Talents, der Entschlossenheit und der Kreativität zu stellen. Er erklärte, dass es nicht allein darum gehe, Widerstand zu leisten, sondern gleichzeitig etwas zu schaffen.

Die Partei, so Díaz-Canel, müsse das Verständnis und die Beteiligung der Bevölkerung fördern und Hoffnung wecken. Bei seiner jüngsten Reise in die Provinzen des Landes habe er festgestellt, dass es im Vergleich zu den fünf vorangegangenen Monaten Fortschritte gegeben habe. Er erklärte, wir haben auf lokaler Ebene die Kapazität gefunden, die Produktion zu verwalten: Willen und Ausdauer trotz widriger Umstände. Wir haben Personen gefunden, die bereit waren, Widrigkeiten zu überwinden, und sie schafften es, indem sie vorhandene Potenziale nutzten. Diese Personen standen wie alle anderen in Kuba unter der Blockade, doch konnten sie vorwärtskommen, obwohl sie dieselben Bedingungen wie alle anderen erlitten. Sie sind diejenigen, die die Blockade herausfordern, erklärte Díaz-Canel. Sie heben die Blockade durch kreativen Widerstand auf. Sie sind nicht selbstgefällig oder unbeweglich, sondern begegnen jedem Problem, mit dem sie konfrontiert sind, mit Intelligenz.

Der Präsident ruft zu einem solchen Widerstandsgeist auf, nicht nur von einigen, sondern von allen. »Wir rufen alle dazu auf, die Blockade zu überwinden, ohne dass sie aufgehoben wird, indem wir sie auf lokaler Ebene überwinden und die in den einzelnen Provinzen und Gemeinden des Landes vorhandenen Möglichkeiten nutzen.«

Einberufung der zweiten Konferenz der Partei

Das Zentralkomitee hat die Zweite Nationale Konferenz der Kommunistischen Partei Kubas für Oktober einberufen. Die Konferenz soll die Einhaltung der Beschlüsse des Achten Parteitags vom April 2021 kritisch und objektiv analysieren. Und sie wird die Transformationen des Sozial- und Wirtschaftsmodells und die Einhaltung der Leitlinien der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Partei analysieren.

Redaktionell leicht gekürzt aus Cubanews, Gepostet bei MLToday | Jun 5, 2023

Freiverkäufer:innen gesucht

Wir suchen Leserinnen und Leser, die in ihrem persönlichen, politischen, gewerkschaftlichen Umfeld Marxistische Blätter verkaufen.

Kontakt: Lothar Geisler,
log@neue-impulse-verlag.de

Zum Tod von Thomas Kuczynski

Georg Fülberth

Am 19. August 2023 starb in Berlin Thomas Kuczynski. – Dass er einen großen Namen trug, war ihm weder Last noch Lust. Wissenschaftlich war er nicht nur von seinem Vater, sondern auch seiner Mutter Marguerite geb. Steinfeld geprägt. Von ihm hatte er die Neigung für die Statistik, von ihr die Geduld und Leidenschaft für akribische Philologie. Seine bewunderte Tante Ursula Kuczynski trug als Kundschafterin der Roten Armee sehr verschiedene Namen, als Schriftstellerin hieß sie Ruth Werner. Er selbst war er selbst: Thomas Kuczynski auf eigenen Wegen, von denen er wusste, dass jede große Leistung tiefe Wurzeln hat.

Geboren wurde er am 12. November 1944 im britischen Exil seiner Eltern. Bis zum Ende seines Lebens war er der Insel verbunden, zumal einige seiner Verwandten weiter dort lebten.

Thomas Kuczynski studierte Statistik an der Hochschule für Ökonomie in Berlin. Er promovierte 1972 bei Hans Mottek über »Das Ende der Weltwirtschaftskrise in Deutschland 1932/33«. 1978 folgte die Promotion B (Habilitation) mit der Schrift »Zur Anwendbarkeit mathematischer Methoden in der Wirtschaftsgeschichtsschreibung. Methodologische Überlegungen und praktische Versuche«. Sein Vater hatte das Institut für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR gegründet. Als es 1990/91 abgewickelt wurde, war Thomas Kuczynski sein letzter Direktor. Er erkannte, dass die Auflösung beschlossene Sache war, bevor die sogenannte Evaluation begonnen hatte, machte das öffentlich und löste damit internationalen Protest aus. Direktoren anderer Institute versuchten es teils mit wortlosem Trotz,

teils mit Diplomatie, teils mit Unterwürfigkeit und erreichten ebensowenig wie er, der sich durch seine entschiedene Haltung Respekt verschaffte. Am Ende hat er nicht weniger Arbeitsplätze gerettet als sie, vielleicht sogar mehr. Die meisten seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhielten teils prekäre, teils stabile Stellen anderwärts, er allerdings nicht. Fortan schlug er sich als wissenschaftlicher Freelancer durch ...

Ohne die Dummheiten

Als um die Jahrtausendwende über die Entschädigungen für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter verhandelt wurde, übernahm er den Auftrag, die Höhe des ihnen vorenthaltenen Lohns zu errechnen. Heraus kam eine so große Summe, dass sie selbst die Anwälte der Überlebenden blass werden ließ. Gezahlt wurden nur die »Brosamen vom Herrentisch« (so der Titel seines Gutachtens, das 2004 erschien). Er kommentierte: Diese Arbeit habe er zwar nicht umsonst gemacht – er meinte sein Sachverständigenhonorar –, aber vergebens.

Zwanzig Jahre lang erstellte er die Neue Textausgabe (NTA) des ersten Bandes des »Kapitals« – eine Rekonstruktion einer Edition letzter Hand, für die Marx Vorlagen geschaffen, die er aber nicht mehr selbst vorgelegt hat. Sie kam 2017 heraus und ist sein philologisches Hauptwerk. Es wird bleiben. Eine englische Ausgabe ist in Vorbereitung.

Er war nicht nur Ökonom und Marx-Philologe, sondern unkonventioneller Popularisator. Mit der Gruppe »Rimini Protokoll« und deren Programm »Karl Marx: Das Kapital. Erster Band« tourte er seit 2006 über die Bühnen mehrerer Länder.

Nach der NTA nahm er sich eine neue, ebenso riesige Aufgabe vor: Rekonstruktion und Weiterentwicklung der Arbeitswertlehre. In den Preis der Waren müssten auch deren Reproduktionskosten (für Entsorgung und/oder Recycling) eingerechnet werden. Damit

ist er nicht mehr fertig geworden. Mit Sympathie rezipierte er das 2016 erschienene Buch »Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus« des japanischen Philosophen Kohei Saito ... Dessen universellen Degrowth-Vorschlägen begegnete er allerdings kritisch, da zu OECD-lastig und auf Länder nachholender Industrialisierung nicht eins zu eins anwendbar.

In der Deutschen Demokratischen Republik gehörte er zu denjenigen Intellektuellen, die loyal zum sozialistischen Staat standen, aber keine seiner Dummheiten mitmachten. Im gleichen Geist arbeitete er nach ihrem Ende Teile der DDR-Geschichte auf: in seinen Studien über den Ökonomen Fritz Behrens.

Neben alledem stürzte er sich ab 1990 in das, was von der gesamtdeutschen, auch westlichen Linken übriggeblieben war. Von den Trotzkiten bis zur FAU: Sie interessierten ihn alle. Was er schlecht ertrug, war auftrumpfende Lautstärke. Da verstummte er und hüllte sich in ein die Schreihälse (hoffentlich) verunsicherndes Schweigen ...

International gut vernetzt

Mit seiner Frau, der Mathematikhistorikerin Annette Vogt, wohnte er in einem kleinen Haus in Pankow. In größeren Abständen luden die beiden in einen großen Saal in diesem Bezirk rund um den 14. Juli zu einer Art Revolutionsfest ein. Der »Zeit« erzählte er in einem Interview, er fürchte künftige Revolutionen nicht. Das war, auf die Fragesteller berechnet, schonend.

Am 12. Februar 2022 reichte er bei Lunapark 21 einen Artikel ein, in dem er die Lügen und Provokationen auflistete, mit denen die USA immer wieder in der Vergangenheit einen Kriegskurs begleitet haben, und äußerte die Hoffnung, dass Russland in der Ukraine-Krise besonnen bleiben werde. Schon am 22. Februar 2022 bezeichnete er den Text als Totgeburt und ließ ihn von der Website der Zeitschrift nehmen. Zwei Tage später wurde

vollends klar: Seine Hoffnung war vernünftig gewesen, ihr Scheitern eine Katastrophe. Er retirierte nicht zu geopolitischen Erwägungen. Verschlissen in persönlichen Dingen, britisch absolutely unsentimental, unsentimental und unpathetisch, hätte er nie sagen können, der Krieg habe ihm das Herz gebrochen. Aber er war nicht mehr der alte. Etwas in ihm war zu Ende.

Vor und nach 1990 war er immer in internationaler wissenschaftlicher Kooperation aktiv. Freundschaften verbanden ihn mit Kolleginnen und Kollegen im »Russischen Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte« (RGASPI) in Moskau. Nach dem 24. Februar haben die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften und die Königlich-Niederländische Akademie der Wissenschaften ihre Zusammenarbeit mit russischen Stellen unterbrochen, darunter auch mit dem RGASPI. Dort liegen die meisten Originalmaterialien für die MEGA. Die Beeinträchtigungen für dies Projekt haben Thomas Kuczynski in seinen letzten Lebenswochen umgetrieben, und er hat seine Kolleginnen und Kollegen in Moskau seiner Solidarität versichert.

Er kannte das Wort von Georg Christoph Lichtenberg: »Für den Verlust von Personen, die uns lieb waren, gibt es keine Linderung als die Zeit, und sorgfältig und mit Vernunft gewählte Zerstreungen, wobei uns unser Herz keine Vorwürfe machen kann.« Das im 21. Jahrhundert leicht frivol klingende Wort »Zerstreungen« meinte damals wohl auch: Arbeit. Als dann der Krebs Thomas Kuczynski anfiel – sehr plötzlich, rasch fortschreitend und unheilbar –, hoffte er, dass es nun schnell gehen werde. Die ihm lieb waren, sollten, statt sich Sorgen um ihn zu machen, arbeiten.

Leicht gekürzter Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors: <https://www.jungewelt.de/artikel/457648.marxistischer-wirtschaftshistoriker-unsentimental-und-entschieden.html>

Zu: Künstliche Intelligenz für alle Menschen?

In: MBI 4_2023

Peter Schadt

Peter Fleisser stellt in seinem kurzen Artikel dar, wie ChatGPT funktioniert, gibt Hinweise auf seine gesellschaftliche Wirkung und mögliche weitere Anwendungen.

1.

Im zweiten Abschnitt »Achtung Fake News!« widmet sich Fleissner den politischen Konsequenzen der Technik, welche sich daraus ergeben, dass die KI immer wieder *falsche* Ergebnisse zeitigt ... Weil die Ergebnisse der KI sich aus hergestellten *Korrelationen* von Millionen bis Milliarden Daten ergeben und keine *ursächliche* Bestimmung von *Zusammenhängen* vorliegt, sind die Ergebnisse *notwendig* fehlerhaft und geben Verzerrungen wieder, die bereits in den »Trainingsdaten« angelegt sind. Fleissner verweist darauf selbst – wenn auch sehr kurz – wenn er schreibt, dass die Software aus beliebigen [!] »Textstücken«, die seine Datengrundlage bieten, versucht das »nächste Wort vorausszusagen«, also gerade nicht deren Inhalt prüfen (kann), sondern Korrelationen feststellt.

Dieses Verfahren stellt sich ignorant gegen die Frage, ob es einen *kausalen* Zusammenhang zwischen diesen Korrelationen gibt. Insofern gehört es zur Sache der KI *notwendig* dazu, dass sie, wo sie sich Personalfragen und ähnlichem widmen soll, lauter Zusammenhänge zwischen Geschlecht, Religion, Hautfarbe und verschiedensten anderen Charakteristika von Personen aufmacht, die von einem denkenden, beurteilenden Subjekt mit entsprechender Politisierung erkannt werden: als rassistische und sexistische *Resultate*, die ChatGPT als Er-

gebnis präsentieren würde. Der Autor weiß selbst, dass die Programmierer diese Ergebnisse nur durch einen »digitalen Filter« (Fleissner 2023: 7) blockieren, aber nicht deren ständige Herstellung unterbinden können.

Dieses wiederkehrende Ergebnis der KI wird nun von ihm mit einem politischen Auftrag kontrastiert, den die Technik nach Fleissner zu erfüllen habe: »Um einigermaßen *verlässliche Informationen zu erhalten, sind möglichst bald Regulierungen auf gesetzlicher Ebene nötig*« (Fleissner 2023: 8).

Es bleibt ein Widerspruch, dass Fleissner die KI über die politische Gewalt dazu nötigen will, etwas zu leisten, was diese der Natur ihrer Sache nach nicht kann: »*einigermaßen verlässliche Informationen zu erhalten*« kann nach zwei Seiten hin verstanden werden: Qualitativ verbessern sich die Ergebnisse der KI nicht nur staatliche Regelungen, sondern durch noch mehr und »bessere« Daten. *Qualitativ* gibt es die oben beschriebene Grenze der beständig neu herstellbaren Korrelationen, ohne dass ein kausaler Zusammenhang bestehen muss. Nach beiden Seiten ist der Staat als *Lösung* für diese technische Begrenzung eher eine Auskunft über Fleissners Bild, wie mit den Widersprüchen der politischen Ökonomie seiner Meinung nach umzugehen wäre; als tatsächlicher Beitrag zur Frage, was eine KI leisten kann oder nicht, ist der Gedanke ein schlichter Fehler.

2.

Im vorletzten Kapitel »*Weitere Anwendungen absehbar*« wird die Frage, inwiefern künstliche Intelligenzen ihrem Namen eigentlich gerecht werden, zuerst mit einer indirekten Skepsis vorgestellt: »*extrem technikaffinen Menschen*« läge es nahe, eine solche in naher Zukunft zu vermuten. Diese Aussage wird dann aber gar nicht kritisiert, sondern *relativiert*: »*diese Wünsche [würden] noch für viele Jahrzehnte in den Bereich der Utopie gehören*« (Fleissner 2023: 9). Die immer weitere Erhöhung der Fallzahlen

hinsichtlich der Trainingsdaten ändert aber gar nichts an dem qualitativen Unterschied, dass die KI eine ganz andere Operation durchführt als ein urteilendes Subjekt, wieso Fleissners Relativierung den Fehler selbst wiederholt, den er bei den »*technikaffinen Menschen*« ausmacht: die Vorstellung, »*dass KI in der Lage sein wird, die Menschen zu ersetzen, dass das menschliche Gehirn durch KI so angenähert werden kann, dass es Bewusstsein entwickeln würde, und schließlich wahrheitsgetreu von sich sagen kann: ›Ich bin*« (Fleissner 2023: 9).

Hier irritiert also nicht nur, dass Fleissner die Funktionsweise der KI nicht zur Kenntnis nimmt, sondern auch das Disparate seiner folgenden Argumentation im Anschluss an seine Relativierung: »*Diese KIs müssten dann auch juristische Rechte wie Menschen erhalten. Obwohl diese Wünsche noch für viele Jahrzehnte in den Bereich der Utopie gehören, ist die Leistungsfähigkeit von KI nicht zu unterschätzen.*« (Fleissner 2023: 9) Es gibt einfach keinen Zusammenhang zwischen der *Leistung* der KI für und in Textverarbeitungssoftware und dem gerade noch diskutierten und als entfernte, aber eben durchaus mögliche Zukunft prognostizierten Bewusstsein einer *solchen* KI.

3.

Als letzten Gedanken stellt Fleissner noch eine Überlegung zu den *Grundrissen* von Marx vor, die er mit der KI verknüpft: »*Aus marxistischer Sicht könnte man sagen, dass der ChatBot einen neuen – leider immer noch fehlerbeladenen – Zugang zum General Intellect ermöglicht, der kollektiven Quelle von Wissen und Fähigkeiten des Gesamtarbeiters. Die uns allen bekannten bisherigen Formen (Bücher, Texte aus dem Internet, Fundstellen von Suchmaschinen usw.) boten nur punktuelle Zugänge, ein ChatBot der letzten Generation ermöglicht dagegen einen one-stop-Zugang zum Weltwissen (oder zumindest zu weiten Teilen davon).*« (Fleissner 2023: 9).

a.) In dem »*leider immer noch fehlerbeladen*« wiederholt sich der gerade vorgestellte Fehler, dass es sich hierbei um die notwendigen Friktionen einer auf Wahrscheinlichkeiten basierenden Aggregation begriffsloser Korrelationen handelt, die nicht »*immer noch*«, sondern notwendig *immer* zu dieser Technik gehören.

b.) Eine kurze Erinnerung an das, was dieser Begriff bei Marx meint. In den *Grundrissen* hält dieser an der entsprechenden Stelle fest, dass in und an der Entwicklung der Produktivkräfte auch der Stand des »*allgemeine[n] gesellschaftliche[n] Wissen[s]*« (MEW42: 602) abzulesen ist, dass als Wissen, d.h. allgemeiner Stand der Wissenschaft selbst eine Produktivkraft ist. Die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst sind gestaltet nach Maßgabe dieses Wissens über die Welt, was als allgemeiner Wissensstand existiert, dessen sich die Kapitalisten in ihrer Produktion als Produktivkraft bedienen. Bei Marx handelt es sich daher um einen (kurzen) Hinweis darauf, dass die Unternehmen sich auch dem als Produktivkraft für ihre private Bereicherung bedienen, was als gesellschaftliche Produktivkraft existiert. Marx betont also, dass die Natur »*keine Maschinen, keine Lokomotiven, Eisenbahnen, electric telegraphs, selfacting mules etc. [baut]. Sie sind Produkte der menschlichen Industrie; natürliches Material, verwandelt in Organe des menschlichen Willens über die Natur oder seiner Betätigung in der Natur*« (MEW42: 602).

Bei Fleissner dagegen erscheint der General Intellect als das genaue Gegenteil: Er ist nicht der Ausdruck menschlichen Willens und Wissen über die Natur, sondern selbst »*Quelle [!] von Wissen und Fähigkeiten des Gesamtarbeiters*«, also eine von den Arbeitern getrennte Instanz, der die Gesamtarbeiter ihr Wissen verdanken und nicht umgekehrt ein Ausdruck des vergegenständlichten Wissens der Gesellschaft.

c.) Den General Intellect als das »Weltwissen« verstanden, ist der ChatBot kein »one-stop-Zugang« dazu. Auch hier verhält es sich genau umgekehrt: Damit der ChatBot seine originäre Leistung vollbringen kann, nämlich lauter Korrelationen zwischen den Daten herzustellen, braucht er selbst dieses »Weltwissen« als »Trainingsdaten«, die extra für ihn aufbereitet werden. Die KI ist also nicht dieser Zugang, sondern benötigt ihn selbst. Eine einfache Suchmaschine, die Zugang zum gleichen Datenpool hat ist also vielmehr das, was Fleissner hier als »Zugang zum General Intellect« behauptet, die KI hat eine ganz andere Funktion: Sie kann Zusammenhänge behaupten zwischen dem »Weltwissen« (will man diesen Euphemismus für unendlich viele Daten wirklich gebrauchen, wo jegliche mathematische Formel, Kafkas Schloss und die Einkaufspräferenzen aller Schwaben als Datensatz gemeinsam vorliegen) und so zur Bild-, Sprach- und Texterkennung sowie Generierung eingesetzt werden.

Meine Anforderungen an ein Kommunistisches Manifest Nr. 2

Leserzuschrift von Hermann Jacobs, Berlin

Die »Marxistischen Blätter« veröffentlichen in ihrer Ausgabe 3/2023 den Beitrag von John Smith: »Ein Kommunistisches Manifest für das 21. Jahrhundert erarbeiten«. Den Gedanken sollten wir, Kommunisten/Marxisten weltweit, aufgreifen. Vielleicht reicht auch eine Einschätzung allgemeiner Art zur Entwicklung der kommunistischen Frage seit dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes. Sie sollte aber aus zwei Teilen bestehen: Einmal dem Teil, in dem die Gedanken von John

Smith angesiedelt sind – also bei der Entwicklung des Kapitalismus seit den Zeiten noch von Marx. Da ist ja vieles bekannt. Aber einiges, ganz bzw. wirklich Neues, enthält der Beitrag von Smith; ich meine die Behandlung des Waren- bzw. Wertcharakters der Arbeitskraft. Hier sind – in diesem Beitrag – Gedanken/Einschätzungen geäußert, die ich so noch nirgendwo, d. h. bei keinem anderen Autoren gelesen habe.

Der Gegensatz von Kapital und Arbeit – oder Profitbildung und Lohnbildung – hat eine weltweite Erscheinung angenommen, oder ist ein weltweiter Gegensatz geworden, ein Ländergegensatz. Und zwar in einer verstärkten Form als noch in der Form seines nationalen Gegensatzes. Hier ist es auch richtig zu sagen, dass diese Entwicklung über jenen Status, den Marx noch erlebte und analysiert hat, hinausgeht; d. h. hier liegt auch eine historische Geschichtsentwicklung den neuen Momenten zugrunde.

Der zweite Punkt aber, der in eine neue, Marx erweiternde Fassung eines Manifestes hineingehörte, ist die Entwicklung zu einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft selbst. Ob wir schon von einer wirklich real sozialistisch-kommunistischen Welt sprechen können, muss darin auch behandelt werden. Auf alle Fälle haben wir es mit erster Praxis dieses Ansatzes in der Formationsgeschichte der Menschheit zu tun.

Smith behandelt diesen Aspekt, oder diese historische Erweiterung, gar nicht. Brauchen wir diesen Aspekt aber – die Sowjetunion und auch die anderen, osteuropäischen Länder schon des Sozialismus-Ansatzes existieren doch nicht mehr? Ja, wir brauchen auch diesen Aspekt in einem Kommunistischen Manifest Nr. 2. Sagen wir mal für – China, Vietnam, Kuba, Nordkorea.

Aber nur zum einen für diese Länder. Wichtig, existentiell wäre das für die Arbeiterbewegung insgesamt in der Welt. Es geht bei allen (!) bisherigen Versuchen in der Welt, Sozialismus/Kommunismus praktisch aufzu-

bauen, darum, aus der allgemeinen Geschichte bzw. Theorie hinüberzuwechseln in die so genannte konkrete Geschichte. Oder auch so: die allgemeine Geschichte um die konkrete zu ergänzen.

Erst indem der Kommunismusgedanke *Staaten/Länder* ergreift, beweist er sich als machbarer Gedanke, d.h. es zeigt sich dann, dass er kein nebulöser Gedanke ist.

Andererseits aber gerät der bis dato allgemeine Gedanke an konkrete Bedingungen einer Verwirklichung. Damit entsteht ein Problem, das an sich dem Kommunismusgedanken nicht gemäß ist, nämlich, wenn solche ersten Länder ökonomisch gesehen noch gar nicht über einen gesellschaftlich entwickelten Charakter der Arbeit verfügten. Dieser ist aber die objektive (!) Voraussetzung für Sozialismus/Kommunismus. Dann kann es dazu kommen, dass das Allgemeine, Gesetzmäßige an Geschichte identifiziert wird mit den konkreten Verläufen, unter denen das Gesetzmäßige Gestalt annimmt. Das ist zwar bei jeder Geschichte so, aber kann auch zu Fehlurteilen führen, indem das Allgemeine auf das Konkrete reduziert wird. Liegt aber dem Konkreten eine allgemeine Entwicklung – in diesem Fall eine der modernen Ökonomie – zugrunde, kommt letzten Endes immer eine objektive Entwicklung heraus.

Das erste Land, das mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft begann – Russland, litt an eben diesem Grundwiderspruch: es verfügte über diesen Charakter der Arbeit noch nicht. Und alle weiteren Länder, die nach dem 2. Weltkrieg der Sowjetunion folgten, litten auch an diesem Widerspruch!: Dem zwischen dem Subjekt, das schon für den Sozialismusgedanken steht, und dem Objekt, also dem Entwicklungsstand der Ökonomie, der für den Übergang zu den dem Sozialismus gemäßen Produktionsverhältnissen die Voraussetzung bildet.

Wie diesen Widerspruch lösen? Die notwendige Industrie aufbauen, ist nur das eine. Aber was tun in der Zwischenzeit, bis dieser hohe/höhere ökonomische Stand erreicht ist?

Es kommt (und kam auch) zu einer besonderen Art von Verselbständigung des Subjekts – bis hin zur politischen Partei dieses Subjekts – gegenüber dem Objekt, das die Voraussetzung der notwendigen Produktionsverhältnisse des Kommunismus ist. Nennen wir diese »Periode« die des *proletarischen Absolutismus*. Warum nicht schlechthin Absolutismus? Warum die Eingrenzung auf proletarisch? Nun, weil das Proletariat auch politisch beginnen kann, d.h. als Partei, als ein (!) Kommunist beginnen kann. Nämlich dann, wenn ein Mensch als ein Marxist beginnt. Und das heißt um die Formationsgeschichte der Menschheit anhand der Marxschen Erkenntnisse bzw. Arbeiten das dafür Notwendige gelernt zu haben. Er kann dann nämlich die Entwicklung auch noch ökonomisch unentwickelter Länder voraussehen. Kommunisten/Marxisten in Russland konnten die Entwicklung Russlands voraussehen. Sie wussten um die kommende Ökonomie Russlands; sie wollten sie. Und das bedeutet, dass früher oder später ein proletarischer Absolutismus, anders als der geschichtlich bekannte des Feudalismus, auch überwunden wird, beendet werden kann. Proletarischer Absolutismus ist *ökonomisch* überwindbar. Das ist ja der reale Absolutismus nie. Aber seien wir ehrlich: Er lies am realen Sozialismus auch zweifeln.

In einem zweiten Manifest für den Kommunismus muss alles, die weitere, moderne Geschichte des Kapitalismus, und die erste, auf besondere Weise erste sozialistische Geschichte ... marxistisch erklärt werden. Sonst kein Kommunistisches Manifest Nr. 2.

1 Mit Ausnahme vielleicht der DDR und evtl. noch der CSSR.

Editorial

Runde Geburtstage sind so eine Sache. Die DDR hat ihren 40. noch groß gefeiert und ihren 41. nicht mehr erlebt. Auf uns und unser Überleben haben damals viele nichts gegeben. 2013 haben wir dann unseren 50. Geburtstag mit einer wunderbaren Konferenz im Essener »Unperfekthaus« feiern können (siehe Marxistische Blätter 1_2014). Und nun gibt es uns schon 60 Jahre, seit kommunistische und sozialdemokratische Marxist:innen im November 1963 mitten im Kalten Krieg und trotz KPD-Verbot ihr mutiges Projekt starteten. Ihr Mut und ihr Grundverständnis von »Marxismus für die Arbeiterklasse« waren, sind und bleiben Ansporn und Herausforderung.

Diesmal gibt's keine Feier. Dazu fehlt uns weniger der Stolz auf alle, die bisher ihren Beitrag zum Gelingen des Projektes geleistet haben, sondern vor allem (Arbeits-)Kraft und (Finanz-)Mittel. Also haben wir uns mutig in die Arbeit gestürzt. Nicht nur für diese Jubiläums-Doppelnummer »*Mut und Marxismus*«. Sondern auch für eine erweiterte Neuauflage des Buches »*Lob des Kommunismus*« und ein neues *MASCH-Skript* zur in Vergessenheit geratenen kurzen Geschichte der »Weltliga der Antifaschisten 1923/24«.

Im Thema skizziert *Thomas Metscher* sein (und unser) heutiges Verständnis von Marxismus und Mut. *Dietmar Dath* rät zu »Lernen, Lehren, Lesen gegen die Verwahrlosung«. *Domenico Losurdo* vergleicht das »unaussprechliche Wort« Kommunismus mit anderen nur scheinbar »aussprechlicheren«. *Hermann Klenner* reflektiert anhand eigener Lebenserfahrungen, die existenzielle Bedeutung des »Trotz Alledem«. *Vijay Prashad* beleuchtet den Stellenwert des Anti-Kolonialismus für die marxistische Linke. *Kai Degenhardt* schreibt von Kämpfen und Liedern der Arbeiterbewegung in Deutschland. Und *Georg Fülberth* haben wir gebeten, uns Denkanstößiges zur heutigen KP und der ihr nahestehenden Zeitschrift auf den Weg zu geben. Weil beim Vorwärtstkommen hilfreich ist, auch mal in den *Rückspiegel* zu schauen, haben wir Beiträge herausgesucht, die im Herbst vor 60, 50, 40, 30, 20 und 10 Jahren bei uns zu lesen waren. Für deren Aktualität sind weniger die Autor:innen verantwortlich als die realen Verhältnisse, die *Christa Luft* in unserer Beilage: »Von der ›Zeitenwende‹ zum Epochenbruch« skizziert.

In der Rubrik »Positionen« packen unsere Autor:innen mutig heiße Eisen an: Migration (*Artur Pech*), Populismus und Marxismus (*Augustin Renier*), Climate Engineering (*Annette Schlemm*), den Unterschied von Gesinnungs- und Verantwortungsethik (*Marlon Grohn*), die Machtverhältnisse im heutigen Russland (*Ditte Gerns*) oder sie schreiben über mutige Persönlichkeiten: Antonio Gramsci (*Gerhard Feldbauer*), Pablo Neruda (*Jenny Farrell*), die von Faschisten ermordet wurde und Boris Kagarlitzki (*Roger D. Markwick*), der wegen seines Widerstandes gegen die Kriegsherren im eigenen Land unter »Terrorismus«-Verdacht verhaftet wurde.

Auch hierzulande werden Antifaschist:innen, Klima- und Friedensaktivist:innen, die in Wort, Schrift und Aktion den verengten Rahmen, des aus Sicht der Herrschenden erlaubten Sag- und Machbaren durchbrechen, nicht nur medial mit Killerphrasen und Totschlagargumenten bekämpft, sondern zunehmend von Polizei und Justiz. Die Schwierigkeiten beim Verbreiten der Wahrheit über Kriegstreiber (m/w/d) und Friedensstifter nehmen allseits zu. Wir stellen uns weiterhin diesen Schwierigkeiten.

Und da es beim Kampf um Frieden keine Abkürzung des steinigen Weges gibt, dokumentieren wir in unserer Jubiläumsausgabe Beiträge von der Hanauer Friedenskonferenz von IG Metall und Rosa-Luxemburg-Stiftung. Denn auch beim Zusammenführen von organisierter Arbeiter- und Friedensbewegung sind Mut und Marxismus höchst hilfreich. *Lothar Geisler*



Über Marxismus und Mut¹

Thomas Metscher im Interview

Grafenau, Philo-
soph, Philologe,
Autor, [www.thomas-
metscher.de](http://www.thomas-metscher.de)

Was ist Marxismus?

Wie sich der Begriff im Verlauf meiner vielfältigen Erfahrungen herausgebildet hat, ist Marxismus einerseits enger, andererseits weiter als er von vielen anderen verstanden wird, die den Begriff gebrauchen. Betrachten wir die weltgeschichtliche Lage unter dem Gesichtspunkt der Geschichte des Sozialismus und sozialistischer Hoffnungen, so wird nicht zu leugnen sein, dass wir uns gegenwärtig auf einem Tiefpunkt befinden. In einer solchen Lage stellt sich die Versuchung ein, den Marxismus zu einem Messianismus zu machen, Kommunismus zur ›Hypothese‹, die durch einen ›Glaubenssprung‹ zu gewinnen sei. Der Marxismus wird so zur Quasi-Religion. Solche Gedanken finde ich gerade bei Autoren, die heute medialen Kredit genießen: bei Žižek, Badiou, und selbst Haug spricht in Anschluss an Benjamin und Derrida von einem ›Messianismus ohne Messias‹, womit er den Marxismus meint. Mir kommen solche Autoren wie Leute vor, die im Dunkeln singen, um sich Mut zu machen.

Falscher Mut und trügerische Hoffnung

Mut braucht es in Zeiten der Niederlage, und sicherlich braucht es Hoffnung, um der Verzweiflung zu entgehen. Es gibt aber auch den falschen Mut und die trügerische Hoffnung. So führt, meine ich, der Weg, dem Marxismus einen Anstrich von Religion zu geben, gar zu einer profanen Religion zu machen, in die Sackgasse und macht die Niederlage unumkehrbar. Zukunftsfähig ist der Marxismus nur, wenn er jede Gestalt der Religionsförmigkeit ablegt. Fundamental für ihn ist gerade die Trennung von Wissen und Glauben. Er ist kein Messianismus, welcher Form auch immer. Er ist Wissen, und zwar kritisches Wissen und verhält sich kritisch gegenüber jeder Ideologie. Ohne das Moment des Kritischen wird er zur Ideologie. Seine Fundamentalkategorie ist die Dialektik als Lehre, jede gewordene Gestalt des Lebens als bewegt, Teil eines Prozesses und damit veränderlich, den Erkenntnisprozess selbst als unendlichen Prozess aufzufassen. Das Wissen des Marxismus ist somit relativ, unabschließbar, begrenzt, in dem Rahmen, der menschlichem Wissen jeweils historisch gesetzt ist.

Marxismus, möchte ich formulieren, ist eine politische Weltanschauungsform, in der, gemäß dem Postulat der Einheit von Theorie und Praxis, politische Bewegung und konzeptive Weltanschauung zusammentreten.

1 Gekürzter Auszug aus einem Interview, das Milena Rampoldi für promosaik.blogspot.de Mitte 2016 mit Thomas Metscher führte.

Sein Ziel ist, im Sinne der elften Feuerbachthese, die Interpretation und die Veränderung der Welt.

Als konzeptive Weltanschauung beruht der Marxismus auf drei Säulen: Wissenschaft, Philosophie, Kunst – dieser Gesichtspunkt ist es, der gegenüber den üblichen, auch traditionellen Marxismusauffassungen eine entschiedene Erweiterung vorschlägt. Wissenschaft und Philosophie werden gewöhnlich im Zusammenhang gesehen, ich schlage eine methodische und kategoriale Trennung vor.

Die wissenschaftliche Grundlage des Marxismus bilden Ökonomie, Politik, Geschichte, Rechts- und Gesellschaftswissenschaften, in einem weiteren Sinn auch Geistes- und Naturwissenschaften –, wobei ihr jeweiliger Anteil dem untersuchten Gegenstandsfeld entsprechend variiert.

Sprechen wir von der philosophischen Grundlage des Marxismus, so ist neben dem auf die Antike zurückgehenden Materialismus (Demokrit, Epikur, Lukrez) vor allem die Hegelsche Philosophie zu nennen, und mit ihr die Tradition dialektischen Denkens; in einem weiteren Sinn dann auch nominalistische, empiristische und naturphilosophische Strömungen (wie sie die philosophische Wissenschaftslehre eines Francis Bacon repräsentiert).

Die dritte Säule aber, auf dem der Marxismus in seiner entwickelten Gestalt fundiert, ist die Kunst, vor allem die Literatur, doch auch die anderen Künste. Es ist dies die hier entscheidende Ergänzung des Marxismus als weltanschauliches Konzept, die ich vorschlage. Zur Orientierung und als Hinweis auf das Gemeinte seien hier die Namen Bertolt Brecht, Pablo Neruda, Michael Scholochow, Anna Seghers, Sean O'Casey, Lewis Grassie Gibbon, Hugh MacDiarmid, Hamish Henderson, David Craig, Nazim Hikmet, Jannis Ritsos, Peter Hacks, José Saramago, Peter Weiss, Ngũgĩ wa Thiong'o, Pablo Picasso, Renato Guttuso, Willi Sitte, Dmitri Schostakowitsch², Hanns Eisler genannt. Sie bilden nur eine Auswahl, die paradigmatisch das Feld bezeichnen soll, das der trockene Begriff ›Marxismus in der Kunst‹ benennt. Es umfasst einen bedeutenden Anteil der Gegenwartskunst, weit mehr als die Kunst in den ehemals sozialistischen Ländern, geschweige denn Kunst im Umkreis marxistischer politischer Organisationen. Marxistische Kunst, verstanden als eine solche, deren weltanschauliche Grundlage und politische Orientierung der Marxismus ist, besitzt eine erstaunliche Weite und Vielfalt. Sie bildet eine distinkte Dimension in der Welt-Kunst der Gegenwart. Wenn also vom Reichtum und den Potentialen des Marxismus gesprochen werden soll, wird nicht nur von Wissenschaft und Philosophie, sondern auch von den Künsten zu sprechen sein.

Wissenschaftliche Grundlagen

Die dritte Säule: Kunst/Literatur

2 Siehe auch: <https://www.marxistische-blaetter.de/de/article/679.zur-musikalischen-%C3%A4sthetik-dmitri-schostakowitschs.html>

Im Zentrum freilich des Marxismus als Weltanschauung steht die Wissenschaft. Ihr Kernbereich ist, mit Engels' Begriff, der wissenschaftliche Sozialismus. Dieser ist keine Ideologie, er stellt nicht den Anspruch absoluten Wissens (als Kriterium von Ideologien kann gelten, dass diese mit einem absoluten Wahrheitsanspruch auftreten), sondern ist ein Corpus wissenschaftlichen Wissens, das sich der Möglichkeiten und Grenzen solchen Wissens bewusst ist und dieses Bewusstsein im Begriff der Kritik reflektiert: als Kritik der politischen Ökonomie, Kritik der Ideologie und des gesellschaftlichen Bewusstseins, Kritik der Ethik, der Kultur und der Künste usf. Positives Wissen auf allen diesen Feldern ist aus der Kritik zu gewinnen.

Weltanschauung und Wissenschaft

Das bedeutet: der Marxismus als wissenschaftliche Theorie ist ein überliefertes Corpus von Wissen, das der ständigen Überprüfung, der Revision des Fehlerhaften, der Weiterentwicklung im Licht neuer Erfahrungen und Erkenntnisse bedarf. Dies ist nicht mit Relativismus zu verwechseln, und es hat mit Revisionismus nicht das Geringste zu tun. Im Marxismus gibt es einen substantiellen Kern theoretischen Wissens, das den Test kritischer Überprüfung bestanden hat. Die Aufgabe solchen Wissens, aus welchen Gründen auch immer (meist sind es opportunistische), ist das, was man berechtigt als »Revisionismus« kritisiert und ggf. auch organisatorisch bekämpft. Zum substantiellen Kern dieses Wissens gehören beispielsweise die Erkenntnisse der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, seine ideologietheoretischen Befunde, die Einsicht, dass alle bisherige Geschichte seit dem Ausgang der Urgesellschaft eine Geschichte von Klassengesellschaften ist, die Grunderkenntnisse (bei allen internen Differenzen) der von Lenin und Luxemburg entwickelten Imperialismustheorie, Grunderkenntnisse im Bereich der Kultur, der Ästhetik und der Künste, und vieles mehr. Doch selbst auf diesen Feldern gibt es historisch Neues, das theoretisch verarbeitet werden muss und zu Veränderungen, Erweiterungen der Theorie führen kann.

Fundamental:
Dialektik

Die Fundamentalkategorie der marxistischen Theorie, sagte ich, ist die Dialektik, und die Dialektik als Methode erfordert und befähigt uns, eine sich verändernde Wirklichkeit im Zustand ihrer Veränderungen wie auch das Wissen über diese Veränderungen zu erfassen. Kraft der Dialektik kann es gelingen, die unerhörte Zunahme menschlichen Wissens, die sich in unserer Gegenwart vollzieht, dem Corpus marxistischen Denkens einzuverleiben. Für einen so verstandenen Marxismus habe ich den Begriff eines integrativen Marxismus geprägt; integrativ bezogen auf die Fähigkeit der Integration wissenschaftlichen wie kulturellen Wissens in die konzeptive Systematik marxistischen Denkens. Ein so verstandener Marxismus besitzt ein Zukunftspotential, das ihn über jede andere mit ihm konkurrierende wissenschaftliche Weltanschauung hinaus hebt.

Ein Beispiel für eine legitime und notwendige (also nichtrevisionistische) Korrektur überlieferter Theorie ist die Utopie³. Die kritische Einstellung von Marx und Engels zur Utopie (in der Gestalt des utopischen Sozialismus) ist bekannt. Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft war in der historischen Lage, in der sich Marx und Engel befanden, ein notwendiger Schritt. Heute befinden wir uns in einer anderen historischen Lage, in der einer universalen Gefährdung. Sie erfordert utopisches Denken, um Perspektiven zielorientierten Handelns zu gewinnen. Mein Vorschlag lautet deshalb, die Utopie in den Marxismus zurückzuholen, nicht gegen dessen wissenschaftliche Orientierung, sondern im Sinne ihrer Erweiterung: Utopie als Denken des historisch Möglichen; und über das zu befinden, was historisch möglich ist, liegt durchaus im Rahmen möglicher wissenschaftlicher Erkenntnis. Jean Ziegler hat es in seinen wichtigen Büchern zum Problem des Welthungers überzeugend gezeigt.

Der Marxismus ist in seiner ideellen Substanz eine *Theorie der Befreiung*. Es geht ihm, mit Marx, um das Umwerfen aller Verhältnisse, »in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« – um die Emanzipation des Menschen in voller Diesseitigkeit. Als Mangel ist zu konstatieren, dass die Ausarbeitung einer politischen Ethik immer noch fehlt. Lukács plante, als Krönung seines großen Werks, im Alter eine Ethik zu schreiben, hat es aber am Ende nicht mehr tun können. Dabei ist die Ethik für den Marxismus so zentral wie es die Utopie im erläuterten Sinn ist – an deren Seite sie tritt. Sie gibt der Kritik herrschender Verhältnisse einen normativen Horizont. Im Konnex mit der Utopie verweist sie auf eine mögliche Welt, die wir uns wünschen. Es ist eine Welt, so Brecht in »An die Nachgeborenen«, einer Dichtung von epochalem Rang, »wo der Mensch dem Menschen ein Helfer ist«. In solcher Welt herrscht das Ethos der Freundlichkeit und Solidarität. Begriffsgeschichtlich lässt sich eine Linie zum plebejisch-christlichen Liebesgebot ziehen, zum Gedanken der Würde, die jedem Menschen zukommt qua Mensch – kraft seiner materiellen Verfasstheit. Shakespeare hat diesen Gedanken in den Sturmszenen des Lear in einer Weise Ausdruck verliehen, die in die Grundlegung einer marxistischen Ethik gehört – vielleicht schreibe ich selbst noch einmal etwas dazu. An solcher Stelle wird die enge Verbindung des Marxismus mit den humanistischen Kunsttraditionen fassbar, wie nicht zuletzt auch mit dem Gedanken des Friedens – einer von Angst und Not befreiten Welt. Unabweisbar ist die enge Verbindung von Marxismus und Aufklärung, die Erkenntnis, dass der Marxismus ein Humanismus ist, die Zerstörung dieses Kerns ihn in seinen Wurzeln zerstört ...

Theorie der
Befreiung

3 Siehe auch: <https://www.marxistische-blaetter.de/de/article/678.von-der-notwendigkeit-der-utopie-in-finstern-zeiten.html>

MR: Wie kann der Marxismus heute zum Kampf für die Menschenrechte und die Gerechtigkeit beitragen?

TM: Auch hier ist eine theoretische Vorklärung vonnöten. Der Gedanke des Rechts (um Hegels Begriff zu verwenden) – die Frage nach individuellem Recht, Völkerrecht, Menschenrechten – wurde im traditionellen Marxismus nur allzu oft allein unter ideologischen Gesichtspunkten, also kritisch gesehen, und in manchen Formen des Marxismus wird er es heute noch. Selbstredend ist Recht in den Klassengesellschaften in erster Linie Klassenrecht. Vergessen wurde und wird aber, dass das Recht darüber hinaus eine zivilisatorische Errungenschaft ist, die über seinen Klassencharakter hinaus weist – als Menschenrecht, Völkerrecht, individuelles Recht, Rechtsstaatlichkeit, in der Form der Rechtsgesellschaft, wie ich sagen möchte. Allein die Stalinherrschaft sollte uns belehren, was es bedeuten kann, wenn im Sozialismus elementare Rechtsgrundsätze verletzt werden. Auf allen Ebenen und an vielen Orten erleben wir in der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft, die sich so freiheitlich und demokratisch gibt, einen Abbau von Rechtsstaatlichkeit – am fortgeschrittensten in den USA, im europäischen Umfeld in der Türkei –, die Eliminierung fundamentaler Rechte. Der emanzipatorische Kampf heute ist in weiten Teilen zu einem Kampf um den Erhalt – perspektivisch den Ausbau – der Rechtsgesellschaft geworden.

Blicken wir auf Deutschland. Im zunehmenden Maß zeigt sich, dass Deutschland zutiefst gespalten ist. Fraglos gibt es in großen Teilen der Bevölkerung ein solides demokratisches und human-solidarisches Bewusstsein. Auf der anderen Seite aber zieht der rechte Radikalismus in Gestalt der AfD in die Parlamente ein. Wir haben einen öffentlich agierenden Neofaschismus, der braune Pöbel fackelt die Unterkünfte von Flüchtlingen ab, die Polizei ist unfähig (oder unwillens), diese zu schützen. Der sog. Verfassungsschutz agiert in einem rechtsfreien Raum, seine Verbindung zum rechten Untergrund kommt im NSU-Prozess scheinbarweise an den Tag. Einzelheiten kann man nur ahnen, nicht wissen. Die Durchsetzung der Rechtsgesellschaft – praktizierte Rechtsstaatlichkeit – ist hier erst Forderung, nicht Realität.

Zivilisatorische
Errungenschaft

Rechtsstaat
verteidigen

Es geht also zunächst darum, in dieser finsternen Zeit den Rechtsstaat zu verteidigen, demokratische und Rechtsverhältnisse herzustellen, wo es sie nicht gibt. Unsere Kräfte und Möglichkeiten sind gering. Es gibt viele Aufgabenfelder: die politische Arbeit, Arbeit an den Schulen und Universitäten. An Universitäten ist die Lage für Marxisten desolat. Die Inhalte der Ausbildung haben sich verändert – in Richtung der Verbürgerlichung der Wissenschaft, die in den ideologisch neuesten Moden, zuletzt postmodern drapiert, daherkommt. Die Professoren wurden entsprechend ausgewechselt. Heute gibt es kaum mehr (wenn überhaupt) marxistische Lehre an den Universitäten. Die Verhältnisse hier sind bedeutend schlimmer als beispielsweise in den USA, wo es noch linke, auch marxistische, Hoch-

schullehrer gibt, nicht nur Berühmtheiten wie der bewundernswerte Noam Chomsky, sondern auch andere mit unbekanntem Namen. Bei uns wurde der akademische Augiasstall nach der sog. Wiedervereinigung – ich ziehe es vor, von der Reconquista zu sprechen – von allem linken »Unrat« befreit.

MR: Wie können wir marxistische Ideale in der westlichen Gesellschaft umsetzen?

TM: Durchsetzbar sind sie, wenn überhaupt, nur langfristig, durch das, was ich eine demokratische Revolution nenne. Damit gemeint ist eine grundlegende Transformation der Produktions- und Herrschaftsverhältnisse im Rahmen des Rechtsstaates. Grundlage ist die Vergesellschaftung des monopolistischen Eigentums wie des Finanzkapitals, die gesellschaftliche Kontrolle im Bereich der ökonomischen Basisverhältnisse, eine Entwicklung des Rechtsstaats selbst über seine klassenmäßigen Schranken hinaus – die Herausbildung also einer sozialistischen Rechtsgesellschaft. In der Epoche des imperialistischen Kapitals ist dies ein gewaltiges Unternehmen...

Eine demokratische Revolution ist keine romantische Spinnerei noch eine anarchistische Gewalttat, sie ist reale Möglichkeit politischen Handelns im Heute und Hier. Ihre erste Stufe wäre die Vergesellschaftung des imperialistischen Kapitals. Auf dieser Grundlage hätte der demokratische Umbau des zivilgesellschaftlichen wie des juristischen und staatlichen Bereichs zu erfolgen – nach den Kriterien der demokratischen Revolution, deren Ziel es ist, die Bedingungen für die volle Verwirklichung der menschlichen Potentiale zu schaffen.

Dabei dürfen wir nie aus dem Auge verlieren, was Kommunismus im marxistischen Sinn bedeutet: eine friedliche, solidarische Welt; die Umwandlung des bürgerlichen Rechtsstaats in eine universale Rechtsgesellschaft; die Aufhebung von Ausbeutung und Unterdrückung, ökonomisch, sozial, kulturell; Befreiung von materieller Not als Bedingung kultureller Bildung; gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums als Voraussetzung für die Reichtumsentfaltung individuellen Lebens; gesellschaftliche Individualität als Kernkategorie; Bewahrung der Natur als dem kosmologischen Wohnort des Menschen. In seiner normativen Gestalt ist der Kommunismus eine konkrete Utopie. Die Verwirklichung seiner emanzipatorischen Ideale wird nur in einem langen Zeitraum, über viele Stufen hinweg möglich sein.

Heute ist das Ringen um Verfassung und Rechtsstaat ein Kampf um die Voraussetzung der Revolution. Pointiert gesprochen: die Revolution hat mit diesem Kampf schon begonnen. Und sicher ist eines: Kampf wird es geben, harten Kampf, denn niemand glaube, dass das Kapital kampfflos die Bühne der Weltgeschichte verlassen wird. Ist es, wie Marx sagt, »von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend« zur Welt gekommen (Kapital I, MEW 23, 788), so wird es auch in keiner anderen Gestalt die Welt wieder verlassen, und nicht auszuschließen ist die Möglichkeit, dass es die Menschheit in seinen Höllensturz hineinreißt.

Grundlage: Vergesellschaftung

Kommunismus in marxistischem Sinne

Die Bedingungen für eine solche Umgestaltung sind gegenwärtig schlecht, doch wäre Resignation die falscheste aller Haltungen. Sie hieße aufzugeben, bevor der Kampf überhaupt begonnen hat. Geduld ist die erste Tugend des Revolutionärs. Als Wissenschaftler und Marxisten sollten wir gelernt haben, historisch zu denken. Es dauerte Jahrhunderte, bis sich die bürgerliche Gesellschaft gegenüber der feudalen als weltgeschichtliche Gesellschaftsform durchgesetzt hatte. Der Prozess lief über eine Reihe von Revolutionen; er begann im 14. Jahrhundert und war endgültig erst im 19. und 20. abgeschlossen, ja noch heute gibt es eine Reihe von Monarchien und andere moderne Reste des Feudalismus. ... So sollten auch wir die Dimension geschichtlicher Zeit, ihre langfristigen Strukturen, für unseren Kampf wie für unseren Begriff der Zukunft stärker in unsere Überlegungen einbeziehen.

Rückfall in die
Barbarei real

Die Geschichte bewegt sich nicht geradlinig, sondern verläuft in Spiralen – eine Metapher, die Peter Weiss von Lenin übernahm und in der »Ästhetik des Widerstands« verwendet. Die Gefahr der Katastrophe ist allgegenwärtig, der Rückfall in Barbarei eine ständige Möglichkeit. Die Re-Barbarisierung ist dem Imperialismus wesensmäßig eingeschrieben. Heute bewegen wir uns nach zwei Weltkriegen und dem europäischen Faschismus auf einen neuen Höhepunkt zu. Noam Chomsky warnt vor der Gefahr eines, jetzt von den USA ausgelösten, dritten Weltkriegs. In seinem Fall wäre »die Wahrscheinlichkeit eines Überlebens der menschlichen Gattung auf ein Minimum reduziert«. ... Im Kampf um Frieden geht es heute um nichts Geringeres als um die Errettung der Menschheit.

Epoche des
Regresses

Doch auch ohne den äußersten Fall leben wir, allem technologischen Fortschritt zum Trotz, in einer Epoche des zivilisatorischen Regresses. Er wird bestehen, ja an Dynamik gewinnen, solange seine Ursachen nicht beseitigt sind. Sie liegen in den herrschenden Produktions-, Eigentums- und Machtverhältnissen. Seit Lenin und Luxemburg tragen sie den Namen Imperialismus. Mit großem Scharfsinn erkannten diese – wohl als erste – das zutiefst barbarische Wesen des imperialistischen Kapitalismus. Dieser ist »Epoche der Kriege und Revolutionen«. Charakteristisch für ihn ist die Verschmelzung von Monopolkapital und Finanzkapital, damit verbunden die Ausbildung eines Systems kosmopolitischer Herrschaft (»kosmopolitisch« verstanden in dem Sinn, den Marx und Engels dem Begriff im Kommunistischen Manifest gegeben haben): »das Streben nach Herrschaft statt nach Freiheit, die Ausbeutung einer immer größeren Anzahl kleiner oder schwacher Nationen durch ganz wenige reiche oder mächtige« (Lenin, »Der Imperialismus als neueste Etappe des Kapitalismus«, Werke 22, 304–306, hier S. 305.). Ist der Imperialismus auch imstande, den technologischen Fortschritt in einem nicht vorhersehbaren Maß voranzutreiben – in die hochtechnologische Produktionsweise der Gegenwart bis hin zur projektierten Erfindung transhumaner Intelligenzen, die den

Menschen ersetzen sollen –, so repräsentiert er in seiner internen kulturellen Verfasstheit die Re-Barbarisierung menschlicher Zivilisation in einem ebenso unvorstellbaren Maß, – das dem des technologischen Fortschritts gleichwohl korrespondiert. In dieser historischen Lage tritt die Möglichkeit des Menschheitssuizids an die Seite der Re-Barbarisierung.

Der Kampf gegen eine gesellschaftliche Formation, die solche Folgen zeitigt, ist mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und in aller Härte zu führen. Ich komme hier auf den Begriff der ›demokratischen Revolution‹ zurück, die Tatsache, dass in diesem Land wie in anderen Ländern bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit dieser Kampf legal geführt werden kann; Neruda spricht, mit Blick auf die chilenische Revolution, von der »legalen Revolution«. Der Kampf ist legal zu führen, solange der Rechtsstaat besteht – dabei wissen wir, dass die herrschenden Kräfte die ersten sein werden, ihm zu Leibe rücken, wird ihre Macht bedroht (so wurde dann auch die chilenische Revolution, wie schon die spanische, mit Hilfe des imperialistischen Kapitals von einer faschistischen Diktatur in Blut erstickt). Doch selbst wenn dieser Kampf gelingt: es werden viele Stufen benötigt werden, vermutlich viele Revolutionen – mit Marx: eine ›Epoche sozialer Revolutionen‹ –, um dieses Gebäude des Unrechts (Hegels Begriff) zu beseitigen ...

Demokratische
Revolution



Klaus Müller / Knut Hüller
Der Dialog
Ein Gespräch über Sinn und Unsinn der politischen Ökonomie

2020 veröffentlichte die *Exit*-Redaktion einen Totalverriss des Autors Knut Hüller auf das ein Jahr zuvor erschienene Buch Klaus Müllers „Auf Abwegen“. Müller hat 2021 darauf geantwortet. In diesem Buch werden diese Artikel nun vollständig publiziert, einschließlich der weiteren, nicht veröffentlichten Wortmeldungen der beiden Autoren, in der Annahme, das Streitgespräch zwischen ihnen könnte andere anregen, sich an der Diskussion zu beteiligen und sie fortzusetzen.

ca. 150 Seiten, 18 €,
ISBN 978-3-946946-35-9

mangroven
ERLAG

Am Wolfskopf 30, 34130 Kassel
info@mangroven-verlag.de

www.mangroven-verlag.de
shop.mangroven-verlag.de



Freiburg, Schriftsteller, Journalist, Übersetzer

Lernen, Lehren und Lesen gegen die Verwahrlosung

Dietmar Dath

Als der Konkurrenzkapitalismus noch nicht zum Monopolismus und Imperialismus unserer Tage heruntergekommen war, erlebte die bürgerliche Welt den Rausch einer wilden Neugier darauf, wie alles Mögliche funktioniert. Diese Neugier machte zwar oft vor gesellschaftlichen Sachverhalten kehrt und zog sich dann auf die Ideologie zurück, dass der Fortschritt in den Händen der Bourgeoisie für alle Zeiten gesichert sei und man Soziales weder erklären noch ändern solle. Aber die Rückkehr in eine nur aus Gewohnheiten gebaute mittelalterliche Gesellschaft, in unverständene Abläufe und verkalkte Hierarchien war den aufgewecktesten Fabrikanten und Bankiers so zuwider wie den Köpfen des Sozialismus. So konnte ein durchaus nicht linksradikaler Naturforscher wie Ernst Haeckel der klerikalen Reaktion auf weithin sichtbaren Plattformen entgegentreten, und das klassenbewusste Proletariat war informiert über Mendels Erbgesetze, eine statistische Wahrheit mit kausalen Konsequenzen, wie über Darwins Evolutionslehre, eine mit statistischen Voraussetzungen wirtschaftende kausale Theorie über Entstehung und Untergang biologischer Arten. An gewissen Fronten wiesen die Bourgeoisie und das Proletariat also Dummheit und Aberglauben gemeinsam in die Schranken. Das lag, wie wir heute wissen, an einer vergänglichlichen historischen Konstellation: Die Interessen der besitzenden und der arbeitenden Klassen deckten sich zwar nicht, verlangten aber verwandte Vorgehensweisen zur Verfolgung unterschiedlicher Ziele.

Vergängliche Konstellation

Die Bourgeoisie wollte ihre Produktionsweise verwissenschaftlichen, um die Ausbeutung »des Arbeiters und der Erde« (Marx), also natürlicher und gesellschaftlicher Ressourcen, so intensiv wie möglich zu betreiben. Das Proletariat wiederum musste verstehen, in welchem Kosmos es lebt, um der Bourgeoisie sowohl die wirtschaftliche wie die politische Macht zu entreißen, also Produktion wie Verwaltung zu übernehmen.

Für das Proletariat gilt das immer noch.

Aber die Bourgeoisie befindet sich längst nicht mehr im Stadium der Eroberung der Macht über Menschen und Ökosysteme, sondern im Stadium wütender Anstrengungen, diese Macht mitten im Systemversagen und zur Not auf Kosten des Ganzen zu behalten, wobei das, was sie als Produktion und Reproduktion der Grundlagen dieser Macht versteht, direkt in die Zerstörung dessen umschlägt, was sie zu beherrschen meint.

So wird denn dem Aberglauben und den Wahnvorstellungen, die diese Verwüstungen begleiten, nicht mehr mit bürgerlichem Geld die Basis

entzogen wie anderen Quatschideen in Zeiten der noch nachhallenden bürgerlichen Aufklärung. Aberglaube und Wahn werden mit bürgerlichem Geld heute sogar gefördert, wo das besagtem Zweck der Monopolmacht dient.

Ein Blödsinn wie die Verleumdung Kubas im Rahmen der Wunderwaffen-Verschwörungstheorie um das sogenannte »Havanna-Syndrom«, die ab 2016 von US-amerikanischen Hetzquellen verbreitet wurde und das Szenario darstellte, der belagerte Inselstaat setze eine neuartige Mikrowellen-Technik zur Nervenschädigung von diplomatischem Personal ein, wäre vor dem Kalten Krieg (sagen wir: vor hundert Jahren) von wissenschaftlichen Autoritäten nicht nur in Fachzeitschriften, sondern in populärwissenschaftlichen Medien und sogar in der Tagespresse lächerlich gemacht worden. Aber obwohl man bei Wikipedia mittlerweile erfährt, dass selbst die treuesten Hunde Washingtons »nicht mehr davon ausgehen«, dass es jene magischen Störmittel gibt, fand ich eine einigermaßen zusammenhängende Widerlegung der Scheiße nur in einer vergleichsweise randständigen Publikation von politisch verschrobene(n), nämlich kleinbürgerlich-libertären Leuten, und zwar in dem 1992 gegründeten, anti-klerikalen, anti-obskurantistischen, sozusagen traditionsaufgeklärten Magazin »Skeptic«, das die dumme Geschichte 2021 akkurat als »Hysterie« brandmarkte und auf sechs Seiten mit vorbildlicher Gründlichkeit auseinandernahm, abseits der Öffentlichkeit, in der die Gruselgeschichte vormals von auflagenstarken Blättern und Webseiten mit hoher Reichweite verbreitet worden war.

Die Verwahrlosung des Breitenwissens im Imperialismus ist beschämend. Sie reagiert aber bloß auf den Zustand der Forschung.

Im Frühjahr des Jahres 2023 löste eine von Michael Park, Erin Leahy und Russel J. Funk von der Carlson School of Management an der University of Minnesota verantwortete Studie, die zeigen konnte, dass in der Publikationssphäre und bei den Patentzulassungen die sogenannte »disruptive science« immer seltener geworden ist, in Fachforen eine treuherzige Diskussion darüber aus, ob »disruptive science« überhaupt gebraucht werde, Förderung verdiene und so weiter.

Diese »disruptive science« wird kaum je präzise definiert. Als Damenregel kann man sich aber merken, dass wissenschaftliche Leistungen dem fraglichen Diskurs immer dann als »disruptive« gelten, wenn sie dazu führen, dass die in der jeweils offiziellen Lehre zur betreffenden Sache vorhandenen statistischen Modelle oder kausalen Erklärungen überprüft und korrigiert werden.

Mit anderen Worten: »disruptive science« ist jede Wissenschaft, die etwas Neues herausfindet, statt vorhandenes Wissen zu bestätigen.

Es lässt sich also feststellen, dass der Ausdruck »disruptive science« ein Verwandter des Ausdrucks »unerwartete Überraschung« ist und in

Verleumderischer Blödsinn

Verwahrlosung des Breitenwissens folgt der Forschung

Wahrheit das benennt, was früher schlicht »Forschung« hieß, im Gegensatz zur Lehre, die zwar gern neue Argumente für das empfängt, was sie lehrt, aber selbst nur in sehr begrenztem Umstand den Wissensstand der Menschengattung vermehrt (nämlich, indem sie einigen beibringt, was andere schon wissen).

Während nun die Fachwelt darüber stritt, ob »disruptive science«, zu der's im Imperialismus immer seltener reicht, überhaupt vonnöten sei, erfuhr im selben Frühjahr 2023 ein breiteres Publikum, dass Forschung, Lehre und mancherlei andere Kopfarbeit unter Umständen nicht nur keine Standes-, sondern auch gar keine reinen Menschenangelegenheiten mehr seien.

Über
»Künstliche«
Intelligenz

Denn da mische sich jetzt die sogenannte »Künstliche Intelligenz« oder KI ein.

In dem Bereich, den diese Formel bezeichnet, herrscht derzeit heillose terminologische Verwirrung. Eigentlich bedeutet »Künstliche Intelligenz« die Erweiterung und Ersetzung menschlicher Kopfarbeit durch Funktionen von Maschinen. Nur ein Unterbezirk dieses Feldes, das sogenannte maschinelle Lernen, wird jedoch heute von den Massenmedien unterm Rubrum »KI« wahrgenommen, und damit nicht genug: Während »maschinelles Lernen« das Trainieren von Automaten zu dem Zweck bezeichnet, ihnen die selbstständige Erstellung statistischer Modelle von zu untersuchenden Prozessen beizubringen, deren weiteren Verlauf sie vorhersagen sollen, und während man Maschinen auf verschiedenerelei Art dazu bringen kann, solche Modelle zu bauen, etwa durch Entscheidungsbäumchen-Verfahren oder lineare Regression, befasst sich die gegenwärtige Berichterstattung und Diskussion fast ausschließlich mit »Deep Learning«-Verfahren für neuronale Netze. Solche Netze sind Verbundsysteme aus Rechenzellenschichten, wie sie etwa in den Großen Sprachmodellen stecken, also in den Chatbots, die für die aktuelle Panik oder Begeisterung der Hauptentzündungsherd waren. »Deep« sind sie, wenn sie viele Schichten haben

Die Verengung der denkbaren Möglichkeiten, Kopfarbeit maschinell zu entlasten, auf die im Sinne der Monopole erfolgreichsten heutigen Deep-Learning-Verfahren wird unter Kundigen durchaus ungern gesehen.

Kausale
Aussagen
verlangen

Der große Informatiker Judea Pearl etwa mahnt regelmäßig, man dürfe nicht bei statistischen Modellen stehenbleiben, sondern solle den Apparaten kausale Aussagen abverlangen (wie sie selbst in statistischen Zusammenhängen ja möglich sind, siehe oben: Darwins Evolutionslehre). Und Keith L. Downing, ein Experte für Lernvorgänge im Lebendigen wie im Automaten, bezweifelt öffentlich, dass das Anpassen des Lernens in Computern an Kurven und deren hypothetische Verlängerungen der KI diejenigen Vorzüge bereitstellen kann, die das Versuch-und-Irrtum-Vor-

gehen, mit dem Gehirne lernen, offensichtlich hat («höhere Auflösung», »Emergenz« unerwarteter Muster etc.).

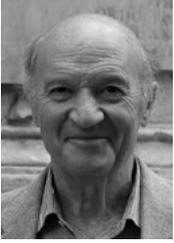
Pearl, Downing und andere wundern sich hin und wieder, warum diejenigen, die Geld, Forschungsaufträge und anderen Rückenwind zu vergeben haben, das Projekt der maschinellen Forschungsunterstützung so exklusiv auf gewisse Vorhersagen statt auf Verständnis und Erklärung des Erforschten richten, warum sie mit der Schrotflinte auf ihr Ziel schießen, statt mit dem Präzisionsgewehr.

Wer die »Deutsche Ideologie« und die »Heilige Familie« von Marx und Engels sowie Lenins Imperialismusbuch und sein Werk »Materialismus und Empiriokritizismus« gelesen und kapiert hat, muss sich an diesem Punkt nicht wundern.

Die Monopolgewaltigen wissen leider etwas, das man aus diesen Büchern lernen kann und das viele Linke vergessen haben. Es geht um eine ökonomische Wahrheit, die auch die Handlerin und der Astrologe seit Jahrtausenden nutzen: Vorhersage ist billiger als Verstehen, solange der soziale Preis für falsche Vorhersagen nicht zu hoch liegt. Wo Monopolkapital herrscht, muss es sich für falsche Vorhersagen seiner »nicht disruptiven« pseudowissenschaftlichen Lakaien, Zofen und Apparate nicht verantworten. Vor zehn Jahren habe ich den damals schon recht trostlosen Stand der Wissensproduktion im Imperialismus in einem Geburtstagsartikel für die Marxistischen Blätter¹ als den bösen Kontext gekennzeichnet, in dem diese Zeitschrift gesellschaftskritische Forschung dokumentiert, lehrt und archiviert (Letzteres wird mehr und mehr die wichtigste Funktion oppositioneller Print-Publizistik). Dieser Kontext ist, wie man sich per Blick in die Realität leicht klarmachen kann, schlimmer geworden, und die Zeitschrift ist stärker geblieben, als dieser Kontext eigentlich erwarten lassen würde. So muss es weitergehen, bis sich die Kräfteverhältnisse bessern.

Vorhersage
ist billiger als
Verstehen

1 Hinweis der Redaktion: Dietmar Dath, Warum man Aufklärung auch heute nicht allein denken und aufschreiben, sondern organisieren muss. (MBI 1_2014; <https://www.marxistische-blaetter.de/de/topic/341.2014-1.html>)



(Italien), Philosoph/
Publizist (1941–
2018)

»Sozialismus«
sagbarer?

Kommunismus – ein »unaussprechliches Wort«?

Domenico Losurdo

... Im Oktober 2008 machte die Erklärung des damaligen Parteisekretärs einer Partei mit kommunistischer Orientierung, Fausto Bertinotti, dass der Kommunismus aufgrund seiner Geschichte ein »unaussprechliches Wort« sei, einigen Eindruck. Werfen wir also einen Blick auf das Lexikon der heutigen politischen Debatte: Gibt es Wörter, die »sagbarer« sind?

Auf den ersten Blick scheint es weniger kompromittierend, sich auf den »Sozialismus« zu berufen, dem die liberalen Sozialisten selbst Anerkennung gezollt haben. Auf diesen Begriff wirft bedauerlicherweise ein historischer Umstand einen äußerst dunklen Schatten, der nicht zu beseitigen ist: »sozialistisch« nannte sich auch Hitlers Partei, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Es war der »Sozialismus des guten Blutes«, der vor allem von Himmler theoretisiert wurde: Dieser ermöglichte es den deutschen Proletariern, Eigentümer des Landes zu werden, das den Slawen entrissen wurde, die zur Deportation und Dezimierung, beziehungsweise als Überlebende zur Sklavenarbeit im Dienste derer verurteilt waren, in deren Adern »gutes Blut« floss (in Aly 2005, S. 28–9). Und hier handelt es sich nicht nur um den Nazismus. In den Jahren unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg war es ein glühender Chauvinist, der sich zum »Sozialismus« bekannte, wenn auch zum »preußischen Sozialismus«, ein Chauvinist, der von dem gerade beendeten Gemetzel überhaupt nicht beeindruckt war. Der kurze Text, eine Art Manifest des »preußischen Sozialismus«, schloss mit den unmissverständlichen Worten: »Wir sind Sozialisten. Wir wollen es nicht umsonst gewesen sein« (Spengler 1921, S. 99). Einige Jahre zuvor, nur wenige Monate nach Beginn des Krieges (in den Italien noch nicht verwickelt war), hatte Croce (1950, S. 22) in ähnlicher Weise seine Wertschätzung und Sympathie für den »Sozialismus von Staat und Nation« und die »eiserne Disziplin« des Krieges zum Ausdruck gebracht, die vom wilhelminischen Deutschland und der deutschen Sozialdemokratie umgesetzt wurden. Selbst wenn man von der Verwicklung der klassischen sozialistischen Parteien in den Ersten Weltkrieg und die Kolonialkriege absehen würde, ist »Sozialismus« wirklich ein weniger »unaussprechliches« Wort als »Kommunismus«?

»Demokratie«

Wenden wir uns nun den Begriffen zu, die die vorherrschende Ideologie artikulieren und die stets mit einem lebhaften positiven Werturteil belegt sind. Heutzutage ist die Hommage an die »Demokratie« Pflicht, aber wie hieß die Partei, die sich bis zuletzt in den USA gegen die Abschaffung der Sklaverei ausgesprochen hat? Es war die Partei, die sich selbst als »demokratisch« bezeichnete und die auch wirklich davon überzeugt war, es zu sein. Und wie hieß die Partei, die sich nach der formellen Abschaf-

fung der Einrichtung der Sklaverei umso mehr dafür eingesetzt hat, die wirkliche Emanzipation der Afroamerikaner zu blockieren und stattdessen das terroristische Regime der *white supremacy* zu unterstützen? Schwarze waren oft Opfer von Lynchjustiz, die für den zum Tode Verurteilten eine langsame und endlose Folter bedeuteten und die wie Massenspektakel organisiert wurden; das alles geschah unter der geschickten Regie der Regierungspartei, um genauer zu sein, der »demokratischen« Partei. Und um uns der Gegenwart zuzuwenden, wie viele Kriege wurden und werden heute noch im Namen der »Demokratie« und ihrer Verbreitung entfesselt? Wäre er mit der Geschichte einigermaßen vertraut, hätte Bertinotti ohne weiteres erkennen können, dass der »Kommunismus« ebenso wenig »unaussprechlich« ist wie der »Sozialismus« oder die »Demokratie«.

Es bleibt noch, den Begriff zu prüfen, der vielleicht mehr als jeder andere die höchsten Weihen der herrschenden Ordnung und Macht auch auf internationaler Ebene erlangt hat: der Liberalismus. Wer jedoch dächte, es zumindest in diesem Fall mit einer mehr oder weniger unbefleckten Geschichte zu tun zu haben, täte gut daran, über einen scheinbar unbedeutenden Vorfall nachzudenken, der sich in Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts ereignet hatte. 1888 veröffentlichte die von Karl Kautsky geleitete Zeitschrift »Die Neue Zeit« einen Aufsatz von Paul Lafargue über Victor Hugo und das französische kulturelle und politische Leben. Aber hier interessiert uns weder das Thema noch der Autor. Im Originaltext taucht an einer bestimmten Stelle »libéralisme« auf, was der deutsche Übersetzer mit »bürgerliche Demokratie« übersetzt und dann in der Anmerkung erklärt: »Der Autor verwendet den Begriff libéralisme«. Da aber in Deutschland der Liberalismus zum Lakai des Cäsarismus, des Antisemitismus und der Junker geworden ist, erscheint uns eine Übersetzung mit »bürgerliche Demokratie« angemessener als eine wörtliche Übersetzung« (Lafargue 1888, S. 263 Anmerkung). Sicher ist dies nur eine kleine Episode, aber sie scheint doch ziemlich symptomatisch!

Es ist das Symptom einer Geschichte, die bis zu dem Punkt ignoriert und verdrängt wird, dass ein Autor wie John C. Calhoun, der noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Sklaverei als »positives Gut« (1992, S. 474*) propagierte, in den USA immer noch zu den »Liberty Classics«, den Klassikern der Freiheit, gezählt und veröffentlicht wird. Und die gleiche Ehre wird John E. D. Acton zuteil, Verfechter der Sache des Sklavenhaltersüdens während des Sezessionskrieges. Unter Berücksichtigung dieser ignorierten und verdrängten Geschichte ist das am meisten unaussprechliche Wort: »Liberalismus«. Die beiden goldenen Jahrhunderte dieser politischen Bewegung (18. und 19. Jahrhundert) zeugen sowohl von einer prächtigen Entwicklung der schwarzen Sklaverei in den klassischen Ländern der liberalen Tradition, als auch davon, dass diese Einrichtung in den USA eine ganz besonders brutale Gestalt annahm: Frei von jeder politischen und moralischen Bindung und von jeder Einmischung durch Staat und Kirche kann das Privateigentum, einschließlich des Privateigen-

»Liberalismus«
auf dem
Prüfstand

tums an Menschenvieh oder an Sklaven, absolute Macht ausüben und eine vollständige Entmenschlichung und Verdinglichung des Sklaven vollziehen, bis dahin, dass einzelne Mitglieder seiner Familie wie jede andere Ware separat auf dem Markt verkauft werden können. Aus diesem Grund ist in den Augen des britischen Abolitionisten John Wesley die »amerikanische Sklaverei« »die niederträchtigste, die es je auf der Erde gegeben hat« (Wilberforce 1938, Bd. I, S. 297). Um die Geschichte des Liberalismus zu vervollständigen, halte man sich vor Augen, dass zwischen dem Ende des 19. und dem Beginn des 20. Jahrhunderts gerade in dem Land, das sich anschickte, sich an die Spitze des liberalen Westens zu stellen, man in Bezug auf die Indianer und die Afroamerikaner äußerst unheilvolle Parolen zu vernehmen begann: Sie forderten die »endgültige und vollständige Lösung« oder »Endlösung« der indianischen bzw. schwarzen Frage. Und tatsächlich wurden in dieser Zeit die Indianer in den USA und innerhalb des Britischen Empire die Ureinwohner Australiens und Neuseelands weitgehend vom Erdboden getilgt¹. Und dennoch wird das heute führende Land des liberalen Westens weiterhin als die erste liberale Demokratie in der Geschichte gerühmt!

»Gewaltlosigkeit«

Selbst die Namen der Bewegungen und die Bewegungen, die von sich selbst behaupten, sich zur Ablehnung von Macht und Gewalt zu bekennen, erweisen sich als alles andere als makellos, wenn sie einer konkreten historischen Analyse unterzogen werden. »Gewaltlosigkeit«? Es ist Gandhi selbst, der stolz erklärt, dass er während des Ersten Weltkrieges die Rolle des »Hauptrekrutierers« im Dienste der britischen Armee gespielt hat (Gandhi 1969–2001, Bd. 17, S. 12*). Zur »ersten Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts, der Katastrophe, aus der alle anderen Unglücke hervorgingen«, trug er nicht unerheblich bei, indem er an sein Volk folgende Worte richtete: es ist notwendig, »willige und unzweideutige Hilfe dem Empire zu leisten«; Indien muss bereit sein, »alle körperlich dazu fähigen Söhne dem Empire in seiner kritischen Stunde als Opfer«, »alle tauglichen Söhne als Opfer für das Empire in diesem kritischen Augenblick« anzubieten; »Wir (müssen) dem Empire jeden verfügbaren Mann zu seiner Verteidigung geben« (ders. 2009, S. 375 f.).² Der Mutter aller Katastrophen versagte auch ein führender Vertreter des Anarchismus seinen Beitrag nicht, wenn auch in bescheidenerem Maße als der indische Führer. Es war Pjotr A. Kropotkin, der sich bei Ausbruch des Krieges auf die Seite des zaristischen Russlands stellte. Andererseits werden wir erleben, wie die Bewegung, die das Banner der Auflösung nicht nur des Staates, sondern der Macht als solcher schwingt, während des Spanischen Bürgerkriegs eine brutale Macht über Leben und Tod in großem Maßstab ausübt und

1 Vgl. Losurdo (2011a, S. 9–17; S. 177–79) für Calhoun und Acton; ebd., S. 53 für Wesley; ebd., S. 421ff für die Einstellung gegenüber Indianern, Afroamerikanern und Aborigines.

2 Vgl. Losurdo 2015, S. 36–9.

damit für eines der tragischsten Kapitel der Geschichte des 20. Jahrhunderts verantwortlich ist.³

Bei genauem Hinsehen ist das seinerzeit von Bertinotti zum Ausdruck gebrachte Entsetzen über das Wort »Kommunismus« lediglich Ausdruck der Unterordnung unter die von der herrschenden Ideologie gezogene historische Bilanz des 20. Jahrhunderts. Um dies zu verdeutlichen, lohnt es sich, etwas weiter zurückzugehen. In den 1830er Jahren besuchten zwei berühmte französische Persönlichkeiten unabhängig voneinander die Vereinigten Staaten von Amerika. Es handelt sich um Alexis de Tocqueville und Victor Schœlcher. Ersterer ist allgemein bekannt, Letzterer verdiente einen größeren Bekanntheitsgrad, als ihm bislang zuteil wurde. Nach der Februarrevolution 1848 spielt er eine herausragende Rolle bei der endgültigen Abschaffung der Sklaverei in den französischen Kolonien.

Die beiden hier angeführten Persönlichkeiten analysieren die gleiche Realität im gleichen Zeitraum, kommen aber zu völlig gegensätzlichen Schlussfolgerungen. Und doch geben beide ein Beispiel für intellektuelle Redlichkeit: Sie verweisen einerseits auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie innerhalb der weißen Gemeinschaft und andererseits auf die Versklavung der Schwarzen und die Dezimierung der amerikanischen Ureinwohner. Tocqueville (1836), der sich auf den ersten Aspekt konzentriert, rühmt jedoch bereits im Titel seines Buches die *Demokratie in Amerika*; Schœlcher (1998) hingegen prangert, unter Berufung auf das Schicksal der Völker kolonialer Herkunft, vehement den grausamen Despotismus in den Vereinigten Staaten an. Wer von den beiden miteinander verglichenen Autoren hat recht? Man könnte sagen, dass beide falsch liegen: An anderer Stelle sprach ich mit Blick auf die USA jener Zeit von »Demokratie für das Herrenvolk« und stellte damit sowohl die Kategorie der Demokratie als solche als auch die Kategorie der Despotie in Frage.⁴ Man könnte jedoch hinzufügen, dass Tocquevilles Irrtum schwerwiegender ist, vor allem wenn man sich den Gegensatz vor Augen hält, den er herstellte zwischen der Freiheitsliebe der nordamerikanischen Republik einerseits (trotz ihrer Verbindung zur Institution der Sklaverei, die in einem großen Teil des amerikanischen Kontinents bereits abgeschafft war) und der Taubheit gegenüber dem Wert der Freiheit andererseits, die er Frankreich vorwarf (das durch die Jakobiner ebenfalls Protagonist im Kampf um die Abschaffung der Sklaverei in den Kolonien war).

Wenden wir uns nun dem 20. Jahrhundert zu und stellen wir uns die Welt als Ganzes vor, wie Tocqueville *redivivus* und Schœlcher *redivivus* sie besucht und analysiert haben. Ersterer hätte, wenn er sich auf die kapitalistischen Zentren konzentriert und sie mit den sozialistischen Ländern oder den jungen Nationalstaaten verglichen hätte, keine Schwierigkeiten gehabt, das bessere Funktionieren der Regierung und der repräsentativen

Ausdruck der Unterordnung

Demokratie für das Herrenvolk

3 Vgl. unten Kapitel 3, *Rückkehr zum utopischen Sozialismus*.

4 Vgl. Losurdo 2011a, S. 135–42.

Institutionen in den USA und in Westeuropa festzustellen und zu betonen. Der Zweite hätte, sein Auge insbesondere auf die Kolonien und auf die ehemaligen Kolonien richtend, darauf beharrt, dass die kolonialen Massaker, die grausamen Militärdiktaturen in Amerika oder in einem asiatischen Land wie Indonesien nach wie vor bestehen. Und vielleicht wäre Schoelcher nicht entgangen, dass selbst in den Vereinigten Staaten die Völker, die gegen Unterdrückung und Diskriminierung kämpfen, Hilfe, Inspiration und Ermutigung suchen, indem sie den Blick auf Moskau oder Peking richten.

Historisch segelte Arendt im Kielwasser von Tocqueville *redivivus*, als sie Ende 1967 die radikalsten Vertreter der Antivietnamkriegsbewegung kritisierte, indem sie erklärte: »Bis jetzt hat es hier keine Folter gegeben, keine Konzentrationslager, keinen Terror« (in Young-Bruehl 1990, S. 468*). Stattdessen waren die geistigen Anhänger von Schoelcher *redivivus* jene Aktivisten, die sich, so gut es ging, bemühten, die Philosophin darauf hinzuweisen, dass, auch wenn »Folter«, »Konzentrationslager« und »Terror« nicht in den Vereinigten Staaten angekommen waren, sie doch in Vietnam ausgebrochen waren, und zwar dank der Politik Washingtons.

Der Sieg, den der Westen am Ende des Kalten Krieges errungen hatte, war auch der Sieg von Tocqueville *redivivus*. Und dennoch ... Nachdem Russland zum Kapitalismus konvertiert war, wozu es vom Westen angehalten und genötigt war, wurde es ab 1989 von einer Welle wilder Privatisierungen von oft krimineller Natur heimgesucht: Daher rührte eine drastische Polarisierung, ein dramatischer Rückgang des Lebensstandards für die Massen und das, was ein berühmter Politikwissenschaftler (Maurice Duverger, 1993) als »Genozid an den Alten« bezeichnet hat. Anders die kommunistische Partei, die in dem großen asiatischen Land an der Macht war, welcher ein in der Geschichte einzigartiges Vorhaben gelang, nämlich die Befreiung von »mehr als 600 Millionen Menschen« bzw. (nach anderen Berechnungen) »660 Millionen Menschen« aus dem Elend, indem sie die Konversion zum liberalen Kapitalismus ablehnte und an der Perspektive des »Sozialismus mit chinesischen Merkmalen« festhielt.⁵

Wie man sieht, gibt es wahrlich keinen Grund, das Wort »Kommunismus« als »unaussprechlich« zu bezeichnen. Ganz im Gegenteil ... In den ersten Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts bemerkte ein großer liberaler oder liberal-konservativer Autor: »Die orthodoxen Ökonomen«, die zur »Bekämpfung des Sozialismus« bisweilen »versucht haben, zu beweisen, daß das Privateigentum an Grund und Boden und an Kapital für das gesellschaftliche Zusammenleben nicht nur unentbehrlich oder lebensnotwendig ist, sondern auch dem absoluten Gebot der Moral und der Gerechtigkeit entspricht, hierin den heftigsten Gegenangriffen eine offene Flanke geboten haben; und ihre These, die zu jeder Zeit als schwie-

Kein Grund
»Kommunis-
mus« für
»unaus-
sprechlich«
zu halten

5 Vgl. Losurdo (2016, S. 131) für Schoelcher; ebd., S. 350–64 für Chinas Flucht aus dem verzweifeltsten Massenelend.

rig, ja fast aussichtslos hätte gelten können, erreicht in der heutigen Zeit, in der wir alle wissen, auf welche Weise große Vermögen häufig zustande kommen, den Punkt der Absurdität« (Mosca 1953, Bd. I, S. 417 f.*).

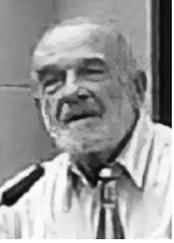
Gegen Ende des 20. Jahrhunderts fasste die »Financial Times« den wilden Privatisierungsprozess im postsowjetischen Russland, der es einer Handvoll Privilegierter ermöglichte, öffentliches Vermögen buchstäblich zu stehlen, folgendermaßen zusammen: »Der Mehrheit der Öffentlichkeit wurde eine wirkungsvolle Veranschaulichung von Proudhons Maxime gegeben, wonach »Eigentum Diebstahl ist«« (in Boffa 1997, S. 71*).

Heutzutage richtet sich, vor allem in den USA, die Bewegung gegen die skrupellosen und räuberischen Spekulationen des Finanzkapitals gegen die *Bankster*; dabei handelt es sich um einen Neologismus, der sich aus der Verschmelzung von *Banker* und *Gangster* ergibt. Oder, mit Bezug insbesondere auf den militärisch-industriellen Komplex und die Profite, die er durch das Anheizen des Wettrüstens und regelrechter Kriege angehäuft hat, verurteilt die Protestbewegung sowohl die »Wall Street« als auch die »War Street«. Um all das zu verurteilen, gibt es da ein besseres Wort als »Kommunismus«?

Als Lenin beschließt, den Namen der russischen Revolutionären Arbeiterpartei von »sozialdemokratisch« in »kommunistisch« zu ändern, tut er dies nicht im Hinblick auf die von Marx beschriebene letzte Phase der postkapitalistischen Gesellschaft. Es geht vielmehr darum, sich vom Sozialchauvinismus zu distanzieren, von jenen »Sozialisten«, die – nicht selten mit den Parolen des demokratischen Interventionismus – das Gemetzel des Ersten Weltkriegs legitimiert hatten: Während die Sozialisten der Länder der Entente beabsichtigten, die Demokratie nach Deutschland zu exportieren, waren die deutschen Sozialisten entschlossen, sie ins zaristische Russland zu exportieren, das mit der Entente verbündet war. Unglücklicherweise hat sich die wesentliche und manchmal sogar führende Rolle der »Sozialisten« (und Arbeiterparteien) bei der Förderung kolonialer oder neokolonialer Kriege nicht erschöpft: Man denke nur an Tony Blair, einen der Initiatoren des Zweiten Golfkriegs (auf der Grundlage der falschen Anschuldigung, dass Saddam Hussein im Irak Massenvernichtungswaffen besaß und einzusetzen bereit war) oder an François Hollande, einen der energischsten und rücksichtslosesten Vertreter der neokolonialistischen Gegenoffensive im Nahen Osten und in Afrika. So drängt sich erneut eine Feststellung auf: Um den Kampf gegen diese Manipulationen und Schändlichkeiten zu fördern, gibt es kein besseres Wort als »Kommunismus«! ...

Vom Sozialchauvinismus deutlich distanzieren

Vorabdruck mit freundlicher Genehmigung des PapyRossa Verlages aus: Domenico Losurdo, Der Kommunismus. Geschichte, Erbe und Zukunft, Eingeleitet und herausgegeben von Giorgio Grimaldi, Übersetzt von Christel Buchinger, Klappenbroschur, etwa 250 Seiten, ca. 24,- Euro (Erscheint voraussichtlich im November 2023)



Berlin, Rechtswissenschaftler und -philosoph, Mitglied der Leibniz-Sozietät

Trotz alledem!

Hermann Klenner

Die Gegenwart, mit der Zukunft schwanger gehend, ist mit der Vergangenheit beladen, heißt es beim Urgründer unserer Sozietät, dem Juristen und Universalgelehrten Leibniz, und man kann denselben Gedanken mit nahezu gleichen Worten auch bei Hegel finden (dem die Mitgliedschaft in unsrer Vorgänger-Akademie der Wissenschaften verwehrt wurde): die konkrete Gegenwart ist das Resultat der Vergangenheit und trüchtig von der Zukunft.¹ Man halte diese Aussagen nicht für banal und missverstehe sie vor allem nicht als Annahme einer Selbstentwicklung der Vergangenheit über die Gegenwart zur Zukunft; als ob der Fortschritt von sich aus »fortschreitet«. Schwangerschaften können auch in Fehlgeburten enden; Siege haben zuweilen Niederlagen als Kondition, doch sie können auch in Niederlagen enden.

Die berühmteste Verwendung des »Trotz alledem!« stammt von Karl Liebknecht; von ihm am 14. Januar 1919 als Überschrift zu einem Artikel geschrieben, in dem es heißt: »Es gibt Niederlagen, die Siege sind, und Siege, verhängnisvoller als Niederlagen«. Am Tag danach ist der Artikel in der »Roten Fahne« erschienen, und genau an diesem Tag wurde Karl Liebknecht in Berlin von Freikorpsoffizieren ermordet.²

Mein hier gemeintes »Trotz alledem!« reflektiert eigene Lebenserfahrungen, die schließlich auch in die Entstehung und Existenz unserer Leibniz-Sozietät einmündeten. Ab Januar 1945 nahm HK als Gefreiter einer Granatwerfer-Kompagnie der Nazi-Wehrmacht am Kriegsgeschehen teil, wurde verwundet und ging nach Kriegsende als Gefangener in einem Behelfslazarett der US-Armee zum zuständigen deutschen Amtsgericht, um aus der Kirche auszutreten. Nicht wegen des Theodizee-Problems, sondern weil ihm in der nunmehrigen Erkenntnis des Verbrecherischen der Krieg führenden deutschen Wehrmacht bewusst wurde, dass auf seinem eigenen Koppelschloss ein »Gott mit uns« ohne kirchlichen Protest eingraviert und bei seinem Konfirmanden-Unterricht der evangelische Pastor sichtbar NSDAP-Mitglied gewesen war. *Trotzdem* hinderte ihn sein eigener Kirchenaustritt vom Frühsommer 1945 nicht daran, einer Einladung der protestantischen Kirche folgend, auf dem Leipziger Kirchentag von 1997 ein Hauptreferat zu halten,³ und zuvor schon hatte er Texte sowohl von John Milton (1608–1674) mit seinem »when God commands to take the trumpet« als auch von Gerrard Winstanley (1609–1676) herausgegeben, der seinen Frühkommunismus ausschließlich mit Bibeltexten begründete.⁴

Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft durch die Rote Armee war HK im Frühjahr 1946 als Bauarbeiter in die SPD eingetreten,

1 Leibniz, *Neue Abhandlungen über den menschlichen Verstand* [1704], Leipzig 1926, S. 11; Hegel, *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse* [1830], Zweiter Teil, § 259, Frankfurt 1986, S. 55.

2 Karl Liebknecht, *Ausgewählte Reden und Schriften*, Berlin 1952, S. 505–520. – Vgl. auch die sich auf die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg beziehenden Verse von Paul Celan, *Gedichte*, Bd. 2, Frankfurt 1975, S. 334: »DU LIEGST ...«

3 H. Klenner, Karl Marx und die Frage nach der gerechten Gesellschaft, in: Konrad von Bonin (ed.), *Deutscher Evangelischer Kirchentag*, Gütersloh 1997, S. 286–292.

wissend und wollend, dass diese Partei sich bald mit der KPD vereinigen werde. Dem sozialistisch/kommunistischem Gedankengut ist er bis heute treu geblieben, *trotzdem* es in der Anwendung vielerorts *summa summarum* versagt hat. Dass er seine gewesene Mitgliedschaft in der rassistischen HJ, die am 20. April 1944 als »Geschenk« zu Hitlers Geburtstag in die NSDAP übertragen worden war, weder rückgängig machen konnte noch verdrängen wollte, hat gewiss dazu beigetragen, dass er später besonders über Persönlichkeiten jüdischer Herkunft publiziert oder deren Werke ediert hat: Eva Engel, Eduard Gans, Heinrich Heine, Eugene Kamenka, Hans Kelsen, Jürgen Kuczynski, Ferdinand Lassalle, Karl Marx, Moses Mendelssohn, Heinrich Bernhard Oppenheim und Baruch de Spinoza; für das juristische Ehrendoktorat von Lion Feuchtwanger an Berlins Humboldt-Universität hat er auf Anregung von Hans Nathan die Begründung erarbeitet, deren Inhalt den Geehrten besonders erfreute; über die das Judentum diffamierende Judengesetzgebung Preußens, besonders über Friedrichs, des sogenannten Großen, *Reglement vor die Judenschaft*, hat er Aufdeckendes publiziert.⁵

Nachdem HK bewusst geworden war, dass er – wenn auch nur für wenige Monate und nur im eigenen Land und an keinen besonderen Untaten beteiligt – in einer chauvinistisch-aggressiven Wehrmacht (»Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!«) gedient hatte, anerkannte er das Ergebnis des Krieges ohne Wenn und Aber, *trotzdem* es für ihn auch den endgültigen Verlust seiner eigenen Heimat bedeutete. Nie hätte er sich die in der BRD gängige Revanchisten-Losung: »Deutschland, dreigeteilt, niemals!« zu eigen gemacht. Er ist heute noch froh, Bürger eines Staates gewesen zu sein, der sich für eine stabile Friedensordnung in der Welt samt einer allgemeine Abrüstung einsetzte und der an keinem Aggressionskrieg beteiligt war, anders als die BRD in Serbien, im Irak und in Afghanistan. Und nun erlebt HK als jetziger BRD-Bürger, wie seine eigene Regierung ihre ökonomischen, militärischen, diplomatischen und ideologischen Mittel nicht dazu verwendet, um gezielt zur Friedensherstellung in einem völkerrechtswidrig begonnenen Krieg beizutragen, sondern sich durch Waffenlieferungen ohne Ende an diesem Krieg beteiligt, zwar nicht juristisch, wohl aber soziologisch.

Trotzdem in den letzten Jahrzehnten völkerrechtswidrige Kriege von allen Seiten (u. a. in Korea, Vietnam, Afghanistan, Vorderasien und Afrika) geführt wurden, ist HK immer wieder bereit, sich in Wort und Schrift für die Existenz, die Anerkennung und die Einhaltung eines auf der *Charter* der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945 beruhenden Völkerrechts einzusetzen, obwohl ihm Albert Einsteins Behauptung wohlbekannt ist, dass es *International Law* nur in den Lehrbüchern zum *International Law* gibt.⁶

Das *Trotzdem* hat auch im Wissenschaftlerleben von HK des Öfteren eine Rolle gespielt. Obwohl er als junger Juristenprofessor an Berlins Humboldt-Universität auf einer großangelegten »Staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz der SED« im Februar 1958 von Walter Ulbricht

4 John Milton, *Zur Verteidigung der Freiheit*, Leipzig 1987; Gerrard Winstanley, *Gleichheit im Reiche der Freiheit*, Leipzig 1986; auch Frankfurt 1988.

5 Vgl. H. Klenner, *Historisierende Rechtsphilosophie*, Freiburg 2009, S. 305–347: »Preußisches zur Judengesetzgebung«.

6 Alice Calaprice (ed.), *Einstein sagt*, München/Zürich 2007, S. 272.

7 Vgl. Ralf Dreier (ed.), *Rechtswissenschaft in der DDR 1949–1971*, Baden-Baden 1996; Hermann Klenner, *Zur Kritik des Rechts*, Berlin 2016, S. 64–83: »Die Babelsberger Konferenz von 1958«.

8 Vgl. *Jahrbuch der Deutschen Akademie der Wissenschaften* 1967, Berlin 1968, S. 669.

9 Analyse des Gesamtvorgangs bei Jürgen Marten, »Die Maßlosigkeit der Macht und das Recht«, in: Gerhard Haney, Werner Maihofer, Gerhard Sprenger (ed.), *Recht und Ideologie*, Bd. 1, Freiburg 1996, S. 395–401.

10 Vgl. *Mitteilungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin*, Jg. 1, Heft 2, Februar 1969, S. 13.

11 Hermann Klenner, »Demokratischer Sozialismus begegnet sozialem Liberalismus«, in: Stephan Kirst/Gerhard Sprenger (ed.), *Menschliche Existenz und Würde im Rechtsstaat*, Berlin 2010, S. 67–81; Werner Maihofer, »Von der Ideologie der Parteien«, in:

persönlich des Revisionismus beschuldigt und danach als Dorfbürgermeister in den Oderbruch und danach an die Hochschule für Ökonomie abgeschoben worden war,⁷ wurde er *trotzdem* im März 1967 vom Präsidium der Akademie der Wissenschaften der DDR zum Leiter einer frisch gegründeten »Arbeitsstelle für Rechtswissenschaft« berufen.⁸ Dieses von ihm als Wiedergutmachung empfundene Mini-Institut sollte jedoch von nur einjähriger Dauer sein. Ein Schatten der Vergangenheit verdunkelte die Gegenwart: Wegen eines von ihm zur Veröffentlichung eingereichten rechtstheoretischen Grundsatzartikels, in dem das sozialistische Recht nicht nur, wie allgemein anerkannt, als *Mittel* von Macht, sondern auch als deren die Rechte der Bürger garantierendes *Maß* der Macht konzipiert wurde, prangerte ihn der Generalstaatsanwalt der DDR auf einer Plenartagung des ZK der SED im Oktober 1968 – bei zustimmenden Zwischenrufen von Walter Ulbricht und Margot Honeker – als »rückfälligen Revisionisten« an: sein Artikel sei das antisozialistische Machwerk eines »Überzeugungstäters«.⁹

Trotzdem in offensichtlicher Konsequenz dieser Diffamierungen die Arbeitsstelle für Rechtswissenschaft durch eine Anweisung des Akademiepräsidenten im Januar 1969 aufgelöst wurde,¹⁰ durfte HK fortan als Mitarbeiter in einem anderen Akademie-Institut weiter produzieren und publizieren. Auch wurde er 1978 Mitglied der Gelehrtensozietät der DDR-Wissenschaftsakademie und konnte sich fortan an den monatlichen fruchtbaren Diskussionen in den Klassen- und Plenarberatungen mit den anderen Gelehrten, auch mit eigenen Referaten, beteiligen. Als langjähriges Mitglied der *Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie* (IVR) konnte HK an deren Kongressen teilnehmen sowie Gastprofessuren in den USA, in Australien und in Japan wahrnehmen. *Trotzdem* Werner Maihofer zeitweise als Innenminister der BRD amtierte, war HK mit ihm durch ein Mit- und Gegeneinander unter Rechtstheoretikern befreundet.¹¹

Trotzdem HK in der DDR zweimal seine Professur verloren hat, nennt er doch unter den seine geistige Entwicklung ermöglichenden Voraussetzungen zuallererst eben diese DDR. Er hat ja jedes Mal eine Professur zurückbekommen, und drei von den vier wissenschaftlichen Mitarbeitern seiner winzigen, von ihm an der Akademie in Gang gebrachten, doch bald wieder aufgelösten Arbeitsstelle für Rechtswissenschaft (deren Türschild noch jetzt in seiner Wohnung hängt und deren Mitarbeitern er später seine in Freiburg 1990 publizierte Edition von Kirchmanns *Die Wertlosigkeit der Jurisprudenz als Wissenschaft* widmete) waren wenige Jahre nach deren Auflösung Professoren geworden, obwohl ihnen doch der Verdacht anhing, von ihm infiziert worden zu sein. Auch war der Berliner Akademie- wie der Leipziger Reclam-Verlag bereit, Monographien und Editionen von HK zu publizieren, zumal sie gekauft, auch exportiert wurden. Und ist derjenige wirklich beneidenswert, der seine Laufbahn konfliktfrei absolviert?

Und schärfer gefragt: hätte er, der nach Kriegsende beziehungs- und mittellos als Bauarbeiter mit einem Stundenlohn von 68 Pfennigen da-

stand, in der Bundesrepublik überhaupt studieren und als – wie sich erweist: lebensendgültig – bekennender, sogar organisierter Linker *trotzdem* einen Weg in die Wissenschaft finden können?

Jedenfalls hat er, nachdem er zuvor in den sechs Semestern seines Studiums mit einem staatlichen Monatsstipendium von einhundert Mark ausgestattet war, im Gründungsjahr der DDR das Referendarexamen bestanden; exakt vierzig Jahre später, am 26. November 1989, gehörte er zu den Unterzeichnern des Aufrufs »Für unser Land«, der von Reformintellektuellen initiiert war, die für eine eigenständige DDR als sozialistische Alternative zur kapitalistischen BRD plädierten. Auf andre Art so große Hoffnung war. Offensichtlich bereut HK keine seiner beiden Entscheidungen, weder die von 1949 noch die von 1989. In den dazwischen liegenden vier Jahrzehnten hat er lieber als lernender denn als lehrender, lieber als lesender denn als schreibender, lieber als forschender denn als publizierender Rechtswissenschaftler gearbeitet. Auch war der Berliner Akademie wie der Leipziger Reclam-Verlag bereit, Monographien und Editionen von HK zu publizieren, zumal sie gekauft, auch exportiert wurden. Und ist derjenige wirklich beneidenswert, der seine Laufbahn konfliktfrei absolviert? *Trotzdem* HK bereits das Rentenalter erreicht hatte, wurde er übrigens aus Wiedergutmachungsgründen vom Rektor der Berliner Humboldt-Universität 1990 zum Honorarprofessor an deren Juristenfakultät berufen, so dass er noch zwei, drei Jahre Vorlesungen halten und sich in die Fakultätsobliegenheiten einbringen konnte.

Wie wohl jeder Wissenschaftler kennt auch HK das Oszillieren zwischen verzagter und zuversichtlicher Gemütsstimmung, zwischen Euphorie und Depression. Das »*Trotzdem*« blieb und bleibt für ihn von existenzieller Bedeutung. Zu keinem Zeitpunkt, auch nicht als ein an sich und der Welt Verzweiflender hat er das Arbeiten aufgegeben. Des Thomas Carlyle und Heiner Müllers *Herzstück*: »Arbeiten und nicht verzweifeln« brauchte er sich nicht erst anzulesen. Und des Bertolt Brecht Kredo, dass er nicht viele allgemeinverbindliche Du-sollst-Sätze gefunden habe, die er auszusprechen Lust hatte, dass aber ein solcher Satz laute: »Du sollst produzieren«,¹² war HK aus der Seele gesprochen. Wer gebraucht wird, ist nicht frei; insofern sind diejenigen, die Wissenschaft zu ihrem Lebensberuf gewählt haben, niemals frei, und schon gar nicht sind sie frei, nichts zu tun. Wer nicht bereit ist, notfalls oder *trotzdem* für die Schublade zu arbeiten, ist überhaupt nicht wert, publiziert zu werden.

HK ist kein ausgeklügeltes Buch, sondern ein Mensch mit seinem Widerspruch; mediengerecht gesagt: er ist zugleich Täter, Opfer, Dulder (im Doppelsinn des Wortes) und Zeuge der Rechtswissenschaft der DDR, die jetzt ein Moment der bundesdeutschen Rechtsgeschichte darstellt. Wie sollte man nicht zornig sein über die Machtverhältnisse, in die man eingebunden war und ist; wie sollte man sich nicht ärgern über die eigenen Gutgläubigkeiten; wie sollte man sich nicht schämen über eigenes Versagen und sich doch auch freuen, zuweilen sogar ein bißchen stolz

Gerhard Haney (ed.),
Recht und Ideologie,
Freiburg 1996,
S. 461–508, bes.
S. 503.

12 Bertolt Brecht,
Werke, Bd. 18,
Berlin 1995, S. 179;
vgl. auch: Goethe,
Berliner Ausgabe,
Bd. 19, Berlin 1973,
S. 339: »Der Mensch
erfährt und genießt
nichts, ohne so-
gleich produktiv zu
werden«.

sein über Gelungenes, an dem man zumindest glaubt, beteiligt gewesen zu sein. Wer über die allüberall vorkommenden Konflikte zwischen den Wahrheitssuchern und den Machthabern ins Grübeln gerät, der sollte nicht die Frage zu beantworten vergessen, welche Alternativhandlungen sich *trotzdem* demjenigen boten, dessen Produktivitätserfordernisse Vorrang vor nahezu allem anderen hatten. Als Wissenschaftler hat man zu den Produkten seines Kopfes wie zu dem Weg seines Denkens zu stehen. Freilich gilt auch: Wer als Wissenschaftler ohne Irrtum ist, der werfe den ersten Stein auf seinen irrenden Kollegen. Oder haben sich nicht die Wissenschaftler aller Länder und zu allen Zeiten emporgeirrt?

Die Akademie der Wissenschaften der DDR war gemäß ihrem Statut vom 28. Juni 1984 in das Gesellschafts- und Herrschaftssystem der DDR eingebunden.¹³ Die Existenzkrise, in die seit geraumer Zeit der realexistierende Sozialismus ökonomisch, politisch, kulturell und nicht zuletzt auch moralisch geraten war, und die sich als ein ungeheurer Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit in nahezu allen Sphären der Gesellschaft offenbarte, erfasste im Spätherbst 1989 auch die Akademie. Von November 1989 bis Februar 1990 hat die Akademie nacheinander ihre Bindung an die führende Rolle der SED, an den Sozialismus und an die DDR gelöst. Der seit Februar 1990 unter dem Vorsitz von HK tagende »Runde Tisch« der Akademie setzte sich im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Beseitigung von Restriktionen und die Demokratisierung der Strukturen samt anstehender Wahlen zum Präsidium ein. Auf einer ihrer Plenartagungen verzichteten am 30. August 1990 die Mitglieder der Gelehrtensozietät jedenfalls auf die ihnen bis dahin zustehenden jährlichen Dotationen. Es ging um den Erhalt einer reformierten Akademie. *Trotz* allem waren im Jahre 1990 die Hoffnungen auf ein Miteinander von West und Ost im Sinne einer deutschen Gemeinsamkeit jedenfalls groß. Oder waren es bloß Illusionen?

Trotzdem die DDR-Akademie der Wissenschaften nicht nur reformbedürftig, sondern auch reformfähig war,¹⁴ wurde sie im Ergebnis des die DDR-Gesellschaftskrise beendenden Anschlusses der DDR an die BRD abgewickelt. Der offiziell auch so genannte »Einigungsvertrag« zwischen der BRD und der DDR vom 31. August 1990 gewährleistete in seinem § 38 ganz allgemein die »Einpassung [!] von Wissenschaft und Forschung« der früheren DDR-Gebiete in die »gemeinsame Forschungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland« und bestimmte in seinem Absatz 2 speziell, dass mit dem Wirksamwerden des Beitritts die Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR von deren Forschungsinstituten getrennt wird und dass die Arbeitsverhältnisse bei diesen Forschungsinstituten pauschal bis zum 31. Dezember 1991 befristet sind; ferner, dass die Entscheidung, *wie* [nicht *ob!*] die Gelehrtensozietät der ehemaligen Akademie weitergeführt wird, landesrechtlich getroffen wird.¹⁵ Das für die Gelehrtensozietät vorgesehene Fortführungsgebot negierend hat der verantwortliche Berliner Senator Manfred Erhardt in einem Brief vom

13 Gesetzblatt der DDR, I, (1984), S. 241, (1986), S. 441 (1989), S. 146.

14 Vgl. Hermann Klenner, »Wissenschaftswende an der Akademie der Wissenschaften«, in: *Utopie kreativ*, Jg. 1992, Nr. 21/22, S. 154–176 (auch in: H. Klenner, *Kritik am Recht*, Berlin 2016, S. 107–131).

15 Bundesgesetzblatt 1990, Teil II, S. 885, 889, 1360. Vgl. Ingo von Münch, *Die Verträge zur Einheit Deutschlands*, München 1990.

7. Juli 1992 deren 286 inländischen und 124 ausländischen Mitgliedern mitgeteilt, dass ihre Mitgliedschaft in der Gelehrtensozietät erloschen sei.¹⁶ Damit beging der Senator eine eindeutige Rechtsverletzung. Sie wurde nie geahndet. Die meines Erachtens illegale Berliner Senatsentscheidung, dass die DDR-Gelehrtensozietät nicht als Traditionsträger der Berliner Akademie infrage komme, zielte auf eine sich dann am 28. März 1993 konstituierende Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, die sich schließlich des Vermögens der abgewickelten DDR-Akademie der Wissenschaften bemächtigte. Unsere jetzige Leibniz-Sozietät hat die *Beendigung* der Akademie der Wissenschaften der DDR zu ihrer Voraussetzung *erlebt* und nicht bloß deren *Ende*, wie es der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in seiner Einladung zu deren Leibniz-Tag-Veranstaltung am 17. Juni 2023 unterstellt.

Die voranstehend belegte Rechtsentwicklung einschließlich der (illegalen!) Liquidierung der Gelehrtensozietät offenbart einen Bruch in der von Leibniz begonnenen Akademie-Geschichte Deutschlands von einmaliger Radikalität: weder 1933 noch 1945 ist die jeweilige von Berlin aus operierende brandenburgische, preußische oder jedenfalls deutsche Wissenschaftsakademie abgewickelt worden!

Kurz vor ihrer Abwicklung, am 26. Juni 1992, hatte der Leibniz-Tag der Akademie im Plenarsaal des Hauses am Gendarmenmarkt noch stattfinden können. In Wehmut und Abschiedsstimmung. Als Motto gab Präsident Horst Klinkmann seinem Bericht Schopenhauers amoralische Meinung: »Der Wechsel allein ist das Beständige«.

Trotz alledem war die übergroße Mehrheit der gewesenen Akademiemitglieder nicht bereit, sich mit dem offiziellen Ergebnis abzufinden und aus der Wissenschaftslandschaft ausgeblendet zu werden. Wendehals-Geschmeidigkeiten, um Nietzsches Terminus zu verwenden, kamen kaum vor. Es gab nicht einen einzigen Austritt aus der Gelehrtensozietät! Das Bedürfnis eines regelmäßigen Miteinanders von Gelehrten ganz verschiedener Disziplinen und der dadurch ermöglichten Bereicherung des eigenen Wissens erzeugte ein *Trotzdem* fundamentaler Art. Es basierte zudem auch auf der Erinnerung an die großartigen Akademiemitglieder vergangener Jahre und Jahrzehnte, von denen wenigstens einige genannt seien: der Jurist Arthur Baumgarten, der Mediziner Rudolf Baumann, der Marx/Engels-Forscher Auguste Cornu, der Physiker Klaus Fuchs, der Altphilologe Werner Hartke, der Philosoph Wolfgang Heise, der Ägyptologe Fritz Hintze, der Altphilologe Johannes Irmscher, der Biochemiker Friedrich Jung, der Chemiker Hermann Klare, der Philosoph Georg Klaus, der Psychologe Friedhart Klix, der Musikwissenschaftler Georg Knepler, der Wirtschaftswissenschaftler Gunther Kohlmey, der Historiker Manfred Kossok, der Universalgelehrte Jürgen Kuczynski, der Jurist Karl Polak, der Romanist Werner Krauss, der Anglist Martin Lehnert, der Historiker Walter Markov, der Historiker Alfred Meusel, der Wirtschaftshistoriker Hans Mottek, der Physiker Robert Rompe, der Indologe Walter Ruben,

16 Horst Klinkmann/Herbert Wöltge (Hg.), 1992. Das verdrängte Jahr. Dokumente und Kommentare zur Geschichte der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1992, Berlin 1999, S. 163; Richard Klar, »Zur Entstehung und zum Verständnis von Art 38, Absatz 2 des Einigungsvertrages«, in: *Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin. Sitzungsberichte*, Band 81, Jahrgang 2005, S. 85–98.

der Historiker Heinrich Scheel, der Chemiker Wolfgang Schirmer, der Physiker Max Steenbeck, der Philologe Wolfgang Steinitz sowie die Historiker Leo Stern, Ernst Werner und Eduard Winter. Dass unter den voranstehend genannten Akademiemitgliedern nicht weniger als sechzehn Wissenschaftler von den braunen Banditen in die Emigration oder ins Zuchthaus getrieben worden waren, gereichte unserer Akademie zu einer Ehre der besonderen Art. Die Tradition dieser Gelehrten einfach abzubauen, kam vielen unter den jetzigen Gelehrten einem Verrat gleich.

Auch wenn es keine Dienst- und Sitzungsräumlichkeiten, keine Geschäftsstelle, keine Bibliothek, kein Archiv und keinerlei Finanzen mehr gab, trafen sich ab September 1992 Monat für Monat in Berlins »Club Spittelkolonaden« frühere Mitglieder der Gelehrtensozietät der ehemaligen DDR-Akademie der Wissenschaften. Um sich auf *inhaltliche* Wissenschaftsprobleme konzentrieren zu können, verzichteten sie auf die gewiss kostspielige und langwierige Anfechtung der Berliner Senatsbeschlüsse vor der Justiz. Stattdessen bildeten sie eine Vorbereitungsgruppe, und schließlich haben 49 ehemalige Akademiemitglieder am 15. April 1993 den gemeinnützigen Verein »Leibniz-Sozietät« gegründet.¹⁷ Durch dessen Eintragung in das Vereinsregister wurde er *legalisiert*. *Legitimiert* aber ist der nunmehr eingetragene Verein durch seine bis auf die von Leibniz initiierte, konzipierte und präsierte Wissenschaftssozietät vom 11. Juli 1700, ihrem ersten Statut vom 3. Juni 1710 und dem Statut vom 24. Januar 1744 sowie der bis dahin zurückreichenden Forschungskontinuität.¹⁸ Der rechtsfähige Verein von 1993 beschloss eine Satzung und wählte einen Vorstand mit dem Biochemiker Samuel Mitja Rapoport als Präsidenten, dem Historiker Ernst Engelberg als Vizepräsidenten und dem Philosophen Wolfgang Eichhorn als Schatzmeister. Am Ende des Gründungsjahres hatte die Leibniz-Sozietät bereits 104 Mitglieder, und im Jahre 2007 beschloss sie ihren Namen auf »Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V.« zu erweitern. Ein neu gebildeter Förderverein »Freunde der Leibniz-Sozietät«, der die Entwicklung der Sozietät kritisch begleitet und finanziell unterstützt, wurde unter dem Vorsitz von Horst Klinkmann gebildet. Die regelmäßigen Tagungen unserer Sozietät, ihrer Arbeitskreise und die mehr als 150 Bände von Abhandlungen belegen, wie erfolgreich unser »Trotzdem« war und ist.

Da diese Abhandlung mit einem Leibniz-Gedanken begann, möge sie auch mit einem solchen enden. Diesmal aus der ersten Fassung seines Akademieprojekts, dem »Grundriß eines Bedenkens von Aufrichtung einer Societät in Teutschland zu aufnehmen der Künste und Wißensschafften«: Hoffnung ist ein Glaube des Zukünftigen gleichwie der Glaube eine Hoffnung des Vergangenen ist, doch beide sind gegründet auf Erkenntnis.

(Freigesprochener, nachträglich erweiterter Beitrag auf dem Kolloquium der Leibniz-Sozietät, am 20. April 2023. Auf deren Webseite ist auch eine ausführliche Literaturliste unseres Autors zu lesen.)

17 Protokoll der Gründungsversammlung in: Gerhard Banse/ Horst Kant/Gerhard Pfaff/Annette Vogt (ed.), *30 Jahre Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin. Eine Chronik* (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Bd. 75), Berlin 2023, S. 135 f.

18 Hermann Klenner, »Leibnizens Denkschriften vom 26. März 1700«, »eine societatem scientiarum et artium zu fundiren« und das Regelement der königlich-preußischen »Societät Wißensschafften alhier vom 3. Juni 1710«, in: *Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin. Sitzungsberichte*, Band 110, Jahrgang 2011, S. 41–106.

Marxismus und Kolonialismus

Ein Interview mit Vijay Prashad

In der heutigen Linken wird viel über Kolonialismus und Neokolonialismus gesprochen. Allerdings scheint es keinen Konsens darüber zu geben, was unter diesen Begriffen zu verstehen ist, und in der Praxis reproduzieren viele linke und fortschrittliche Bewegungen Praktiken, die weit davon entfernt sind, entkolonialisierend zu sein. Was ist unter Kolonialismus und Neokolonialismus in der heutigen Welt zu verstehen? Sind seine Ausdrucks- und Entwicklungsformen dieselben wie die des alten Kolonialismus des 20. Jahrhunderts und früher?

Einer der großen gesellschaftlichen Prozesse unserer Zeit ist der Prozess der Entkolonialisierung. Hunderte Millionen von Menschen auf den Kontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika haben jahrhundertlang gegen die koloniale Herrschaft und für ihre Souveränität und Würde gekämpft. Diese Kämpfe basieren auf einer Reihe politischer Positionen, z. B. von politischen Kräften, die frühere Formen politischer Souveränität (einschließlich Monarchien) wiederherstellen wollten, und von politischen Kräften, die moderne Formen von Nationalstaaten und Zugehörigkeit etablieren wollten. Im Jahr 1960 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution zur Entkolonialisierung, die den Geist dieser Zeit widerspiegelt: »Der Prozess der Befreiung ist unaufhaltsam und unumkehrbar«. Aber gleichzeitig war es in dieser Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg offensichtlich, dass die imperialistischen Mächte den ehemals kolonisierten Völkern nicht erlauben wollten, nationale Souveränität und Wege zur Erlangung von Menschenwürde zu etablieren. Die Imperialisten führten einen ›hybriden Krieg‹ gegen die neuen Nationen, unter anderem durch Putsch und Attentate, durch Wirtschaftsblockaden und Sanktionen sowie durch einen Informations- und Kulturkrieg, der das Vertrauen der Völker dieser neuen Staaten schwächte. 1965, ein Jahr bevor er durch einen Staatsstreich abgesetzt wurde, schrieb Ghanas Präsident Kwame Nkrumah ein eindringliches Buch mit dem Titel *Neo-Colonialism: The Last Stage of Imperialism*, in dem er die neokolonialen Strukturen der postkolonialen Periode beschreibt – Strukturen, zu denen auch die Aufrechterhaltung der alten kolonialen Wirtschaftsmuster gehörte (Verarmung der neuen Staaten, Abhängigkeit von externer – größtenteils westlicher – Finanzierung und permanente Schuldenkrisen). Der Kampf der (1961 gegründeten) Bewegung der Blockfreien Staaten (englisch: Non-Aligned Movement, Anmerkung der Redaktion) bestand darin, diese neokoloniale Struktur zu überwinden. Dieser Kampf ist auch heute noch lebendig, wenn auch nicht mehr mit der Stärke, die in den ersten Jahrzehnten dieses Projekts der Dritten Welt vorhanden war.



(Indien), Historiker, Direktor des Tricontinental Institute for Social Research

Das Interview führte der kubanische Journalist und Dichter José Ernesto Nováez Mitte April 2023.

In der Tat hat sich seit den 1960er und 1970er Jahren viel verändert. Vor allem durch die neuen technologischen Entwicklungen – wie Satelliten, Online-Datenbanken, Containerschifffahrt – haben globale Wertschöpfungsketten die alten fordistischen Formen der Fabrikproduktion verdrängt und sowohl die Gewerkschaftsbewegungen als auch die notwendige Strategie der Nationalisierung (der Schlüssel zum Versuch, die neokolonialen Strukturen aufzubrechen) geschwächt. Trotz dieser dramatischen Veränderungen in der Weltwirtschaft blieben die neokolonialen Strukturen intakt, zu denen die imperialistische Kontrolle über fünf Bereiche des menschlichen Lebens gehörte: Finanzen, Ressourcen, Wissenschaft und Technologie, Waffensysteme und Information. Diese fünf Kontrollbereiche blieben in den Händen der imperialistischen Länder und das trotz der Widersprüche, die durch das neue globale Warenketten-system entstanden, das während der neoliberalen Phase des Kapitalismus aufgebaut wurde.

Welche Antworten bietet die marxistische Tradition zur Lösung kolonialer Probleme in der heutigen Welt?

Der Marxismus ist die angemessenste Kritik am Kapitalismus in all seinen Ausprägungen, ob in der klassischen Periode des 19. Jahrhunderts oder in der neoliberal-globalisierten Periode unserer Zeit. Dafür gibt es zwei Gründe. Erstens liefert der Marxismus – ausgehend von Marx' eigenen Schriften und später weiterentwickelten Texten – die beste Einschätzung der Frage, warum die soziale Ungleichheit trotz der immensen Fortschritte der gesellschaftlichen Produktion zunimmt. Die Antwort liegt in der gesamten Bandbreite der Analyse, die bei den Mechanismen zur Abschöpfung des Mehrwerts beginnt und bis zur entscheidenden privaten Kontrolle über die Aneignung des Überschusses führt. Zweitens, weil der Marxismus – im Gegensatz zu vielen anderen Traditionen – eine Gesellschaftswissenschaft ist, die ständig von ihrem Hauptuntersuchungsgegenstand, dem Kapitalismus, lernt. So wie sich der Kapitalismus verändert, so verändert sich auch der Marxismus und hält – wissenschaftlich – mit den neuen Entwicklungen Schritt. Seit seinen Ursprüngen war sich der Marxismus der Rolle des Kolonialismus und der neokolonialen Strukturen bewusst, sowohl in den Schriften von Marx als auch in der Arbeit der nationalen Befreiungsbewegung oder der leninistischen Tradition, zu der die Arbeiten von José Carlos Mariátegui, Mao, Ho Chi Minh und Amílcar Cabral gehören. Es gibt eine starke antikoloniale Komponente im Marxismus, die sich grundlegend in dieser leninistischen oder nationalen Befreiungstradition wiederfindet. Auf dieser Tradition müssen wir aufbauen und sie in unserer Zeit neu beleben.

Mariátegui hat in seinen Schriften darauf hingewiesen, dass die Vergangenheit eine Ressource und kein Ziel sein muss. Ich glaube, dass diese Formel für eine marxistische Herangehensweise an die Geschichte der ehemals kolonisierten Völker grundlegend ist. Zu glauben, dass wir zur

Vergangenheit als Ziel zurückkehren müssen, ist ein grundlegender Fehler in der Analyse und eine Weigerung, die Dynamik der menschlichen Geschichte zu verstehen. Restaurationismus führt oft zu zutiefst konservativen kulturellen Haltungen, wie am Beispiel Indiens deutlich wird, wo die hinduistische Rechte glaubt, dass eine ›Rückkehr in die Vergangenheit‹ unerlässlich sei. Diese Art von Fehlschlüssen ist auch in vielen Strömungen des ›dekolonialen Denkens‹ zu finden. Wir sind nicht an einer ›Rückkehr in die Vergangenheit‹ interessiert, sondern wir wollen ›zur Wurzel zurückkehren‹, um die Geschichte voranzutreiben und dabei vor allem auf die verschiedenen emanzipatorischen Traditionen in der Welt zurückzugreifen.

Wir stehen vor einem Szenario, in dem die traditionellen Eliten des Kapitalismus nicht zu wissen scheinen, wie sie die verschiedenen Krisen, die das System heimsuchen, eindämmen sollen. Als Folge eben dieser Krisen sehen wir das Aufkommen sozialer und politischer Bewegungen mit radikaleren Ansätzen, um dem Kapitalismus und seinen Folgen entgegenzutreten, sogar in den Ländern des harten Kerns des Kapitalismus. Wie bewerten Sie diese Prozesse, wenn Sie sie aus einer historischen und globalen Perspektive betrachten?

Die intellektuelle Vision der traditionellen kapitalistischen Eliten, deren mittelmäßige Vertreter (Biden, Macron, Schulz) ein Zeichen für diesen Verfall sind, hat sich deutlich verschlechtert. Keiner dieser führenden Politiker hat ein Konzept für die drängenden Probleme dieser Zeit, wie die Gefahren der Klimakatastrophe und die wachsende soziale Ungleichheit. Stattdessen hören wir von ihnen die abgedroschenen Ideen der Privatisierung und des Vertrauens auf das Privatkapital – das so organisiert sei, dass es sich selbst nütze –, um universelle Probleme zu lösen. Anstatt neue Ideen zur Bewältigung der Gefahren unserer Zeit auf den Tisch zu legen, sind zumindest die Führer der traditionellen kapitalistischen Klasse im Westen darauf erpicht, die Konflikte mit China und Russland zu beschleunigen, um so ihre Unfähigkeit zu kompensieren, sich beispielsweise gegen China wirtschaftlich durchzusetzen. China hat in mehreren Schlüsselbereichen der gesellschaftlichen Produktion wie Robotik, 5G, künstliche Intelligenz und grüner Technologie Fortschritte gemacht, und chinesische Firmen sind in der Lage, westliche Firmen in vielen dieser Bereiche zu überflügeln. Da sie nicht in der Lage sind, die notwendigen öffentlichen Mittel aufzubringen, um auf die Herausforderung der chinesischen gesellschaftlichen Produktion zu reagieren, und nicht gewillt sind, diese Mittel dem privaten Sektor zu entziehen, verfolgen die westlichen Kriegerstaaten nun eine gefährliche Agenda des Konflikts mit China und Russland. Das ist die Grenze ihres geistigen Beitrags zu den Problemen unserer Zeit: Konfrontation statt Zusammenarbeit.

Die gewohnheitsmäßige Ausrichtung auf Konfrontation seitens der westlichen Kriegerstaaten und der traditionellen kapitalistischen Eliten in diesen Staaten ist eine große Enttäuschung für die aufstrebenden kapita-

listischen Eliten im Globalen Süden, die deshalb ihre eigenen Regierungen dazu drängen, nicht in die Falle der globalen Polarisierung zu tappen. Die Entstehung einer neuen ›Blockfreiheit‹ wird nicht durch Massenmobilisierung und neue soziale Bewegungen vorangetrieben, wie es – in gewissem Maße – im 20. Jahrhundert der Fall war, sondern vor allem durch diese neuen kapitalistischen Eliten, die vorsichtig sind, sich der Konfrontationsagenda der westlichen Kriegerstaaten unterzuordnen. Diese neue ›Blockfreiheit‹ schafft sowohl Herausforderungen als auch Widersprüche für die politischen und sozialen Massenbewegungen im Globalen Süden und für die dortige Linke. Welche Haltung sollte die Linke im Süden zu diesen Schritten der kapitalistischen Elite des Südens einnehmen? Diese Frage wirft eine Debatte über die Strategie unserer Zeit auf, die in den verschiedenen Ländern unterschiedlich beantwortet wird und neue Wege zum Verständnis der Einheitsfront für diesen Moment aufzeigt.

In Ihrem jüngsten Buch sprechen Sie mit Noam Chomsky über verschiedene Prozesse in der hegemonialen Krise, die der US-Imperialismus durchläuft. Insbesondere über die Auswirkungen des katastrophalen Truppenabzugs aus Afghanistan im Jahr 2021. Was sind die Folgen für die westliche und vor allem die amerikanische Hegemonie? Wie wird sie durch die wachsende Stärke und Verflechtung von Mächten wie Russland und China sowie den Krieg in der Ukraine beeinflusst?

Es besteht kein Zweifel, dass die westlichen Kriegerstaaten ihre Ressourcen und ihren Willen erschöpft haben, eine Weltordnung zu führen, die auf den Vorteilen des Imperialismus aufbaut. Das wurde nach der Weltwirtschaftskrise 2007/2008 deutlich, die das westliche Kapital dazu veranlasste, sich weiter aus der Verantwortung für die westlichen Staaten zurückzuziehen, und es wurde nach dem Scheitern der US-Kriege seit 2001 (Afghanistan, Irak und Libyen) und der hybriden US-Kriege der letzten Zeit (gegen Kuba, Iran und Venezuela) deutlich. Die neue Rede von der ›Blockfreiheit‹, die im globalen Süden entstanden ist, ist ungeachtet ihres nichtsozialistischen Charakters ein Symptom für den Niedergang der westlichen Autorität. Nun ist klar, dass es nicht nur um den Niedergang der US-amerikanischen und westlichen Autorität geht, sondern um das sich verändernde Gleichgewicht der Kräfte in der Welt. Erstens ist die chinesische Wirtschaft seit 2008 unter staatlicher Kontrolle (unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas) gewachsen. Zweitens ermöglichte dieses Wachstum dem chinesischen Staat und den wirtschaftlichen Kräften innerhalb Chinas, ab 2013 ein regionales und später globales Projekt namens Neue Seidenstraße (englisch: »Belt and Road Initiative«, Anmerkung der Redaktion) aufzubauen.

Drittens erlebten wir neben dem Aufbau der Neuen Seidenstraße in Asien und Teilen Europas – in den ersten Jahren – die Wiederbelebung des russischen Staates und seiner wirtschaftlichen Kräfte durch die Wie-

derherstellung der staatlichen Macht über den Energiesektor und über die Oligarchie sowie die zunehmende Bedeutung des russischen Energieverkaufs nach Europa. Diese Prozesse gingen – neben dem Aufschwung der Volkswirtschaften des Globalen Südens (von Indonesien bis Mexiko) – mit der Durchsetzung von Ideen der Souveränität und der wirtschaftlichen Entwicklung des Südens einher. Was wir als Ergebnis dieser Manöver sehen, ist die Integration Eurasiens, die nicht von den Vereinigten Staaten dominiert wird. Und es ist diese Integration Eurasiens und anderer Teile der Welt, die von Washington unabhängig sind, die die Konflikte der USA mit China und Russland provoziert haben, deren Epizentren die Ukraine und Taiwan sind. Der Konflikt in der Ukraine – der vor mehr als zehn Jahren begann – ist Teil des Versuchs der westlichen Kriegerstaaten, Russland zu isolieren und in die Schranken zu weisen; der Konflikt um Taiwan und die chinesischen Wirtschaftskräfte ahmt diesen Konflikt nach, ist aber bisher – dank des umsichtigen Verhaltens der chinesischen Führung – nicht in einen heißen Krieg umgeschlagen.

Kann man sagen, dass wir uns an einem Scheideweg befinden, an dem sich mit dem Entstehen einer multipolaren Welt die Möglichkeit eröffnet, die Welt, die der Kapitalismus im letzten Jahrhundert geformt hat, umzugestalten, oder handelt es sich nur um eine Neuordnung der Kräfte, bei der die alten imperialen Mächte durch aufstrebende Mächte ersetzt werden, die kapitalistische Weltordnung aber im Wesentlichen bestehen bleibt? Mit anderen Worten: Liegt in Russland und China, den wichtigsten aufstrebenden Mächten, ein radikal transformatives Potenzial für die etablierte Ordnung?

Ich glaube, dass wir uns dem Ende der Ära der US-Vorherrschaft nähern. Dies ist ein langwieriger Prozess, denn die USA haben weiterhin eine Dominanz in militärischen Angelegenheiten und im Informationskrieg. Es wird lange dauern, bis die Macht der USA deutlich nachlässt. Die neuen Kräfte, die sich herausbilden, sind jedoch nicht daran interessiert, eine multipolare Welt zu schaffen. Dies geht aus den öffentlichen Erklärungen Pekings und anderer Hauptstädte in den entwickelten Teilen des globalen Südens hervor. Stattdessen ist man in diesen Kreisen an einer zweigleisigen Entwicklung interessiert. Erstens, dass in dem Maße, in dem die USA ihre Hände aus der Einmischung in das Weltgeschehen zurückziehen, ein stärkerer Regionalismus entwickelt werden muss. Dies ist bereits in Foren wie der Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Länder (CELAC) und in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) zu beobachten. Zweitens haben die Länder, deren Einfluss in der Welt wächst – wie die BRICS-Staaten – deutlich gemacht, dass sie die Autorität multilateraler Organisationen als vorrangig in globalen Diskussionen etablieren möchten. Dazu gehören die Organisationen der Vereinten Nationen sowie die verschiedenen Nicht-UN-Plattformen für globalen Dialog und globales Handeln. Diese beiden Konzepte des Regionalismus und des

Multilateralismus sind in den Diskussionen im Globalen Süden vorherrschend, und nicht Fragen der neuen Hegemonie oder der Multipolarität. Weder China noch Russland haben Interesse an einem neuen Pekinger oder Moskauer Konsens bekundet, und beide gestalten die Weltordnung nicht in einer Weise, die ›einen einzigen Herrn‹ erforderlich macht (das Zitat stammt von Putin, als er auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 sagte, die Welt brauche ›keinen einzigen Herrn‹).

Mit der Krise der westlichen Hegemonie sehen wir das Aufkommen von Stimmen und Positionen im Globalen Süden, die dem Diskurs und den Positionen der alten Metropolen und des Großkapitals widersprechen und entgegenstehen. Wie sehen Sie die Situation der revolutionären Kräfte in Asien, Afrika, Lateinamerika und sogar in Europa?

Die Reservoirs der Arbeiterkräfte – einschließlich der prekär Beschäftigten und der Bauernschaft – sind weltweit durch den Prozess der Globalisierung erschöpft worden. Führende revolutionäre Parteien haben es schwer, ihre Stärke im Kontext demokratischer Systeme, die von der Macht des Geldes übernommen wurden, zu erhalten und auszubauen. Die Schwäche der Linken in unserer Zeit muss zur Kenntnis genommen werden. Deshalb ist es die Aufgabe der revolutionären Kräfte, Strategien und Taktiken zu entwickeln, um unsere eigene Stärke auszubauen und die Kraft zu bündeln, die wir brauchen, um eine Agenda voranzutreiben. Der Aufbau von Einheits- und Volksfrontagenden ist daher der Schlüssel. Darüber hinaus ist es sehr wichtig, dass wir unsere eigenen Reihen durch politische Bildung, den Kampf der Ideen und den Kampf der Emotionen, durch den nachhaltigen Aufbau von Organisationen und durch die präzise Mobilisierung der Massen aufbauen.

Magazin der **SDAJ** 02-23 1,70 EURO

POSITION

+ **INTERNATIONAL** Englische ArbeiterInnen in Aktion
 + **ANTIFASCHISMUS** Historischer Widerstand der Arbeiterklasse
 + **INTERNATIONAL** NATO-Einfluss in Afrika

10€
 PRO JAHR
 [Soli 25€]

Magazine der SDAJ
 02-23
POSITION
 Nazis aufs Maul?

INTERNATIONAL
 02-23
 1,70 EURO

Magazine der SDAJ
 02-23
POSITION
 Nazis aufs Maul?

INTERNATIONAL
 02-23
 1,70 EURO

Wessen Morgen ist der Morgen?

Arbeiterlied und Arbeiterkämpfe in Deutschland

Kai Degenhardt

*Soon may the Wellerman come
To bring us sugar and tea and rum
One day, when the tonguin' is done
We'll take our leave and go.*

Das war der Hit der Corona-Pandemie im Jahr 2021. Sehr hübsch und a capella gesungen von einem ehemaligen Postboten, dem Schotten Nathan Evans, der nur – four-to-the-floor – mit der Hand auf den Rücken seiner akustischen Gitarre den Rhythmus dazu schlug. Ein aus Neuseeland stammendes Walfängerlied aus den 1860er Jahren. Es beschreibt die Situation der schwerarbeitenden Besatzung der »Billy o' Tea«, die auf der Waljagd ist und sehnsüchtig die Ankunft des »Wellerman« erwartet, eines Proviantsschiffes der Gebrüder Weller. Ein altes Arbeitslied der Seeleute also, ein sogenanntes Shanty. Der Song ging auf allen Kanälen viral, wurde gecovered und geremixt bis zum Ballermann-Erbrechen, kam im Fernsehgarten und Frühstückfernsehen und lief in Bau-, Garten- und Supermärkten rauf und runter.

Drei Jahre vorher, im Jahr 2018, war »Bella ciao« der offizielle Sommerhit. Das auf Veranstaltungen der traditionellen Arbeiterbewegungs-Linken seit Langem und vielfach gespielte antifaschistische Partisanenlied. Die spanische Netflix-Serie »Haus des Geldes« (original: »La Casa de Papel«), in der das Lied in einer Schlüsselszene gesungen wird, machte es plötzlich milieuübergreifend populär. Der französische DJ und Produzent Florent Hugel loopte und unterlegte den Gesangspart des Serien-Charakters »El Profesor« mit modernen Tanzbeats, und dann rotierte der Track in allen Clubs Europas den ganzen Sommer lang. Es folgten, wie üblich, Cover-Versionen von diversen trittbrettfahrenden Popmusikanten, und schon bald war die alte Hymne der internationalen kommunistischen, anarchistischen und sozialistischen Bewegung mutiert zum Urlaubs- und Party-Kracher des freizeitversessenen, westlichen Kleinbürgertums.

Niemand käme wohl ernsthaft auf die Idee, anhand dieser beiden Song-Beispiele von einem Revival klassischen Arbeiterliedgutes zu sprechen, oder davon, dass wieder Songtexte boomen, deren Themen der Arbeitswelt oder gar den sozialen Kämpfen der Arbeiterklasse entlehnt sind. Im Gegenteil, die beiden Fälle geben eher einen sanften Eindruck davon, wie die heutige Arbeiter- und Angestelltenkultur sich vor allem im Schlager-



Hamburg, Musiker,
Buchautor, www.
kai-degenhardt.de

Leicht gekürzte
Einleitung aus dem
soeben erschienen
gleichnamigen Buch
von Kai Degenhardt.
PapyRossa-Ver-
lag Köln 2023,
ca. 215 Seiten,
16,90 Euro.
Vorabdruck mit
freundlicher Geneh-
migung von Verlag
und Autor.

Urlaubs- und Freizeitparadies wiederfindet, wo die Wünsche, die Träume und die Konsumbegehren der subalternen Klassen verortet sind und wofür die Kulturindustrie alles gleichformt, was ihr in die Finger kommt. Der Massenerfolg der beiden Nummern ist dabei auch weniger den Texten und ihren historischen Konnotationen zu verdanken, als vor allem den Gassenhauer-Melodien, mit echtem Ententanz-Potential, und den mehr als eingängigen Refrains: »O bella ciao, bella ciao, bella ciao ciao ciao« hier, »Da-da-da / Da-da-da« dort. Weitere popmusikalische Versuche, alte Arbeiterlieder dancefloor-tauglich aufzustriegeln, scheinen bislang unterblieben zu sein – oder unter meinem Wahrnehmungsradar zu tönen.

Artverwandtes

Auch die in der vergangenen Dekade hierzulande sehr erfolgreiche Milieubetrachtungs-Literatur, welche die Arbeiterklasse zum ausgehenden 20. Jahrhundert aus biografischer Perspektive unter die Lupe nimmt, von Didier Eribon bis Christian Baron, hat keinerlei Boom ausgelöst, was zeitgenössische Berichte, Erzählungen, Balladen, Prosa oder Lyrik aus der Welt der Werktätigen oder von deren Arbeitskämpfen im Hier und Heute angeht. Bei dieser Milieu-Literatur, so interessant und lesenswert sie sein mag, fällt auch auf, dass betriebliche Realität, Streiks oder politische Aktionen, also all das, was den Kernstoff für die traditionelle Arbeiterkultur im engeren Sinne ausmacht, darin im Grunde nicht, oder nur ganz am Rande einmal, vorkommt ...

Zu konstatieren ist mithin, dass die allgemeine Mainstreamkultur der letzten Jahre in Wort und Ton kaum Spurenelemente von so etwas wie organisierter, zeitgenössischer Arbeiterpolitik enthält oder auch nur eine realistische Darstellung von gewöhnlicher Werkstätigkeit liefert. Soweit man unter Realismus annähernd so etwas versteht wie ein Verfahren der Aneignung, Reflexion und Bearbeitung von erfahrener Wirklichkeit, ist ziemlich offensichtlich, womit das zu tun hat: Es lassen sich Massenstreiks und Betriebsbesetzungen ja nicht herbeisingen – und auch ein fehlendes Klassenbewusstsein nicht. Das gesellschaftliche Klima war und ist geprägt durch Strukturwandel und Outsourcing – sprich: Massenentlassungen –, einen umfassenden Sozial- und Rechteabbau und eine groß angelegte, organisierte Nach-Oben-Umverteilung. »Der neue Geist des Kapitalismus« (Boltanski/Chiapello), der, medial vermittelt, in der Arbeitswelt gezielt Begriffe aus den New-Management-Diskursen – wie Autonomie, Spontaneität, Netzwerk-Bildung und projektbezogene Kreativität – als neues Kapitalismus-Märchen zur ideologischen Absicherung dieses Großangriffs des Kapitals in Stellung brachte, tat dabei ein Übriges. Geblieben sind gesellschaftliche Demütigungen, stetig enttäuschte, private Glückversprechen, eine schönfärberisch als Eigenverantwortung getarnte, soziale Isolierung und eine um sich greifende, allgemeine Statuspanik.

Vokabeln wie »Ausbeutung«, »Arbeiterklasse« oder »Klassenkampf« sind selbst in linken Kreisen beinahe in Vergessenheit, wo nicht gar schon in Verruf geraten. »Natürlich gibt es einen Klassenkampf, und meine Klasse,

die Klasse der Reichen, gewinnt ihn gerade«, hatte der Börsen-Mogul und Multi-Milliardär Warren Buffet 2006 trocken in die Mikrofone gesprochen und die Lage damit so ziemlich auf den Punkt gebracht: Die Kapitalseite verfügt nicht nur über enorme ökonomische, politische und militärische Macht, sondern in aller Regel auch über ein weidlich ausgeprägtes Klassenbewusstsein. Und das arbeitet propagandistisch gegen die politische wie kulturelle Mobilisierung der von ihr ausgebeuteten Klasse nicht mehr nur, wie damals, mit der Ideologie des bürgerlichen Nationalismus. Heute werden zusätzlich spontaneistische und esoterische, infantile wie irrationale Individual-Anschauungen, eine weltumfassende Warenwelt- und Konsumanbetung sowie diverse, analoge wie digitale, eskapistische Zerstreungsangebote für die beherrschten Klassen permanent bereitgehalten und preiswert zur Verfügung gestellt. Nach dem Motto: Wirklich populär und ideologisch durchgreifend lässt sich der anzustrebende Stillhalte-Konsens unter die Leute bringen, wenn er als süßlich-bunter Cocktail serviert wird.

Das war früher, in jenen längst vergangenen, goldenen Jahrzehnten der westlichen Industriegesellschaften von ca. 1945 bis 1973 – die Franzosen nennen sie »Les Trente Glorieuses« (die dreißig Glorreichen) – noch anders. Die kapitalistische Produktion hatte während der boomenden Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem einfachen Lohnarbeiter, der sein bitter verdientes Geld vollständig in die Reproduktion seiner Arbeitskraft und die Versorgung seiner Familie zu investieren hatte, die Figur des modernen Konsumenten gezaubert. Als »König Kunde« wurde er nun, in der Produktion zwar noch immer nach Strich und Faden ausgebeutet, von der Konsumgüterindustrie hofiert und von der Werbewirtschaft umschmeichelt. Auf dass die milliardenschwere Massenkaukraft der »mündigen Verbraucher:innen« schön wieder zurückfließe in den kapitalistischen Verwertungskreislauf. In immer neuen, ebenfalls milliardenschweren Anzeigenserien sowie Werbespots in Funk und Fernsehen wurde und wird seitdem eine fiktive Welt des glückseligen Warenüberflusses in Szene gesetzt, in der sorgfältig zusammengecastete, als »gewöhnliche Durchschnittsmenschen« ausgegebene Konsumentendarsteller ein freudestrahlendes Alltagsleben führen. Wie die fröhliche Attika-Clique oder die Nichts-geht-über-Bärenmarke-Familie.

Im Zuge dessen blieb auch eine schrittweise Aufwertung des kulturellen Ansehens der »einfachen Leute« nicht aus. Und auch das, was für die Mittel- und Oberschichten als angemessener Lebensstil galt, wurde nun gesellschaftlich neu bestimmt. Facharbeiter fuhren BMW, Studienräte tranken Bier aus der Flasche, und alle trugen Blue Jeans. Soziologisch verkleistert, gipfelte diese allgemeine Anhebung des Lebensstandards der Arbeiterklasse in Helmut Schelskys Euphemismus von der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft«.

Innerhalb dieses Post-New-Deal- und Wirtschaftswunder-Wohlstands organisierten damals die Baby-Boom-Teenager, erstmals ausgestattet mit

Jugendkultur
schlägt
Arbeiterkultur

eigenem Taschengeld, ihren Aufstand gegen den betulichen Ado-Gardinen-Überfluss ihrer Eltern, indem sie sich die Musik, die Kleidung und auch die Sprache der armen, in den USA vorwiegend schwarzen Schicht aneigneten – gepusht von der noch jungen Unterhaltungsindustrie. Dabei sogen sie die Kultur der gerade entflammten afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung auf. Und damit auch die des dortigen Folk-Revival ... Als Pendants zu diesem Folk-Revival in den USA können hierzulande die Burg-Waldeck-Festivals in der BRD von 1964 bis 1969 und in der DDR der Hootenanny-Klub mit Perry Friedman, die Singebewegung und ab 1970 das Festival des politischen Liedes gelten.

Vom Protest- song zum Rock

Beim Newport Folk Festival 1965 griff Bob Dylan zur elektrischen Gitarre und sang dazu – von einer Band in klassischer Rock'n'Roll-Besetzung begleitet – unter anderem das fast siebenminütige »Like a Rolling Stone«. »Die Geburt des Rock«, so der Musikproduzent und damalige Tontechniker in Newport, Joe Boyd. Ein musikästhetischer Eklat für viele Folkies, aber es entwickelte sich im Anschluss, über die davon angesteckten Rock'n'Roll-Spielarten, etwas später auch in Deutschland eine Rockmusik-Szene, die, mal mehr, mal weniger eindeutig, doch auch in ihren Texten offen politisch links determiniert war. Wesentlicher Bezugspunkt war dabei zunächst noch die organisierte Arbeiterklasse. Im DDR-Rock wurde sich zwar vornehmlich auf jene Rollenvariante kapriziert, welche Rockmusik natürlich auch immer spielte: die Artikulation eines jugendlichen, antiautoritären Lebensgefühls, inklusive Verweigerungshaltung gegenüber den Institutionen. Im Westen dagegen positionierten sich nicht wenige Bands, wie Ton Steine Scherben (»Wir streiken«), klar in der Lehrlingsbewegung oder riefen, wie Floh de Cologne oder Lokomotive Kreuzberg, direkt zu politischer Aktion und Streiks auf. 1977 veröffentlichte die Wiener Band Schmetterlinge ihre »Proletenpassion«; ein musikalischer Ritt durch die historischen Klassenkämpfe von den Bauernkriegen bis ins 20. Jahrhundert auf drei LPs. In kaum einer anderen Dekade wurden mehr Arbeiterlieder geschrieben, veröffentlicht, aufgenommen und aufgeführt als in den 1970er Jahren der alten BRD. Es kam im Zuge einer allgemeinen, wenn auch nur kurzen linken Vorwärtsepoche zu zarten Ansätzen dessen, was man damals, unter Bezugnahme auf Antonio Gramscis Gegenmacht-Konzept, eine »linke kulturelle Hegemonie« nannte. Und diese färbte auch auf die Radio- und Publikums-Charts ab.

Es besangen Rockmusiker wie Udo Lindenberg (»Der Malocher«) oder Marius Müller-Westernhagen (»Gute Nacht, Hermann«) Arbeiterfiguren, allerdings ohne kollektiven Bezugsrahmen, in ihrer privaten Umgebung, und sogar im Schlager wurde nun an die reale Lebenswelt der Unterklasse angeflanscht; hier mit einer Gastarbeiter-Schnulze von Udo Jürgens (»Griechischer Wein«), dort mit einer donnernden, individuellen Forderung nach Gehaltserhöhung von Gunter Gabriel (»Hey Boss, ich brauch' mehr Geld«). Als Höhepunkt dieser Gesamtentwicklung kann das

Rock-gegen-Rechts-Festival 1979 in Frankfurt vor rund 50.000 Zuschauern u. a. mit Guru Guru, den Bots, Schmetterlinge, Gebrüder Engel und Udo Lindenberg bezeichnet werden. Als Endpunkt dann 1988 das große Solidaritätskonzert »Auf Ruhr« im Rheinhausener Krupp-Walzwerk, für die streikenden Stahlarbeiter gegen die Schließung ihres Werks. Herbert Grönemeyer und die Toten Hosen waren damals mit von der Partie.

Mit der neoliberalen Wende in Folge der zyklischen Konjunkturkrisen wurde während der 1980er Jahre in den bürgerlichen Feuilletons und an den Universitäten in einer konzertierten Kampagne ein allgemeines, neo-konservatives Rollback losgetreten, das nach und nach seine ideologische Wirkung auch in der Gesellschaft zeitigte ... Die Klassenfrage wurde im herrschenden Diskurs mir nichts, dir nichts abgeräumt und durch Opfergruppen-Kategorien wie Gender und Race ersetzt. Nach der weltweiten Niederlage der sozialistischen Staatengemeinschaft von 1989/91 blieb dann von linken Hegemonie-Hoffnungen nichts mehr übrig. Auch die Sozialdemokratie schwenkte auf strikt neoliberalen Kurs, da ihrem Führungspersonal die hergebrachte Rolle im bürgerlichen Parteiensystem nun überflüssig geworden zu sein schien.

Im Sommer 1992, nach dem endgültigen Zerfall der Sowjetunion, eroberte »Smells like teen spirit« das neue Musikfernsehen MTV sowie sämtliche Radiostationen der westlichen Welt. Der ultimative Rocksong für die internationalen Krisenverlierer der Deindustrialisierung und eine Jugend, die keine Träume mehr hatte, so melancholisch wie wütend dargeboten von einer Band namens Nirvana aus Seattle: »Here we are now / entertain us!« – ging der Refrain. Und der wurde gewissermaßen Programm. »We love to entertain you!«, antwortete die Kulturindustrie, und in der Folgezeit entwickelte sich die Rock- und Popmusik, national wie international, ausschließlich zu dem, was sie in ihrem Kern, und aus den für sie wie für jede andere auf dem Markt gehandelte Ware geltenden Verwertungsprinzipien heraus, immer schon war und sein sollte: ein in der Freizeit leicht konsumierbares, schnell veraltendes Saisonprodukt, das für ein möglichst breites Zielpublikum begerlich und in jeder Hinsicht erschwinglich ist.

Musikrichtungen und Spielarten, die man vorher noch als kommerziell unabhängig, also: »independent«, randständig und bisweilen sogar als subversiv bezeichnet und angesehen hatte, wurden eingebnet und vom Mainstream tendenziell aufgesogen. Übrig geblieben ist eine allgemein kritisch-oppositionell getönte Grundhaltung in der weitgehend nun auch direkt von den großen Musikkonzernen und ihren Coolness-jägern betriebenen und kontrollierten »Alternative-« oder »Independent-«-Sparten. (Auch hier gibt es natürlich Ausnahmen.) Songs, die in ihrer Ästhetik die Gesellschaft spiegeln, die in ihr wirkenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse zeichnen, offenlegen und sich damit auseinandersetzen, sind für den Verkauf aber nur hinderlich. Ganz zu schweigen von Arbeiterliedern,

Rolle rückwärts

die zum inzwischen – jedenfalls nach dem angestrebten gesellschaftlichen Konsens – abgeblasenen und historisch überholten Klassenkampf aufrufen. Die wollte und sollte nun wirklich niemand mehr hören. Und es ließ sich auch kein Geld mehr damit verdienen. Wirklich und real independent, also in Vermarktung und Vertrieb unabhängig von den damals noch vier großen Major-Labels agierend, prosperierte parallel dazu der offen rassistische und neonazistische Rechtsrock.

Weltkulturerbe Arbeiterlied

Nach gut 25 Jahren des stetig steilen Niedergangs, im Dezember 2014, wurde das »Singen der Lieder der deutschen Arbeiterbewegung« in das Bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes aufgenommen. Neben 26 anderen Traditionen und Kulturformen wie beispielsweise dem Niederdeutschen Theater oder dem Malchower Volksfest. Zur Erklärung: Die Aufnahme in dieses deutschlandweite Verzeichnis ist Voraussetzung für die Bewerbung um die Eintragung auf die Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit der UNESCO. Dort sind aus Deutschland bislang aber lediglich sechs Vorschläge gelistet worden. Das Singen der Lieder der deutschen Arbeiterbewegung wurde bislang nicht einmal dafür nominiert. Man kann also beileibe nicht davon sprechen, wie dies bisweilen geschieht, dass das deutsche Arbeiterlied seit 2014 immaterielles Weltkulturerbe sei – was auch immer das bedeuten würde. Das ist der Initiative um die Musiker Bernd Köhler (Schlauch) und Joachim Hetscher, die seinerzeit den Antrag an die deutsche Kultusministerkonferenz gestellt hatte, selbstverständlich auch immer klar gewesen. Es ging ihnen darum, eine öffentliche Aufmerksamkeit dafür zu erzielen, einen Anstoß für die historische Aufarbeitung zu geben und das Arbeiterlied aus seiner Versenkung zu holen. Dies ist, wenigstens im Ansatz, allein durch die mediale Berichterstattung, wohl auch gelungen. Nur wird es dadurch natürlich noch lange nicht lebendig, das Arbeiterlied. Und das Geschehen wirft auch ein Licht auf die allgemeine Verfasstheit rund um das Biotop, in dem es einst gedieh und wo es heute, vom Aussterben bedroht, unter sowas wie Naturschutz gestellt werden soll ...

Bei einer ... Draufschau auf die arg desolate Beschaffenheit des Nährbodens fürs hiesige Arbeiterlied darf aber auch nicht unter den Tisch fallen, dass die gut hundertfünfzigjährige Geschichte der organisierten deutschen Arbeiterbewegung seit jeher auch eine solche der inneren Kämpfe, Zerwürfnisse, Absetzbewegungen und Spaltungen war: Lassalleaner/ Eisenacher – Reformisten/Spartakisten – Anarchisten/Kommunisten – DDR/BRD – neue/orthodoxe Linke – etc. Diese Bruchlinien und Risse ... hatten natürlich auch immer Auswirkungen auf die Praxis und die Rolle der Arbeiterlieder in ihrer Zeit. Und sie schlagen sich auch zwangsläufig in der heute festzustellenden Disparität des Arbeiterlied-Begriffs nieder.

Null KP, alles Kapitalismus?

Georg Fülberth



Marburg, Politikwissenschaftler und Autor

Dejà vu

Im Dezember 1987 erschien in den »Marxistischen Blättern« ein Artikel über die Frage, weshalb die kommunistischen Parteien im Westen entweder winzig klein waren oder/und zu eurokommunistischen Sozialdemokratien wurden. Der fing so an: »Nimmt man – was erlaubt ist – Wahlergebnisse als ungefähren Indikator für Masseneinfluss, so tendiert dieser für alle kommunistischen Parteien in den am höchsten entwickelten imperialistischen Ländern gegen Null oder ist schon längst dort angekommen.« Die Prognose lautete, dass »in der überblickbaren Zukunft nicht die kommunistische Massenpartei eine Perspektive haben wird, sondern allenfalls die kleine, theoretisch qualifizierte marxistische Organisation mit für längere Zeit eher außerparlamentarischen praktischen Ansatzpunkten, zumindest was die zentrale Ebene angeht«.¹

36 Jahre später wandte sich die Redaktion der »Marxistischen Blätter« an den Autor des uralten Artikels mit der Bitte um »Denkanstößiges zu den heutigen Aufgaben einer KP und der ihr nahen marxistischen Zeitschrift«. Warum das?

Für dieses Ersuchen mag es vier Gründe gegeben haben.

Erstens könnte überprüft werden, ob die frühere Prognose sich bewahrt habe. Antwort: Ja, an dem damaligen Zustand hat sich nichts geändert.

Zweitens: 1987 war von den westlichen kommunistischen Parteien im Allgemeinen die Rede, noch nicht speziell von der DKP (obwohl es implizit vor allem um sie ging). Das könnte jetzt nachgeholt werden.

Drittens: 1987 wurde nicht nur ein Ist-Zustand benannt – aktuelle quantitative Bedeutungslosigkeit –, sondern Hoffnung geäußert auf »eine kleine, theoretisch qualifizierte marxistische Organisation mit für längere Zeit eher außerparlamentarischen praktischen Ansatzpunkten, zumindest was die zentrale Ebene angeht«. Was ist daraus geworden?

Viertens ist die Frage nach inzwischen eingetretenen Ereignissen zu stellen, die 1987 noch nicht zu erwarten waren und die Rahmenbedingungen für das Wirken einer kommunistischen Partei in einer hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft hätten verändern können. Antwort: Ja, die gab es.

In erster Linie ist an den Untergang der DDR 1989/90, an die Auflösung der UdSSR 1991 und des von dieser bestimmten Lagers zu denken. Sie hatten Auswirkungen auf die Finanzierung der DKP, führten zum Zusammenbruch derjenigen ihrer Strukturen, die für eine Massenpartei einge-

1 Fülberth, Georg: Das scheinbare Ende als Chance zur notwendigen Transformation. In: Marxistische Blätter 12/1987, S. 56–62, hier S. 56.

richtet waren und von Anfang an mangels vorhandener Voraussetzungen leerliefen, und ließen von ihr nur noch das übrig, was 1987 als allein noch möglich erachtet worden war. Wer das dann immer noch nicht begriffen hatte, dem (der) war endgültig nicht mehr zu helfen.

Im Nachhinein zeichnete sich diese künftige Lage bereits 1987 ab: Am 27. August jenes Jahres hatten die SED und die SPD ein gemeinsames Papier mit dem Titel: »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« veröffentlicht. Darin gingen sie von einer Koexistenz der beiden deutschen Staaten aus und versuchten, die Aufgaben der beiden Parteien zu bestimmen. Der DKP war dabei keine Funktion zugeordnet, sie kam gar nicht erst vor. Wer sich danach erkundigte, bekam Vages zu hören, hinter vorgehaltener Hand aber Klartext: Das sei eben der Lauf der Welt, es gebe in Deutschland zwei Arbeiterparteien, SED und SPD.

Im 1978 verabschiedeten Parteiprogramm der DKP bekannte sich diese zu der These Ernst Thälmanns, das Kriterium für eine kommunistische Partei sei ihre Stellung zur Sowjetunion. Dies hatte seit Ende der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts auch schon für die KPD gegolten. Die Systemauseinandersetzung zwischen der sozialistischen Sowjetunion (nach dem Zweiten Weltkrieg: und der von ihr beherrschten Staaten) einerseits, den kapitalistischen Ländern (im Kalten Krieg ab ca. 1947 unter Führung der USA) andererseits galt als entscheidend. Mit Gorbatschows Proklamation eines Europäischen Hauses und einer von der SED ausgerufenen »Verantwortungsgemeinschaft« von BRD und DDR wandelte sich das. Erstmals seit 1969 kandidierte 1987 die DKP nicht mehr zur Bundestagswahl. Ihre Führung empfahl Stimmabgabe entweder für die Grünen oder die SPD. Mit dem Erlöschen der UdSSR am 31. Dezember 1991 entfiel der Kern ihres bisherigen Selbstverständnisses. Sie war damit endgültig auf das verwiesen, was allein sie allen- und bestenfalls noch sein konnte, um es hier zum dritten Mal zu sagen: »eine kleine, theoretisch qualifizierte marxistische Organisation mit für längere Zeit eher außerparlamentarischen praktischen Ansatzpunkten, zumindest was die zentrale Ebene angeht.« Sehen wir zu, was mittlerweile daraus geworden ist.

Fast null KP

Bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 hatte die DKP 0,3 Prozent der Zweitstimmen erhalten, 1980 und 1983 waren es 0,2. Danach trat sie erst 2017 und 2021 wieder an und landete bei 0,0. (In Berlin hatte sie schon 2013 wieder eine Landesliste aufgestellt. Ergebnis: 0,0 Prozent.) Die MLPD bekam 2013 und 2017 jeweils 0,1 v. H., 2021 waren es 0,0 wie bei der DKP. In absoluten Zahlen lag sie mit 17779 vor dieser (15158). Sie konnte 2021 in allen 16 Bundesländern Landeslisten aufstellen, die DKP nur in elf. Angeblich hat die DKP 2850 Mitglieder, die MLPD 2800. Letztere Zahlen stehen bei Wikipedia und dürften vom Verfassungsschutz kommen. Gern hätte man Angaben aus einer anderen Quelle.

In Bund und Ländern wurde die DKP jeweils zur Wahl zugelassen. Als 2021 der Bundeswahlausschuss dies ablehnte, wurde er vom Verfassungs-

gericht korrigiert. Formaljuristisch können DKP und MLPD somit als Parteien gelten, nach Mitgliederzahl und in Wählerstimmen messbarem Masseneinfluss sind sie das nicht, sondern Kleingruppen. Immerhin gibt es – wenngleich sehr schwache – Organisationsstrukturen. Das ist der Bestand, von dem auszugehen ist.

Im Vergleich zu dieser Fast-Null-Situation erscheint der Kapitalismus nahezu unendlich. Er ist nach dem Untergang der UdSSR und ihres Machtbereichs sowie der chinesischen Wende ab 1978 weltweit übriggeblieben. Systemkonkurrenz findet insofern nicht mehr statt, sondern lediglich Auseinandersetzung zwischen kapitalistischen Gesellschaften mit und ohne liberal-demokratische Innenausstattung. Kuba und Nordkorea können hier außer Betracht bleiben. Wollte die DKP sich auf der Seite Chinas positionieren, hätte sie erstens zunächst einmal eine Behauptung ihrer Parteitagsentschließung von 2023, wonach dieses ein sozialistisches Land sei, zu belegen. Und zweitens würde sie einen Fehler wiederholen, den sie bis 1991 in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion beging: sich Muskel-Attrappen aufzulegen. Stattdessen sollte sie sich auf die Tatsache einstellen, dass sie einem übermächtigen Gegner gegenübersteht, dem sie nichts anhaben kann und der nur noch einen einzigen Feind hat: sich selbst. Dieser aber ist nicht ohne.

Gegenwärtig wird nämlich da und dort wieder einmal sein Untergang vorhergesagt. Die Publizistin Ulrike Herrmann schrieb 2022 ein Buch mit dem Titel »Das Ende des Kapitalismus«. Dieses folgerte sie aus der Klimakrise. Für den Soziologen Wolfgang Streeck sind sinkende Wachstumsraten Indizien für einen baldigen Übergang.

Allerdings ist auch dies nichts Neues. Was wie das Ende des Kapitalismus erscheint, ist wohl doch nur eine Systemische Übergangskrise innerhalb desselben. Darunter sind – im Unterschied zu zyklischen Depressionen – langfristige Erschütterungen zu verstehen, in denen eine Form des Kapitalismus in die andere übergeht, ohne dass er aufhört, Kapitalismus zu sein.

Die erste Übergangskrise war 1873 bis 1895/96: Aus dem Kapitalismus der Freien Konkurrenz wurde der Organisierte Kapitalismus.

Ihm folgte die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933: Übergang in den Militär-Keynesianismus bis 1945 und dann in die »trente glorieuses«: die glorreichen drei Jahrzehnte einer Art Wohlfahrtskapitalismus, der aber seit 1973 vom finanzmarkgetriebenen Kapitalismus (Neoliberalismus) abgelöst wurde.² Dieser ist seit ca. 2008 in einen weiteren Engpass geraten. Überakkumulation von Kapital sucht einen Ausweg in einem nachfolgenden Kapitalismustyp, der offenbar noch nicht gefunden ist. »Wo so ein Köpfchen keinen Ausweg sieht, stellt er sich gleich das Ende vor«, sagte einst Mephisto in Goethes »Faust«. Untergangsphantasien breiten sich

2 Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München, Wien 1995, nennt diese Phase das »Goldene Zeitalter« des Kapitalismus.

Grenzenloser
Kapitalismus?

Übergangskrise
innerhalb des
Kapitalismus

aus, denen später ein Aufatmen folgt: »Et hätt noch immer jot jeje« – für den Kapitalismus, nicht für alle seine Insassen, unter denen es nämlich Verlierer(innen) gibt. Die schlagen um sich.

Dann kommt es zu Polarisierungen. In der Ersten Großen Depression 1873 – 1895/96 stieg die Arbeiterbewegung auf, aber es wuchsen auch völkische, chauvinistische und antisemitische Massenbewegungen auf. Ähnlich in der Weltwirtschaftskrise 1929: Die kommunistischen Parteien wurden stärker, noch mehr aber schwoll der Faschismus an. Beide Male – ab 1873 und ab 1929 – wurde auf der linken Seite der Polarisierung ein Ende des Kapitalismus erwartet. Im Übergang in den Neoliberalismus ab 1973 fehlte dieses Phänomen konfligierender Massenbewegungen. Ihm war die Untergangphantasie nämlich schon vorausgegangen: Die sich abzeichnende Niederlage der USA in Vietnam, das vorläufige Scheitern eines kapitalistischen Rollback in Europa, die Entkolonisierung, die weltweite linke Intellektuellenbewegung, Arbeiterkämpfe in mehreren Ländern des entwickelten Kapitalismus: sie wurden als Anzeichen für eine finale Krise dieses Systems verkannt, waren aber nur das letzte Hurra einer Epoche, die zu Ende ging – der dreißig Jahre Nachkriegsprosperität mit erweiterten Chancen auch für die Unterklassen. Die Propagandisten des heraufziehenden Neoliberalismus hatten die Entstehung des Wohlfahrtskapitalismus als einen »Weg zur Knechtschaft« bezeichnet, der schon zu einer Art Sozialismus geführt habe. Nun müsse das korrigiert werden. Es wurde also nicht das Ende des Kapitalismus, sondern des Sozialismus ausgerufen, und das trat dann ja auch ein – kein Platz mehr für linke Euphorie. Hinzu kam, dass die Weltwirtschaftskrise von 1975 im Unterschied zu 1873 ff. und 1929 ff. nur kurz und keine Große Depression gewesen ist.

Wieder anders ist es seit 2008: Während der noch andauernden Periode verlangsamten Wachstums in den alten Zentren des Kapitalismus kam es zu den Polarisierungen früherer Art – die linken und rechten Ränder wurden breiter.

Aufstieg und
Fall linker
Bewegungen
seit 2008

Hierher gehört der kurze Frühling sozialistischer Hoffnungen seit Anfang des 21. Jahrhunderts: Syriza in Griechenland, Podemos in Spanien, Erfolge der Partei Die Linke in Deutschland, der Aufstieg einer neuen Sozialistischen Partei in den Niederlanden und der Partij van de Arbeid in Belgien, zwischenzeitliche Massenzustimmung für Jeremy Corbyn in Großbritannien, Jean-Luc Mélenchon in Frankreich, Bernie Sanders in den USA, vorher schon Hoffnungen auf einen »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« in Lateinamerika – es gab Träume von einer »Dritten Welle des Sozialismus« nach dessen Entstehung im 19. und seinen Siegen und Niederlagen im 20. Jahrhundert. Das ist aber offensichtlich weithin wieder vorbei. Ungebrochen ist dagegen der weltweite Aufstieg der Rechten.

Organisations-
reste und
Kristallisie-
rungskerne

Rückstandlos werden die Ergebnisse kurzlebiger sozialistischer Aufschwünge aber vielleicht doch nicht verschwinden. Zum Beispiel mag

der gegenwärtige Absturz der Partei Die Linke katastrophal sein, aber ins Nichts wird sie wohl nicht verschwinden. Aus der Geschichte des Sozialismus seit dem 19. und 20. Jahrhundert sind Organisationsruinen zurückgeblieben, in denen da und dort neues Leben entstehen mag. Sogar die SPD ist ein Beispiel dafür. Es ist kindisch, ihr immer wieder vorzuhalten, dass sie nicht mehr die Partei von August Bebel und Wilhelm Liebknecht ist, sondern von Saskia Esken und Lars Klingbeil und zwischendurch Gustav Noske hervorgebracht hat. Das ist alles bekannt und muss nicht ständig wiederholt werden. Und doch entstehen von Generation zu Generation, wenngleich randständig, dort auch parteiinterne linke Strömungen. Ohne diese ist die Entstehung der WASG und deren Beitrag zur Gründung von »Die Linke« 2007 nicht zu verstehen. Die stalinistische Katastrophe des Weltkommunismus trieb die Gegenkraft des Trotzismus hervor. Dessen sektenhafte Zersplitterung und Geheimnistuerei sollte nicht von denen nur verspottet werden, die, was einige dieser merkwürdigen Phänomene angeht, mittlerweile auch nicht besser dastehen, die Kreativität einiger zeitweiliger oder auch noch aktueller Vertreter(innen) dieser Richtung aber längst nicht mehr erreichen. Dem Konflikt zwischen diesen beiden Richtungen des internationalen Kommunismus (der trotzkistischen und der an der UdSSR orientierten) ist seit 1989/91 ja ohnehin der Gegenstand – die Haltung zur Sowjetunion – entzogen.

Oder nehmen wir das augenblickliche Zwischenhoch der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ). Vorab: Es sollte nicht zu euphorischem Überschwang aus der Ferne führen. Aber immerhin: Lange Zeit war sie in einem nicht viel besseren Zustand als die DKP. Ihre soliden Erfolge in Graz und der Steiermark mochten als – wenngleich grundsolide – Ausnahme gelten, basierend auf vorzüglicher Kommunalpolitik, marxistischer Grundsatzfestigkeit und persönlicher Glaubwürdigkeit an lokaler Basis und Spitze sowie theoretischem Potential. Wenn die Gesamtpartei im Sommer 2023 in Umfragen auf fünf Prozent kam, könnte das sich vielleicht bald wieder geben, nachdem die SPÖ inzwischen einen populären linken Vorsitzenden hat. Gefördert ist die Aufmerksamkeit auf nationaler Ebene auch durch die Entstehung einer zweiten Hochburg: Salzburg. Deren Entstehung hat wohl andere Ursachen als die Entwicklung in Graz: Teile der Jugendorganisation der Grünen haben sich dort (und teilweise auch überregional) der bestehenden KPÖ-Organisation als einem Kristallisationskern zugewandt, ohne deren traditionellem Theoriebestand viel Beachtung zu schenken. Hier dürfte die weitere Entwicklung noch sehr offen sein.

Nachdem wir eingangs das Fehlen einer Massenbasis der DKP behandelt haben, soll jetzt gefragt werden, wie ihre Organisations-Stümpfe aussehen.

Es gibt einige wenige intakte lokale Gruppen. Wo sie mit attraktiven Veranstaltungen nach außen in Erscheinung treten, gewinnen sie da und dort wohlwollende Beachtung, vor allem wenn sie nicht als Konkurrenz

Organisations-
Stümpfe

anderer, derzeit schwächelnder linker Organisationen antreten, sondern als Angebote für die ruhige Analyse gegenwärtiger Probleme. Da und dort nehmen Kommunistinnen und Kommunisten kommunale Mandate wahr – sei es mit eigenen Fraktionen, sei es auf Listen vor allem zusammen mit örtlichen Vertretungen der Linkspartei. Einzelne DKP-Mitglieder wirken in Bündnissen und Gewerkschaften mit. Es gibt einen Bundesvorstand und Landesbezirke, eine Wochenzeitung und eine der Partei nahestehende theoretische Zeitschrift, die »Marxistischen Blätter«. Die SDAJ ist klein wie alles, was mit der DKP zu tun hat, aber aktiv und gewinnt allmählich eigenes Profil. Die Partei hat die Möglichkeit, bei Wahlen anzutreten.

Das dürfte zur Zeit wohl alles sein. Es reicht nicht aus, sich mit großem Strategiegetöse aufzublasen, lädt aber dazu ein, die äußerst knappen Ressourcen besonnen zu nutzen, weder brachliegen zu lassen noch zu verschwenden. Zum Beispiel sollten Wahlkämpfe nur dort geführt werden, wo die Kandidatur nur auf dem Papier steht, sonst schwächen sie zusätzlich.

Dem Parteivorstand liegt eine Bitte der Gruppe Marburg vor, einen Diskussionsprozess zur Überprüfung und Neuorientierung der Wahlpolitik der DKP einzuleiten. Es wird da vorgeschlagen, dass die Partei sich in den nächsten Jahren – entsprechend den örtlichen Möglichkeiten – auf die Teilnahme an Kommunalwahlen konzentriert, entweder als Eigenkandidatur oder auf Bündnislisten. Zur Erhaltung und Absicherung des Status einer politischen Partei solle sich die DKP an den Wahlen zum Europaparlament beteiligen. Eine Eigenkandidatur mit Landeslisten bei Bundes- und Landtagswahlen sei bei den zur Verfügung stehenden Kräften und den zu erwartenden Ergebnissen zurzeit nicht sinnvoll. Ausnahmen auf Landesebene sollten allenfalls in den Stadtstaaten gemacht werden.

Eine theoretische Zeitschrift

Oft wird ein Satz Rosa Luxemburgs zitiert, wonach nichts revolutionärer sei »als zu erkennen und auszusprechen, was ist.« Was ist das also, was gegenwärtig zu erkennen und auszusprechen ist?

Erstens: Scheinbare Allmacht des Kapitalismus für unabsehbare Zeit. Wer herumerzählt, wir befänden uns im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, mag wohl recht haben, sollte dann aber bitte auch mitteilen, wie lange diese Übergangsphase denn dauern werde – ein paar Jahre, ein paar Jahrzehnte oder doch noch Jahrhunderte? Ein Irrweg ist es, wenn eine sehr kleine Gruppe wie die DKP sich in den Brusthaaren einer irgendwo – sagen wir mal: in China – regierenden kommunistischen Partei festklammert und meint, sie habe irgendwelchen Anteil an deren Macht und Ansehen. Für die Bewältigung dessen, was hier und jetzt von ihr im eigenen Land möglich oder nicht möglich ist, hat das keine Bedeutung, lenkt eher davon ab und wäre insofern sogar schädlich.

Zweitens: Der Kapitalismus treibt ständig neue innere Widersprüche aus sich hervor, die Menschen da und dort Ausschau nach einer anderen Gesellschaft oder doch zumindest nach Möglichkeiten praktischer Gegenwehr suchen lässt.

Drittens: Es soll ausgesprochen werden, was sich ohnehin nicht übersehen lässt: dass die kommunistischen Parteien in den meisten OECD-Ländern bislang nicht imstande sind, sich mit diesen Suchbewegungen wirksam zu verbinden oder für sie überhaupt erkennbar zu sein. Sie müssen sich ändern, wenn sie eine solche Aufgabe wahrnehmen wollen.

Mag die DKP zwar sich weder im Makro- noch im Mikro-, sondern im jenseits des mit bloßem Auge Wahrnehmbaren befindlichen Nano-Bereich bewegen, dann ist selbst dort das Bemühen um empirische und theoretische Klarheit eine Voraussetzung künftigen Wirkens. Wissenschaftliche Institute stehen ihr nicht zur Verfügung, aber es gibt die mit ihr verbundenen »Marxistischen Blätter«. Eine Massenzeitschrift sind sie nicht, eher ein Zirkular. Die ständige Analyse der kapitalistischen Entwicklung und von Gegenbewegungen, verbunden mit der Frage, welche praktischen Konsequenzen daraus von einer winzigen kommunistischen Partei gezogen werden könnten – das ist ihre naheliegende Arbeit.

Jetzt wird sie sechzig Jahre alt. Dazu ist ihr zu gratulieren. Dass sie die hier benannten Aufgaben wahrnehmen kann – dies sei ihr und uns, ihren Leser(inne)n und Autor(inne)n, aber auch der DKP und allen Menschen guten Willens hiermit gewünscht.

**MARXISTISCHE
BLÄTTER** *Seit 1963*
www.marxistische-blaetter.de

Mehr für's Abo!

Neustart im Internet.

www.Marxistische-Blaetter.de

Freier Zugang zum Redaktionsarchiv.



Hier bestellen:
www.marxistische-blaetter.de/de/topic/4.abo.html



*Ulla Richter (1939–2023): Janus
(2002, 50 × 60 cm, Harzöl auf Leinwand)
Weitere Werke von Ulla Richter sind in
unserer Heft-Beilage farbig abgedruckt.*

»Allzuoft haderten wir mit unserer Vergangenheit, als daß wir uns gründlich mit ihr befaßt hätten ... Der Weg führte über Neuland; Menschen stürzten in Abgründe, glitten aus, klammerten sich an totes Dornengestrüpp. Vergesslichkeit war zuweilen ein Gebot der Selbsterhaltung: Mit Erinnerungen ließ sich nicht weitergehen ...

Die einen erinnern sich nicht mehr an das Vergangene, die anderen wollen nichts davon wissen. Alle blicken nach vorn, und das ist gut so; aber nicht zufällig zählte zu den Göttern der alten Römer auch ein Janus. Janus hatte zwei Gesichter, nicht weil er zwiegesichtig war, wie man häufig hört, nein, er war weise: Das eine Gesicht war der Vergangenheit zugekehrt, das andere der Zukunft.«

Ilja Ehrenburg, Menschen, Jahre, Leben. Memoiren, Bd. 1, Berlin 1978, S. 7f.

August Bebel

Karlheinz Schrodt vor 60 Jahren

Am 13. August 1963 jährte sich ... der Todestag August Bebels. Der »Stifter der Partei« – der Sozialdemokratischen Partei –, wie ihn *Friedrich Engels* nannte, verkörperte in sich die bedeutendste Periode dieser Partei. Unauslöschlich mit seinem Namen verbunden ist der Kampf um die Durchsetzung des wissenschaftlichen Sozialismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Niemals wieder hat die Sozialdemokratische Partei einen Mann vom Format Bebels an ihrer Spitze gehabt, und noch heute verfügt Bebel posthum über Autorität in den Reihen der SPD-Mitglieder. Dies ist nicht ganz ungefährlich für die leitenden Herren dieser Partei und ihre heutige Linie. Wenn sie schon – etwas außerhalb der Wahrheit – die vor 100 Jahren erfolgte Gründung des »Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins« als Gründung der SPD deuten und den Gründer dieses Vereins, *Ferdinand Lassalle*, zum Geburtshelfer der SPD promovieren, so können sie August Bebel nun auch wieder nicht ganz aus den Geschichtsbetrachtungen ausklammern. Und so wird August Bebel verändert und brauchbar gemacht, so daß er in die Linie paßt. In neueren Biographien, Würdigungen und dergleichen versucht man Bebel zu einem zahmen Reformpolitiker zu stempeln, der sich zwar noch radikal gebärdete, jedoch in seiner praktischen politischen Arbeit schon so »modern« war wie die Parteimanager von 1963.

Für diese Bemühungen sind zwei Behauptungen charakteristisch. In seinem Buch »*Von Bebel zu Ollenhauer*« (1957) behauptet Herr *Walter Theimer*: »Ganz linientreu war Bebel in der Tat nicht; obwohl er in der Folge oft radikal marxistisch redete, war er im Herzen und in der praktischen Tätigkeit doch mehr ein Lassalleaner – und blieb es.« Herr *Karl Anders* versucht in seinem Jubiläumsbuch »*Die ersten hundert Jahre – Zur Geschichte einer demokratischen Partei*« Bebel noch nachträglich in die Reihe derjenigen einzureihen, die 1914 die Kriegskredite bewilligten und heu-

te bereit sind, dem »Verteidigungshaushalt« der Bundesrepublik zuzustimmen, indem er behauptet: »Bebel war 1913 gestorben, aber auch er hätte am 3. August 1914 die gleiche Entscheidung getroffen wie alle sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstags, auch er hätte die Kriegskredite bewilligt.«

Schon 1868 betonte Bebel auf dem Arbeiterverbandstag in Nürnberg, die Befreiung der Arbeiter könne nur Sache der Arbeiter sein. Unter Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht konstituierten sich im August 1869 in Eisenach die Vertreter des Verbandes der deutschen Arbeitervereine und Mitglieder des ADAV zur »Sozialdemokratischen Arbeiterpartei«. Die Leitsätze ihres Programms stimmten in den wichtigsten Punkten mit den Grundsätzen der I. Internationale überein, die erklärt hatte: »Die Emanzipation der arbeitenden Klasse muß durch die arbeitende Klasse selbst erobert werden.« Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei bekannte sich zum wissenschaftlichen Sozialismus und grenzte sich theoretisch, taktisch und organisatorisch vom Lassalleanismus ab. Diese Partei, die an das Werk des »Bundes der Kommunisten« sich anschloß, war der eigentliche Beginn der späteren SPD und gab ihr die Grundlage. Lassalles Theorie vom »ehernen Lohngesetz«, seine Agitation dafür, daß die Arbeiter sich die Kredit Hilfe des Staates für die Errichtung von Produktionsgenossenschaften erkämpfen sollten, zeigte eine völlige Fehlbeurteilung. Lassalle irrte nicht nur darin, daß es möglich sei, auf der Grundlage der Warenproduktion die Gesetze der Warenproduktion aufzuheben, er verkannte auch völlig den Klassencharakter des Staates.

Bebels Einstellung zum Staat hingegen ergab sich aus der realen Einschätzung der Klassengesellschaft und der Unvermeidbarkeit des Klassenkampfes. Besonders aus dieser Einstellung zum bürgerlichen Staat entwickelte sich eine unüberwindliche Gegnerschaft Bebels zu den Lassalleanern. Die zwischen »Eisenachern« und »Lassalleanern« bestehenden Gegensätze hinsichtlich des richtigen Weges zu einem einheitlichen Deutschland waren durch die von *Bismarck* 1871 vollzogene Reichseinigung, die nicht nur die erhoffte De-

mokratisierung Deutschlands nicht gebracht hatte, sondern im Gegenteil eine Erstarkung der reaktionären, antidemokratischen Kräfte, gegenstandslos geworden. Die Verfolgung beider Seiten durch die Reaktion wurde immer schärfer. Während die Lassalleaner unter diesem Druck in vollständige Auflösung gerieten, erkannten die Eisenacher unter dem Druck des Klassegegners, daß die Einheit der Arbeiterklasse die wichtigste Voraussetzung für weitere Erfolge war.

Die von den Eisenachern erstrebte Vereinigung fand dann im Mai 1875 in *Gotha* statt. Bebel, der zur Zeit der Vorbereitungen in Haft war, beklagte, daß die Vereinigung ohne gründliche Klärung ideologischer Fragen übereilt erfolgte. Das *Gothaer Programm* spiegelte diese ideologische Belastung der neuen »Sozialistischen Arbeiterpartei« wider, die die entsprechende Kritik von Karl Marx erfuhr ... Die positiven Seiten der Vereinigung: Erhöhung der organisatorischen und politischen Schlagkraft, Durchsetzung des demokratischen Organisationsprinzips der Bebel-Liebnecht-Richtung, erleichterten die Verbindung zu den Massen und die politische ideologische Selbstverständigung der Mitglieder und stärkte die Sozialdemokratie. Hatten die Verteidigung der Pariser Kommune durch Bebel 1871 im Reichstag und der Hochverratsprozeß gegen Liebnecht und Bebel 1872 Bismarck schon erschreckt, so beängstigte ihn der 40prozentige Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie bei den Wahlen 1877, ihre politische Aktivität und ihr wachsender Einfluß immer mehr. Aus diesem Grunde ... strebte er ein Ausnahmegesetz – das »Sozialistengesetz« – an, das am 21. Oktober 1878 erlassen wurde. Unter der Führung Bebels ging die Arbeiterschaft aus dem 12 Jahre dauernden legalen und illegalen Kampf gegen Unterdrückungsmaßnahmen und Polizeiterror nicht geschwächt, wie es die Gegner hofften und erwarteten, sondern gestärkt hervor. Als nach der Aufhebung des Ausnahmegesetzes (1890) sich 1891 auf dem ersten Parteitag in der wiedererlangten Legalität, dem Parteitag in *Erfurt*, die »Sozialdemokratische Partei« konstituierte, da war sie ideologisch, politisch und organisatorisch stärker denn je.

Das von den Delegierten angenommene Programm ist das beste, das es je in der Geschichte der SPD gab. Dennoch trat schon auf diesem Parteitag in der Gestalt *Georg von Vollmars* ein Vertreter jener Richtung auf, die in der Folgezeit der Partei immer neue Diskussionen aufzwang und sie so allmählich zersetzte: der Revisionismus. Um die sich verschärfenden Klassegegensätze und Klassenkämpfe abzustumpfen, entschloß sich *Kaiser Wilhelm II.* »zur Besserung der Lage, dem deutschen Arbeiter die Hand zu bieten«, was durch eine Reihe völlig ungenügender – im Reichstag gegen die Stimmen der SPD beschlossener – Arbeitsregelungen wie Einschränkung der Kinder-, Frauen- und Sonntagsarbeit geschah. Dies schien Leuten wie Vollmar der rechte Moment, um der Partei eine »Aussöhnung« mit dem Staat ihrer Gegner zu empfehlen. Mit Entschiedenheit trat Bebel dem in *Erfurt* entgegen und lehnte jeden Versuch der Aussöhnung mit dem bürgerlichen Staat mit der Begründung ab: »Wenn eine Partei wie die unsere der herrschenden Gesellschaft den Krieg erklärt und ihr letztes Ziel der Untergang dieser Gesellschaft ist, so ist es selbstverständlich, daß die herrschende Gesellschaft alles aufbietet, das zu verhindern. In erster Linie haben wir die politische Macht zu erobern und diese zu benutzen, um auch die ökonomische Macht durch die Expropriation der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu erreichen.«

Das Ziel Bebels war also eindeutig nicht ein Maximum an Konzessionen und Reformen, sondern die politische Macht als Vorbedingung zur Errichtung des Sozialismus. Der grundsätzlichen Ablehnung des Klassenstaats entsprach Bebels Haltung zu einer seiner Erscheinungsformen – dem Militarismus, den er unter zwei Gesichtspunkten bekämpfte. Er analysierte seine gesellschaftliche Funktion und enthüllte seine wirtschaftlichen und politischen Grundlagen. Von diesem Kampf gegen den Militarismus ist in den eingangs genannten modernen SPD-Publikationen nicht mehr die Rede, hingegen haben die »Bejäger der Landesverteidigung« den Bebel für sich entdeckt, der 1891 gesagt hatte: »Der deutsche Boden, das deutsche Vaterland gehört uns, den Massen, ebensogut und mehr wie jenen. Greift Rußland, der Hort

der Grausamkeit und Barbarei, der Feind aller menschlichen Kultur, Deutschland an, um es zu zerstückeln und zu vernichten, und das kann nur der Zweck eines solchen Krieges sein, so sind wir so gut und mehr interessiert wie diejenigen, die an der Spitze Deutschlands stehen, und werden dem entgegentreten.« Um dann jedoch fortzufahren: »Ich habe dann hinzugefügt, daß, wenn wir alsdann Seite an Seite mit jenen, die heute unsere Gegner sind, kämpften, wir es tun, nicht um sie und ihre Staats- und Gesellschaftsordnung zu retten, sondern um Deutschland, d. h. uns selbst zu retten und unseren Boden von einem Barbaren zu befreien, welcher der größte Feind unserer Bestrebungen ist und dessen Sieg unsere Niederlage als Sozialdemokraten bedeutet.«

Zu keinem Zeitpunkt war Bebel also bereit, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu retten. Ihm ging es darum, die deutsche Arbeiterklasse vor der doppelten Unterdrückung durch die in- und ausländische Reaktion zu bewahren. Auch Bebels Forderung nach Volksbewaffnung, nach dem Milizsystem, läßt sich in keinem Fall in eine Unterstützung des Klassenstaats, der Rüstungsbestrebungen oder gar des Militarismus umdeuten. Der Milizgedanke war stark am Beispiel der Volksbewaffnung der Pariser Kommune orientiert.

Hätte Bebel 1914 den Kriegskrediten zugestimmt? ... *Otto Buchwitz*, früherer Reichstagsabgeordneter der SPD, schrieb hierzu in seinen Lebenserinnerungen: *»Es mag müßig sein, heute Erwägungen anzustellen, wie sich die Sozialdemokratische Partei bei Ausbruch des Krieges 1914 verhalten hätte, wenn Bebel noch ihr Führer gewesen wäre. Seine starke Persönlichkeit, sein erschütterliches Bekenntnis zur Lehre von Marx und Engels sowie sein oft bewiesenes mutiges Auftreten gegen Militarismus und Imperialismus rechtfertigen die Auffassung: Unter Bebels Führung hätte sich die Mehrheit der SPD zu den Beschlüssen des Internationalen Kongresses von Basel bekannt und der eroberungslustigen Regierung die Kriegskredite verweigert.«*

(<https://www.marxistische-blaetter.de/de/topic/29.1963-1.html>)

Lehren der Streikkämpfe um Teuerungszulagen

Werner Czieslak vor 50 Jahren

Die Lohnfrage wird aufgrund verschiedener ökonomischer und politischer Prozesse, z. B. der Intensivierung der Produktion, der Inflation und des zunehmenden Kampfes um die Verteidigung und Steigerung des Lebensstandards auch weiterhin das Hauptfeld des Klassenkampfes sein. Die Lohn- und Tarifpolitik ist ein wichtiges Instrument, um den Lebensstandard der Arbeiterklasse gegen Angriffe der Unternehmer und des Staates zu verteidigen und Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Man kann sagen, daß für die Verwirklichung einer aktiven, kämpferischen Lohnpolitik das autonome Handeln der Gewerkschaften von ausschlaggebender Bedeutung ist. Ja, eine aktive Lohnpolitik erfordert, das vorhandene Kräfteverhältnis voll zu nutzen, um es in der Auseinandersetzung mit den Unternehmern einzusetzen. Eine aktive Lohnpolitik kann nicht nur die Erhöhung der Preise, Steuern und anderer Ausgaben ausgleichen, sondern sie muß – wie in den Gewerkschaften immer wieder betont wurde – daran ausgerichtet sein, einen höheren Anteil am geschaffenen Neuwert zu erreichen. Daran waren die Tarifabschlüsse zu Beginn dieses Jahres nicht orientiert und entsprachen damit nicht im Entferntesten den Prinzipien einer aktiven Lohnpolitik.

Nehmen wir die Streiks dieses Jahres. Sie sind Teil einer Entwicklung innerhalb der Arbeiterbewegung unseres Landes, die schon seit mehreren Jahren anhält. In diesem Zeitraum hat es auch manche kritische Anmerkung zur gewerkschaftlichen Tarifpolitik und ihrem Verhältnis zu der realen Bewegung in den Betrieben gegeben. Zugleich fielen die Streiks im Frühjahr und Sommer dieses Jahres in eine Periode verschärfter sozialer Auseinandersetzungen, deren Beginn mit der Krise 1966/67 anzusetzen ist. Während das Kampfmittel Streik bis zu diesem Zeitpunkt kaum zur Anwendung gelangte,

ist seitdem ein Anwachsen der Streikbewegung in unserem Lande festzustellen. ... Nicht zu übersehen ist aber auch der große Druck, der von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung ausgeht... Deshalb müssen Verlauf und Ergebnis der Tarifbewegung zur Jahreswende 1972/73 auch vor dem Hintergrund der politischen Situation jener Monate gesehen werden.

Wir hatten Bundestagswahlen. Die neue Regierung hatte ihre Position wesentlich gefestigt. Nach wie vor aber vertrat sie die ökonomischen Interessen des Großkapitals. Was sie jedoch von den anderen Regierungen unterschied war auch, daß sie wesentlich bessere Möglichkeiten als jene hatte, ein bestimmtes gewerkschaftliches Verhalten zu beeinflussen. Ausgeprägter als anläßlich der Tarifrunde 1971/72 war das Verhalten von Führungskräften in den Gewerkschaften eindeutig durch den Wunsch bestimmt, auch in der Tarifpolitik mit der Bundesregierung weitgehend übereinzustimmen. Wenn wir die Verhaltensweise der IG-Metall-Führung z. B. betrachten, so stand sie im Gegensatz zu der Stimmung in der Mitgliedschaft. Diese war gewillt, für eine wirkliche Realloohnerhöhung notfalls auch zu kämpfen. Auch deshalb, weil der letzte Abschluß unter dem Strich nichts eingebracht hatte, während die Unternehmer große Profite einsackten. Die Arbeiter, die im April gegen Strauß und Barzel auf die Straße gegangen waren und im November durch ihre Stimmabgabe der Regierung eine sichere Mehrheit brachten, hatten die Hoffnung, eine merkliche Verbesserung ihrer Einkommen, ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen durch Aktionen zu erreichen. Das wurde auch sichtbar in der Urabstimmung der Metaller. Mit einer klaren Mehrheit stimmten sie gegen den geplanten 8,5-Prozent-Abschluß. In einigen Zentren der Stahlindustrie stimmten sogar die satzungsmäßig für eine Ablehnung erforderlichen zwei Drittel der Mitglieder gegen den zu niedrigen Abschluß. Die Gewerkschaftsführung zog daraus nicht die richtige Schlußfolgerung.

... So wurde das Ausmaß der Unzufriedenheit über den Abschluß immer größer. Schon kurz nach der Unterzeichnung des neuen Tarifvertrages kam es zu den ersten betrieblichen Kämpfen.

Sie verfolgten das Ziel: für die Belegschaften über den Rahmen des Tarifvertrages hinaus zusätzliche Lohnerhöhungen auf betrieblicher Ebene durchzusetzen. Ich erinnere nur an die Kämpfe der Hoesch-Arbeiter und der Mannesmann-Profilwalzwerker im Ruhrgebiet, die Streiks im VW-Konzern sowie mehrere Streiks in Mannheim und im Bremer Raum. Parallel zu den betrieblichen Lohnstreiks im IG-Metall-Bereich gab es auch mehrere Tarifbewegungen anderer Gewerkschaften. Hier wurden die inflationäre Entwicklung und die Stimmung der Belegschaft schon ein wenig stärker in Rechnung gestellt. So kam es in dem Bereich der IG Druck und Papier, der Gewerkschaft Textil- und Bekleidung, bei HBV und bei Chemie, Papier, Keramik zu Streikaktionen und zu Tarifloohnerhöhungen von 10 Prozent und mehr. Insbesondere der Drucker-Streik im April zeigte sehr deutlich, daß es Situationen gibt, wo man mit einem Tag Kampf mehr erreichen kann als mit wochenlangen Verhandlungen.

Als der Sommer kam, hatte das Zusammenfallen von zunehmender Inflation (7–8 Prozent), Progression der Lohnsteuer und der Sozialabgaben (ca. 4 Prozent) für große Teile der Arbeiterklasse zu einer Reallohnsenkung geführt. Die Unternehmer erzielten Rekordprofite. Das erzeugte in den Betrieben Unzufriedenheit auch über die Wirtschaftspolitik der Regierung. Andererseits erreichte das Ansehen des Kanzlers nach dem Wahlsieg einen Höhepunkt. Das war sehr gewichtig und spielte keine unwesentliche Rolle. Es bleibt in diesem Zusammenhang anzumerken, daß sogar auf dem Höhepunkt der Kämpfe, als nämlich am letzten August-Wochenende bei Ford und Opel gleichzeitig gestreikt wurde, einige Gespräche und Äußerungen des Kanzlers ausreichten, um die Bewegung wieder zurückzuschrauben. Hierbei kam es zu einem Zusammenspiel mit den Massenmedien, deren massive Antistreikpropaganda dem Eingreifen Brandts Rückhalt und Massenwirksamkeit gab.

Die betrieblichen Aktionen waren im Wesentlichen ein Kampf um Teuerungszulagen. Die Zulagen wurden nicht nur durch längere Streiks, Warnstreiks und Abteilungsstreiks, sondern oft auch durch Androhung von Kampfmaßnahmen durchgesetzt. Unternehmer gaben sogar schon

unter dem Druck der Bewegung in anderen Betrieben nach und zahlten Zulagen. Die Höhe der durchgesetzten Teuerungszulagen war unterschiedlich. Die Teuerungszulagen wurden in den unterschiedlichsten Formen gewährt: als einmalige Sonderzahlung, als erhöhter Stunden- oder Monatslohn, in der Form von Leistungsprämien, sogenannten vermögenswirksamen Leistungen, Urlaubsvergütungen, Fahrgelderstattung, Weihnachtsgartifikation, in der Form von Zuschlägen für Überstunden, für Spät-, Samstags- und Sonntagsarbeit, als Jahresabschlußvergütung, als 13. Monateinkommen, in der Form der Höherstufung, als Schmutz- und Hitzezulagen usw.

In der gegenwärtigen Lohnrunde darf nicht unerwähnt bleiben, daß bei dem Großteil der letzten Streikämpfe die ausländischen Arbeiter eine sehr aktive, oft sogar auslösende Rolle spielten. Sie waren und sind oft gegenüber den deutschen Arbeitern in Bezug auf den Lohn, die Arbeitsbedingungen, die Wohnverhältnisse, ja in Bezug auf ihre gesamte soziale Lage extrem schlechter gestellt. Aufgrund ihres unterdurchschnittlichen Lohnniveaus trifft sie die Teuerung besonders hart. Oft umschlossen die Forderungen der ausländischen Arbeiter auch einen verhältnismäßig breiten Bereich der Arbeits- und Lebensbedingungen. So gab es z. B. Forderungen nach Verringerung der Bandgeschwindigkeiten, nach Beseitigung entwürdigender Pausenregelungen und sogar den Wegfall von Sonderschichten (Überstunden).

Damit rückt überhaupt der gesamte Komplex der Arbeits- und Lebensbedingungen stärker in das Blickfeld der Arbeiterklasse. Hier bieten sich nicht nur neue Anknüpfungspunkte an, sondern auch konkrete Möglichkeiten, über den Tarif- und Lohnkampf hinauszugehen und einen breiteren Abschnitt des kapitalistischen Ausbeutungssystems als veränderungsbedürftig erkennbar zu machen. Seit 1972 verringerte die Inflation systematisch die Kaufkraft der Löhne und Gehälter. Trotz der Versprechungen der Regierung, Preisstabilität zu erreichen, ist das Gegenteil tägliche Praxis. Die Entwicklung bei den Verbraucherpreisen und Lebenshaltungskosten widerlegen das Stabilitätsgerede der Bundesregierung. Zwar ist die Teuerungsrate

für einen Vier-Personen-Haushalt von 8,2 Prozent im Juni nun etwas zurückgegangen; doch ist das ein Hoffnungszeichen? Keineswegs! Hier handelt es sich lediglich um saisonbedingte Verbilligung bei Nahrungsmitteln. Entscheidend für die Preisentwicklung bleiben die industriellen Erzeugerpreise. Sie stiegen von 6,7 Prozent im Juni auf 7,2 Prozent im Juli und auf 9 Prozent im August 1973. Wenn in Bonn daraus eine Wende zur Preisberuhigung konstruiert wird, dann stimmt das nicht ...

Die Preistreiberei ist das Ergebnis der Marktbeherrschung durch einige Großkonzerne und der Wirtschaftspolitik der Regierung. In der Stahlindustrie ist der Konzentrationsgrad besonders hoch. ... Die Konzerne nehmen, was sie bekommen können. Hier liegen die Quellen der Preistreiberei! Anstatt dagegen einzuschreiten, versucht die Regierung die Inflation hinwegzureden. Allein an der Inflation konnte 1971 das Großkapital als zusätzlichen Gewinn 27,4 Milliarden Mark kassieren. In diesem Jahr dürfte der Extraprofit aus der Inflation etwa 45 Milliarden DM erreichen. So erweist sich die Inflation als Ergänzung und Erweiterung der kapitalistischen Ausbeutung. Kein Wunder, daß auch die Preise für fast alle Nahrungsmittel in die Höhe schnellen. So kosten Schweinekoteletts 15 Prozent und Rindfleisch 12 Prozent mehr als vor einem Jahr. Der Preis für ein Kilo Rindfleisch beträgt heute rund 12 DM, obwohl der Erzeugerpreis dafür von Januar bis August dieses Jahres um 25 Prozent auf 3 DM je Kilo gesunken ist. Also nicht die Bauern, sondern die großen Lebensmittelkonzerne kassieren den Hauptgewinn. Eine Handvoll Monopolbosse kann heute die Preise ohne Rücksicht auf den Verbraucher festsetzen.

In welchem Tempo der Konzentrationsprozeß zunimmt, zeigt sich darin, daß von 1956 bis 1972 sage und schreibe 1.135 Unternehmensfusionen stattfanden, darunter 348 große Zusammenschlüsse. An diesen Fusionen sind die 100 größten Unternehmen der Bundesrepublik zu 74 Prozent beteiligt. Allein die 20 größten Industrieunternehmen und die 5 größten Banken waren an einem Drittel dieser Fusionen beteiligt. Zugleich versuchen die Bosse über den Staat eine Umverteilung der Einkommen zu ihren Gunsten durchzusetzen.

Staatliche Steuerpolitik ist dabei ein entscheidendes Moment. So stieg das Lohnsteueraufkommen im Juli 1973 gegenüber dem Vorjahr um nicht weniger als 54,5 Prozent. Gleichzeitig wachsen die unproduktiven militärischen Ausgaben des Staates. 1974 sollen danach 30,2 Milliarden DM offen ausgewiesene Rüstungskosten den Haushalt belasten. Dabei könnte die Senkung der Lohnsteuer und Sozialabgaben sowie ein Ausgleich für die Kleinsparer der vom Großkapital angeheizten Inflation entgegenwirken.

Wie aber kann nun unmittelbar die Lage der Arbeiter und Angestellten verbessert werden? Im Vordergrund steht der Kampf um Teuerungszulagen, um höhere Löhne und die Verbesserung der Lehrlingsentgelte. Hier besteht die direkte Möglichkeit, einem Absinken des Lebensstandards zu begegnen, die Kaufkraft zu steigern. ... Wie in anderen Fragen, so ist auch hier das wichtigste Kriterium die Basis. Die Rechnung der Kollegen ist einfach: 8 Prozent hat die Inflation weggefressen, 4 Prozent gehen drauf für höhere Steuern und Sozialbeiträge, und um mindestens 7 Prozent ist die Leistung gestiegen, also die Arbeitsproduktivität. Diese Zahlen beweisen, daß die Forderungen von 18 bis 20 Prozent vollauf berechtigt sind. Die in der DGB-Zielprojektion in Aussicht genommene Realloohnerhöhung von 4 bis 5 Prozent ist ebenfalls anzuvisieren. Zahlreiche Vertrauensleute- und Vertreterversammlungen haben solche und ähnliche Rechnungen schon gemacht. Sie verlangen in der Regel tarifliche Absicherung einer Teuerungszulage in Form der Vorwegnahme des Stundenlohns oder einer entsprechenden Erhöhung des Urlaubsgeldes ...

In diesem Zusammenhang ist z. B. nicht uninteressant, daß es der Gewerkschaft Holz und Kunststoff gelungen ist, zum 1.10.1973 für 50.000 Arbeiter des Tischlerhandwerks von Nordrhein-Westfalen eine Erhöhung des Ecklohns auf 7,81 DM und vom 1.3.1974 um weitere 20 Pfennig durchzusetzen. Das sind auf das Jahr umgerechnet 14 Prozent, jedoch bei einem Ecklohn, der weit über dem der Stahlindustrie liegt. Die Steigerung des Lehrlingsentgelts, der Wegfall der unteren Lohngruppen kann vor allem für Jungarbeiter

und für die Frauen eine Entlastung bringen. Diese Forderungen sind umso berechtigter, da bei den erkämpften Teuerungszulagen Lehrlinge nur in einem sehr geringen Maße oder überhaupt nicht berücksichtigt wurden. Die auch für 1974 bereits angekündigten drastischen Preissteigerungsraten erfordern daher eine kürzere Laufdauer und neue Überlegungen über die Aufkündbarkeit der Tarifverträge, zumal lange Laufzeiten bei steigenden Preisen wie Lohnstopp wirken.

Wenn nun demagogisch mit einem Nachlassen der Konjunktur im Jahre 1974 operiert wird, so gilt erst recht die alte Arbeitererkenntnis, daß es jetzt schon notwendig ist, sich mit aller Kraft gegen ein weiteres Absinken der zahlungsfähigen Nachfrage in der Hochkonjunktur zu widersetzen. Alle Erfahrungen früherer Lohnbewegungen zeigen: Wenn die Arbeiter und Angestellten von der Aufstellung der Forderung bis zum Ausgang der Bewegung in die Entscheidungen einbezogen waren, konnten große Erfolge erzielt werden. Die Unternehmer fürchten diese Einbeziehung der Vertrauensleutekörper und Belegschaften. Die Erfahrungen lehren aber auch: Für die Verwirklichung einer aktiven Lohnpolitik ist die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von großer Bedeutung. Wahr ist zugleich, daß selbst die beste gewerkschaftliche Lohnpolitik nicht das kapitalistische System beseitigen kann. Aber eine aktive Lohnpolitik kann die schlimmsten Auswirkungen auf die Lage der Arbeiter und Angestellten bremsen und im Verteilungskampf Pflöcke zugunsten der Arbeiterklasse setzen.

(<https://www.marxistische-blaetter.de/de/topic/85.1973-6.html>)

Friedensbewegung – Kriminalisierung – Kampfformen

Ellen Weber vor 40 Jahren

Er sei im Kommen, der „Heiße Herbst“, behaupten die Herrschenden. Deutliche Signale deuten auf blutige Auseinandersetzungen. Der Verfassungsschutz kenne schon Berichte, wonach Munitionszüge durch Streckensperrung aufgehalten werden sollen. Bis ins Detail seien Pläne dieser Art bekannt, und mit Toten müsse gerechnet werden.

Diese Gruselatmosphäre, verbreitet durch die Medien der Herrschenden, wird mit einem ganz bestimmten Ziel systematisch erzeugt. Man will den Elan und den Ideenreichtum, die Demonstrations- und Widerstandsentschlossenheit, die Masenorientierung und die Aktionspläne der Friedensbewegung treffen und, wenn möglich, zerstören.

Die Herrschenden fürchten – spätestens seit der Stellungnahme des DGB am 5. Juli 1983 – das Zusammenwirken von Friedens- und Arbeiterbewegung. In wichtigen Grundaussagen bekennt sich der DGB-Bundesvorstand zu zentralen Forderungen der Friedensbewegung. Das trifft zu für die Forderung zum Einfrieren der Atomrüstung, für die Forderung nach einem Gewaltverzichtsabkommen und für ähnliche Forderungen. Es befindet sich in der Stellungnahme des DGB der für die Raketenbefürworter schlimme Satz: »Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa geben.« Außerdem wird in diesem Dokument des DGB zur Teilnahme an den Großveranstaltungen gegen die Raketenstationierung am 22. Oktober in Bonn und Stuttgart/Neu Ulm aufgerufen.

Was liegt für die von CDU-Kanzler Kohl geführte Regierung näher, als die für ihre Raketenpläne heraufziehende wirkliche Gefahr – das Bündnis von Arbeiter- und Friedensbewegung – durch Angst und Kriminalisierungskampagnen zu zerstören?

Hier ist die Quelle ihres wohlgezielten psychologischen Krieges. Sie wollen ein Klima der Angst

vor den Demonstrationen und Kundgebungen der Friedensbewegung erzeugen.

Daß es bei dieser Kampagne nicht nur um Psychologie geht, sondern daß Handfestes nach Rechts verschoben wird, zeigt sowohl die von Zimmermann (CSU) vorgeschlagene Einführung von Gummiwuchtgeschossen, den sogenannten Distanzwaffen als auch die Verschärfung des Demonstrationsstrafrechtes, das »ohne Widerspruch und ohne Widerrede« von der Bundesregierung Anfang Juli beschlossen wurde.

Um diese verfassungswidrige Veränderung durchzusetzen, beriefen sich die reaktionären Rechtskräfte auf die Demonstrationen, die aus Anlaß des Besuches des amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Krefeld stattfanden. Die CDU beschuldigte die Demonstranten, eine »Vorübung für den heißen Herbst« geliefert zu haben. Waffendepots seien schon Tage vorher angelegt worden und die »empörenden Übergriffe militanter Chaoten« seien nicht zu verhindern gewesen.

Die Art und Weise, wie die sogenannten »Krefelder Krawalle« nachträglich zur weiteren Rechtswende benutzt wurden, läßt darauf schließen, daß die gleichen Kreise, die sie nutzen, ihre Aktien in der Vorbereitung hatten. Ganz neu wäre ein solches Vorgehen nicht, konnte es doch schon in zahlreichen Brennpunkten der außerparlamentarischen Bewegung festgemacht werden.

Eine wichtige Erfahrung ist dabei die jahrelange Auseinandersetzung um den Bau der Startbahn 18 West am Frankfurter Flughafen.

Erfahrungen aus der Bewegung gegen die »Startbahn-West«

Es ist noch in lebendiger Erinnerung, daß auf dem Höhepunkt der Startbahnauseinandersetzung am 14. November 1981 über 150.000 Bürger in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden gegen den Bau der NATO-Startbahn demonstrierten. Im Vorfeld dieser gewaltigen Aktionen gab es hunderte von Veranstaltungen, Kundgebungen, Demonstrationen, Waldbesetzungen, Hüttendorferbauungen, Gottesdienste, Benefizkonzerte und ähnliches. Durch diese Aktionen, durch die Millionen-Auflage

unterschiedlicher Flugblätter und Zeitungen, durch die Herausgabe von Büchern und Broschüren und nicht zuletzt durch die 220.000 gesammelten Unterschriften unter die Aktion Volksbegehren entwickelte sich diese Bewegung zu dem demonstrativen Höhepunkt am 14. November in Wiesbaden.

Die Hauptlinie des Kampfes der Landesregierung und der Wiesbadener Parteien gegen die Protestbewegung am Frankfurter Flughafen war die ständige Kriminalisierung.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung ging vollständig in die Richtung, in der Startbahnbewegung „Kriminelle, Chaoten und Bombenbastler“ auszumachen. Vor Ort schleusten sie Polizeibeamte im Demonstrantenkostüm in die Menge, die an Brennpunkten für die gewünschten Provokationen sorgten. An der Startbahn-West konnte manch Vermummter als Polizist enttarnt werden.

Ein ganz neuer Typ von Provokateuren hat sich am Frankfurter Flughafen entwickelt. Die »Zivis« (Zivilpolizisten). Sie rekrutieren sich aus den Reihen der Kripo, aber auch aus Sondereinsatzkommandos. Sie waren mit Ketten, Holzknüppeln und Totschlägern bewaffnet und als »wilde Chaoten« kostümiert. Nachdem sie mehrfach durch Bilder und Augenzeugen überführt werden konnten, leugnete die Polizeiführung nicht mehr ihre Existenz, sondern erklärte, daß die Aufgabe dieser Beamten darin bestehe, »Störer auszuspähen und bei Straftaten zu ergreifen«. In dem veröffentlichten Bericht eines Startbahnegners heißt es: »Immer wieder wird aber auch beobachtet, daß sich solche »Zivis« aktiv als Provokateure betätigen. Sie schaffen so jeweils die passenden Voraussetzungen für polizeitaktische Maßnahmen. Wir erleben auch, wie Zivis sich aktiv an besonders gewalttätigen Aktionen auf Demonstrantenseite beteiligen.«

Mit Hilfe dieser Provokateure stimmten dann in den Montagszeitungen im Rhein-Main-Gebiet immer die Berichte der Massenmedien, die nicht von den tausenden oder zehntausenden von Bürgern geschrieben oder per Bild berichteten, die in der Protestbewegung aktiv waren, sondern mit sturer Regelmäßigkeit die gewalttätigen Auseinandersetzungen meldeten.

Provokateure und ihre Funktion

Provokateure dieser Art, die die Bewegungen kriminalisieren sollen, gehören seit eh und je zum Instrumentarium der Herrschenden. So ist bekannt, daß im Mai 1981 beim sogenannten Bremer Rekrutengelöbnis sowohl der Verfassungsschutz als auch der Militärische Abschirmdienst sich an den Krawallen aktiv beteiligten. Die Akteure aus diesen Kreisen gaben sich als KBW-Mitglieder und als Jusos aus.

In Hannover enthüllte im Landtag eine Abgeordnete der Grünen, daß bei der Demonstration am 30. November 1982 gegen die Benutzung des Schachtes »Konrad« als Atommülldeponie der Verfassungsschutzagent Kai Uwe Gramm vermummt und bewaffnet aufgetreten ist und beim Leitplanckenherausreißen erwischt wurde. Der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff erklärte dann später: Der Beamte habe im »Rahmen seines Auftrages« an der Demonstration teilgenommen.

Die Beispiele ließen sich erweitern. Die Bürgerbewegung gegen den Bau der Startbahn-West hat hunderte von Bilddokumenten gesammelt, aus denen die Rolle der Provokateure im Dienste der Herrschenden eindeutig hervorgeht und bewiesen werden kann.

Man kann die Frage stellen, ob es sich angesichts der gewaltigen Friedensbewegung (die sich in Bonn und Krefeld, auf Ostermärschen, auf Kirchentagen in Friedenswochen und durch vier Millionen Unterschriften unter den Krefelder Appell bis heute schon ausgewiesen hat) lohnt, die Rolle von Provokateuren im Dienste der reaktionären Rechtskräfte ausführlicher zu behandeln. Denkt man einen Augenblick darüber nach, wird jedoch deutlich, daß man nicht den bezahlten Achtgroschenjungen Tribut zollt – sie wären es nicht wert und waren auch in der Geschichte der fortschrittlichen Bewegung immer schnell vergessen. Massenbewegungen haben sie jeweils hinweggefegt. Warum man sich dennoch mit ihnen befassen muß, hängt mit ihrer heutigen Funktion in der Strategie der Herrschenden gegenüber der Friedensbewegung zusammen.

Die sogenannten »gewalttätigen Demonstranten« geistern durch alle Debatten über die Friedensaktionen des Herbstes. Sie werden von den

Herrschenden und den Medien geschickt hinein-geflochten in die Diskussion um die Kampfformen der Friedensbewegung.

Die Anstrengungen gehen besonders in die Richtung, die Gewerkschaften zu verunsichern und durch eine intensiv geführte »Gewaltdiskussion« abwieglerisch auf den wachsenden Elan der Kollegen und Kollegen der großen Betriebe zu wirken... Die Kriminalisierung der Friedensbewegung und der Herbstaktionen wird organisiert. Organisiert in dem Maße, wie immer mehr positive gewerkschaftliche Entscheidungen für die Teilnahme an den Friedensaktionen fallen.

Die Angst der Herrschenden

In zunehmendem Maße erklären entsprechende Gewerkschaftsgremien die Ablehnung der Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen Pershing II und Cruise Missiles und die Entwicklung aller Kampfformen bis hin zum Generalstreik. So der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst, die Vertreterversammlung der IG Metall Nürnberg, die Vertreterversammlungen der IG Metall Stuttgart, Heilbronn, Duisburg, der Landesbezirkstag Hessen der IG Druck und Papier, der Bezirkstag der Deutschen Postgewerkschaft Hessen und viele andere mehr. In der Entschließung der Postgewerkschaft heißt es unter anderem: »Der Generalstreik ist das Mittel zur Durchsetzung zentraler Forderungen aller Arbeitnehmer. Die Forderung nach einem Leben in Frieden ist eine zentrale Forderung sowohl der DPG wie auch des DGB. In diesem Jahrhundert war in Deutschland zehn Jahre Krieg, aber nur einige Wochen Generalstreik. Zweimal hat die Arbeiterbewegung einen Krieg nicht verhindert – heute muß sie alle Anstrengungen unternehmen, einen Krieg zu verhindern.«

Für Raketenbefürworter sind solche Entschließungen ein dramatisches Signal, deuten sie doch die Richtung des Weges an, den wachsende Teile der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung heute bereits eingeschlagen haben. So hat das Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, Detlef Hensche, im Organ seiner Gewerkschaft geschrieben: »Arbeitsniederlegungen zur Bekundung des politischen Willens sind

zulässig und bisweilen bitter nötig. Hierzulande legten 1956 mehr als eine halbe Million Kumpels an der Ruhr für 24 Stunden die Arbeit nieder, um gegen Unternehmerangriffe auf die Mitbestimmung zu protestieren. ...« Und dann: »Ein Generalstreik wird immer erst am Ende einer langen Stufenfolge des Protestes stehen.«

Sicher ist die Forderung zahlreicher Gewerkschaftsgremien: »Der DGB wird aufgefordert, die Stationierung neuer Atomraketen notfalls mit Generalstreik zu verhindern« (DGB-Kreisjugendkonferenz Frankfurt), keine Tageslosung. Zweifelsfrei ist der Generalstreik aber die wirksamste Waffe der Arbeiterbewegung. Er wäre zum Beispiel 1932/33 zur Abwehr der faschistischen Machtergreifung notwendig und möglich gewesen. Diese Lehre darf man nicht vergessen. Die Drohung mit einem auf Europa begrenzten Atomkrieg ist eine mindestens genauso schreckliche Perspektive, wie es 1933 die Perspektive des Faschismus war. Wer also den Generalstreik als mögliches Mittel zur Rettung der Demokratie und Freiheitsrechte anerkennt, wird ihn zur Rettung des Friedens nicht ablehnen können. Trotzdem ist richtig, daß der Generalstreik niemals am Anfang gewerkschaftlicher und betrieblicher Massenproteste stehen kann. Vielfältige Kampfaktionen müssen ihm vorausgehen.

Der Generalstreik kann nur heranreifen in einem Klima gewaltiger Massenproteste. In einem solchen Klima allerdings liegt auch die Chance seines Erfolges.

Die Stationierung der amerikanischen Erstschlagwaffen kann verhindert werden, wenn, vorbereitet durch vielseitige Massenproteste, ein Klima entsteht, in dem die Herrschenden ihre Pläne nicht mehr realisieren können. 1969/70 hatten wir schon einmal in der BRD ein durch lange Massenkämpfe vorbereitetes politisches Klima, in dem die reaktionären Kalten Krieger von CDU/CSU scheiterten. Es konnte damals die Wende vom Kalten Krieg zur politischen Entspannung durchgesetzt werden. Heute haben wir eine andere Lage, aber die Aufgabe, ein von den Friedenskräften beherrschtes Klima zu schaffen, in dem die Raketenbefürworter scheitern, ist gestellt.

(<https://www.marxistische-blaetter.de/de/topic/144.1983-5.html>)

War die DDR sozialistisch?

Robert Steigerwald vor 30 Jahren

Rolf Vellay, unseren Lesern von einigen Beiträgen her bekannt, wurde voriges Jahr 65 Jahre alt. Da hatte er die Idee, seine Geburtstagsfeier als politischen Akt zu begehen. Er lud Vertreter verschiedener sich zur kommunistischen Sache zählender Organisationen zu einer Diskussionsrunde zum Thema »War die DDR sozialistisch?« ein. Es nahmen teil: Willi Gerns (DKP), Klaus Arnecke (MLPD), Michael Brücher (Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD), Heinz Jung (PDS), Egon Schansker (KPD/ML-Westberlin). Geleitet wurde die Diskussion von Hans Heinz Holz, und das von Vellay jetzt herausgegebene 56-seitige Protokoll der Veranstaltung ... wird eingeleitet durch einen Vorspruch Georg Fülberths.

Ziel der Veranstaltung sollte es sein, die teilnehmenden Organisationen zu einem »Schritt in Richtung auf ... Zusammenschluß in der Aktion auf marxistisch-leninistischer Grundlage« zu befähigen.

Vellay bezieht sich in seiner Vorbemerkung auf eine Feststellung, die er bereits vor Jahren traf: Zwar sei der Übergang zum Sozialismus objektiv erforderlich, doch stehe nicht Sozialismus auf der Tagesordnung und nicht der Streit um Wege dorthin und um seine Ausgestaltung, »sondern auf der Tagesordnung steht ... die Abwehr der imperialistischen Haie«.

Holz wies darauf hin, daß dies eine Diskussion unter Marxisten sei. Jeder von ihnen habe eine feste Überzeugung, halte sie für wissenschaftlich begründet, sei frei von der Versuchung, diese namens eines vorgetäuschten Pluralismus durch einen scheußlichen Mischmasch zu ersetzen. Die Wahrheit liege nicht irgendwo in der »Mitte«, sondern zu wissenschaftlichen Fragen gebe es nur eine richtige, wahrheitsgemäße Antwort, nicht deren mehrere. Das bewirke auch eine gewisse Schärfe der Diskussion. Aber darüber dürfe nicht vergessen werden: man habe einen gemeinsamen Feind und

beziehe sich ihm gegenüber auf eine gemeinsame Grundlage.

Jeder der Referenten hatte etwa zehn Minuten Zeit zur Beantwortung der vorgelegten Frage. Die Referenten wurden in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen. So sprach zuerst Klaus Arnecke für die MLPD: Die Frage, ob die DDR sozialistisch gewesen sei, könne man nicht losgelöst vom XX. Parteitag der KPdSU 1956 behandeln. Er trug dann all jene Argumente vor, die er und Willi Dickhut in Anlehnung an die »Pekinger Volkszeitung« so bereits in den frühen siebziger Jahren darlegten. Auf die widerlegenden Argumente, damals etwa von Willi Gerns oder auch von mir vorgebracht, gingen weder er noch seine Freunde ein, damals nicht und auch jetzt nicht. So mußten Willi Gerns und Heinz Jung ihm auf seine alten Argumente ebenfalls noch einmal mit den alten Einwänden antworten. Und das Fazit seiner Ausführungen war: in der ehemaligen DDR sei ein gegenüber dem Westen nur unterlegener Kapitalismus entstanden. Mit dessen Ende sei kein Sozialismus zusammengebrochen, man brauche der DDR also keine Träne nachzuweinen. Die DKP habe diese ganze Entwicklung gerechtfertigt. Jetzt sage sie, westdeutsche Medien, Konsumgewohnheiten usw. hätten zur Desorientierung der Massen der DDR beigetragen. So mache die DKP die Massen für den Untergang der DDR verantwortlich.

Es wäre sicher mal eine Diskussion über das Thema Rolle der Massen nötig. Massenverherrlichung an sich ist keine marxistische Haltung, sie kann höchst opportunistisch sein, indem man sich gerade dadurch an den Schwanz der rückständigsten Volksteile hängen kann. Lenin nannte so etwas Chwostismus (vom russischen Wort für Schwanz abgeleitet). Wären Massen »an sich« und immerdar nur das progressive Element der Gesellschaft, bedürfe es keiner Partei zur Bewußtseinsbildung! ...

Das Wichtigste jetzt für einen neuen Aufschwung des Sozialismus ist nach Arnecke die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse in Ost und West. Aber der »Einheit in der Aktion und in der Organisation liegt die Einheit der Ansichten zugrunde«. Danach wären gemeinsame Aktionen nicht möglich ohne vorherige ideologische Einheit.

Zu Ende gedacht bedeutet dies, die Möglichkeit gemeinsamer Aktion zu verneinen, denn wer weiß, ob und wenn ja, wann wir untereinander diese ideologische Einheit erreichen werden?

Eine Reihe von Diskussionsteilnehmern widersprachen Arnecke heftig, so daß er sich auch in der einen oder anderen Frage korrigieren mußte.

Willi Gerns' Ausgangspunkt zur Beantwortung der Frage nach dem Sozialismus der DDR war, von welchem Sozialismus-Bild man sich leiten lasse. Gehe man vom »Kommunistischen Manifest« aus, so war die DDR ein sozialistischer Staat, die politische Macht der Bourgeoisie war überwunden, das Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln ihr genommen und die Produktion geplant organisiert. Die Gebrechen ergaben sich daraus, daß die entstandene politische Macht nicht unmittelbare Herrschaft der Arbeiterklasse war, das Produktionseigentum nicht unter der Kontrolle der Klasse stand und die Klasse zu wenig Einfluß auf die Planung hatte. Darum war dies zwar ein deformierter, aber es war ein Sozialismus. Willi Gerns verwies dann auf die bedeutenden sozialen Errungenschaften der DDR: Beseitigung der Ausbeutung und Arbeitslosigkeit, soziale Sicherheit, bezahlbare Wohnungen, Fortschritte in der Frauenbefreiung, solidarische internationale Beziehungen. Gerade dieser Leistungen wegen habe sich die DDR den Hass des deutschen und nicht nur des deutschen Imperialismus zugezogen und seien die Haie – von denen Vellay sprach – drauf und dran, auch noch die letzte dieser Errungenschaften zu vernichten.

Willi Gerns ging dann auf die Gründe für das Scheitern der DDR ein. Er benannte jene Faktoren, die den Lesern der »Marxistischen Blätter« aus längeren Diskussionen der Frage bekannt sind: also auf ökonomischem und demokratisch-politischem Gebiet, Gründe internationaler Art – und hier nannte er auch die Politik Gorbatschows.

Was er dazu sagte, gilt auch für mich: »Ich muß gestehen, daß ich, im Unterschied zu Genossen Rolf Vellay, der von Anfang an vor Gorbatschow gewarnt hat, in den ersten Jahren große Hoffnungen in dessen Versprechungen gesetzt habe, einen besseren Sozialismus aufbauen zu wollen.« Ich habe erst in Heft 7/8-89 der »Marxistischen Blätter«

eine zusammenfassende Kritik des Gorbatschow-schen Ideen-Mischmaschs vorgelegt, und (noch vor dem Zusammenbruch der DDR) an die sowjetische Adresse gerichtet geschrieben: Möge sich niemand täuschen, was der Zusammenbruch der DDR bewirken müßte. Dann wird der alte Traum des deutschen Imperialismus, die UdSSR wie eine Apfelsine in ihre Scheiben zu zerteilen, in Angriff genommen werden! ...

Heinz Jung ging auf im Grunde gleicher Position die Frage an. Während man den Ausführungen von Willi Gerns gewissermaßen den erfahrenen Lehrer der Parteibildungsarbeit anmerkt, so den Worten von Jung die Arbeit als langjähriger Leiter des marxistischen Forschungsinstituts IMSF. Insofern bilden beide Beiträge auch eine sich ergänzende Einheit.

Jung bejaht die Frage nach dem sozialistischen Charakter der DDR unter Hinzufügung der These: Aber das waren erst die Grundlagen und Möglichkeiten, noch nicht die Realität einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Zu den Gründen ihres Scheiterns verwies auch er auf internationale und nationale Fakten, auf die Unfähigkeit führender deutscher Kommunisten zu richtiger Politik. Heiner Müller habe die DDR verglichen mit einer Spätgeburt – »in letzter Minute und mit fremdem Bajonett der Mutter aus dem kranken Leib geschnitten«. Trotz der Fremdbestimmtheit sei dies eine große historische Chance gewesen – aber die Differenz zwischen dieser Fremdbestimmtheit und der westdeutschen Entwicklung habe eine solche Problemfülle hervorgebracht, daß auch bei besserer Politik in höheren Fähigkeiten führender Kommunisten eine tragfähige Alternative nur schwer erreichbar gewesen wäre. So sei der Staatssozialismus mit faktischem Einparteiensystem schließlich ein auslaufendes Modell geworden.

Schließlich ging Heinz Jung auf die politischen und sozialen Leistungen dieses untergegangenen Modells ein. Es habe Emanzipationsprozesse eingeleitet, die beispiellos in der deutschen Geschichte seien. Gerade der Prozeß des Plattmachens der DDR rücke vieles davon wieder ins Bewußtsein: »wahrscheinlich war, alles zusammengenommen, in keiner Phase der deutschen Geschichte die Beziehung der Geschlechter so wenig durch das Geld

bestimmt wie in der DDR. – Dies und vieles andere waren die Äußerungsformen einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus.«

Egon Schanser beschränkte sich der Zeit wegen mit seinem Beitrag. Gemessen an pragmatischen Überlegungen müsse man die Frage bejahen, ob die DDR sozialistisch gewesen sei – aber die von Marx und Engels geforderte »Assoziation der Produzenten«, das war sie nicht. Er beendete seinen Beitrag mit einer brisanten Frage. Wie hätten Ihr im Westen reagiert, wenn die DDR 1989 den Laden dicht gemacht, den Ausnahmezustand verhängt hätte, es vielleicht sogar zu kriegerischen Vorgängen gekommen wäre? Wärt Ihr bereit gewesen, die DDR zu verteidigen. Zwischenruf. »Mit Honecker?« Antwort: »Mit Honecker zusammen!«

Ich möchte auf diese Frage eine Gegenfrage stellen: Jedes einigermaßen stabile soziale System findet in seiner jungen Generation immer genügend Kräfte, die – im Falle der Not – bereit sind, es zu verteidigen. Kann man sagen, dies sei 1989 in der DDR der Fall gewesen? Und warum war dies nicht der Fall? Liegen die Gründe dafür nur im Wirken des Gegners? Schon deswegen war – so meine ich – eine gewaltsame Verteidigung der DDR gar nicht möglich. Es hätte dies nur sinnlose Opfer gefordert. Aber es lohnt sich, über diese Frage und ihre Aspekte vielseitig nachzudenken.

In der sehr lebhaften Diskussion waren wohl die meisten kritischen Bemerkungen an die MLPD-Adresse gerichtet. ... Genossen aus der ehemaligen DDR wandte sich – teils sehr erregt – gegen Arneckes Thesen, man brauche der DDR keine Träne nachzuweinen ...

Ich meine, es wäre hoch an der Zeit, daß man sich in der MLPD auf die heutige Zeit und ihre Aufgaben besänne, daß man sich frei machte von den – teilweise (meinetwegen sei es zugegeben: von beiden Seiten!) wirklich mit barbarischen Mitteln geführten – Auseinandersetzungen der sechziger und siebziger Jahre, daß man sich der gemeinsamen Verantwortung angesichts des gemeinsamen Feindes erinnerte und sich dazu bekennt: Wir müssen neu anfangen und dabei – trotz allem nach vorne (!) gerichteten Streits – aufeinander zuzugehen. Wer dazu heute keinen Beitrag zu

leisten fähig oder willens ist, der kann schwerlich für sich auf dem verpflichtenden Titel beharren, Kommunist zu sein.

Vellays Initiative war – so sehe ich es – von diesem Verantwortungsbewußtsein getragen. Es wäre sehr zu wünschen, daß das von ihm herausgegebene Protokoll weite Verbreitung in den Reihen jener fände, die dem Sozialismus einen erneuten Anlauf vorbereiten wollen, indem sie heute, im Kampf gegen den gemeinsamen imperialistischen Feind und in Verantwortung gegenüber dem arbeitenden Volk, die »Pflicht des Tages« (Goethe) tun.

<https://www.marxistische-blaetter.de/de/topic/219.1993-5.html>

Die russische Tragödie

Willi Gerns vor 30 Jahren

In seiner Arbeit »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« schreibt Marx bekanntlich: »Hegel bemerkt irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.« Wendet man diese Aussage auf die beiden Versuche an, die Zerstörung der Sowjetunion zu stoppen bzw. Rußland von der Herrschaft Jelzins zu befreien, so wird man den Augustputsch 1991 wohl eher als Farce und die jetzige Oktoberrevolte mehr als Tragödie bezeichnen müssen.

Die jüngsten Ereignisse sind eine Tragödie, weil der Machtkampf zwischen Jelzin und seinen Widersachern nunmehr in einen offenen Bürgerkrieg umgeschlagen ist, dessen erste Runde von den Panzern und Geschützen der Armee zugunsten Jelzins entschieden wurde. Ich spreche von einer ersten Runde, da die Lasten, die dem russischen Volk auf dem Wege der Rekapitalisierung des Landes aufgelegt werden, mit großer Wahrscheinlichkeit zu

weiteren Verzweiflungshandlungen und Hungerrevolten führen werden. Rußland steht eine blutige Zukunft bevor.

Den Oktoberaufstand in Moskau wird man wohl als Revolte bezeichnen müssen. Gewiß sind zehntausende Demonstranten zur Verteidigung des Parlaments auf die Straße gegangen und haben mit dem Mut der Verzweiflung die Polizei- und Omon-Ketten durchbrochen. Eine Volksrevolution war es dennoch nicht. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in Moskau und erst recht in den Regionen hat weder für die eine noch für die andere Seite Partei ergriffen, sondern den Entwicklungen gleichgültig zugesehen. Offensichtlich sind die Menschen nach den Fehlentwicklungen der Vergangenheit, den Jahren der »Perestroika« und der Jelzin-Herrschaft mit deren dramatischen Folgen für den Lebensstandard, die öffentliche Sicherheit, das ganze geistige und kulturelle Leben derart von der Politik und den Politikern enttäuscht, daß sie sich politischen Ereignissen gegenüber völlig apathisch verhalten. So blieb die jüngste Konfrontation im Kern der Sache eine Auseinandersetzung zwischen auf ihre eigene Macht bedachten Politikern, die der Masse des Volkes wie ein Kampf zwischen Teufel und Beelzebub erscheinen mußte.

Die Ereignisse sind eine Tragödie, weil sie deutlich machen, daß zumindest bedeutende Teile der einst tief im Volk verwurzelten sowjetischen Armee, die ihr Volk und die Völker Europas von der Tyrannei des deutschen Faschismus befreite, zu einem Instrument verkommen sind, das der machtbesessene Diktator Jelzin gegen das eigene Volk einsetzen kann. Die für mich als Kommunisten tragischste Seite des Bürgerkrieges in Moskau besteht darin, daß sowohl die um ihre Macht streitenden Politiker wie die Kommandeure der bewaffneten Einheiten auf beiden Seiten vor wenigen Jahren noch das Mitgliedsbuch der KPdSU im Brustbeutel trugen und heute aufeinander schießen. Was könnte die Deformation und den Zerfall der einst mächtigsten kommunistischen Partei deutlicher machen?

Die jüngsten Entwicklungen haben erneut gezeigt, daß im heutigen Rußland keine organisierte Kraft vorhanden ist, die dem Volk mit einem klaren Programm einen Ausweg aus dem Ruin des

Landes zeigen könnte, in den es Politiker wie Gorbatschow und Jelzin gestürzt haben. Angesichts der Tiefe des Absturzes, der Zerstörung der wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, der Zerfressenheit der Gesellschaft durch Mafia und explodierende Kriminalität, der Apathie der Bevölkerung scheint es fraglich, ob ein konstruktiver Ausweg aus der Misere überhaupt noch möglich ist. Jelzin wird den Sieg in dieser Runde des Bürgerkrieges jedenfalls dazu nutzen, seine nunmehr auf Panzer und Bajonette gestützte Diktatur weiter auszubauen, um den Aufbau des Mafia-Kapitalismus in Rußland und den Ausverkauf des Landes an das westliche Kapital voranzutreiben. Ein noch tieferes Absinken in Hunger und Elend bleibt dem russischen Volk wohl ebenso wenig erspart wie ein weiteres Blutvergießen. So kann man in Abwandlung des Titels eines bekannten sowjetischen Theaterstücks das, was heute in Rußland vor sich geht, nur eine »pessimistische Tragödie« nennen.

Diese Tragödie für das russische Volk ist zugleich ein Lehrstück für das Demokratieverständnis der Herrschenden in den westlichen »Demokratien«. Man erinnere sich. Der jüngste Akt der Tragödie begann damit, daß Jelzin im Streben nach Alleinherrschaft unter Bruch der Verfassung in Zarenmanier mit einem Dekret das russische Parlament für aufgelöst erklärte und die Volksvertretung militärisch belagern ließ. Die große Mehrheit der Volksvertretungen in den Regionen verurteilte diesen diktatorischen Akt ebenso wie das Verfassungsgericht, die Gewerkschaften und andere demokratische Organisationen. Jelzin ignorierte den Protest. Mehr noch, er wandte auch gegen die Protestierenden Gewalt an. So ließ er z. B. den Gewerkschaften die Telefonleitungen kappen. Jetzt wurden die Organisationen, die sich seinem Staatsstreik widersetzt haben, verboten, nichtgenehme Regionalparlamente und das Verfassungsgericht aufgelöst.

Die führenden Politiker der imperialistischen Metropolen, darunter die Bundesregierung und der SPD-Vorsitzende Scharping, die in Sonntagsreden so gern das Wort Demokratie strapazieren, haben von Anfang an und uneingeschränkt den Verfassungsbruch Jelzins und dann auch die blu-

tige Gewaltanwendung gegen die Verteidiger des Parlaments unterstützt. Die Medien sind ihnen darin, ohne auch nur einen Hauch von Kritik, gefolgt. Die Begründung: Jelzin sei ein Garant für Reformen und Demokratie. Offensichtlich setzen sie Demokratie mit Privatisierung gleich, durch die die Voraussetzungen für den Ausverkauf Rußlands an die Monopole der imperialistischen Metropolen geschaffen werden sollen. Wird man da nicht an den Slogan erinnert: »Für den Profit der Reichen geht man über Leichen!« Und über Leichen ist der »Demokrat« Jelzin ja im wortwörtlichen Sinne gegangen.

Dieses Demokratieverständnis der bei uns Herrschenden, ihr Verhältnis zur Verfassung muß die demokratischen Kräfte in unserem Lande zur Wachsamkeit aufrütteln. Und dies vor allem in einer Zeit, da Kabinett und Kapital einen gnadenlosen Raubkrieg gegen die sozialen Errungenschaften der arbeitenden Menschen begonnen haben. Dagegen muß und wird sich Widerstand entwickeln. Wer dem Verfassungsbruch Jelzins und seiner militärischen Gewaltanwendung in inneren Auseinandersetzungen zujubelt, der wird auch im eigenen Land nicht davor zurückschrecken, wenn die Profitinteressen des Kapitals bedroht sind. Schließlich hat man sich mit den Notstandsgesetzen sogar die »gesetzlichen« Voraussetzungen dafür geschaffen.

(<https://www.marxistische-blaetter.de/de/topic/220.199316.html>)

Monopolstrategien heute

Gretchen Binus vor 20 Jahren

... Eine Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus sollte auch an Problemstellungen vergangener Perioden anknüpfen. So ist es bei der Betrachtung von Erscheinungen der jetzigen Zeit m. E. nur nützlich, auf grundlegende Erkenntnisse der Impe-

rialismustheorie zurückzugreifen. Das betrifft auch die imperialistische Kriegspolitik und die Demokratiefrage. Dies besonders, weil die marxistische Imperialismustheorie mit der Charakterisierung des Monopols als eine neue Stufe in der Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation des Kapitals und des engen Zusammenhangs zwischen ökonomischer Basis und Politik im Kapitalismus ein wichtiger Ansatzpunkt zu dieser Diskussion ist. ...

Ich möchte daran erinnern, dass Ernest Mandel vor mehr als 10 Jahren in den *Marxistischen Blättern* die notwendige Überprüfung des Instrumentariums der marxistischen Theorie angeregt, gleichzeitig aber darauf hingewiesen hat, dass die meisten Aspekte der Leninschen Imperialismustheorie ihre Gültigkeit behalten, »wenn sie auch nuanciert werden müssen«. An einen Gedanken von ihm möchte ich anknüpfen, wenn ich hier einiges zu den heutigen Monopolstrategien sage. Mandel schrieb damals: »Die grundlegende Aggressivität des Imperialismus beruht letzten Endes weder auf Boshaftigkeit, Unwissen oder Unverantwortlichkeit bestimmter kapitalistischer Politiker, Militaristen oder Teilgruppen (Waffenindustrie usw.). Sie ist strukturell verankert im Profitstreben, in den besonderen Formen der Konkurrenz im monopolkapitalistischen Zeitalter, in den Motivationen, Verhaltensweisen und gesellschaftlichen Werten, die diesen objektiven Triebkräften entsprechen.«

In der Welt des Kapitals hat gerade im letzten Jahrzehnt die Dynamik der gesellschaftlichen Veränderungen stark zugenommen. Unter marxistischen Wissenschaftlern wird die Frage nach dem Charakter des Übergangs zu einer neuen kapitalistischen Formation oder Etappe heftig diskutiert. Dabei gibt es Konsens, welches die wesentlichen Elemente dieses Übergangs sind: nämlich die Produktivkraftentwicklung mit der »mikroelektronischen Revolution«, die Ausweitung der Kapitalakkumulation in neue Bereiche, der Wandel im Verhältnis zwischen Ökonomie und Staat und die neue Stufe der Internationalisierung bzw. Transnationalisierung. Dem kann man zustimmen, weil es hier um die entscheidenden Kennzeichen der konkreten Existenzbedingungen für das Kapital geht. Man

sollte aber bei all den damit verbundenen vielfältigen neuen Erscheinungen sowie äußerst differenzierten und komplizierten Entwicklungsprozessen in der heutigen Gesellschaft zur Charakterisierung nicht außer Acht lassen, dass der Kapitalismus nach wie vor *Monopolkapitalismus* ist. Nach wie vor beherrschen mächtige Monopole dieses jetzige historische Stadium der Entwicklung, und zwar mit weit aus größerer Macht und Wirkung als je zuvor. Die festgestellten Elemente für den Übergang zu einer neuen kapitalistischen Formation stehen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Monopols. So hat die Globalisierung des Kapitals in der heutigen Zeit in der wachsenden Monopolisierung über die Konzentration und Zentralisation von Kapital im internationalen Maßstab ihre tragende Grundlage.

Die Betrachtung des heutigen Kapitalismus von der Kategorie des Monopols und seiner Strategien aus ist sicher ein anderes methodologisches Herangehen und eigenständiger Zugang, kann aber zur Klärung aktueller Fragen, auch der nach der Kriegsproblematik in der heutigen Zeit beitragen.

Monopole und Macht

Nach der Leninschen Imperialismustheorie ist das ökonomische Monopol »Kern der ganzen Sache«, die »tiefste ökonomische Grundlage«. Es ist das entsprechend den neuen historischen Bedingungen *weiterentwickelte Kapital- und Eigentumsverhältnis* – als Ausdruck neuer Bedingungen der Vergesellschaftung der Produktion unter der Herrschaft des Kapitals. Mit ökonomischer und außer-ökonomischer Macht und Gewalt durchbricht es beständig gesetzte Barrieren für profitable Kapitalanlagen, in dem es alle anderen Eigentümer in ihren Profit- und Einkommensansprüchen beschneidet. In seinen monopolistischen Organisationsformen wie den Konzernen, Banken, Investmentfonds, Versicherungen, Kooperationsverbänden u. a. entwickelt sich das Kapitalverhältnis entsprechend den neuen Bedingungen weiter. Das Monopol ist somit eben auch *eine Form der Anpassung des Kapitals* an sich verändernde Bedingungen und in seiner Entwicklung die Grundlage für den Eintritt des Kapitalismus in eine neue Phase.

Der gewaltige Umbruchprozess in der kapitalistischen Gesellschaft kommt in Stagnationstendenzen der Zentren des Kapitals, vielfältigen Krisenerscheinungen, in Rivalitäten zwischen den entwickelten Ländern und im Expansionsdrang zur Ausbeutung anderer Länder zum Ausdruck. Die bürgerliche Presse spricht von einer Krise und malt angesichts sichtbarer Schwächen des Systems in der jüngsten Zeit sogar das Ende der Globalisierung an die Wand. Die ökonomischen und politischen Reaktionen auf die wachsende Labilität im heutigen Kapitalismus sind zunehmend aggressiver Natur, was ohne Zweifel mit dem Prozess der Expansion der Monopole zusammenhängt. Es geht bei dem Monopolisierungsprozess eben nicht nur um Steigerung der Produktivkraftentwicklung, der Umwälzungen in der Technologie, um Wachstum, sondern vor allem auch um Kapitalverfügung, um Herrschaft über entscheidende Produktionsressourcen und Produktionsbedingungen im internationalen Maßstab, um eine Neuaufteilung der Märkte.

Ausgangspunkt für die Sicht auf die heutigen monopolistischen Strategien kann daher nur das monopolistische Machtverhältnis sein. Monopolistisches Eigentum an Wirtschafts-, Wissenschafts-, Bildungs- und Naturressourcen bedeutet Macht und Herrschaft. Entscheidende Instrumente sind dabei Marktpositionen und Monopolstellungen, die auf Grundlage der Monopolstrategien errungen werden ...

Die internationalen Monopole halten die Hauptproduktionskapazitäten, die finanziellen und wissenschaftlich-technischen Ressourcen des Weltkapitalismus in ihren Händen, kontrollieren die Schlüsselbereiche der kapitalistischen Weltwirtschaft. Diese ökonomische Macht monopolistischer Großbesitzer mit ihrer weitverzweigten internationalen Struktur, den Machtpositionen in den Staaten prägt die nationalen und internationalen Wirtschaftsbeziehungen, wirkt auf Politik und Klassenverhältnisse ein. Dass heute die Monopole als entscheidende sozialökonomische Struktur des Kapitalismus mit den Konflikten der Gesellschaft und ihrer Lösung verwoben sind, wird im politischen Bereich sehr deutlich: Die Monopole schränken die Entscheidungsfähigkeit von Nationalstaa-

ten zum Nachteil großer Teile der Bevölkerung ein, drängen verstärkt Politik, Staaten und Staatengemeinschaften unter ihr Diktat. Das gewachsene Gewicht der großen internationalen Konzerne ist so ausgeprägt, dass sie ... – als »Quasi-Staaten« auch quasi politische Entscheidungen bis hin zu zentralen Menschheitsfragen treffen. Ihre »autonome« internationale Struktur und die dadurch gegebenen Möglichkeiten, vielgestaltig auf die Politik Einfluss zu nehmen, bildet die Grundlage dafür.

Monopolstrategien sind Profitstrategien

In der Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise war die Jagd nach Profit stets die Haupttriebfeder des Handelns der Kapitalakteure. Deshalb sind die Monopolstrategien, mit denen Monopolstellungen in den wichtigsten Bereichen der Wirtschaft erzielt werden sollen, auch heute in erster Linie Profitstrategien. Hinsichtlich ihres Hauptmittels sind sie eine Strategie der finanzkapitalistischen Beherrschung riesiger Produktionskomplexe, die auf Trennung von Kapitaleigentum und -funktion beruht. Mit einem Minimum an eigenem Kapital soll ein Maximum an Kapital mobilisiert werden, um die wachsenden Akkumulationserfordernisse zu bewältigen. Die Transnationalisierung des Kapitals verleiht dieser Trennung zunehmend internationale Ausmaße. Die »globale Strategie« der internationalen Monopole orientiert nicht einfach auf die Verlagerung irgendeines Teils seiner Produktions- und Absatzorganisationen in andere Länder, sondern versucht Netzwerke zu installieren, bei denen die einzelnen nationalen und internationalen Gesellschaften Bestandteile eines einheitlichen Mechanismus bilden, das der Monopolorganisation den höchsten Gewinn abwirft. Diese Art »planmäßiger Gestaltung« der Monopolbereiche schließt neben der Konzentration des Kapitals Zentralisations-, auch Dezentralisationsaktivitäten mit ein, d. h. ein Abstoßen von Gesellschaften im Interesse profitabler Neuordnungen der monopolistischen Herrschaftsbereiche. Dem verstärkten Druck um größte Planmäßigkeit der Operationen in den Monopolen stehen jedoch die äußerst verschärfte internationale Konkurrenz und die zunehmend wirtschaftliche

Labilität des Kapitalismus entgegen. Die Gestaltung angeblich optimierter Monopolgruppierungen nimmt daher immer stärker chaotischen Charakter an. Zerfallsprozesse werden häufiger.

Grundlegende Veränderungen in den konkreten Existenzbedingungen des Kapitalismus, den objektiven Bedingungen für die Akkumulation, stellen stets neue Anforderungen an Monopolstrategien. Formen, Schwerpunkte und Richtungen der Monopolstrategien ändern sich daher, was wiederum die Konkurrenzverhältnisse und Rivalitäten betrifft. Die Aufteilung der Märkte unter die Monopole und die zwischenimperialistischen Widersprüche nehmen dadurch ihre spezifische Ausprägung an. In der heutigen Zeit geht es dem Großkapital um »weltweite Präsenz«, Erschließung neuer Märkte, Optimierung von Produktionskosten, Minimierung der Transportkosten, Reduktion der Informations- und Kommunikationskosten und nach wie vor um Rohstoffquellen zur Erzielung von Höchstprofiten. Dementsprechend werden die Instrumentarien wie Investitionsplanung, Finanzpolitik, Absatzplanung, Preispolitik u. a. ausgerichtet.

Als Rosa Luxemburg 1913 den Imperialismus als den »politischen Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus« charakterisierte, war das aggressive Vorgehen der Monopole und imperialistischen Staaten überwiegend auf Absatzmärkte und Rohstoffquellen orientiert. Mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts richtete sich der Kampf der Großkonzerne um Weltmarktpositionen nach den internationalen Kapitalverwertungsbedingungen für Produktion und Realisierung ihrer technologisch hochentwickelten Erzeugnisse. Seit Jahrzehnten sind daher mit der gewachsenen Rolle des Kapitalexports gegenüber dem Warenexport die Industrieländer auch Anlagesphäre von Kapital. Die internationale Expansion der Konzerne ist mit mehr als vier Fünfteln der jährlichen Direktinvestitionen auf sie ausgerichtet, überwiegend auf die Triade USA, Europäische Union und Japan, während das Gros der Länder der Welt – bis auf einige wenige Gebiete – von diesen hochtechno-

logischen Konzernstrategien nicht erfasst wird. Seit dem Zerfall des sozialistischen Systems gewinnt wieder der Kampf um die »Gebiete des nichtkapitalistischen Weltmilieus« von China und Osteuropa an Bedeutung; Interessenkonflikte zwischen den mächtigen Monopolen und ihren Staaten sind dabei angesagt. Außerdem zeigt sich gegenwärtig erneut ein Wandel in der Interessenlage der Monopole in Richtung auf die Rohstoffressourcen, vor allem durch die Erdölverknappung. Dabei wird das Streben der amerikanischen Erdölkonzerne nach neuen Rohstoffquellen, deutlich geworden durch den Irak-Krieg, zugleich mit einer geostrategischen Neuordnung der Welt unter der Führung eines militärgestützten US-Imperialismus verbunden ...¹

Polarisierender Konkurrenzkampf als Auslöser verschärfter Rivalitäten

Veränderungen in den monopolistischen Strategien und neue Schwerpunktsetzung zeugen in der jetzigen Phase des Kapitalismus davon, dass die Aufteilung der Welt unter die großen Kapitalisten verbände in ständiger Bewegung ist und massive wirtschaftliche Störungen und politische Konflikte zu erwarten sind. Besondere Formen der Konkurrenz bilden sich jetzt stärker aus und bewirken ein erhöhtes aggressives Vorgehen der Monopolgruppen gegenüber ihren Konkurrenten und gegenüber der Politik. Ursache dafür ist generell das mit dem ökonomischen Monopol verbundene Konkurrenzprinzip. Im Rückgriff auf die Imperialismustheorie scheint deshalb der Hinweis wichtig, dass die Konkurrenz, wie Lenin sagte, die »Grundeigenschaft des Kapitalismus« ist. Das Monopol negiert diese Konkurrenz keinesfalls, sondern reproduziert sie als monopolistische Konkurrenz. Als eine neue Kategorie ist sie erbarmungsloser Kampf mit Hilfe ökonomischer und außerökonomischer Gewalt.

Sie bedingt den Wandel in den ökonomischen und politischen Kräfteverhältnissen. Ein Ausdruck dafür sind z. B. ständig sich verändernde Konstellationen im Gefüge der Großkapitale. Dies wird sichtbar am Verlust der Monopolstellungen der USA-Konzerne unter den mächtigsten 100 größten Industriekonzernen der Welt im Verlauf von vierzig Jahren. Ihre Anzahl hat sich von 69 auf 26 verringert und zugleich sind immer mehr Industriekonzerne der »übrigen Länder« – dazu zählen u. a. die Schweiz, Spanien, Schweden, Hongkong, Australien, Kanada – in die Klasse der 100 Größten hineingewachsen. Das bedeutet, dass mit den Megafusionen und der Tendenz zum Supermonopol in einzelnen Branchen keineswegs die Konkurrenz der Großkapitale gegeneinander aufgehoben ist. Kapitalkonzentration und Verdrängungskampf der Konzerne um Führungspositionen bilden eine widersprüchliche Einheit der Kapitalakkumulation. Dieser gravierende Verlust von Monopolstellungen der USA unter den größten Industriekonzernen könnte auch als Ausdruck der Schwäche gewertet werden. Und dies unterstreicht die gegenwärtig in der Diskussion aufgetretene berechtigte Frage, ob die besondere Aggressivität der gegenwärtigen US-Regierung aus Schwäche oder Stärke resultiert.

Was die zwischenimperialistischen Rivalitäten betrifft, so wird die *politische Dimension des Konkurrenzkampfes* gegenwärtig besonders deutlich, denn ernste ökonomische Konflikte bleiben nie ohne Wirkung auf politische Beziehungen. Getragen war die Konkurrenzsituation in den verschiedenen Etappen der zunehmenden Internationalisierung bisher vom Bemühen um eine Balance zwischen Gemeinsamkeiten und Rivalitäten. Dies entspricht den zwei Tendenzen des monopolistischen Konkurrenzprinzips. Wenn es generell um die Sicherung des Systems, der Ausbeutung der Arbeitenden und breiteren Schichten – selbst der nicht mehr Tätigen –, um Sicherung der Position der entwickelten Industriestaaten gegenüber anderen Völkern zur Ausplünderung der Ressourcen geht, zeigt sich ein Konsens der Monopolgruppierungen und ihrer Staaten, ein Bündnis aus politischem Klasseninteresse heraus. Auf der anderen Seite wird die Interessenlage der Monopole zugleich von

1 Kürzungshinweis: Unsere Autorin skizziert an dieser Stelle Veränderungen im »Akkumulationsregime des Monopolkapitals« und drei »Schwerpunkte der Monopolstrategie«: die Investitions- und Beteiligungsstrategie, die Monopolisierung von Forschung und Entwicklung, die Rohstoff- und Ressourcenproblematik.

den mächtigsten bestimmt, und das drückt sich in Konflikten zwischen den Konzernen und in Rivalitäten ihrer Staaten um Rohstoffe, Marktanteile und Herrschaftssphären aus. In den internationalen Mechanismen wird versucht, diesen Widerspruch auszutragen und das Prinzip der Verteilung und Neuaufteilung von Ausbeutungs- und Einflussosphären nach der »Stärke der Beteiligten« und gleichzeitig das Interesse aller am Erhalt des kapitalistischen Systems und an der Entwicklung gegenseitiger ökonomischer Beziehungen zu gewährleisten.

Die Tendenz zur Rivalität ist wieder stärker ausgeprägt. Sie wird in unterschiedlichsten Auseinandersetzungen auf internationaler Ebene sichtbar und berührt die internationalen Beziehungen, weil der ökonomische und politische Machtanspruch der Monopole wächst. Unter den neuen Bedingungen des Kapitalismus geht es um die Neuaufteilung der Märkte, um Herrschaftssphären, um Extraprofite durch Ausnutzung international vernetzter Produktionstechnologien, um Rohstoffe. In dem gnadenlosen Konkurrenzkampf der Monopole darum steht der einzelne Staat trotz des hohen internationalen Verflechtungsgrades der Volkswirtschaften unter verstärktem Druck. Wie zu früheren Zeiten wird die jeweilige Form dieses Beziehungsgeflechts zwischen Staat und Monopolen durch die konkreten Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus geprägt. In dieser Phase der forcierten, internationalen Expansion der Großkonzerne kann der Kapitalismus weder ohne »nationalstaatliche« noch ohne internationale staatliche Interventionen funktionieren, zumal die transnationalen Monopole bereits als »Quasi-Staaten« aktiv werden. Die staatliche Politik zugunsten der Verwertungsbedingungen des Großkapitals so zu gestalten, dass sowohl die internationale Expansion der Konzerne als auch der Ausbau der »internationalen Wettbewerbsfähigkeit« des nationalen Standortes als Konkurrenzfaktor befördert wird, ist deshalb wesentlicher Inhalt der Forderungen der Monopole an ihre Regierungen. Die gravierenden sozialen Folgen ihrer Durchsetzung sind für die Menschen spürbar.

Hinzukommt, dass der Einfluss der Monopole auf die Außenpolitik »ihrer« Regierungen zur Durchsetzung ökonomischer Machtinteressen mit

politischen und militärischen Mitteln stärker geworden ist. Dieser Einfluss ist nicht neu – man denke nur an die beiden großen Weltkriege des vorigen Jahrhunderts –, er ist aber heute vor allem angesichts der errungenen dominanten Machtpositionen der Monopole und der äußerst labilen Weltwirtschaftslage sowie konfliktreichen politischen Situation ein *maßgeblicher Bestimmungsfaktor der Rivalität zwischen den Ländern*. Diese Rivalität tritt in den Institutionen der internationalen Regulierungsmechanismen deutlicher zutage. Kooperation, Konsens, Koordination als Ausdruck der Gemeinsamkeiten der führenden kapitalistischen Staaten zur Stabilisierung des Systems geraten zunehmend in eine Krise ...

Für die Gegenwart ist festzuhalten, dass mit der zunehmenden Rivalität zwischen den führenden Staaten und den sich herausgebildeten und noch herausbildenden Machtzentren eine sehr zwiespältige Entwicklung in der Welt zu erwarten ist. Ob man bereits von einer »Welt eines völlig imperial restaurierten Imperialismus« sprechen kann, bleibt offen. Die aus der Rivalität zwischen den internationalen Monopolen und den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten erwachsende Aggressivität verkörpert eindeutig der US-Imperialismus. Der Einfluss der USA-Monopole auf ihre Regierung, entsprechend ihrer Interessenlage auf der internationalen Arena ihre Positionen durchzusetzen, hat auch den machtpolitischen Zuwachs der USA in den Entscheidungen von Krieg und Frieden begünstigt.

Ein Gedanke, der das Verhältnis von Staat und Monopolen betrifft, scheint wichtig zu sein, weil es um die Chancen geht, diesen aggressiven Strategien der Monopole entgegenzutreten: Das Verhältnis zwischen Monopolen und Staat als Ausdruck des Zusammenhangs von Ökonomie und Politik trägt einen *sehr ambivalenten* Charakter. Der Einfluss der Monopole auf den Staat benötigt einen Vermittlungsmechanismus und dieser ist abhängig vom politischen Kräfteverhältnis in der Gesellschaft. Strukturelle Veränderungen in der sozialökonomischen Struktur und in der monopolistischen Basis müssen nicht zwangsläufig oder unvermittelt in staatliche Politik zugunsten der

Monopole umschlagen oder zwangsläufig zu einer imperialistischen Politik führen. Dies hängt von der Gegenwehr, von der Stärke der sich notwendig sammelnden demokratischen und friedliebenden Kräfte ab.

(<https://www.marxistische-blaetter.de/de/topic/279.2003-5.html>)

Elemente einer echten Energiewende

Franz Garnreiter vor 10 Jahren

... Vor 200 Jahren, in der Frühzeit der Marktwirtschaft, bestand die Energiewirtschaft aus dem Mühlenbetreiber, der die Kraft bereit stellte, aus dem Köhler, der den Brennstoff Holzkohle herstellte und aus dem Kutscher, der das Speditionsgewerbe betrieb. Damals konnte man auf den Gedanken kommen, dass eine Marktwirtschaft mit individueller Profitmaximierung eine sinnvolle Organisation darstellt. Heute aber hat sich der Mühlenbetreiber zum AKW fortentwickelt, der Köhler zu den international tätigen Ölkonzernen und der Kutscher zum Konglomerat Autokonzerne, Flugzeugindustrie, interkontinentaler Schiffsverkehr. Dazu kommen noch der Raubbau knapper Rohstoffe und eben die CO₂-Vermüllung der Erde – Folgen dieser Energiewirtschaft. Das sind, eben ganz anders als früher, durchgehend alle Aktivitäten, die gesamtgesellschaftlich höchst relevante Auswirkungen haben, weit über den unmittelbaren Erzeuger und Verbraucher hinaus. Durchgeführt werden sie aber mit Marktmethoden, die ausschließlich auf die Maximierung der individuellen Interessen, der Profite orientieren. Die Interessen von allen Dritten an einer langfristig lebenswerten Umwelt bleiben beim Marktkalkül völlig außen vor. Die Energiewirtschaft gehört heute neben den Banken zu den größ-

ßenwahnsinnigsten und gefährlichsten Zusammenballungen von Kapitalmacht.

Der Glaube an das positive Wirken der Märkte ist zwar das A&O der Regierungs-Energiewende. Märkte und eben die Kapitalmacht aber schaffen gerade die Probleme. Nicolas Stern (der Autor der berühmten Studie über Kosten der Klimazerstörung und Kosten des Klimaschutzes) schreibt: »Der Klimawandel ist der größte Fall von Marktversagen, den die Welt je gesehen hat.« Dieses Marktversagen müssen wir beheben, aber nicht durch immer noch mehr Markt und Gewinnstreben. Joseph Stiglitz (Nobelpreisträger, früherer Weltbank-Chefökonom): »Die Eigentümer von Energieunternehmen, die unseren Planeten in Gefahr bringen, können mit einem Riesengewinn nach Hause gehen, aber wir als Gesellschaft werden mit ziemlicher Gewissheit die Verlierer dieses Spiels sein.« Diesen Widerspruch zwischen dem Profitstreben der Konzerne und den verheerenden Entwicklungen in der Gesellschaft, was Stiglitz zum Ausdruck bringt, müssen wir überwinden.

Dieser Widerspruch ist genau das, was Marx als den Grundwiderspruch des kapitalistischen Systems benennt: den Widerspruch zwischen der objektiv gesellschaftlichen Produktion (alle Menschen sind vielfältig integriert in das Netzwerk der Wirtschaft, niemand wurschtelt allein und getrennt von den andern vor sich hin) und der privaten Aneignung (also der völligen Ausblendung dieser Gesellschaftlichkeit bei den Entscheidungen über das Was und Wie der Produktion). In der Energiewirtschaft wird es besonders deutlich, dass die gesellschaftlichen Interessen heute viel entscheidender sind für die gesellschaftliche Entwicklung als die individuellen Profitinteressen, und dass sie laufend immer noch wichtiger werden. Daraus folgt, dass wir den Komplex Energiewirtschaft und Klimaschutz als öffentliches Gut betrachten müssen, wie Bildung, Gesundheit, Sicherheit: in diesen Bereichen halten wir die Allgemeininteressen ja auch für so wichtig, dass wir gesellschaftlich, politisch über den Bedarf entscheiden, nicht nach dem Kriterium der Profitmaximierung.

Ich konzentriere mich im Folgenden auf Maßnahmen, die im Prinzip gleich morgen begonnen

werden könnten, mit denen man den Einstieg in den Aufbau einer nachhaltigen Gesellschaft schaffen könnte. Maßnahmen, die bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen in Berlin zwar nicht auf der Tagesordnung stehen, die aber von der Erreichbarkeit dennoch viel näher liegen als etwa eine komplette sozialistische Revolution ...

Dezentralisierung

Charakteristisch für die alte Energiewirtschaft ist es, dass sie sich in industriellen Riesenanlagen zur Förderung, Raffinierung und Verbrennung fossiler oder atomarer Energieträger konzentriert. Dagegen eröffnet der Übergang zu regenerativen Energien der Energiewirtschaft die Möglichkeit zu einer Dezentralisierung. Denn die Sammlung von Regenerativen ist eine kleinteilige und über die Fläche verstreute Aktion. Eine einzelne regenerative Anlage ist hinsichtlich ihrer Erzeugungsleistung winzig klein im Vergleich etwa mit einem Kohlekraftwerk. Also muss es eine Vielzahl von Solaranlagen, Windrädern, Biogasanlagen, Blockheizkraftanlagen usw. geben, die am besten vor Ort koordiniert und betreut werden.

Und derselbe Impuls Richtung Regionalisierung der Energiewirtschaft ergibt sich aus der Förderung der Energieeinsparung, der Durchführung von energiesparenden Investitionen – von der Beleuchtung über Wärmedämmung und Industriemotoren bis zur Ansiedlungspolitik von Industrieanlagen. In allen Fällen ist Vor-Ort-Handeln beim konkreten Energieverbraucher notwendig. Insofern liegt es nahe, dass die kommunale Energiewirtschaft, die Stadtwerke, den Kern von Energiewirtschaft und Energiepolitik bilden müssen, nicht die Großkonzerne mit ihren oft weit außerhalb der Ballungsräume liegenden Großkraftwerken.

Die Stadtwerke müssen also im Mittelpunkt einer dezentralen, kleinräumigen Energieversorgung stehen, die auf den Regenerativen beruht, auf forcierter Einsparung und auf dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung (also Blockheizkraftwerke in Wohnanlagen, Krankenhäusern, Betrieben usw.). Damit könnten die Stadtwerke als basisnahe Kompetenzzentren für Energieeinsparung und

alternative Energien aufgebaut werden, sowohl in öffentlichen Bereichen wie auch zur Beratung und Hilfestellung für Private.

Ein wichtiger Punkt für kommunale Unternehmen, der über die Stadtwerke hinaus reicht, ist die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in kommunaleigenen Unternehmen oder auch in Genossenschaften. Dies in Konkurrenz zum privaten Wohnungsbau mit dem Ziel, energetisch gute Wohnungen auch solchen Bevölkerungsschichten bereit zu stellen, die sich das sonst nicht leisten könnten (Parallelität von Verteilung und Klimaschutz).

Öffentliche Unternehmen bieten den Ansatzpunkt für eine Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen. Die Verpflichtung kommunaler Betriebe auf das Gemeinwohl erfordert ja genau das. Wichtig für eine demokratisch aufgebaute Kommunalwirtschaft sind Entscheidungsgremien, in denen auch die Interessen von Bürgerinitiativen vertreten sind, darüber hinaus auch die Interessen der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaft, von Verbraucherverbänden, von Sozialverbänden. In einem solchen Umfeld könnten Erfahrungen mit alternativen Wirtschaftssteuerungen gesammelt werden.

Energiepreispolitik

Der Energiepreis ist eine wichtige Variable für die Energienachfrage. Höhere Energiepreise, etwa durch eine Energiesteuer, geben den gewünschten Anreiz für eine Verringerung der Energienachfrage. Ohne eine drastische Verbrauchsreduzierung wird kein vernünftiger Klimaschutz erreichbar sein.

Über einen Energiesteuerzuschlag hinaus wird es aber hauptsächlich darum gehen, den Energiepreis aus dem Marktmechanismus heraus zu lösen und unmittelbar politisch festzulegen. Die Preispolitik hängt eng mit der Verteilungspolitik zusammen. Man wird beidem gleichzeitig gerecht werden, wenn man für den Grundverbrauch Niedrigpreise festlegt oder eine kostenfreie Menge Energie zur Verfügung stellt, und auch, so ähnlich, den Nahverkehr kostenfrei gestaltet. Gleichzeitig sollten mit zunehmendem Verbrauch die Energiepreise drastisch steigen. Dadurch würden auch wohlhabende Vielverbraucher Preisdruck spüren. Statt einer ein-

fachen Preiserhöhung geht es also hauptsächlich um ein ganz anderes Preisgefüge.

In diesem Rahmen muss dringend auch dafür gesorgt werden, dass die hohe Nachfragemacht von industriellen Größtverbrauchern nicht mehr zu Tiefstpreisen führt. Um die 5 ct/kWh oder nur wenig mehr zahlen die industriellen Größtverbraucher für den Strom, vor allem die Aluminiumschmelzer, die Chemiekonzerne, die Stahlkocher: ein Viertel des Strompreises für die Privathaushalte. Hinzu kommt noch, wie schon angesprochen, die Freistellung von allen energiepolitisch bedingten Strompreisaufschlägen.

Warum findet man es okay, dass unter den gegebenen Marktmachtverhältnissen der absolut billigste Strom für die Größtverbraucher reserviert ist? Warum reicht dieser Billigst-Erzeugerpreis noch nicht, warum müssen Aluminium, Kupfer, Elektro Stahl, die Chlorchemie darüber hinaus durch den Wegfall jeglicher Öko-Aufschläge noch dermaßen drastisch subventioniert werden? Warum muss ihre durchwegs umweltschädliche Produktion dermaßen angereizt werden – Milliardensummen zugunsten des Mehrverbrauchs von endlichen Rohstoffen? Die Begründung dafür ist immer dieselbe, nämlich die internationale Konkurrenzfähigkeit, die Angst, dass ansonsten der Aluschmelzer oder die Abteilung Chlorchemie ins Ausland abwandern. Aber warum erhebt man nicht entsprechende Zölle auf den Import von Aluminium und Chlorchemie etc. aus Ländern mit besonders umweltschädlichen Produktionsbedingungen? Weil das dem Freihandelsdogma widerspricht und dieses Dogma die Basis schlechthin ist für die kapitalistische Umsatz- und Profitmaximierung über alle nationalen Grenzen hinweg. Die Welthandelsorganisation WTO, der fast alle Länder verpflichtet sind, verbietet Maßnahmen zugunsten des Umweltschutzes, wenn sie den Freihandel beschränken. Die uneingeschränkte Geschäftemacherei ist wichtiger als der Klimaschutz, sie ist heilig und unantastbar. Ein forciertes Klimaschutz erfordert hier also eine Abschaffung des Freihandelsdogmas. Dieses Dogma ist letztlich auch wesentlich verantwortlich für die Ansicht, dass Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften nur im Gleichschritt in allen Ländern umsetzbar sei,

jedenfalls in den gleich konkurrenzstarken Ländern. Daher die Fixierung auf internationale Klimaschutzabkommen und die weitestgehende Tatenlosigkeit in Folge des Scheiterns aller Verhandlungen.

Umverteilung statt Wachstum

Wir haben nur eine einzige Erde. Die UNO mahnt: *»Wenn bei heutigem technologischem Stand jeder auf der Welt genauso viel verbrauchen würde wie die Menschen in den reichen Ländern, dann würden wir mehr als drei Planeten wie die Erde benötigen, um der Umweltbelastung standzuhalten.«* Im Moment wird die Erde größtenteils von den Einkommensreichen vernutzt. Die erzwungene Bescheidenheit der armen Menschen hat uns Reiche bisher vor dem Umweltkollaps bewahrt ... Eine massive Umverteilung bzw. eine Kappung von Luxus wird wohl unumgänglich sein, wenn wir auch in sozialer Hinsicht eine langfristige Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftens erreichen wollen. Eine Umverteilung würde die soziale Lage auch ohne weitere Umweltbelastung verbessern. Wachstum in den reichen Ländern kann vor diesem Hintergrund kein positives Ziel an sich sein.

Finanzkapital entmachten

Ein wichtiger Punkt beim Zusammenhang von Finanzkapital und Energiewende ist die Derivate-Spekulation, hier der Handel mit Terminverträgen für fossile und agrarische Rohstoffe. Es mag ja sein, dass es für einen Rohstoffhersteller wichtig ist, im Voraus schon gesichert einen Abnehmer zu kennen, und umgekehrt für einen Rohstoffverbraucher, sich die Rohstoffe zum festen Preis zu sichern. Diese Art von Terminverträgen mag in der gegebenen Marktwirtschaft tolerabel sein.

Was aber unbedingt nicht tolerierbar ist und daher abgeschafft gehört, das ist, wenn die Banken und die anderen Finanzagenten mit diesen Futures, Optionen, Zertifikaten untereinander handeln. Den allergrößten Teil, 90 % und mehr dieses Terminhandels, machen solche Käufer und Verkäufer, die am materiellen Inhalt (am physischen Rohstoff) überhaupt kein Interesse haben, sondern lediglich

ISW institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
analysen. fakten. argumente.

Cover-Studien

ARME WELT GEGEN REICHE WELT

Die neue Linie des internationalen Klassenkampfes



Schlagwörter: ISW

ISW REPORT NR. 135
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

isw-report 135
 Sept. 2023 / 32 S. / 3,50 EUR + V.

isw – institut f. sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
 Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München. fon 089-130041
 fax 089-168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Endspiel des Kapitalismus?
 / Die ungeheuerlichen The-
 sen des Marxismus / Lücken
 im klassischen Marxismus:
 Frauen und imperialistische
 Globalisierung / Die neue
 Trennlinie: Reiche Welt ge-
 gen Arme Welt / Deutsch-
 land hängt am globalen
 Markt / Ist eine bessere
 Welt möglich?

an der künftigen Preisentwicklung dieser Papiere. Hier zählt ausschließlich die Spekulation. Hunderte Milliarden US-Dollar Spekulationsgelder sind in den letzten Jahren in dieses Betätigungsfeld geflossen. Um die Spekulation zu unterbinden und die oft bizarren Sprünge der, in unserem Fall, Ölpreise zu eliminieren, um also ein stabiles Energiepreissignal an die Verbraucher überhaupt erst zu ermöglichen, müsste jeglicher Derivatehandel untersagt werden, bei dem zwei Finanzagenten einander gegenüber stehen.

Staatliche Energieforschung im Interesse des Gemeinwohls

Ein spezieller und sehr wichtiger Punkt für staatliches Handeln ist die Forschungspolitik. Die konzentrierte Macht der Energiekonzerne hat durchgesetzt, dass der Staat enorme Forschungsaufwendungen im Interesse der Konzerne finanziert und die Ergebnisse diesen zur Verfügung stellt. Insofern werden die Konzerne subventioniert.

Der Staat besitzt viele hoch effiziente Forschungsgesellschaften. Ziel muss sein, die Energieforschung inklusive der Energiespartechniken unter öffentliche Kontrolle zu bekommen, die Forschungsziele nicht mehr nach den Konzern-

bedürfnissen auszurichten, sondern demokratisch gefassten Beschlüssen zu unterwerfen, an den Bedürfnissen der dezentralen, kommunalen, neuen Energiewirtschaft zu orientieren, und die daraus resultierenden Patente, also generell das so erworbene Wissen, gerade nicht den Konzernen zur Verfügung zu stellen. Vielmehr sind sie entsprechend der beschlossenen Klimapolitik unter öffentlicher Kontrolle zu verwerten. Die Forschungsergebnisse wären bevorzugt Stadtwerken oder Stadtwerke-Kooperationen oder staatseigenen Verwertungsfirmen zur Verfügung zu stellen.

Auch an dieser Stelle werden die Weichen dafür gestellt, ob der Klimaschutz künftig vorwiegend auf AKWs, CCS (Carbon Capture & Storage), Ag-rarenergie, Desertec-Allmachtsphantasien, Geoengineering von der Schwefelanreicherung der Luft bis zu Sonnensegeln im Weltall beruht, oder ob es gelingt, den Klimaschutz mit dezentralen, nachhaltigen, wenig eingriffsintensiven Techniken und Maßnahmen zu erreichen.

Internationale Zusammenarbeit

Erstens: Von der Klimazerstörung, die nach wie vor ein Produkt hauptsächlich der reichen Länder ist, sind die armen und sehr armen Länder weitaus stärker betroffen als die Verursacherländer. Dennoch: Zu den internationalen Gipfeltreffen und Klimakonferenzen entsenden die fünf Länder, die die größten Umweltschäden verursachen, mehr als dreimal so viele Delegierte wie die fünf am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder. Wie wäre denn ein umgekehrtes Herangehen: Die besonders betroffenen Länder erhalten ein deutlich mehrfaches Stimmrecht in den internationalen Konferenzen bei der Abstimmung darüber, was zur Klimasanierung getan werden muss. Und die Abstimmungsergebnisse sind verpflichtend. Das wäre ein effizienterer Weg, um den Klimaschutz voran zu bringen und es wäre im Sinne des Verursacherprinzips.

Eine ganz elementare logische Konsequenz aus dem Verursacherprinzip wäre es, wenn die traditionellen Hochemissionsländer, also auch Deutschland, endlich forciert mit der Emissionsreduzierung beginnen würden, und zwar unabhängig von inter-

nationalen Vereinbarungen. Solche Vereinbarungen können hilfreich sein, aber ihr Ausbleiben oder Misslingen darf keinesfalls als Entschuldigung für Nichtstun dienen.

Zweitens: Dringend erforderlich ist es, die Globalisierung, also die Ansiedlung von Firmen und Produktionsstätten nicht den Märkten zu überlassen. Mit einer international abgestimmten Standortpolitik und Technologiepolitik müsste man den marktbedingten Ungleichgewichten entgegen arbeiten. Darunter würden vor allem folgende zwei Anliegen fallen: Die Weiterverarbeitung geförderter Rohstoffe vor Ort müsste die grundsätzlich bevorzugte Vorgehensweise werden: Dadurch würde der Transportaufwand reduziert. Denn verarbeitete Rohstoffe sind viel weniger voluminös als Erze und daher energiesparender transportierbar. Und es würde der Industrienaufbau in armen Ländern unterstützt. Weiter müsste gegen die Zerlegung der Herstellung von vielen Waren in vielgliedrige Produktionsketten in häufig voneinander weit entfernt liegenden Betrieben vorgegangen werden: Das führt nämlich zu überlangen und technisch völlig überflüssigen Transportwegen. Ich weiß, dass das für die heutige Konkurrenzgesellschaft ein extrem utopisches Verlangen darstellt.

Schließlich, ganz kurz: In den offiziellen Dokumenten von NATO und Verteidigungsministerien

spielen die Wirtschaft, der Welthandel, ganz besonders aber die Energieförderquellen und die Energietransportrouten eine immer wichtigere Rolle. Bei Verknappungen von Energieträgern, insbesondere von billigen, wird es daher zwangsläufig zu Problemen kommen. Diese Position führt zum Krieg. Hier wird auch die Parallelität der Erdölquellen mit den Desertec-Strategien deutlich. Der Zugang zu Unserem Öl wird gewandelt in oder ergänzt durch den Zugang zu Unserem Strom. Diesmal aber verbunden mit dem Schutzbedürfnis für sehr viel höhere Kapitalinvestitionen als es bei den Ölbohrungen jemals gegeben war. Außer den Tankerrouten müssen dann auch die internationalen Stromautobahnen geschützt werden.

Umso dringlicher ist eine Umorientierung auf Ressourcensparsamkeit. Das entzieht dem Militär den Hauptauftrag. Allein dieser energiewirtschaftliche Strategiewechsel würde zu einer radikalen Reduzierung der Rüstungs- und Kriegskosten führen. Eine Menge Geld für eine Beschleunigung der Energiewende und für einen Nachhaltigkeitsfonds zugunsten der armen Länder.

(<https://www.marxistische-blaetter.de/de/topic/340.2013-6.html>)

VORNEWEG
VON DER JUGEND FÜR DIE JUGEND, DAS MAGAZIN VOM 17. UND 18. BI 1923

Widerstand

HOL DIR DIE NEUE AUSGABE!

FROM AUSTRIA WITH LOVE AND KLASSENSTANDPUNKT.

DAS MAGAZIN DER KOMMUNISTISCHEN JUGEND:
4x JÄHRLICH GEHEFTETE GEGENKULTUR

JETZT PROBEABO BESTELLEN!
VORNEWEG.AT

»Wir sind immer noch Räuber«

Über erwünschte und unerwünschte Migration

Artur Pech

Migration, Flucht und Unterbringung beschäftigen die Öffentlichkeit hierzulande schon seit geraumer Zeit. Im Jahr 2023 ist dabei die Frage der Unterbringung in den Focus gerückt. Da ging es zu einem wesentlichen Teil um die Überforderung der Kommunen.

Für die Unterbringung der den Kommunen angekündigten Zahl der zugewiesenen Personen fehlen die Kapazitäten, für die Schaffung der Kapazitäten fehlt das Geld. Und wenn solche Kapazitäten dann geschaffen, aber aus welchen Gründen auch immer nicht ausgelastet werden, bleiben die Kommunen auf den Kosten sitzen. Letzteres führt dazu, dass Kommunen es darauf ankommen lassen und bei Bedarf auf Notlösungen wie die Unterbringung in Turnhallen zurückgreifen. Das macht dann böses Blut. Das sind Mechanismen, mit denen die vielzitierte Fremdenfeindlichkeit regelrecht produziert wird.

Nun gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, damit umzugehen. Die eigentlich naheliegendste wäre es, die erforderlichen Kapazitäten vorzuhalten und das den Kommunen auskömmlich zu finanzieren.

Das ist offenkundig nicht beabsichtigt. Die diversen »Flüchtlingsgipfel« beim Bundeskanzler, bei verschiedenen Ministern und Ministerpräsidenten haben jedenfalls keine Lösung gebracht.

In den öffentlich wahrnehmbaren Debatten um die Migration werden das Asylrecht, die Abwehr unwillkommener Menschen (sogenannter Wirtschaftsflüchtlinge) und die Behebung eines sogenannten

Fachkräftemangels durch die Abwerbung qualifizierter Personen aus dem Ausland miteinander verschränkt. So verschieden diese Fragen erscheinen, haben sie doch dieselben Ursachen.

Das Fallbeispiel Albanien

Am 11. Juli 2023 schrieb die »Frankfurter Allgemeine«: *»Die Zahl der vom Westbalkan stammenden, in Deutschland tätigen Ärzte steigt seit Jahren an. Ende 2022 waren es nach Angaben der Bundesärztekammer 1081 Mediziner aus Albanien ... Ohne den Import ausländischen Medizinpersonals funktionierte das deutsche Gesundheitssystem schon lange nicht mehr.«* Und weiter: *Wie groß das Problem »für Albanien Ministerpräsidenten Rama ist, hatte sich Anfang März gezeigt. Bei seinem Berlinbesuch bei Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) stand das Thema auch auf der Tagesordnung. Er habe mit dem Kanzler darüber gesprochen, was zu tun sei, damit die 2,8 Millionen Einwohner Albanien nicht zum Finanzier des deutschen Gesundheitswesens würden, sagte Rama hernach: »Unsere Medizinstudenten zahlen nur ein Sechzehntel der anfallenden Kosten selbst, den Rest zahlt die Regierung.« Scholz hatte dem EU-Anwärter mit dem Hinweis auf die hohe Bedeutung der in der Gemeinschaft geltenden Freizügigkeit geantwortet.«¹*

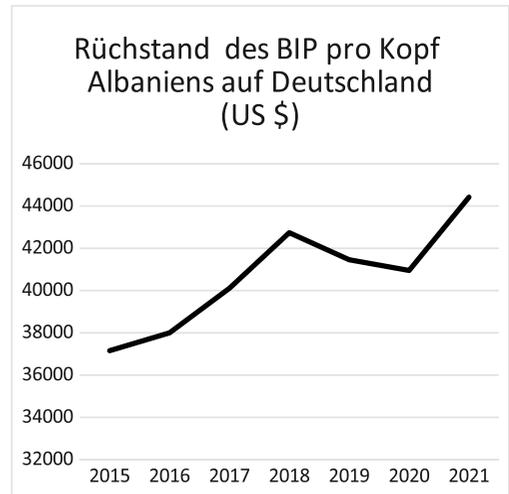
So ist das: Wenn ihr euch Eure Gesundheit nicht leisten könnt, dann kaufen wir sie euch ab. Auch das ermöglichen uns unser Reichtum und die Freizügigkeit. Und das sind schließlich hohe Güter.

Die Unterschiede zwischen den Herkunftsländern sind da nur Nuancen. (Zur Klarstellung: In Albanien gibt es überhaupt nur rund 5.000 Ärzte. Da fallen die 1.000 Ärzte in Deutschland schon sehr ins Gewicht.)

1 Albanien lässt Ärzte nicht mehr gehen, FAZ 11.7.2023, S. 17.



Jährliche Ärztestatistik der Bundesärztekammer



Eigene Berechnung nach: Statistisches Bundesamt (Destatis)²

Das hohe Gut der Freizügigkeit

Von 2017 bis 2022 hat sich die Zahl albanischer Ärzte in Deutschland etwa verdoppelt. Gleichzeitig war Albanien bei Abschiebungen aus Deutschland jährlich unter den ersten drei Ländern. Auf der einen Seite also Freizügigkeit, auf der anderen Seite das Gegenteil.³

Formal (rechtlich) hat das so seine Ordnung, denn das Recht auf Freizügigkeit stellt es »jedem frei, jedes Land, auch sein eigenes, zu verlassen«⁴. Ein Recht, im Zielland zu verbleiben, lässt sich daraus nicht ableiten. Ein Aufenthaltsrecht besteht allenfalls aus den mit der Flüchtlingskonvention geregelten Gründen und damit eben nicht für alle.⁵ Das Staaten die-

se Frage für sich anders und humaner regeln können ist möglich und wünschenswert, aber eben nicht aus dem Recht auf Freizügigkeit oder der Flüchtlingskonvention abzuleiten.

Mit der »hohen Bedeutung« der Freizügigkeit die Ausplünderung eines anderen Landes zu begründen ist unverfroren, aber nach kapitalistischen Maßstäben nicht anders zu erwarten. Diese Ausplünderung hat schließlich dazu beigetragen, den Vorsprung Deutschlands im BIP pro Kopf auf Albanien weiter zu vergrößern und die Kosten für das deutsche Gesundheitswesen zu drücken.

Eine Eigenheit aktueller linker Debatten zur Migration gibt Anlass, hier einzufügen: »Der Zynismus liegt in der Sache und nicht in den Worten, welche die Sache bezeichnen.«⁶ Der Migration ist moralisierend nicht beizukommen. Auch hier gilt: »Was ihr für recht oder gerecht erachtet, steht nicht in Frage. Die Frage

2 Bruttoinlandsprodukt.

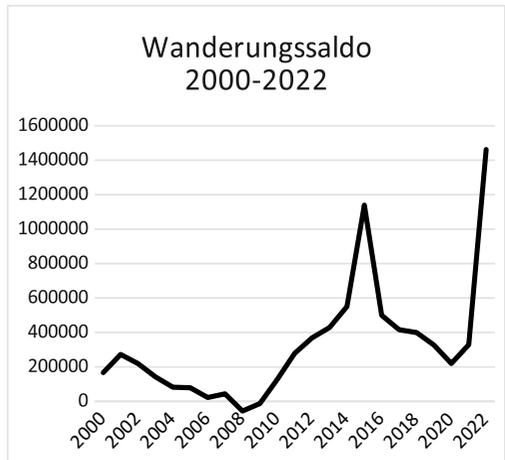
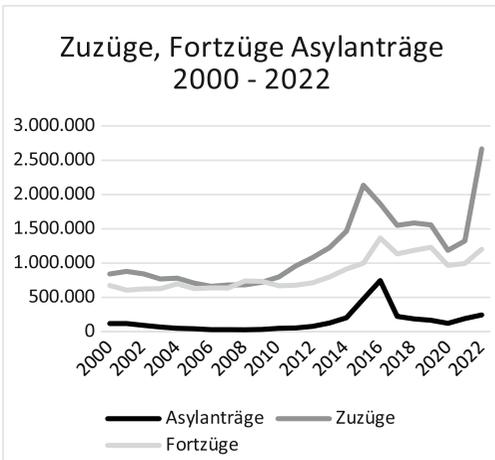
3 Seit 2003 gibt es ein Rückübernahmeabkommen mit Albanien BGBl. II 2003, Nr. 7, S. 194.

4 BGBl 1973 II, S. 1539.

5 Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1953 II S. 572) Artike1 33, Verbot der Ausweisung und Zurückweisung: »Keiner der vertragschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer

bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.«

6 Karl Marx [1847], Das Elend der Philosophie, MEW Bd. 4, S. 83.



Von 2000 bis 2022 kamen jeweils mehr als 500.000 Menschen aus

	Personen	Abstand BIP pro Kopf zu D in US \$ 2020**
Polen	3.243.485	-30.498
Rumänien	2.624.436	-33.307
der Ukraine	1.384.318	-42.465
Bulgarien	1.062.189	-36.096
Italien	949.523	-14.509
der Türkei	943.573	-37.606
Syrien*	848.543	-39.573
der Russischen Föderation	766.440	-36.068
den USA	653.466	16.862
Ungarn	755.489	-30.268
Spanien	564.882	-19.177
und Kroatien	550.082	-32.085

* letzter verfügbarer Wert des BIP von 2010
 ** Differenz des BIP pro Kopf zu Deutschland in US\$ 2020¹⁰

ist: Was ist bei einem gegebenen Produktionssystem notwendig und unvermeidlich?⁷

1.462.089 Personen. Nach derselben Quelle gab es von 2000 bis 2022: einen Zuwanderungsüberschuss von 7.510.161 Personen.

Migration in Zahlen

Die Tatsachen sprechen für sich: Für das Jahr 2022 vermeldete das Statistische Bundesamt 2.665.772 Zuzüge, 1.203.683 Fortzüge und einen Zuwanderungsüberschuss von

8 Berechnungen nach: BAMF-Bundesamt in Zahlen 2022.
 9 Ebenda.
 10 Quelle: Eigene Berechnung nach Zahlen von Destatis, Stand: 31.7.2023.

7 Karl Marx [1865], Lohn, Preis und Profit, MEW Bd. 16, S. 132.

Land	Personen	BIP pro Kopf**	Abstand BIP zu D
die Schweiz	-212.459	93.720	42.925
Österreich	-61.858	53.368	2.573
die USA	-31.027	69.231	18.436
Kanada	-20.455	52.079	1.284
Norwegen	-13.317	89.090	38.295
Schweden	-11.414	60.029	9.234
Dänemark	-9.322	67.758	16.963
Australien	-8.703	63.529	12.734
das Vereinigte Königreich	-7.607	47.203	-3.592
Deutschland		50.795	

Quelle Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023 | Stand: 31.7.2023; © IMF, 2023

Die meisten Zuzüge gab es aus¹¹:

der Ukraine	1.122.908
Syrien	808.463
Rumänien	726.281
Polen	721.740
der Russischen Föderation	471.486
Bulgarien	356.926
und Afghanistan	323.903

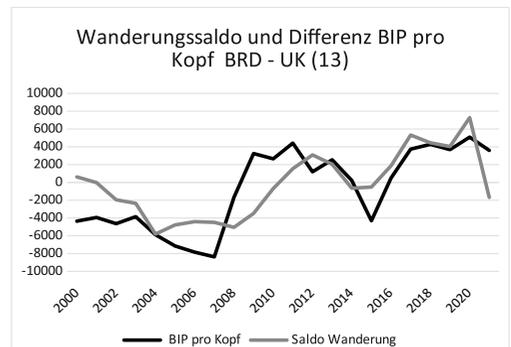
Alle diese Länder haben ein (teilweise gravierend) geringeres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als Deutschland. Die Angaben umfassen die Zeit von 2000 bis 2022. Die Spitzen erklären sich aus Kriegen (Ukraine, Syrien und Afghanistan). Aber auch da ist an der alten Erkenntnis nicht vorbeizukommen, dass die »hauptsächliche Ursache des Krieges der Mangel eines ökonomischen Gleichgewichts« ist.¹² Wenn den Gründen für Flucht und Migration begegnet werden und keine Beschränkung auf das Migrationsmanagement erfolgen soll, sind die ökonomischen Verhältnisse nicht auszublenden.

11 Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023 | Stand: 31.7.2023.

12 Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. Und 25. November 1912, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin 1912, Anhang S. 43 f.

Von 2000 bis 2022 gab es Wanderungsverluste von jeweils mehr als 5.000 Personen (siehe Tabelle oben).

Auffällig ist der Wanderungsverlust in das Vereinigte Königreich, weil nur dort für 2021 ein geringeres BIP pro Kopf zu verzeichnen ist, als in der BRD. Das ist sehr geeignet, den Zusammenhang von Migration und wirtschaftlicher Entwicklung zu erhellen.¹³



Bis zum Jahr 2008 lag das BIP pro Kopf in der BRD unter dem im Vereinigten Königreich. Das ging einher mit Wanderungsverlusten. Danach hat Deutschland das Vereinigte Königreich überholt. Seitdem haben sich die Wanderungssalden umgekehrt. Es ist schon auffällig,

13 Berechnungen auf der Basis der Daten von <https://www-genesis.destatis.de>.

wie synchron die Kurven der Differenz des BIP pro Kopf und des Wanderungssaldos verlaufen.

Migration erfolgt aus wirtschaftlich schwächer entwickelten Ländern und geht in wirtschaftlich stärker entwickelte Länder. Das gilt auch für die Migration von und nach Deutschland.

Die Entwicklungsunterschiede werden durch die Migration nicht verringert, sondern vergrößert. Das prägt auch die Auseinandersetzungen um ungewollte Migration (»Festung Europa«) und gewollter Migration (»Fachkräftemangel«)

Gewollte und ungewollte Migration

Gewollt ist eine Migration, die die Bedingungen für die Kapitalverwertung verbessert. Davon hängt ab, wer kommen darf und wer nicht.

Für die ungewollte Migration werden »einfache« Lösungen suggeriert: Wenn eine Entlastung (zum Beispiel der Kommunen bei der Unterbringung) gewollt sei, dann müssten halt weniger Menschen ins Land gelassen werden. Dafür sollen Grenzkontrollen her.

Wer das Mittelmeer überlebt hat oder es auf anderen gefährlichen Routen bis an die deutsche Grenze geschafft hat, soll eingefangen und zurückgeschickt werden.

Es sollen nur gut Gebildete ins Land kommen, die sofort dem deutschen Arbeitsmarkt gegen den sogenannten Fachkräftemangel aufhelfen. Selbst die Aufnahme mit anschließender Qualifizierung ist manchen zu teuer.

Im Sommer 2023 gingen Bilder eines überfüllten Flüchtlingssschiffs vor der griechischen Küste durch die Medien, bei dessen Untergang viele hundert Menschen starben. Ähnliches beschrieb Friedrich Engels schon 1845 für die Überfahrt der irischen Arbeiter nach England »auf dem Verdeck der Dampfschiffe, wo sie oft so gedrängt stehen wie Vieh«.¹⁴

Auch in aktuellen linken Debatten über die Migration wird nicht eben selten die Existenz einer interessengeleiteten bürgerlichen politischen Ökonomie in Abrede gestellt und stattdessen von der Allgemeingültigkeit ihrer Produkte ausgegangen. Was davon zu halten ist, wusste Friedrich Engels schon 1870:

Da wechselte »die öffentliche Meinung der in England herrschenden Klasse – und diese allein macht sich auf dem Kontinent hörbar – mit der Mode und dem Interesse ... Heute braucht England rasch und sicher Korn – und Irland ist zum Weizenbau wie geschaffen; morgen braucht England Fleisch – Irland taugt nur zur Viehweide; die fünf Millionen Irländer schlagen durch ihre bloße Existenz allen Gesetzen der politischen Ökonomie ins Gesicht, sie müssen fort, sie mögen sehn, wo sie bleiben!«¹⁵

Die Ware Arbeitskraft

Wer heutzutage meint, es sei »viel zu kurz gegriffen« Migration auf den »Verteilungsmechanismus« der Ware Arbeitskraft zu reduzieren, um dann viel von Recht, Gerechtigkeit und Moral, aber eben nicht mehr von der Ware Arbeitskraft zu reden, wird schwerlich begreifen können, dass auch hier die Systemfrage zu stellen ist. Das gilt auch, wenn Linke bürgerliche Denkfiguren übernehmen, die die Wirkung der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus für die Ware Arbeitskraft bestreiten.¹⁶

»Arbeit, eine Ware gleich anderen ... Entweder muß man die gesamte politische Ökonomie, wie sie gegenwärtig besteht, ablehnen, oder man muß zulassen, daß unter der Handelsfreiheit die ganze Schärfe der Gesetze der politischen

15 Friedrich Engels, Die Geschichte Irlands MEW Bd. 16, S. 481.

16 Kathrin Gerlof, So alt wie die Menschheit. Im Kapitalismus sind Migration und Ausbeutungsverhältnisse eng verbunden, OXI 7/2020.

14 Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW Bd. 2, S. 321.

*Ökonomie gegen die arbeitende Klasse angewandt wird.*¹⁷

Dem ist auch nicht zu entkommen, indem bei der Migration die Frage nach der Wirkung von Angebot und Nachfrage auf den Preis der Ware Arbeitskraft nicht zugelassen und lieber moralisiert wird. Tatsächlich ist dieser kapitalistische Mechanismus nur zu überwinden, indem der Arbeitskraft ihr Warencharakter genommen, indem der Kapitalismus überwunden wird.

»Die Bourgeoisie stellt sich die Welt, worin sie herrscht, natürlich als die beste Welt vor. Der Bourgeoisozialismus arbeitet diese tröstliche Vorstellung zu einem halben oder ganzen System aus. Wenn er das Proletariat auffordert, seine Systeme zu verwirklichen... so verlangt er im Grunde nur, daß es in der jetzigen Gesellschaft stehenbleibe, aber seine gehässigen Vorstellungen von derselben abstreife.«¹⁸

Aber es bleibt dabei, *»daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können; daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnitts die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben, und aus der sie daher auch erklärt werden müssen.«¹⁹* Das gilt dann auch für die Migration.

Der Klassenstandpunkt

Wenn die Lohnarbeit *»ausschließlich auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich«²⁰* beruht, dann ergibt es keinen Sinn, diese Konkurrenz zwischen Eingewanderten und Ansässigen zu bestreiten.

Ein Klassiker zu Fragen der Migration ist die *»Lage der arbeitenden Klasse in England«* von Friedrich Engels aus dem Jahre 1845. Für deren Ausgabe 1892 hat er den Erkenntnisfortschritt konstatiert. Danach gab es 1892 Leute genug, die den Arbeitern von der Unparteilichkeit ihres höheren Standpunkts einen über allen Klassengegensätze und Klassenkämpfe erhabenen Sozialismus predigten. Sie waren nach seinen Worten *»entweder Neulinge, die noch massenhaft zu lernen haben, oder aber die schlimmsten Feinde der Arbeiter, Wölfe im Schafspelz«²¹*. Es gibt Gründe genug, daran zu erinnern.

Zur Lage der Arbeiterklasse stellte er fest *»Zeitweilig gab es Besserung, selbst für die große Masse. Aber diese Besserung wurde immer wieder auf das alte Niveau herabgebracht durch den Zustrom der großen Menge der unbeschäftigten Reserve, durch die fortwährende Verdrängung von Arbeitern durch neue Maschinerie und durch die Einwanderung der Ackerbauarbeiter, die jetzt auch mehr und mehr durch Maschinen verdrängt wurden.«²²*

»Solange Englands Industriemonopol dauerte, hat die englische Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grad teilgenommen an den Vorteilen dieses Monopols. Diese Vorteile wurden sehr ungleich unter sie verteilt; die privilegierte Minderheit sackte den größten Teil ein, aber selbst die große Masse hatte wenigstens dann und wann vorübergehend ihr Teil ... Mit

17 Friedrich Engels, der Freihandelskongress in Brüssel, Rede des Herrn Dr. Marx über Schutzzoll, Freihandel und die Arbeiterklasse MEW Bd. 4, S. 307.

18 Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, S. 488.

19 Friedrich Engels, Das Begräbnis von Karl Marx, MEW Bd. 19, S. 335.

20 Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, S. 473.

21 Friedrich Engels, Vorwort zur englischen Ausgabe der *»Lage der arbeitenden Klasse in England«*, MEW Bd. 22, S. 270.

22 Ebenda, S. 273 f.

dem Zusammenbruch des Monopols wird die englische Arbeiterklasse diese bevorrechtete Stellung verlieren. Sie wird sich allgemein – die bevorrechtete und leitende Minderheit nicht ausgeschlossen – eines Tages auf das gleiche Niveau gebracht sehen wie die Arbeiter des Auslandes.«²³

Die Theorie

Marx und Engels erklärten die Ein- und Auswanderung aus der Entwicklung der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse, der Produktionsweise. Im Kapitalismus ist die Theorie über den Mehrwert auch die Grundlage für das Verständnis der Migration.

Sie deckt unter anderem auf, dass die **Arbeitskraft in den verschiedenen Ländern einen unterschiedlichen Wert hat**. Hinzu kommt wie bei allen Waren die Wirkung von Angebot und Nachfrage auf den Preis (Lohn/Gehalt). Die Ausweitung des Angebots durch Einwanderung hat genau diese Wirkung. Es geht darum, »dass sich die bestehenden Strukturen nur durch mehr Zuwanderung aus dem Ausland erhalten ließen«²⁴.

Da ist dann an den Satz aus dem ersten Band des Kapital zu erinnern, in dem Marx über »die Narrheit der ökonomischen Weisheit« sprach, »die den Arbeitern predigt, ihre Zahl den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals anzupassen.«²⁵

Denn beispielsweise beim Import von Fachkräften für die Krankenhäuser geht es tatsächlich um die Aufrechterhaltung einer profitorientierten Krankenhausfinanzierung zu Lasten nicht nur der Beschäftigten hierzulande sondern auch zu Lasten der Gesundheitssysteme der Herkunftsländer.

23 Ebenda, S. 276 f.

24 Julia Löhr, Ein bisschen Einheit, FAZ 17.9.2020, S. 17.

25 Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd. 23, S. 674.

Das »win-win«-Märchen

Nun meinte u. a. der Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, er wolle »gemeinsam mit der Wirtschaft eine Anwerbe-Strategie in Ländern umsetzen, in denen es mehr junge und gut ausgebildete Menschen gibt, als der dortige Arbeitsmarkt aufnehmen kann«. »Dabei will er »sehr sensibel vorgehen, damit wir keinem Land die Arbeitskräfte nehmen, die es selber braucht.«²⁶

Als Beleg für die angebliche »win-win«-Wirkung der Migration werden dann auch die Überweisungen aus der Emigration in die Herkunftsländer genannt, die bereits seit geraumer Zeit die staatlichen Entwicklungshilfen übertreffen.

Auch dazu ließe sich viel sagen. Eine Kurzfassung lässt sich auf zwei Punkte bringen: Wie viele Menschenleben wurden durch die ausgebliebene medizinische Hilfe in den Herkunftsländern ausgelöscht? In welchem Ausmaß bewirkt die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte fortdauernde Abhängigkeit der Herkunfts- von den Zielländern?

Am Beispiel der Gesundheitsversorgung lässt sich die Erzählung von der angeblichen Win-Win-Wirkung der Migration sehr nachdrücklich auch ohne die Erörterung komplizierterer ökonomischer Mechanismen widerlegen: Medizinisches Personal, das das Land seiner Herkunft verlässt, kann dort keine Menschen mehr versorgen. Wie viele Leben lassen sich dann durch Überweisungen aufwiegen?

Tatsächlich bewirkt Migration im modernen Kapitalismus eine »lose-lose«-Situation. Den ärmeren Ländern wird ein Teil der Reproduktion der Arbeitskraft aufgezwungen, um die sie dann betrogen werden – und in reicheren Ländern wird durch größeres Angebot der Preis gedrückt.

Im Kapitalismus ist die Theorie über den Mehrwert die Grundlage für das Verständnis der Migration. Sie deckt unter anderem auf,

26 Berliner Zeitung 22.5.2023, S. 14.

dass schon die Werte der Arbeitskraft – und nicht erst ihre von Angebot und Nachfrage beeinflussten Preise – sich von Land zu Land unterscheiden. Das ist vor allem eine Frage der Ökonomie und nicht der Moral. Für die Ware Arbeitskraft gelten die Gesetze der kapitalistischen Ökonomie, so wie für alle anderen Ware auch

Internationalismus

Der von internationalistischen Positionen getragene Kampf um die vollständige Gleichbehandlung der Menschen, die in Einwanderungsländer kommen, richtet sich letztlich gegen eine Seite der Verwertung dieses Unterschieds. Die vollständige Gleichbehandlung (Nicht-Diskriminierung) ist aber **nur eine Bedingung** für die Abwehr von Lohndumping durch Einwanderung. Auch die vollständige Gleichbehandlung ändert nichts daran, dass der Import von Arbeitskräften durch die Vergrößerung des Angebots der Ware Arbeitskraft auf deren Preis (Lohn/Gehalt) drückt.

Es kommt hinzu: Die Gesellschaften in Einwanderungsländern profitieren selbst bei der vollständigen Durchsetzung der Nichtdiskriminierung von der Ausbeutung der Herkunftsländer, die den Aufwand für die Reproduktion der Arbeitskraft vollständig oder zu einem erheblichen Teil tragen und der unter großen Anstrengungen entwickelten Potentiale mit der Auswanderung verlustig gehen.

Diese Ausplünderung treibt die Migration. Deren gewünschter Teil (»Fachkräfte«, Ärzte usw.) ist willkommen. Der ungewünschte Teil wird mit administrativen, polizeilichen und militärischen Mitteln bekämpft. Interessengeleitet soll der Kampf gegen diese Opfer der kapitalistischen Ökonomie dann als Durchsetzung des Rechts verkauft werden. Das ist letztlich eine Frage des Maximalprofits. Rassismus und ähnliche Begleiterscheinungen sind nachrangig.

Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen der Bereicherung eines Landes auf Kos-

ten des anderen und der Bereicherung einer Klasse auf Kosten einer anderen im Lande. Wer nicht begreifen kann, wie ein Land sich auf Kosten des anderen bereichern kann, wird noch weniger begreifen, »wie innerhalb eines Landes eine Klasse sich auf Kosten einer anderen bereichern kann.«²⁷ In den »Zielländern« wird so der Preis der Arbeitskraft gedrückt. Das ist klassischer Imperialismus, eine moderne Form der Ausplünderung.

Um das festzustellen, muss man nicht Marxist sein.

So beklagte Henning Mankell, »dass in der englischen Stadt Manchester mehr Ärzte aus Malawi arbeiteten als in Malawi selbst. Und überall in Europa würden Krankenschwestern aus Afrika beschäftigt, die in ihrer Heimat fehlten. Früher hätten sich die Europäer in Afrika das Gold geholt, heute seien es die Krankenschwestern. Sein Fazit: »Wir sind immer noch Räuber.«²⁸

27 Karl Marx, Rede über die Frage des Freihandels, MEW Bd. 4, S. 457.

28 Zitiert nach Martin Oehlen, Kölner Stadtanzeiger, 12.3.2007 / Blick; lit.COLOGNE.

Populismus und Marxismus

La France insoumise und die Partei der Arbeit Belgiens – Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Augustin Renier

Die links von der Sozialdemokratie stehende Partei der Arbeit Belgiens (PTB) und La France insoumise (LFI) werden oft miteinander verglichen ... Die Analyse der Wahlprogramme dieser Parteien, ihrer Organisationen und der Presseinterviews ihrer Vorsitzenden zeigt, dass die jüngsten Wahlerfolge der PTB und der LFI auf sehr unterschiedliche diskursive und organisatorische Strategien zurückzuführen sind.

Die Liste der Übereinstimmungen ist lang: Der Wille, sich von den »traditionellen« Parteien abzugrenzen; die Aufforderung an die Aktivisten, sich mit konkreten Problemen des Alltagslebens zu befassen, anstatt über die großen ideologischen und strategischen Orientierungen der Organisation zu diskutieren; die Zentralität der sozioökonomischen Frage (in der LFI stärker auf die Makroökonomie und in der PTB auf die Arbeitsbeziehungen in den Unternehmen ausgerichtet); die ökologische Transformation (allerdings in der LFI stärker ausgeprägt); die Ermutigung zur Entwicklung der direkten Demokratie innerhalb der Institutionen; ein deutlicher Erfolg unter jungen Menschen; ein konsequenter Antiimperialismus.

Erfolgreiche Strategien

Ein kurzer Blick auf eine Karte der Wahlergebnisse in Europa genügt, um eine Ähnlichkeit zwischen den beiden Parteien zu erkennen: LFI und PTB gehören zu den linksradikalen Formationen, die in den letzten Jahren bei den wichtigsten Wahlen in ihren jeweiligen Ländern die

höchsten Wahlergebnisse erzielt haben (Parlaments- und Regionalwahlen 2019 für die PTB, Präsidentschaftswahlen 2017 und 2022 für die LFI). ... Überall sonst haben die Parteien links von der Sozialdemokratie deutlich schlechter abgeschnitten: In Spanien scheiterte die von internen Spaltungen zerrissene Podemos an der PSOE und begnügt sich nun damit, die PSOE als Minderheitskraft zu unterstützen; in Portugal kann es sich die Sozialistische Partei, die über eine große Mehrheit verfügt, nun leisten, ohne ihre ehemaligen Verbündeten von der radikalen Linken allein zu regieren; in Deutschland verzeichnet Die Linke von Wahl zu Wahl sinkende Ergebnisse; in Großbritannien wurde der radikale Labour-Politiker Jeremy Corbyn bei den letzten Unterhauswahlen deutlich geschlagen und anschließend aus der Partei geworfen; in Italien ist die radikale Linke schlicht aus der politischen Landschaft verschwunden. In diesem eher düsteren Bild für diejenigen, die von einem linken Bruch mit der aktuellen europäischen Politik träumen, stechen die Ergebnisse der PTB und der LFI hervor.

Was die LFI betrifft, so stellt die Kandidatur von Jean-Luc Mélenchon bei den Präsidentschaftswahlen 2017 die höchste Stimmenzahl dar, die ein linker, nicht-sozialistischer Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen der Fünften Republik erreicht hat. Bei den Präsidentschaftswahlen 2022 konnte er sein Ergebnis nochmals verbessern und verpasste den Einzug in die Stichwahl diesmal nur um 400.000 Stimmen. Mit 22 % der Stimmen am 10. April 2022 hat sich Mélenchon damit erneut als Galionsfigur der französischen Linken und die LFI als unumgängliche Kraft etabliert. Die Wahl 2017 war also keine Anomalie: Die radikale Linke ist in Frankreich gegenüber der reformistischen Linken weit in der Mehrheit (EELV und PS liegen unter 5%). Die PCF hat sich 2022 für einen Alleingang entschieden, allerdings ohne wirklichen Erfolg: ihr Kandidat Fabien Roussel erreichte 2,3 %.

Die jüngsten Ergebnisse der PTB wurden ebenfalls als Erfolg gewertet, auch wenn es der

Partei (noch) nicht gelungen ist, die PS an den Wahlurnen zu überholen. Die PTB, die in ihrer Geschichte stets darum gekämpft hatte, bei Parlamentswahlen ein Prozent zu erreichen, erzielte bei den Wahlen 2014 3,7 Prozent und zog mit zwei Abgeordneten in die Abgeordnetenversammlung ein – den ersten Parlamentariern links von der PS seit den letzten Abgeordneten der Kommunistischen Partei im Jahr 1985. Es hat also fast 30 Jahre gedauert, bis wieder Abgeordnete der radikalen Linken im Parlament saßen. Das ermutigende Ergebnis von 2014 wurde 2019 mehr als verdoppelt, als die PTB ein landesweites Ergebnis von 8,6% erzielte und 12 föderale Abgeordnete (darunter die ersten in den flämischen Wahlkreisen) sowie Dutzende weitere in den Regionen und Kommunen und sogar einen ersten Europaabgeordneten gewann. Seither scheint die PTB ihren Aufwärtstrend fortzusetzen, wenn man den jüngsten Umfragen Glauben schenkt (die mit der üblichen Vorsicht zu genießen sind).

Neben der Schwächung der sozialdemokratischen »Konkurrenzparteien« ist ein weiterer externer Faktor hervorzuheben, der den Erfolgen von LFI und PTB gemeinsam ist: ihre Einbettung in die Dynamik der Neuformierung der radikalen Linken in Europa nach der Wirtschaftskrise von 2008, die »ganze Teile der Mittelschichten geschwächt hat, die sich zuvor wenig um den langsamen Abbau des Sozialstaats gekümmert hatten. Eine solche Situation hat dazu beigetragen, die potenzielle Basis für die Unterstützung der radikalen Linken zu verbreitern.« In den westeuropäischen Ländern gewannen die Parteien, die sich links von der Sozialdemokratie positionieren, nach der Krise durchschnittlich 3,5 Prozent mehr Stimmen. Für einige dieser Parteien, oft die jüngsten und innovativsten unter ihnen (Podemos, Syriza, La France insoumise), war der Zuwachs sogar zweistellig. »Es handelt sich jeweils um neue Parteien, die sich von den traditionellen kommunistischen und sozialistischen Modellen entfernen.« In dieser Hinsicht ist die PTB, die 1979 gegründet wurde und sich nach wie vor

auf den Marxismus beruft, eine Ausnahme. Den neuen linkspopulistischen Bewegungen gelang es, Erstwähler, Nichtwähler, parteiunabhängige Wähler oder Wähler, die sich nicht auf der Links-Rechts-Achse verorten lassen wollten, für sich zu gewinnen – »allesamt Erweiterungen von Wahlkoalitionen, zu denen die klassischen kommunistischen Parteien nicht mehr in der Lage waren« – wiederum mit Ausnahme der PTB.

Zwei verschiedene strategische und diskursive Wege

Dennoch darf das Trennende nicht vernachlässigt werden: Bei der LFI ein kritischeres Verhältnis zur EU und die Betonung von Begriffen wie Protektionismus und Patriotismus, was bei der PTB undenkbar ist; bei der PTB der beständige Bezug auf Marx, ...; bei der LFI der ständige Bezug auf das Volk und der Glaube an die organisatorische Spontaneität der Massen; bei der PTB der Kampf für die sozialistische Revolution (der vor allem durch soziale Bewegungen geführt werden wird); in der LFI der Kampf für die bürgerliche Revolution (die zunächst durch Wahlen und die Schaffung einer verfassungsgebenden Versammlung erfolgen soll); in der PTB die Dominanz der Hervorhebung von Akteuren aus der Arbeiterklasse, die für die marxistische Partei das »schlagende Herz des Systems« und daher das erste Ziel ihrer Kommunikation ist; in der LFI der Wille, die Kommunikation so weit wie möglich auf alle sozio-professionellen Kategorien auszuweiten, und der Glaube an die grundlegende Heterogenität des revolutionären Subjekts; bei der LFI der Wille zu regieren und sich in das Gewand des Siegers zu kleiden, indem man ständig für sein Programm und vor allem für seine Glaubwürdigkeit wirbt; bei der PTB die Betonung der traditionellen Parteiform mit ihren Kongressen, Delegierten, Beiträgen, Formationen; bei der PTB die Hervorhebung des Kollektivs und damit der Wille, die Zukunft der Partei nicht von einem einzigen Mann abhän-

gig zu machen; bei der LFI die vermeintliche Zentralität der Führungsfigur, so dass man, um die Ideologie und Strategie der Insoumis zu verstehen, oft mehr auf Mélenchon verweisen muss, als auf irgendein Kollektiv.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es mindestens drei grundlegende Gegensätze zwischen den Strategien und Ideologien der beiden Parteien gibt: Die PTB definiert sich als marxistisch, während die LFI den traditionellen Klassenkampfdiskurs ablehnt; die PTB bekennt sich zur »authentischen Linken«, während die LFI ihre Zugehörigkeit zur Linken kaum noch erwähnt (zumindest vor der Gründung der NUPES); die PTB sieht sich immer noch als Avantgarde- und nunmehr als »Massenpartei«, während die LFI sich als »flexible« Bewegung definiert, ohne jegliche Vermittlung zwischen der Führungsfigur und ihren Sympathisanten.

Mélenchon gibt selbst zu, dass er die Vision der Populismus-Theoretiker Mouffe und Laclau, die von einer subjektiven Selbstkonstruktion/Selbstermächtigung des Volkes ausgeht, voll und ganz teilt. Auch wenn er mit dem Konzept des Klassenkampfes nicht so eklatant bricht wie sie, wirft Mélenchon doch die Konzepte der sozialistischen Revolution und der marxistischen Partei über Bord ...

David Pestieau, stellvertretender Vorsitzender und politischer Direktor der PTB, stellt klar: »Wir definieren uns als marxistische Partei mit einer Klassenanalyse. Die Hauptfrage für uns ist, wie wir den Arbeitern wieder Klassenbewusstsein vermitteln können. Wir sind nicht einverstanden mit der Idee, dass die Klassen in einer Gesamtheit namens Volk verschwinden.« Raoul Hedebouw, Vorsitzender der PTB, stimmt dem zu: »Für uns ist die marxistische Analyse immer noch die relevanteste, um die Klasse zusammenzuführen. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass das Arbeitsumfeld eines Menschen seine Denkweise beeinflusst. In diesem Sinne ist es ein Irrtum zu glauben, dass der Klassenantagonismus nicht mehr die politische Positionierung jedes Einzelnen bestimmt.« In einem anderen Interview bekräf-

tigt er seine Gedanken: »Wir dürfen nicht in eine Schichtung verfallen, die zwischen einer ›Elite‹ und dem ›Volk‹ stattfindet. Populismus als Doktrin ist nicht unser Analyseraster. Strategisch und ideologisch sind wir eine marxistische Partei, die an die zentrale Stellung der Arbeiterklasse im Emanzipationsprozess vom Kapitalismus glaubt.«

Die von der LFI und der PTB mobilisierten Strategien weichen also teilweise voneinander ab, auch wenn man diese Aussagen dadurch relativieren muss, dass die PTB ihren Diskurs allmählich auf andere Bevölkerungsschichten ausgeweitet hat und der programmatische Korpus der LFI noch weitgehend dem der klassischen Linken entlehnt ist. Es gibt jedoch wenig Raum für Zweifel: Die LFI hat sich in ihren Kampagnen für eine populistische, die PTB für eine marxistische Linie entschieden. Auch die Organisation dieser beiden Formationen ist sehr unterschiedlich: LFI lehnt Parteitickets ab und beansprucht für sich, eine Bewegung zu sein, während die PTB ihrerseits danach strebt, die neue große Massenpartei in Belgien zu werden. Es bleibt zu klären, warum diese Strategien so unterschiedlich sind.

Klassenübergreifende Wählerschaft vs. Klassenpartei

Eine Erklärung könnte in der unterschiedlichen Wählersozio-logie der beiden Formationen liegen. In der Tat ist eines der Merkmale, das die »linkspopulistischen« Parteien innerhalb der radikalen Linken vereint, der klassenübergreifende Status ihrer Wählerschaft, wobei in Frankreich, im Gegensatz zu den Klassenstimmen für Le Pen oder Macron, die Wählerschaft von Mélenchon »ein Spiegelbild der Gesellschaft ist, insofern als sie sich harmonisch zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen ausgleicht«. Man sieht, dass Mélenchon in der Arbeiterklasse (24 %) fast genauso gut abschneidet wie in der Mittelschicht (26 %) und sogar in den privilegiertesten sozio-professionellen Kategorien einen

nicht zu vernachlässigenden Anteil hat (17%). Auf der Ebene des kulturellen Kapitals fällt auf, dass Mélenchon vor allem von den »prekären Nerds« unterstützt wurde, d. h. »einem Teil der Jugendlichen mit Hochschulabschluss, die keine ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplätze haben«. Die Wählerschaften von Le Pen und Macron unterscheiden sich hier erneut, da sie ihrerseits einen Zusammenhang zwischen schulischem und ökonomischem Status aufweisen. »Dies ist nicht der Fall bei den Wählern von Mélenchon, die sich in einer paradoxen Situation befinden: ihr Bildungskapital ist hoch, aber ihr Einkommen und ihr Vermögen sind niedrig.«

Die Stimmen für die PTB sind im Vergleich stärker als »Klassenwahlen« typisiert. Tatsächlich erzielt die PTB ihre besten Ergebnisse in den unteren Schichten. Unter den Arbeitern ist sie inzwischen die stärkste Partei, und auch bei den Arbeitslosen und Erwerbsunfähigen erreicht sie hohe Werte. In der Gruppe der Führungskräfte und Selbstständigen ist die PTB dagegen kaum vertreten. Hinsichtlich des kulturellen Kapitals erreicht die PTB überdurchschnittliche Werte bei den nicht oder gering Qualifizierten.

Dies ist ein bemerkenswerter Unterschied zum LFI, da die PTB bei den höher Qualifizierten unterdurchschnittlich abschneidet. Die Wählerschaft der PTB, die populärer und arbeiterorientierter ist als die LFI, ist ein wahlsoziologischer Unterschied zwischen einer klassischen kommunistischen Wählerschaft (»Klassenwahl«) und einer klassenübergreifenden Wählerschaft, die sich zum Teil aus »prekären Intelligenzlern« zusammensetzt, wie sie für linkspopulistische Parteien typisch ist ...

Die institutionelle Erklärung

Eine weitere Möglichkeit, diese Unterschiede zu verstehen, besteht darin, die politischen Systeme Frankreichs und Belgiens miteinander zu vergleichen. Diese Systeme sind in der Tat sehr unterschiedlich, mit einer *konsoziativen Demo-*

*kratie*¹ in Belgien, in der man davon ausgeht, dass die politischen Debatten durch mindestens drei Mechanismen beruhigt werden: das *Verhältniswahlrecht*, die daraus resultierende Notwendigkeit von *Koalitionsregierungen* und die *Pilarisierung*² der Gesellschaft. In Frankreich scheint die Gesellschaft stärker gespalten zu sein, da das politische *Mehrheitswahlrecht* im Allgemeinen wenig Raum für eine politische Widerspiegelung der Meinungsvielfalt im Land lässt und der semipräsidentielle Charakter des Systems durch die ihm innewohnende Form der Personalisierung der Macht die Spaltung noch verstärkt... Der konsoziative Charakter der Demokratie in Belgien verdankt sich der Entstehung dessen, was Politikwissenschaftler sehr bildhaft als »Säulen« bezeichnet haben. Pilarisierung bezeichnet historisch die Bildung von »Gegengesellschaften« innerhalb des Staates um eine politische Richtung herum, d. h. im belgischen Kontext hauptsächlich um die sozialistische und die katholische Welt (obwohl es auch eine liberale Säule gibt, die weniger strukturierend ist) ...

So sind die Gewerkschaften in Belgien im Vergleich zu anderen Nachbarländern immer noch eine starke Säule. Die Arbeitnehmerorganisationen können nach wie vor auf eine beachtliche Stärke verweisen, unabhängig davon, ob man die Mitgliederzahlen oder die Ergebnisse der Sozialwahlen zugrunde legt. Die

1 Anm.: Im Deutschen ist der Begriff »Konkordanzdemokratie« gebräuchlicher. Laut Politlexikon der Bundeszentrale für politische Bildung bezeichnet er »eine demokratische Regierungsform, in der (gesellschaftliche und) politische Konflikte nicht primär über politische Mehrheiten und (einfache) Mehrheitsregeln, sondern über Verhandlungen, Kompromisse und möglichst breite Übereinstimmung gelöst werden. Um zu Lösungen und zum Ausgleich zwischen den beteiligten Interessengruppen bzw. den Parteien zu gelangen und um auch Minderheiten angemessen zu beteiligen, werden (z. T. komplizierte) Vermittlungstechniken und formalisierte Kompromissverfahren angewandt sowie genau festgelegte Proporzregeln eingehalten.«

2 Von pilier (franz.) = Pfeiler, Säule

Gewerkschaften sind in Belgien nach wie vor die stärkste Kraft...

Das erklärt auch, warum die PTB viel Energie darauf verwendet, Einfluss auf die Gewerkschaften zu nehmen, insbesondere auf die sozialistische (FGTB), im Gegensatz zur LFI, die sich ihrerseits entschieden von der CGT fernhält. ... In der Praxis schwankt das Verhältnis der LFI zu den Gewerkschaften zwischen Rivalität und Misstrauen. Außerdem ist das Misstrauen der französischen Bevölkerung gegenüber den Gewerkschaften gewachsen (zumindest bis zu den Protesten gegen die Rentenreform). LFI sah daher wenig Vorteile in einer Nähe zu den Gewerkschaften. Dennoch zeigt ein Blick auf die Wählerschaft, dass LFI und die Gewerkschaften (vor allem die CGT) die gleiche soziale Basis haben ...

Parteiensysteme im Vergleich

Die Besonderheit des belgischen Parteiensystems besteht darin, dass es trotz der zunehmenden Volatilität der Wahlen und des ausgeprägten Misstrauens der Bürger gegenüber der Politik (das auch in Frankreich zu beobachten ist) erstaunlich stabil geblieben ist. »Dennoch ist das belgische Verhältniswahlssystem ein permissives Wahlsystem mit einer relativ niedrigen Hürde für den Einzug ins Parlament. Allerdings ist die Zahl der Parteien, die ein Parteiensystem umfassen kann, nicht unendlich: Wenn die Anzahl der Parteien ausreicht, um alle Seiten der Spaltung und alle hervorstechenden Herausforderungen abzudecken, ist es für eine neue Partei nicht mehr möglich, sich zu etablieren.« Anders als in Frankreich vor 2017 »ist das belgische Parteiensystem bereits stark fragmentiert und nähert sich sogar dem Sättigungspunkt. Neue Formationen können zwar entstehen, aber sie müssen entweder die letzten unbesetzten Wahlkampfischen erobern oder es schaffen, eine etablierte Partei zu ersetzen.« Dies könnte das erbitterte Duell zwischen PTB und PS erklären und warum das, was in Frankreich möglich ist (eine Annähe-

rung der beiden linken Fraktionen), in Belgien nicht möglich ist.

Eine weiteres Merkmal Belgiens besteht darin, dass die Regierung einem nach dem Verhältniswahlrecht gewählten Parlament verantwortlich ist und die Exekutive daher zwangsläufig aus einer Koalition von Parteien gebildet werden muss, um eine Mehrheit im Parlament zu erreichen. Aus diesem Grund »ist der Einfluss der Parteien und insbesondere der Parteivorsitzenden von grundlegender Bedeutung. Darüber hinaus ist es den belgischen Parteien im Zuge der verschiedenen institutionellen Reformen gelungen, ihr Gewicht in der Exekutive und damit ihren Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung zu stärken. Angesichts der Bedeutung, die den Parteien im institutionellen und politischen Prozess Belgiens zukommt, ist das klassische Parteiensystem in Belgien beständiger als in Frankreich. Es sind die Parteien, die die Regierungsbildung aushandeln (mit genauen Vereinbarungen, die die Politik während der Legislaturperiode festlegen), die Kompetenzen verteilen und die Minister auswählen. Obwohl Belgien also im Prinzip ein vollparlamentarisches System ist (und kein semipräsidentielles System wie in Frankreich), ist die Tendenz zur »Beschränkung der Entscheidungen« auch in Belgien zu finden, ebenso wie die Dominanz der Exekutive über die Legislative.

Während Belgien Schwierigkeiten hat, seine politische Szene zu erneuern, scheint die Neuzusammensetzung des politischen Feldes in Frankreich spektakulärer zu sein. In Frankreich konnte die LFI die traditionelle Form der politischen Partei umso leichter ablehnen, als »die Fünfte Republik ursprünglich gegen die Parteien konzipiert worden war, indem sie in den Mittelpunkt ihres institutionellen Systems eine Präsidentschaftswahl mit plebiszitärer Funktion stellte, die die Salbung eines Kandidaten durch das Volk inszenierte«. Im Gegensatz zu konsoziativen Demokratien wie Belgien »bestand die Besonderheit Frankreichs darin, dass die parteienfeindliche Stimmung nicht

von den Rändern des Systems ausging, sondern von der angesehensten Autorität des Landes, General de Gaulle. Dies hatte zur Folge, dass die Legitimität der Parteien dort erheblich geschwächt wurde.« Der sogenannte Präsidialismus »à la française« ist das Ergebnis der Verfassungsänderung, die General de Gaulle 1958 anstrebte, um die Vierte Republik zu beenden, die seiner Meinung nach durch das Gewicht der Nationalversammlung verkrustet war. Die neue Verfassung zielte darauf ab, »der Exekutive, die in erster Linie vom Präsidenten der Republik verkörpert wurde, dessen Vorrechte 1962 mit der Einführung seiner Direktwahl durch allgemeine Wahlen gestärkt wurden, eine wesentlich substantiellere Rolle zu geben.«

Die Tatsache, dass Mélenchon einen populistischen Diskurs führt, kann durch dieses institutionelle Prisma analysiert werden: Das politische System Frankreichs scheint hier stärker unter »demokratischen Leiden« zu leiden als das belgische System, und dementsprechend wird hier stärker auf die Notwendigkeit einer »demokratischen Erneuerung« gepocht. »Im Vergleich zu den meisten westlichen institutionellen Systemen sind die Gegenkräfte innerhalb der politischen Institutionen in Frankreich bemerkenswert schwach. In diesem Kontext, in dem die Gegengewichte weniger ernst genommen werden als in vergleichbaren Demokratien, beruht die Radikalität der sozialen Mobilisierungen auf dem Gefühl, dass es doppelt schwierig ist, sich Gehör zu verschaffen, weil es an institutionellen Instrumenten mangelt, um die Erwartungen und Forderungen wirksam zu vermitteln, und weil die Entscheidungsträger häufig die Gewissheit haben, dass sie sich nicht irren können und dass die Widerstände gegen ihre Entscheidungen allein auf Archaismen zurückzuführen sind.«

In der Fünften Republik ernennt der Präsident den Premierminister, führt den Vorsitz im Ministerrat und kann die Nationalversammlung auflösen. Die starke Präsidialisierung des Regimes zeigt sich besonders deutlich, wenn es keine Kohabitation gibt, d. h. wenn

die politische Farbe des Präsidenten und die der Mehrheit in der Nationalversammlung übereinstimmen, wie es in den letzten Jahren unter Sarkozy, Hollande und Macron der Fall war. Diese Umkehrung des Zeitplans (die Parlamentswahlen folgen nun direkt auf die Präsidentschaftswahlen) hat zur Folge, dass die Parlamentswahlen, obwohl sie von zentraler Bedeutung sind, für die Wähler weniger sichtbar sind. Dies zeigt sich unter anderem an der tendenziell sinkenden Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen. Sie beschränken sich de facto auf eine Bestätigung der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen (auch wenn Macron 2022 nicht die von ihm angestrebte absolute Mehrheit erreicht hat). Die sinkende Wahlbeteiligung stellt die Legitimität und Legitimation des Regimes zunehmend in Frage. In Belgien hält die Wahlpflicht die Legitimität des Wahlergebnisses auf einem hohen Niveau, obwohl auch dort die Wahlenthaltung zunimmt.

Eine weitere Besonderheit des politischen Feldes in Frankreich ist die Existenz einer der stärksten rechtsradikalen Parteien in Europa, was einen grundlegenden Unterschied zum französischsprachigen politischen Raum in Belgien darstellt. Der populistische Diskurs speist sich in der Regel aus der einen oder anderen Form des Nationalismus. Im französischsprachigen Teil Belgiens gibt es jedoch so gut wie keinen Nationalismus, da in der Föderation Wallonien-Brüssel »die nationale Identität sowohl geringgeschätzt als auch unklar definiert ist«. Für David Pestieau müsste Frankreich sich Flandern stärker annähern, denn »in beiden Fällen sieht man, dass sich ein Teil der Wählerschaft von den Sozialdemokraten abgewandt und der extremen Rechten zugewandt hat. Für uns in Flandern ist der Kampf deshalb schwieriger, weil es hier sowohl eine der am besten organisierten faschistischen Parteien in Europa gibt als auch eine neue nationalistische Rechte (die N-VA, Anm. d. Red.), die auf eine ganz besondere Weise eine Anti-Establishment-Stimmung aufgreift, obwohl sie selbst Teil davon ist. Es gibt also einen besonderen Kampf für uns in

Flandern, um die Stimmen des Volkes zurückzugewinnen, wo es in Wallonien einfacher ist zu arbeiten, weil das Feld freier ist.« Die französische Besonderheit eines starken Rassemblement National, der einen Teil der Stimmen der Arbeiterklasse auf sich vereint, kann nicht außer Acht gelassen werden, um Mélenchons populistische Rhetorik zu verstehen.

Politische Rahmenbedingungen für die Parteien

Das konsoziative Modell Belgiens ist für uns ein wichtiger Schlüssel, um zu verstehen, warum eine populistische Theorie wie die von Chantal Mouffe (von Mélenchon als »Suche nach Konflikten« aktualisiert), die eine stärkere Polarisierung der politischen Debatte fordert, in einem Land wie Frankreich mehr Gehör findet. Die frühere starke Bipolarisierung (die durch das institutionelle System noch verstärkt wurde) schien während der Amtszeit von François Hollande (und auch schon davor) einer ideologischen Konvergenz zwischen Mitte-Links und Mitte-Rechts zu weichen, die Macron in gewisser Weise geerbt hat.

Mélenchons populistische Strategie beruht zu einem großen Teil auf seiner (erfolgreichen) Wette, dass in Frankreich, ähnlich wie in Südamerika, die traditionellen Formationen der Fünften Republik zerfallen würden. In Belgien halten die alten politischen Parteien dagegen, auch wenn ihr Wähleranteil stetig sinkt. Das Land ist immer noch weitgehend in einer Logik der Links-Rechts-Konfrontation strukturiert, in der die Möglichkeiten zur Umgestaltung der politischen Landschaft nicht unendlich sind. Für Arthur Borriello ist »der Widerstand der alten Parteilogiken oder die schnelle Institutionalisierung neuer Logiken, die eine europäische Besonderheit darstellt, übrigens eine Unwägbarkeit der Theorien Laclaus.« In Frankreich hat sich das Zweiparteiensystem zwischen Mitte-Links und Mitte-Rechts trotz des Durchbruchs des Rassemblement National und später der Parti Écologique über viele Jahre

gut gehalten. Die Wahlen 2017 waren jedoch ein Erdbeben für dieses Zweiparteiensystem, und die Ergebnisse der Wahlen 2022 zeigen, dass diese Neuausrichtung nicht nur vorübergehend war, sondern von Dauer sein wird. Um die Partei von Emmanuel Macron herum kam es zu einer Annäherung zwischen Mitte-Links und Mitte-Rechts, und sowohl rechts als auch links von ihr konnten radikale Parteien eine große Anzahl von Stimmen auf sich vereinen.

In ihrer Kommunikation im Jahr 2017 war es für die LFI wahrscheinlich schwieriger, sich offen als »links« zu definieren, nachdem die fünfjährige Amtszeit von Hollande dazu beigetragen hatte, linke Politik in den Augen vieler Bürger unglaubwürdig zu machen. Nach einer Legislaturperiode der »Rechten«, die zahlreiche soziale Protestbewegungen hervorbrachte, fiel es der PTB 2019 wahrscheinlich leichter, sich als »authentisch« links zu profilieren. Man kann übrigens feststellen, dass die LFI heute wieder mit der Linken zusammenarbeitet, nachdem die fünfjährige Amtszeit Macrons eindeutig von der Rechten geprägt war und von den meisten Beobachtern als solche definiert wurde. Dies zeigt deutlich, dass Populismus kein dauerhaftes Attribut einer politischen Bewegung ist. Die von Parteien mobilisierten populistischen Strategien und Ideologien müssen immer analysiert werden, nicht als eigenständige Tatsachen, sondern als Prozesse, die aus einer dynamischen Perspektive und in ihren besonderen historischen und soziologischen Kontexten zu verstehen sind.

Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion aus »Lava 25«, Sommer 2023.

Aus dem Französischen übersetzt mit Hilfe von DEEPL Write und redaktionell leicht gekürzt von Lothar Geisler. Auf Quellenhinweise wurde dabei verzichtet.

Klimarettung durch Climate Engineering- Brandbeschleuniger?

Annette Schlemm

Es ist zu spät, um das Klima zu retten!

Manchmal wird behauptet, wir hätten noch einige Jahre Zeit, um das »Klima zu retten«. »Das Klima retten« meint dann, die Treibhausgasemissionen so weit zu senken, dass die global-durchschnittliche Temperaturerhöhung nicht über 1,5 Grad hinauschießt. Dieses Ziel war bei der Klimakonferenz in Paris 2015 beschlossen worden. Im Moment sind tatsächlich noch nicht so viel Treibhausgase von der Menschheit in die Atmosphäre geblasen worden, dass dieser Wert erreicht würde. Wenn wir (mehr zu diesem »wir« später), wie eigentlich geplant, vor einem Vierteljahrhundert begonnen hätten, die Emissionen zu senken, hätten wir pro Jahr nicht so besonders viel auf einmal einsparen müssen. Je länger wir es versäumt haben, »in den Knick« zu kommen zwischen Steigen und Sinken der Emissionen, desto mehr ist zusätzlich emittiert worden und umso schneller müsste die Reduktion der Emissionen nun stattfinden. Inzwischen müssten wir in nur noch wenigen Jahren auf Null kommen. Das ist aber rein sachlich schon gar nicht mehr zu schaffen: Es wird auch im günstigsten Fall eine gewisse Zeit (Jahre bis Jahrzehnte) gebraucht, um die Energietechniken vollständig auf Erneuerbare umzustellen, erst recht die industriellen und landwirtschaftlichen Praktiken und Techniken so umzugestalten, wie es notwendig wäre. Von sozial-gesellschaftlichen Veränderungen gar nicht zu sprechen...

Minderung und/oder Anpassung und/oder ...?

Inzwischen ist es zu spät, das Klima »zu retten«, indem die Treibhausgasemissionen

rechtzeitig gesenkt werden. »Rechtzeitig« ist vorbei. Das heißt, wir müssen uns an das sich verändernde Weltklima anpassen. Politisch hatten sich klimabewegte Menschen lange dagegen gewehrt, viel über Klima-»Anpassung« zu reden, weil das ja bedeutet hätte, zuzugeben, dass die Minderung der Emissionen nicht ausreichen würde. Man hatte Angst, dass das Reden über Anpassung die *Minderung* stocken lässt. Längst jedoch stecken wir in der Anpassung: privat bei der Überlegung, wann ich in den immer häufigeren Hitzetagen überhaupt noch rausgehen kann sowie bei der Urlaubsplanung und im kommunalen Bereich werden endlich Hitzeschutzpläne ausgearbeitet – über »Hitzefrei

Im Oktober 2023 erscheint das Buch von Annette Schlemm »Climate Engineering – Wie wir uns technisch zu Tode siegen, anstatt die Gesellschaft zu revolutionieren« im Mandelbaum Verlag (Wien) und sie hält am 15.11.2023 in der MASCH Wedel einen Vortrag über »Climate Engineering – Das Herumbasteln am Klimasystem als letzte Hoffnung der Menschheit?«



auf Arbeit« sollte auch viel mehr informiert und diskutiert werden! Um die Anpassung an den sich bereits vollziehenden Klimawandel und seine Folgen kommen wir auch bei der Gartenplanung und dem Forstumbau nicht mehr herum. So harmlos wie das jetzt für die meisten noch ist, wird es nicht bleiben – das Gefährlichste werden aber nicht die Dürren, Überschwemmungen und Orkane sein, sondern das werden die sozialen Verwerfungen werden, die mit den durch Dürre und Unwettern verursachten Hungersnöten und der Migration von Millionen von Menschen aus den Hitzeregionen verbunden sein werden. Eine sozialpolitische Anpassung an diese Folgen des sich bereits vollziehenden Klima-Umbruchs erfordert jetzt schon den Aufbau von Solidaritätsnetzwerken und die absolut dringliche Abwehr von Rassismus und Chauvinismus ... und eigentlich eine grundsätzliche Revolution hin zu einer solidarisch-ökologischen Gesellschaft, bei der es um ein möglichst gutes Leben für alle, eine gerechte Verteilung der Ressourcen und ein faires Miteinander geht.

Das scheint aber nicht in Aussicht, sondern ein anderer scheinbarer Ausweg wird angeboten, der von der gesellschaftlichen Revolution ablenken soll. Offiziell begann dies spätestens 2018 mit dem Sonderbericht des Weltklimarats (IPCC), in dem dieser erkundete, wie die in Paris beschlossene Höchsttemperatursteigerung von 1,5 Grad eingehalten werden soll. Hier tauchte in den Szenarien, mit denen das geschafft werden soll, die Option auf, in sehr großem Maße schnell wachsende und viel CO₂ aufnehmende Pflanzen und Bäume wie Chinaschilf, Pappeln und Weiden anzubauen, diese dann zur Energiegewinnung zu verbrennen und dabei das Kohlendioxid abzutrennen und wegzuspeichern. Diese Technik wird CO₂-Abscheidung und Speicherung aus Bioenergiepflanzen (engl. BECCS: Bio Energy Carbon Capture and Storage) genannt. Drei von vier in diesem Weltklimabericht genannten Szenarien enthalten eine Vervielfachung

der Kernenergie und ein z. T. riesiges Ausmaß an BECCS. Ein einziges Szenarium, bei dem das nicht gebraucht wird, um unter 1,5 Grad zu bleiben, geht von einem starken Sinken des globalen Energieverbrauchs aus – aber dies wird nirgendwo außer in der alternativen Post-Wachstums-Szene ernsthaft diskutiert und ist in kapitalistischen Verhältnissen auch nicht zu erwarten. Seit 2018 hat sich deshalb auch die Sprechweise verändert. Es wird nicht mehr nur gesagt, dass die Treibhausgasemissionen in Richtung Null gehen müssen, sondern »Netto-Null« und dass mindestens bestimmte, weiterhin auftretende Emissionen z. B. aus der Landwirtschaft und der Stahlindustrie durch »Negativ-Emissionen« ausgeglichen werden sollten. Damit sind die Climate Engineering-Techniken gemeint. Sie sind in die »normale« Klimapolitik eingeführt worden, ohne dass eine gesellschaftliche Debatte zu ihrer Wünschbarkeit und Verantwortbarkeit hätte geführt werden können. Dabei geht es hier um die Gefährdung des Weltklimas »hoch zwei«. Die Gefahr der Klimaveränderungen wird nicht etwa ausgeglichen durch solche Maßnahmen, sondern sie wird in Wirklichkeit potenziert, deshalb »hoch zwei«.

Letzte Rettung Climate Engineering?

Neben der Treibhausgas*minderung* und der *Anpassung* an den nicht vermeidbaren Klimawandel gab es im Hintergrund immer noch das *Climate Engineering* (meist Geoengineering genannt) als weitere Option, die uns als Menschheit vor der Erdüberhitzung retten sollte: Das Herumbasteln am Klima, entweder durch die Abschattung der Sonne oder dadurch, dass emittiertes Kohlendioxid der Atmosphäre wieder entzogen wird. Die Bezeichnung Climate Engineering, also ingenieurtechnische Klimaveränderung, ist dabei exakter als »Geoengineering«, wozu auch andere Landschaftsveränderungen ohne das Ziel, das Klima zu beeinflussen, gehören.

Schon das Nachdenken über Climate Engineering trägt auch die Möglichkeit in sich, dass die Hoffnung auf diese Möglichkeiten eine ausreichende Minderung der Emissionen gefährden könnte. Diese Angst ist absolut berechtigt. Gerade in unserer Zivilisation, in der so viel von Wissenschaft und Technik gehalten wird, in der alle es gewohnt sind, dass es für viele Probleme technische Lösungen gibt, wird dieser Ausweg wohl nur zu gern angenommen werden. Ältere von uns kennen sicher noch den auch in den sozialistischen Ländern verbreiteten übermäßigen Technikoptimismus und die Allmachtsphantasien für eine Umgestaltung der Erde. Auch für den Fall einer zu starken globalen Erwärmung gab es seit 1974 aus der Sowjetunion Vorschläge, Flugzeuge mit schwefelhaltigem Treibstoff in die Stratosphäre zu schicken, um den abkühlenden Effekt von Schwefelaerosolen in den Wolken nutzen zu können. An diesem Projekt wurde seit den 90er Jahren, vor allem auch von dem wegen der Entwicklung der Wasserstoffbombe berüchtigten Edward Teller, in den USA gebastelt und jetzt wird das hochaktuell. Der Autor aus der Sowjetunion (Michail I. Budyko) hatte von dieser Methode eigentlich wegen nicht vorhersehbarer Folgen abgeraten, aber diese Warnungen werden häufig in den Wind geschlagen. Die wahrscheinlichen Folgen bestehen in einer erneuten Schwächung der Ozonschicht und der Verschiebung von globalen Niederschlagsmustern, wie den Monsunen. Wenn wir bedenken, wieviele Menschen von der Regelmäßigkeit solcher Niederschläge abhängen, kann man den Einsatz dieser Technik nicht als verantwortbar ansehen.

Das gilt für fast alle Optionen, die unter den Begriff des Climate Engineering fallen. Die Climate Engineering-Techniken müssen, wenn man sie sachlich bewerten will, aber im Einzelnen untersucht werden. Eine pauschale Ablehnung ist nicht sinnvoll, denn auch solche Optionen wie die Aufforstung, die Wiedervernässung von Mooren und die Renaturierung

von Küstengebieten gehören dazu – und diese Maßnahmen sind auch aus anderen Gründen dringend zu befürworten.

Es gibt noch viele andere Ideen, Kohlendioxid aus der Atmosphäre und den Ozeanen »zurückzuholen«, aber sie sind technisch noch längst nicht im erforderlichen Ausmaß erprobt und wenn sie denn funktionieren, werden sie teuer sein und wer wird das wohl alles bezahlen müssen? Die Unternehmen, die das anbieten, werden daraus Profite generieren und die Gesellschaft wird es – über Preissteigerungen oder andere Wege bezahlen müssen, wie immer im Kapitalismus. Viele der Techniken haben selbst höchstwahrscheinlich unverantwortbare ökologische Folgen, die auch noch auf dem Globus ziemlich ungleich und damit ungerecht verteilt sein werden. Und auch die Maßnahmen selbst führen meist zu mehr Ungerechtigkeit. Pflanzungen für BECCS oder die Herstellung von Biokohle, auch eine vermehrte Aufforstung und andere Maßnahmen, die einen großen Flächenbedarf haben, geraten in Konkurrenz zur Nutzung der Erde für die Nahrungsmittelgewinnung und die Artenvielfalt. Andere Techniken, wie die direkte Entfernung von Kohlendioxid aus der Luft durch technische Apparaturen (z. B. DACCS: Direktentfernung aus der Luft mit Speicherung) verbrauchen selbst viel Energie, die ja auch aus sich erneuernden Quellen wie Sonne oder Wind erst aufwendig erzeugt werden muss (außer in Island, wo es genügend Geoenergie gibt, wo jetzt auch die Pilotanlagen stehen). Also entweder ist der Energie- und Technikaufwand unverhältnismäßig hoch oder der Flächenverbrauch. Insbesondere im letzten Fall führt das unter weiterhin kapitalistischen Bedingungen zu ungerechten Verteilungen von Kosten und Nutzen dieser Maßnahmen.

Bei den eben genannten Techniken würde wenigstens eins der wichtigen Treibhausgase (Kohlendioxid) entfernt. Wenn dagegen die Sonne zur Erniedrigung der Erdtemperatur abgeschattet wird, bleiben diese Gase weiter-

hin in der Atmosphäre. Sobald die Abschattungstechniken aus irgendwelchen Gründen, wegen Kriegen, wegen mangelnder Finanzierung oder warum auch immer, nicht mehr weitergeführt würden, würden danach die Temperaturen aufgrund der übermäßig emittierten Treibhausgase extrem viel schneller in die Höhe schießen, als wenn die Emissionen ausreichend gesenkt worden wären. Die meisten dieser Abschirmungen der Sonnenenergie sind sowieso unrealistisch teuer, am günstigsten wäre tatsächlich noch das Einbringen von Schwefelaerosolen in die Stratosphäre. Damit würde die Wirkung von Vulkanen nachgeahmt, die nachweislich durch das Ausspucken von Schwefel zu deutlichen Abkühlungen geführt haben. Aber viele negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft und insgesamt unbeherrschbare Veränderungen in den Niederschlagsmustern würden auch hier wieder zu unverantwortbaren und vor allem auch ungleich verteilten Folgen führen.

Kapitalistische Interessen!

Im zwanzigsten Jahrhundert wurden Climate Engineering-Techniken häufig explizit gegen die Forderung, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, gestellt. Edward Teller und seine Mitautoren schrieben z. B. noch 1999: »Wir plädieren für ein aktives technisches Management des Strahlungsantriebs [...] anstelle eines administrativen Managements der atmosphärischen Treibhausgase«. Auch der Milliardär Richard Branson meinte: »Wenn es uns gelänge, dieses Problem durch Geoengineering zu lösen, wäre Kopenhagen nicht nötig ... und wir könnten weiter mit unseren Flugzeugen fliegen und mit unseren Autos fahren.« Später änderte sich die Argumentation häufig: Jetzt, wo man sich lange genug gegen die Minderung gestellt hat, d. h. jetzt, da es zu spät ist, um unbeschadet davon zu kommen, werden diese Techniken als »letzte Rettung« beworben.

Eigentlich ist es auch die »letzte Rettung« für den Kapitalismus. Der will ein existen-

zielles Problem der Menschheit wieder einmal dadurch lösen, dass die einfachen Menschen die Kosten tragen und die Kapitalisten profitieren. So einer wie Bill Gates will sogar zweimal kassieren: Er fördert Climate Engineering-Forschung, um spätere Profite zu ermöglichen und investiert gleichzeitig noch in ein Unternehmen, das Gewinne aus dem Transport von Rohöl aus den kanadischen Teersanden macht. Im Übrigen gehört Gates natürlich auch zu den 10 Prozent der reichsten Menschen, die ca. 40 Prozent der Treibhausgasemissionen verantworten. Überhaupt drängt sich, wenn man viele Veröffentlichungen zum Climate Engineering von vor und während der Jahrtausendwende liest, der Eindruck auf, dass vor allem die Superreichen sich das Mäntelchen des »Weltenretters« umlegen möchten, indem sie ansonsten alles beim Alten lassen wollen, und die globale Erhitzung durch phantastische technische Mittel aufhalten wollen. Heute erscheinen dagegen schon auf den Titelblättern normaler populärwissenschaftlicher Zeitschriften die Bilder der CO₂-»Fresser« auf Island und machen fatal-falsche Hoffnungen.

System Change not Climate Engineering!

Climate Engineering beruht auf der Hoffnung, durch technische Lösungen den schlimmsten Folgen des Klimawandels abhelfen zu können, ohne gesellschaftliche Verhältnisse antasten zu müssen. Aber sogar im neuesten Bericht an den Club of Rome (»Earth for all«) ist verstanden worden, dass die wichtigsten »Kehrtwenden« zur Lösung der globalen Probleme erstens in einer Abschaffung der Armut und zweitens dem Ende der Ungerechtigkeit bestehen müssen. Dies ist auch deswegen notwendig, damit Menschen außerhalb der Wohlstandsinseln und auch innerhalb der früh und hoch industrialisierten Länder neue Wege der Befriedigung ihrer Bedürfnisse ohne Naturzerstörung gut finden und unterstützen können. Wer soll aufs Auto verzichten, wenn die Milliardäre weiter-

hin ständig mit Privatjets durch die Welt düsen? Überhaupt sind die bloß auf individuelle Verhaltensänderungen zielenden Ratschläge, auch aus der Klimabewegung, nicht besonders sinnvoll. Immerhin meint auch der Weltklimarat (IPCC) im aktuellen IPCC-Bericht, dass »transformatorische Änderungen der Produktionsprozesse« und »disruptive Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur« notwendig seien. Die ZEIT ONLINE titelte dazu (am 4.4.23), dies sei »Ein Aufruf zur Revolution«. Dies ist eigentlich unerhört, aber leider bleibt dieser Ruf im Wesentlichen auch ungehört. Einerseits haben wir eine Klimabewegung, die in ihren größten Teilen trotz der weit verbreiteten Losung »System Change not Climate Change« (dt.: »Systemwandel statt Klimawandel«) über einen wirklichen gesellschaftlichen Systemwechsel kaum nachdenkt und sozialpolitische Bewegungen und Institutionen, die Klimaschutzanliegen meist eher als Gefährdung des errungenen Wohlstands ansehen, denn als langfristige Überlebenssicherung. Dies öffnet nun wiederum jenen die Tür, die uns wieder einmal eine technische Lösung versprechen, ungeachtet der potenzierten technischen und gesellschaftspolitischen Gefahren, die damit verbunden sind.

Ökologische Klassenkämpfe

Wer »das System« als kapitalistische Klassengesellschaft versteht, kann in den gegenwärtigen ökologischen und Klimaschutz-Debatten gut die jeweiligen klassengebundenen Interessen sehen. Der Kapitalismus ist dabei einerseits deswegen zu kritisieren, weil dessen ausbeutungsgespeiste und über die Konkurrenz auch erzwungene Profittreiberei immer weiteres Wachstum und die damit verbundenen Naturzerstörungen mit sich bringt. All die Formulierungen im ersten Teil dieses Textes, in denen von »wir« geschrieben wurde, sind eigentlich falsch: In ihnen sind die besonderen Interessen der Kapitalisten (an Profit) scheinbar gleichgesetzt mit den Interessen derer, die kein Kapital besitzen, sondern »nur« ein Stück

vom Wohlstand abhaben wollen oder überhaupt ums Überleben kämpfen müssen.

Weiterhin ist aber vor allem zu kritisieren, dass die Kapitalisten als Eigentümer die Entscheidungsberechtigung über den Einsatz der Produktionsmittel haben und uns als Individuen oder Kleingruppen auch keinen ausreichenden »Exodus«, keine Abspaltung mit selbstorganisierter human-ökologischer Selbstversorgung gestatten. Wer »aussteigen« und anders leben und wirtschaften will, was in vielen klimabewegten Kreisen mittlerweile angestrebt wird, muss die Klassenfrage stellen lernen. Und jene, die schon lange für Alternativen zum Kapitalismus kämpfen, müssen für die Zukunft einsehen, dass auch die erwünschten neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsformationen nicht mehr unzulässig die Natur vernutzen und zerstören können. Für die Gegenwart kommt es darauf an, dass es in akuten Arbeitskämpfen nicht nur um Löhne und Arbeitsbedingungen geht, sondern dass wir uns auch die Frage nach dem wirklichen Sinn der Arbeit stellen und uns gegen Jobs in Rüstung und mit unverantwortlicher Naturzerstörung wenden. Gleichzeitig müssen sich die Menschen in den Öko- und Klimakämpfen die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit stellen.

Erste Schritte in die richtige Richtung zur Vereinigung dieser Bewegungen gehen in einigen Orten Gruppen aus den Klimabewegungen und der Gewerkschaft ver.di gemeinsam z. B. in der Kampagne »Wir Fahren Zusammen!«. Letztlich sind Erfolge solcher Zusammenschlüsse extrem wichtig, um die potenzierte Klima-Gefährdung noch einigermaßen auszubremsen!

Zum Unterschied von Gesinnungs- und Verantwortungsethik

Marlon Grohn

1.

Bis vor einigen Jahrzehnten noch, als Wörter Begriffe, und keine Werbe-Vokabeln für die neueste Kapitalismus verharmlosende Ideologie waren, wurde in der Moralphilosophie die Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und der von Max Weber so genannten Verantwortungsethik getroffen. Die Unterscheidung hatte Tücken und wurde immer auch kritisiert, vor allem von links – sie will aber bis heute nicht aus der Welt verschwinden und kommt bisweilen heute noch als »Pragmatismus versus Ideologie« vor.

Die Zeit, in der die verschiedenen Strömungen und Begriffe der Ethik allgemein unter »Moral« weggeheftet wurden, war die nach dem Ende der Systemkonkurrenz, die der nachmodernen Ratlosigkeit, also des Relativismus: Die Politik schien am Ende und irgendwie war alles Moral. Der Moral-Pluralismus war erfunden, und so konnte sich jeder, der wollte, als moralisch korrekt labeln: Der Hacker hatte seine Hacker-Ethik, der Imker seine Imker-Moral und die Kriminellen ihre Verbrecher-Ethik. Alles, falsch wie es auch war, hatte seine moralische Ordnung. Die Frage nach der Moral wurde streng materialistisch gelöst mit dem Verweis auf den Beruf, also die Quelle des materiellen Erwerbs, der man als Maßstab tugendhaften Handelns eine gewisse Gültigkeit nicht absprechen wird, weil jene Quelle ja die des Fressens ist, das bekanntlich *vor* der Moral kommt.

Die alten Kriterien aber verschwanden nicht völlig, und grob ließ sich immer noch zwischen zwei grundsätzlichen Formen von Ethik unterscheiden: Einerseits bezeichne-

te man mit der *Gesinnungsethik* das ethische Prinzip jener Leute, die sehr moralisch reden konnten, ohne diese bloß gesprochene Moral in der Realität beweisen zu müssen – die innere Gesinnung war rein. Es reichte die »gute Absicht«, um eine Handlung zu legitimieren, einer Überprüfung der Gültigkeit entzog man sich. Auf der anderen Seite gab es Menschen, die eher selten von Moral *sprachen*, weil sie dem erfahrungslosen Reden nicht viel abgewinnen konnten: Sie waren Vertreter der sogenannten *Verantwortungsethik*. Beide Ethiken, die der Verantwortung wie die der Gesinnung, haben linke wie rechte Anhänger.

2.

Ein klassischer Vertreter dezidiert linker Verantwortungsethik war Karl Marx. Bei ihm hieß das: »Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.« Das schwerwiegende heutige Elend ausgerechnet von Leuten, die sich in politischer Nähe zu den Ideen von Marx wähnen und trotzdem aus der Verantwortungs- wieder eine Gesinnungsethik zu machen beabsichtigen, hat seine Ursache nicht nur in allgemein ökonomischen, sondern auch organisations- und milieubedingten, Verhältnissen, die »unmoralische«, d. h. verantwortungsethische Haltungen wie die von Marx und Engels im Hier und Heute kaum noch erlauben.

Der gegenwärtigen Form linker Gesinnungsethik, die sich etwa in Phänomenen wie Identitätspolitik, Medien-Aktivismus oder Kampagnen wie »zerocovid« ausdrückt, geht es hingegen nicht ums Begreifen von gesellschaftlichen Funktionsweisen, um materialistische, gar dialektische Herleitung und Darlegung anhand wissenschaftlicher Kriterien wie der dazugehörigen Politik, sondern um Empathie, Gefühlsverletzungs-Schonung, und einer als »Solidarität« mit vermeintlich Schwachen missverstandenen Selbstsabotage.

In den liberalen Medien wiederum war zuletzt oft von einem »Gesinnungsterror«

die Rede, unter dem etwa Political Correctness, Sprach-Aktivismus, Woke-Ideologie usw. gefasst werden und der als eine Art neue, brachialere Form der Gesinnungsethik vorgestellt und in den Gegensatz zur klassischen Verantwortungs-Ethik gestellt wird. Dieses Bild ist aber unzutreffend; vielmehr manövriert solch Aktivismus zwischen den beiden Ethiken. Die Aktivismen heute wollen nämlich den Eindruck erwecken, als wäre mit dem Befolgen der Gesinnungsethik auch die der Verantwortung schon mit abgedeckt. Eine bloße Ethik der Gesinnung kann so im Gewand der Verantwortungsethik erscheinen (etwa bei grün-sozialdemokratischen Klimawandel-Maßnahmenvorschlägen oder bei den radikalen Forderungen nach Lockdown und Home Office unter Missachtung der klassengesellschaftlichen Verfasstheit des bürgerlichen Staates, in welchem, diese umgesetzt, gerade zur Schädigung der Schwachen führen), während die Verantwortungsethik inzwischen die Form bloßer Gesinnungs-Moralität annimmt, wie z. B. bei besonders antiautoritären Eltern, die ihren Kindern, deren Handeln sie zu *verantworten* hätten, bloße unverbindliche *Vorschläge* machen, wie sie sich selbst erziehen könnten – und damit gerade das heranziehen, was sie auf jeden Fall vermeiden wollten: sich nach Autorität sehrende Erwachsene.

3.

Die Renaissance einer Gesinnungsethik, die sich nun in den Stand der Verantwortungsethik zu setzen beginnt, offenbart sich auch anhand des von Jahr zu Jahr immer weniger aussagenden Etiketts »links«, das sich urbane, Hipness-affine Menschen mit subkulturellem Hintergrund bereits seit längerem lediglich aus Bequemlichkeit und Sehnsucht nach alten Zeiten anheften, in denen das Label noch etwas mehr meinte als »FCK AFD«-Sticker und vegane Ernährung, als es nämlich noch materiell unterfüttert war, etwa qua Existenz sozialistischer Staaten. Als gesinnungsethisch

einwandfrei zu gelten bedeutet dabei, nie die Probe aufs Exempel gemacht zu haben. Das war die Existenzgrundlage aller linken Antikommunisten, Kritischen Theoretiker und liberalen Kapitalismuskritiker des letzten Jahrhunderts und der Social-Media-Kampagnen-Abwinkenden von heute. Der Wert der Etiketten hat sich indes vermindert: Ein Label wie »links« muss sich heute nur rechtfertigen auf der bloßen Label-Ebene, also der Gesinnungsebene von Behauptungen und Gegenbehauptungen, nicht auf der von Handlungen materieller Existenzen. Gesinnungsethische Grundhaltung nämlich bedarf keines Beweises in der Wirklichkeit. Das erklärt ihre Beliebtheit ebenso wie ihre Erfolgslosigkeit.

Leute, die ihr Abnicken von Statements bereits als Handlung gelten lassen wollen, reden dann viel von Diskursethik. Diese geht davon aus, es gebe im Reden *in* einer unmoralischen Welt über eine unmoralische Welt eine besonders moralische Weise des Rede-verhaltens – »herrschaftsfreier Diskurs« und wie diese sozialdemokratischen Beschwichtigungsversuche potentiell revolutionärer Diskussionsteilnehmer so heißen. Der erste und einzige ethische Grundsatz des Diskurses, also des Redens übers Wirkliche, wäre aber die Wahrhaftigkeit, also das Zutreffen des Gesagten aufs Wirkliche. Immerhin ist dieser, in Zeiten der offen zugegebenen Verbreitung von »Narrativen«, also Märchen, insofern passé, als die Diskursführenden das Diskutieren mit der Propaganda für ihre jeweilige partikuläre Moral verwechseln. Der Unterschied zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik ist der von Sollen und Sein, der einer Trennung von Ideellem und Wirklichem. Hegel hat das bereits sehr treffend für das Gebiet der Philosophie dargelegt, und für das der Gesellschaft sollte es daher erst recht gelten:

»Aber die *Abtrennung der Wirklichkeit von der Idee* ist besonders bei dem Verstande beliebt, der die Träume seiner Abstraktionen für etwas Wahrfhaftes hält und auf das *Sollen*, das er vornehmlich auch im politischen Felde gern

vorschreibt, eitel ist, als ob die Welt auf ihn gewartet hätte, um zu erfahren, wie sie sein *solle*, aber nicht sei; wäre sie, wie sie sein soll, wo bliebe die Altklugheit seines *Sollens*? (...) Aber diese Klugheit hat unrecht, sich einzubilden, mit solchen Gegenständen und deren Sollen sich innerhalb der Interessen der philosophischen Wissenschaft zu befinden. Diese hat es nur mit der Idee zu tun, welche nicht so ohnmächtig ist, um nur zu sollen und nicht wirklich zu sein, und damit mit einer Wirklichkeit, an welcher jene Gegenstände, Einrichtungen, Zustände usf. nur die oberflächliche Außenseite sind.« (Hegel: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften, Frankfurt a. M. 1970, S. 48 f.)

Verantwortungsethik steht damit in der Tradition der dialektischen Philosophie von Hegel und Marx. Dialektisch ist Verantwortungsethik, indem sie *vom Ende her denkt*. Gesinnung steht stets am Anfang, Verantwortung am Ende. Bloße (gute) Anfangs-Absichten gelten ihr als ungültig in der realen Praxis, und deshalb als irrelevant, als ein typisches Symptom romantischen Weltzugangs, als bloßes Verkündigungs-Gebaren und also Instrument der Heuchelei. Wiederum ist die Gesinnungs-also: Absichts-Ethik (deren Vertreter Absichten, Pläne, Ankündigungen öffentlich aufbieten, ohne diese je einzulösen) aber deshalb so beliebt, weil die bürgerlich eingerichtete Welt den meisten Menschen keine Umsetzung ihrer hehren Ideale ermöglicht und es bei den Absichten bleiben muss. Weil Macht ein rares Gut, ist auch die Verantwortung selten anzutreffen. Aus der Not des Fehlens von beidem wird dann eine Tugend: Die Gesinnungs-Ethik, die unter den gegebenen Verhältnissen darauf hinausläuft zu beteuern, man hätte, wenn man den gekonnt hätte, das richtige getan. (Die Gesinnungs-Ethik-Kritik von rechts hat diesen Umstand gerne ignoriert und ihren Fortbestand nicht den gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern einzig dem Individuum angelastet, das zu feige oder selbstverschuldet unfähig sei.) Dies ist genau der Fall, in der sich

Gesinnungs- zu Verantwortungsethik empor mogelt – womit jene bereits die alleinige Gültigkeit dieser anerkennt.

4.

Auch das *Verhältnis* von Gesinnungs- und Verantwortungsethik ist ein *dialektisches* – schon weil beide Begriffe lediglich die jeweiligen Enden eines Spektrums benennen und kein reales Handeln genau auf einem der Endpunkte liegt. Beide Ethiken sind verwickelter miteinander, als Freunden des Idealtypus es lieb sein kann. Zum Beispiel waren bewegungslinke Sektiererei und Spalterei zwar schon immer *Gesinnungsethik in Aktion*, sie zogen aber durchaus eine veränderte politische Praxis, also Tugend im Sinne der Verantwortungsethik nach sich. So war man etwa gezwungen zur tatsächlichen Übernahme von Verantwortung, oder zog sich selbst nachdrücklich in die Sphäre Verantwortung hinein, erzwang diese durch zunächst bloß gesinnungsethisch gemeinten Aktionismus (wie z. B. die Gründung der USPD im Jahre 1917 zeigt).

Gesinnung, konsequent verfolgt, ist also letztlich nicht ohne Verantwortungsübernahme zu haben (wie auch die Berufung auf Verantwortung an ihrem Ende wieder auf die Gesinnung verweist), denn die ökonomischen und sonstigen materiellen Gesetzmäßigkeiten der Wirklichkeit drängen dazu, alles unter ihrer Fuchtel Stattfindende, also auch das bloß ideale, gedankliche, gesinnungshafte, in Wirkliches, also nicht bloß Ideelles, sondern mit den Interessen aller anderen vermitteltes, d. h. verantwortliches Handeln zu verwandeln.

In der gegenwärtigen Praxis der mit Verantwortung, also mit Macht *unvermittelten Moral* allerdings wird auch das Prinzip der Verantwortungsethik aufgelöst – man kann da von einer gelungenen Dekonstruktion, also Begriffsverwirrung sprechen. Die bloße moralische Empörung aus identitätspolitischer und anarchistischer Richtung gegen die Verantwortungsethik von z. B. marxistischer Praxis *setzt*

sich inzwischen selbst als Verantwortlichkeit; das bloße *Verkünden von Prinzipien* (»Aktivismus«), soll bereits dem Anspruch der Verantwortungsethik genügen, während gleichzeitig tatsächlich erfolgreiche und tugendhafte, verantwortungsvolle und weltverbessernde Realitäts-Großprojekte wie das der sozialistischen Revolution Lenins plötzlich ein Verbrechen seien, weil *gesinnungsethisch unzureichend*. Hierbei wird die – persönliche, subjektive, zufällige – Gesinnung als Maßstab an alles andere in der Welt gelegt. Dasselbe Prinzip wird auf Staatsebene als *Werte-Politik* der Bundesregierung fortgeführt, die nichts anderes ist, als Gesinnungsethik im Dienste der imperialistischen Herrschaft. In beiden Fällen ist die Praxis nicht auf Tatsachen, also materiellem Sein gegründet, sondern auf Werten, also ideellem Sollen.

Verantwortungslosigkeit empfiehlt sich dabei als neue Verantwortungsethik in einer Welt, die inzwischen so arbeitsteilig funktioniert, also in ihrer gesellschaftlichen Einrichtung so fragmentiert ist, dass es als folgerichtig – und bereits verantwortungsvoll – erscheint, wenn die Schwätzer nur ihrer Schwätzer-Ethik entsprechen.

Der Liberalismus ist dabei inzwischen clever genug zu wissen, dass seine Ideologie durchsetzungsfähiger ist, wenn sie in gutmeinender, moralisierender Manier, etwa von den sogenannten Minderheiten oder Identitäts-Außenseitern (z. B. Frauen, Migrant*innen, LGBTQs, auch Linken) verkündet wird. Denn in diesen hat man Ideologie-Träger mit einer – gerade gegenüber linker Kritik – viel höheren Immunität: So kann der antimarxistische Koloros von gesinnungsethischen Linken ohne großen Widerspruch legitimiert werden. Die Rechnung geht auf: Eine Linke, die statt materialistischer Analyse und Klassenkampf nur noch Gesinnungsmoralisierung (»Privilegiencheck«, Identitätsprüfung usw.) betreibt, fügt sich reibungslos in den Konkurrenzbetrieb des Kapitalismus ein, in dem das Mustern eines jeden Konkurrenten auch noch als Solidarität oder Minderheitenschutz ausgegeben werden

kann; sie gefährdet damit keine Machtposition und nicht die Besitz- und Ausbeutungsverhältnisse, sondern ändert nur die (Identitäts-) Zusammensetzung derer, die die Macht- (und freilich auch Ohnmachts-) Positionen bekleiden und im Ausbeutungsverhältnis oben stehen. Die Gesinnungsethik erweitert sich hier zur Identitätsethik, bei der bereits die physische Erscheinung eines Menschen für die korrekte Gesinnung bürgen soll.

5.

Damit aber nimmt Gesinnung die Maske von Verantwortung an: Mit der Maske, also bloßen *Form* will sie auch deren *Status* erlangen und so kann eine generalisierte Anklage auf Basis subjektiver Empfindungen als verantwortliche Handlung erscheinen in einer Gesellschaft, in der zunehmende Verelendung subalterne Hilflosigkeit und damit die Gesinnungsmoralisierung aller Lebensbereiche als Normalität nach sich zieht. Verunsicherte Staatsbürger geben ihre Beunruhigung weiter an andere; die Seele läuft aus wie ein undichtes Behältnis, und das wird bereits für Tugend, gar Politik gehalten.

Die Debatten um die Identitätspolitik gehen daher am eigentlichen Punkt vorbei. Nicht etwa, weil alles mögliche in den Topf dieses Aktivismus hineingeworfen wird, sondern weil noch zu wenig hineingeworfen wird: Denn freilich funktionierten große Teile nicht nur linker Politik, sondern auch linker Theorie, auch der des Klassenkampfes, schon lange zuvor als identitätspolitische. So übrigens lässt sich die erstaunliche Popularität identitärer Ideologie besonders unter Linken, auch ehemaligen Materialisten, erklären: es gab Identitätspolitik schon immer, nur wird sie jetzt offen so genannt. Die Kategorien des Klassenantagonismus werden heute hauptsächlich in Gestalt von Identitäten wahrgenommen, weil auch schon vorher die Klasse als identitär missverstanden wurde – und, was dasselbe ist, die Identitäts-Kategorien werden auf die Klassenzugehörigkeiten projiziert, womit diese ver-

deckt werden und nun in reaktionärer Manier wieder als bloß kulturelle – also durch Drüberreden, Privilegiencheck oder »Teilhabe« *innerhalb* des Rahmens der bestehenden Klassenherrschaft abschaffbar – erscheinen.

Das Geltendmachenwollen von Gesinnungsethik als Verantwortungsethik ist also gar nicht so neu, sämtliche Sektierer und politischen Kleingruppen jeder Richtung pflegten diese Praxis schon immer. Der Unterschied zu früher und Ursache der Bedeutungsverschiebung, die Gesinnung als Tugend, Aktivismus als Tat, und Werte als Realität gelten lässt, ist, dass die zuvor sektiererische Ethik aus den politischen Subkulturen heute als avantgardistisches Vorbild fürs Ummodeln liberaler Herrschaft und ihrer Ideologie fungiert und nun aus hohen Machtpositionen heraus angewendet wird.

6.

Die in Behauptungsmoral übergehende Gesinnungsethik weiß nun gerade diesen Übergang für sich zu nutzen: Wo Behauptungen bereits als reale Handlungen gelten, kann sich eine Moral, die nur behauptet, als reale setzen: Gesinnungsethik geht bereits darin auf, *vorzugeben, eine Ethik zu sein*. Sie gibt sich damit zu erkennen als die Moral von Insassen einer geschlossenen Anstalt, die wissen, sie kommen ohnehin nicht mehr in die Wirklichkeit hinaus, um sich zu überprüfen. Das Aufheben, das die Gesinnungsethik um sich macht, genügt sich selbst; Realität außerhalb ihres Kreises der ideellen Verkündigungen interessiert sie nicht weiter. Dieser Kreis aber ermöglicht die ständige Erweiterung, indem er jene anspricht, die sich von wohligen Worten und hehren Idealen blenden lassen. (Man vergleiche einmal z. B. in der deutschen Linken jene Gruppen, die sich selbst als *trotzkistisch* bezeichnen (immerhin einige) und jene, die sich als *stalinistisch* bezeichnen (keine); dann schau man mal, welches Maß etwa an Verantwortung und Macht den beiden namengebenden Arbeiterbewegungs-Politikern historisch jeweils zukam:

Hier schon zeigt sich, wie beliebt eine Gesinnung ist, die immer lediglich die Gegenseite zur sich durchgesetzten sozialistischen Politik abgeben und in der bloßen Sphäre edler Gesinnung und Absichten verbleiben will.)

Gesinnungsethik heute erweist sich als eine Form der Werbung und ist damit in der Tat eine *wirkliche* Moral – aber eben nur eine auf der Ebene der Reklame. Gesinnung ist das, was man beim Bewerbungsgespräch erzählt, Tugend das, was man nachher wirklich gearbeitet hat. Dieses zu Marketingzwecken erdachte, hoch professionell organisierte Gefüge von (zumeist guten) Absichten ist längst selbst eine Ideologie für sich, eine Ideologie, die bestehende Macht wie Ohnmacht gleichermaßen rechtfertigt; sie äußert sich auch zunehmend in Phänomenen wie der Prokrastination und psychischen Erkrankungen.

Die durch den globalen Klassenwiderspruch hervorgerufenen, also in Wahrheit politischen Phänomene wie Prokrastination, Faulheit, Depression, ja bisweilen ernsthafte Erkrankungen des Gemüts – die nur die andere Seite der Macht bilden – werden zu einem Lifestyle-Baustein, einer kultigen Pose mystifiziert und bisweilen – etwa im freiwilligen Zuhausebleiben und Selbstisolieren während der Corona-Zeit – sogar zu einer, als »*self care*« missverstanden, ehrbaren Haltung verherrlicht. Die Gesinnungsethik ist also nicht nur eine harmlose Macke von Romantikern und politisch Naiven, sie bleibt nicht nur im einzelnen Bewusstsein, vielmehr wird sich ihrer bedient als ein Element im Geflecht von sich ergänzender Unterdrückung und Selbstsabotage. Sie ist ein Defekt, der als moralische Handlungsempfehlung an andere weitergereicht wird.

7.

Die psychischen Dispositionen sind aber nicht, wie von Reaktionären oft behauptet, die *Ursache* von Gesinnungsduselei, sondern selber ein gesunder *Reflex* des Individuums in-

nerhalb von materiellen Zuständen, die einer Masse an Leuten lediglich einen für die tatsächliche Verantwortungsübernahme unzureichenden sozialen Status ermöglichen, was wiederum mit seelischem Irrsinn zu kompensieren versucht wird. (Daher ist die identitätspolitische Moralisierung auch keine Bekämpfung, sondern in erster Linie ein Symptom von Ungleichheit.) Die (*materielle*) Not, aus der nach dem Sprichwort eine »Tugend« (im Sinne von: abstrakter Gesinnungsmoral) gemacht werde, ist eine gesellschaftliche, eine politisch, keine seelisch erzeugte. Damit ist aber auch die Gesinnungsmoral als ein Element gesellschaftlicher Unterdrückung zu begreifen, also als Zerrbild von bürgerlicher Klassenherrschaft und deren Verantwortungsethik: Gesinnungsmoralisches Bewusstsein hat, wer der Verantwortung ledig ist. Was eben auch heisst: Eine linke Arbeiterschaft, die nicht an der Macht, also in Verantwortung ist, gerät in den Zustand der – z. B. sozialdemokratischen oder anarchistischen – Verlotterung und Gesinnungshuberei, weshalb Marx ja empfahl, diesen Zustand qua weltweiter Vereinigung zu überwinden.

In zerfallenden, klassenwiderspruchsbehafteten oder sonstwie chaotisch eingerichteten Gesellschaften aber gewinnen gesinnungsethische Haltungen nicht bloß große Verbreitung und *Triftigkeit* beim einfachen Volk, sondern tatsächlich auch – politische – *Relevanz*. Nur: diese Relevanz erlangen ihre Träger nicht als ernst genommene politische Subjekte, als Musterbeispiele von besseren Regeln, an die sich alle hielten, sondern bloß als Objekt, auf das die bürgerliche Herrschaft verweisen kann, wenn die Aufmüpfigen nicht brav genug sind (es sei ja schließlich für jeden Anerkennung innerhalb des Systems möglich, man müsse nicht gleich revolutionär werden.) Diese negative Anerkennung macht die Gesinnungsethiker ganz stolz: ihre Ideologie kann Geltung beanspruchen, indem sie sich einer Hülle der Verantwortlichkeit bemächtigt, Motto: »Seht her wie *verantwortlich* wir sind, selbst das Bun-

desministerium lobt uns fürs zuhause bleiben und brav sein!«

Möglich ist dieses Geltendmachen von Gesinnung als Verantwortlichkeit, weil die Gesinnungs- mit der Verantwortungsethik grundlegend verwoben ist und ihre Rückseite bildet. So erscheint das bloße Ausstellen von Gesinnung in der Öffentlichkeit zunehmend selbst als eine Form der Verantwortung. Dieser Meinung nach soll es bereits ein politischer Akt sein, Gesinnung zu bekunden. Die *spezifische Weise der Verantwortung* ist bei der Gesinnung gerade, so paradox das klingen mag, das *Nicht-in-Verantwortung-Sein*: Die Gesinnung lügt sich um zur Handlung – und das kann sie ohne Schwierigkeit in Öffentlichkeiten, die in Stämme von Ideologie-Gläubigen zerteilt, deren Kriterium also die Gesinnung ist und nicht etwa die Wahrheit. Mit anderen Worten: In der Welt der Nichtverantwortlichen ist die Nichtverantwortlichkeit die eigentliche Verantwortung – nämlich die eines Ethos, das die Verantwortung scheut und das als »radikal«, »stabil«, »true« usw. labelt.

Parallel zum Geltendmachen von Gesinnung als Verantwortung, also Moral als Macht, läuft eine Umkehrung der Logik der Macht zu einer scheinbaren Logik der Moral: Moralapostel mit viel Empörung, aber wenig Macht, *gewinnen* sukzessive an Macht, *gerade mittels* ohnmächtigem Moralismus. Das Paradebeispiel dafür ist der derzeitige Bundesgesundheitsminister Lauterbach: Mit Moral an die Macht gekommen, jetzt ohne Moral Macht ausübend – so ist das immer. Das Problem solcher Moralisten – um nicht zu sagen: berechnender Romantiker – an der Macht ist immer gewesen, dass sie keinerlei politische Substanz vertreten, zu deren Förderung sie die Macht dann nutzen könnten: Außer Anklage, Empörung, Moralismus zum Zwecke des eigenen Vorankommens gab es da nichts. Während ihrer gesamten politischen Laufbahn hielten sie sich ans Prinzip der gesinnungshaften Moral; es ist zwingend, dass sie an der Macht in sich zusammenfallen müssen, da sie die Logik

der Macht – also: der Verantwortungsethik – stets ablehnten, aber nun ihre Logik der Gesinnung nichts mehr zählt. So sitzt der tragische Lauterbach jetzt im Ministerium und muss all das höchstpersönlich *verantworten*, was er zuvor noch, als *seiner Gesinnung nicht gemäß*, *kritisieren* konnte.

8.

Die Feindschaft, ja der Kampf gegen die Gesinnungsethik war einmal ausdrücklich kommunistisch, etwa bei Brecht: Die Ladeninhaberin Shen Te in Brechts »Der gute Mensch von Sezuan« gibt – gesinnungsmoralisch – vor, ihr geschäftlicher Erfolg beruhe auf ihrer Nettigkeit und Güte, obwohl er einzig Folge des rücksichtslos kapitalistischen Vettters ist, als der sie sich – verantwortungsethisch – ausgibt, wenn es wirtschaftlich drauf ankommt. Was Brecht also mit seiner linken, kommunistischen Kritik des gesinnungsmoralischen Gutmenschentums aufzeigen wollte, war, dass es in kapitalistischen Verhältnissen eben *nicht* möglich ist, *gut* zu sein. (Umso tragischer, dass heute diese Kritik, ja das Wort vom *Gutmenschen* in die Hände der Rechten gefallen ist, die ja die falschen Verhältnisse weiter aufrechterhalten wollen – und das von Linken auch noch hingenommen wird.) Die Gesinnungsethik also, welche das trotz allem behauptet, erweist sich als bloßer guter Schein zum bösen Treiben, als Imagepflege der Kapitalherrschaft.

Um historisch konkrete Beispiele zu nennen: Rudi Dutschke, das war Gesinnungsethik. Lenin, das war Verantwortungsethik. Die Beispiele zeigen, dass der Gesinnungsethiker gar nicht Herr über seine gesellschaftliche Lage ist, als den er sich aber ausgibt. Wo die geschichtliche Situation keine revolutionäre ist, ist es dem, der die Revolution will, nicht ermöglicht, Verantwortung zu übernehmen – so rutscht er ab zum Gesinnungsethiker. Aber ausgerechnet diese Degradierung zur Unwirklichkeit wird bei Aktivisten wie Dutschke – folgerichtig bis hinein ins liberale Bürger-

tum – begrüßt und geehrt; er kann sich umso mehr als – angeblich verantwortlicher – Held vorkommen, je revolutionärer er – unverantwortlich, also gesinnungshaft – redet, und er kann revolutionär reden, weil die Situation so unrevolutionär ist.

Die Gesinnungsethik drückt daher nichts anderes aus, als das Durchregieren der gesellschaftlichen Macht in die Individuen und deren Psychen hinein; sie erweist sich in Wahrheit als eine Ethik der Macht, eine, die unbewusst immer gerade das predigt, was die Produktionsverhältnisse und ihre Herrschaft an Moral unter den Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt benötigen. Diese Ethik realisiert sich als eine Form der Unterdrückung, die aber in der Vorstellung ihres Trägers als von ihm selbst ausgehende Tugend missverstanden wird. Der Gesinnungsmoralismus ist Teil des zerstörerischen Feldzugs der psychopolitischen Apparate: So kann eine durch Klassenherrschaft und deren Beschädigung der Individuen erzeugte Entrückung, wenn nicht Erkrankung der Seelen den Geschädigten selbst noch als edle Haltung erscheinen, statt in Wahrheit als Klassenkampf gegen sie selbst. Identitätspolitik, deren Anhänger ihre spezifische Benachteiligung oder Verworfenheit zur Identität erhöhen und das als Selbstermächtigung missverstehen, ist Folge und Mahnmal dieses Feldzugs.

Die Gesinnungsethik nützt somit der Gegenaufklärung und ihrer politisch reaktionären Ziele. Deshalb waren die Klügeren unter den Konterrevolutionären und Reaktionären nie einfache Liberale, sondern fast immer Konservative und Sozialdemokraten: im Gegensatz zum politischen Liberalismus und seinen verwandten Ideologien waren diese beiden Tendenzen immer sehr darauf bedacht, den bürgerlichen Staat als Unterdrückungsapparat – und damit Quelle der fruchtlosen Gesinnungsethik der Unterdrückten – in großem Umfang zu erhalten, wenn nicht auszubauen. Bismarcks Sozialgesetzgebung bei gleichzeitigem »Sozialistengesetz« gibt ein gutes Bei-

spiel dafür ab. So hält man Gesinnungsethik am Laufen.

Die Selbst-Unterdrückung qua Entsagung vom Handeln (weil: unmoralisch), die das gesinnungsmoralische Brimborium in Wahrheit darstellt, stützt also immer nur die eigene Schwäche, statt, wie vorgegeben, den gesellschaftlich Schwachen zu nützen. Es kann daher dem Marxismus auch nicht um eine bloße Kritik der Gesinnungsethik gehen. Stattdessen ist diese als ein notwendig entstehendes Komplement der Verantwortungsethik, als Erzeugnis antagonistischer Verhältnisse zu begreifen und sind also Verhältnisse zu erwirken, in denen es so vielen wie möglich gestattet sein wird, sich verantwortungsethisch zu beweisen (»Proletarier aller Länder, vereinigt euch!«). Dass wiederum ein sich als links verstehender politischer Kampf zur Zeit ausgerechnet das Gegenteil praktiziert, ist wiederum nur eine Seite der Misere. Die andere sind Rechte und Liberale, die im Ernst glauben, sie hätten ein stichhaltiges Argument, wenn sie prekarierten, ohnmächtigen Existenzen ohne gesellschaftlicher Verantwortungsrolle vorwerfen, sie handelten nicht verantwortungsethisch oder »eigenverantwortlich«, obwohl jene Reaktionen selbst die Hüter und Verteidiger einer Ordnung abgeben, die diese *Ohnmacht* und also *Verantwortungslosigkeit* – und damit: der Grundlage der Existenz von Gesinnungsethik – der Massen etwa qua Arbeitsmarkt, kapitalistischer Konkurrenz, dreigliedrigem Schulsystem und sonstigen gut gepflegten Entmündigungs-Apparaten stetig und organisiert hervorbringt.

Machtverhältnisse im heutigen Russland

Ditte Gerns

1. Einordnung des herrschenden Gesellschaftssystems

Ausgangspunkt für die Betrachtung der Machtverhältnisse im heutigen Russland muss die Einschätzung der herrschenden Eigentumsverhältnisse sein, auf denen die Macht des Staates basiert. Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems und der Auflösung der Sowjetunion etablierte sich in kürzester Zeit auf den Trümmern ein kapitalistisches System mit weitreichenden monopolistischen Strukturen. Diese waren kein Ergebnis eines langandauernden Entwicklungs- und Konzentrationsprozesses, sondern Resultat der Übernahme großer Kombinate durch deren Manager oder Vertreter der alten Nomenklatura, die ihre Netzwerke aus sowjetischer Zeit in Politik und Wirtschaft für ihre Interessen nutzen konnten. Es bildeten sich große einheimische Finanz-Industriekonglomerate, die bei ihrer Entstehung durch den Staat dadurch geschützt waren, dass ausländische Unternehmen nicht an den großen Privatisierungen teilnahmen. Über ihre engen Kontakte zum Jelzin-Clan und ihre finanziellen Hebel hatte die entstehende Oligarchie in den 90er Jahren großen Einfluss auf die Politik.

Diese spezifische russische Turboakkumulation des Kapitals und die auf ihrer Grundlage entstehende »wilde« Form des staatsmonopolistischen Kapitalismus stießen Ende der 90er Jahre an ihre Grenzen, da sie auf Dauer kein erfolgversprechendes Entwicklungsmodell darstellen konnten. Nachdem Wladimir Putin im März 2000 zum Präsidenten gewählt worden war, begann die staatsmonopolistische Entwicklung in mehr oder weniger geordne-

ten Bahnen zu verlaufen. Putin formierte eine politische Koalition, die es ihm ermöglichen sollte, die nach der Zerrüttung Russlands in der Jelzin-Periode entstandenen Konflikte zu lösen und die Politik des Landes dauerhaft zu stabilisieren.

Ihm gelang die Herstellung einer »Vertikale der Macht«. Es handelt sich dabei um ein Prinzip des Staatsaufbaus, nach dem alle Institutionen, Strukturen und Akteure in Politik und Wirtschaft auf die Person des Präsidenten ausgerichtet sind. Ein wichtiger Schritt war dabei die Beschneidung der Macht der unter Jelzin einflussreichen Gouverneure und die Konsolidierung der uneingeschränkten Vorherrschaft des föderalen Zentrums.¹ Parallel dazu wurde der direkte politische Einfluss der Oligarchen zurückgedrängt. Um den staatlichen Einfluss abzusichern, übernahmen hochrangige Beamte und Geheimdienstler (Silowiki) aus Putins vertrautem Kreis die Chefetagen der staatlich dominierten Konzerne. Damit begannen sie faktisch als Oligarchen im Auftrag des Staates eine bedeutende Rolle im polit-ökonomischen Komplex des Landes zu spielen und gewannen an politischem Einfluss.

Ein Report des unternehmernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft von 2022 kommt im Gegensatz zu einigen Politologen, die den Machtverlust der Oligarchen überbewerten, zu dem Schluss: »Trotz des Machtverlusts der früheren Oligarchen ist Russland weiterhin ein oligarchisch organisiertes Machtsystem, da eine exklusive Elite mit Hilfe extraktiver politischer und wirtschaftlicher Institutionen maßgeblich die Schwerpunkte in der Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik bestimmt. Diversifizierungen der Wirtschaft und

technologische Sprünge in innovative Sektoren fanden nicht statt, denn diese Umstrukturierung wäre nur unter der Hinzunahme von neuem, externem Know-how möglich gewesen, was zwangsläufig zur Umschichtung von Ressourcen, zur Streuung von Profiten und zur Neuverteilung von Macht geführt hätte. Das konnte nicht im Interesse der exklusiven Elite sein, die mit dem Export von Rohstoffen weiterhin hohe Renten erwirtschaftete.«²

Die rohstoffbasierte Akkumulation des Kapitals in Russland macht den Staat extrem abhängig von den Steuereinnahmen einer Hand voll rohstofffördernder Unternehmen und damit vom volatilen Weltmarktgeschehen, von Devisenschwankungen und politischem Druck. Seit Beginn des Ukrainekriegs werden die Nachteile dieses Systems besonders deutlich. Von Januar bis April 2023 gingen die russischen Öl- und Gaseinnahmen um 52 % auf 2.282 Milliarden Rubel im Vergleich zum Vorjahr zurück. Da nach Zahlen des russischen Statistikamts Rosstat die Gewinne bei Unternehmen mit einem Staatsanteil von über 25 Prozent im letzten Jahr sich mehr als halbierten, während sich die Unternehmensgewinne insgesamt nur um knapp 13 Prozent verringerten, wird deutlich, dass private Unternehmen weniger Verluste einführen. Der Präsident und Vorstandsvorsitzende der Außenhandelsbank VTB Andrej Kostin nutzte diese Situation, um für eine erneute Privatisierungsetappe zu werben.³

Im Gegensatz zu den von der Oligarchie dominierten Wirtschaftszweigen, vor allem dem Rohstoffsektor, ist die verarbeitende Industrie schwach entwickelt. Ein Grund hierfür ist einerseits die Marktöffnung in den neunziger Jahren, wo einheimische Produkte

1 <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/47962/foederalismus-in-russland/>; auf alle Links im Beitrag wurde zuletzt am 18.8.2023 zugegriffen.

Dieter Segert, Post-sowjetischer Kapitalismus als Gesellschaftsform – Russland und Ukraine im Vergleich. Ein Essay, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 133/2023, S. 25 ff.

2 <https://www.iwkoeln.de/studien/simon-gerards-iglesias-michael-huether-wirtschaftliche-entwicklung-durch-rueckschritt-zu-den-perspektiven-der-russischen-volkswirtschaft.html>

3 <https://finanzmarktwelt.de/russland-staatseinnahmen-im-sturzflug-aktuelle-daten-270468/>

durch Importe vom Markt verdrängt wurden, andererseits die geringere Profitabilität gegenüber der Rohstoffgewinnung. Die seit Jahren deklarierte Offensive zur Importsubstitution hat bisher keine großen Erfolge gezeitigt.

Auf Grundlage der beschriebenen Wirtschaftsstruktur kann festgestellt werden, das Russland ökonomisch nicht in der ersten Liga der hochentwickelten imperialistischen Länder spielt.⁴

2. Politische Herrschaftsstrukturen in Russland

Vor dem Hintergrund dieses staatsmonopolistischen Systems sind die politischen Herrschaftsstrukturen zu sehen. Das Zusammenwachsen der politischen Macht der Staatsbürokratie mit der Oligarchie wird in der 2012 durchgeführten und 2017 erneuerten Untersuchung der Consulting Group Mintschenko mit ihrem Modell des »Politbüro 2.0« verdeutlicht. Die herrschende politische Elite in Russland besteht aus einem Konglomerat von Clans und Gruppen, die um die Ressourcen des Landes konkurrieren. Das Politbüro 2.0 mit Vertretern von Staat und Oligarchie ist als informelles Organ, das sich nach dem Machtantritt Putins herausgebildet hat, dazu da, die bestehenden Widersprüche zu lösen. Dabei tritt Putin in der Rolle des Schiedsrichters und Moderators auf. Um das Politbüro 2.0 hat sich eine Reihe konkurrierender Gruppen formiert, die als Silowiki (Militärs, Geheimdienstler und Angehörige anderer bewaffneter Organe), Unternehmer, Politiker (Regierung, »System«opposition und Kirche) und Techniker bezeichnet werden. Deren einflussreichste Vertreter werden als »Kandidaten« für die Mitgliedschaft im Polit-

büro 2.0 bezeichnet. Die übrigen gehören zur Peripherie, dem sogenannten Zentralkomitee.⁵

Auf drei der oben erwähnten Gruppen, die Silowiki, die Oligarchen und die Politiker soll im Weiteren näher eingegangen werden.

2.1 Silowiki und neue Akteure auf militärischem Gebiet vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs

Die Silowiki haben schon immer eine große Rolle im russischen Machtgefüge gespielt. Da die sogenannte »militärische Spezialoperation« im Gegensatz zu den offiziellen Verlautbarungen nicht nach Plan läuft, geraten die Vertreter der Armee in der Öffentlichkeit als wichtige Gruppe innerhalb der Silowiki immer stärker unter Druck. In den russischen Medien wird, entgegen der sonstigen Einschränkung der Meinungsfreiheit mit Blick auf den Krieg in der Ukraine, erstaunlich offene Kritik an der Strategie und Taktik der Kriegführung geübt. Der Druck lässt sich u. a. an den zahlreichen, kurz aufeinanderfolgenden Umbesetzungen in der oberen Armeeführung nachvollziehen.⁶

Neue Akteure treten neben der Armeeführung auf. Sie gehören zwar nicht dem engsten Führungskreis an, haben jedoch einen großen Machtzuwachs u. a. medial erfahren, und müssen in das Herrschaftssystem eingebunden werden. Nach Meinung des Osteuropahistorikers Martin Schulze Wessel entspricht es »Putins neofeudalem Politikansatz, neben der regulären Armee andere private Militäreinheiten entstehen zu lassen«, womit anstelle des staatlichen Gewaltmonopols eine oligarchische Konkurrenz von Warlords tritt.⁷

4 Vgl. zum imperialistischen Charakter Russlands: Willi Gerns, Das Putinsche Russland, Machtverhältnisse und Politik, in: Marxistische Blätter, 1/2015, S. 67 ff.

5 https://minchenko.ru/netcat_files/File/Big%20Government%20and%20the%20Politburo%2020_0.pdf, https://www.minchenko.ru/netcat_files/user-files/2/Dokumenty/Politburo_2.0_October_2017_ENG.pdf

6 <https://svpressa.ru/war21/article/359934/>

7 <https://zeitung.faz.net/faz/feuilleton/2023-07-04/e123ba3201fc06dcbd5196285e29764c/?GEPC=s5>

Da ist Ramsan Kadyrow erwähnenswert, der 2007 auf Vorschlag Putins vom tschetschenischen Parlament zum Präsidenten gewählt wurde und der mit harter Hand Tschetschenien unter russischer Kontrolle hält. Im Oktober 2022 wurde er, wohl als Dank für den Ukraine-Einsatz von Teilen seiner Miliz, die 2006 als Regiment der Russischen Nationalgarde legalisiert wurde, zum Generaloberst befördert.

Wichtiger als Kadyrow mit seinen in offizielle Strukturen eingebundenen Kämpfern ist das private Kriegsbusiness ein stark wachsender Wirtschaftszweig in Russland, der bisher ohne gesetzliche Grundlage im Graubereich agiert.⁸ Seine Bedeutung liegt für den Staat vor allem darin, dass diese Unternehmen Söldner zum Kampf in die Ukraine und ihn so vor der in der Bevölkerung unbeliebten Mobilisierung junger Männer bewahren. Diese Unternehmen verbinden mit dem Krieg ihre privaten, eigenützigen Profitinteressen. Sie treten radikal für eine Verschärfung der Kampfführung ein. Außerdem weist Alexander Chramtschichin, stellvertretender Direktor des Instituts für politische und militärische Analysen, darauf hin, die Interessen der russischen Unternehmen im Ausland seien auch die Interessen des Landes, da die Wirtschaftsordnung privatkapitalistisch sei.⁹

Jewgenij Prigoschin, Chef der Private Military Company (PMC) »Wagner«, ein recht zwielichtiger Geschäftsmann mit engen Beziehungen zu Putin, war der exponierteste Vertreter des Kriegsgeschäfts. Ihm gehörten nicht nur die Cateringfirma Concord und zahlreiche weitere Unternehmen im Bereich Gastronomie zur Versorgung staatlicher Einrichtungen, weshalb er »Putins Koch« genannt wurde, sondern laut der Zeitschrift »Capital« auch Rohstofffirmen. Sein internationales Firmennetzwerk erwirtschaftete laut Recherchen der »Financial Times« 2021 250 Mio. Dollar. Das Geld stammt

hauptsächlich aus Geschäften mit Öl, Gold, Diamanten und anderen Rohstoffen aus Afrika und dem Nahen Osten. Erlöse von Prigoschins russischen Unternehmungen sind dabei nicht berücksichtigt.¹⁰

Vor diesem Hintergrund bekommt die 2014 gegründete PMC »Wagner« einen Sinn, denn deren Söldner kämpfen nicht nur in der Ukraine, sondern auch in afrikanischen Ländern und in Syrien. Da private Militärfirmen, die militärische Dienste durch Söldner anbieten, laut dem russischen Strafgesetzbuch verboten sind, ist die Wagner-Privatarmee nicht als Unternehmen registriert.¹¹ Die fehlende Klärung des rechtlichen Status dieser Unternehmen dient offensichtlich dazu, sie leichter zu kontrollieren und den Staat aus der Verantwortung für deren Kriegsverbrechen herauszuhalten. Ab dem 1. Juli 2023 werden nach dem Willen des Verteidigungsministeriums zumindest einige Unklarheiten bezüglich des rechtlichen und sozialen Status der Freiwilligen durch einen Erlass beseitigt.¹² Für Putin leitet sich daraus jedoch immer noch keine Legalisierung der Privatarmeen ab, wie er am 13.7.2023 in einem Interview gegenüber dem »Kommersant« hervorhob: »Nun, das PMC Wagner gibt es nicht! [...] – Wir haben kein Gesetz über private militärische Organisationen! Es gibt sie einfach nicht!«¹³ Ein Gesetz ist in Arbeit.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass eine weitere Privatisierung hoheitlicher

10 <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/wagner-gruppe-in-russland--wie-jewgeni-prigoschin-millionen-verdient-33248624.html>

Zu Prigoschins wirtschaftlichen Aktivitäten insgesamt: <https://www.svoboda.org/a/vyorstka-prigozhin-za-god-voyny-rezko-uvelichil-dohody-na-goskontraktah/32261673.html>

11 <https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/nr-397/327198/analyse-soeldner-im-dienst-autoritaerer-staaten-russland-und-china-im-vergleich/>

12 <https://ria.ru/20230610/dobrovoltsy-1877381036.html>

13 https://www.kommersant.ru/doc/6098488?from=glavnoe_1

8 <https://svpressa.ru/war21/article/375110/>

9 <https://svpressa.ru/war21/article/379943/>

Sicherheits- und Militäraufgaben bevorsteht. So berichtete Kirill Strelnikow in einem Artikel von RIA Nowosti vom 29.3.2023 davon, dass zum Schutz ihrer Anlagen die Lukoil Corporation die Einrichtung einer privaten Sicherheitsorganisation abgeschlossen habe; Gazprom Neft arbeite an dieser Aufgabe, Gazprom und Transneft hätten bereits 2013 ähnliche Genehmigungen erhalten. »Man hat jedoch den Eindruck«, so Strelnikow, »dass wir vor einer ernsthaften Zunahme korporativer und anderer paramilitärischer Strukturen und einer grundlegenden Änderung des Ansatzes für den Einsatz militärischer Gewalt stehen. [...] Nach Ansicht von Experten muss Verantwortung mit Befugnissen einhergehen, und früher oder später werden private Sicherheitsunternehmen mit entsprechenden Ressourcen und militärischen Mitteln ausgestattet sein, was bedeutet, dass diese Strukturen unweigerlich in das System der militärischen Planung, Beschaffung, Aufklärung und tatsächlichen Kriegsführung einbezogen werden müssen, das derzeit vom Verteidigungsministerium und dem Generalstab gehalten wird.«¹⁴ Der oben erwähnte Erlass des Verteidigungsministeriums vom 1. Juli ist ein Schritt auf diesem Weg.

Die Frage nach der Loyalität der Privatarmeen stellt sich nicht erst seit dem 24. Juni 2023, als Prigoschins Machtkampf mit dem Verteidigungsministerium eskalierte und seine Söldner ungehindert in einem »Marsch für Gerechtigkeit« bis kurz vor Moskau zogen. In einem späteren Gespräch mit Putin versicherte dieser seine Loyalität gegenüber dem Präsidenten – der Söldnerchef, nur dem Herrscher verpflichtet. Insgesamt sind die Hintergründe und die Bewertung dieser Aktion unklar und bieten Raum für zahlreiche Spekulationen. Sprach Putin zunächst von einem kriminellen Abenteuer, einer militärischen Meuterei, einem Dolchstoß in den Rücken unseres Landes und unseres Volkes¹⁵, und leitete der russi-

sche Inlandsgeheimdienst FSB ein Strafverfahren wegen »Anstiftung zu einem bewaffneten Aufstand« gegen Prigoschin ein, so wurde doch schnell mit Hilfe des belorussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko ein Kompromiss gefunden, der u. a. Prigoschin Straffreiheit zusicherte. Danach ruderte die Staatsmacht weiter zurück. Die Ermittlungsabteilung des FSB stellte das Strafverfahren wegen bewaffneter Meuterei ein. Prigoschin wurden beschlagnahmte Waffen und 10 Milliarden Rubel in bar zurückgegeben. Allem Anschein nach wird die Wagner-PMC noch gebraucht, z. Z. wohl vor allem in Afrika.

Die Straflosigkeit dieser Aktion führt zum einen den gewachsenen Einfluss des privaten Kriegsbusiness in Russland vor Augen, auf deren Dienste der Staat selbst nach diesem Vorfall nicht verzichten will. Zum anderen zeigt es die Schwächen im russischen Herrschaftssystem auf. Für Putin scheint es zunehmend schwieriger zu werden, als Moderator zwischen widerstreitenden Interessengruppen zu agieren. Auch ist sein wirklicher Rückhalt in der Bevölkerung zu hinterfragen. Weder Armee noch Bürger gingen zur Verteidigung des Systems auf die Straße. Allerdings schlossen sie sich auch nicht Prigoschin an. Zumindest hat Putin zwei Monate nach dem »Wagner-Aufstand« reagiert. Am 23.8.2023 erfolgte die Entlassung des prominenten Armeegenerals Sergej Surowikin als Befehlshaber der Luft- und Weltraumstreitkräfte und als stellvertretender Befehlshaber der Militäroperation in der Ukraine. Auch wenn der gegen ihn erhobene Vorwurf der Mitwisserschaft nicht als offizielle Begründung angegeben wurde, wird er eine Rolle gespielt haben. Einen Tag darauf kam die »Wagner«-Führungsriege, Prigoschin und sein oberster Militärkommandeur Dimitri Utkin, bei einem derzeit ungeklärten Flugzeugabsturz ums Leben. Die Hintergründe sind unklar, ebenso die Frage, wie sich diese Ereignisse auf Putins Stellung, besonders vor dem Hintergrund der im nächsten Jahr anstehenden Präsidentenwahlen, auswirken werden.

14 <https://ria.ru/20230329/armiya-1861391302.html>

15 <http://kremlin.ru/events/president/news/71496>

2.2 Die Oligarchen vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs

Neben dem Aufbau von PMCs drückt sich die Privatisierung der hoheitlichen militärischen Aufgaben auch in der Heranziehung oligarchischer Strukturen zur Finanzierung der Verteidigungsaufgaben aus. Ein Beispiel ist der Flugplatz Lewaschowo in der Nähe von St. Petersburg, der im Dezember nach Umbauarbeiten eröffnet wurde und die neue Heimatbasis der russischen Marineflieger ist. Der Bau wurde nicht vom Verteidigungsministerium, sondern von Gazprom finanziert. Hier wurde »ein erfolgreicher Präzedenzfall für die Zusammenarbeit zwischen Großunternehmen und Militär im Interesse der Stärkung der Verteidigung des Landes geschaffen«. ¹⁶ Dies scheint der erfolgversprechendere Weg in einem staatsmonopolistischen System zu sein, die Oligarchie zur Entlastung des Staatshaushalts zu gewinnen, als der gescheiterte Versuch, den die russische Regierung im Februar 2023 unternahm, als sie die russischen Großunternehmen bat, auf freiwilliger Basis einen Beitrag zu den Sozial- und Infrastrukturausgaben im Haushalt in Höhe von 300 Mrd. Rubel zu leisten. ¹⁷

Auch unter den Bedingungen des Krieges wahrt der Staat die Interessen der Oligarchen, selbst wenn das zu Widersprüchen führt. Nach Kriegsbeginn wurde z. B. der Außenhandel mit den USA sehr einseitig fortgesetzt. War die Handelsbilanz vor dem Krieg ausgeglichen, überstiegen die russischen Exporte in die USA die Importe um das Neunfache ¹⁸ Unter den gelieferten Produkten sind auch strategisch wichtige, wie z. B. Uran für europäische und US-Atomkraftwerke. ¹⁹

Oligarchen treiben unbehelligt Handel selbst mit der Ukraine. Die einzige Raffinerie Bulgariens befindet sich im Besitz des privaten russischen Ölkonzerns Lukoil. Von Januar bis November 2022 exportierte das Land Kraftstoffe im Wert von 700 Millionen Euro in die Ukraine. Verglichen mit der Zeit vor dem Krieg ist dies eine Steigerung um das Tausendfache, da die bulgarischen Kraftstoffexporte in die Ukraine im Jahr 2021 nur 750.000 Euro betragen. Es handelt sich dabei entweder um direkt in Russland produzierte Kraftstoffe oder solche, die von Lukoil Neftochim hergestellt wurden. ²⁰ Diese Beispiele zeigen die Probleme des Staates, einerseits die Kriegsziele in der Ukraine vorantreiben zu wollen, andererseits die Spielräume der Oligarchie nicht zu sehr einzuschränken, sich damit vielleicht auch mögliche Optionen wiederauflebender Zusammenarbeit für die Zeit nach dem Krieg offenzuhalten.

2.3 Politiker vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs am Beispiel der oppositionellen KPRF

Die Kommunistische Partei der Russländischen Föderation ist die größte oppositionelle Partei mit der größten Oppositionsfraktion in der Duma. Damit spielt sie im Machtgefüge in Russland keine unwesentliche Rolle. Die zahlreichen kleinen linken Gruppierungen verfügen über keinen Einfluss. Die bürgerliche Opposition hat unter dem Druck der Repression ihren ohnehin nie sehr großen Einfluss weiter einbüßen müssen.

Die KPRF versteht sich als Korrektiv zur oligarchenfreundlichen Regierung, indem sie sich als Vertreterin der sozialen Interessen der Bevölkerung und des Wohls des gesamten Landes darstellt. Dabei liegt ihr Bezugspunkt in der sowjetischen Geschichte, was sie dadurch be-

16 <https://svpressa.ru/war21/article/366793/>

17 https://eaneews.ru/news/pravitelstvo-rossii-prosit-kрупnyy-biznes-podderzhat-sotsialnyye-proyekty-byudzeta-na-300-milliardov_17-02-2023

18 <https://svpressa.ru/economy/article/346297/>

19 [https://www.handelsblatt.com/politik/international/nuklearenergie-nochmal-abhaengig-usa-und-europa-suchen-alternativen-fuer-russisches-](https://www.handelsblatt.com/politik/international/nuklearenergie-nochmal-abhaengig-usa-und-europa-suchen-alternativen-fuer-russisches-uran/28604804.html)

[uran/28604804.html](https://svpressa.ru/economy/news/384518/), <https://svpressa.ru/economy/news/384518/>

20 <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/ukraine-kauft-grosse-mengen-russischer-kraftstoffe-aus-bulgarien/>

kräftigt, dass sie stets von der Notwendigkeit einer leninistisch-stalinistischen Modernisierung spricht, mit der an die alten Errungenschaften angeknüpft und zu alter Größe zurückgekehrt werden soll. Das Hauptaugenmerk ihrer Aktivität ist auf die Parlamentsarbeit gerichtet und ihre Appelle zur Änderung des politischen Kurses kommen nicht selten sehr staatstragend daher. So Juri Afonin, stellvertretender Vorsitzender der KPRF, in einem Interview: »Ich möchte der russischen Oligarchie sagen: Verstehen Sie, heute entscheidet sich Ihr Schicksal zusammen mit dem Schicksal Russlands. Jahrzehntlang haben Sie in Saus und Braus gelebt, Sie haben sich in der Tat riesiges Staatseigentum für Pfennige angeeignet. Entwickeln Sie Ihr Land, investieren Sie Ihr Geld darin. Stimmen Sie einer Steuererhöhung zu. Nehmen Sie sich ein Beispiel an den westlichen Bonzen, die auf dem letzten Forum in Davos mit dem Vorschlag auftraten, die Steuern für die Reichen zu erhöhen.«²¹

Trotz Zurückweisung und Repressionen wird immer wieder der Schulterchluss mit Putin gesucht, besonders nach Beginn des Kriegs gegen die Ukraine. Seine Äußerung im Juli vor dem Valdai-Klub, dass der Kapitalismus in eine Sackgasse geraten und dass gegen die Idee des Sozialismus nichts einzuwenden sei, wird von Gennadi Sjuganow, Vorsitzender der KPRF, immer wieder herangezogen. Es scheint das Muster zu geben – guter Präsident, böse Administration. So erklärte Sjuganow auf dem erwähnten Treffen mit Putin, dass es die Hauptsache sei, dass der Präsident einen neuen sozialistischen Kurs ankündige. »Wir müssen das Präsidententeam, die Verwaltung und die Regierung von der Notwendigkeit eines neuen Kurses überzeugen – dann wird alles gut werden.«²²

Afonin bringt die Haltung der KPRF gegenüber dem russischen System auf den Punkt, wenn er sagt, »dass in der gegenwärtigen

Konfrontation derjenige gewinnen wird, dem es unter anderem gelingt, die innere Stabilität seines Landes zu wahren. Wir können sehen, welche Proteste Frankreich derzeit erschüttern. Die russische Gesellschaft sieht jetzt viel gefestigter aus, aber wir müssen alles tun, um diese soziale Einheit zu erhalten.«²³

Die von Afonin konstatierte Einheit der russischen Gesellschaft beruht darauf, dass es den Herrschenden in Russland gelungen ist, die Fragen der sozialen Ungleichheit durch ein Gefühl einer nationalistischen, ultrakonservativen Wertegemeinschaft zu überspielen. Da die KPRF in die Propaganda dieser Wertegemeinschaft der »Russkij Mir«, der »Russischen Welt«, eingestiegen ist und sie entschieden vertritt, stützt sie das derzeitige russische Herrschaftssystem.

Das drückt sich auch im von der KPRF vertretenen Geschichtsbild aus. Nach Sjuganows Verständnis ist die sozialistische Idee im Christentum verwurzelt. »Die primäre Grundlage der sozialistischen Weltanschauung liegt in diesem Glauben, mit dessen Annahme sich die Russen schließlich zu einer geeinten Nation formten.«²⁴ Auf Grundlage dieser Einordnung der russischen Geschichte folgt die Verklärung der Rolle Russlands und des russischen Volkes in der Weltgeschichte: »Das von den Russen geschaffene Reich ist das einzige in der Weltgeschichte, das nicht durch Eroberung, Raub und Ausrottung anderer Völker entstanden ist, sondern durch verbündete Einheit mit ihnen, in der Regel auf freiwilliger Basis.«²⁵ Dass Lenin seinerzeit das zaristische Russland als Völkergefängnis bezeichnete, kommt im Narrativ der KPRF nicht mehr vor.

Wladimir Nikitin, Mitglied des Präsidiums des Zentralkomitees der Partei, beschreibt den

23 <https://kprf.ru/party-live/cknews/217992.html>

24 <https://www.rline.tv/news/2020-05-14-russkiy-sterzhen-derzhavy-statya-predsedatelya-tsk-kprf-gennadiya-zyuganova-chast-i/>

25 <https://www.rline.tv/news/2020-05-14-russkiy-sterzhen-derzhavy-statya-predsedatelya-tsk-kprf-gennadiya-zyuganova-chast-i/>

21 <https://kprf.ru/party-live/cknews/217992.html>

22 <https://svpressa.ru/politic/article/339681/>

Erfolg des Wirkens der KPRF im April 2023: »Die DVR und die LVR wurden anerkannt und in die Russische Föderation eingegliedert. Eine Militäroperation zur Wiederherstellung der zivilisatorischen Grenzen der russischen Welt ist im Gange. Ein Änderungsantrag der KPRF über die staatsbildende Rolle des russischen Volkes wurde in das Grundgesetz Russlands – die Verfassung der Russischen Föderation – aufgenommen. Es wurde ein Präsidialerlass ›Über die Verabschiedung der grundlegenden staatlichen Politik zur Bewahrung und Stärkung der traditionellen russischen geistigen und moralischen Werte‹ erlassen. Gesetze zum Verbot der Propaganda von LGBT-Ideen und zum Schutz der russischen Sprache vor Überfremdung wurden verabschiedet.«²⁶ Auch wenn nicht bekannt ist, inwieweit es des Drucks der KPRF bedurfte, die o. g. Initiativen zu ergreifen, wird hieraus deutlich, dass die KPRF auf dem Gebiet der nationalistischen und wertekonservativen Umgestaltung Russlands ihren Einfluss erfolgreich nutzt.

3. Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das politische System mit einer Clique aus einflussreichen Vertretern der Oligarchie und der Sicherheitskräfte an der Spitze bisher uneingeschränkt die Macht in Russland ausübt. Präsident Putin gelingt es bis heute, wenn auch nur noch mit Einschränkungen, ihre zum Teil unterschiedlichen Interessen auszutarieren und zwischen ihnen zu vermitteln. Flankiert wird dieses System durch eine zunehmend nationalistischere, reaktionäre Ideologie, die Eingang in das Bewusstsein vieler Russen und auch weiter Teile der politischen, selbst sich als links verstehenden Opposition findet. Damit gelingt es den Herrschenden besonders in Zeiten der militärischen Konfrontation, des Krieges gegen die Ukraine und des Kampfes gegen den »kollektiven Westen«, große Teile der Bevölkerung und der

Opposition systemstabilisierend einzubinden. Der nationalistische Hype lenkt vom Kampf für soziale und wirtschaftliche Verbesserungen ab. Der Krieg führt zu einem weiteren Abbau der ohnehin schmalen demokratischen Rechte sowie zu einer Kriminalisierung jeglicher Proteste. Die Verhaftung rechtsnationalistischer Kritiker wie Igor Girkin (Kampfname »Strelkow«) und linker Kriegsgegner wie des Soziologen Boris Kagarlizkij zeigt die Nervosität der Herrschenden besonders vor der 2024 anstehenden Präsidentenwahl. Dabei ist die Bewaffnung von Teilen der Oligarchie mit Blick auf künftigen, wenn auch noch nicht sichtbaren Widerstand gegen die Oligarchenherrschaft in Russland besorgniserregend. Prigoschins Meuterei hat hier einen Vorgeschmack gegeben.

Sergej Udalzew, Koordinator der Linksfront in Russland stellte Ende Januar 2023 fest: »Leider muss man zugeben, dass viele Gruppen in Macht- und machtnahen Wirtschaftskreisen von einer langandauernden militärischen Spezialoperation profitieren. Die einen ziehen daraus zynischen Profit, die anderen verlängern und festigen damit ihre dominante politische Position im Land.«²⁷

M. E. besteht die Gefahr, dass aufgrund der ausbleibenden Erfolge des russischen Militärs in der Ukraine nationalistische und militaristische Scharfmacher die Oberhand gewinnen. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, dass, sollten weitreichende Mobilisierungen angeordnet werden, es doch zu Protesten in der russischen Bevölkerung kommt. Bisher gelang es der Regierung, das Kriegsgeschehen weitestgehend von ihr fernzuhalten.

Der ungekürzte Vortrag steht unter <https://kommunisten.de/rubriken/analysen/8865-machtverhaeltnisse-im-heutigen-russland-zur-Verfuegung>.

27 <https://svpressa.ru/blogs/article/360686/>
Zur Linksfront vgl. auch: <https://laender-analysen.de/russland-analysen/424/die-linke-in-russland-und-der-krieg-in-der-ukraine/>

Boris Kagarlitzki – im Auge des Orkans¹

Roger D. Markwick

Es erfordert enormen Mut und Prinzipien, sich öffentlich gegen den Krieg des eigenen Landes auszusprechen. Man denke nur an die winzige Gruppe marxistischer Internationalisten, die 1915 auf dem Weg nach Zimmerwald, um den imperialistischen Krieg anzuprangern, scherzten, sie könnten sich in vier Waggons quetschen. Boris Kagarlitzki, der renommierte linke Soziologe und Politikwissenschaftler, der sich seit der russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022 vehement gegen diesen Einmarsch aussprach, bezahlt nun den Preis dafür: Am 26. Juli wurde Kagarlitzki vom russischen föderalen Sicherheitsdienst FSB verhaftet und wegen des angeblichen Verbrechens der ›Rechtfertigung des Terrorismus‹ angeklagt, und zwar aufgrund einer harmlosen Bemerkung, die er bereits im Oktober 2022, kurz nach der ersten Explosion der Krim-Kertsch-Brücke, im Internet gemacht hatte, dass diese »aus einer militärischen Perspektive« zu verstehen sei; eine absurde Anklage. Sollte er für schuldig befunden werden, drohen ihm bis zu sieben Jahre Gefängnis. Bereits im Jahr 2022 wurde er offiziell zum ›ausländischen Agenten‹ erklärt. Kagarlitzki kommt das große Verdienst zu, sich nicht hat unterkriegen lassen und trotz in Moskau geblieben zu sein. Er kann auf eine lange Geschichte zurückblicken, in der er der Macht unverblümt die Wahrheit gesagt hat, sowohl in der Sowjetunion als auch in der postsowjetischen Welt.

Ein marxistischer Dissident

Es sollte nicht vergessen werden, dass Kagarlitzki ein entschlossener marxistischer Dissident war, lange bevor sich die Sowjetunion auflöste und als andere liberale Dissidenten die gesamte sowjetische Erfahrung ablehnten und den westlichen Kapitalismus unter dem Banner der ›Menschenrechte‹ feige umarmten. Als Student des GITS (Staatliches Institut für Theaterkunst) schloss er sich 1977 einer winzigen Gruppe namens ›Junge Sozialisten‹ an, die an der Historischen Fakultät der renommierten Staatlichen Universität Moskau angesiedelt war. Sie gaben die Untergrundzeitschriften ›Levy Poworot‹ (Linke Wende) heraus, die Kagarlitzki redigierte, und später ›Sozialism i budustschiee‹ (Sozialismus und Zukunft), bis der KGB die Jungen Sozialisten 1982 auflöste und Kagarlitzki wegen ›antisowjetischer‹ Aktivitäten ins Gefängnis brachte. In der Zwischenzeit war Kagarlitzki aus dem GITS ausgeschlossen worden. Die Jungen Sozialisten beschäftigten sich mit weitgehend verbotenen marxistischen Denkern bis hin zu Immanuel Wallerstein und seiner ›Weltsystem‹-Theorie; ein radikales Denken, das Kagarlitzki bis zum heutigen Tag eindeutig beeinflusst hat.²

Kagarlitzkis Eintauchen in das theoretische und politische Denken der Linken spiegelt sich in seinen umfangreichen und einflussreichen wissenschaftlichen Arbeiten und seinem anhaltenden politischen Engagement in der sowjetischen und postsowjetischen Zeit wider. Unter anderem wurde er 1992–93 in den Moskauer Stadtrat gewählt und war im Oktober 1992 Mitbegründer der Partei der Arbeit (Russland). Genau ein Jahr später wurde er kurzzeitig verhaftet und brutal zusammengeschlagen, weil er sich der buchstäblichen Zerschlagung des Obersten Sowjets durch Präsident Boris Jelzin

1 Im Text wird die Dudentranskription verwendet, in den Fußnoten wurde die vom Autor benutzte anglo-amerikanische Umschrift beibehalten. – Die Red.

2 Ilya Budraitskis, *Dissidents Among Dissidents. Ideology, Politics and the Left in Post-Soviet Russia*, Preface by Tony Wood, translated by Giuliano Vivaldi (Verso, London, 2022), S. 162–63.

widersetzte, um eine autokratische Präsidentschaft zu installieren, die Wladimir Putin übernehmen sollte. In diesem entmutigenden Umfeld gründete und redigierte Kagarlitzki 2008 die Online-Zeitschrift ›Rabkor‹ (Arbeiterkorrespondent), gründete das Institut für Globalisierungsstudien und soziale Bewegungen und wurde Professor an der Moskauer Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Als entschiedener Kritiker von Putins ›neoliberaler Autokratie‹ seit dessen Amtsantritt wurde er 2021 für zehn Tage inhaftiert, weil er Proteste gegen Wahlbetrug in der Staatsduma unterstützt hatte.³ Die Androhung von sieben Jahren Gefängnis ist weitaus abschreckender und eindeutig eine Warnung an andere Prominente oder andere Kriegsgegner.

Kehrtwendung?

Vom ersten Tag der russischen Invasion an verurteilte Kagarlitzki im Namen von Rabkor unmissverständlich Putins ›bewaffnete Aggression‹. Er gehörte zu den Mitunterzeichnern der ›Resolution des Runden Tisches der Linken gegen den Krieg‹, in der gefordert wurde, dass »die russische Führung ihre Aggression gegen unsere Brüder und Schwestern des ukrainischen Volkes unverzüglich einstellt«. Die Resolution begründete dies mit dem massenhaften Tod und der »wirtschaftlichen« Verschlechterung der Bedingungen für die Arbeiter »auf beiden Seiten«. Sie rief zu einer massenhaften »Anti-Kriegs-Agitation« gegen eine »Invasion [...], die nur dazu dient, die abscheulichen Ambitionen eines kleinen Kreises führender russischer Außenpolitiker zu befriedigen« und

»von den innenpolitischen Versäumnissen der russischen Regierung abzulenken«.⁴

...

Seit den 1990er Jahren hat sich Kagarlitzki ernsthaft mit Immanuel Wallersteins Welt-systemtheorie auseinandergesetzt. In dieser Perspektive ist das postsowjetische Russland ein halbperipherer kapitalistischer Staat, der versucht, sich in das kapitalistische Weltsystem einzugliedern.⁵ Doch im 21. Jahrhundert haben die neoliberalen kapitalistischen Kernstaaten, insbesondere die USA, ungeachtet der Bestrebungen Moskaus eine zunehmend feindselige Haltung gegenüber Russland und anderen sich entwickelnden peripheren Staaten wie China eingenommen, insbesondere nach der Finanzkrise von 2008. Wie der ukrainische Sozialist Andrij Mowtschan treffend bemerkt, wurde Russland in seinem ›Weltsystem‹-Rahmen (sogar unbewusst) zu einer Art Vorhut des antiimperialistischen Kampfes, die dem globalen Süden helfen sollte, sich von der Hegemonie des Westens zu befreien.⁶

Es ist daher verwirrend, den Leitartikel vom 24. März 2014 in Rabkor zu lesen, in dem Kagarlitzki schreibt, dass weniger als eine Woche zuvor »die Krim Russland annektiert hat« und nicht umgekehrt! Im Wesentlichen reduzierte Kagarlitzki die russische Annexion auf die Machenschaften lokaler Eliten auf der Krim, um Zugang zu Moskauer Finanzressourcen zu erhalten, ohne die Bedrohung durch die NATO oder deren Auswirkungen auf den russischen Marinestützpunkt Sebastopol nach dem Sturz Janukowitschs zu erwähnen. Es stünden »keine

3 ›Solidarity needed for Russian anti-war socialist Boris Kagarlitzky,‹ 31 July 2023, <https://www.ver-soobooks.com/en-gb/blogs/news/solidarity-needed-for-russian-anti-war-socialist-boris-kagarlitzky>; siehe Kagarlitzky, *Russia Under Yeltsin And Putin: Neo-Liberal Autocracy* (Pluto Press, 2002).

4 KPRF, ›Resolution of the Anti-War Round Table of the Left Forces‹, Moscow, February 24, 2022, <https://newpol.org/resolution-of-the-anti-war-round-table-of-the-left-forces/>.

5 Boris Kagarlitzky, *Empire of the Periphery: Russia and the World System*, translated by Renfrey Clarke (Pluto Press, 2008); vgl. Peter Imbusch, ›Das moderne Weltsystem‹. Eine Kritik der Welt-systemtheorie Immanuel Wallersteins (Verlag Arbeit und Gesellschaft, 1990).

6 Movchan, ›I'm a Ukrainian leftist.«

[russischen] imperialen Ambitionen« auf dem Spiel, und er sei zuversichtlich, dass es »keinen Krieg geben wird und nicht geben kann«. Daher bestehe auch keine Notwendigkeit für einen »antiimperialistischen Defätismus«, den er ironischerweise seit der russischen Invasion 2022 in dem Glauben vertritt, dass eine Niederlage die »Revolution« in der »alten russischen Tradition« beschleunigen wird.⁷ Weit davon entfernt, Putins untypisch provokative Annexion von 2014 zu kritisieren, war es die russische Opposition im eigenen Land, »einschließlich einer beträchtlichen Anzahl von Menschen auf der Linken«, die Kagarlitzki im Visier hatte, da sie faktisch die Interessen des Westens vertrat und »ihrem eigenen Land und seinem Volk Unglück wünschte«.⁸

Tändelei mit dem russischen Nationalismus

Nichtsdestotrotz äußerte Kagarlitzki zu dieser Zeit klare Bedenken über die Herausforderung durch die NATO und die EU, den vom Westen »geförderten Regimewechsel« in Kiew während des Maidan-Aufstands und die ernsthafte Aussicht auf einen Krieg, sogar einen »nuklearen Weltkrieg«. Die sich abzeichnende Krise könne nur im Kontext der »unbeständigen politischen Ökonomie des Imperialismus in einem Zeitalter zunehmender Multipolarität« und der »politischen Ökonomie der Region« verstanden werden, betonte er zu Recht. Genaue gesagt machten er und seine Gleichgesinnten die Erweiterung der NATO und der EU sowie »das Abgleiten des Westens in einen neuen kriegerischen Militarismus«, verschärft durch »die Finanzkrise von 2008«, für die Aus-

lösung der Krise in den ukrainisch-russischen Beziehungen verantwortlich.⁹ In diesem angespannten Kontext teilte Kagarlitzki die Ansicht, dass das postsowjetische Russland zwar kapitalistisch, aber nicht imperialistisch sei, wie selbst viele Linke behaupteten, ungeachtet der Bestrebungen seiner jungen Kapitalistenklasse. Russland hat Kagarlitzki zufolge nichts von den Merkmalen der etablierten imperialistischen Mächte mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen und militärischen Vorherrschaft und Reichweite: »Während russische Kapitalisten durchaus geneigt sein mögen, ihren Staat zu benutzen, um ihre Macht nach außen zu projizieren, ist die Fähigkeit des russischen Staates, diese Rolle zu spielen, begrenzt.«¹⁰ Im Einklang mit seinem Weltsystem-Ansatz vertrat Kagarlitzki die Ansicht, dass das postsowjetische Russland zusammen mit den anderen BRICS-Staaten, insbesondere der Volksrepublik China, ein »Anwärter« sei, der die schwindende Vorherrschaft der westlichen Mächte herausfordert.

Mit dem Ausbruch des Bürgerkriegs in der Ukraine nach dem Maidan hatte Kagarlitzki eindeutig kein Vertrauen in die Fähigkeit oder Bereitschaft des neoliberalen russischen Oligarchenstaates, die sich abzeichnende Konfrontation zwischen der Ukraine und Russland zu deeskalieren und zu lösen. In Anbetracht seines kaum verhüllten linkspatriotischen Populismus betrachtete er die Entstehung der Volksrepubliken im Donbass als eine echte »antibürgerliche Volksrevolution«, die ein wiederauflebendes »Noworossija« (Neurussland) vorantreibe, das er als »eine Bewegung, einen Traum, als ein öffentliches Ziel« ansieht.¹¹ Dies scheint eine

7 Boris Kagarlitsky, »Nationwide Protest of Putin's War, and Exodus From Putin's Russia,« *The Nation*, October 21, 2022, <https://www.thenation.com/article/world/russia-putin-ukraine-war-peace/>.

8 »Boris Kagarlitsky: Crimea annexes Russia,« *Links International Journal of Socialist Renewal*, <https://links.org.au/boris-kagarlitsky-crimea-annexes-russia>.

9 Radhika Desai, Alan Freeman & Boris Kagarlitsky, »The Conflict in Ukraine and Contemporary Imperialism,« *International Critical Thought*, 2016, 6 (4), S. 489–512; hier S. 489–90, 500, 501. <http://dx.doi.org/10.1080/21598282.2016.1242338>.

10 Ebd., S. 505.

11 Boris Kagarlitsky, »Levaya politika. Rossiya, Ukraina, Novorossiya,« <https://knigogid.ru/books/1335332-levaya-politika-rossiya-ukraina->

naive Solidarität mit regionalen, ethnisch-russischen Autonomiebewegungen zu sein, die sich vor dem gewalttätigen ukrainischen Ethno-Nationalismus nach dem Maidan fürchteten, die aber nur mit Unterstützung der lokalen Eliten und halbherziger russischer Unterstützung republikanische Formen annahmen.¹² Für Kagarlitzki wurde der »Traum« durch eine »präventive Konterrevolution« (Begriffe, die er von Leo Trotzki bzw. Herbert Marcuse übernahm), die von ihrem vermeintlichen Verbündeten, dem »bürgerlichen, oligarchischen russischen Staat«, durchgeführt wurde, »verraten«. Moskau versuchte, das revolutionäre Neurussland als »Druckmittel« bei den Verhandlungen mit dem feindlich gesinnten Westen und den Kiewer Vertragspartnern, in erster Linie beim Minsker Abkommen, zu nutzen.¹³ Indem er die so genannten Volksrepubliken als »revolutionäre Bewegungen« darstellte, nutzte er offensichtlich deren Potenzial, eine »fortschrittliche, sozial orientierte Koalition, die über die Verteidigung von Russkij Mir (Russische Welt) hinausgeht«, mit dem Versprechen von »sozialer Transformation, Demokratisierung und kultureller Gleichheit« zu befeuern. Dieses Versprechen sei, so Kagarlitzki, in der »Jalta-Erklärung« vom Juli 2014 enthalten, die zu Recht Kiews »brutalen militärischen Angriff« auf den Südosten der Ukraine verurteilte und ein »Ende der militärischen Unterstützung

der Kiewer Regierung durch die NATO, die EU und die USA« sowie direkte Verhandlungen zwischen Kiew und den »Donezker und Lugansker Republiken« forderte.¹⁴ Ungeachtet des fortschrittlichen Potenzials der »Volksrepubliken« ist es beunruhigend zu sehen, dass der Marxist Kagarlitzki »Noworossija«, ein reaktionäres, ethno-nationalistisches Konzept aus der Ära Katharinas der Großen, das von Putin als Rechtfertigung für seinen Einmarsch in die Ukraine angeführt wird, übernommen hat.¹⁵ Damit machte er vorübergehend russischen Nationalisten, sogar rechtsextremen, auf beiden Seiten der russisch-ukrainischen Grenze den Hof;¹⁶ ein riskantes Manöver, das vermuten lässt, dass er in einer trostlosen post-sowjetischen Landschaft verzweifelt nach politischem Fortschritt suchte.

Drakonischer Staat

Dennoch machte sich Kagarlitzki keine Illusionen über den russischen Oligarchen-Kapitalismus oder seinen zunehmend drakonischen Staat. Es ist nicht leicht festzustellen, wann und warum Kagarlitzki zu seiner eher linken, dissidenten Haltung zurückkehrte. Nachdem er jedoch Moskaus »Verrat« an den Volksrepubliken in den Jahren 2014/15, die zutiefst unpopulären Rentenreformen im September 2018 und die Niederschlagung der Proteste gegen den Betrug bei den Dumawahlen im September 2021 miterlebt hatte, bei denen die Oppositionskandidaten der KPRF und Kagarlitzki selbst verhaftet wurden, verhärtete sich seine Kritik

novorossija/toread/page-4; vgl. Movchan, »I'm a Ukrainian leftist.« (Anm. 6).

- 12 Vgl. Nicolai N. Petro, *The Tragedy of Ukraine. What Classical Greek Tragedy Can Teach Us About Conflict Resolution* (Berlin, Boston: De Gruyter, 2023), S. 208–220; Andrew Wilson, »The Donbas in 2014: Explaining Civil Conflict Perhaps, but not Civil War,« *Europe-Asia Studies* (2016), 68:4, S. 631–652.
- 13 Vgl. Boris Kagarlitzki, »Levaya politika. Rossiya, Ukraina, Novorossiya«, *Levaya Politika*, No. 23, 2015, <https://knigogid.ru/books/1335332-levaya-politika-rossiya-ukraina-novorossiya/toread/page-2>; Ders., »Ukraine and Russia: Two States, One Crisis,« *International Critical Thought* (2016) 6:4, S. 513–533; Movchan, »I'm a Ukrainian leftist.«

14 Vgl. »The Conflict in Ukraine and Contemporary Imperialism,« 491 (wie Anm. 11); »Yalta Declaration of the Assembly of Citizens of Ukraine,« Appendix, *International Critical Thought*, 2016, 6 (4), S. 511f.

15 Siehe Roger D. Markwick, »Orthodoxy, Autocracy, and Nationality« – Putin's Remaking of Imperial Russia, *Arena Quarterly* No. 10, June 2022, <https://arena.org.au/orthodoxy-autocracy-and-nationality-putins-remaking-imperial-russia/>.

16 Siehe z. B. Pirani, »Stop calling warmongers »anti-war activists.«« (Anm. 5).

offensichtlich. Der Kreml erkannte dies: 2018 wurde das Institut für Globalisierung und soziale Bewegungen, dessen Direktor Kagarlitzki ist, in das Register der ›ausländischen Agenten‹ aufgenommen, ein Vorspiel für seine eigene Aufnahme im Mai 2022.

Der Einmarsch in die Ukraine Februar 2022 war ein entscheidender Wendepunkt für Kagarlitzki, wie er selbst im März 2023 zugab: »Viele Jahre lang habe ich die westliche Politik gegenüber der Ukraine und die Medienmythen darüber kritisiert. Wir befinden uns jetzt jedoch in einer völlig neuen Situation, nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Russland, wo das Regime eine katastrophale Entwicklung von einer ehemals gemäßigten autoritären Herrschaft zu einem totalitären Regime durchmacht. Es wäre ein enormer Fehler, die Analyse der ukrainischen Politik mit der Analyse dieses Krieges durcheinanderzubringen.«¹⁷

Kagarlitzkis letztere Behauptung ist richtig, aber ›confusion‹ (Verwirrung, Verwechslung, Verschmelzung) ist nicht dasselbe wie die Verbindung (›connecting‹) dieser Phänomene. »Die Ukraine ist jetzt Opfer einer Aggression«, behauptet er zu Recht, aber während er 2014 den Konflikt als geopolitisch interpretierte, waren »die meisten Motive für den Krieg im Jahr 2022 rein innenpolitisch. Es war ein Versuch, die erschütterte Unterstützung für das Regime angesichts der zunehmenden sozialen und wirtschaftlichen Krise wiederherzustellen [...]. Die herrschende Elite versuchte verzweifelt, eine magische Lösung zu finden, um die Gesellschaft wieder zu konsolidieren [...].« Ein ›kurzer siegreicher Krieg‹ »schien eine Möglichkeit zu sein, alle Probleme auf einmal zu lösen.«¹⁸

All dies verringert die Bedeutung der verschärften westukrainisch-russischen Spannungen seit 2014, die Kagarlitzki selbst dokumentiert hatte und die in den folgenden sieben Jahren eskalierten. Nachdem er von internationalen zu internen Kriegsfaktoren übergegangen war, erscheint Russland nicht mehr als das Bollwerk eines »konkurrierenden« Staatenblocks, der einem US-Raubtierstaat gegenübersteht, sondern selbst als ein »radikaler Nationalist«, ein Staat, der »darauf aus ist, die ukrainische Nation nicht nur politisch, sondern auch physisch zu vernichten.« Es besteht kein Zweifel daran, dass Putin die von Russland unabhängige ukrainische Staatlichkeit in Frage gestellt hat, aber es gibt keine Beweise dafür, dass er einen völkermörderischen Krieg führt, wie Kagarlitzki andeutet.¹⁹ Unter diesen Umständen, so seine Schlussfolgerung, wäre die unvermeidliche Niederlage Russlands ein Sieg, der wie 1905 und 1917 »die Tür zu revolutionären Veränderungen« öffne. In Ermangelung einer aufstrebenden, kämpferischen Arbeiterklasse ist dies nicht nur ahistorisches Wunschdenken. Eine Niederlage Russlands, wenn nicht gar die Zerstörung des Staates wie im Irak, ist ein zentrales, ausdrückliches Ziel der USA und ihrer NATO-Verbündeten. Es wäre ein Sieg für sie, auf Kosten der blutigen Ukraine, der den Weg für ihr ultimatives Ziel frei machen würde: die Konfrontation mit China. Darüber hinaus schließt Kagarlitzki mit seinem Vorschlag die Möglichkeiten einer diplomatischen Lösung aus, obwohl er selbst Friedensregelung fordert, »aber nur unter der Bedingung, dass sich alle Streitkräfte Putins aus den nach dem 24. Februar 2022 besetzten ukrainischen Gebieten zurückziehen.«²⁰ Im Prinzip kann kein

17 Boris Kagarlitsky, ›The tragedy of war.‹ Clear-eyed veteran Russian leftist dissident offers a courageous and politically indispensable take on the Russia-Ukraine war, *Canadian Dimension*, March 21, 2023, <https://canadiandimension.com/articles/view/the-tragedy-of-war>.

18 Ebd.

19 Vgl. David Mandel and Sam Ginden, ›The tragedy of the war in Ukraine: a reply to Kagarlitsky,‹ *Canadian Dimension*, March 21, 2023, <https://canadiandimension.com/articles/view/the-tragedy-of-the-war-in-ukraine-a-reply-to-kagarlitsky>; Markwick, ›Orthodoxy, Autocracy, And Nationality‹ (Anm. 17).

20 Kagarlitsky, ›The tragedy of war.‹

fortschrittlicher Mensch diesem Vorschlag widersprechen, aber eine neutrale, nicht der NATO angehörende Ukraine und Garantien für ethnische Russen müssten natürlich auch Teil einer dauerhaften diplomatischen Lösung sein.

Unabhängig von den Veränderungen oder Unzulänglichkeiten der Ansichten Kagarlitzkis über Russland, die Ukraine und die NATO befindet er sich im Auge des Sturms. Der Druck und die Bedrohungen sind enorm. Die westliche Linke sollte, abgeschirmt durch ihre Distanz, die letzte sein, die mit Steinen wirft. Im Gegenteil, wie die ukrainischen und russischen Sozialisten es praktizieren, ist es jetzt mehr denn je wichtig, Kagarlitzki und die russischen politischen Gefangenen im Allgemeinen zu unterstützen. In seinem Brief aus dem Gefängnis, der am 16. August veröffentlicht wurde, reflektiert Kagarlitzki über seine vierte Inhaftierung in 40 Jahren: »Die Machthaber mögen sich geändert haben, aber die Tradition, ihre politischen Gegner hinter Gitter zu bringen, bleibt leider bestehen. Unverändert bleibt aber auch die Bereitschaft so vieler Menschen, für ihre Überzeugungen, für Freiheit und soziale Rechte Opfer zu bringen«. Kagarlitzki dankt denjenigen, die seine Freilassung gefordert haben, und verlangt die Freiheit »aller politischen Gefangenen«. Trotz der Umstände, in denen er sich befindet, gebe ihm die historische Erfahrung Anlass zu Optimismus, sagt er und zitiert Shakespeares »Macbeth«: »Wie dunkel die Nacht auch sein mag / Sie wird dem Tag weichen«. ²¹ Das ist eine Lehre für alle, die Kagarlitzkis sozialistische Ideale teilen.

Übersetzung: Joachim Höslér mit Hilfe von DeepL

21 Vgl. »Pis'mo ot B. Yu. Kagaritskogo svoim blizkim i storonnikam«, *RABKOR internet-zhurnal*, 2023 August 16, https://rabkor.ru/columns/editorial-columns/2023/08/16/letter_from_prison/. Das Zitat im Engl. »However dark the night / It will give way to day.«

Ermordung durch »langames Sterben« – Antonio Gramsci

Gerhard Feldbauer

Am 4. Juni 1928 wurde der Begründer der Italienischen Kommunistischen Partei (PCI) Antonio Gramsci vom Sondertribunal des Mussolini-Regimes zu 22 Jahren und 9 Monaten Kerker verurteilt. Vom Staatsanwalt nach der Bedeutung der in seinen beschlagnahmten Schriften gebrauchten Begriffe Krieg und Machtübernahme gefragt, gab der IKP-Generalsekretär die berühmte Antwort, dass »alle Militärdiktaturen früher oder später zu einem Krieg führen und dass es in einem solchen Fall dem Proletariat zukomme, die herrschende Klasse zu ersetzen und die Zügel des Landes zu ergreifen, um das Schicksal der Nation zu wenden«. Als der Staatsanwalt ihn unterbrechen wollte, fügte er hinzu: »Ihr werdet Italien ins Verderben führen, uns Kommunisten wird die Aufgaben zufallen, es zu retten.« Mussolinis Propagandaminister Michele Isegre erklärte danach, »dieser Kopf muss für 20 Jahre gehindert werden zu arbeiten«. Das gelang nur teilweise. Zweifelsohne hätte dieser geniale Kopf aber in Freiheit einen noch größeren Beitrag für die IKP, für den antifaschistischen Widerstand und auch die kommunistische Weltbewegung leisten können.

Zu Gramsci habe ich mir noch einmal die 2013 vom Rotbuchverlag Berlin in Deutsch neu aufgelegte Biographie »Das Leben des Antonio Gramsci« von Giuseppe Fiori vorgenommen.¹ Der 2003 verstorbene Verfasser nahm selbst aktiv am Leben der IKP teil. Als unabhängiger Linker auf deren Liste in den Senat gewählt,

1 Die Originalausgabe »Vita di Antonio Gramsci« erschien 1966 bei Laterza Rom. 1970 in Paris »La vie de Antonio Gramsci«.

sympathisierte er mit dem Versuch von Generalsekretär Enrico Berlinguer, das Konzept Gramscis vom Historischen Block in einem Regierungsbündnis mit der großbürgerlichen Democrazia Cristiana (DC) umzusetzen. Wie kaum ein anderer hat Fiore so einfühlsam darüber geschrieben, unter welchen Bedingungen Gramsci im Kerker arbeitete, aber auch wenig bekannte Aspekte seiner Haltung zur Strategie der IKP und in der Komintern thematisiert. Er zitiert lange Passagen Gramscis, leider meist ohne Quellenangabe.²

Dazu gehört, dass Gramsci im August 1917 einer der Organisatoren des unter dem Einfluss der russischen Februarrevolution 1917 ausgebrochenen Aufstandes der Turiner Arbeiter gegen Hungersnot und für Frieden war. Im PSI-Organ »Avanti« stellte er unter der Schlagzeile »La Rivoluzione contro il Capitale« (Die Revolution gegen das Kapital) klar die von Lenin bezogene Position heraus. Die Arbeiter setzten den reformistischen Turiner ISP-Vorstand ab und wählten eine neue Leitung mit Gramsci an der Spitze. Erst nach viertägigen Barrikadenkämpfen, bei denen 500 Arbeiter getötet, noch viel mehr verwundet und Tausende verhaftet wurden, gelang es der Armee, die Erhebung niederzuschlagen.

Als Lenin nach dem Zusammenbruch der Zweiten Internationale die Aufgabe stellte, neue Vorhut des Proletariats in Gestalt kommunistischer Parteien zu schaffen, ging er die Frage schöpferisch an. Die linke Fraktion in der ISP dominierte noch die revolutionären Nachkriegskämpfe, weil sich in Italien noch

keine die Arbeiterbewegung beherrschende sozialdemokratische Fraktion durchgesetzt hatte. Davon ausgehend versuchte Gramsci zusammen mit Palmiro Togliatti³, Umberto Terracini⁴ und Angelo Tasca⁵ in der Partei mit der kommunistischen Gruppe Ordine Nuovo (Neue Ordnung) den Bruch mit dem Opportunismus durchzusetzen und sie in eine »revolutionäre Partei des Proletariats«, was hieß, in eine kommunistische Partei, umzuwandeln. Die Gründer der Ordine Nuovo gaben die gleichnamige Zeitschrift heraus, deren erste Ausgabe am 1. Mai 1919 erschien. Am 8. Mai 1920 gab Gramsci darin die Orientierung für die zu schaffende Partei. Sie müsse, zitiert Fiori, »ihre ganze Energie daran setzen, die kampfbereiten Arbeiter zu organisieren«, sie müsse »ein Manifest erlassen, das die revolutionäre Eroberung der politischen Macht als ausdrückliches Ziel feststellt und das Industrie- und Landarbeiterproletariat aufruft, sich auf den Kampf vorzubereiten und sich zu bewaffnen, und das auch die sozialistischen Lösungsvorschläge für die aktuellen Probleme benennt: die Aufsicht

2 Dafür enthält das Buch 104 Anmerkungen, die auf Zusammenhänge und Personen verweisen, zu denen auch ein Register gehört, das zirka 500 Namen erfasst. Ein Literaturverzeichnis umfasst auch zahlreiche in Deutsch vorliegende Titel. Einige in der DDR erschienene Ausgaben, wie »Die süditalienische Frage« und »Briefe aus dem Kerker«, Berlin (DDR) 1955 bzw. 1956, sind nicht aufgenommen worden. Auch Togliattis Schrift »Ein Leben für die italienische Arbeiterklasse«, die 1954 in der DDR erschien, fehlt. Angesichts der Sorgfalt, die die Herausgeber sonst walten lassen, verwundert das.

3 Nach Gramscis Verhaftung 1926 amtierender Generalsekretär, nach dessen Tod 1937 im Amt bestätigt. An der Seite Dimitroffs seit 1934 zweiter Mann an der Spitze der KI. Erarbeitete auf der Grundlage der von Gramsci ausgearbeiteten nationalen Strategie die Konzeption des Eintritts der IKP zusammen mit den antifaschistischen Oppositionsparteien in die Regierung von Marshall Badoglio (»Wende von Salerno«) im April 1944 und setzte sie zusammen mit Luigi Longo durch.

4 Delegierter zum III. KI-Kongress. Von Mussolinis Sondertribunal 1926 zu 20 Jahren Kerker verurteilt, aktiv in der Resistenza.

5 Tasca nahm 1922 am IV. Kongress der Komintern teil, danach Mitglied des Sekretariats des ZK der IKP, auf dem VI. KI-Kongress in deren Sekretariat berufen. 1929 mit Begründung der Fraktionsbildung (Tasca-Gruppe) und Anhänger Bucharins aus der IKP ausgeschlossen. Befasste sich danach in Frankreich mit Faschismusforschung und schrieb das bedeutende Werk »Aufstieg des Faschismus in Italien«. Er blieb, wie Ignazio Silone im Vorwort dazu schrieb, »ein Sozialist der alten Garde« und hat sich nie zu Denunziationen gegenüber der IKP oder der kommunistischen Bewegung hergegeben.

des Proletariats über Produktion und Distribution, die Entwaffnung der Söldnerkorps, die Kontrolle der Gemeindeverwaltungen durch die Arbeiterorganisationen.«

Es ging Gramsci also zunächst nicht darum, eine neue, kommunistische Partei zu gründen. Lenin bezog sich ausdrücklich auf die von Gramsci vorgeschlagene »Partei des revolutionären Proletariats in Italien«, die »zur wirklichen Vorhut des revolutionären Proletariats« werden müsse.⁶ Fiori gibt einen detaillierten Einblick in die komplizierten Auseinandersetzungen, die es dazu unter den führenden Kommunisten gab.

Es gelang, neben proletarischen Autoren hervorragende Intellektuelle zur Mitarbeit in der Ordine Nuovo zu gewinnen, was vor allem ein Verdienst der talentierten Kunstkritiker Gramsci und Tasca war. In der Zeitung wurde ein Grundsatz des ideologischen Wirkens Gramscis sichtbar, »dem Proletariat die Kultur zu vermitteln, ohne die es sich seiner historischen Funktion nicht bewusst werden konnte«, hielt Fiori fest. Dem entsprach, dass in der Zeitung neben Arbeiterkorrespondenten und Arbeiterdichtern pazifistische Intellektuelle der Weltliteratur wie Romain Rolland, Henri Barbusse, Walt Whitman und Maxim Gorki schrieben. Dass es sich nicht nur um kommunistische Intellektuelle handelte, verdeutlichte auch die Mitarbeit des brillanten liberalen Kulturkritikers Piero Gobetti.

Gramsci suchte eine Übereinkunft mit den Zentristen unter Führung Giacinto Menotti Serratis.⁷ Auf dem PSI-Kongress, der am 15. Ja-

nuar 1921 in Livorno begann,⁸ beugte Serrati sich jedoch dem Argument, die Einheit der Partei zu wahren, mit dem die Zentristen den Ausschluss der Reformisten ablehnten. Daraufhin verließen die Linken am 21. Januar 1921 den Kongress und gründeten die IKP. Serrati brach 1924 mit den Reformisten und trat der IKP bei, die ihn in ihr Zentralkomitee aufnahm.

Gramsci ist oft nachgesagt worden, er habe die Trennung von den Opportunisten als einen großen Fehler gesehen. Das entstellt seine Haltung. Tatsächlich sah er, wie Fiori zitiert, im Misslingen der Umwandlung der ISP in eine revolutionäre Kampfpartei des Proletariats »den größten Triumph der Reaktion«.

Von Togliatti verschwiegen⁹

Bis zu seiner Verurteilung hatte Gramsci als Erster in der kommunistischen Weltbewegung eine Analyse des im Oktober 1922 in Italien an die Macht gekommenen Faschismus erarbeitet. Während die faschistische Gefahr in der Resolution des Gründungsparteitages in Livorno mit keinem Wort erwähnt worden war, hatte Gramsci noch vor dem Marsch auf Rom den Faschismus als eine »degenerierte Kraft der Bourgeoisie«, eine »bewaffnete Garantie des Klassenstaates«, ein »Phänomen der bourgeoisen Reaktion« eingeschätzt und vor einem »Staatsstreich der Faschisten« gewarnt. Nun kam er dem wahren Charakter des Faschismus auf die Spur, analysierte die reaktionäre Einstellung seiner führenden Vertreter, die Borniertheit der Kleinbürger, die ihm wie Schafe nachliefen. Vor allem sah er die von ihm drohende Gefahr, die von den meis-

6 Bd. 31, DDR-Ausgabe, Berlin 1959, S. 373–385.

7 Seit 1914 Chefredakteur der Tageszeitung »Avanti«, vertrat konsequent die Antikriegsposition, die die ISP als einzige westeuropäische Sektion der II. Internationale bezog, was Lenin »eine Ausnahme für die Epoche der II. Internationale« bezeichnete, die die Partei »einen gewaltigen Schritt vorwärts d. h. nach links« brachte (Lenin, Bd. 21, Berlin 1960. S. 100; Bd. 28, Berlin 1959. S. 106). Auf den Konferenzen in Zimmerwald 1915 und Kienthal 1916 näherte er sich Lenin an.

8 Auf dem Parteitag vertraten die Zentristen 98.028 Mitglieder, Ordine Nuovo 58.783 und die Reformisten 14.695.

9 Siehe Togliatti: Die Vorbereitung des imperialistischen Krieges und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale, in: Pieck, Dimitroff, Togliatti: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus. Berlin/DDR 1960.

ten Kommunisten damals noch unterschätzt wurde. Er erkannte, dass es nicht lediglich ein Führungswechsel innerhalb der Bourgeoisie war, sondern der »Faschismus als Instrument einer Industrie-Agraroligarchie (handelt), um in den Händen des Kapitals die Kontrolle des gesamten Reichtums des Landes zu konzentrieren«. Er hielt fest, dass die herrschende Klasse in den kapitalistisch hochentwickelten Ländern politische und organisatorische Reserven besitzt, die sie z. B. in Russland nicht hatte, und so auch schwerste Wirtschaftskrisen keine unmittelbare Rückwirkung auf das politische Leben haben, sondern die Politik immer eine Verspätung gegenüber der ökonomischen Entwicklung aufweist.¹⁰ Das Verlangsamte der Massenaktionen von der revolutionären Partei eine sehr viel komplexere Strategie und Taktik erforderte, die weit von der entfernt ist, die für die Bolschewiki zwischen März und November 1917 notwendig war.¹¹ Er schlussfolgerte, dass die Frage der proletarischen Revolution zunächst nicht mehr auf der Tagesordnung stand, die Arbeiterklasse ihre politische Hegemonie auf der Grundlage der Freiwilligkeit und Überzeugung erringen müsse. Ihr Masseneinfluss setze voraus, das Sektierertum zu überwinden.

In seiner These vom »Historischen Block« entwickelte Gramsci ein System von Bündnissen der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, den Mittelschichten und der Intelligenz, in dem er den katholischen Volksmassen großen Stellenwert beimaß. Er ging von Lenins Hinweisen für die italienischen Kommunisten auf dem III. KI-Kongress aus, dass die Partei im revolutionären Kampf »die Massen«, die »Mehrheit der Arbeiterklasse« gewinnt. Gramsci hielt Zugeständnisse für notwendig, betonte gleichzeitig, es müsse sich um einen »ausgeglichene[n] Kompromiss« handeln, bei dem die Zugeständnisse der KP »nicht das Wesentliche«,

nämlich »die entscheidende Rolle (...), die ökonomischen Aktivitäten der führenden Kraft« betreffen dürften, worunter die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft und die Herstellung einer sozialistischen Ordnung zu verstehen war.¹² Seine Konzeption wurde auf dem Parteitag in Lyon 1926 als Parteiprogramm (»Thesen von Lyon«) angenommen und er als Nachfolger Amadeo Bordigas¹³ zum Generalsekretär gewählt.

Sozialfaschismusthese abgelehnt

Gramsci lehnte die auf dem VI. KI-Kongress aufgestellte Sozialfaschismusthese ab. Die IKP stimmte ihr zunächst zu, wandte sie aber in der Praxis nicht an. Schließlich anerkannte sie die Sozialdemokratie als Teil der Arbeiterbewegung. Das war die Voraussetzung, dass Luigi Longo¹⁴ 1934 mit ISP-Generalsekretär

12 Gramsci: *Quaderni del Carcere*, Turin 1975, S. 1551.

13 Ab 1910 Mitglied der ISP, verteidigte den Marxismus gegen die Reformisten, bezog 1914 Antikriegspositionen. Seit 1919 führender Vertreter der Kommunisten in der ISP, 1921 Mitbegründer der IKP, bis 1926 Generalsekretär. Vertrat sektiererische Positionen, gegen die Teilnahme an Wahlen und des parlamentarischen Kampfes, 1931 deswegen auf dem illegalen Parteitag in Köln aus der IKP ausgeschlossen.

14 Mitbegründer der IKP. Teilnahme am IV. und VI. KI-Kongress, seit 1933 Mitglied des EKKI. Seit 1927 Mitglied des Politbüros, bereitete das Aktionseinheitsabkommen mit ISP vor und unterzeichnete es 1934 mit Pietro Nenni. In Spanien Generalinspekteur aller Inter-Brigaden. Aktiv an der Ausarbeitung und Durchsetzung der »Wende von Salerno« beteiligt. In der Partisanenarmee mit Sandro Pertini (führender Sozialist, aktiver Antifaschist, nach Flucht ins Ausland 1929 Rückkehr nach Italien, illegale Arbeit, im selben Jahr verhaftet und verurteilt, nach Sturz Mussolinis im Juli 1943 befreit, führender Vertreter des Befreiungskomitees CLN und einer der Organisatoren des bewaffneten Widerstandes, 1968–76 Parlamentspräsident, 1978–86 Staatspräsident) einer der beiden Befehlshaber der Partisanenarmee.

10 *Problemi di Storia del Partito Comunista Italiano*, Rom 1971, S. 29.

11 *La Formazione del Gruppo dirigente del PCI*, Rom 1962, S. 468.

Pietro Nenni¹⁵ ein Aktionseinheitsabkommen schließen konnte, das im Juli 1937 in Spanien mit einem klaren antiimperialistischen Bekenntnis vertieft wurde.¹⁶

Mit seiner weiteren Arbeit im Kerker leistete Gramsci ein ungeheures Pensum an theoretischen Erkenntnissen für den revolutionären Kampf. Gramsci, der einen Buckel hatte und von zwerghafter Gestalt war, litt von früher Kindheit an unter einer schwachen Gesundheit. Während die bisherigen Publikationen zu Gramsci das verbal abhandeln, geht Fiori detailliert darauf ein, und legt dar, mit welcher geradezu übermenschlicher Willenskraft Gramsci arbeitete.

Die Wahrheit war, dass Gramsci sich schon 1933 »in einem Prozess des langsamen Sterbens befand«, schreibt Fiori. »Seine Zähne waren ausgefallen und er hatte ein schmerzhaftes Magenleiden. Fortschreitende Lungentuberkulose, Arteriosklerose und Pott'sche Krankheit (eine tuberkulöse Wirbelsäulenentzündung) verursachten unerträgliche Schmerzen.« Mit der jahrelang abgelehnten medizinischen Betreuung und der Weigerung, den Gefangenen in ein Gefängnis Krankenhaus zu verlegen, betrieb das Mussolini-Regime systematisch die Ermordung Gramscis. »Ohne ärztliche Hilfe seinen Krankheiten ausgeliefert, starb er unter schrecklichen Qualen einen langsamen Tod.« Versuche, ihn zu einem Gnadengesuch zu bewegen, die sowohl von Mussolini als auch von seiner Familie und Freunden ausgingen, lehnte Gramsci ganz entschieden ab, da er darin eine

Distanzierung vom antifaschistischen Widerstand und eine Auswirkung auf dessen Kampfkraft sah. Trotz dieses Krankheitszustandes arbeitete Gramsci weiter. Aus dem Jahr 1933 stammen die Gefängnishefte 1 (Notizen zu verschiedenen Themen), 2 (Grundlagen der Politik), 4 und 22 (Verschiedenes).¹⁷

Für die Anschuldigung eines Christoph Nix im Vorwort, Togliatti habe »Gramsci lieber im Kerker als in Freiheit sehen« wollen, finden sich bei Fiori keine Belege. Dem steht auch entgegen, dass Togliatti, unterstützt von Longo, nach dem Sturz Mussolinis im Juli 1943 in einer Palastrevolte im April 1944 mit der »Wende von Salerno« (Eintritt der Kommunisten und Sozialisten zusammen mit den bürgerlichen Parteien in die nach dem Sturz des »Duce« von Marschall Pietro Badoglio gebildete Regierung) Gramscis These vom »Historischen Block« in der Praxis verwirklichte. Er bestätigte sich damit, wie Georg Lukács einschätzte, als »eine der bedeutendsten taktischen Begabungen, welche die Arbeiterbewegung hervorgebracht hat« und verdeutlichte so die überragende Bedeutung der theoretischen Leistung Gramscis. Fiori führt auch an, dass von der UdSSR durch den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Maxim Litwinow, über den italienischen Botschafter in Moskau ein Austausch Gramscis versucht wurde, was Mussolini »schroff abgelehnt« habe.

Im März 1933 bildete eine breite antifaschistische Protestbewegung in Paris, u. a. mit Romain Rolland und Henri Barbusse, ein internationales Komitee, das die unmenschlichen Haftbedingungen Gramscis publik machte und seine Freilassung forderte. Danach wurde Gramsci im November 1933 in ein Gefängnis Krankenhaus in Citavecchia bei Rom und später nach Formia in der römischen Region Latium in eine kleine Klinik unter strenger polizeilicher Bewachung verbracht. 1934/35

15 1908 bis 1919 Mitglied der Republikanischen Partei, gegen Beteiligung Italiens am Ersten Weltkrieg, 1921 Eintritt in die ISP. Zunächst Chefredakteur des *Avanti*, später jahrzehntelang in Spitzenpositionen, darunter als Generalsekretär. Unterzeichnete 1934 gegen die Linie der Sozialistischen Internationale mit Longo das Aktionseinheitsabkommen. In Spanien Politkommissar der XII. Internationalen Garibaldi-Brigade. Von 1945 bis zum Ausschluss von ISP und IKP aus der Regierung Vizepremier. Ab 1970 Senator auf Lebenszeit.

16 Togliatti: *Il Partito Comunista Italiano*, Rom 1961, S. 81.

17 Gramsci: *Gefängnishefte*, 10 Bände, Argumente Verlag, Hamburg 2002.

verfasste er hier elf seiner Gefängnishefte und überarbeitete frühere Aufzeichnungen.

Menschlich tief ergreifend

Fiori geht auch auf die problematische Ehe Gramscis mit seiner Frau Giulia Schucht ein, die er während seines Aufenthaltes bei der Komintern 1922/23 kennenlernte und heiratete und mit der er zwei Söhne hatte. »Er war 31 Jahre alt und zum ersten Mal verliebt«, schreibt Fiori, der kein Urteil fällt. Aber was er darlegt, vermittelt den Eindruck, dass Giulia nicht dazu fand, Antonio in den letzten und schwersten Jahren seines Lebens im Kerker auch nur annähernd beizustehen und ihm ein Trost zu sein. Vergeblich wartete Gramsci auf einen Besuch von ihr im Gefängnis,¹⁸ oft erhielt er monatelang nicht einmal Post von ihr. Das erschwerte sein Schicksal zusätzlich. »Er hatte«, so Fiori, »seine Vergangenheit schonungslos analysiert und war zu der Überzeugung gekommen, dass er Giulia gegenüber ›schuldig‹ sei, was er mit seiner politischen Aktivität« in Zusammenhang brachte. Sie an sich gebunden zu haben, sah er als einen »Irrtum«. Er habe »nicht den Mut gefunden, allein zu leben, niemanden an sich zu binden, keine Zuneigung und kein enges Verhältnis usw. entstehen zu lassen«, gibt Fiori ihn wieder. Gramsci befasste sich mit der Lösung, das wiedergutzumachen, »in die Einsamkeit zurückkehren und Giulia freizugeben«. Menschlich tief ergreifend sind auch die einfühlsamen Briefe Gramscis an seine beiden Söhne Delio und Giuliano, die er ihnen bis kurz vor seinem Tod schrieb.

Der Haltung Giulias steht die entgegengesetzte ihrer Schwester Tanja gegenüber, die in Italien verblieb und Gramsci aufopferungsvoll zur Seite stand, ihn im Gefängnis besuchte, Literatur besorgte und alles tat, um sein schweres

Los etwas zu erleichtern. Mit ihr besprach er auch die Probleme mit seiner Frau.

Anfang April 1937 wurde der todkranke Gramsci aus der Haft entlassen. Er verstarb am 27. April um 4.10 Uhr. Er wurde nur 46 Jahre alt. Fiori schließt die Biographie mit einem Brief, den Gramsci vor der Verkündung des Urteils 1928 an seine Mutter geschrieben hatte: »Damit ich ganz ruhig sein kann, möchte ich, dass Du nicht erschrickst oder Dich aufregst, wie immer auch das Urteil ausfallen mag. Ich möchte, daß Du verstehst und fühlst, daß ich ein politischer Gefangener bin und daß ich mich dessen nicht schäme und nie schämen werde. Ich möchte dir sagen, daß ich es im Grunde genommen nicht anders gewollt habe, weil ich nie meine Meinung aufgeben wollte, und ich bin bereit, dafür nicht nur ins Gefängnis zu gehen, sondern sogar mein Leben zu opfern. Deshalb kann ich ruhig und mit mir selbst zufrieden sein. Liebe Mamma, ich möchte Dich gern ganz fest umarmen, damit du spürst, wie lieb ich dich habe und wie ich Dich für diesen Kummer trösten möchte, den ich Dir bereitet habe – aber ich konnte nicht anders handeln. Das Leben ist sehr hart, und manchmal müssen die Kinder ihren Müttern großes Leid zufügen, wenn sie ihre Ehre und Menschenwürde bewahren wollen.«

18 Laut Wiki Tree war Julia Schucht zwischen 1925 und 1926 in Italien, kehrte dann aber nach Moskau zurück.

Neruda zum 50. Todestag

Friede für alle, die leben: Friede der gesamten Erde und den Wassern¹

Jenny Farrell

In seiner Rede anlässlich der Verleihung des Literaturnobelpreises, beschreibt Pablo Neruda seine Flucht vor der chilenischen Videla-Regierung über die Anden nach Argentinien:

Auf beiden Seiten des Weges konnte ich in der wilden Trostlosigkeit etwas erkennen, das auf menschliche Aktivitäten schließen ließ. Es gab aufgetürmte Äste, die viele Winter überdauert hatten, Opfertagen von Hunderten, die dorthin gewandert waren, grobe Grabhügel zum Gedenken an die Gefallenen, so dass der Vorübergehende an diejenigen denken sollte, die sich nicht mehr hatten durchkämpfen können, sondern für immer unter dem Schnee geblieben waren. Auch meine Kameraden hackten mit ihren Macheten Äste ab, die unsere Köpfe streiften und sich über uns beugten, von den kolossalen Bäumen, von den Eichen, deren letzte Blätter sich vor den Winterstürmen verstreuten. Und auch ich hinterließ an jedem Grabhügel einen Tribut, eine Visitenkarte aus Holz, einen Ast aus dem Wald, um das eine oder andere Grab dieser unbekanntenen Reisenden zu schmücken.²

Dieser beschwerliche und gefährliche Weg durch eine kaum von Menschen berührte Natur wird im Verlaufe der Rede zu einem

Gleichnis des Weges der Menschheit durch ihre eigene Geschichte und Gegenwart, eine Welt, die trotz größter Gefahren auch stets von der Solidarität des einfachen Volkes bestimmt ist. Die Vertrauten, die ihn begleiten, hüten Neruda wie ihren großen Schatz. In der Einsamkeit treffen sie auch auf andere Menschen, die ihnen in dieser Wildnis Obdach, Nahrung bieten, wo sogar die Natur selbst Sorge um ihr Wohlergehen trägt:

an diesem Feuer sangen und aßen wir, und dann gingen wir in der Dunkelheit in einige primitive Räume. Durch sie floss ein warmer Strom, vulkanisches Wasser, in dem wir badeten, Wärme, die aus der Bergkette quoll und uns in ihrem Schoß aufnahm.³

Diesen großen Zusammenhang von Natur, Geschichte und arbeitenden Menschen besingt Neruda in seiner Dichtung.

Geboren wird Neruda als Ricardo Eliécer Neftalí Reyes Basoalto am 12. Juli 1904 im zentralchilenischen Parral. Seine Mutter stirbt kurz nach seiner Geburt, doch hat er ein sehr gutes Verhältnis zu seiner Stiefmutter. Sein Vater, Lokführer eines Schotterzuges bei der aufstrebenden Eisenbahn, nimmt ihn schon als Kind oft mit auf Fahrten durch die urwüchsige Natur seiner Region und so erfährt er die schwere körperliche Arbeit der Eisenbahner, die Steine und Sand zwischen die Schwellen legen, damit der starke Regen nicht die Gleise verschiebt. Diese Erfahrung einer urweltlichen Natur prägt Nerudas Dichtung und bildet später den Nährboden der Naturgedichte des *Canto General*.

Durch den Einfluss seines Vaters wächst Neruda als Atheist auf. Unter seinen Schulkameraden befindet sich Gerardo Seguel, später einer der ersten Kommunisten Chiles; die Direktorin der örtlichen Mädchenschule ist die große chilenische Dichterin Gabriela Mistral (Lucila Godoy), die er 1919 als Fünfzehnjähri-

1 Aus: »Holzfäller wach auf!« In: Neruda, Pablo (1975), *Pablo Neruda Gedichte 1923–1973*, Leipzig, Verlag Philipp Reclam, S. 81.

2 <https://www.nobelprize.org/prizes/literature/1971/neruda/lecture/>. Deutsch von Jenny Farrell.

3 Ebd.

ger kennen lernt. Mistral sollte 1945 als erste Lateinamerikanerin den Literaturnobelpreis erhalten. Sie leiht dem lesehungrigen Jungen russische Romane. Neruda veröffentlicht in dieser Zeit erste Gedichte als Neftali Reyes. Sein Vater zeigt sich wenig erfreut über Neftalis literarisches Interesse und Spannungen führen letztlich dazu, dass der junge Dichter sechzehnjährig seinen Namen zu Pablo Neruda ändert.

In diesen Jahren nehmen in Chile mit Streiks, Demonstrationen sowie Zusammenstöße mit der Polizei deutlich zu. Die 1922 gegründete Kommunistische Partei konnte auf der starken FOC (Chilenische Arbeiterföderation) aufbauen, und die kommunistische Bewegung in Chile wurde dank der langen Tradition des gewerkschaftlichen Kampfes in den Kupfer- und Nitratminen zu einer der aktivsten in Lateinamerika.

1921 beginnt Neruda ein Französischstudium in Santiago, das er bald abbricht. Er lebt in Armut und wird langsam politisiert. Er liest Puschkin sowie Gedichte des späteren französischen Kommunisten Paul Éluard. 1923 veröffentlicht er eine erste Sammlung, *Dämmerung*, die bereits auf seine Signifikanz hindeutet: »er wird zu den Allerbesten gezählt werden, und das nicht nur in diesem Land und in seiner Zeit«⁴. 1924 folgt der Gedichtband *Zwanzig Liebesgedichte und ein Lied der Verzweiflung*, der seinen Durchbruch bedeutet.

Der Militär Carlos Ibáñez del Campo übernimmt am 7. April 1927 das Präsidentenamt von Emiliano Figueroa Larraín. Zwei Monate zuvor hatte Ibáñez als diktatorischer Innenminister Massenverhaftungen befiehlt und sein Ziel erklärt, das Land von »Anarchisten und Kommunisten« zu reinigen. Neruda will emigrieren, denkt an eine diplomatische Laufbahn. Diese beginnt 1927 mit seiner Entsendung zuerst nach Rangun, Burma, danach nach Colombo. In seinen Memoiren kommentiert

Neruda die dort erlebte bodenlose Borniertheit britischer Kolonialisten gegenüber einheimischer Kultur: »Diese schreckliche Kluft zwischen den britischen Herren und der weiten Welt der Asiaten wurde nie geschlossen. (...) eine völlige Ignoranz gegenüber den Werten und dem Leben der Asiaten.«⁵

Es geht weiter nach Singapore und Java, wo er 1930 seiner ersten Frau Maria Antonieta Hagenaar Vogelzang (Maruca) begegnet, mit der er 1932 nach Chile zurückkehrt. Das Land wird nun von dem neuen Diktator Carlos Dávila regiert. Neruda wird 1933 zum Vizekonsul in Buenos Aires berufen.

Hier lernt er Federico García Lorca kennen, mit dem ihn von da an eine enge Freundschaft verbindet. Zu dieser Zeit schreibt Neruda: »Es scheint, dass eine Welle des Marxismus die Welt durchzieht. Briefe, die ich [von] chilenischen Freunden erhalte, drängen mich zu dieser Position. In Wirklichkeit kann man heute politisch nichts anderes sein als Kommunist oder Antikommunist.« Doch er führt fort: »Wahr ist, dass ich die proletarische, proletarisierende Kunst hasse.«⁶ Von dieser Position sollte er sich bald entfernen. 1933 erscheint *Aufenthalt auf Erden*, wo er nach eigenem Ermessen seine Stimme findet.⁷

Im Frühsommer 1934 geht Neruda als Konsul nach Spanien, zunächst nach Barcelona. In Madrid trifft er Lorca wieder. Die politische Situation in Spanien verschlechtert sich zusehends. Im Oktober wird Neruda eine schwerkranke Tochter geboren. Er übersetzt William Blakes »Visions of the Daughters of Albion« und »The Mental Traveller« ins Spanische. Neben Lorca ist Neruda in Spanien mit anderen führenden Dichtern der Zeit bekannt: den Spaniern Rafael Alberti, Miguel Hernández sowie dem Kubaner Nicolás Guillén. Im Juni 1935 nimmt Neruda am Ersten Internationa-

5 Ebd., S. 131.

6 Feinstein, A. (2005). Pablo Neruda: A passion for life. Bloomsbury Publishing USA, E-Book, S. 114.

7 Ebd., S. 116.

4 Neruda, Pablo (2021): *The Complete Memoirs. The Expanded Edition*. New York, E-Book, S. 526.

len Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur in Paris teil.

In Madrid begegnet Neruda seiner zweiten Frau, Delia del Carril, einer zwanzig Jahre älteren Kommunistin (Heirat 1943). Unter ihrem Einfluss sowie durch die Ereignisse in Spanien bewegt sich Neruda zunehmend auf kommunistische Positionen und begreift besser die Rolle der Kunst im politischen Kampf:

Ich begann in Spanien, während des Bürgerkriegs, Kommunist zu werden ... Dort fand die wichtigste Periode meines politischen Lebens statt – wie bei vielen Schriftstellern in der ganzen Welt. Wir fühlten uns von diesem enormen Widerstand gegen den Faschismus, der der spanische Krieg war, angezogen. Aber die Erfahrung bedeutete für mich noch etwas anderes. Vor dem Krieg in Spanien kannte ich Schriftsteller, die mit wenigen Ausnahmen alle Republikaner waren. Und die Republik bedeutete für mich die Wiedergeburt der Kultur, der Literatur, der Künste in Spanien. Federico García Lorca ist der Ausdruck dieser poetischen Generation, der explosivsten in der Geschichte Spaniens seit vielen Jahrhunderten. Die physische Zerstörung all dieser Männer war also ein Drama für mich. Ein ganzer Teil meines Lebens endete in Madrid.⁸

Auf Francos Militärputsch im Juli 1936 folgen Repressalien und Hinrichtungen, im August wird Federico García Lorca ermordet. Lorcass Mord hat eine nachhaltige Wirkung auf Neruda. Der Spanische Bürgerkrieg beginnt. In seinem Band *Spanien im Herzen* (1937) setzt Neruda Lorca ein Denkmal und ergreift eloquent und eindeutig Partei für die Spanische Republik – nimmt einen Standpunkt ein, den er zeitlebens nicht mehr verlassen wird. Seine Dichtung erreicht eine neue Qualität.

Sein Gedicht »Erklärung einiger Dinge« erklärt diese Wandlung. Er beginnt mit einer Be-

schreibung Nerudas bisheriger Lyrik, die nun zu Ende kommt:

*Du wirst fragen: Und wo ist der Flieder?
Und die Metaphysik von Mohn zugedeckt.
Und der Regen, der oft die Trommel
seiner Worte schlägt und sie füllt
mit Leere und Vögeln?
Ich will dir jetzt alles sagen, was mir
geschieht.*

Dann bricht der Krieg der Banditen gegen das Volk aus:

*Und eines Morgens brachen Flammen aus
allen,
und eines Morgens stiegen lodernde Feuer
aus der Erde,
verschlangen Leben,
und seither Feuer,
Pulver seither,
und seither Blut.*

Neruda nennt in eindrucksvollen Versen die Täter: Schakale, Vipern, Generäle

Es endet:

*Ihr fragt, warum seine Dichtung
uns nichts von der Erde erzählt, von den
Blättern,
den großen Vulkanen seines Heimat-
landes?
Kommt, seht das Blut in den Straßen,
kommt, seht
das Blut in den Straßen,
kommt, seht doch das Blut
in den Straßen!⁹*

1936 verlässt Neruda Spanien, trennt sich von Frau und Tochter und geht mit Delia del Carril nach Paris, wo er unter anderen Louis Aragon und Paul Éluard begegnet. Im Juli 1937 ist Neruda dort an der Leitung des Zweiten Internationalen Schriftstellerkongresses zur Vertei-

8 Ebd., S. 141.

9 Neruda, Pablo (1975), S. 44.

digung der Kultur in Valencia und Madrid beteiligt. Nach dem Kongress reisen Neruda und Delia nach Chile. Auf der Überfahrt beendet Neruda *Spanien im Herzen* und ist im November 1937 an der Gründung eines Bündnisses chilenischer Intellektueller zur Verteidigung der Kultur beteiligt, dessen erklärtes Ziel ist: Kampf gegen den Faschismus und Solidarität mit dem republikanischen Spanien.

Nerudas Spaniengedichte begreifen den Kampf gegen den Faschismus als weltumspannend. In der Ausgabe von 1947 werden »Auf Stalingrad«, »An Bolívar« und »Auf den Tod und die Auferstehung des Luis Companys« aufgenommen, die diese historische Dimension unterstreichen, die Kontinuität von Vergangenem und Gegenwärtigem, den globalen Charakter des Widerstandes.¹⁰

In Chile beginnt Neruda mit Lesungen für einfache Arbeiter. Eine solche Lesung aus *Spanien im Herzen* für die Gewerkschaft der Lastenträger wird 1937 zu einem Schlüsselerlebnis: »Genosse Pablo, wir sind ein völlig vergessenes Volk, und ich kann dir sagen, dass wir noch nie so sehr bewegt waren.« (...) er brach in Tränen aus, sein Körper zitterte vor lauter Schluchzen. Viele der Menschen um ihn herum weinten ebenfalls.«¹¹ Spaniens Blut, das furchtbare Leid des Volkes löst die Erinnerung an die gequälten Menschen in der Geschichte Südamerikas aus – Erinnerung tritt als eine zentrale Funktion der Dichtung mit dem Dichter als Zeugen hervor. Erinnerung wird später das konstituierende Prinzip des *Canto General* (*Großer Gesang*), der zehn Jahre später auf der Flucht vollendet wird.¹²

Das übergreifende Thema des *Canto General* ist Geschichte – das Werden der Natur zum Menschen, die Geschichte Südamerikas bis in die Gegenwart, die Befreiungsbewegungen und der anti-imperialistische Kampf. Das Volk wird

zum Protagonisten des historischen Prozesses, beginnend mit den arbeitenden Menschen in Machu Picchu, Nachfahren der Inka.¹³

Anfang 1939 ernennt der im Dezember 1938 gewählte demokratische Präsident Pedro Aguirre Cerda Neruda zum Sonderkonsul in Spanien und betraut ihn mit der Aufgabe, die Einwanderung von spanischen Flüchtlingen zu ermöglichen. So verantwortet Neruda die Flucht von etwa zweitausend Spaniern ins rettende Chile.

Die nächste Konsularstelle ist in Mexiko, ein Land das für Neruda wichtig bleibt. Nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR unterstützt Neruda die Sowjetunion aktiv und schreibt den »Gesang für Stalingrad«, der die weltweite Erfahrung der Belagerten, Kämpfen den thematisiert:

*Und der Spanier entsinnt sich Madrids
und sagt: Schwester,
widerstehe, Hauptstadt des Ruhms, widerstehe:
aus dem Boden sprudelt all das vergossene
Blut
Spaniens, und für Spanien erhebt es sich
wieder;
und der Spanier vor den Erschießungskommandos
fragt, ob Stalingrad lebt,
und eine Kette von dunklen Augen im
Zuchthaus
bohrt deinen Namen in die Mauern,
und Spanien wird von deinem Blut und
deinen Toten erschüttert,
weil du ihm, Stalingrad, deine Seele liehest,
als es Helden trug gleich den deinen.¹⁴*

Auf seiner Rückkehr aus Mexiko besucht der Dichter die für ihn bedeutsame peruanische Inka-Stätte Machu Picchu, 1945 erhält er den chilenischen Nationalpreis für Literatur, tritt der Kommunistischen Partei bei und unter-

10 Hierzu auch Metscher, Thomas (2019), *Pariser Meditationen*, Kassel, Mangroven Verlag, S. 334.

11 Feinstein, S. 160.

12 Metscher, S. 321 ff.

13 Ebd., S. 334 ff.

14 Neruda (1975), S. 48–49.

stützt 1946 den Präsidentschaftskandidaten einer Mitte-Links-Koalition, Videla, der schon ein Jahr später seine Versprechen bricht, fortschrittliche Kräfte verfolgt, Gewerkschaftskämpfe brutal niederschlägt. Neruda setzt sich für die Arbeiter ein und entwickelt zunehmend die Einsicht, dass Kunst volkstümlich sein muss.

Sein Gedicht »Margarita Naranjo« ist über die Arbeiter in der Salpetergrube, Antofagasta

*Ich bin tot. Bin von der »Maria Elena«.
Mein ganzes Leben verbrachte ich in der
Salpeterwüste.
Wir gaben unser Blut her für die nord-
amerikanische
Company, meine Eltern zuvor, dann meine
Brüder.
Ohne dass Streik war, ohne dass etwas
geschehen, umringten sie uns,
Nacht war, das ganze Heer rückte an,
sie gingen von Haus zu Haus, weckten die
Menschen
und trieben sie zum Konzentrationslager
fort.¹⁵*

Neruda reflektiert:

*Ich habe meinen Stil geändert. Ich schreibe
jetzt einfacher. Nach und nach habe
ich mich von komplizierten Formen gelöst,
damit jeder meine Poesie verstehen kann.
Mit der Veröffentlichung meiner Bücher in
der Sowjetunion und in China, in fast allen
Ländern und Sprachen, sehe ich, dass wir so
schreiben müssen, dass uns jeder versteht.¹⁶*

Politische Verfolgung zwingt ihn 1948 etwa ein Jahr in den Untergrund, wo er den *Canto General* beendet. Ende Februar 1949 gelingt die Flucht über die Anden nach Argentinien, von der er in seiner Nobelpreis-Rede berichtet. Von dort kann er nach Europa entkommen. Wäh-

rend der Illegalität setzt sich Picasso auf dem ersten Weltkongress der Intellektuellen für den Frieden im Juli 1948 in Wrocław glühend für ihn ein: »Er ist (...) einer der größten Dichter der Welt.«¹⁷

Auf dem Weltkongress der Kämpfer für den Frieden Ende April 1949 nimmt der soeben in Europa eingetroffene Neruda neben Picasso, Robeson u. v. a. m. selbst teil. Bis 1952 bleibt Neruda in Europa und bereist auch viele sozialistische Länder. Er beginnt eine Beziehung mit Matilde Urrutia, die 1966 seine dritte Frau wird. In den 1950er und 1960er Jahren unternimmt er weite Reisen in politischer Mission. In diese Jahre fallen der XX. Parteitag der KPdSU sowie die Kulturrevolution in China, die nicht nur bei Neruda einen Schatten über die bedingungslose Unterstützung aller Aspekte des real existierenden Sozialismus werfen, seinen vollen Einsatz als Kommunist für eine humane Zukunft jedoch in keiner Weise beeinträchtigen. In die 1950er Jahre fällt zudem die kubanische Revolution, die Neruda in seinem Versbuch *Heldenepos* als erster Dichter besingt:

*Darum fordere ich diese einminütige
Minute
um dieses Heldenlied zu singen,
und mit den folgenden Worten beginn ich,
dass man sie in Amerika wiederhole:
»Öffnet die Augen, misshandelte Völker,
allerorts ist eine Sierra Maestra.«¹⁸*

Als Neruda 1966 als Ehrengast zur Sitzung des PEN Club nach New York reist, greifen ihn Kubas Schriftsteller in einem offenen Brief als Verräter an, was jedoch Nerudas Solidarität mit Kuba nie beeinträchtigt.

Bereits 1952 hatte Salvador Allende Chiles politische Bühne als sozialistischer Präsidentschaftskandidat betreten. Angetreten gegen den Imperialismus des Videla-Regimes, fordert

15 Neruda (1975), S. 79.

16 Feinstein, S. 360.

17 Feinstein, S. 276.

18 Neruda (1975), S. 124.

sein Programm die Verstaatlichung der Bodenschätze Chiles. Auch in der Wahlkampagne von 1958 unterstützt Neruda Allende. Anfang 1969 unterstützt der Dichter erneut die Wahlkampagne der Kommunistischen Partei Chiles, wird im September deren Präsidentschaftskandidat – eine Kandidatur, die er im Januar 1970 zugunsten von Salvador Allende als dann alleinigen linken Kandidaten aufgibt, und der am 4. September 1970 die Wahl gewinnt.

Als Botschafter in Paris, erhält Neruda im Oktober 1971 die Nachricht der Verleihung des Literaturnobelpreises an ihn. In der Begründung der Schwedischen Akademie heißt es:

In Spanien fand er »die Gemeinschaft der Unterdrückten und Verfolgten. Er fand sie, als er aus dem Spanien des Bürgerkriegs in sein eigenes Land zurückkehrte, das über Jahrhunderte hinweg das Schlachtfeld der Eroberer war. Aber aus der Verbundenheit mit diesem Gebiet des Schreckens erwachsen auch das Bewusstsein für seine Reichtümer, der Stolz auf seine Vergangenheit und die Hoffnung auf seine Zukunft, auf das, was er weit im Osten wie eine Fata Morgana schimmern sah. Damit verwandelte sich Nerudas Werk in eine Poesie der politischen und sozialen Bereitschaft unter dem Banner der Wiedergutmachung und der Zukunftsvisionen – nicht zuletzt im Canto General, den er zum Teil im Exil in seinem eigenen Land, für kein anderes Vergehen als eine Meinung zu haben, schrieb. Diese Meinung lautete, dass sein Land ihm und seinen Landsleuten gehöre und dass niemand in seiner Würde beleidigt werden dürfe. (...) In seinem Werk erwacht ein Kontinent zum Bewusstsein.«¹⁹

1970 bittet Mikis Theodorakis Neruda um die Erlaubnis, den *Canto General* zu vertonen. Neruda und Allende beraten ihn in der Auswahl der Gedichte. Die ersten sechs Teile des

Oratoriums werden 1973 in Argentinien und Mexiko aufgeführt, doch der Putsch in Chile verhindert die geplante Aufführung im Nationalstadion in Santiago de Chile. Die sechs-Sätze-Fassung erlebt erst 1974, nach Nerudas Tod, seine europäische Uraufführung beim Fest der L'Humanité in Paris und 1975 in Athen nach Ende der faschistischen Junta dort. Das dreizehn Sätze umfassende vollständige Werk wird 1981 in der Hauptstadt der DDR uraufgeführt. In Chile erlebt das Oratorium erst 1993 nach Ende der Pinochet-Diktatur seine Premiere.

Im November 1972 kehrt der an Prostatakrebs schwer erkrankte Neruda nach Chile zurück. Er arbeitet weiter an Gedichtbänden sowie an seinen Memoiren. Am 11. September 1973 erfährt er die Nachricht des Putsches, der Bombardierung des Palastes La Moneda und des Todes von Präsident Allende.

Am 23. September stirbt Pablo Neruda. Die Nachtwache findet in seinem von der Junta verwüsteten Haus La Chascona statt. Seine Beisetzung am 25. September auf dem Cimiterio General in Santiago wird trotz bedrohender Militärpräsenz zur ersten Manifestation der Auflehnung des Volkes.

Als jemand mit lauter Stimme zu rufen begann: »Genosse Pablo Neruda!«, antworteten wir alle: »Presente!« (Anwesend!) Der Ruf wurde zwei- oder dreimal wiederholt, und die Antworten wurden immer lauter. Plötzlich ertönte der Ruf: »Genosse Victor Jara!« Unsere Stimmen überschlugen sich, denn es war das erste Mal, dass Victor öffentlich genannt wurde, um seine abscheuliche Ermordung anzuprangern. »Presente!« Dann rief die Stimme: »Genosse Salvador Allende!« Die Antwort war ein heiseres, gebrochenes Heulen, verzerrt durch Erregung und Schrecken und den Wunsch, es so laut zu schreien, dass die ganze Welt es hören konnte: »Presente!« Ich glaube, das war der Moment, in dem wir unsere Angst verloren, denn dort konnten sie uns nichts antun: Es war besser, mit erhobenen Fäusten

19 <https://www.nobelprize.org/prizes/literature/1971/ceremony-speech/>. Deutsch von Jenny Farrell.

*zu sterben und die Internationale zu singen. Und so zogen wir lauthals singend und weinend in den Generalfriedhof ein. Vielleicht hat uns die Anwesenheit so vieler ausländischer Journalisten das Leben gerettet ...*²⁰

Im Februar 2023 bewies ein internationales Forensikerteam, dass Neruda auf Anweisung der Junta vergiftet wurde.²¹ Neruda sollte Stunden später aus Chile nach Mexiko ausgeflogen werden, doch aus Angst vor Erklärungen dieses großen Dichters wurde er ermordet.

20 Hernan Loyola, *Ser y morir en Pablo Neruda*, Actas del Quinto Congreso, AIH, Bordeaux, 1974. So zitiert in Feinstein, S. 505.

21 <https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/445236.vor-50-jahren-mord-an-neruda-bewiesen.html>.

Halten Sie Menschenrechte und Umweltschutz für Standortnachteile, die beseitigt werden müssen? Dann werden Sie in Ossietzky keine Bestätigung finden.

Der Kapitalismus hat keinen Respekt vor Grenzpfählen, Landesfarben und nationalen Ideologien. Vor letztern am wenigsten, denn er bezahlt ja meistens ihre Erfinder.

Carl von Ossietzky in *Die Weltbühne*, 17. Februar 1931

alle zwei Wochen neu

Halten Sie globale Verantwortung für einen militärischen Auftrag, den die Bundeswehr zu erfüllen hat? Dann wird Ihnen Ossietzky nicht zusagen.

Diese geistige Militarisierung, der fast alle Parteien hemmungslos unterliegen, ist unsittlich, verabscheuenswert und infam. Sie wird ihre blutigen Früchte tragen – und auch das nächste Mal wird niemand, niemand schuld sein.

Kurt Tucholsky 1927



Glauben Sie daran, dass Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert werden müssen, damit die Unternehmer viele neue Arbeitsplätze schaffen? Wenn Sie diesen Glauben nicht verlieren wollen, dürfen Sie keinesfalls Ossietzky lesen.

Wenn schon gespart werden soll, dann möge man bei Militär und Marine anfangen, anstatt deren weitere Hypertrophie auf Kosten des Sozialetats zu dulden.

Carl von Ossietzky in *Die Weltbühne*, 17. Dezember 1929

www.ossietzky.net

»Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg«

Friedenskonferenz von IG Metall Hanau-Fulda und Rosa-Luxemburg-Stiftung

Am 23./24. Juni 2023 fand im Hof des Hanauer Gewerkschaftshauses eine konstruktive gewerkschaftspolitische Friedenskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der IG Metall Hanau-Fulda mit rund 250 anwesenden und weiteren 230 Teilnehmenden via Livestream statt.

Bei aller Widersprüchlichkeit in der aktuellen Situation konnte in den Diskussionen das Verbindende über Partei- und Gewerkschaftsgrenzen hinaus hervorgehoben werden. Eines der Highlights der Konferenz war ein internationales Podium mit Jeremy Corbyn und Valentina Orazzini, italienische Metallgewerkschafterin und Europabeauftragte von CGIL/FIOM und Özlem Alev Demirel, MdEP der Partei DIE LINKE.

»Die Konferenz hat Mut gemacht, weil der Teil der anwesenden gesellschaftlichen Linken in Deutschland und Europa gezeigt hat, dass es möglich ist, konkret und entlang von Sachthemen gemeinsame Vorstellungen für eine gerechtere und friedlichere Welt zu formulieren«, schreibt die IG Metall auf ihrer Hanauer Webseite. Hier gibt es auch eine ausführliche Video-Dokumentation der Konferenz: <https://www.igmetall-hanau-fulda.de/aktuelles/meldung/dokumentation-friedenskonferenz>

Marxistische Blätter dokumentieren mit freundlicher Genehmigung die Input-Beiträge von Robert Weissenbrunner, Wolfgang Däubler, Ingar Solty und Jeremy Corbyn.

Widerstand aushalten, Konflikte solidarisch austragen

Robert Weissenbrunner, IG Metall Hanau

Die Zusammenarbeit der Arbeiter- und der Friedensbewegung hat in dieser Stadt und der Region eine jahrzehntelange Tradition. Und deshalb war es naheliegend, dass in diesen wilden Zeiten ein gemeinsames Vorgehen von Gewerkschaft und Friedensinitiative in gewerkschaftlichen, sozialen und friedenspolitischen Fragen verabredet wurde.

Als erste gemeinsame Aktion stand im Rahmen der Metalltarifrunde ein geplanter Warnstreik an, der aber politisch über die reine Tarifforderung hinausgehen sollte. Ein breites lokales Bündnis, bestehend aus verschiedenen lokalen Organisationen, der Gewerkschaften, der Friedensbewegung, Migrantenvereinen, Jugendverbänden und

sozialen Bewegungen hatte dann für den 17.11. letzten Jahres zu einer öffentlichen Kundgebung und die IG Metall hat die Beschäftigten zeitgleich zum Warnstreik aufgerufen. Unser gemeinsamer Slogan lautete: »Statt Durchhalteparolen und Energiespartipps braucht es Frieden und mehr soziale Gerechtigkeit.« Neben 8% Entgelterhöhung haben wir uns auf weitere gesellschaftliche Forderungen im Bündnis verständigt. Uns ging es konkret um

- mehr diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Krieges,
- einem Stopp der Aufrüstung der Bundeswehr,
- Umwidmung des 100-Mrd.-Aufrüstungspaketes in ein Investitionsprogramm für Jugend, Soziales, Umwelt, Gesundheit und Bildung,
- eine Energiepreispause und
- wirksame staatliche Regelungen zur Einführung einer Übergewinnsteuer,
- eine allgemein höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften, Erbschaften und Vermögen,
- klimafreundliche Energieversorgung, aber auch eine Ausweitung der Tarifbindung.

Über 1.000 Kolleginnen und Kollegen folgten diesem Aufruf. Es sollte aber nicht bei einer einzelnen Aktion bleiben: Wir haben gemeinsam weitere Veranstaltungen organisiert, um auch einen Raum für Diskussion zu schaffen. Wir haben in Betriebsversammlungen unsere politischen Positionen zur Diskussion gestellt und die Ostermärsche genutzt und dabei auch den einen oder anderen Widerstand aus unseren Strukturen aushalten und auch Konflikte austragen müssen.

Ein weiterer Höhepunkt war dann die Tarifrunde und ein großer Warnstreik im Öffentlichen Dienst, der nach demselben Prinzip wie im Herbst organisiert wurde. Über 2.000 Kolleginnen und Kollegen folgten dem Aufruf ebenfalls auf dem Hanauer Freiheitsplatz.

Eines unserer zentralen Ziele war es, dass wir die Friedens- und die soziale Frage sowohl in den Betrieben als auch gesellschaftlich nicht den rechten Hetzern überlassen wollten. Und eigentlich ist es verrückt, dass man das inzwischen betonen muss, aber es war klar, dass wir einer Vereinnahmung unserer Positionen durch rechtspopulistische Organisationen und Parteien eine klare Absage erteilt haben...

Die IG Metall ist seit jeher Teil der Friedensbewegung und gewerkschaftliches Engagement ist immer auch ein Einsatz für den Frieden, für Freiheit, Solidarität, Respekt und Toleranz. Unabhängig von der Situation in der Ukraine, müssen wir feststellen, dass Kriege und bewaffnete Konflikte weltweit kein Ende nehmen, ja sogar zunehmen. Wir erleben, dass über 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind.

Seit über einem Jahr tobt nun dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg in der Ukraine und er ist eine Katastrophe, insbesondere für die Menschen in der Ukraine und eine schreckliche Bedrohung für uns alle. Er hat auch massive Auswirkungen für die abhängig Beschäftigten und wirtschaftlich Schwächeren in Deutschland und weltweit. Lebensmittel und zahlreiche Konsumgüter, Mieten, und vor allem die Energie werden teurer. Der Krieg droht, sich immer weiter zuzuspitzen, sich auch räumlich über die Grenzen der Ukraine hinaus zu bewegen. Und er hat eine Vorgeschichte, wie sie jeder Krieg hat.

Aus der Geschichte wissen wir, dass Kriege uns Gewerkschaften in Widerspruchskonstellationen drängen. Wir stehen wieder einmal vor der Her-

ausforderung, im Spannungsverhältnis von betrieblicher und institutioneller Interessenvertretung und sozialer Bewegung, unsere unverzichtbare Rolle als Friedensorganisation auszufüllen. Wir sind der Überzeugung, dass eine erfolgreiche und wirksame Friedensbewegung die Gewerkschaften braucht und sie getragen werden muss von der Arbeiterbewegung. Damit das trotz aller Widrigkeiten wieder etwas besser klappt, wollen wir einen Beitrag zur innergewerkschaftlichen Diskussion leisten und damit Einfluss auf die sich verändernden friedenspolitischen Positionen der Gewerkschaften nehmen.

Die ausgerufenen Zeitenwende macht nicht vor den Gewerkschaften und auch nicht vor der IG Metall Halt. Betrachten wir uns nur die Beschlusslagen und Positionen der IG Metall im Rahmen ihres Gewerkschaftstages 2019 und damit vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine. Allein die Überschriften reichen:

- Gegen eine Steigerung des Verteidigungshaushaltes und für Rüstungskonversion
- Wir brauchen Abrüstung, statt Aufrüstung.
- Gegen Waffenexporte in Krisenregionen
- Gewerkschaftspolitik ist Friedenspolitik
- Den Frieden verteidigen – Waffenexporte weiter einschränken
- Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2 % des BIP
- Keine Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden
- Gegen weitere Aufrüstung und Militarisierung

Soweit so klar! Wie sieht es heute aus? In einem ... Beschluss des Vorstands der IG Metall aus März diesen Jahres liest sich das inzwischen aber so:

»Wir müssen feststellen, dass die Beschlüsse auf dem Gewerkschaftstag sowie unsere gemeinsame Positionierung auf dem DGB-Bundeskongress durch den Ukraine-Krieg infrage gestellt und überprüft werden müssen.« Am Beispiel der Rüstungsexporte dann: »So schließt unsere eigene Beschlusslage Rüstungsexporte in Krisenregionen und kriegführende Staaten aus. Wir brauchen deshalb eine Verständigung über eine inhaltliche Schärfung unserer Positionen in dieser Frage.«

Genau hier setzt unsere Konferenz an, da auch die bisherigen innergewerkschaftlichen Diskussionsräume hierfür überschaubar waren und auch weiterhin sind. Unsere Hanauer Konferenz soll einen Beitrag dazu leisten, dass sich die Gewerkschaften wieder als starke gesellschaftliche Stimme des Friedens und der Diplomatie klarer und eindeutiger positionieren als dies seit Kriegsbeginn in der Ukraine der Fall ist. Dazu braucht es, neben den bereits vorhandenen wichtigen gewerkschaftlichen Friedensinitiativen breitere Diskussionen in den Gewerkschaften ... Und wir brauchen diese Diskussionen und Positionierungen auch in unseren Betrieben. Wir brauchen es auch deshalb, um die Beschäftigten wieder stärker politisch aus gewerkschaftlicher Sicht zu orientieren.

Wir tun das viel zu wenig und wir sehen vielfach zu, wie es andere tun und die Stimmenzuwächse der AfD gerade im Bereich der abhängig Beschäftigten müssen uns Warnung genug sein. Um den rechten Rattenfängern das Wasser abzugraben, müssen wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter

- die Verbindung zwischen Krieg und Krisen aufzeigen,
- dabei die Frage der Friedens- und Außenpolitik enger mit der Frage der Verteilungs-, der Sozial- und der Tarifpolitik denken und benennen
- und konsequenter als bisher die Interessen und Ängste der Beschäftigten in den Fokus stellen. Sonst tun es andere.

Wehret den Anfängen ist längst vorbei. Lasst uns stärker als je zuvor alle Kräfte bündeln, damit sich hier Geschichte nicht wiederholt. Um die Einheit zu schaffen, braucht es Klarheit und auch dazu soll die Konferenz dienen. Sie soll auch Ort für den konstruktiven politischen Streit um Positionen sein ... Eines müssen wir doch klar sehen: Mit einem neuen globalen Rüstungswettlauf kann der Frieden im 21. Jahrhundert weder in der Ukraine noch anderswo gesichert werden. Ein neuer Rüstungswettlauf löst keine Probleme, aber er schafft viele neue. Bei aller sicher vorhandenen Widersprüchlichkeit in der aktuellen Situation gilt festzuhalten, dass immer mehr Waffen definitiv nicht zu mehr Frieden führen werden.

Nicht »unser« Krieg, nicht »unsere« Ordnung

Wolfgang Däubler

Der Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine war und ist ein Angriffskrieg. Wir haben ihn verurteilt, aus guten Gründen. Ein Oligarchenland hat ein anderes Oligarchenland überfallen.

Wir sehen jeden Tag im Fernsehen, was der Krieg für die betroffenen ukrainischen Menschen bedeutet. Über das Schicksal russischer Soldaten erfahren wir nichts, außer dass sie gelegentlich »vernichtet« wurden. Aber wir wissen: Jeden Tag sterben zahllose Menschen in diesem Krieg. Bei den Angriffskriegen der USA gegen Serbien, Irak, Afghanistan und Libyen haben wir uns anders verhalten. Da gab es keine Verurteilung. Und wir sahen nur ganz selten Ruinenbilder oder Interviews mit Verletzten. Bei Serbien und Afghanistan haben wir selbst mitgemacht.

Was wäre wohl passiert, hätten wir stattdessen damals gefordert, Sanktionen gegen die USA zu verhängen? Oder gar, den US-Präsidenten vor ein internationales Tribunal zu stellen? Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es eben nicht dasselbe.

Die Doppelmoral ist Teil der sog. »werteorientierten Demokratie«: Frau Baerbock sagt nichts über die Aggression der Türkei gegen die Kurden oder über das Verhalten Israels in den besetzten Palästinensergebieten. Denn die Menschen sollen ja nicht das Falsche denken. Sie sollen weiter die Überzeugung haben, dass wir die Guten sind und alles auf der Welt in Ordnung wäre, wenn es in allen Ländern so zuginge wie bei uns. Doch wir sind heute dem Märchenalter entwachsen. Immer weniger Menschen glauben noch an die sog. werteorientierte Demokratie.

Es ist legitim, dass wir uns im Ukraine-Konflikt anders als in den übrigen Fällen verhalten – aber wir sollten uns bewusst sein, dass die veröffentlichte Meinung auf dem US-Auge blind ist.

Was wir allerdings häufig auch verdrängen, ist die Vorgeschichte des Konflikts. Bei der deutschen

Einheit wurde hoch und heilig versprochen, dass sich die NATO nicht über die bisherigen Ostgrenzen hinaus ausdehnen wolle. Nicht mal das DDR-Gebiet sollte einbezogen werden. Nur hat man versäumt, dies schriftlich niederzulegen und einen Vertrag zu schließen – die damalige sowjetische Führung hat nicht mehr perspektivisch gedacht. In den folgenden drei Jahrzehnten hat sich die NATO immer weiter ausgedehnt, nach Polen und Ungarn; Tschechen und Slowaken kamen hinzu, dann die baltischen Staaten sowie Rumänien und Bulgarien. In einem anderen Teil der Welt verbündete sich Georgien zeitweise mit dem Westen. Für die Russen musste das nach Einkreisung aussehen. Wer das Verhalten des Westens auf dem Balkan und in der Dritten Welt beobachtet, hat guten Grund, sich bedroht zu fühlen. Da kommen – zunächst mit freundlichen Worten – Leute, die ihren Einflussbereich ausdehnen wollen; wenn man sich widersetzt, hat man einiges zu befürchten. Die Syrer können ein Lied davon singen.

Was wir auch verdrängen, sind die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen der ukrainischen Armee und den abgespaltenen Republiken im Osten. 15.000 Menschen sind dort seit 2014 vorwiegend durch ukrainische Einwirkung gestorben; das schafft nicht gerade Sympathien. Man kann dort zerstörte Dörfer sehen – ganz ähnlich denen, die heute die Russen in der Ukraine zusammenschießen.

Beides – der Wortbruch des Westens wie die Beschießung der Ostukraine – kann den russischen Einmarsch in der Ukraine nicht rechtfertigen. ... Die russische Regierung steht eben nicht in der sozialistischen Tradition, und deshalb waren ihr die geopfert Menschenleben relativ gleichgültig.

Deutschland hat wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland verhängt und sich damit selbst ganz erheblich geschadet. Wir alle spüren dies heute an den Energiepreisen. Aber getroffen sind dadurch nicht nur die einzelnen Bürger, sondern auch kleinere Unternehmen wie z. B. Bäckereien, die kaum mehr ihre Kosten tragen können. Für die Großen ist das in der Regel kein Problem: Sie verlagern ihre Produktion in Länder wie die USA, wo die Energiepreise bei einem Sechstel oder einem

Siebtel der unsrigen liegen. Und die Kolleginnen und Kollegen in den deutschen Betrieben können damit rechnen, bestenfalls mit einem Sozialplan abgefunden zu werden. Niemand traut sich, wirklich dagegen aufzustehen. Die Außenpolitik erweist sich wirtschaftlich als Bumerang.

Deutschland verhängt nicht nur wirtschaftliche Sanktionen. Wir liefern Waffen an die Ukraine. Immer stärkere Waffen; derzeit sind wir bei den Leopard-Panzern angelangt: Selbst die Rüstungsindustrie war davon überrascht und hat Liefer-schwierigkeiten. Aber Selenskyj will mehr. Er redet von Flugzeugen und Raketen. Zunächst war unsere Regierung noch dagegen; aber bisher hat sie nach einiger Zeit immer nachgegeben. Ich hatte da von Anfang an kein Vertrauen, dass sie wirklich hart bleibt. Irgendwie erinnert mich das an die Kriegskredite im Ersten Weltkrieg, denen die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag zugestimmt hatte.

Man wollte kein »vaterlandsloser Geselle« mehr sein, und vermutlich hat man intern gewaltig mit sich gerungen und das Gewissen ganz intensiv befragt – aber das Ergebnis war immer dasselbe. Und die GRÜNEN? Aus der einstigen Friedenspartei ist eine Organisation geworden, an der die Waffenproduzenten ihre helle Freude haben. ...In der Geschwindigkeit des Umfallens sind die GRÜNEN rekordverdächtig. Man muss nur dem ehemaligen Friedensfreund Anton Hofreiter zuhören.

Die Rüstungsindustrie hat Hochkonjunktur. Der Kurs der Rheinmetall-Aktien ist auf das Zweieinhalbfache gestiegen. Übrigens: die gleiche Firma hatte auch die russische Armee als großen und zahlungskräftigen Kunden. Das geht nun nicht mehr, und deshalb klagt sie vor dem Verwaltungsgericht in Köln. Schließlich muss man doch als Unternehmen das Recht haben, überall auf der Welt Profite zu machen – sagen sie. Auch das ist Teil der wertheorientierten Demokratie.

Was ist das Ziel der Waffenlieferungen? Manche sagen: Die Ukraine muss den Krieg gewinnen und die Russen aus ihrem Territorium vertreiben. Andere sind vorsichtiger und sagen, die Ukraine dürfe den Krieg nicht verlieren. Das ist alles, was man über die Kriegsziele sagt; an diesem Punkt hört das Denken auf. Doch wir lassen uns das Denken nicht

verbieten. Was geschieht, wenn sich die Russen als stärker erweisen und den ganzen Donbass erobern und vor Kiew stehen? Oder umgekehrt: Was passiert, wenn sie sich zurückziehen müssen und dann zur Atombombe oder zu anderen Massenvernichtungswaffen greifen? Darüber redet man kaum in unseren Medien. Die Gefahr ist real, wenn beispielsweise die Krim erobert werden soll – so konnte man es von Erich Vad, einem ehemaligen Brigadegeneral der Bundeswehr hören, der über lange Jahre Bundeskanzlerin Merkel beraten hat. Putin hat den Einsatz immer wieder als reale Möglichkeit bezeichnet. Und wir müssen damit rechnen, dass er damit ernst macht ...

Was dann geschieht, weiß niemand. Kommt dann der große Schlagabtausch, bei dem von Europa, speziell von Deutschland, kaum mehr etwas übrigbleibt? Wenn man solche Fragen beantworten will, muss man immer die Interessen der beteiligten Staaten, insbesondere der Russen und der Amerikaner im Auge behalten. Die USA anzugreifen, würde einen so umfassenden Gegenschlag auslösen, dass große Teile der Welt unbewohnbar würden. Das wird also kaum geschehen.

Aber wenn es nur Europa trifft? Da könnten doch einige mächtige Leute auf die Idee kommen, das sei gar nicht so schlimm, weil man dann einen Konkurrenten los wäre. Krokodilstränen würden sie in Washington weinen, wegen der zerstörten europäischen Städte und der zerstörten kulturellen Werte. In diese Situation dürfen wir niemals kommen.

Wir müssen uns auf unsere eigenen Interessen besinnen. Wir können die Geographie nicht ändern. Russland liegt nun mal zu einem beträchtlichen Teil in Europa. Es gibt keine europäische Sicherheit ohne Russland und ohne die Ukraine. Wir haben ein vitales Interesse daran, diese Sicherheit wiederherzustellen. Man muss die andere Regierung nicht als Freund betrachten, aber man muss ihre legitimen Sicherheitsinteressen respektieren.

Was sollen wir tun? Ich habe da meine eigene Vorstellung. Im Zweiten Weltkrieg sind über 25 Millionen Sowjetbürger gestorben, weil Deutschland die Sowjetunion überfallen hat. Deshalb haben deutsche Waffen für alle Zeiten dort nichts mehr

zu suchen, weder in Moskau noch in Kiew. Also keine Waffenlieferungen mehr.

Aber, wird man sagen, die Ukraine ist angegriffen, klar, und deshalb ist es legitim, sie zu unterstützen. Aber Unterstützung muss nicht in der Lieferung von Waffen bestehen. Warum sollten wir nicht Ärzte dorthin schicken und medizinisches Gerät? Das brauchen sie dringend, weil ihr Gesundheitssystem schon vor dem Krieg sehr schlecht war und jetzt völlig am Boden liegt. Und wir können helfen, dass die Infrastruktur wieder funktioniert, die Versorgung mit Wasser, Strom und Gas, wir können helfen, dass die Bevölkerung weniger leiden muss. Wir wären solidarisch, aber wir würden niemals zur Kriegspartei. Unsere Existenz wäre nicht gefährdet. Genau das verlangt die Verfassung von unserer Regierung!

Hat irgendjemand Zweifel, dass die USA die Ukraine verteidigen? Sie werden es weiter tun, mit Waffen, aber auch mit sehr viel Geld. Sie haben erklärt, der Krieg würde Russland entscheidend schwächen. Das ist ihre eigentliche Motivation. Und solange sich in den USA die Regierung nicht ändert, wird es dabei bleiben. Ob die Deutschen mitmachen oder nicht, spielt da keine Rolle. Würden wir keine Waffen mehr liefern, wäre die Ukraine keineswegs hilflos der russischen Aggression ausgesetzt.

Allerdings gibt es in den USA auch andere Stimmen. Eine diplomatische Lösung ist das, was mit Sicherheit eines Tages kommen wird. Da sind sich alle einig. Das hat auch der US-Generalstabchef Milley gesagt. Und die Rand Corporation, die die US-Regierung berät, hat kritisiert, dass man sich bisher zu wenig um diesen Weg gekümmert hat. Es geht nur darum, wann man mit Verhandlungen beginnt.

Müssen erst noch Hunderttausende von Menschen sterben, bevor man sich an den Verhandlungstisch setzt? Es gibt immer wieder Aussagen wie etwa die des früheren israelischen Ministerpräsidenten Bennett, dass man sehr nahe bei einer Einigung war. Auch von türkischer Seite gibt es entsprechende Berichte. Es hat Abkommen gegeben über Getreidelieferungen und über den Austausch von Gefangenen. Und der Besuch des

US-Präsidenten Biden in Kiew war mit den Russen abgesprochen. Es gibt sie also, die Diplomatie, man muss sie nur etwas energischer betreiben. Und es gibt Vermittler wie den brasilianischen Präsidenten Lula oder den chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping.

Natürlich sind beide Seiten weit auseinander. Aber das ist bei Verhandlungen oft so. Ich erinnere mich an ein ganz simples Beispiel aus einer Metalltarifrunde in Baden-Württemberg. Franz Steinkühler hat abends um acht im Fernsehen erklärt: Eher führt man eine Kuh über ein Drahtseil, als dass man sich mit diesen Arbeitgebern einigt. Und drei Stunden später war die Einigung da.

Der diplomatische Weg ist der Einzige, der zum Ziel führt. Eine Feuerpause wäre ein entscheidender erster Schritt, weil dabei keine Seite Konzessionen machen muss. Wenn man sich jetzt an einen Tisch setzt, hört das Sterben auf beiden Seiten auf.

Wenn man es erst in ein oder zwei Jahren macht, muss man mit weiteren 100, 200 oder 300 Tausend Opfern rechnen. Ich bin dafür, diese Menschenleben zu bewahren. Ein Krieg hat noch nie eine gute Lösung hervorgebracht. Weg mit dem Kriegsgeschrei! Weg mit den Waffenlieferungen! Wir sollten den Anfang machen.

Dabei sollten die DGB-Gewerkschaften mit an erster Stelle stehen. Sie dürfen keine Angst vor einem Konflikt haben. Sie müssen es aushalten können, dass der eine oder andere Minister grimmig schaut und mit Liebesentzug droht. Zur Glaubwürdigkeit der Gewerkschaft gehört es, dass sie sich auch um gesamtgesellschaftliche Prioritäten kümmert. Bei den 100 Milliarden »Sonderschulden« (in üblichem Schönsprech »Sondervermögen« genannt) für die Modernisierung der Bundeswehr war das nicht der Fall. Das ist Burgfriedenspolitik, wie sie im Ersten Weltkrieg praktiziert wurde. Immerhin: Der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann sah die geplante massive Steigerung der Verteidigungsausgaben kritisch. Diese können. Zulasten der sozialen Absicherung in Deutschland gehen, sagte er im Deutschlandfunk, davor sei zu warnen. Er forderte zudem weitere Entlastungen für Privathaushalte zum Ausgleich für die gestiegenen Energiepreise. Ein Stück Problembewusstsein

ist schon da. Allerdings müsste es auf Anhieb klar sein und auch so kommuniziert werden, dass die 100 Mrd. für nützlichere Dinge verwendet werden könnten. Natürlich fehlen diese 100 Mrd. bei Kindergärten, in Pflegeeinrichtungen und im Straßen- und Wohnungsbau – das ist nicht nur eine Möglichkeit oder eine Gefahr, die vielleicht auf uns zukommt und vor der man warnt, sondern harte Realität. Und sie verdient harte Kritik und nicht nur einen Hinweis auf die Gefahr von sozialem Abbau. Der Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen: Die gewerkschaftlichen Stellungnahmen zu vielen Fragen sind die einer Lobbyorganisation, die ihre Gesprächspartner im Ministerium nicht vor den Kopf stoßen will. Diese unendlich staatstragende Rhetorik ist *einer* der Gründe, weshalb sich bis zu den aktuellen Streiks niemand mehr so recht für die Gewerkschaften erwärmen wollte und die Mitgliederzahlen immer mehr zurückgingen.

Das zu ändern, müsste eigentlich gar nicht so schwierig sein. Man muss nicht immer von »*unserer* freiheitlichen Ordnung« und »*unserer* Gesellschaft« sprechen. Man könnte ja auch mal sagen: Diese Ordnung, die wir uns so nicht ausgesucht haben, kennt enorme Ungerechtigkeiten beim Einkommen, beim Vermögen, bei den realen Einflussmöglichkeiten. Das ist keineswegs »*unsere* Ordnung«, sondern eine, die wir bei Beginn unseres Lebens vorgefunden haben und an deren Umgestaltung wir arbeiten.

Ich bin sicher, dass viele hier Anwesende gerne bei der Entwicklung einer deutlicheren Sprache mitwirken würden.

Krieg, Stagflation und Standortkrieg

Ingar Solty

Der globale Kapitalismus befindet sich im Zustand der Dauerkrise, die (spätestens) 2007 mit der »globalen Finanzkrise« begann. Das hat damit zu tun, dass die Krise des Weltsystems viele Dimensionen hat. Sie machen die Bemühungen der kapitalistischen Staaten, die Widersprüche zu managen, immer wieder zunichte, weil scheinbar gelöste oder wenigsten unter Kontrolle gebrachte einzelne Krisen immer wieder Krisen in anderen Bereichen neu aufflammen lassen.

Dimensionen der Krise

Wenigstens sechs Dimensionen lassen sich unterscheiden: (1.) eine tief verwurzelte Krise der kapitalistischen Akkumulation; (2.) eine Krise der sozialen Reproduktion und Geschlechterverhältnisse; (3.) eine Krise des sozialen Zusammenhalts, die mit der Vierten Industriellen Revolution und dem Umbau keynesianischer Wohlfahrts- in neoliberale Workfare-Staaten zusammenhängt und zu einem Gefühl tiefer sozialer Verunsicherung bis weit in die »Mitte« geführt hat; (4.) darauf fußend, eine Krise der Demokratie und Repräsentation, zu der auch der Aufstieg des rechtsautoritären Nationalismus zu zählen ist; (5.) eine Krise im Mensch-Natur-Verhältnis, zu der sowohl die ökologischen Grenzen des kapitalistischen Wachstums als auch die laufende Klimakatastrophe gehören; und (6.) eine Krise der nach 1945 von den USA geschaffenen und nach 1991 globalisierten Weltordnung. Hier stellt sich mittlerweile die Frage, ob der relative Abstieg der einen Hegemonialmacht (USA) und der Aufstieg einer neuen (China) sich diesmal ohne Weltkrieg vollziehen wird.

Immer wieder verdichten sich die einzelnen Dimensionen zu sehr spezifischen Krisen, die die Anfälligkeit des Systems offenlegen. So verschärfte die Weltordnungskrise als »Flüchtlingskrise« die Krise

der Demokratie. Die Corona-Pandemie legte die Verwundbarkeit der globalisierten »Just in time«-Produktion gnadenlos offen. Und der Ukrainekrieg heute steigert nicht nur die ökonomischen Krisentendenzen, sondern wirkt auch als Katalysator einer neuen Weltordnung

Die ist noch Zukunftsmusik. Bereits Gegenwart ist, dass die Pandemie, der Wirtschaftskonflikt der USA mit China sowie der Ukrainekrieg über die marktnahe Rekonfiguration der Lieferketten (»De-Risking«) eine neue Ordnung formen. Dieser Prozess vollzieht sich jedoch stark krisenhaft. Schon der Zusammenbruch der Lieferketten in Folge von Wirtschaftskrieg und Pandemie hat zu einer weltweiten Inflation der Rohstoff-, Energie- und Lieferkosten geführt, die sich auch in den Lebensmittelpreisen niederschlagen. Die Lieferprobleme bei den monopolistisch gefertigten, strategisch essenziellen Mikrochips haben massive Auswirkungen auf die Industrie weltweit. Mit den Sanktionen und Gegensanktionen wegen des Ukrainekriegs ist die Inflation derzeit so hoch wie seit einem halben Jahrhundert nicht mehr.

Rückkehr der Stagflation

Die Inflation setzt heute auch den klassischen Wirtschaftszyklus von Boom- und Rezessionsphasen außer Kraft. Weil die Inflation das Ergebnis eines Angebots- und Kostenschocks und eben nicht gestiegener Massenkaufkraft infolge erfolgreicher Klassenkämpfe und starker Tarifabschlüsse ist, kehrt zum ersten Mal seit der Krise der 1970er Jahre die Stagflation zurück, das heißt das hartnäckige Problem einer Inflation gepaart mit Stagnation.

Es gibt jedoch anders als damals einen Unterschied ums Ganze. Die Stagflation in den 1970er Jahren ging tatsächlich mit einer Lohn-Preis-Spirale einher. Zwar war der Ursprung der Inflation auch damals ein Angebotschock, vor allem die Ölkrise von 1973. Indes waren die starken Gewerkschaften vor dem Hintergrund der keynesianischen Vollbeschäftigung, robuster Sozialstaaten und Grenzen der Kapitalmobilität seinerzeit tatsächlich in der Lage, durch ein Rekordniveau an Arbeitskonflikten die Reallohnverluste mehr oder

weniger abzuwenden. Der Keynesianismus war an seine inneren Grenzen gestoßen. Die Hochzinspolitik der US-Zentralbank Federal Reserve (Fed) – der berühmte »Volcker-Schock« von 1979 – verfolgte innenpolitisch auch das Ziel, durch Rezession und Massenarbeitslosigkeit die Machtressourcen der Gewerkschaften dauerhaft zu brechen und die strukturelle Macht des Kapitals über die Arbeit wieder instanzzusetzen. Der Zusammenbruch der gewerkschaftlichen Gegenmacht seit den 1980er Jahren – abzulesen am Rückgang von Streikzahlen, Streikbeteiligung, Gewerkschaftsdichte und sinkenden Lohnquoten – und die Wiederherstellung der Kapitalprofitabilität zeigen, wie erfolgreich diese neoliberale Konterrevolution damals war.

Lohn-Profit-Spirale

Zwar behauptet das neoliberale Bürgertum auch heute, die Inflation sei das Ergebnis einer Lohn-Preis-Spirale. Die Ökonomin Isabella Weber hat jedoch herausgearbeitet, dass die wesentliche Ursache heute keine *Lohn*-, sondern eine *Profit*-Preis-Spirale ist. Der Zusammenbruch der Lieferketten erlaubt willkürliche Preissteigerungen, weil Konzerne in dieser Situation keine Angst haben müssen, Marktanteile an Konkurrenten zu verlieren.

Tatsächlich sind die durchschnittlichen Profitraten des Kapitals auf Rekordniveau angestiegen. Gleichwohl gestalten sie sich nicht unternehmens- und branchenübergreifend gleichmäßig, sondern einige akkumulieren besonders stark, während andere nicht in der Lage sind, gestiegene Kosten weiterzureichen. Die Krise führt damit zu einer doppelten Umverteilung. Zum einen forciert sie auf Kapitalseite die Monopolbildung zusätzlich. Die Tatsache, dass die herrschende Klasse in den Staaten des kapitalistischen Zentrums am Ende doch auf Energiepreisdeckelungen eingeschwenkt ist, dürfte also der Versuch gewesen sein, die staatliche Funktion als »ideeller Gesamtkapitalist« auszuüben und die Profite zwischen den Einzelkapitalien umzuverteilen. Zum anderen verschärft die Krise das Phänomen, dass heute die Einkommen aus Kapital die Einkommen aus Arbeit auffressen.

Lohnquote sinkt global

Die UN-Behörde International Labour Organisation warnt in ihrem Report »World Employment and Social Outlook: Trends 2023« zu Recht davor, dass »die Lebenshaltungskostenkrise« weltweit »die verfügbaren Einkommen erodiert«. Nach ILO-Berechnungen verschärft sich der Trend der global sinkenden Lohnquote: Sie ist im globalen Durchschnitt von 54,1 Prozent (2004) auf 52,6 (2019) gesunken und dürfte bis 2023 noch weiter gefallen sein.

Selbst in Deutschland sanken laut Statistischem Bundesamt 2022 die Reallöhne um 4,1 Prozent. Nach zwei Jahrzehnten neoliberaler Verheerungen liegt laut ING-Bank der Bevölkerungsanteil, der über keinerlei Ersparnisse verfügt, bei knapp einem Drittel. Studien der Sparkassen- und Giroverbände zeigen, dass gegenwärtig mehr als 60 Prozent der Bevölkerung das monatliche Einkommen komplett für die Deckung der Lebenshaltungskosten aufwenden oder sich sogar verschulden muss.

Gegen die Inflation richten sich mittlerweile durchaus bemerkenswerte Klassenkämpfe. Dennoch gelingt es kaum, der Verarmung der Arbeiter etwas entgegenzusetzen. Die längere Laufzeit der Tarifverträge lässt eine endgültige Bewertung noch nicht zu, weil unklar ist, wie sich die Inflation 2024 entwickeln wird. Sicher scheint jedoch schon jetzt, dass es in Deutschland, selbst den mächtigsten Beschäftigtengruppen bestenfalls gelungen ist, den Inflationsausgleich zu erstreiten.

Obwohl also von einer Lohn-Preis-Spirale nicht die Rede sein kann und auch die Erzeugerpreise im Sommer 2023 allmählich zurückgingen, hält vor allem die Europäische Zentralbank (EZB) an ihrem Ziel fest, den Lohnkämpfen die Spitze abzubrechen. In einem Interview mit der »Financial Times« versicherte ihr Sprecher Pierre Wunsch, die EZB würde »die Zinssätze weiter anheben, bis das Lohnwachstum sich verlangsamt«. Ähnlich formulierte es auch der Konjunkturbericht des Fed-Chefs Jerome Powell.

Hilflosigkeit der Geldpolitik

Zugleich zeigt sich in der Stagflation abermals die relative Hilflosigkeit der Geldpolitik, das System zu stabilisieren. Schon die Nullzinspolitik, die den verzweifelten Versuch markierte, den Stagnationstendenzen durch geldpolitische Stimuli und finanzgetriebenes Wachstum zu begegnen, führte zu regelmäßigen Finanzkrisen, wenn die sich daraus ergebenden spekulativen Blasen platzten, so etwa in der »Dot.com-Krise« 2001 oder der Subprime-Hypothekenkrise 2007. Diese Geldpolitik zog Bankenrettungen und in der Folge Austeritätspolitik nach sich, weil die marktradikale »Alternative«, die »systemrelevanten« Banken pleitegehen zu lassen, noch schlimmer gewesen wäre.

Auch der vom Industriekapital geforderte »Industriestrompreis« in Reaktion auf die Tatsache, dass die Kilowattstunde Energie in Deutschland als Folge der Sanktionspolitik dreimal so hoch ist wie in den USA und siebenmal so hoch wie in China, scheint immer noch besser als die Forderungen des Finanzkapitals, Unternehmenspleiten und Abwanderung, sprich: Deindustrialisierung, als »Marktberäuberungen« incl. Massenarbeitslosigkeit zu tolerieren. Sozialistische Politik würde jedoch die Subventionierung des Kapitals an die Bedingung der Übertragung von Eigentumstiteln an die öffentliche Hand koppeln, so wie schon 2008 die auf Staatshilfe angewiesenen Banken in öffentliche Dienstleistungsunternehmen zu überführen gewesen wären.

Die Krisenanzeichen verdichten sich heute auch deshalb, weil in Folge der Inflation und Hochzinspolitik nun auch die Nationalstaaten, die unter der höheren Zinsbelastung ihrer Staatsschulden leiden, unter Druck geraten. Schon heute gefährden die Hochzinsen die Fähigkeiten der USA und EU, auf die Konkurrenz der chinesischen Staatskonzerne – zumal in der Hochtechnologie – mit der fortgesetzten Aufweichung der Austeritätspolitik und einer viel aktiveren Industriepolitik zu reagieren. Dies ist noch ansatzweise im Rahmen der nationalen Corona- und Aufrüstungs-Sonderfonds passiert, ebenso mit dem 750 Milliarden Euro schweren »Gesundungs- und Resilienzplan« der EU-Mitglied-

staaten sowie der schleichenden Sozialisierung der Staatsschulden im Euroraum durch das eine Billion Euro teure »Coronabonds«-Programm der EZB. Im Extremfall könnte es eine neue Staatsschulden- und Eurokrise zur Folge haben, wenn die Nationalstaaten nicht mehr in der Lage sind, sich über die internationalen Kapitalmärkte zu refinanzieren.

Das Beharren des Bundesfinanzministers Christian Lindner (FDP) auf eine Rückkehr zur »Schuldenbremse« und seine Ankündigung von Sozialkürzungen im Umfang von 20 Milliarden Euro mögen manche als politisch motivierten Versuch interpretieren, der eigenen FDP-Klientel Erfolge vorzuweisen. Doch stellt sich die Lage in den kapitalistischen Zentrumsstaaten anders dar. In den USA ist der Versuch der Biden-Regierung, die Niedrigzinsen zu nutzen, um mit dem größten (und in einigen Teilen durchaus progressiven) Konjunkturprogramm seit Ende des Zweiten Weltkriegs auf die Krise und die chinesische Hyperwettbewerbsfähigkeit zu reagieren, am Widerstand nicht nur der Republikaner, sondern auch neoliberaler Kräfte in den eigenen Reihen gescheitert. In seiner Rede zur Lage der Nation vom 7. Februar erinnerte Präsident Biden zwar daran, dass die annähernde Verdoppelung der US-Staatsschulden durch Trumps radikale Steuersenkungspolitik zugunsten von Kapital und Milliardärsklasse bedingt war. Er knüpfte daran auch die Forderung, dass die Milliardäre sich an der Finanzierung nötiger Investitionen beteiligen.

Dies war jedoch wenig mehr als Rhetorik mit Blick auf die angestrebte Wiederwahl 2024. Die Biden-Regierung unternahm allen Vergleichen mit Franklin D. Roosevelt zum Trotz keine Anstrengungen, die großen unproduktiven Vermögen abzuschöpfen, um sie für die geplanten Reformen zu nutzen. Sie versuchte nicht einmal, die Senkung der Reichen- und Kapitalsteuern rückgängig zu machen und verließ sich auf die Niedrigzinsen und die hierdurch erleichterte Schuldenfinanzierung. Das rächt sich heute.

Kaum anders sieht es in der EU aus. Die EZB beendete bereits im Sommer 2022 ihr »Coronabonds«-Programm. Die Hoffnung der südeuropäischen Regierungen auf Eurobonds durch die Hintertür hat sich damit zerschlagen. Für eine Rück-

kehr zur Austeritätspolitik spricht ein Vorstoß der EU-Kommission vom 26. April. Dieser stellt nach eigener Aussage die »umfassendste Reform der europäischen Wirtschaftsregierung seit den Nachwirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise« dar und verfolgt zwei »zentrale Ziele«: die »Nachhaltigkeit der Staatsverschuldung zu stärken« und »nachhaltiges und inklusives Wachstum zu fördern«. Es bestünde die »Notwendigkeit, die stark gestiegenen öffentlichen Schulden zu reduzieren« und die EU »wettbewerbsfähiger zu machen«.

EU versucht die Quadratur des Kreises

Die EU versucht also die Quadratur des Kreises. Dies geschieht im Rahmen der die Nationalstaaten an die Kandare nehmenden »europäischen Wirtschaftsregierung«. Die alten neoliberalen Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrags von 1992 werden wieder in Anschlag gebracht: ein jährliches Haushaltsdefizit von unter drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), eine Staatsverschuldung nicht über 60 Prozent des BIP. Dies verbunden mit den neuen Überwachungs- und Bestrafungsmaßnahmen, die bei Einführung des »Europäischen Semesters« und des »Fiskalpakts« in Reaktion auf die Eurokrise entwickelt wurden.

Realiter will die EU-Kommission im Grunde alle Mitgliedstaaten zum Schuldenabbau, das heißt zu Sozialkürzungen im Umfang von jährlich mehreren Milliarden Euro zwingen, denn fast alle EU-Staaten haben höhere Defizite und Schulden als erlaubt. Besonders ins Fadenkreuz der Überwachungs- und Sanktionsapparate geraten dürften Griechenland (Haushaltsdefizit 2022: 2,3 Prozent; Staatsverschuldung 2022: 171,4 Prozent), Italien (8,0 Prozent; 144,7 Prozent), Spanien (4,8 Prozent; 113,1 Prozent), Frankreich (4,7 Prozent; 111,6 Prozent) und Belgien (3,9 Prozent; 105,1 Prozent).

Kürzungsdiktat trifft alle Staaten

Zugleich dürfte diesmal das Kürzungsdiktat eben nicht nur Südeuropa treffen. Damals spielte Deutschland den Zuchtmeister Europas und zwang die südeuropäischen Staaten zur Absenkung von

Mindestlöhnen, Renten, Bildungs- und Gesundheitsausgaben, Privatisierung von Staatseigentum und Eliminierung von Flächentarifverträgen; damit wurde vor allem Griechenland in eine humanitäre Krise getrieben. Jetzt aber wären auch die damals weitgehend verschonten, von Kapitalflucht aus dem Süden sogar profitierenden nordeuropäischen Staaten betroffen. Und zwar inklusive Deutschland, dessen Defizit mit 2,6 Prozent erst in diesem Jahr wieder knapp unter die Drei-Prozent-Marke fiel und dessen Verschuldung in den vergangenen 20 Jahren nur ein einziges Mal unterhalb der 60-Prozent-Marke lag (59,6 Prozent im Jahr 2019), sonst aber stets deutlich darüber, auch 2022 (66,4 Prozent). Lindners Sozialkürzungspläne sind also im Kontext dieser Rückkehr der Austeritätspolitik zu begreifen.

Milliarden-Töpfe für die Wirtschaft

Der Drang zu dieser Politik fällt darum so stark aus, weil zugleich die Notwendigkeit fortbesteht, auf die Hyperwettbewerbsfähigkeit Chinas in Sachen Zukunftstechnologien (KI, 5. Mobilfunkgeneration, grüne Technologien) durch eine Nachahmung seines Staatsinterventionismus zu reagieren.

Was sich in den kapitalistischen Zentren abzeichnet, ist darum der riskante Versuch einer Doppelstrategie: Einerseits milliardenschwere Fördertöpfe und Subventionen für die Industrie und andererseits eine Politik der »inneren Abwertung« von Kosten und Löhnen. Dies alles geschieht im Namen der »Wettbewerbsfähigkeit« und der Standortlogik.

So haben die USA mit der Kapitalförderung im Rahmen des »Inflation Reduction Act« und seinen »Local Content«-Vorschriften der europäischen Konkurrenz den Standortkrieg um Auslandsinvestitionen erklärt, während sie zugleich versuchen, Europa von China abzukoppeln, und kürzen nun im sozialen Bereich die Ausgaben. Die EU-Staaten wiederum reagieren auf den IRA einerseits und die in Folge des Ukrainekriegs und der Russland-Sanktionen massiv gestiegenen Energiekosten andererseits ebenfalls durch milliardenschwere Fördertöpfe. Mit ihrer Hilfe finanzieren die EU-Staaten dem Kapital »Forschung und Entwicklung« – nach dem Motto »Gewinne privatisieren, Risiken und Verluste sozia-

lisieren« –, und sie locken Mikrochip- und andere strategisch entscheidende Halbleiter-Kapitalinvestitionen an, wie im Fall von TSMC in Dresden und Intel in Magdeburg. Hinzukommen standortpolitische Maßnahmen wie Steuersenkungen für Konzerne (wie das deutsche »Wachstumschancengesetz«).

Angesichts der Hochzinspolitik und entsprechenden Erschwernis der Staatsverschuldung und angesichts des erklärten Ziels der Haushaltskonsolidierung ergibt sich hieraus die Notwendigkeit, die Kosten in Gestalt von Kürzungen im sozialen Bereich nach unten abzuwälzen. Mehr noch: Die »innere Abwertung« von Kosten und Löhnen ist selbst Bestandteil des Standortkriegs. Für Deutschland heißt das beispielsweise, dass dem Aufwärtsdruck der Löhne in Folge des »Fachkräftemangels« begegnet wird durch Bestrebungen in Richtung einer Ausdehnung der Wochen- oder Lebensarbeitszeit (42-Stunden-Woche/Rente mit 70) und massenhafter Zuwanderung, für die die »Ampel« ein Einwanderungsgesetz beschlossen hat und systematisch Pflegekräfte etc. im Ausland anwirbt.

Besonders heftig fallen die Kürzungen diesmal auch deshalb aus, weil die EU-Staaten gleichzeitig den auf dem Nato-Gipfel in Wilna (11./12. Juli 2023) beschlossenen Verpflichtungen gerecht werden wollen, jährlich mindestens 2 Prozent des BIP in Aufrüstung stecken sollen. Auch Lindners Sparpaket nimmt die Rüstung entsprechend explizit von den Sparmaßnahmen aus. Die Opferung der Kindergrundsicherung auf dem Altar der Aufrüstung dürfte hier nur der Anfang sein.

Weitet man nun den Blick, liegt auf der Hand, dass Inflation und westliche Hochzinspolitik die schwächsten Staaten besonders heftig treffen. Für die Staaten des globalen Südens bergen sie eine Riesengefahr, weil die Inflation erstens extrem vulnerable Arbeiterklassen und Kleinbauern ungebremst trifft, zweitens eine neue globale Rezession das Steueraufkommen zur Abfederung der Inflation und Krise zusätzlich einschränkt und drittens die in Dollar oder Euro denominierten Schulden sich quasi und wie schon 1979 über Nacht vervielfachen und zusammen mit Risikoaufschlägen für Staatsanleihen erst recht die Zahlungsunfähigkeit am Horizont erscheinen lassen.

Verteilungskämpfe und Massenflucht

Es braucht keine hellseherischen Fähigkeiten, um zu ahnen, dass rasant ansteigende Preise für Grundnahrungsmittel erneut – wie im »Arabischen Frühling« – heftige Verteilungskonflikte auslösen dürften, die möglicherweise gewaltsam als ethnisierte und konfessionalisierte Bürgerkriege ausgetragen werden und Stellvertreterkriege, wie in Syrien, nach sich ziehen könnten. Die durch Krieg und Gewalt zur Massenflucht gezwungenen Menschen könnten die Zahl der von den EU-Staaten mit der »Gemeinsamen Europäischen Asylsystem« (GEAS) jüngst massiv ausgebauten »Festung Europa« zu Tode Gekommenen gewaltig nach oben treiben und gleichzeitig, wie schon 2015, den rechtsautoritär-nationalistischen Kräften in den kapitalistischen Zentren weiter Aufschwung verleihen. Es ist auch aus diesem Grund und im Namen der Opfer von morgen entscheidend, dass der Ukrainekrieg so schnell wie möglich beendet wird, um wenigstens diese Ursache der Inflation auszuschalten.

Eine neue Finanzkrise ist auch darum wahrscheinlich, weil die Inflation naturgemäß die Aktienkurse einbrechen lässt, mithin das Kapitalvermögen der Bourgeoisie entwertet. Wuchs nach Angaben der Unternehmensberatung McKinsey das Gesamtvolumen aller Vermögenswerte weltweit von 440 Milliarden US-Dollar im Jahr 2000 auf 1,54 Billionen im Jahr 2020, sinkt dieses Volumen seit dem dritten Quartal 2022 zum ersten Mal seit Jahrzehnten. Inflationsbereinigt gaben die Werte für Aktien um 30, die für Staatspapiere um 20 Prozent nach. Dies beschwört Pleiten wie jüngst die der Silicon Valley Bank herauf, denn Banken und institutionelle Anleger neigen im Versuch, den Absturz der Anlagewerte aufzuhalten und einer Pleite zu entgehen, zu spekulativen Hochrisikogeschäften. Die aus Angst vor »Wettbewerbsnachteilen« resultierende Zögerlichkeit der kapitalistischen Staaten, nach der globalen Finanzkrise von 2007 die deregulierten Eigenkapitalvorschriften nachhaltig zu verschärfen, dürfte sich dann rächen. Ein Anzeichen für derlei Geschäfte könnte sein, dass die in den Jahrzehnten stagnativen Wachstums aufgehäuften, gewaltigen Cash-Reserven der großen

Konzerne, das heißt die angehäuften Überschusskapitalberge, in rasantem Tempo abschmelzen.

Innere und äußere Landnahme begrenzt?

Man könnte nun annehmen, dass dieses Abschmelzen wenigstens den Strukturzwang oder Imperialismusdruck verringert, für überschüssiges, entwertungsgefährdetes Kapital profitable Anlagemöglichkeiten zu finden. Aber alles in allem verschärfen aggregierte Profite das Sinken der globalen Lohnquote und die damit verknüpfte Umverteilung zugunsten des Kapitals gesamtwirtschaftlich die Überakkumulation. Im neoliberalen Finanzmarktkapitalismus war die kapitalistische Landnahme der Weg, diesen Widerspruch zu bearbeiten und überschüssiges Kapital zu binden. Die äußere Landnahme durch das schuldenimperialistische Aufbrechen handelspolitisch bis dahin abgeschotteter und staatsgelenkter Wirtschaften des globalen Südens und die *innere* Landnahme durch Inwertsetzung öffentlicher Gemeingüter (Mobilität, Gesundheit, Rente, Bildung usw.) ergänzten sich gegenseitig.

Die Frage ist jedoch, welche geografischen und sozialen Räume sich heute in dieser Form für eine Landnahme eignen. Im *Innern* sind Skepsis und Widerstand gegen neoliberale Politik gewachsen. Dies gilt für Frankreich und die Massenproteste gegen die Ausdehnung des Renteneintrittsalters, aber auch für Deutschland, wo einer Umfrage des Marktforschungsunternehmens Kantar zufolge 67 Prozent der Bevölkerung die von der »Ampel« geplante »Aktienrente« ablehnen. Sogar unter FDP-Anhängern sind 42 Prozent der Befragten dagegen.

Zweifellos sind im Hinblick auf die äußere Landnahme die Möglichkeiten einer offenen Zwangspolitik durch den Hebel der Staatsschulden gewachsen. Die laufende Ausplünderung der Ukraine durch das transnationale Kapital ist das krasseste Beispiel: Sie wird vom Internationalen Währungsfonds mithilfe des weltweit größten Kapitalfonds »Blackrock« orchestriert und soll nach Angaben der Regierung in Kiew die größte Privatisierungswel-

le öffentlichen Eigentums seit 1991 durchsetzen. Eine neue Staatsschuldenkrise im globalen Süden würde – aus Kapitalperspektive – sicherlich noch andere attraktive Landnahmeoptionen eröffnen. Gerade im Hinblick auf die geopolitischen Auseinandersetzungen um Rohstoffe für die E-Mobilitätswende – Lithium und Kobalt beispielsweise – sind die Begehrlichkeiten neuer gesicherter Lieferketten groß. Allerdings wäre eine Welle von Staatszerfallsprozessen in Afrika und andernorts nicht unbedingt das, was sich das Kapital unter einem »unternehmerfreundlichen Investitionsklima« vorstellt.

Zudem haben mehr als vier Jahrzehnte schuldenimperialistischer Politik der kapitalistischen Zentrumsstaaten den Glauben an die Heilungskräfte der marktgetriebenen Gesellschaftsentwicklung im globalen Süden erodieren lassen. Die Versuche der zum 1. Januar 2024 um sechs Schwergewichte erweiterten BRICS-Staaten sich zu »entdollarisieren« wirken dem Ziel der USA, eine neue bipolare Weltordnung gegen China heraufzubeschwören, entgegen. Dass Russland außerhalb der USA und der EU (minus Ungarn) nicht isoliert ist, ist auch ein Ergebnis der Skepsis und des wachsenden Einflusses von China in der Welt. Die Attraktivität der staatsgelenkten chinesischen Entwicklung und die Glaubwürdigkeit Chinas haben auch damit zu tun, dass chinesische Kredite »sanfter« sind und man mit China keine Kolonialvergangenheit und tradierte Kolonialherrenmentalität verbindet.

Die Kombination aus Profit-Preis-Spirale, Überakkumulation, restriktiver Fiskalpolitik und einem »beggar thy neighbor«-Kapitalismus, bei dem die kapitalistischen Zentrumsstaaten versuchen, sich im Namen der Wettbewerbsfähigkeit gegenseitig größere Stücke eines kaum noch wachsenden Kuchens wegzunehmen, bedeutet – zumal China in Folge der Corona-Pandemie als »consumer of last resort« und Motor der Weltwirtschaft ausfällt –, dass eine globale Rezession sehr wahrscheinlich ist. Die Dauerkrise des globalen Kapitalismus spitzt sich zu.

(Nachträglich verschriftlichter und ergänzter Vortrag. Zwischenüberschriften nicht vom Autor.)

Mobilmachung gegen Krise und Krieg

Jeremy Corbyn

Die Reden, die wir heute bereits gehört haben, waren für mich äußerst inspirierend. Laura Alvarez, meine Frau, die hier in der ersten Reihe sitzt, und ich vertreten beide das *Peace & Justice Project*, das wir nach der Wahl Niederlage 2019 in Großbritannien gegründet haben. Wir haben über 50.000 Unterstützer in ganz Großbritannien und sehen unsere Bewegung als Heimat für Menschen, die nach den Veränderungen in der Labour Party, die seit 2019 passiert sind, politisch obdachlos geworden sind ...

Wir sind momentan mit enormen Problemen konfrontiert. Es gibt das Problem des sinkenden Lebensstandards der Arbeiterklasse in Europa und das Problem des sinkenden Lebensstandards der ärmsten Menschen weltweit. Zudem gibt es noch das Problem der grotesken Ungleichheit, die in jeder europäischen Gesellschaft, in den Vereinigten Staaten und überall auf der Welt zunimmt ... Daher möchte ich meine Rede im Wesentlichen in zwei Teile gliedern. In einem Teil geht es um die wirtschaftliche Lage in meinem Land und die dort stattfindende Streikwelle. Der zweite Teil behandelt Fragen zur weltweiten Armut und Ungleichheit.

Die aktuelle Krise des sinkenden Lebensstandards geht auf den Finanzcrash von 2008 zurück. Der Crash wurde durch die Exzesse des Kapitalismus der freien Marktwirtschaft verursacht, hauptsächlich in den USA, aber auch anderswo. Diese Krise führte dazu, dass jede westliche Regierung riesige Summen in die Rettung der Banken und des Bankensystems investierte und dem Rest der Bevölkerung in unterschiedlichem Maße Sparmaßnahmen bei den öffentlichen Ausgaben auferlegte. Die brutalste Form dieser Austeritätspolitik wurde den Menschen in Griechenland auferlegt, wo die öffentlichen Dienstleistungen zerstört oder privatisiert wurden. Der Lebensstandard sank, die Renten wurden gekürzt, die Armut nahm dramatisch zu.

Das Gleiche geschah auch in vielen, vielen anderen Ländern.

In Großbritannien verhängte die Koalitionsregierung, die 2010 antrat, mit einem Nothaushalt massive Sparmaßnahmen. Die Menschen hatten im Wahlkampf kaum eine wirtschaftspolitische Wahl und daher ist seit 2010 der Lebensstandard der Arbeiterklasse in Großbritannien um etwa 20% gesunken. Die Zahl der Tafeln (englisch: food banks, Anmerkung der Redaktion) wuchs in einem Ausmaß, das ich nie für möglich gehalten hätte. Im Jahr 2010 erhielt in meinem Wahlkreis, der im Norden Londons liegt und eine sehr gemischte Bevölkerung hat, die Labour-Partei eine breite Zustimmung. In diesem Wahlkreis gibt es jetzt ungefähr zehn Tafeln. Es gibt drei Filialen von McDonald's. Diese Situation lässt sich auf das gesamte Land übertragen. Es gibt mehr Tafeln als McDonald's-Filialen, und die Zahl derer, die zu den Tafeln kommen, steigt von Woche zu Woche. Bevor die Tafeln öffnen, stehen die Menschen Schlange, weil sie normalerweise nur an einem bestimmten Tag in der Woche geöffnet sind. Das ist die Realität im Leben der Menschen.

Es gibt auch eine Krise der psychischen Gesundheit, zum Teil wegen der Auswirkungen von COVID und der Lockdowns auf das Leben der Menschen, aber auch wegen der Zunahme der Schulden und der Armut. Ferner haben wir einen unzureichend finanzierten Nationalen Gesundheitsdienst¹, ein unzureichend finanziertes Bildungssystem und niedrige Löhne für die in diesen Bereichen Beschäftigten. Es ist das Zusammenwirken der katastrophalen Lage, in der sich so viele Menschen befinden, und den niedrigen Löhnen, die zu dieser großen Streikwelle geführt haben.

Wir haben für eine weitere Streikwelle gestimmt. Die Eisenbahner und Mediziner haben wie die Postangestellten noch keine Einigung erzielt, also stimmen auch sie für weitere Streiks. Darüber hinaus stimmen auch die Lehrkräfte für weitere Arbeitsniederlegungen, wenn die Schulen im Herbst wieder öffnen. Die Eisenbahner streiken für höhere Löhne, aber auch für bessere Arbeits-

1 englisch: *National Health Service, NHS*

bedingungen. Die Kürzungen beim Personal in den Zügen machen diese unsicherer. Die Kürzungen beim Bahnhofspersonal machen die Bahnhöfe unsicherer. Interessant ist, dass sich die Lokführergewerkschaft und die *RMT*, die *Rail, Maritime and Transport Union*, die die Mehrheit der Bahnbeschäftigten vertritt, um zahlreiche Mitglieder vergrößert hat, die für Unternehmen arbeiten, welche von den Bahngesellschaften für Catering und Reinigung unter Vertrag genommen wurden und bei denen es sich oft um marginalisierte Arbeitskräfte handelt. Diese neue Entwicklung ist für die Manager des privatisierten Bahnsystems ziemlich beunruhigend.

Ich habe immer dafür plädiert, die Bahn in öffentlichem Besitz zu halten. Es war noch nie so notwendig und so wichtig wie jetzt, das gesamte Eisenbahn- und Postsystem in Großbritannien zu erhalten. Es existiert schon seit 500 Jahren und war der erste universelle Postdienst auf der Welt. Die Privatisierung ist absolut katastrophal. Am Beispiel der *Royal Mail* zeigen sich die Folgen. Die Arbeitsgeschwindigkeit wurde erhöht und die Arbeit der Postzusteller wird digital überwacht. Schritt für Schritt, während sie die Straße entlanglaufen, wird ihre Arbeitszeit und Produktivität erhoben. Jetzt droht das Management von *Royal Mail*, die internationalen Hedgefonds gehört, mit einem Modell der *Gig Economy*². Im Sinne dieses Modells sollen die Fahrer der *Royal-Mail*-Lieferwagen Eigentümer der Lieferwagen werden, mit *Royal Mail* einen Dienstleistungsvertrag abschließen, so dass jeder dieser Postmitarbeiter ein individueller Auftragnehmer wird. Diese ultimative *Gig Economy* wird einen absolut brillanten und hervorragenden Postdienst zerstören, welcher immer noch die Rolle einer Universaldienstleistung hat.

2 Von englisch *gig* für »Auftritt« und *economy* für »Wirtschaft«; bezeichnet einen Teil des Arbeitsmarktes, in dem Aufträge kurzfristig an unabhängige Selbstständige, Freiberufler oder geringfügig Beschäftigte vergeben werden. Dabei dienen meist Plattformen/Onlinedienste als Mittler zwischen Kunde und Auftragnehmer, deren Betreiber die Rahmenbedingungen setzen und eine Provision einbehalten.

Dennoch hat die Streikwelle Bemerkenswertes erreicht. Trotz des sehr schwierigen rechtlichen Rahmens für einen Streik in Großbritannien, wo eine sehr hohe Wahlbeteiligung erforderlich ist und die Hälfte der gesamten Belegschaft für einen Streik stimmen muss, erreichten die Gewerkschaften eine Wahlbeteiligung von 90 % und eine 85 %ige Zustimmung zum Streik. Trotz aller Opfer und aller Entbehrungen, die die Streikenden auf sich genommen haben, haben sie das Management von *Royal Mail* gezwungen, alle angestrebten Änderungen der Beschäftigungsbedingungen vorerst zurückzuziehen. Die daraus folgende Auseinandersetzung dient dem Schutz der Arbeiter, die die lokalen Kämpfe angeführt haben und von denen viele vom *Royal-Mail*-Management suspendiert worden sind. Der Kampf ist also noch lange nicht vorbei, aber die Stärke der Gewerkschaft und die Unterstützung für sie sind nach wie vor sehr, sehr groß.

Die Lehrgewerkschaft *Teachers Union* hat den Streik mit viel Kritik seitens der Regierung und vieler Mainstream-Medien begonnen. Die streikenden Lehrkräfte wurden heftig kritisiert und man sagte ihnen, die Gewerkschaften seien Dinosaurier. Wann immer Sie jemanden einen Dinosaurier nennt, erinnern Sie ihn daran, dass Dinosaurier eine sehr lange Zeit überdauert haben!

Bevor ich Mitglied des Parlaments wurde, war ich Gewerkschaftsorganisator im öffentlichen Sektor. Ich war damals in einer großen Gewerkschaft aktiv, der *National Union of Public Employees*. Ich habe zu Streiks in Schulen und Krankenhäusern aufgerufen. Das war immer schwierig, denn es handelt sich um sehr wichtige öffentliche Dienstleistungen, auf die die Menschen angewiesen sind. Sie kennen all die Schwierigkeiten und Komplikationen, die Streiks in diesen Bereichen mit sich bringen. Wir hatten daher oft sehr schwierige Gespräche mit Patienten, die versuchten, ins Krankenhaus zu kommen und das Gleiche gilt für die Schulen. Eine ähnliche Reaktion habe ich auch dieses Mal erwartet. Ich stand in der Streikpostenkette vor den Schulen in meinem Wahlkreis. Eltern kamen am Streiktag mit ihren Kindern vorbei. Sie schenken den Lehrkräften Kuchen, Kekse, Kaffee, Unterstützung und Freundschaft und sagten: »Wir

stehen auf eurer Seite, weil ihr das für unsere Kinder und unser Bildungssystem tut.« Ähnliche positive Erfahrungen hat auch das medizinische Personal gemacht. Gleichzeitig sind innerhalb eines Monats 60.000 Personen in die Gewerkschaft eingetreten, weil diese neuen Mitglieder den Wert der gewerkschaftlichen Arbeit erkennen konnten.

In diesen Zeiten ist die wirtschaftspolitische Botschaft der Labour Party leider sehr moderat geworden. Gleichzeitig sind die Gewerkschaften viel aktiver und kämpferischer geworden. Die Politik, die es bis 2019 in der Labour Party gab, findet sich jetzt überall im Land in den Streikpostenkettens wieder. Viele der Menschen, mit denen ich während der aufeinanderfolgenden Wahlkämpfe zusammengearbeitet habe, treffe ich jetzt landesweit bei Demonstrationen und auf Streikveranstaltungen.

Interessanterweise sind bei all den vielen Treffen, Kundgebungen und Demonstrationen, Menschen willkommen geheißen worden, die z. B. im Namen von Wohnungskampagnen, im Namen von Flüchtlingsrechten, im Namen von Kampagnen für psychische Gesundheit oder gegen Armut sprechen. Alle Gewerkschaften sind sich heute darüber im Klaren, dass es bei einem Arbeitskampf nicht nur um die Löhne und Arbeitsbedingungen geht, sondern auch um gesellschaftliche Aspekte der Arbeit und um die Wertschätzung der Arbeiterklasse. Mick Lynch³ drückt es so aus: Die Arbeiterklasse ist wieder da, und zwar mit Nachdruck und laut!

Worauf ich Sie ferner aufmerksam machen möchte, ist das Wachstum der Gewerkschaften in der *Gig Economy*, insbesondere kleiner, neuer Gewerkschaften, die nicht unbedingt in die traditionellen Gewerkschaftsstrukturen eingebunden sind. Dies ist eine weltweite Entwicklung. Es gibt Hunderttausende, vielleicht sogar Millionen überwiegend junger Menschen, oft ohne gesicherten Status in dem Land, in dem sie arbeiten, die bei *Deliveroo*, bei *Uber Eats*⁴ und bei vielen anderen solcher Plattformunternehmen beschäftigt sind.

Ihre Arbeit hängt von ihrem Mobiltelefon ab. Das ist alles. Ihre einzige Qualifikation besteht aus einem Mobiltelefon, mit dem sie eine Textnachricht erhalten können, in der steht, ob jemand Sushi oder Pizza bestellt hat. Dann springen sie auf ein Fahrrad, liefern das Essen aus und sind bis zum Eingang der nächsten Nachricht arbeitslos. Es gibt keine geregelten Arbeitsbedingungen, keinen Arbeitsschutz und Sicherheit. Ich habe in London einige Zusteller getroffen, die noch nie mit jemandem gesprochen haben, der angeblich ihr Arbeitgeber sei. Meine Frau und ich trafen eine Gruppe von Zustellern, die in Bogotá, Kolumbien, eine Gewerkschaft gegründet hatten. Tausende von ihnen hatten sich ihr trotz aller Gefahren angeschlossen. Sie konnten nicht herausfinden, wer ihr Arbeitgeber war, wo das Unternehmen registriert war und wer damit Geld verdiente. Dies ist eine Zwielfichtökonomie auf der ganzen Welt. Deshalb arbeiten wir in unserem *Peace & Justice Project* mit den Organisationen der neuen Gewerkschaften zusammen und unterstützen sie, und wir unterstützen auch die gewerkschaftliche Organisation von *Amazon* und *Starbucks*, *Uber Eats* und all den anderen. Hier müssen die Gewerkschaften und die linken Bewegungen ansetzen und diese stark ausgebeuteten, überwiegend jungen Menschen in unsere viel breitere Arbeiterbewegung einbinden und ihnen die Unterstützung und die Solidarität geben, die sie brauchen. Diese prekär Beschäftigten müssen als Teil einer nationalen Kampagne herausgestellt werden, denn sie werden genauso ausgebeutet wie die Bergarbeiter in der Vergangenheit.

Aus diesen Erfahrungen haben wir im Rahmen unseres Projekts fünf Punkte einer alternativen Politik herausgearbeitet, die die Menschen über das gesamte Spektrum hinweg vereinen sollen.

Als Erstes fordern wird eine Lohnerhöhung für alle, zumindest in Höhe der Inflation. Wenn die Löhne nicht mit der Inflation steigen, dann sinkt der Lebensstandard. Die meisten Gewerkschaften, die in Großbritannien Arbeitskämpfe gewonnen haben, haben mindestens eine Lohnerhöhung als Ausgleich der gestiegenen Lebenshaltungskosten durchgesetzt.

3 Durch zahlreiche Fernsehauftritte im Zuge der britischen Streikwelle sehr bekannter Gewerkschaftssekretär.

4 Essenslieferdienste, vergleichbar mit *Lieferando*.

Zweitens stellt sich die Frage des öffentlichen Eigentums und seiner Kontrolle, zunächst unserer wichtigen Dienstleistungen. Ich habe in unserem Manifest für 2019 vorgeschlagen, das Postsystem, das Eisenbahnsystem, die Wasser- und Energieversorgung in öffentliches Eigentum zu überführen. Wenn wir das nicht tun, werden wir eine weitergehende Zerstörung und Zersplitterung dieser Dienstleistungen erleben, die, wie man am Beispiel des britischen Wassersystems sieht, auch gefährliche Folgen haben kann. Viele von Ihnen haben sicher schon von Loch Ness gehört. Dieser schottische See, einer der größten Süßwasserseen in ganz Westeuropa, ist ein Beispiel für das marode, britische Wassersystem. Im letzten Jahr gab es 300.000 Lecks, durch die Abwasser in englische Flüsse und das Meer gelangte. In keinem englischen Fluss kann man mehr sicher schwimmen. An den meisten Stränden ist es jetzt ebenso gefährlich. Denn die Wasserversorger haben Milliardengewinne gemacht, Vermögenswerte verkauft und sind meist in Steuerparadiese geflohen. Das ist die größte Abzocke von öffentlichen Investitionen, die ich je in meinem Leben gesehen habe. Es gibt daher überwältigende Argumente dafür, diese und andere wichtige Dienstleistungen wieder in öffentliches Eigentum zu überführen und demokratisch zu verwalten.

Unsere dritte Forderung betrifft die Situation auf dem Immobilien- und Mietmarkt und den daraus resultierenden, massiven Wohnungsbedarf sowie den Anstieg der Obdachlosigkeit. Wir haben einen weitgehend deregulierten privaten Mietsektor in Großbritannien. Die Miete für eine gewöhnliche Wohnung in meinem Wahlkreis würde für eine Zweizimmerwohnung etwa drei- bis vierhundert Pfund pro Woche betragen. Das ist für jeden mit einem durchschnittlichen Lohn völlig unerschwinglich. Dies bedeutet, dass junge Leute in ihren Zwanzigern und Dreißigern, ja sogar Vierzigern entweder im Elternhaus wohnen bleiben oder sich eine Wohnung teilen müssen, was zahlreiche überbelegte Wohnungen zur Folge hat. Der private Immobiliensektor macht dabei riesige Gewinne. Eine Immobilie zu kaufen ist darüber hinaus völlig unerschwinglich. Um eine Immobilie

in meinem Wahlkreis zu kaufen, müssen sie mindestens eine halbe Millionen Pfund aufbringen. Es handelt sich also um eine Wohnungskrise, die alle anderen Wohnungskrisen in den Schatten stellt, mit einer großen Zahl von Menschen am unteren Ende der Skala, die von Obdachlosigkeit bedroht sind. Es besteht also dringender Bedarf an einem umfangreichen Investitionsprogramm für den sozialen Wohnungsbau, aber auch eine Kontrolle des privaten Mietsektors und eine Mietpreisregulierung, wie sie sie in Teilen Deutschlands in einem gewissen Umfang haben.

Der vierte Punkt betrifft die Besteuerung und die soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Wir erlebten Steuererleichterungen für die sehr Reichen, zudem ein Absenken der Körperschaftssteuer und das bei einer gleichzeitigen Unterfinanzierung unseres nationalen Gesundheitsdienstes. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir in meiner Gesellschaft eine kostenlose Gesundheitsversorgung zum Zeitpunkt dieser Notlage haben. Das haben wir dem Mut der Bergarbeiter und vieler anderer in den 1920er und 1930er Jahren zu verdanken, die dafür gekämpft und sich eingesetzt haben. Wenn wir das öffentlich finanzierte Gesundheitswesen verlieren, werden wir es nie wieder zurückbekommen. Wir werden in Großbritannien mit einem privatisierten, versicherungsbasierten Gesundheitssystem enden. Die Gesundheit wird wieder zu einer Ware, nicht zu einem Recht. Danach würde die Bildung zu einer Ware werden, nicht zu einem Recht. Alles wäre dann eine Ware und kein Recht mehr. Beim Kampf um den Nationalen Gesundheitsdienst geht es neben dem Verhindern von Privatisierungen auch darum, die Unternehmens- und Vermögenssteuer in unserer Gesellschaft zu erhöhen, um eine ausreichende Finanzierung zu gewährleisten.

Der letzte Punkt betrifft die internationale Politik und die Rechte von Flüchtlingen. 60 Millionen Menschen auf der ganzen Welt sind Flüchtlinge. Sie haben keine Heimat, die sie ihr Eigen nennen können. Wenn sie an unseren Küsten ankommen – in Europa ist ihre Zahl im Vergleich zum Rest der Welt recht gering –, sehen sie sich mit Rassismus, Missbrauch, Medienschikane und in vielen Fällen mit Armut konfrontiert. Sie sind Opfer von Kriegen, sie

sind Opfer von Umweltkatastrophen und sie sind Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Sie sind die ultimativen Opfer der globalen freien Marktwirtschaft. Wir brauchen also eine internationale Strategie, die auf Humanität, Menschenrechten und ökologischer Nachhaltigkeit beruht. Diese Strategie muss auf Frieden setzen und nicht auf Krieg oder Aufrüstung. Sie muss die Grundlage einer Gesellschaft schaffen, die für alle funktioniert ...

Besonders wichtig ist darum die Diskussion über den Frieden. Jedes Parlament in Europa diskutiert über eine Erhöhung der Rüstungsausgaben. Es wird darüber diskutiert, mehr und mehr tödliche Waffen in die Ukraine zu schicken. Großbritannien hat mit abgereichertem Uran bestückte Raketen in die Ukraine geschickt. Schauen Sie sich die Krebsraten im südlichen Irak an, die durch den Einsatz von abgereichertem Uran während des Golfkriegs 1991 entstanden sind, um zu sehen, welche Auswirkungen das krebserregende Durcheinander, das durch den Einsatz von abgereicherter Uran-Munition entsteht, auf die Menschen in Westrussland und der Ostukraine in den nächsten Jahrzehnten haben wird. Das wirkt sich auch psychisch auf die Menschen aus. Kriege verschwinden nicht einfach. Sie hinterlassen vielfältige Schäden sowie Hass und Bitterkeit, die noch jahrelang nachwirken. Was hier also fehlt, sind die Argumente für den Frieden. Wie kommt es, dass die sehr mutige Delegation afrikanischer Staatsoberhäupter unter der Leitung von Cyril Ramaphosa, die nach Kiew und dann nach St. Petersburg reiste, um für einen Waffenstillstand zu werben und damit Frieden zu schaffen, in den globalen Medien so gut wie keine Beachtung fand? Warum wurde der Aufruf des brasilianischen Präsidenten Silva auf dem G7-Gipfel zu einem Waffenstillstand völlig ignoriert? ... Der Papst, etliche lateinamerikanische und afrikanische Führer erkennen diese Notwendigkeit. Warum können wir nicht jetzt die Sache in Angriff nehmen? Später werden die Konsequenzen noch entsetzlicher sein. Die Konsequenzen für die Menschen in der Ukraine und die Konsequenzen für uns alle.

Die Verteidigungsausgaben in euerm Land werden auf 2 % steigen. Unsere Ausgaben haben bereits die 2 %-Marke überschritten, und es ist wie

bei einem langen Marathonlauf, wo die Organisatoren anfangs sagen, dass der Lauf 40 Kilometer lang sei. Kommt man bei Kilometer 35 an, sagen sie, eigentlich seien es 45 Kilometer. Man erreicht die 40 Kilometer, um zu erfahren, dass der Lauf auf 50 Kilometer erhöht werden müsse. So geht es immer weiter. Wo auch immer sie hinkommen, es sind immer noch 10 Kilometer zu gehen. Und egal, wie hoch die Steigerung der Verteidigungsausgaben ausfällt, irgendjemand von einem dieser immer so gut informierten und gut finanzierten Think Tanks, die in der Regel von *British Aerospace* in unserem Land, aber auch von anderen Unternehmen finanziert werden, taucht auf und sagt: »Nun, eigentlich sind 2 % nur ein Ziel. Wir müssen das auf 3 % erhöhen!« In Wirklichkeit fordern sie aufgrund der Höhe der bisherigen Verteidigungsausgaben eine Verdoppelung des Verteidigungshaushalts in Großbritannien. Werden sie die Steuern erhöhen, um das zu finanzieren? Nein. Was werden sie dann tun? Sie werden die Ausgaben für Bildung kürzen. Dann folgen Kürzungen im Gesundheitswesen, beim Wohnungsbau und beim Umweltschutz. Es folgen längere Arbeitszeiten und eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge. Es werden keine höheren Rüstungsausgaben beschlossen werden, ohne dass dies Einsparungen und höhere Belastungen in wichtigen Bereichen zur Folge hätte!

Lassen Sie uns deshalb diese Friedenserklärung abgeben. Yanis Varoufakis, ich selbst und andere haben die Athener Erklärung ins Leben gerufen, die auf große Unterstützung stößt. Nächsten Monat beginnt in Wien der Ausschuss der Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags. Es ist sehr wichtig für uns, diesen Prozess zu unterstützen, denn sehen Sie sich den Krieg in der Ukraine an. Russland, die Vereinigten Staaten und die NATO verfügen über Atomwaffen. Wird dieser Konflikt in einen Atomkrieg ausarten? Es spielt eigentlich keine Rolle, wie viele Atomsprenköpfe die NATO oder Russland hat. Sie müssen nur einmal eine dieser Waffen einsetzen und Millionen sterben dabei. Das ist das Wesen eines Atomkriegs. Ebenso wird ein Angriff auf ein Atomkraftwerk, ein noch größeres als Tschernobyl, jahrzehntelang für Verwüstung und Tod auf dem gesamten Kontinent sorgen. Die

Sache des Friedens ist jetzt absolut lebenswichtig, um diesen Krieg zu beenden, den Menschen in der Ukraine und in Russland eine angemessene Lebensweise zu ermöglichen.

Die Folgen eines Krieges zeigen sich in Afghanistan. Erinnern Sie sich an die Kriegseuphorie im Jahr 2001 nach den Schrecken des 11. September. Der US-Kongress stimmte mit nur einer Gegenstimme von Barbara Lee aus Kalifornien, dafür, dem Präsidenten uneingeschränkte Vollmachten zu erteilen. Das hat uns in den Krieg in Afghanistan geführt. 21 Jahre und Milliarden von Dollar später, hinterließ dieser Krieg zehntausende von Toten und Hunderttausende von Flüchtlingen. Was haben wir zurückgelassen, außer Verzweiflung, Armut, den Verlust aller Rechte, die Frauen zum Zeitpunkt der Invasion hatten, und eine beschädigte und halb zerstörte Gesellschaft? Das ist es, was Kriege anrichten. Das ist es, was sie zurücklassen. Wenn wir auf der Linken also keine Alternative zur wirtschaftlichen Armut und Entbehrung in ganz Europa anbieten können, keine Alternative zu den Sirenen- gesängen auf den Krieg und keine Alternative zu Armut und Ungleichheit, dann wird die extreme Rechte das tun ...

Wir brauchen Einigkeit, um uns den Gefahren des Aufstiegs der extremen Rechten entgegenzustellen. Wir müssen den Menschen Hoffnung, Möglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe bieten. Es muss ihnen ermöglicht werden, ihre Ambitionen in der Kunst, in der Musik und in der Kultur zu verwirklichen und mit einer aufregenden Bewegung zu verbinden. In der sozialistischen Bewegung geht es im weitesten Sinne um den menschlichen Geist und seine Kraft, Gutes zu tun, anstatt sich gegenseitig zu zerstören. Darin liegt unsere Stärke. Die Gründer und Vorkämpfer unserer Bewegung, diese wunderbaren Menschen hatten eine Vision. Es ist eine Art von Welt, in der wir leben könnten. Lassen Sie uns, in Gedenken an sie, diese Bewegung der Hoffnung aufbauen. Bauen wir diese Bewegung der Begeisterung auf. Bauen wir diese Bewegung der Möglichkeiten auf. Damit wir der nächsten Generation etwas hinterlassen, das viel besser ist als das, was wir heute haben.

Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung: Lukas Seidensticker

Ulrich Schneider

Die »Weltliga gegen den Faschismus« 1923/24

Der erste Ansatz antifaschistischer
Bündnispolitik der Komintern

Neue Impulse Verlag Essen 2023, ca. 24 Seiten,
5,00 Euro, ISBN 978-3-96170-066-0

»Die dringendste und wichtigste Aufgabe aller Gruppen und Landesorganisationen der Weltliga gegen den Faschismus ist die Aufklärung über das Wesen des Faschismus in die breitesten Bevölkerungsschichten zu tragen.«

Mit diesen Worten beschrieb die Kommunistische Internationale (KI) vor 100 Jahren die Ziele und Aufgaben der »Weltliga gegen den Faschismus«, die im Herbst 1923 gegründet wurde.

Ihr war nur eine kurze Tätigkeit beschieden, dennoch lohnt es sich, ihre Geschichte, ihre Wirkung und ihr Ende genauer zu betrachten.



Zu bestellen bei **Neue Impulse Verlag**
Hoffnungstraße 18 | 45127 Essen
Tel.: +49 | 201 | 236757

info@neue-impulse-verlag.de
www.neue-impulse-verlag.de

100 Jahre Internationale Antifaschisten Liga

Ein vergessenes Kapitel antifaschistischer Bündnispolitik der Kommunistischen Internationale

Ulrich Schneider

Mitte August veröffentlichte Werner Abel in der »jungen Welt« einen interessanten Beitrag zur Gründung eines »Weltkomitees gegen Krieg und Faschismus« durch die Kommunistische Internationale (KI) vor 90 Jahren, das als Reaktion auf die Machtübertragung an den deutschen Faschismus im August 1933 durch eine Verschmelzung der leitenden Organe der Amsterdamer Antikriegsbewegung und einer europäischen antifaschistischen Arbeitervereinigung entstand. Abel bezog sich in seinem Aufsatz auf nun zugängliche Akten aus dem Komintern-Archiv in Moskau. Überraschend an diesem Beitrag ist jedoch, dass er mit keinem Wort erwähnt, dass die KI bereits zehn Jahre zuvor ein antifaschistisches Bündnis Konzept ins Leben gerufen hat, das – im Sinne einer Einheitsfrontpolitik und antifaschistischer Bündnisse – der drohenden Gefahr des Faschismus international entgegenzutreten sollte, nämlich eine »Internationale Antifaschisten Liga«.

Die Etablierung der faschistischen Herrschaft in Italien mit Mussolini und seinen »Schwarzhemden«, das monarcho-faschistische Regime in Bulgarien und der Aufschwung bzw. das zunehmend gewalttätige Agieren faschistischer Verbände und Kräfte in den verschiedenen europäischen Ländern beschäftigte seit 1922 die KI und die mit ihr verbundenen Strukturen, insbesondere die Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI). In ihrem Referat auf dem erweiterten Plenum des EKKI vom Juni 1923 beschrieb Clara Zetkin die Erscheinungsform des Faschismus als eine Bewegung von Hungrigen, Notleidenden, Existenzlosen und Enttäuschten.

Ihrem politischen Charakter nach sei diese Bewegung jedoch »der stärkste, der konzentrierteste, er ist der klassische Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie in diesem Augenblick. Ihn niederzuringen ist eine elementare Notwendigkeit. Das aber nicht nur im Hinblick auf die historische Existenz des Proletariats als Klasse, die mit der Überwindung des Kapitalismus die Menschheit befreien muss; es ist auch eine Frage der Existenz jedes schlichten Proletariats, eine Frage des Brotes, der Arbeitsbedingungen und der Lebensgestaltung für Millionen und Millionen von Ausgebeuteten. ... Mit aller Klarheit und Kraft müssen wir verhindern, dass sie (die Faschisten, U. Schn.) Mannschaften stellen für die Gegenrevolution der Bourgeoisie. Soweit wir jene Schichten nicht für unsere Partei, unsere Ideale gewinnen, nicht in Reih und Glied der revolutionären proletarischen Kampfheere ziehen können, muss es uns gelingen, sie zu neutralisieren ... Sie dürfen uns nicht mehr als Landsknechte der Bourgeoisie gefährlich werden.« (Zitiert nach Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, S. 689 ff., siehe auch Beilage zu MBI 3_2023)

Als politische Antwort wurde im Juli 1923 der erste »Antifaschistentag« in Deutschland organisiert, in Sachsen und Thüringen konnten 150.000 überwiegend sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter mobilisiert werden. In Berlin demonstrierten trotz Verbot etwa 200.000, im Bezirk Halle-Merseburg 30.000, in Nordbayern 18.000, anderswo wurde auf geschlossene Räume oder Ausflugslokale ausgewichen. Hauptlosungen waren die Entwaffnung faschistischer Gruppen, sozialpolitische Forderungen und der Rücktritt der bürgerlichen Reichsregierung.

Als praktische Konsequenz aus dieser Debatte entstand – mit tatkräftiger Unterstützung des Netzwerkes und des Apparates der KI – seit dem Sommer 1923 eine »Welt-Liga gegen den Faschismus«. Eine wichtige Rolle beim Aufbau der Kontakte und Strukturen spielte ein Informationsblatt, das ab Ende August 1923 in gewisser Regelmäßigkeit erschien, die »Chronik des Faschismus«, die »als Manuskript gedruckt« einen Umfang von bis zu 16 Seiten hatte.

Der Aufbau der Hefte umfasste mehrere wiederkehrende Rubriken. Man fand analytische Beiträge und Länderberichte. Unter der Überschrift »Rundschau« folgten Berichte aus der faschistischen Bewegung. Umfangreichere Recherchen fanden sich unter dem Titel »Wie sie arbeiten« bzw. »Was sie sagen und schreiben«. Hierunter waren umfangreiche Auflistungen der faschistischen Zeitungen in Deutschland. Unter dem Stichwort »völkische Literatur« gab es Buchbesprechungen, teilweise auch ausführliche Zitate, um Grundlagen für die Aufklärungsarbeit bereitzustellen. Diese Strukturierung unterstrich die Funktion dieser Zeitschrift, nämlich ein Aufklärungsheft für Antifaschisten und Funktionäre der Arbeiterorganisationen zu sein, die auf dieser Grundlage ideologische Auseinandersetzungen mit der faschistischen Bewegung führen können sollten.

Im Heft 8 der Chronik (vom 7. November 1923) fand sich auf Seite 4 unter der Überschrift »Gegen den Faschismus! Gegen reaktionäre Schreckensherrschaft und weißen Terror!« der Aufruf zur Gründung einer »Internationalen Antifaschisten-Liga«. Darin wurde betont, dass die faschistische Bedrohung keine Parteifrage mehr sei, sie betreffe alle Schichten der Gesellschaft. Der Faschismus sei »gegen alle politischen Arbeiter-Organisationen, gegen alle Gewerkschaften, gegen die Genossenschaften, sogar gegen die Jugend- und Kindergruppen«. »Alles freiheitliche intellektuelle Leben hört auf, wo die Faschisten zur Macht kommen. Die faschistische Gefahr bedroht heute die ganze Welt, vor allem Deutschland.« Von daher rief man dazu auf, »in allen Ländern antifaschistische Organisationen ins Leben zu rufen«, um die Kräfte »zu einem energischen einheitlichen Kampf gegen den Faschismus zu vereinigen«.

Beeindruckend ist die Unterstützerliste des Initiativ-Komitees zur Organisation einer Internationalen Antifaschisten Liga. Darunter fanden sich folgende Namen: Clara Zetkin (Deutschland), Henri Barbusse, Henri Guilbeaux, Romain Rolland, Anatol France, André Marty (Frankreich), Dr. Alfons Paquer, George Grosz, Ernst Toller, G. G. L. Alexander, Max Barthel, Willi Münzenberg, Dr. Leo Klauer, Wilhelm Herzog (Deutschland), Edo

Fimmen, Henriette Roland-Holst, Brommert (Holland), Upton Sinclair (Amerika), Ture Nermann, Z. Höglund, Oskar Samuelsen (Schweden), Willi Trostel, Fritz Platten (Schweiz), Eugen Ollaussen (Norwegen), Fritz Koritschoner und Prof. Dr. Karl Grünberg (Wien). Viele dieser Namen sind noch heute bekannt. Hervorgehoben werden soll an dieser Stelle, dass der genannte Edo Fimmen nach der Etablierung der faschistischen Herrschaft in Deutschland als Leiter der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF) einer der wichtigsten Organisatoren der grenzüberschreitenden antifaschistischen Arbeit bis zum Überfall auf die Niederlande im Jahr 1940 war.

Als formaler Sitz der »Weltliga« wurde Amsterdam gewählt. Im Impressum der ersten Veröffentlichung steht dazu: »Initiativ-Komitee zur Organisation einer Internationalen Antifaschisten-Liga, Herr Brommert, Amsterdam, Prinz Henrikade 140 (Holland)«. Der Sitz der deutschen Sektion war in Berlin. Als verantwortlicher Redakteur und Administrator der »Chronik des Faschismus« wurde Rudolf Schlichter benannt, obwohl zweifellos Willi Münzenberg die treibende Kraft darstellte.

Die KPD unterstützte den Aufbau in Deutschland und verpflichtete sich, 5.000 Exemplare der Zeitschrift »Chronik des Faschismus« zu übernehmen und zur Verbreitung weiterer ähnlicher Veröffentlichungen beizutragen. Gleichzeitig besaß Münzenberg in Berlin ein Büro mit drei Kollegen und zwei technischen Assistenten.

Am 10. Dezember 1923 fand in Berlin die erste (und einzige) Tagung der »Weltliga gegen Faschismus« statt. Es wurde von 53 Teilnehmern aus 14 Ländern, darunter Deutschland, Frankreich und den Niederlande gesprochen. Auch Sozialdemokraten, Gewerkschafter und bürgerlich-demokratische Kräfte folgten dem Aufruf. Die Teilnehmenden repräsentierten in gewisser Weise die in verschiedenen Ländern bereits bestehende antifaschistische Gruppen und Organisationen der antifaschistischen Weltliga.

Nach heutigen Begrifflichkeiten organisierte die »Weltliga« ihre Tätigkeit hauptsächlich in drei Bereichen: Recherche, Aufklärung und Bündnisarbeit.

Es wurden Schriften über faschistische Organisationen gesammelt und aufbereitet zusammen mit den nationalen Sektionen der »Weltliga« in Österreich, Tschechoslowakei, Frankreich, Italien, den USA und den skandinavischen Staaten. Selbst vom Balkan wurden entsprechende Informationen gesammelt. Aus diesem Materialien und der Auswertung wurden Agitationsmaterialien zusammengestellt und veröffentlicht. In der Bündnispolitik versuchte man Kontakte zu knüpfen zu Organisationen »der linkssozialistischen, radikalen zivilen und intellektuellen Gruppen«.

All das war ein neuer politischer Ansatz, der jedoch bald schon auf ideologische Vorbehalte linkssektiererischer Kräfte in der KPD und eine Veränderung in der politischen Haltung der politischen Leitung des EKKI stieß. Nach dem Scheitern der revolutionären Erhebung in westeuropäischen Ländern und der Stabilisierung der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse bis Ende 1923, wurde die ideologische Arbeit in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus deutlich vernachlässigt. Gleichzeitig erklärte Grigori J. Sinowjew im Namen der KI: »Wenn die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist, dann muß man sie an der Kehle packen, dann muß man auf jede Verhandlung mit ihren Spitzen verzichten.«

Bezogen auf den antifaschistischen Kampf und die damit verbundene Bündiskonzeption spielte der V. Weltkongress der KI im Juni/Juli 1924 eine richtungsweisende Rolle, die faktisch das Ende der antifaschistischen Weltliga bedeutete. Auf dem Kongress wurde eine »Resolution über den Faschismus« beschlossen, in der eine neue Definition gesucht wurde. Faschismus wurde nun als »eine der klassischen Formen der Konterrevolution in der Verfallsepoche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung« bezeichnet; er entstehe vor allem dort, wo das Proletariat den Machtkampf aufgenommen, aber nicht erfolgreich geführt habe. Auch Willi Münzenberg erklärte in einem »Bericht über die faschistische Bewegung, Frühjahr 1924, vorgelegt dem Fünften Kongress der Kommunistischen Internationale im Auftrag der Komintern-Kommission gegen den Faschismus«, dass der Faschismus

eine politische Bewegung des Kleinbürgertums sei, die später von der Großindustrie und den monarchistischen, weißen konterrevolutionären Kräften für die Renaissance des Kapitalismus ausgenutzt wurde.

Als Maßnahmen zur Bekämpfung dieser ihrer sozialen Struktur nach überwiegend kleinbürgerlichen Bewegung wurden genannt: »Eine wirklich revolutionäre Strategie und Politik der kommunistischen Parteien«, die »Anstrengung der Einheitsfront aller arbeitenden Schichten«, natürlich im Sinne einer »Einheitsfront von unten«, die »Organisierung des Generalstreiks«, die »Anwendung des Massenterrors ... durch Repressalien gegen die Faschisten« und die »Vertreibung der Faschisten aus den Betrieben«. Viele dieser Forderungen hatten, was faktisch nicht der Fall war, zur Voraussetzung, dass die Kommunisten bereits die entscheidenden Teile der Arbeiterschaft gewonnen hatten und außerdem Staatsapparat und Wirtschaftsorganisation instabil geworden waren. Günter Judick kritisierte in einem Referat zum V. Kongress der KI zurecht, dass diese Fehleinschätzung insbesondere die Bemühungen um eine Aktionseinheit behinderte.

Eine Fortsetzung der antifaschistischen Bündnisarbeit innerhalb der KI war daraufhin nicht mehr vorgesehen. Zwar gab es noch Überlegungen, das Komitee als Teil der Agitations- und Propagandaabteilung der KI zu erhalten. Jedoch wurde auf der Sitzung der EKKI am 13. September 1924 schließlich beschlossen, die antifaschistische Weltliga aufzulösen.

Damit endete nach knapp einem Jahr ein Politikansatz, der tatsächlich über den Rahmen der Parteipolitik die Grundstrukturen einer antifaschistischen Bündnisarbeit versuchte umzusetzen. Seine politische Zeit war noch nicht gekommen, aber aus heutiger Sicht sollten diese Erfahrungen und auch die damals entwickelten Materialien intensiv ausgewertet werden.

(Ein Vortrag von Ulrich Schneider zum Thema erscheint demnächst als MASCH-Skript und kann über die Redaktion der Marxistischen Blätter bezogen werden.)

Zur Dialektik von Sein und Bewusstsein

Thomas Metscher: Sein und Bewusstsein. Ontologische Reflexionen, Mangroven Verlag, Kassel 2023, 338 Seiten, ISBN 978-3-946-94632-8, 25,00 Euro

Beim titelgebenden Beitrag der neuesten Veröffentlichung des marxistischen Philosophen Thomas Metscher handelt es sich um den Ersten Teil seiner »Ontologische(n) Reflexionen im Anschluss an Holz' Denken«. Hans Heinz Holz (1927–2011) und Metscher (*1934) waren befreundete Wissenschaftler. Beide lehrten in der Tradition eines Marxismus der Aufklärung und in der kritischen Auseinandersetzung mit einem sich zu Unrecht auf Marx und Engels berufenden »linken« Dogmatismus und Revisionismus.

Studien, Entwürfe, Reflexionen

Frei von der Bürde der Verpflichtungen eines Hochschullehrers, hat Thomas Metscher zahlreiche bedeutende Schriften veröffentlicht. Das philosophische Denken des Autors bearbeitet gesellschaftliche und historische Fragen der Ästhetik, der Philosophie und der Gesellschaftswissenschaften im Stil von Entwürfen, Meditationen und Studien – also fern des Anspruchs, ein in sich geschlossenes philosophisches System vorlegen zu wollen. So ist auch in der vorliegenden Schrift von »Reflexionen« die Rede bzw. im abschließenden letzten Beitrag bescheiden von einem »Versuch (!) zum Denken von Hans Heinz Holz«.

Im einleitenden Beitrag präsentiert Metscher eine »lyrische Montage« unter dem Titel »Babij Jar«. Der Text weist einen aktuellen Bezug zum Krieg in der Ukraine auf. Er bezieht sich auf den Ort des dortigen Massakers, das 1941 durch Einheiten der deutschen Wehrmacht und der SS mit Unterstützung ukrainischer Bandera-Faschisten an Juden verübt worden ist. Bei diesem Text handelt es sich der Form nach um »eine Montage, ein Stück

philosophischer Literatur, das sich der poetischen Collage bedient« und »sich dem (entzieht), was im Bereich wissenschaftlichen Denkens noch als zulässig gilt« (S. 22).

Hier macht die Offenheit der Sprache und des sprechenden Denkens die Philosophie Metschers auf beeindruckende Weise durchlässig, anti-dogmatisch und der Zukunft zugewandt-revolutionär. Die »Ontologische(n) Reflexionen« verpflichten den Leser nämlich nicht darauf, sich den Standpunkten des Autors unterzuordnen. Vielmehr erlauben es Metschers diskursive Denkbewegungen seine Ausführungen aufzugreifen, ihnen gegebenenfalls auch zu widersprechen oder sie weiterzuführen.

Der analytische Irrweg des Dogmatismus

Beispielsweise ist dies der Fall bei der Deutung des berühmten Satzes aus dem Vorwort der Marx-Schrift »Zur Kritik der politischen Ökonomie«. Dort lesen wir: »Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.« In apodiktischer Form lässt dieser Satz sich solcherart interpretieren, dass sich daraus der analytische Irrweg eines historisch folgenreichen Dogmatismus ableiten lässt: Der Mensch, sein Denken und Handeln, seien zur Gänze vorbestimmt, einseitig und ausweglos determiniert durch das gesellschaftliche Sein.

Der so verstandene »Marxismus« beinhaltet im Kern den Rückfall auf eine mechanische Matrix, die den »Maschinenmenschen« wie Prometheus fesselt und gefangen hält. Für die dichotome Betrachtungsweise gibt es dann nur noch ein Entweder/Oder: Entweder das Sein als Basis bestimmt das Bewusstsein, oder das Bewusstsein und der Überbau bestimmen das Sein; entweder kruder Materialismus oder blinder Idealismus; entweder die materiellen Verhältnisse sind alles bestimmend, oder der »Geist«, die Idee, wirkt und dominiert; entweder die (ökonomischen) Strukturen sind entscheidend, oder allein die (wirtschaftlich) handelnden Akteure sind es.

Folgen der nicht dialektischen Rezeption

Die Rede, dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimmt, hat ein strukturdeterministisches Denken zur Folge, welches den Menschen als in Freiheit handelndes Subjekt negiert. Diese Art der Rezeption der Theorie von Marx wurde sowohl bei den meisten seiner Anhänger wie auch bei den Gegnern des Marxismus und der kommunistischen Idee vulgarisiert. Sie unterschlägt jedoch die Dialektik des widersprüchlichen Verhältnisses von Sein und Bewusstsein.

Es bleibt dahingestellt, ob diese beschränkte Sichtweise dem Verfasser des Vorworts der Schrift »Zur Kritik der politischen Ökonomie« anzulasten sei – wie Metscher es andeutet – oder nicht vielmehr seinen wortgläubigen Rezipienten. Letztere reflektieren nicht zureichend den theoretischen Gesamtzusammenhang (ein Holz'scher Zentralbegriff, den Metscher im letzten Beitrag des Bandes abhandelt).

Metscher zufolge trägt Marx durch die Art seiner Formulierung eine Mitschuld an der dogmatischen Deutung. Meines Erachtens allerdings handelt es sich bei dem Satz, dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimmt, nicht um eine finale Erkenntnis, sondern um die stationäre Conclusio der vorausgehenden Ableitung des gesamttheoretischen Kontextes von gesellschaftlicher Produktion zum einen und den Produktionsverhältnissen zum anderen (nachzulesen in Marx-Engels-Werke, Band 13, S. 8f.). Mir scheint das Missverständnis eher auf Seiten der Rezipienten zu liegen.

Die gesamte, dem Gedenken an Hans Heinz Holz gewidmete Schrift Thomas Metschers enthält viele weitere, hier aus Platzgründen nicht referierte Passagen, die beim Lesen das Mit- und Nachdenken beflügeln – ob es sich dabei um Fragen der Ontologie handelt, um den Logos als dialektischen Begriff, um Ideologie oder um die Bedeutung der Sprache. Die Schrift enthält ein Meer von Gedanken, in dem sich das dialektische Universum von Mensch, Gesellschaft und Natur facettenreich spiegelt. Die Lektüre fordert an vielen Stellen aber auch dazu heraus, sich der Tatsache zu vergewissern, dass die Herrschenden in der Klassengesellschaft

alles daran setzen, die Dialektik von Sein und Bewusstsein als Denk-, Erkenntnis und Handlungsmöglichkeit abzuwürgen oder wenigstens abzuschwächen.

Zur Dialektik von handlungs- und systemtheoretischem Ansatz

Westlich-kapitalistische Politik, Justiz, Militär, Medien und Wissenschaft sind bestrebt, das gesellschaftliche Sein ausschließlich aus handlungstheoretischer Sicht zu begründen und darzustellen: Es seien benennbare Akteure (nämlich Putin, seine Generäle, die Oligarchen und die russischen Soldaten), die in der Ukraine »unsere Freiheit« angreifen und gegen die »wir« uns militärisch verteidigen. Von den geo- und militärpolitischen Strukturveränderungen – z. B. im Verlauf der Nato-Osterweiterung – ist indessen bei einer solchen Betrachtung keine Rede!

Es waren menschliche Akteure, die gemäß der Hygienepropaganda einerseits – als Vulnerable oder als positiv Getestete und z. T. symptomlos Infizierte – durch Covid-19 bedroht waren oder die andere Menschen durch Ansteckung bedrohten. Ebenso waren es handelnde Menschen (Virologen, »Impfstoff«-Entwickler, Ärzte, Politiker und Journalisten), die das Corona-Virus »bekämpften«. Vom geschwächten Immunsystem der Bevölkerung, von den maroden Strukturen des Gesundheitswesens, vom Pharmazeutisch-Industriellen Komplex und vom systematischen Diktat der Profitmaximierung war indes kaum die Rede.

Die unterdrückte Masse der Menschen weltweit soll ein Doppeltes nicht erkennen und entsprechend nicht danach handeln: Erstens soll ihr verborgen bleiben, dass das gesellschaftliche Sein ein ständig neu sich konstituierendes Ergebnis der Dialektik der Interessensstrukturen von herrschenden und unterdrückten Klassen ist. Zweitens soll sie sich nicht bewusst werden, dass der Systemwiderspruch zwischen kapitalistischem Imperialismus in der Krise einerseits und der Notwendigkeit eines sozialistischen Aufbruchs im nationalen und internationalen Maßstab andererseits entweder in die endgültige, als Transhumanismus bezeichnete

kollektive Barbarei führt oder die revolutionäre Befreiung der Menschheit erzwingt. Das Werk von Thomas Metscher leistet einen herausragenden marxistischen Beitrag zur philosophischen Begründung der Menschheits-Befreiung im Sinne von Hans Heinz Holz.

Rudolph Bauer

Kriegsfolgen – Ansätze zu einer Analyse

*Hannes Hofbauer/Stefan Kraft (Hg.): **Kriegsfolgen, Wie der Kampf um die Ukraine die Welt verändert**, Promedia-Verlag, Wien 2023, 255 Seiten, ISBN 978-3-85371-511-6, 23,00 Euro*

Zur diesjährigen Leipziger Buchmesse erschien im Promedia-Verlag Wien eine Aufsatzsammlung, die die Veränderungen der Welt durch den Ukraine-Krieg beleuchtet. Dabei greift der Untertitel ein wenig zu weit, denn nur zwei der 17 Beiträge beschäftigen sich auch mit nicht-europäischen Perspektiven des Konfliktes. Ein zweiter Band, der die Folgen aus Sicht des globalen Südens oder der asiatischen Seite der Weltkugel betrachtet, wäre verdientvoll.

Die Herausgeber sind angetreten, der angeblichen Unvermeidbarkeit der Kriegspolitik Argumente entgegenzusetzen. Dazu haben sie ausgewiesene Experten aus verschiedenen Ländern insbesondere aus der Friedensbewegung eingeladen, sich mit der Vorgeschichte des Krieges, dem militärischen Verlauf in den ersten Monaten, der praktischen Beteiligung der NATO-Staaten durch Waffenlieferungen und Sanktionen gegen Russland, der ideologischen Entwicklung in Russland und der Ukraine sowie der Rolle der Medien im europäischen Raum zu beschäftigen.

Die Sammlung gliedert sich in vier größere Kapitel, wobei der Vorgeschichte – mit all ihren Eskalationsstufen – der breiteste Raum eingeräumt

wird. Thomas Fazi ordnet diesen Krieg ein in die Krisenentwicklung der letzten zwei Dekaden von 9/11, der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Corona-Krise. Damit verbunden sieht er eine Tendenz zum Autoritarismus und eine Informationskriegsführung, die die westlichen Staaten selber verändern. Hannes Hofbauer analysiert die politischen Verhandlungen in den Jahren 2013 bis 2015 (»Minsk«) als Ausdruck der westlichen Vorbereitung auf eine Konfrontation mit Russland, während Jochen Scholz als ehemaliger Referent im Bundesverteidigungsministerium sich mit dem Hegemonialanspruch der USA und der fehlenden Gegenkraft im europäischen Rahmen beschäftigt. Er erwartet einen massiven Wohlstandsverlust, begleitet von sozialen Spannungen und Unruhen im Europäischen Wirtschaftsraum, gleichzeitig sieht er die deutschen Politiker auf einer »abschüssigen Bahn« mit ihrer Vasallentreue gegenüber den USA.

Unter dem Titel »Das Kriegsgeheul und der Vormarsch der politischen Rechten« beschäftigen sich verschiedene Beiträge mit der ideologischen und politischen Rechtsentwicklung in den kriegführenden Staaten, aber auch in Westeuropa. Stefan Kraft behandelt die russische Legitimation des Krieges und das hinter der Militäraktion stehende geopolitische Konzept der »russki mir«, also der »Zusammenführung« der »russischen Welt«, was weniger mit der ehemaligen Sowjetunion, vielmehr mit einem vorsowjetischen Raumkonzept zu tun hat. Boris Kagarlitzkij beschreibt die Konsequenzen dieses Krieges für die russische Gesellschaft, die von der Militäraktion und den langfristigen Folgen vollkommen überrascht worden war. Zweifelhaft sind jedoch seine Überlegungen für die Zukunft. Seine Lösung: »ein Putinismus ohne Putin« beantwortet nicht die Frage, wie eine aus seiner Sicht dringend gebotene Weiterentwicklung der russischen Gesellschaft möglich sein soll.

Olga Baysha und Andrej Hunko beschäftigen sich mit der inneren Entwicklung der Ukraine. Baysha zeichnet den Werdegang des Präsidenten Selenskyj vom Komödianten zum autoritären Präsidenten und Kriegsherren nach. Gewählt mit dem Versprechen, den Konflikt mit Russland zu beenden, begann er zielstrebig seine Opponenten zu

entmachten und bediente sich eines antirussischen Populismus. Gegenüber der Öffentlichkeit kommuniziert er das Bild vom Armageddon – der »letzten Schlacht zwischen den Mächten des Lichtes und den Mächten der Finsternis«. Dass sich die Ukraine in einem solchen Kampf von einer Welt von Feinden umzingelt sieht, zeigt Hunko in seinem Beitrag über Kiew »schwarze Listen«. Bezeichnenderweise wurden solche Listen von »Feinden der Ukraine« bereits nach dem Maidan 2014 angelegt und umfassten im Frühjahr 2022 über 180.000 Namen, darunter selbst deutsche Politiker, Journalisten und gesellschaftspolitisch Engagierte. Erschreckend daran ist auch, wie Hunko zeigt, dass die Bundesregierung in keiner Weise bereit ist, diese Stigmatisierung gegenüber der Ukraine zu hinterfragen. Für Hunko bleiben damit die »gerne angeführten demokratischen Grundwerte ... mit westlicher Hilfe auf der Strecke«.

Erhard Crome erinnert noch einmal exemplarisch an die deutsche (Vor-)Kriegsberichtserstattung und die Staatsbeflissenheit der Medien, als die Außenministerin davon sprach, dass Deutschland sich im Krieg mit Russland befinde. Die Leitmedien kritisierten nicht etwa die problematische Aussage, sondern die Kritiker der Außenministerin, denn diese würden »russische Propaganda« befördern. Er folgt der Einschätzung von Erich Vad, der den Medien eine »Gleichschaltung« vorwirft, »und zwar nicht im staatlichen Auftrag, ... sondern aus reiner Selbstermächtigung.«

Wohlthuend hebt sich der Aufsatz von Eugen Drewermann, »Ohne NATO leben – Ideen zum Frieden« ab, den dieser schon im Mai 2022 vorgestellt hat. Bezeichnend ist, dass solche pazifistischen Überlegungen aus christlicher Verantwortung in der öffentlichen Debatte im deutschsprachigen Raum offenbar keine Aufmerksamkeit erhalten.

Drei Ausätze beschäftigen sich mit der ökonomischen Seite des Krieges. Florian Warweg zeichnet Nord Stream als Kriegsgrund nach. Diese Pipeline stand aus der Sicht der USA, Polens und der Ukraine deren politischen und ökonomischen Interessen deutlich im Wege. Der staatsterroristische Akt der Zerstörung im September 2022 war nur der Endpunkt einer langjährigen Einflussnahme

auf die Bundesregierung, diesen Energietransportweg zu verhindern.

Mit vielen Fakten gestützt, beschreibt Werner Rügemer die neoliberale Umgestaltung der Ukraine seit dem Beginn der politischen Unabhängigkeit 1991. Schon jetzt stehen die Investoren der Hedgefonds in den Startlöchern, um sich beim »Wiederaufbau« nach dem Krieg die Filetstücke und insbesondere die Bodenschätze zu sichern. Ausführlich untersucht Hannes Hofbauer die Sanktionspolitik, die eine Abkoppelung der westlichen Wirtschaft vom Eurasischen Wirtschaftsraum bedeutet. Schon jetzt ist klar, dass die Sanktionen nur geringe Auswirkungen auf die russische Wirtschaft haben, die sich erfolgreich in Richtung China/Asien orientiert. Sie haben aber praktische Konsequenzen für die westeuropäischen Ökonomien. Der Rezensent mag aber dem Autor nicht folgen, wenn dieser die Gefahr sieht, »dass das Imperium im Abstieg – die USA – Europa in seinem Todeskampf mit sich reißt.« In diesem Kapitel fehlt leider ein wichtiger Beitrag, der sich mit der Perspektive der deutschen und westeuropäischen Rüstungsindustrie beschäftigt. Als Bundeskanzler Scholz in der Woche nach Kriegsbeginn bereits 100 Mrd. für die Aufrüstung und die Einhaltung der 2%-Forderung der NATO verkündete, knallten bei den großen Rüstungskonzernen die Sektkorken. Schon jetzt kann man in Aktienkursen und Auftragsbüchern die ersten Ergebnisse feststellen.

Im abschließenden Kapitel zeigen Sabine Schiffer und Sabine Kebir die »Medien als treibende Kraft«. Schiffer macht das Selbstverständnis der Medien deutlich, »Propaganda machen nur die anderen«, und zeigt, dass es nicht allein um Zustimmung zum Krieg geht, sondern um eine »strategische Kommunikation für die neue Weltkriegsordnung«. Kebir untersucht das »Wording« und »Framing«, das nicht einmal vor Holocaust-Instrumentalisierung oder der Demontage von Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel scheidet, wenn es darum geht, Russophobie und Kriegsorientierung medial durchzusetzen.

Kritisch anmerken könnte man, dass manche Beiträge etwas knapp – und damit plakativ – argumentieren. Zum Teil sind es Texte, die in einem

zugespitzten Diskurs Thesen in der gebotenen Kürze auf den Punkt brachten. In diesem Sinne sind alle Beiträge anregend und lesenswert, selbst wenn man nicht mit allen Schlussfolgerungen mitgehen möchte.

Ulrich Schneider

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf

Katja Hoyer: Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR, Hoffmann und Campe, Hamburg 2023, 576 Seiten, ISBN 9783455015683, 28,00 Euro

Nicht selten fällt einem bei den Debatten um die Geschichte der DDR Christian Morgenstern ein. In dessen Gedicht »Die unmögliche Tatsache« (1910) heißt es am Schluss: »Weil, so schließt er messerscharf, nicht sein kann, was nicht sein darf.« Jedenfalls legt so manche Reaktion aus der professionellen deutschen »Aufarbeitungsszene« auf das mehr als 550 Seiten umfassende Sachbuch zur Geschichte der DDR mit dem Titel »Diesseits der Mauer« aus der Feder Katja Hoyers einen solchen Schluss nahe. In den Rezensionen, besser Verrissen, wird das Opus Magnum als »völlig unreflektierte Publikation« (Taz), als »einseitig, grotesk und verkürzt« (Spiegel), als »Wohlfühlgeschichtsschreibung« (Spiegel), als »Sozialismus in Pastell« (Tagesspiegel), als nahe am »Revisionismus« (Mitteldeutsche Zeitung) und »Ärgernis« (Spiegel) denunziert. Der Rezensent der Süddeutschen Zeitung hält sich gar nicht lange mit einer inhaltlichen Auseinandersetzung auf. Für ihn ist bereits die Herkunft der Autorin Beleg für mangelnde Qualität. Hoyers Vater war in der DDR Offizier der NVA, ihre Mutter Lehrerin. Da ist für ihn eine verklärende Sicht auf die DDR schon vorprogrammiert. Noch dazu, wenn man Egon Krenz als Zeitzeugen interviewt hat.

Das Buch »Diesseits der Mauer« ist jedoch beileibe keine Verklärung der DDR. Wohl aber stellt

die Autorin den »Mainstream« der »DDR-Aufarbeitung«, der sich auf Repression, Staatssicherheit und Unrecht konzentriert, infrage. Der Autorin gereicht es zum Vorteil, dass sie jener »Aufarbeitungsszene« nicht zugerechnet werden kann. Katja Hoyer ist Jahrgang 85, war also vier Jahre alt als die DDR aufhörte zu existieren. Seit mehr als zehn Jahren forscht sie, die an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Geschichte studiert hat, am King's College London und ist Fellow der Royal Historical Society. Für die Washington Post schreibt sie regelmäßig Kolumnen über deutsche und europäische Politik. Sie ist nicht eingebunden in die politische Instrumentalisierung der DDR-Vergangenheit. Ähnlich wie bei einigen französischen Historikerinnen¹ ermöglicht ihr das einen unverstellten, selbstbewussten Blick auf den untergegangenen Staat. Damit werden aber zugleich scheinbare Gewissheiten relativiert. Insofern sind die oft gänzlich respektlosen, ja manchmal sogar hasserfüllten Attacken auf das Buch der Versuch der etablierten »Aufarbeiter«, die selbst von Insidern als Sekte charakterisiert werden², ihre Deutungshoheit bezüglich der DDR zu verteidigen. Dabei war Hoyers Sachbuch ursprünglich lediglich für den englischsprachigen Raum vorgesehen. Aber der Erfolg ihrer chronologischen Abhandlung der Geschichte der DDR, die es unter die Top 10 der Sunday Times Bestsellerliste schaffte, veranlasste den Verlag wohl zu einer deutschen Ausgabe.

Wohlthuend ist, dass Katja Hoyer die Entstehung der DDR aus ihren historischen Ursprüngen heraus erklärt. Zu diesen Ursprüngen zählen die von den Nazis und ihren Unterstützern (nicht zuletzt große Teile der Wirtschaft) begangenen größten geschichtsbekanntesten Verbrechen mit Millionen Opfern und die bedingungslose Kapitulation des deutschen Faschismus ebenso wie die Expansion des sowjetischen Sozialismusmodells im Gefolge

1 Vgl. Agnes Arp/Elisa Goudin-Steinmann: Die DDR nach der DDR, Gießen 2022 (rezensiert in: Marxistische Blätter, 4/2023, S. 121 ff.); Sonia Combe, Loyal um jeden Preis. »Linientreue Dissidenten« im Sozialismus, Berlin 2022.

2 Vgl. Rainer Eckert, Umkämpfte Vergangenheit, Leipzig 2023, S. 18f.

des Siegeszuges der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg. Hoyer verweist in diesem Kontext auch auf die prägenden Erfahrungen deutscher Kommunisten mit dem Stalinschen Terror im sowjetischen Exil, dem unzählige emigrierte Mitglieder der KPD zum Opfer fielen.³ Zudem lässt sich die DDR nicht ohne die im Ergebnis des Kalten Krieges erfolgte Spaltung Deutschlands verstehen. Zu guter Letzt gehören auch die nicht unbedeutenden sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Traditionen in Deutschland zu jenen Ursprüngen.

Letztere Wurzel zeigt sich beispielsweise in der Frage der Gleichberechtigung von Frau und Mann sowie in der Bildungspolitik. Man kommt ja nicht daran vorbei, dass sich die Stellung der Frau in der Gesellschaft der DDR signifikant verbessert hatte, sowohl bezogen auf die Weimarer Republik als auch auf die BRD. Die Quote der Erwerbstätigkeit (1981: 91 %), die Unterstützung alleinerziehender Mütter, das Recht auf eine selbstbestimmte Schwangerschaft oder ein modernes Familienrecht müssen als wenige Stichworte genügen. Das Bestreben der DDR, Bedingungen für die Berufstätigkeit der Frauen zu schaffen, wird jedoch von vielen Historikern als zynischer Schachzug der Herrschenden abgetan, um den Mangel an Arbeitskräfte zu kompensieren. Hoyer hingegen hebt zuerst hervor, dass das Bemühen um die Geschlechtergleichheit ein fester Bestandteil der sozialistischen Ideologie ist. Sie thematisiert den Stolz der Frauen auf ihre berufliche und wirtschaftliche Autonomie. Hoyers zentrale Kategorie ist nicht die der Entwertung, was ihr Buch so lesenswert macht. Ähnlich verhält es sich mit der Bildungspolitik. Üblicherweise wird hier in der Geschichtsschreibung herausgestellt, wie nonkonformen Jugendlichen, die nicht selten kirchlichen Kreisen entstammten und die FDJ ablehnten, das Abitur und ein Hochschulstudium verwehrt wurden. Demgegenüber legt Hoyer den Akzent, ohne die andere Seite auszuklammern, stärker

auf die erfolgreiche Durchbrechung des Bildungspri- vilegs und die Erhöhung einer beispiellosen sozialen Aufwärtsmobilität in der DDR. Zehntausende junger Menschen aus dem Arbeitermilieu erhielten finanzielle und strukturelle Unterstützung, um ihnen ein Studium zu ermöglichen und zu erleichtern.

Bei Katja Hoyer ist die DDR nicht nur Repres- sion, Militarisation des öffentlichen Lebens, die Abgrenzung per Mauer und die gewaltsame Kol- lektivierung der Landwirtschaft, sondern auch etwas von Frieden, Völkerverständigung, sozialer Sicherheit und humane Sorge um andere. Damit trifft sie einen Nerv. Denn das von Hoyer gezeich- nete Bild deckt sich mit den Alltagserfahrungen vieler Ostdeutscher. Stellt sich natürlich die Fra- ge, warum gerade jetzt das Buch im Osten eine solche Resonanz erfährt (Spiegel Bestsellerliste im Juli Platz 3)? Ja, das Buch ist packend geschrieben und nahe an dem im Osten Erlebten. Die DDR wird nicht mehr als großes Gefängnis, sondern in ihrer Widersprüchlichkeit beschrieben. Aber das trifft beispielsweise auf Wolfgang Englers Werk »Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land« (1999) auch zu. Aber Engler entfaltete nicht im Entferntesten eine solche Wirkung. Es ist der Zeit- punkt des Erscheinens, der nicht unwesentlich für die Rezeption ist. In den Jahren 1990 ff. manifes- tierte sich parallel mit der radikalen Privatisierung durch die Treuhand, der Zerstörung der ostdeut- schen medialen Öffentlichkeit und der völligen Abwicklung der ostdeutschen akademischen und medialen Intelligenz in der Geschichtsschreibung ein westdeutscher Herrschaftsanspruch. Es war der Anspruch derjenigen, die abwickelten. Die soziale Erinnerung, die noch den demokratischen Herbst 1989 mit prägte, schlug um in belehren- de Entmündigung. Die bekannten westdeutschen Schlagworte, unter denen Menschen, Lebensläu- fe und -leistungen in der DDR bewertet wurden, sind: totalitär, zweite deutsche Diktatur, Unrechts- staat, Durchherrschaft, Nischengesellschaft oder Mitläufertum.⁴ Gleichzeitig wurden damit devote Untertanen rekrutiert, deren entstehender Selbst-

3 Zu diesem Phänomen sind in den letzten Jahren bemerkenswerte Romane ostdeutscher Autoren erschienen. Vgl. Christoph Hein, Trutz, Berlin 2017; Eugen Ruge, Metropol, Hamburg 2019; Steffen Mensching, Schermanns Augen, Göttingen 2018.

4 Vgl. Klaus Wolfram, Wo sie das alles gelernt haben, in: nd der Tag vom 26.6.2020.

hass nicht selten in Hass gegen andere, noch wehrlosere Menschen umschlug. Im Osten haben es die Bürger jedoch vielfach satt, ihre Geschichte/sozialen Erfahrungen beschämt zu verdrängen und auf die Kategorien Täter, Opfer und Mitläufer reduzieren zu lassen. »Die Bundesrepublik spinnt ihr Selbstgespräch über Ostdeutschland fort und fort – doch hört inzwischen dort niemand mehr zu«⁵, konstatiert Klaus Wolfram, 1989 Mitbegründer des »Neuen Forums«. Noch dazu, wo mittlerweile auch der neue Kaiser ohne Kleider dasteht und eine marktkonforme Demokratie sich als deformierte Demokratie entpuppt.⁶ Katja Hoyers Überblick über die DDR ist ein Angebot, anders über den sozialistischen Versuch nachzudenken. Vor dem Hintergrund, dass man Fukuyamas These vom Ende der Geschichte (1992) heute eine ganz andere Bedeutung unterschieben kann, ist das mehr als überfällig.

Volkmar Schöneburg

5 Klaus Wolfram, a. a. O.

6 Vgl. Ingo Schulze, *Unsere schönen neuen Kleider. Gegen die marktkonforme Demokratie – für demokratiekonforme Märkte*, München 2012.

Ein Lesebuch zu China

Beat Schneider: »Chinas langer Weg in die Moderne – Zwanzig nicht-eurozentristische Thesen«, PapyRossa Verlag, 2023, 336 Seiten, ISBN 978-3-89438-792-1, 22,90 Euro

Über China wird unter Linken erbittert gestritten. Eine ganze Reihe von Büchern erschien in den letzten Jahren, die versuchen, die Entwicklung des Riesenlandes von einem linken Standpunkt aus analytisch in den Griff zu bekommen. Dabei werden die unterschiedlichsten Aspekte behandelt – das Projekt Seidenstraße, die Corona-Politik oder das Verhältnis zwischen Staat und privaten Unternehmen. Beat Schneider hingegen bietet mit

seinem Buch »Chinas langer Weg in die Moderne. Zwanzig nicht-eurozentristischen Thesen« eine Gesamtschau auf die Entwicklung des Landes. Der Bogen reicht von der Geschichte (»5000-jährige Zivilisation«) bis zur aktuellen Gefahr eines Krieges der USA gegen China (»Die Thukydides-Falle und ein neuer Weltkrieg«). Kontroverse Themen werden nicht übergangen: Sowohl die digitale Überwachung, der Uiguren-Konflikt als auch die Corona-Krise werden behandelt.

Jedes einzelne der zwanzig Kapitel steht unter einer einleitenden These, umfasst zwischen fünfzehn und dreißig Seiten und schließt mit einer persönlichen Bemerkung des Autors ab. So ist ein leicht verständliches Lesebuch über China entstanden für alle, die nicht die Zeit oder Geduld haben, sich in die verschiedensten Aspekte der Entwicklung des Landes durch Lektüre von Fachliteratur zu vertiefen. Diese Literatur aber wird in seiner ganzen Breite von Schneider ausführlich zitiert. Anders als andere Autoren berücksichtigt er auch Originaltexte des offiziellen Chinas. So zitiert er wiederholt aus den vier Bänden »China regieren« von Xi Jinping. Vor allem von Domenico Losurdo hat sich der Autor inspirieren lassen – insbesondere von dessen Werk »Wenn die Linke fehlt ... Gesellschaft des Spektakels, Krise, Krieg«. Aus Wertschätzung hat Schneider sein Buch dem 2018 verstorbenen italienischen Historiker und Philosophen gewidmet.

Beat Schneider setzt auch ganz eigene Akzente. Als früherer Dozent der Hochschule der Künste in Bern ist er einer sozialgeschichtlich ausgerichteten Kultur- und Kunstgeschichte verpflichtet. So hat er sich einen Blick dafür bewahrt, welche große Bedeutung die Tradition für die Entwicklung Chinas hat. Seine vierte These lautet daher: »China spielt auf beiden Klavaturen, auf derjenigen der Moderne und derjenigen der Tradition.« (55)¹ In diesem Zusammenspiel von Tradition und Moderne sieht er den Grund für die erstaunliche Stabilität des Landes: »Eine Gesellschaft kann solche Umwälzungen nur eini-

1 Die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf die Seiten in dem Buch.

germaßen heil überstehen, wenn sie gleichzeitig über Ressourcen der Stabilität und Kontinuität verfügt, wie es im China der 1980er Jahre und der folgenden Jahrzehnte der Fall war.« Die entscheidende Ressource dabei ist eine »langjährige kulturelle Identität, welche eine gute Voraussetzung bot, um den Strapazen der Öffnung einigermaßen gewachsen zu sein. (...) Anker der Stabilität waren die Familie als Auffangnetz und der Staat in der chinesischen Tradition einer fürsorglichen Institution.« (56) Schneider macht in diesem Zusammenhang auf den chinesischen Intellektuellen und Politiker Wang Huning aufmerksam, der als langjähriger Berater der Generalsekretäre der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) bis in die Machtspitze der Partei aufgestiegen ist und der im Westen als Chefideologe bzw. als graue Eminenz der KPCh gilt. Nach ihm prägt der kulturelle Überbau »das politische Geschehen ebenso wie die Basis. Nur kulturell starke Staaten sind nach Wang starke Staaten.« (57)

Im zehnten Kapitel behandelt Schneider den in der Ära von Xi Jinping eingeleiteten Prozess »der ›Selbsterneuerung‹ der KPCh und der Gesellschaft insgesamt«. Es geht dabei um nicht weniger als um eine »Reinigung des Staatsapparats«, »eine Reaktion auf die Entpolitisierung und den Bedeutungsverlust der Ideologie während der Reform-Ära. Auch die ChinesInnen sind seit Jahrzehnten mit der westlichen, vom Neoliberalismus geprägten Lebensweise des Egozentrismus und Egoismus, der Schnelllebigkeit und Oberflächlichkeit konfrontiert. Die Öffnung bescherte dem Land nicht nur ökonomisches Wachstum, sondern öffnete auch die Tür zu einer kolonialistischen kulturellen Abhängigkeit. Die Partei versucht dem mit der Re-Ideologisierung des gesellschaftlichen Lebens gegenzusteuern.« Sie verfolgt dabei »eine Doppelstrategie: Sowohl der ›Marxismus mit chinesischen Besonderheiten‹, als auch die konfuzianische Tradition werden gefördert.« (129)

Schneider macht keinen Bogen um die heikle Frage, ob China nach vierzig Jahren marktwirtschaftlicher Entwicklung noch als sozialistisches Land angesehen werden kann. Für ihn steht fest, dass sich das Land weiterhin auf dem Weg zum

Sozialismus befindet. Grundlage dafür ist die Tatsache, dass die führende Stellung der KPCh im Staat und in der Ökonomie garantiert, dass das »Primat der Politik über die Ökonomie« gilt: Es »bedeutet, dass der chinesische Staat die letztendliche Verfügungsgewalt über die gesamte Wirtschaft, die staatlichen und privaten, die großen und die kleinen Unternehmen hat. Es erlaubt der Regierung die Regulierung des Marktes und ermöglicht Eingriffe in die Marktwirtschaft entsprechend den politischen Zielen.« (209).

Teile der westlichen Linken gehen im Unterschied dazu davon aus, dass China längst wieder kapitalistisch ist: »Eine verbreitete Meinung in der marxistischen Literatur besagt, dass in China ein ›Staatskapitalismus‹ herrsche.« (218) Dies ist aber eine für den westlichen Marxismus typische Haltung: »Der italienische Philosoph Domenico Losurdo (...) kritisierte diese Tradition treffend: ›Sobald eine konkrete linke staatstragende Politik nicht mehr den dogmatischen Idealvorstellungen der westlichen Linken entspricht, wendet sich diese ernüchert ab.‹ Die Schwierigkeiten beim Aufbau einer postkapitalistischen Gesellschaft sind nicht mehr so attraktiv und faszinierend wie der Befreiungskampf. Kuba, Vietnam und jetzt auch China wurden nur ›geliebt‹, solange sie als ›arm oder gleich‹ und als Opfer von imperialistischer Unterdrückung wahrgenommen wurden. Wenn reale Schritte zur Überwindung dieses Zustandes unternommen werden, auch wenn diese neue Widersprüche mit sich bringen, ist der Anspruch an die Utopie in den Augen vieler westlicher MarxistInnen verwirkt. Ernüchterung und zunehmende Distanz stellen sich ein, die manchmal sogar in Hass übergehen.« (218 f.)

Grundlage für diese Haltung ist die hier verbreitete eurozentristische Sicht auf China, wonach die ganze übrige Welt an der Elle europäischer Politik, Tradition und Kultur zu messen ist. Beat Schneider will mit seinem Buch »Chinas langer Weg in die Moderne« eine andere, realistische und zugleich solidarische Sicht vermitteln. Deshalb auch der Untertitel: »Zwanzig nicht-eurozentristische Thesen«.

Marianna Schauzu

Die globale Expansion der neuen Kapitalisten im 21. Jahrhundert und Chinas friedliche internationale Zusammenarbeit

Werner Rügemer: *»Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts«*¹

Seit der globalen Finanzkrise 2008 gibt es einerseits die offensichtliche Abwendung der USA von der Globalisierung und andererseits die verdeckte, weitergehende, globale Ausdehnung des US-amerikanischen Finanzkapitals. Beide Aspekte sind scheinbar widersprüchlich, sind aber systemisch miteinander verbunden.

Die USA waren nach der Finanzkrise nicht in der Lage, wirksame institutionelle Reformen durchzuführen, um die unkontrollierte Ausdehnung des Finanzkapitals einzudämmen und die wirtschaftspolitischen Widersprüche im eigenen Land zu mildern. Stattdessen sehen die USA die von China aktiv vorangetriebene Globalisierung als Herausforderung für die US-amerikanische Hegemonie und versuchen kontinuierlich, die Entkoppelung (decoupling) Chinas voranzutreiben. Dies trägt dazu bei, die systemische Krise in den USA selbst und zugleich die globale Governance-Krise weiter zu verschärfen.

Die Welt erlebt derzeit eine noch nie dagewesene große Veränderung und betritt eine Phase tiefgreifender Umwälzungen, mit vielen unvorhersehbaren Faktoren. Dagegen ist es notwendig, den Herausforderungen von Turbulenzen und sogar möglichen Stürmen standzuhalten. Diese große

Herausforderung scheint offensichtlich zu sein, aber ihre eigentliche Widersprüchlichkeit liegt im Verborgenen. So besteht die dringende und grundlegende Frage sowohl für China als auch für die Welt darin: Wie erkennt man ganzheitlich den tiefgreifenden Widerspruch zwischen der globalen Expansion des neuen US-amerikanischen Finanzkapitals im 21. Jahrhundert und dem Einfluss des chinesischen Sozialismus mit seinen charakteristischen Merkmalen hinsichtlich der Förderung globaler freundlicher Kooperation? Wie können wir auf die große Veränderung und mögliche Stürme reagieren und die globale Wirtschaftsordnung verbessern?

Das Buch *»Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts«* des bekannten deutschen Autors Dr. Werner Rügemer, in chinesischer Sprache veröffentlicht im Juni 2023, führt eine gründliche professionelle Untersuchung der globalen Expansion des US-amerikanischen Finanzkapitals im 21. Jahrhundert und seiner inhärenten Krise durch. Gleichzeitig anerkennt und erwartet der Autor den Beitrag des chinesischen Sozialismus mit seinen charakteristischen Merkmalen hinsichtlich der Förderung globaler freundlicher Kooperation.

Im Buch wird deutlich darauf hingewiesen, dass seit den 1980er Jahren mit Globalisierung und Informatisierung das US-Kapital stark zentralisiert wurde und eine kleine Gruppe neuer, großer Kapitalisten entstand, die inzwischen praktisch die wichtigsten Industrien und Unternehmen im Westen dominieren und schrittweise in die Ära des *»Neuen Kapitalismus des 21. Jahrhunderts«* eingetreten sind. Die tiefgreifende Expansion dieser neuen Kapitalisten auf globaler Ebene hat nicht nur in den USA selbst die Konzentration von Reichtum und Macht und das Ungleichgewicht in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit verstärkt, sondern auch die wirtschaftliche und politische Dominanz der USA über Europa.

Dies führte zugleich zur globalen Finanzkrise, aber die USA behielten auch nach der Krise ihre dominierende Position bei, indem sie die Krise mit verzerrten neoliberalen Maßnahmen abmilderten. Dadurch wurden die Arbeitsplatzunsicherheit und der Rückgang der Kaufkraft der abhängig Beschäft-

1 Chinesische Ausgabe im Verlag Dongfang/Oriental Press, übersetzt von Xiao Lei, Peking 2023, 457 Seiten, 78 Yuan, ISBN 978-7-5207-2996-3. *»Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure«*, Erstauflage Köln 2018, 3. aktualisierte Auflage Köln 2021. Das Buch erschien auch in englischer, französischer, italienischer und russischer Ausgabe im Verlag Nashe Zavtra, Moskau 2022.

tigten verstärkt sowie politische, soziale und Krisen der internationalen Beziehungen ausgelöst. Damit wurde auch die globale Governance-Krise weiter verschärft, was eine neue multilaterale internationale Ordnung erfordert.

Der Erfolg der Volksrepublik China im Umgang mit den Herausforderungen und Chancen der Globalisierung hat dazu geführt, dass China sich schnell entwickelt und aktiv zu einer Wirtschaftsordnung beiträgt, die nach dem Prinzip der Gleichberechtigung der Staaten die globale Kooperation und den Frieden fördert anstatt nur den Interessen eines Hegemons unterworfen zu sein. Staaten auf der ganzen Welt müssen sich von den negativen Auswirkungen transnationaler US-Finanzgruppen befreien und gemeinsam an der globalen Kooperation und Entwicklung arbeiten.

Zunächst bietet dieses Buch eine gründliche Analyse der Mechanismen der globalen tiefgreifenden Expansion der neuen führenden US-Finanzgruppen und zeigt auf, wie sie die entscheidenden Bereiche der Wirtschaft mithilfe verschiedener Akteure und Praktiken kontrollieren. Das Buch unterteilt die Akteure im Finanzsektor in fünf Gruppen: Die erste Gruppe umfasst die großen Kapitalorganisatoren wie BlackRock; die zweite Gruppe umfasst Private-Equity-Fonds, Hedgefonds und Risikokapitalgeber; die dritte Gruppe sind Elite-Investmentbanken und traditionelle Großbanken; die vierte Gruppe besteht aus den fünf Internet-Giganten Google, Apple, Microsoft, Facebook und Amazon; und die fünfte Gruppe umfasst Konzerne der digitalen Plattformwirtschaft wie Uber und Airbnb.

Das Buch bietet somit eine systematische empirische Analyse der Zusammensetzung des gegenwärtigen Finanzkapitals und auch seiner Kontrolle über digitales Kapital und dessen Datenmonopol. Rügemer enthüllt konkret die Logik hinter dem Finanzkapital, erhöht dadurch die gezielte, glaubwürdige Kritikfähigkeit gegenüber Finanz- und Digitalkapital und zerstört dessen Mythen.

Zum Zweiten analysiert das Buch, wie die neuen Kapitalisten die Dominanz über Kapital und Regierungen auf dem europäischen Kontinent verstärken, die Beziehungen zwischen Kapital und

Arbeit sowie die Produktion medialer Narrative und die Datenüberwachung der USA auf Europa übertragen sowie durch exterritoriale Justiz und Sanktionen das einheimische europäische Kapital an US-Interessen orientieren, um Gewinne und Investitionen herüberzuziehen und die Kapitalzentralität in den USA zu verstärken. Diese konkrete Analyse des Buches trägt dazu bei, die vielfach noch bestehende Illusion über den US-amerikanischen »Multilateralismus« zu durchbrechen.

Zum Dritten bietet das Buch aus der Perspektive westlicher linker Wissenschaftler eine tiefgreifende Analyse und aufrichtige Erwartungen hinsichtlich der Herausforderungen und Chancen, denen sich der chinesische Sozialismus im Zuge der Globalisierung gegenüber sieht. Rügemers Analyse fördert damit den intensiven Austausch zwischen chinesischen und westlichen Wissenschaftlern und Autoren über die Leistungen und die internationale Wirkung der Volksrepublik China und trägt dazu bei, die Isolation Chinas, die durch das »Bündnis westlicher Werte« bewirkt werden soll, zu durchbrechen.

Von einem theoretischen Standpunkt aus betrachtet, zerstört dieses Buch die Mythen der US-amerikanischen Theorien der freien Marktwirtschaft und der Demokratie und trägt dazu bei, Analyse und Theorie des neuen Imperialismus weiter auszubauen. Es fördert die Forschung zu den neuen Monopolen in der Produktion, Zirkulation, dem Finanzkapital und den internationalen Oligarchie-Allianzen im Rahmen des neuen Imperialismus. In Bezug auf die Natur dieses neuen Imperialismus wird die Forschung zu den monopolistischen, ausbeuterischen, verfallenden, parasitären, transitorischen und unsicheren neuen Trends des gegenwärtigen Kapitalismus vorangetrieben.

Angeichts der verstärkt versuchten Isolierung Chinas durch die USA in der internationalen Gemeinschaft und der Abwertung der chinesischen Wirtschaft auch während der Pandemie, hegen einige Intellektuelle sowohl innerhalb als auch außerhalb Chinas immer noch unrealistische Vorstellungen über das US-amerikanische System der Marktwirtschaft und sein neues polarisiertes poli-

tisches System. Die theoretische Analyse in Rügemers Buch in Verbindung mit der Realität trägt dazu bei, diese Illusionen zu zerstreuen.

Aus praktischer Sicht ist das Buch wertvoll für Fachleute, um die Ursachen und Entwicklungen der gegenwärtigen internationalen Beziehungen zu verstehen und zu erfassen. Es fördert die globale freundliche Zusammenarbeit und bietet auch starke Einblicke und Anregungen dafür, wie China die Kontrolle von Finanzkapital und digitalen Plattformen verstärken kann.

Angesichts der immer verdeckteren Kombination aus US-amerikanischem Finanz- und Digitalkapital, die sich unter dem Trend der Deglobalisierung in die globale Wirtschaft einschleicht, muss China in seiner Öffnung gegenüber der Welt nicht nur die verschiedenen Sanktionen und Blockaden des US-amerikanischen neuen Imperialismus durchbrechen, sondern auch internationales Kapital besser lenken, um der realen Wirtschaft und den Interessen der Menschen zu dienen. Die Volksrepublik China muss sich für friedliche Entwicklung, gegenseitige Öffnung und gemeinsamen Nutzen einsetzen und die Entwicklung der globalen Wirtschaftsordnung vorantreiben – nach dem Prinzip der Gleichberechtigung der Staaten.

Cheng Enfu/Yin Xing

Der Fluch der außerfachlichen Impulse

*Martin Schulze Wessel: **Der Fluch des Imperialismus. Die Ukraine, Polen und der Irrweg in der russischen Geschichte**, C. H. Beck, München 4. Auflage 2023, 352 Seiten, ISBN 978-3-406-80049-8, 28,00 Euro*

Diese Lektüre erinnert unwillkürlich an den Ratgeber von Wolf Wagner zum Umgang mit »Uni-Angst und Uni-Bluff« aus dem Jahr 1977. Denn mit Uni-Bluff haben wir es auch hier zu tun: ein schickes gebundenes Buch, erschienen beim ehren-

werten C. H. Beck Verlag in München. Der hintere Teil des anspruchsvoll gestalteten Schutzumschlages informiert uns über den Autor: Professor für die Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, von 2012 bis 2016 Vorsitzender des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands! Auf dem Foto blickt uns ein freundlich lächelnder, leicht ergrauter Herr in feinem Zwirn an. Auf S. 305 bedankt der Autor sich bei den Mitgliedern der Deutsch-Ukrainischen Historischen Kommission, die im Februar 2015 gegründet wurde, deren Co-Vorsitzender er ist und die seit 2019 zur Förderung der Ukrainistik vom Deutschen Akademischen Austauschdienst voll finanziert wird. Er bedankt sich auch bei Timothy Garton Ash und anderen Kollegen, mit denen er habe diskutieren können im St Antony's College der Universität Oxford, wo er das akademische Jahr 2021/22 verbracht habe. Zudem sei er inspiriert worden durch die Debatten an der LMU München und angeregt durch Veranstaltungen des (olivgrünen) Think Tanks Liberale Moderne und der Alfred Landecker Foundation. Die Botschaft all dieser Angaben: Dieses Buch basiert auf langjähriger Forschung! Der Autor ist hochqualifiziert, international vernetzt und absolut seriös!

Veranlasst zu diesem Buch sieht sich Schulze Wessel durch den »Vernichtungskrieg« Russlands, durch »Russlands Krieg«, der auf die »physische Zerstörung« der Ukraine ziele. (7 f.) Dieser Krieg könne nicht »verstanden werden«, wenn nur »rational fassbare Interessen der Clique, die in Russland das Sagen hat« untersucht würden. Nötig sei es, und dies will das Buch leisten, die Geschichte der »Versatzstücke der russischen Propaganda« und der langfristig wirksamen imperialen Diskurse darzulegen. (8 f.) Entscheidend für den Autor ist dabei die »strukturelle Problematik«, die seit Beginn des 18. Jahrhunderts durch die Westausdehnung Russlands entstanden sei. (9)

Diese drei Jahrhunderte durchschreitet Schulze Wessel souverän in fünf Kapiteln. Erstens geht es um die West- und Südausdehnung Russlands unter Peter I. und Katharina II. auf Kosten der Ukraine, Polens, Schwedens, des Osmanischen Reichs

und Weißrusslands von 1700 bis 1795. Zweitens um die Neuordnung Europas und Stabilisierung der Verhältnisse unter Mitwirkung des russischen Imperiums von 1796 bis 1856. Drittens um das Festhalten an der imperialen Politik und autokratischen Ordnung bis zum Ende des Zarenreiches (1856–1917). Viertens um das Fortbestehen der imperialen Tradition in der Zeit der Sowjetunion besonders im Hinblick auf die Ukraine und Polen (1917–1991). Fünftens wird der Weg der Ukraine zum Maidan, der aus Sicht des Autors eine »demokratische und nationale Revolution« darstellt, und die Entwicklung Russlands zu einer »Diktatur«, die auf »imperiale Phantasien« setze, skizziert (1992–2022).

Methodisch bewältigt der Autor dies, indem er »die Verbindung von imperialer Politik, Außenpolitik und Identitätswürfen« Russlands fokussiert. (20) Er stellt sich bewusst in die Tradition seines Doktorvaters Klaus Zernack, der 1994 die Doppelgeschichte »Polen und Russland« vorgelegt hat. Zernacks Schüler behandelt die Dreierbeziehung, um zu verdeutlichen, wie Polen und die Ukraine durch die Westausdehnung Russlands »ihre Staatlichkeit« verloren und einen »ähnlichen Typus von Befreiungsnationalismus« entwickelten. Schulze Wessel stützt sich dabei konzeptionell auf Autor*innen, die kulturgeschichtlich, identitätstheoretisch und diskursiv unterwegs sind, sowie auf ukrainische Historiker*innen, die derzeit Nationalgeschichtsschreibung im Stil des 19. und frühen 20. Jahrhunderts betreiben. Wo es um Russland geht, ist der sprachliche Ausdruck des Autors durchgehend pejorativ, in Bezug auf Polen und die Ukraine unkritisch. Der Begriff »Befreiungsnationalismus«, der aus der Szene der extremen Rechten stammt, wird unreflektiert als positives Phänomen Polen und der Ukraine zugeschrieben. Solche und andere Zuschreibungen erfolgen pauschal und kollektiv an »die Russen«, »die Ukrainer« und »die Polen«; die Länder werden wie Subjekte behandelt; der sprachliche Ausdruck reproduziert die wissenschaftlich überholte Vorstellung objektiv bestehender und handelnder Nationen. Ein differenzierter Blick auf sozioökonomische Grundsachverhalte, soziale Widersprüche und

gesellschaftliche Interessengruppen geht Schulze Wessel ab.

Es fällt auf, dass der Autor die Erkenntniskategorie der »Problemfelder«, die Andreas Kappeler 1997 entwickelt hat, nicht verwendet.¹ Dieser Begriff ist gut geeignet, um wirkungsmächtige Strukturen und Mentalitäten, die sich kaum oder nur langfristig ändern und der Verfügung entziehen, zu analysieren und zu veranschaulichen.² Auch Karl Marx kannte diese Phänomene, die »wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden« lasten; gerade in revolutionären Krisen, so Marx, wenn es gelte, Neues zu schaffen, beschwören die Handelnden die Geister der Vergangenheit.³ Diese Zugänge helfen, die Geschichte (Sowjet-) Russlands und der Ukraine besser zu verstehen. Schulze Wessel will Russland aber nicht besser verstehen, sondern ihm einen »Irrweg« zuschreiben. Die Annahme eines Irrwegs setzt die illusionäre Vorstellung voraus, es gebe den richtigen historischen Verlauf. Den kennt nur Schulze Wessel und er weiß auch, was für Russland heute gut wäre: einfach mal seine »falsche Identifizierung mit dem Imperium« zu überwinden (268) und ein »euro-asiatisches Kanada« zu werden (293). Vielleicht mit Ricarda Lang als Präsidentin?

Um sein Ziel zu erreichen, nimmt Schulze Wessel Akzentverschiebungen vor, die am Ende den Unterschied ausmachen zwischen einer Herangehensweise, die mit kritischer Distanz kausale Zusammenhänge begreifen will, und der Absicht, abzuwerten und zu verurteilen. Indem er seine Darstellung im 18. Jahrhundert beginnt, braucht er nicht auf die drei Überfälle aus dem Westen auf Novgorod 1240 bis 1245 einzugehen, die genau in der Situation begannen, als die Kiever Rus' aus

1 Andreas Kappeler: *Russische Geschichte*, München 1997, S. 47–92. – Zur Einschätzung Kappelers vgl. meine Rezension seiner *Ukraine-Geschichte* in: *Marxistische Blätter* (im Folgenden MB) 4/2022, S. 124–126.

2 Reinhart Koselleck: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, zuerst 1979, 3. Aufl., Frankfurt/M. 1995, S. 260–277, spricht in diesem Zusammenhang von »Vorgegebenheiten«.

3 Karl Marx: *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* (1852), in: MEW 8, S. 110–207, hier S. 115f.

dem Reich der Tataren angegriffen wurde; in Novgorod wurde noch diskutiert, ob man im Westen um Hilfe bitte! Es erübrigt sich für Schulze Wessel auch, den komplizierten Aufstieg des Fürstentums Moskau zu thematisieren, der bis Anfang des 17. Jahrhunderts immer wieder existentiell gefährdet wurde durch die nach Osten ausgreifende Großmacht Polen-Litauen und durch Schweden. Erst Mitte des 17. Jahrhunderts und zu Beginn des 18. Jahrhunderts gelang es den Herrschenden des Zarenreichs, die aus diesen beiden Ländern drohenden Gefahren dauerhaft zu beseitigen. Schulze Wessel behauptet, Wechselwirkungen zwischen Russland, Polen und der Ukraine herauszuarbeiten. Tatsächlich dividiert er die gemeinsame Geschichte im ostslawischen Raum retrospektiv und betont nur die negativen Wirkungen Russlands auf die beiden westlichen Nachbarn. Die Redensart von der »Verbindung von Außenpolitik, imperialer Herrschaft und Identität« (294) löst sich bei ihm in Luft auf, sobald es um Aktivität der westlichen Nachbarn Russlands geht, sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart. Dass die Diskurse in Russland auf die Erfahrung basieren könnten, ein ums andere Mal aus dem Westen, aus dem Norden und der Steppe angegriffen worden zu sein, kommt dem Autor nicht in den Sinn.⁴ Den Kerngedanken der Brzeziński-Konzeption z. B. zitiert er, aber er interpretiert dies als zutreffende Beschreibung, nicht etwa als eine Strategie, die in der US-amerikanischen Osteuropa-Politik umgesetzt und auf die Entwicklung Russlands erhebliche negative Wirkungen hatte.⁵ Eine solche Osteuropaforschung befasst sich spielerisch mit Diskursen, abstrahiert souverän von der Realpolitik und vom eigenen Forschungsstand. Schulze Wessel schreibt Russ-

land eine imperiale Kontinuität zu von Peter zu Putin, ohne auf Revolutionen, Diskontinuität und Neuanfänge einzugehen. Unterschiedliche Gesellschaftsformationen spielen für ihn keine Rolle. Er hält Russland das leuchtende Beispiel Deutschland vor, das »seine eigene imperiale Geschichte hinter sich gelassen« habe (303) – Pippi Langstrumpf-Prinzip: ich mach mir meine Welt, wie sie mir gefällt.

Im Jahr 1977 erschien nicht nur Wolf Wagners Büchlein gegen den »Uni-Bluff«, sondern auch eine Einführung in die Osteuropäische Geschichte von Klaus Zernack, dessen Schüler und Mitarbeiter Schulze Wessel wurde. Zernack verweist dort auf die »außerfachlichen Impulse«, welche die akademische Disziplin seit ihrer Gründung prägten, und er mahnte eine weitere »Verwissenschaftlichung« an, die solche politischen Impulse reflektiere und einhege. Hier hätte Schulze Wessel seinen Lehrer besser achten sollen.

Joachim Höslér

Italien: Neofaschismus an der Macht

Gerhard Feldbauer: Giorgia Meloni und der italienische Faschismus, PapyRossa Verlag, Köln, Neue Kleine Bibliothek 327, 167 Seiten, ISBN 978-3-89438-804-1, 14,90 Euro

Immer wieder wurde in den Marxistischen Blättern über die politisch gefährliche Entwicklung in Italien berichtet, wo seit langer Zeit die Rückkehr der Faschisten in der Tradition Mussolinis ideologisch vorbereitet wurde. Dazu gehören die Movimento Sociale Italiano (MSI), die Alleanza Nazionale und Casa Pound, sowie als gegenwärtig erfolgreichstes Projekt die Fratelli d'Italia (FdI) unter der Führung von Giorgia Meloni. Ihr gelang der politische Durchbruch, indem sie nicht nur Koalitionspartnerin einer Rechtsregierung war, sondern im Herbst 2022, eine Woche vor dem 100. Jahrestag von Mussolinis »Marsch auf Rom«,

- 4 Er ignoriert in diesem Zusammenhang auch die räumliche Zugänglichkeit des ostslawischen Raumes als ein Grundproblem der Ukraine, Weißrusslands und Russlands; vgl. Carsten Goehrke: Russland – Eine Strukturgeschichte, Paderborn etc. 2010, S. 27–33.
- 5 Vgl. Joachim Höslér: Zu Russlands Transformation, Geschichtspolitik und Imperialismus, in: MB, Beilage H. 4, S. 13–23; Tony Wood: Die Matrix des Ukraine-Krieges, in: MB, Beilage H. 5, S. 2–19.

das Amt als Ministerpräsidentin Italiens antreten konnte.

Der ausgewiesene Italienexperte und langjährige Autor der Marxistischen Blätter Gerhard Feldbauer hat Anfang 2023 eine lesenswerte Studie über den Aufstieg Giorgia Melonis und ihr Verhältnis zum italienischen Faschismus vorgelegt. In seiner Einführung zeichnet der Autor noch einmal die Entwicklung vom Frühjahr 2018 bis zur Regierungsübertragung an Meloni nach. Im Frühjahr 2018 gab es bei den Parlamentswahlen noch ein Patt zwischen der so genannten »Fünf Sterne-Bewegung« (M5S) (33,6 %) und der faschistischen Allianz (35 %). Der sozialdemokratische Partito Democratico (PD) erreichte nur 18,7 %. Da es zu dem Zeitpunkt noch nicht angesagt war, die offenen Faschisten an die Macht zu bringen, koalierte die M5S mit der Lega von Matteo Salvini, Regierungschef wurde der parteilose Jurist Giuseppe Conte. Diese Koalition erwies sich jedoch für die M5S als politisch verhängnisvoll. Zwar scheiterte Salvini im August 2019 mit dem Versuch, Conte zu stürzen und selbst Regierungschef zu werden. Präsident Mattarella beauftragte Conte daraufhin mit der Bildung einer neuen Regierung. Unter dem Druck der Basis stimmte Di Maio (M5S) nun einer Regierung mit dem PD zu. Der politische Einfluss war aber deutlich geschwächt. Im Januar 2021 brachte Mario Draghi diese Regierung zu Fall und bildete selbst eine sogenannte »Regierung der nationalen Einheit« aus den rechten Parteien – Forza Italia und Lega – mit dem PD und M5S. Der frühere EZB-Banker galt als Garant für die Sicherung der neoliberalen Herrschaft des Kapitals. Mit seinem Rücktritt Ende Juli 2022 verschärfte sich die Krise. Davon profitierte in erster Linie Giorgia Melonis Fdl, die dieser »Regierung der nationalen Einheit« nicht beigetreten war. Meloni strebte vorgezogene Neuwahlen an, bei denen sie erwartete zu gewinnen und, wie sie formulierte, »die Führung der Nation« übernehmen wollte. Im Oktober 2022 war sie am Ziel.

Melonis mehrheitlich aus Mussolini-Anhängern gebildetes Kabinett wurde in linken italienischen Medien als Regierung »reueloser Faschisten« bezeichnet. In einem umfangreichen historischen Rekurs weist der Autor Giorgia Melonis »unbe-

schwertes Verhältnis zum Faschismus« nach. Alle öffentlichen Distanzierungen vom historischen Faschismus, die Meloni nach dem Wahlsieg der Fdl über die Medien kommunizierte, waren nur Fassade. Noch im April 2022 hatte Meloni beim Tod von Assunta Almirante, der Witwe des MSI-Gründers und »respektierte Königinmutter und Gralshüterin des Erbes Mussolinis in der Bewegung« (»Corriere della Sera«), ihr Festhalten am unverfälschten Erbe des Mussolini-Faschismus bekräftigt. Meloni nahm an deren Beerdigung in der Basilika Santa Maria in Montesanto auf der Piazza del Popolo in Rom teil, gemeinsam mit zahlreichen führenden Faschisten ihrer Fdl, die am Sarg »den römischen Gruß« zeigten. Massive Kritik gab es auch an der von ihr durchgesetzten Wahl von Ignazio La Russa zum Senatspräsidenten, dem zweiten Mann des Staates, der mit ihr 2012 maßgebliche Gründungsfigur der Fdl war und neben ihr die personifizierte Verkörperung des Erbes des Mussolini-Faschismus ist. La Russa, der als zweiten Vornamen Benito übernommen hatte, behauptete im Wahlkampf, dass alle Italiener »Erben des Duce« seien. Er rief während der Corona-Pandemie dazu auf, sich nicht mehr die zu Hand geben, sondern den »römischen Gruß« zu zeigen.

Im Gegensatz zu solchen Traditionen behauptete Meloni in ihrer Rede zur Vertrauensabstimmung in der Abgeordnetenversammlung am 25. Oktober, sie habe »nie mit dem Faschismus sympathisiert«, habe »niemals Sympathie oder Nähe für antidemokratische Regimes empfunden. Für kein Regime, auch nicht für den Faschismus«; ebenso »habe ich die Rassengesetze von 1938 immer als den Tiefpunkt der italienischen Geschichte betrachtet, als eine Schande, die unser Volk für immer prägen wird.« Mit dieser Ansprache legte sie die Linie der Geschichtsrevision fest, dass angeblich die rassistischen Verfolgungen nur das Ergebnis der deutschen Einflussnahme gewesen seien.

Gleichzeitig verfolgt sie zielstrebig ihre heutige rassistische, flüchtlingsfeindliche und antidemokratische Programmatik. Am deutlichsten wurde dies, als sie ankündigte, ein das Parlament entmündigendes autoritäres Präsidialregime zu errichten – bei gleichzeitiger Forcierung der neoliberalen Agenda.

Im zweiten Kapitel des Buches geht der Autor auf die politische Funktion der faschistischen Organisationen in Italien seit der Befreiung vom Mussolini-Faschismus ein. Er zeigt an verschiedenen Etappen der italienischen Entwicklungen nach 1945, wie die faschistischen Kräfte in der Vergangenheit in Reserve gehalten wurden, um die Vorherrschaft der USA und der NATO zu sichern und um die Linken in Italien von der Regierung fernzuhalten.

Im dritten Kapitel beschäftigt sich Feldbauer mit dem Weg Melonis zur Macht, wobei er auch die inneren Widersprüche in der Rechtsallianz, die sich aus den unterschiedlichen Interessen und Perspektiven auf den Ukraine-Krieg ergaben, in die Betrachtung aufnahm. Detailliert zeichnet er nach, wie die politische Elite in Italien bereit war, dem Machtanspruch der offenen Mussolini-Verehrer in den verschiedenen Schritten zu folgen. Auffällig ist, dass trotz erster politischer Skandale in der Umsetzung der politischen Agenda der FdI auf Grund Melonis öffentlichen Versprechen, die militärische Unterstützung der Ukraine im Rahmen von NATO und EU fortzusetzen und gleichzeitig gegenüber der EU-Politik keine »Blockadehaltung« einzunehmen, aus Brüssel keinerlei kritischen Anmerkungen zu dieser neuen Rechtsregierung zu hören waren.

Im letzten Teil des Bandes versucht der Autor die Frage zu beantworten »Wie konnte es erneut geschehen?« und die gesellschaftlichen Gegenkräfte in den Blick zu nehmen. Sichtbar ist für ihn, dass die Offenheit und Toleranz der herrschenden Eliten schon in den vergangenen Jahren den Boden für eine gesellschaftliche Akzeptanz der Rechtsallianz bereitet hat. Gleichzeitig waren die Gegenkräfte durch innere Streitigkeiten geschwächt. Der politische Widerstand gegen Meloni entwickelt sich auch vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine. Der Autor verweist auf die breite Friedensbewegung, in der alle großen Gewerkschaften, antifaschistische Organisationen, selbst kirchliche Gruppen vertreten sind, die sich gegen Waffenlieferungen und für diplomatische Lösungen einsetzt und damit einen deutlichen Kontrapunkt gegen die Unterstützung der Selensky-Regierung durch Meloni setzt. Gleichzeitig ist die parteipolitische Zersplitterung der Linken, deren verschiedene Grup-

pen der Autor in einem Anhang in der gebotenen Kürze beschreibt, weiterhin ein Haupthindernis die Rechtsregierung zu stoppen. Mit Verweis auf Antonio Gramscis antifaschistische Bündniskonzeption ruht daher die Hoffnung der antifaschistischen Bewegung gegen Meloni einmal mehr »auf den Arbeiterkämpfen, der Basis der Friedensbewegung, auf dem antifaschistischen Widerstand, aber auch am Festhalten an demokratischen Traditionen unter den verschiedenen Vertretern der Intelligenz und von Kräften von Mitte Links«. (146)

Ulrich Schneider

Mahnende Schatten

Carlos Gomes: Chile 1973, Denkmäler und Wandbilder in DDR und BRD, Verlag 8. Mai, 118 Seiten, viele farbige Abbildungen, ISBN 978-3-931745-67-7, 19,90 Euro

In ganz Deutschland erinnern Kunstwerke an den Putsch in Chile und die revolutionäre Kraft einer weltweiten Gegenbewegung. Ein neuer Bildband macht sie sichtbar.

Weit im Süden Deutschlands, im Gebäude des Audimax der Universität Konstanz, erinnert ein Wandbild an den Widerstand gegen die Pinochet-Diktatur. Es ist keineswegs nur eine Erinnerung an den Putsch, kein pazifistisches Bitten darum, Wahlergebnisse doch anzuerkennen. Mit zornigen Gesichtern und geballter Faust ruft das Bild zum Kampf gegen Putsch und Militärdiktatur, selbst die Friedenstaube strebt in gerechter Wut dem Unrecht entgegen, um es zu bekämpfen.

Gestaltet wurde das Wandbild am 25. April 1977 in nur wenigen Stunden von der »Brigade Salvador Allende« während eines Konzertes von Quilapayún. Erstaunlich ist, dass es 2017 aufwendig renoviert wurde. Anders als an anderen Orten wollte man sich an der Universität Konstanz der Mahnung und der Erinnerung an revolutionäre Zeiten anscheinend nicht entledigen.

Anders in Bochum, an der Ruhr-Universität ist von dem Wandbild der »Brigade Luis Corvalán« nur noch ein Schatten zu erahnen, wie Geister der Vergangenheit blicken Reste von Gesichtern von der Mauer, Fäuste recken sich ins Nichts. Von der Inschrift nach einem Gedicht Pablo Nerudas »Chile / Blutbeflecktes Land / Weiter für die Einheit / Kampf dem Tyrannen niemals besiegt« ist nur noch das Wort »Chile« zu entziffern.

Carlos Gomes hat sich auf die Suche gemacht im Osten und Westen des Landes und hat Erinnerungen an Chile gefunden. Die Wandbilder, Denkmäler, Büsten und Stelen hat er jetzt in dem Buch »Chile 1973- Denkmäler und Wandbilder in DDR und BRD« festgehalten. Das Buch ist Erinnerung an das fortschrittliche Chile und an sein blutiges Ende, an Widerstand und Solidarität in den beiden deutschen Staaten. Es ist ein Buch, das einem noch einmal die Verkommenheit der BRD und ihrer Außenpolitik vor Augen führt und zeigt, dass es Gründe dafür gibt, dass von den 27 Erinnerungsorten gerade neun auf dem Gebiet liegen, das man nicht nur früher »Westdeutschland« nannte.

Vor allem aber hat Gomes mit seinem Bildband einen Reiseführer vorgelegt, den linke Deutschlandreisende konsultieren können und sollten, bevor sie sich auf den Weg machen.

Denn wer macht einen sonst darauf aufmerksam, dass in Frankfurt am Main im Grünebrugpark ein Gedenkstein liegt für die von der Diktatur Ermordeten und Verschleppten? Dass dort im Rahmen einer weltumspannenden Initiative Bäume zu ihrer Erinnerung gepflanzt wurden?

Oder, dass auf dem Schulhof der Müggelschlößchen-Grundschule in Berlin immer noch Víctor Jara seine Gitarre in die Höhe reckt, als würde er auf Ewig »Venceremos« singen? Dass die Pablo-Neruda-Schule in Chemnitz, das schon lange nicht mehr Karl-Marx-Stadt heißt, nicht nur ihren Namen behalten hat, sondern dass sie heute noch von einem durch die Kunstbrigade der VEB-Gießerei geschaffenen Relief ihres Namensgebers geschmückt wird? Oder, dass sich in Radebeul im Jahre 2000 eine Initiative zusammengefunden hat, die dafür gesorgt hat, dass das von der Stadt bis zur Un-

kenntlichkeit vernachlässigte Denkmal für Salvador Allende restauriert wird?

Zudem hat sich Gomes durch Fotoarchive gegraben und Bilder der heute verschwundenen Denkmäler und Wandbilder ausfindig gemacht. Von Zeit bis Hamburg gäbe es Anknüpfungspunkte für Initiativen, für die Wiederherstellung von Denkmälern und dafür, sich Straßen und Plätze zurückzuerobern – mitsamt ihren Namen.

Melina Deymann

Zwei Sozialismus-Studien

*Brie, Michael: **Sozialismus neu entdecken. Ein hellblaues Bändchen zu den Widersprüchen einer solidarischen Gesellschaft**, VSA:Verlag, Hamburg 2022*

*Brie, Michael: **Chinas Sozialismus neu entdecken. Ein hellblaues Bändchen jenseits der Froschperspektive auf ein spannendes Experiment**, VSA:Verlag, Hamburg 2023*

In seinem Buch »Sozialismus neu entdecken« versuchte Michael Brie 2022 eine grundsätzliche Klärung des Sozialismus-Begriffs. Er gesteht »eine große Schwäche« dieses Unternehmens ein: »Es ist abstrakt und schematisch. Abstrakt ist es, weil es nicht versucht, die unübersehbare Fülle der Empirie einzubeziehen, die bei jedem einzelnen Punkt sofort aufscheint.« (Brie 2022: 9) Es sei aber nötig, das, was unter Sozialismus zu verstehen sei, auf den Begriff zu bringen. Dieser sei bisher einseitig gewesen, weil er die anzustrebende Gesellschaft als eine widerspruchsfreie verstanden habe, in der die Interessen der Individuen, deren Vertretung der Liberalismus für sich reklamiert, durch die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln problemlos ebenfalls wahrgenommen würden. Das sei aber nicht der Fall. Der Sozialismus habe »zwei Wurzeln – den Liberalismus und den Kommunismus«. (13) Er müsse über beide hinaus-

gehen. »Die Vorherrschaft der liberalen Tendenz mündete in den Kapitalismus. Die Vorherrschaft der kommunistischen Tendenz mündete in den Staatspartei-Sozialismus sowjetischer Prägung oder anderer kommunistischer Experimente. Dämonen lauern auf beiden Seiten, um die Herrschaft zu übernehmen, wenn es nicht gelingt, die Widersprüche zivilisatorisch zu kontrollieren.« (Ebenda) Die Synthese beider Prinzipien sei der Sozialismus. Er »wird als eine Gesellschaft verstanden, die sich erstens ihrer kommunistischen Fundamente bewusst ist und diese verantwortungsvoll bewahrt und stärkt, sich zweitens an den Werten von Freiheit, Gleichheit und Solidarität ausrichtet und drittens Menschen ermöglicht, ein erfülltes Leben zu führen.« (16). Seine drei ideellen Quellen seien »der Liberalismus, der Kommunismus und die Romantik«. (18) Damit benennt der Autor Strömungen des modernen gesellschaftlichen und politischen Denkens, die Ende des 18. Jahrhunderts etwa gleichzeitig entstanden oder sich durchzusetzen begannen. Die Spezifik der Romantik wird von ihm in diesem Text nicht weiter erläutert. Bei der Bestimmung »des Kommunistischen, d. h. der gemeinsamen sozialen Verantwortung, der Solidarität, der gemeinschaftlichen Regelung wichtigster sozialer Aufgaben« (23) ist die Eigentumsordnung nicht aufgeführt. Eine weitere Definition findet sich in einer Analogie zum ersten Satz des Marxschen »Kapital«, die bei Michael Brie so lautet: »Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen sozialistische Produktionsweise herrscht, erscheint einerseits als Reichtum an Möglichkeiten freier Entfaltung der Individuen in den zwischenmenschlichen Beziehungen und andererseits als Reichtum der natürlichen, sozialen und kulturellen Gemeingüter, die allen gemeinsam zur Verfügung stehen.« (110) Ihre »zwei elementaren Gemeingüter« definiert er »als Reichtum individueller Entwicklung und als Reichtum der natürlichen wie kulturellen Gemeingüter.« (115) Ein Beispiel für Organisation der Letzteren sei die Wikimedia Foundation. (134)

»Wer nicht über die Stärken des Kapitalismus redet, sollte von Sozialismus schweigen.« (42) Hier befindet sich Michael Brie in Übereinstimmung mit

Marx' und Engels' Aussagen schon im »Manifest der Kommunistischen Partei« über die Leistungsfähigkeit jener Produktionsweise. Er konstatiert darüber hinaus: »Alle theoretischen Versuche der Marxisten, eine immanente Grenze des Kapitalismus aufzuzeigen – Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, Fall der Profitrate, Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft bzw. das vorausgesagte Ende der Arbeitsgesellschaft oder die Umstellung auf nichtfossile Energie – sind bisher gescheitert. Rosa Luxemburgs These, dass im Augenblick der Vollendung des kapitalistischen Weltmarkts der Mehrwert nicht mehr realisierbar sein würde und der Kapitalismus deshalb an seiner Verallgemeinerung zusammenbrechen würde, bestätigt sich nur insofern, dass der Kapitalismus nur funktionsfähig ist, wenn er in sich nichtkapitalistische Alternativen zulässt, sie sogar fördert, nutzt, ausbeutet und auch wieder zerstört.« (46) Daraus folge: »Eine nachkapitalistische Ordnung muss die Stärken des Kapitalismus in sich bewahren und zugleich seinen ausbeuterischen Charakter überwinden.« (Ebenda)

Der »Widerspruch komplexer Gesellschaften« bestehe »zwischen der Reproduktion und Entwicklung der Individuen und der Reproduktion und Entwicklung des Gesellschaftskörpers«. (153) Die »politische Ordnung« des Sozialismus müsse »zwei gegensätzliche Traditionen in sich aufnehmen – die der liberalen Demokratie mit dem Primat der Interessen der Einzelnen und die der Volksdemokratie.« (Ebenda).

Was Erstere angeht, so hat sich (hier implizit wohl gemeint, aber nicht ausführlich dargestellt) in der nordamerikanischen und westeuropäischen Verfassungsgeschichte ein Kanon entwickelt. Er enthält u. a. folgende Festlegungen:

- Allgemeine, freie, geheime Wahlen mit konkurrierenden Kandidaturen von Personen und Parteien,
- Legalität und Legitimität von Opposition und deren Recht, am Kampf um die Macht teilzunehmen und die Regierung zu übernehmen, daraus folgend:
- Machtausübung nur mit zeitlich limitiertem Mandat,

- parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung,
- Gewaltenteilung,
- Staatsbürgerliche Freiheitsrechte, darunter Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung (Presse- und Medienfreiheit),
- Wahrung der allgemeinen Menschenrechte nicht nur für die Bürger(innen) des jeweiligen Staates.

Die liberale Demokratie entstand in einem langen historischen Prozess, der auch die Vorstellungen von einem aktuellen oder künftigen Sozialismus in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern prägt. Mit einem weiteren Buch legt Michael Brie die ganz anderen Bedingungen dar, unter denen die Kommunistische Partei Chinas wirkt, und die Konsequenzen, die sie seit 1978 daraus zieht. (Brie 2023).

Ökonomisch handele es sich um »Sozialismus als geplante Mischwirtschaft«. (101) Durch die Vielfalt der Eigentumsformen – staatliche neben privaten – unterscheidet sie sich nicht wesentlich von anderen hochentwickelten Industriegesellschaften, noch nicht einmal durch die Planwirtschaft, die zwar besonders stark ausgebildet, in staatsmonopolistischen Gesellschaften aber ansatzweise ebenfalls vorhanden ist. Entscheidend ist die Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei. Sie proklamiere einen »Sozialismus chinesischer Prägung = Führung durch die KPCh plus Wiederaufstieg Chinas mit allen dazu erforderlichen Mitteln«. (31) Das politische System der Volksrepublik sei durch das offene Bekenntnis zur »Position der ›fünf Nein‹« gekennzeichnet, die vom früheren Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses, Wu Banggao, 2011 so formuliert worden sei: »Ablehnung des Mehrparteiensystems mit Ämterrotation, einer Diversifizierung der ›Leitgedanken‹, Verwerfung der Gewaltenteilung, eines föderalen Zweikammersystems und von Privatisierungen«. (82) Dem letzten Punkt dieser Erklärung scheint die tatsächliche Abnahme des Anteils staatlichen Eigentums seit 1978 zu widersprechen. Sie beruht aber wohl weniger auf Privatisierungen als offenbar auf Neugründungen.

Das politische System Chinas sei keine liberale Demokratie. Die Entscheidungen werden allein durch die Kommunistische Partei getroffen, dies allerdings in »Konsultation auf allen Machtebenen« (48) mit der Bevölkerung. Vorschläge, Kritik, Forderungen würden zur Kenntnis genommen und ausgewertet. Die »volksdemokratische Diktatur« (50) beruhe in höherem Maße als einst in der Sowjetunion stärker auf Hegemonie als auf Zwang. Sie entspreche einer Losung, die völlig unabhängig voneinander und zu verschiedenen Zeiten Abraham Lincoln und Sun Yatsen aufgestellt hatten: »Demokratie des Volkes, durch das Volk, für das Volk«. (76) Die beiden Elemente dieser Formel bedeuten Folgendes: »Durch das Volk« = »konsultative Demokratie« (86) per Teilnahme innerhalb eines durch die Hegemonie der Partei hergestellten ideologischen Konsenses. Die Losung »Für das Volk« nennt als gemeinsame Ziele und Werte von Partei und Gesellschaft die Einheit und Unabhängigkeit des Landes (dessen »Organisationskaiser« seit 1949 die KPCh sei, 85), Überwindung der Armut, mittelfristig einen bescheidenen allgemeinen Wohlstand. Politik werde in China traditionell und aktuell zwar weit mehr von der Gesellschaft her bestimmt als von Freiheitsrechten der Individuen, befinde sich aber auf »einem Entwicklungsweg, der unter dem Primat des Kommunistischen starke liberale Elemente (und dies nicht nur in der Wirtschaft) integriert«. (23) Die KP verstehe sich »als Dienstleisterin für das Volk«. (91)

Der Frage: »Ist nur die liberale Demokratie möglich?« (67) nähert sich Michel Brie dadurch, dass er inhaltliche Kriterien benennt. Diese betreffen den inhaltlichen Zweck von Institutionen: »Was wäre, wenn man etwas zurücktritt und danach fragt, in welchem Maße die gesellschaftlichen Gesamtinteressen, relevante Kollektivinteressen und die Interessen der Vielen und vor allem der sozial Schwächsten in einem politischen System zur Geltung kommen?« (75) Eine unkritische Wahrnehmung der westlichen Variante verdecke, »in welchem Maße liberale Formen genau dazu genutzt werden, um Interessen der obersten Vermögensklasse und der Oligarchien der Schlüsselsektoren des Finanzmarkt-Kapitalismus zum Durchbruch zu

verhelfen [...] oder eine »marktkonforme Demokratie« durchzusetzen. Zunehmend wird in China und anderen Ländern die Frage gestellt, wie Volksinteressen ohne freie Wahlen zur Geltung kommen«. (75) Man könne »einen sozialen Liberalismus von einem plutokratischen Liberalismus und einen demokratischen Parteikommunismus von einem autoritär-bürokratischen Kommunismus unterscheiden« (77/78) – also vier verschiedene Ordnungen. Nehme man die »beiden Formeln des Sozialismus« – Betonung des gesellschaftlichen Gesamt- oder des Individualinteresses – als Maßstab, dann habe in China seit zwei Jahrzehnten die »libertäre« Variante an Kraft gewonnen, »auch wenn die Möglichkeiten, über Gerichte individuelle Rechte gegen den Staat einzuklagen, weiterhin sehr begrenzt sind oder völlig fehlen«. (65). Ihr Verhältnis zueinander umschreibe »ganz offensichtlich ein Kampffeld«. (66) Es sei »nach dem Selbstverständnis der KPCh eindeutig, dass sie ihre Herrschaft keinesfalls von liberal-demokratischen Wahlen abhängig macht und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit dann einschränkt, wenn diese ihre Herrschaft zu gefährden droht«. (73) Hier teilt Brie die Kritik Rosa Luxemburgs in ihrer nachgelassenen Schrift »Zur

russischen Revolution« von 1918, erinnert aber auch positiv an die dort erhobene Forderung, separatistische Bewegungen zu unterdrücken. (73/74) Das chinesische politische System bleibe »verwundbar« (100). Aufgrund der Abschaffung der von Deng Xiaoping durchgesetzten Amtszeitbeschränkung des Generalsekretärs der KPCh unter Xi Jinping sei »dieses funktionale Äquivalent zum System von Wahlen bei der Erneuerung des politischen Führungspersonals in liberalen Demokratien aktuell geschwächt oder ganz außer Kraft gesetzt«. (131) Eine »periodische und klar institutionalisierte Legitimation« (132) fehle, stattdessen gebe es eine »Legitimation durch Leistung« (133), die sich durch Erfolge beweisen müsse. Ob diese in Krisensituationen, u. a. hervorgerufen durch einen sich abzeichnenden »Neuen Kalten Krieg und Konfrontation«, ausreiche, sei offen. (133)

Unverkennbar besteht ein Unterschied zwischen den von Michael Brie 2022 benannten Normen für eine sozialistische Gesellschaft einerseits und der chinesischen Wirklichkeit andererseits. Er hält es nicht für undenkbar, dass diese Lücke künftig geschlossen werden kann.

Georg Fülberth



unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP



„Sie können alle Blumen
abschneiden, den
Frühling aber können sie
nicht aufhalten“.
(Che Guevara)

Sagen

was ist!

Jetzt
6 Wochen
kostenlos testen.
Oder direkt
abonnieren!

Tel.: 0201 177889-15
abo@unsere-zeit.de
unsere-zeit.de/abo/



Es schrieben diesmal

Rudolph Bauer, Bremen, Sozialwissenschaftler, Publizist, Bildender Künstler
Cheng Enfu (VR China), Leitender Professor an der CASS und Präsident der WAPE

Jeremy Corbyn (Großbritannien), Gewerkschafter, Politiker, Ex-Labour-Chef, MP

Wolfgang Däubler, Wildeshausen, Arbeitsrechtler, www.daeubler.de

Dietmar Dath, Freiburg, Schriftsteller, Journalist, Übersetzer

Kai Degenhardt, Hamburg, Musiker, Buchautor, www.kai-degenhardt.de

Melina Deymann, Essen, Theaterwissenschaftlerin, Buchhändlerin, UZ-Redakteurin

Tim Engels, Düsseldorf, Rechtsanwalt

Jenny Farrell (Irland), Galway, Literaturwissenschaftlerin, Mitherausgeberin Marxistische Blätter

Gerhard Feldbauer, Journalist, Autor

Georg Fülberth, Marburg, Politikwissenschaftler

Dirte Gerns, Hamburg, Historikerin, ver.di-Arbeitskreis Frieden

Marlon Grohn, Köln, Blogger, Herausgeber, Autor von »Kommunismus für Erwachsene« (2019)

Thomas Hagenhofer, Saarbrücken, IT-Fachmann und Bezirksvorsitzender der DKP Saarland

Joachim Hösler, Marburg, Dr., Lehrer und Apl. Prof. für Neuere und Osteuropäische Geschichte, Philipps-Universität, Mitherausgeber Marxistische Blätter

Boris Kagarlitzky (Russland), Soziologe, Politikwissenschaftler, Publizist

Hermann Klenner, Berlin, Rechtswissenschaftler und -philosoph, Mitglied der Leibniz-Sozietät

Ekkehard Lieberam, Leipzig, Rechtswissenschaftler, Karl-Liebknecht-Kreis Sachsen

Domenico Losurdo (Italien), Philosoph/ Publizist (1941–2018)

Christa Luft, Berlin, Wirtschaftswissenschaftlerin (siehe Beilage)

Roger D. Markwick, (Australien), Historiker, Schwerpunkt Europa/Russland

Thomas Metscher, Grafenau, Philosoph, Philologe, Autor, www.thomas-metscher.de

Artur Pech, Beeskow, Dr. sc. Phil., Diplomgesellschaftswissenschaftler, Mitglied im Kreistag Oder-Spree und im Ältestenrat der Partei DIE LINKE, Sprecher des Karl-Liebknecht-Kreises Brandenburg

Vijay Prashad (Indien), Historiker, Direktor des Tricontinental Institute for social Research

Augustin Renier (Belgien), Politikwissenschaftler an der FU Brüssel

Anne Rieger, Graz, Psychologin, Mitherausgeberin der Marxistischen Blätter

Alfredo Rodriguez (Chile/BRD), Deutsch-Chilene, Student und Mitglied der KP-Chiles

Marianna Schauzu, Berlin, Molekularbiologin, Marx-Engels-Zentrum Berlin

Annette Schlemm, Jena, Physikerin, Philosophin, <https://philosophenstuebenchen.wordpress.com>

Ulrich Schneider, Kassel, Historiker, Generalsekretär der FIR, VVN-BdA, Mitherausgeber Marxistische Blätter

Volkmar Schöneburg, Potsdam, Jurist, ehemals Verfassungsrichter und Justizminister in Brandenburg, Mitherausgeber Marxistische Blätter

Lukas Seidensticker, Recklinghausen, Lehrer

Ingar Solty, Berlin, Sozialwissenschaftler, Autor, Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Max Vuelliet, Salzburg, Büroleiter bei KPÖ PLUS

Robert Weissenbrunner, Hanau, IG Metall Hanau-Fulda

Carolus Wimmer (Venezuela), KP Venezuelas

Xin Jin, (VR China), Prof., Wirtschaftswissenschaftler, Shanghai Maritime University



Impressum

MARXISTISCHE BLÄTTER

ISSN 0542-7770 • ISBN 978-3-96170-665-8

Heft: 5/6_2023, 61. Jahrgang

Redaktionschluss: 1. September 2023

Herausgeberkreis: Jürgen Bäumer, Achim Bigus, Gerrit Brüning, Murat Çakır, Vincent Czesla, Raimund Ernst*, Jenny Farrell, Hannes A. Fellner, Wolf-Dieter Gudopp-von Behm, Thomas Hagenhofer, Walter Herbst, Richard Höhmann*, Joachim Hösler*, Patrik Kóbele, Heike Krämer, Rainer Perschewski, Anne Rieger, Tina Sanders, Volkmar Schöneburg, Ulrich Schneider, Manfred Sohn, Claudius Vellay*, Werner Zimmer-Winkelmann* (Sekretär) sowie die gesamte Redaktion

* Schwerpunktverantwortliche dieses Heftes

Redaktion: Lothar Geisler* (verantwortlicher Redakteur), Nina Hager, Hermann Kopp, Beate Landefeld, Herbert Lederer

Anschrift:

MARXISTISCHE BLÄTTER
 Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
 Telefon: 0201 | 23 67 57

E-Mail: redaktion@marxistische-blaetter.de

Marxistische Blätter im Internet:

www.marxistische-blaetter.de
www.facebook.com/MarxBlätter

Satz und Gestaltung:

Medienwerkstatt Kai Münchke, www.satz.nrw

Titelgestaltung: Medienwerkstatt Kai Münchke unter Verwendung eines Gemäldes von Ula Richter

Korrekturen: Kurt W. Fleming

Verlag: Neue Impulse Verlag GmbH

E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de

Anschrift und Telefon: wie Redaktion

Druck: Interpress

Heft 1_2024 erscheint im Januar 2024.

MARXISTISCHE BLÄTTER erscheinen ab Januar 2024 vierteljährlich zu Beginn jedes Quartals. Der Bezug erfolgt über den Buchhandel oder direkt ab Verlag.

Einzelheft:	14,50 Euro
Jahresabonnement wie bisher:	54,00 Euro
verbilligtes Jahresabonnement	
(auch im europäischen Ausland):	38,00 Euro
Ausland und Streifbandbezug:	10,00 Euro
	Versandkostenzuschlag

Förder-Abonnement: 100,00 Euro

Mindestbezugszeitraum: 8 Ausgaben (2 Jahre).

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn es nicht spätestens sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraums schriftlich gekündigt wird.

Bankverbindung: Postbank Essen,

IBAN DE08 3601 0043 0033 7094 32 –

BIC PBNKDEFF

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Kai Degenhardt

WESSEN MORGEN IST DER MORGEN

Arbeiterlied und Arbeiterkämpfe in Deutschland

Im Spiegel des Arbeiterliedes blättert Kai Degenhardt Kämpfe und Niederlagen, Erfolge und Fehlschläge in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auf. Von der älteren Linie der proletarischen Balladen bis hin zu jüngeren Traditionen zeichnet der Band das kulturelle Erbe von fast zwei Jahrhunderten nach – um dazu beizutragen, dass das Arbeiterlied auch künftigen Kämpfen zur Seite steht.

ISBN 978-3-89438-816-4 | Paperback, 215 Seiten | € 16,90



Werner Rügemer

VERHÄNGNISVOLLE FREUNDSCHAFT

Wie die USA Europa eroberten

Erste Stufe: Vom 1. zum 2. Weltkrieg

Mit Freedom, Democracy und Wohlstand präsentierten sich die aufsteigenden USA der Welt. Nach 1918 investierte man massiv in Westeuropa: Mussolini wurde mit Krediten überhäuft, US-Konzerne belieferten Franco und rüsteten die deutsche Wehrmacht für einen Krieg gegen »Russland« aus.

ISBN 978-3-89438-803-4 | Paperback, 324 Seiten | € 22,90



Aert van Riel

DER VERSCHWIEGENE VÖLKERMORD

Deutsche Kolonialverbrechen in Ostafrika

Die Verbrechen als Völkermord zu brandmarken, ist in Deutschland noch immer umstritten. In Tansania dagegen ist strittig, welche Forderungen an die Bundesrepublik zu richten sind. Aert van Riel sprach mit Diplomaten, Wissenschaftlern und Aktivisten. Um die Ursachen für den unterschiedlichen Umgang mit der Kolonialgeschichte aufzuzeigen, nimmt er auch neokoloniale Abhängigkeiten in den Blick.

ISBN 978-3-89438-812-6 | 178 Seiten | € 16,90

PapyRossa Verlag

Tel. (0221) 44 85 45 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

MARXISTISCHE BLÄTTER

★ Seit 1963 ★

www.marxistische-blaetter.de

Wer heute die Lüge und Unwissenheit bekämpfen und die Wahrheit schreiben will, hat zumindest fünf Schwierigkeiten zu überwinden. Er muss den Mut haben, die Wahrheit zu schreiben, obwohl sie allenthalben unterdrückt wird; die Klugheit, sie zu erkennen, obwohl sie allenthalben verhüllt wird; die Kunst, sie handhabbar zu machen als eine Waffe; das Urteil, jene auszuwählen, in deren Händen sie wirksam wird; die List sie unter diesen zu verbreiten.

Diese Schwierigkeiten sind groß für die unter dem Faschismus Schreibenden, sie bestehen aber auch für die, welche verjagt wurden oder geflohen sind, ja sogar für solche, die in den Ländern der bürgerlichen Freiheit schreiben.

Bertolt Brecht, 1935



Rotes Fähnchen vor Gewitter (Ula Richter, 2007, 80 × 70 cm, Harzöl auf Leinwand)

Christa Luft (Berlin, Mitglied der Leibniz-Sozietät)

Von der »Zeitenwende« zum Epochenbruch

Symptome, Kritik und Herausforderungen für die ökonomische Wissenschaft¹

¹ Für die Marxistischen Blätter aktualisierter und ergänzter Festvortrag der Verfasserin anlässlich des Leibniztages der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin am 29.6.2023.

1. Vorbemerkung

Bundeskanzler Scholz apostrophierte am 27. Februar 2022 im Deutschen Bundestag den russischen Einmarsch in die Ukraine als politische »Zeitenwende«, als Zäsur in der europäischen Geschichte. In den Bundeshaushalt ließ er zusätzlich ein von der Schuldenbremse nicht betroffenes kredit- also auf Pump finanziertes »Sondervermögen« von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr einstellen und es im Grundgesetz verankern. So können spätere Regierungen, falls gewollt, es nur mit 60 Prozent Parlamentszustimmung aushebeln. Das »Sondervermögen« entspricht einer Vorbelastung künftiger Generationen, entzieht sich parlamentarischer Kontrolle, ist ein Instrument der Schuldenverschleierung und erinnert fatal an die von der SPD zu Karl Liebknechts Zeiten bewilligten Kriegskredite.

Angekündigt wurde vom Kanzler auch, dass die Bundesrepublik von nun an Jahr für Jahr mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung investieren wird. Damit hat er einer schon seit Langem erhobenen Forderung der US-Administration willig entsprochen. Im Entwurf des Haushaltsfinanzierungsgesetzes für 2024 findet sich inzwischen die Formulierung, die NATO-Quote solle im Fünfjahresdurchschnitt erfüllt werden.

Im Wesentlichen fokussiert sich Scholzens »Wummswort« *Zeitenwende* – und das ist meine Hauptkritik – aufs Militärische, auf die massive Aufrüstung und die Nutzung lebenswichtiger Güter, Währungen und Finanzen als neue »Waffen« im Außenhandel. Die Militarisierung durchdringt immer mehr gesellschaftliche Bereiche. Die mehr als überfällige ökologische Reformpolitik kommt bei ihm nicht adäquat vor. Klimawandel und die sich beschleunigende planetare Umweltkatastrophe bleiben als akute Bedrohungen für die Menschheit ausgeblendet, obwohl sie die radikale Veränderung der gewohnten Lebens- und Produktionsweise vor allem in den kapitalistischen Hauptländern dringlich anmahnen. Im Entwurf des Bundes-

haushalts für 2024 unterliegt der Umweltetat gegenüber dem Vorjahr sogar einer Kürzung.

Auch für solche brennenden sozialen Probleme wie das überforderte und unterfinanzierte Gesundheitswesen, der extreme Wohnungsmangel, das kaum noch zu finanzierende Renten- und Pensionssystem finden sich keine adäquaten zukunftssträchtigen Lösungen.

Inzwischen ist Scholz' »Zeitenwende« von der Gesellschaft für die deutsche Sprache zum Wort des Jahres 2022 gekürt worden und Finanzminister Lindner buhlt um eine »Wirtschafts- und Finanzwende«. »Nach einem Jahrzehnt der Verteilungspolitik und der Nachfragestärkung müssen wir eine ordnungspolitische Trendwende zur Angebotspolitik wagen« (zit. nach Schäfers 2022), heißt es in einem entsprechenden Papier aus seinem Haus. Darunter wird eine Wirtschaftspolitik verstanden, die darauf setzt, Unternehmensgewinne zu steigern, vorgeblich um so private Investitionen zu stimulieren. Dafür werden dann Steuern für Unternehmen gesenkt, Staatsausgaben zurückgefahren und Sozialleistungen gekürzt. Christian Lindner will mit einem sogenannten Wachstumschancen-Gesetz die Unternehmen in Deutschland jährlich um rund sechs Milliarden Euro entlasten.

Neu oder gar originell ist die »Zeitenwende«-Rhetorik nicht. 1973 wurde die Ölkrise von vielen politisch Handelnden als solche bezeichnet, auf Grund derer sich nun alles ändern müsse. Auch in den Wirtschaftskrisendiskursen von 1982, zu denen die Kohlsche Proklamation einer notwendigen »geistig-moralischen Wende« gehörte und anno 2003, da eine Zeitenwende von der rot-grünen Schröder-Regierung als Bruch mit den bis dahin praktizierten sozialstaatlichen Sicherungen für notwendig und umgehend einzuleiten deklariert wurde, ging es um »Wenden«. Im Zusammenhang mit dem Mauerfall von 1989 und den Terroranschlägen auf das New Yorker World -Trade-Center vom September 2001 findet sich dieser Topos ebenso (Wengeler 2023: 47–48). Schon die Künstlerin Käthe Kollwitz befasste sich mit »Zeitenwen-



Es brennt (Ula Richter, 2020/2021, 70 x 60 cm, Öl auf Leinwand)

de(n)«. So hieß das Thema ihrer Ausstellung von Januar bis März 2019 im Kölner Museum. Gemeint waren Aufbruch und Umbruch zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus.

Der Unterschied zu Scholzens »Zeitenwende« von 2022 ist allerdings, dass es bei den Vorgenannten nicht um gigantische, nie dagewesene Hochrüstungsmaßnahmen und tiefgreifende internationale Beziehungskappungen zu bestimmten Ländern ging. Die Scholzische Zeitenwende hingegen wächst sich zu einer Veränderung im Weltmaßstab, zu einem Epochenbruch aus.

2. Symptome des Epochenbruchs

Gewissheiten wie die folgenden aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg sind obsolet.

- In Jahrzehnten relativ friedlicher Koexistenz gab es zumindest kein kriegerisches

Gegeneinander waffenstrotzender Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Waffenlieferungen in Kriegsgebiete waren verboten. Jetzt wird die Friedenspolitik entsorgt, und es werden Kampfpanzer Tranche für Tranche an die Front in der Ukraine verbracht.

- Wie Ende des 19. Jahrhunderts geht es um eine Neuaufteilung der Welt, um Ausweitung von Macht- und Einflussphären. Eine Rüstungsspirale beispiellosen Ausmaßes wurde ausgelöst. Unfassbare 2,24 Billionen US-Dollar (rund 2,04 Billionen Euro) wurden 2022 nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri ausgegeben.
- Es ging um Kooperation, um Wandel durch Annäherung. Jetzt dominiert das Ringen um westliche Vorherrschaft unter Führung der USA.

- Die Kraftzentren in der Welt verschieben sich. Während viele asiatische Länder relativ robuste Wachstumsraten haben, befinden sich die USA und Europa in der Rezession. Deutschland leidet besonders unter den hohen Energiepreisen, unter der Bevölkerungsalterung und den Engpässen auf dem Arbeitsmarkt.
- Eine eskalierende Inflation galt als ein kriegsbedingt böses aber singuläres Ereignis der 1920er Jahre, dessen Wiederkehr undenkbar schien. Jetzt hat ein wirtschaftskriegerisches Sanktionsregime gegen Russland als Lieferanten von Energieträgern ein sozial und ökonomisch großes Inflationsproblem ausgelöst.
- Hinzu kam möglichst unbeschränkter, von Protektionismus freier internationaler Handel als Generator von Wohlfahrtsgewinnen für alle beteiligten Länder, wie die zentrale These von David Ricardo (1772–1823), eines Hauptvertreterers der klassischen Nationalökonomie, lautet, die bis heute in Deutschland zum vermittelten wirtschaftswissenschaftlichen Grundwissen gehört. Wenn in der Realität Freihandel oft auch negative Auswirkungen auf Produzenten in Ländern mit schwächerer Wirtschaft hatte, so ist jetzt der internationale Warenaustausch überwuchert von Sanktionen und Embargos gegen Länder mit ähnlicher Wirtschaftskraft, aber unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Ausrichtung.
- Es bilden sich neue Allianzen vorwiegend von aufstrebenden Volkswirtschaften der sogenannten Dritten Welt. Die wollen nicht mehr die »Kleinen« sein. Ein Beispiel sind die BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika). An die 40 weitere Länder aus Asien, Afrika und Lateinamerika bekunden ihr Interesse an der Mitgliedschaft in dem Schwellenländerbündnis, darunter Saudi-Arabien, Indonesien, Mexiko, Ägypten und die Türkei. Ins Visier genommen wird die Schaffung einer eigenen goldgedeckten Währung. Dadurch würde 50 Jahre nach dem Ende des Bretton-Woods-Systems ein neuer Goldstandard entstehen. Die neue Geographie dieses Bündnisses habe einen betont nichtwestlichen Charakter (Pavlenko 2023). Die BRICS-Staaten haben zwar einen deutlich geringeren Lebensstandard und können bei neuen Technologien nicht mit dem Westen mithalten. Durch ihre schiere Größe könnten die Schwellenländer aber künftig ein Bündnis formen, das es bei der Wirtschaftsleistung mit den G7-Staaten aufnehmen kann.
- Das Verhältnis zur Volksrepublik China steht vor nervöser Veränderung. Während man sich in Europa um die russische Bedrohung sorgt, wendet sich der Blick der amerikanischen Administration Richtung China und damit weg von Europa. Es geht um Großmachtrivalität, um Geo-Ökonomie.
- Der Internationale Währungsfonds droht als globale Institution zu zerbrechen. Krieg und Klimakrise haben ihn vollends von seinem obersten Ziel abgebracht, den ärmeren Ländern zu helfen. Der Unmut im globalen Süden über den Internationalen Währungsfonds und über die Weltbank nimmt zu. Denn beide Institutionen fluten die Ukraine mit Geld, während die hochverschuldeten Staaten im Süden der Welt mit weniger auskommen müssen.
 - Beschämend, zutiefst menschenverachtend ist, mit welcher Gleichgültigkeit die kapitalistischen Hauptländer die Folgen ihres gegen Russland gerichteten Sanktionsregimes für die Staaten in Afrika und Nahost hinnehmen. Die ärmsten Länder dort warten auf Getreide, Sonnenblumenöl und Düngemittel, zu deren wichtigsten Lieferanten die Ukraine gehört. Das politisch bedingte Ausbleiben dieser Waren treibt nicht nur die Weltmarktpreise und facht Migrantenströme Richtung Europa an, sondern bedroht Millionen Menschen mit dem Hungertod.



Der Schlaf der Vernunft (Ula Richter, ohne Bildinformationen)

Das mag an Veränderungssymptomen genügen. Die alte Ordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg den europäischen und den Weltfrieden mehr oder weniger garantiert hatte, ist definitiv zu Ende. Die geoökonomischen Folgen des Weltenumbruchs sind für alle Seiten verheerend. Das Alltagsleben wird teurer, der erreichte westliche Wohlstand wird kaum wie bisher aufrecht zu erhalten sein, die Verarmung ganzer Bevölkerungsteile nimmt zu, die ohnehin geschundene Umwelt muss weiter leiden, ihre Verseuchung durch Bomben und andere Zerstörungen nimmt zu, auch die Klimakatastrophe schwelt vor sich hin. Die kostspielige Reparatur der durch den Krieg entstandenen massiven Umweltschäden bedeutet einen Abzug von möglichen Investitionen in den bitter notwendigen Umwelt- und den Klimaschutz. Die ökologische Selbstvernichtung der Menschen wird denkbar (Brandt/Braun/Hoffmann/Müller 2023).

Statt zu Handelsverflechtungen kommt es zu einer atemberaubenden Militarisierung in Europa, in den USA und in Asien, zu einem Rüstungswahn. In Deutschland stiegen die jährlichen Rüstungsausgaben seit 2014 bis 2022 von 34,75 Mrd. auf 55,64 Mrd. Euro. Der neue Verteidigungsminister Pistorius hat schon mindestens 10 Mrd. Euro zusätzlich noch in diesem Jahr für sein Ressort angemeldet und begründet das u. a. mit gestiegenen Zinsen für die kreditfinanzierte Beschaffung von Rüstungsgütern. Laut Kanzler Scholz soll die Bundeswehr mit den angestoßenen gigantischen Rüstungsausgaben zur größten europäischen Armee im Rahmen der Nato aufgerüstet werden.

Alte Gewissheiten sind obsolet. Neue gibt es noch nicht. Klar ist nur, daß der Siegeszug der Globalisierung, die jahrzehntelang als Erfolgsmodell des Westens galt, beendet ist und die etablierten Weltmächte kein Mittel scheuend

um strategischen Einfluss konkurrieren. Russland soll als geopolitischer Akteur ausgeschaltet, nach Außenministerin Baerbock »ruiniert« und die VR China als systemischer Rivale behandelt werden. Internationale Verflechtung gilt plötzlich als Schwachpunkt; »Derisking« (Risikominimierung) und »Resilienz« (Widerstandsfähigkeit der Lieferketten gegenüber Belastungen) sind die neuen wirtschaftspolitischen Schlagwörter. Von Derisking ist es nicht weit zu »Decoupling« (Entkoppelung), sobald es um besonders sensible Bereiche geht. Die G7-Länder (Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Großbritannien und die USA) streben an, sich unabhängiger von China zu machen, suchen neue Rohstofflieferanten und erlegen einheimischen Unternehmen Exportverbote ins Reich der Mitte auf.

Es geht um einen grundsätzlichen Wandel weg von der freihandelsgeprägten Ordnung hin zu einem Wettbewerb der politischen Systeme. Daran ließ US-Präsident Biden im Dezember 2022 bei einer Pressekonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj keinen Zweifel, als er unverblümt eingestand, beim Kampf in der Ukraine gehe es um etwas Größeres als nur um das Land. Diesen Geist von der Schlüsselrolle der Ukraine als Pufferstaat hatte Zbigniew Brzezinski, ein gebürtiger Pole, als Politikwissenschaftler Jahrzehnte in den USA lebend und lehrend sowie außenpolitischer Berater amerikanischer Präsidenten, darunter von Jimmy Carter und Barack Obama, schon Jahre vorher aus der Flasche gelassen. In seinem 1997 erschienenen Buch *The Grand Chessboard* (deutsch: »Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft«) heißt es, »die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr« (zitiert nach Engdahl 2022: 8).

Es wurden also früh geistige Strippen gezogen, was bei der Analyse und objektiven Be-

wertung des Konflikts nicht übersehen werden darf.

An sich ist der Terminus »Zeitenwende« inhaltsleer, »Wende« wohin genau? Er suggeriert Alternativlosigkeit, Unbeeinflussbarkeit, ja Schicksalhaftigkeit des politischen Tuns der Regierenden, das keiner weiteren Erklärung bedarf, kein Hinterfragen duldet. Das bezieht sich auch auf die vorurteilsfreie Auseinandersetzung mit der Vorgeschichte des russischen Einmarsches in die Ukraine. Nicht, wie oft rasch gegargwöhnt, um diesen zu rechtfertigen, sondern um sich in Erinnerung zu rufen, dass Staaten eigene Interessen, besonders Sicherheitsinteressen haben und ohne deren Beachtung, gar bei deren bewusster Verletzung katastrophale Folgen ausgelöst werden. Dass dieser Krieg zu verurteilen ist, ist für mich unstrittig. Dennoch muss die Frage gestellt werden dürfen, ob er verhinderbar gewesen wäre, woran das scheiterte und wie es weitergehen soll, ohne gleich als Putin-Versteherin oder Moskowiterin gebrandmarkt zu werden.

3. Kurz zur Vorgeschichte des Russischen Einmarsches in die Ukraine

Dazu gibt es ein umfangreiches und kontroverses Meinungsangebot, das hier nicht aufgerufen werden kann. Ich lasse nur einige nachdenkliche Stimmen zu Wort kommen.

Günter Verheugen, langjähriger EU-Kommissar ist überzeugt, »dass im Jahr 2008 mit dem Angebot an die Ukraine, Nato-Mitglied zu werden, willentlich und wissentlich eine Linie überschritten wurde, und dass dies für Russland wegen seiner Sicherheitsinteressen nicht hinnehmbar war. Die EU hat den Beitritt der Ukraine vorangetrieben, ohne mit dem Nachbarn Russland zu reden« (Verheugen 2023: 28–29).

Der frühere US-amerikanische Außenminister Henry Kissinger ist einer der wenigen Kenner der Materie, der sich traut, auch öffentlich dem Westen eine Mitschuld für den Ukraine-Krieg zu geben. Das Angebot an die

Ukraine, Nato-Mitglied zu werden, hielt er damals und hält er heute noch für einen Kardinalfehler, wie er in einem Interview anlässlich seines 100. Geburtstages betonte. Für ihn ist Putins Verhalten unentschuldig, doch ein Fehler des Westens bleibe es (Jaksch 2023).

Der 95-jährige SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi gesteht: »Ich bin leider zutiefst überzeugt, dass der Krieg hätte vermieden werden können, wenn man Russlands begründete Besorgnis wegen eines immer weiteren Vordringens der Nato an die russischen Grenzen berücksichtigt hätte, wie auch viele bestinformierte USA-Politiker warnend forderten. Es war ein aus meiner Sicht unverzeihlicher Fehler Präsident Bidens, und damit des Westens insgesamt, im Dezember 2021 Russlands Forderungen, zu verhandeln, abzulehnen. Henry Kissinger ist nicht der einzige Staatsmann auf Seiten der USA, der deswegen eine Mitverantwortung des Westens an Putins Angriffskrieg erkennt« (Dohnanyi 2023: 11).

Die USA aber sehen die Chance, Russland so zu schwächen, dass es nie wieder einen ähnlichen Krieg beginnen könne und sie so ihrem geopolitischen Ziel entscheidend näherkommen. »Sie sehen sich als eine ausgewählte Nation mit dem Anspruch, die einzige Weltmacht zu sein und zu bleiben und beanspruchen das Recht, darüber zu entscheiden, ob ein Land wie Deutschland eine Energieversorgungsleitung wie Nord Stream 2 in Betrieb nehmen darf« (Lafontaine 2022). US-Außenminister Antony Blinken bezeichnete die Sprengung der Pipeline gar als »großartige Chance« für die amerikanische Wirtschaft: »Wir sind jetzt der führende Anbieter von Flüssiggas in Europa« (<https://youtube.com/watch?v=zCGhwm69GCA>).

Die deutsche Regierung nimmt das entmündigende Vasallentum gegenüber den USA weiter brav hin. Das zu beenden, gehörte meiner Meinung nach zu einer Zeitenwende, die den Namen verdient. Doch ist »in Deutschland... die Nibelungentreue gegenüber Washington deutlich ausgeprägter als insbeson-

dere in Frankreich. Dort legt man sehr viel mehr Wert auf nationale Autonomie« (Lüders a. a. O., S. 136). Aber Bundeskanzler Scholz hält daran fest und scheint völlig auszublenden, dass es schon lange zu den Zielen der US-Administration gehört, die deutsche Wirtschaft als Konkurrentin zu schwächen. Deren Abschneiden von einer günstigen Energieträgerversorgung erweist sich dafür als bestens geeigneter Weg.

Ein Dreivierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg ist unser Land immer noch nicht souverän. Amerikanische Atombomben sind nach wie vor auf deutschem Territorium stationiert. Dahingegen hat sich Russland nach 1990 komplett aus Deutschland zurückgezogen, ohne dass ein Schuss fiel. Das wird in fast allen politischen Lagern heute gern beschwiegen.

Ja, die Ukraine führt einen gerechten Verteidigungskrieg, aber ich stimme Christoph Hein zu, der seinerseits Marcus Tullius Cicero zitiert. Der römische Politiker, Anwalt, Schriftsteller und Philosoph, der berühmteste Redner Roms, schrieb hundert Jahre vor unserer Zeitrechnung: »der ungerechteste Friede ist immer noch besser als der gerechteste Krieg« (Hein 2023). Befürworter eines Kompromiss- also Verhandlungsfriedens werden vom bellizistischen Lager gern mit dem Vorwurf attackiert, sie seien für ein Zusammengehen mit der extremen Rechten. Ein hilfloses, ja dummes Argument, geht es doch darum, weiteres Blutvergießen und maßlose Zerstörungen endlich zu stoppen.

Vergessen werden darf nicht, dass aus einem ukrainischen Verteidigungskrieg ein Stellvertreterkrieg USA:Russland geworden ist und der in einem Abnutzungskrieg gipfelt mit unfassbaren Verlusten auf beiden Seiten der Front.

In einem Essay für den *New Statesman* hat der britische Journalist Jeremy Cliffe jüngst darauf hingewiesen, dass epochale Veränderungen in der Regel ein paar Jahre brauchen, bis sie sich voll entfalten und ihre Folgen sichtbar werden. Die Französische Revolution sei mehr gewesen als der Sturm auf die Bastille, der Beginn des Zweiten Weltkrieges mehr als die ersten deutschen Panzer in Polen, das Ende



Die Strecke (Ula Richter, 2005, 80 × 70 cm, Harzöl auf Leinwand)

des Kalten Krieges mehr als der Fall der Mauer. Cliffe hat Recht: Wendepunkte in der Geschichte finden nie isoliert statt. Rückblickend ist es leicht, zu erkennen, wie sehr die jeweils bestehende Ordnung bereits erodiert war, bevor jene Ereignisse eintraten, die die meisten Beobachter zum Zeitpunkt ihres Geschehens völlig überraschten und die Welt eine andere werden ließen. Auch die gravierenden Konsequenzen der hier in Rede stehenden Ereignisse waren zum Zeitpunkt ihres Geschehens noch weitgehend unklar.

Inzwischen ist mehr bekannt über den Weg, der zur militärischen »Sonderoperation« Russlands geführt hat als noch vor einem guten Jahr, und immer kommen neue Fakten und Zusammenhänge ans Licht. So erzählte US-Generalleutnant James Bierman, wie die USA

über Jahre hinweg bereits Nachschubwege und Munitionslager in der Ukraine, ja den gesamten Kriegsschauplatz vorbereitet hätten. In jüngster Vergangenheit wurde nun ergänzt, daß auch die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines bereits seit Herbst 2021 geplant wurde. Und EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen plauderte auf der Münchner Sicherheitskonferenz aus, dass die Sanktionen, die nach Beginn der militärischen Sonderoperation gegen Russland verhängt wurden, ebenfalls seit 2021 in Arbeit waren.²

Festzustellen bleibt auch, dass die russische »militärische Sonderoperation« gegen die Ukraine nicht der erste Krieg in Europa seit 1945 ist, wie oft so dahingesagt. Unter den Teppich gekehrt werden darf nicht der blutige Zerfall Jugoslawiens in den 1990er Jahren, der viele

2 Der 24. Februar 2022-Aufbruch zu einer Neuordnung der Welt, in: RotFuchs, April 2023, S. 18.

hunderttausende Menschen das Leben kostete und an dem die bundesrepublikanische Politik mit der eiligen, erwartbaren Folgen verdrängenden Anerkennung Sloweniens und Kroatiens nicht unbeteiligt war. Es ging dem damaligen deutschen Außenminister Genscher mehr um politischen Prestigegewinn als um die konkrete Lage vor Ort und deren Entwicklung im Ergebnis des raschen Anerkennungsschritts. Gelernt wurde daraus nichts. Jetzt haben wir es wieder mit unkalkulierbaren Folgen der bundesdeutschen Ukrainepolitik zu tun, mit weltwirtschaftlichen Erschütterungen und gravierenden ökonomischen und sozialen Konsequenzen für das eigene Land.

4. Tektonische Veränderungen in der Weltwirtschaft nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine

4.1 Sanktionen und Embargos als zentrale Bausteine der westlichen Reaktion und deren Wirkung.

Finanzen und Währungen sowie lebenswichtige Güter werden die neuen Waffen gegen den »Feind« (Orange 2022; Pfeifer 2022). Die EU und die USA haben einen Sanktionsmechanismus nach dem Motto »Wir finanzieren mit unserm Geld für Öl- und Gasimporte aus Russland nicht Putins Krieg« in Gang gesetzt. Diese Begründung gleicht einer kollektiven Bestrafung des russischen Volkes, denn die russischen Gas- und Öleinahmen fließen nicht nur in den Militärhaushalt, sondern dienen auch zivilen Zwecken. Zehn Sanktionspakete wurden bisher verabschiedet. Sie beinhalten massive Beschränkungen in den Bereichen Energie, Transport, Handel und Finanzen. Ein elftes Paket ist in Vorbereitung. Jüngst ist von der EU noch der russische Handel mit Rohdiamanten sanktioniert worden.

Die gedankliche Grundidee der heutigen Sanktionspolitik – den Rivalen mit Strafzöllen zu belegen und mit Handelsverboten zu kne-

beln – stammt vom 28. US-Präsidenten Woodrow Wilson, der bereits 1910 die ökonomische Kriegsführung als Nonplusultra empfahl: »Eine Nation, die umfassend boykottiert wird, hat keine andere Wahl, als aufzugeben. Dank dieser wirtschaftlichen, friedlichen, aber gleichwohl tödlichen Medizin ist der Einsatz von bewaffneten Streitkräften nicht mehr nötig« (Steingart 2023).

Der Glaube an die Allmacht von Wirtschaftssanktionen hält sich bis heute. Ihm hängen sowohl die konservativen als auch die demokratischen Präsidenten der USA an. Die Aussichten, mit Sanktionen einen sofortigen Rückzug der russischen Armee herbeizuführen, waren allerdings von Anfang an minimal, weil der Großteil der Welt sich nicht beteiligt und Russland trotz rückläufiger Exportmengen sein Öl und Gas zu höheren Preisen absetzen kann. Die Sanktionen zielen aber darauf ab, die Fähigkeiten der russischen Führung zur technischen Kriegsführung und zur Finanzierung der Invasion massiv zu schwächen. Empfindlich getroffen ist die russische Wirtschaft durch Exportverbote des Westens für Hochtechnologie (Computerchips, Halbleiter und Software) also Dual-Use-Güter, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke genutzt werden können.

Einschneidende Folgen haben ebenso die zunehmenden Finanzsanktionen, die zu den neuen »Waffen« gehören. Die meisten russischen Banken sind aus dem weltweiten US-dominierten Finanzkommunikationssystem Swift ausgeschlossen, darunter das mit Abstand größte Geldinstitut, die Sberbank. Hinter den Kulissen aus militärischen Operationen und gegenseitigen Sanktionen tobt ein kalter Krieg um den Zahlungsverkehr. Devisenreserven der russischen Zentralbank in Höhe von 215 Milliarden US-\$ und 24 Milliarden \$ an Privatvermögen, abgelegt bei Zentralbanken anderer Länder, wurden eingefroren, so dass das Land keinen Zugriff darauf hat. Bestrebungen besonders aus EU-Kreisen, diese Gelder für die aktuelle Ukraine-Hilfe und den Wieder-

aufbau des Landes zu verwenden, sie also zu enteignen, stoßen medial in der EU auf ein geteiltes Echo und auf juristische Grenzen. Während Spanien enteignen will und EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen sich für das auch dafür einsetzt, muß letztere sich von der EZB-Chefin Madame Lagarde zurückweisen lassen, weil Enteignung nicht eine Frage der Politik, sondern der Gerichte sei. Die US-Finanzministerin stellte kürzlich fest, daß es für die USA derzeit nicht legal sei, die russischen Zentralbankreserven entschädigungslos einzuziehen. Außerdem unterminiere jede Enteignung von Dollarreserven ausländischer Adressen die Verlässlichkeit und damit die Stellung des US-\$ als globale Leitwährung. Die USA tun alles, um Länder, die wie China, Indien, Südafrika, Brasilien und andere bisher die Sanktionen gegen Russland nicht mittragen, umzustimmen. Letztgenannte wollen im Öl-Handel den US-\$ umgehen und in Rubel, Yuan oder Rupien bezahlen. Indien und die Vereinigten Arabischen Emirate starteten den Ölhandel in ihren Landeswährungen Rupie und Dirham und kehren sich ab vom westlich dominierten SWIFT-System.

Die USA fürchten die Bildung alternativer Tauschsysteme und damit eine Entdollarisierung der Welt und den Eintritt in ein neues Zeitalter ohne Dominanz des Greenback. Die Instrumentalisierung des Dollars ermöglicht es der Regierung in Washington, gezielt Sanktionen gegen ausländische Banken und Unternehmen zu erlassen – etwa, indem diese vom internationalen Finanzkommunikationsnetzwerk SWIFT ausgeschlossen werden oder indem amerikanischen Großbanken untersagt wird, in Dollar lautende Transaktionen für ausländische Kunden abzuwickeln.

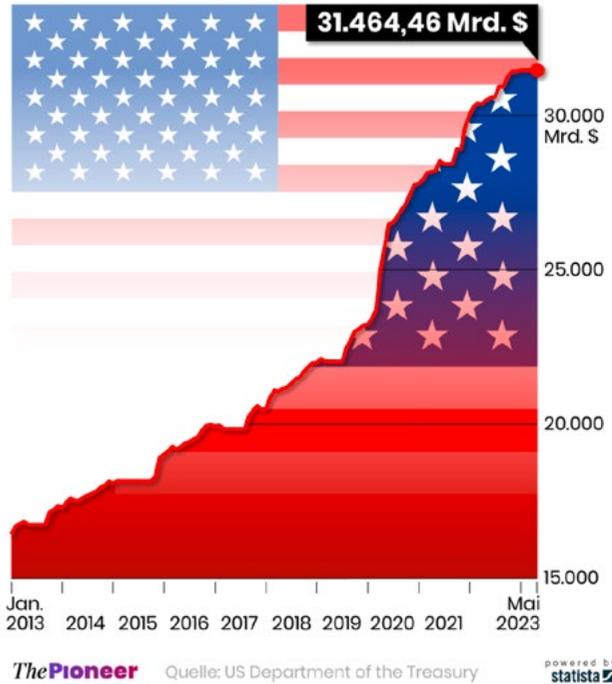


Abb. 1: Wachsender Schuldenberg -Staatsverschuldung der USA seit Januar 2013 in Mrd. \$

Wenn der US-Dollar seine Akzeptanz und Rolle verliert, verlieren die USA eine wichtige Säule ihrer Macht, können sich nicht mehr in dem Maße verschulden wie bisher, indem die Federal Reserve nach Belieben Papiergeld aus dem Nichts schafft, also die Druckerpresse anwirft (Abb. 1: Verschuldung der USA).

Auch können sie genötigt sein, ihre weltweiten militärischen Aktionen zu begrenzen, einige Male sind Demokraten und Republikaner im Poker um die Schuldenobergrenze bereits aneinandergeraten. Und kürzlich hat die Ratingagentur Fitch den USA die Top-Bonität entzogen, also deren Kreditwürdigkeit herabgesetzt.

Das bisher nahezu eindimensionale Weltwährungssystem mit dem US-Dollar als Leitwährung wird nicht kurzfristig durch ein multipolares ersetzt werden, aber schrittweise Mehrdimensionalität annehmen. China und

Brasilien verzichten bereits im bilateralen Handel auf den Greenback. Dessen Anteil an den internationalen Währungsreserven sinkt mit aktuell gut 58 Prozent unablässig auf den niedrigsten Stand seit 1994. Ende der 1970er Jahre lag er noch bei 85%.

Der Euro ist zur zweitwichtigsten Reservewährung mit einem Anteil von 20,5% aufgestiegen (Tabelle 1). Der Rubel, obwohl schwächelnd, wird als Zahlungsmittel mittelbar gestärkt und erhält in Teilen der Welt Anerkennung.

China hat ein Interbankenzahlungssystem (CIPS) auf der Grundlage des Renbinbis eingerichtet. Das CIPS-Netz wächst, und obwohl

Anteil wichtiger Währungen an den weltweiten Währungsreserven Ende 2022 (in %)	
US-Dollar	58,4
Euro	20,5
Japan. Yen	5,5
Brit. Pfund	4,9
Chines. Yuan	2,7
Schweizer Franken	0,2

Tabelle 1: nach Gregor Uhlig: Der Niedergang der Weltleitwährung schreitet voran. (Quelle: Coffer Dateien des IWF)

die chinesischen Banken noch den Großteil der Teilnehmer ausmachen, könnten sich in Zukunft weitere Länder anschließen.

US-Banken wie Goldman Sachs oder Citigroup gehen davon aus, dass der Yuan spätestens 2030 die dritt wichtigste Währung im internationalen Handel und für Geldanlagen sein wird – nach dem US-Dollar und dem Euro.³

4.2 »Wertegeleitete« Allianzen

Zu den tektonischen Veränderungen in der Weltwirtschaft gehören auch die von Ländern wie Deutschland vorangetriebenen »wertegeleiteten« oder »wertebasierten« Allianzen als ginge es nicht wie eh und je um handfeste ökonomische und militärische Interessen.

Das Zeitalter der Hyperglobalisierung ist mit dem Krieg gegen die Ukraine endgültig zu Ende gegangen. Im globalen Rennen um Rohstoffe, Zulieferer und Absatzmärkte versucht der Westen nun »wertegeleitete Allianzen« zu schmieden, auch die Handelspolitik soll »wertegeleitet« werden. Es soll ein Handel sein, dessen Ausrichtung nicht mehr allein ökonomischen Kalkülen folgt, sondern einer, der auch Kriterien wie Versorgungssicherheit und Abwehr von politischer Erpressbarkeit genügt.

Noch haben die Protagonisten einer »wertebasierten« Außen- und Handelspolitik aber nicht erklärt, wie sie bei diesem Anspruch den Schulterchluss zum Beispiel mit autoritären Regierungen im arabischen Raum interpretieren, bewerten und rechtfertigen, um fossile Energieträger für Deutschland zu beschaffen. Sind Gaslieferungen aus einem Staat wie Katar, gar ein Kotau des deutschen Wirtschaftsministers vor dem dortigen Emir »wertebasiert« weniger problematisch als aus Russland?

In jedem Falle lässt sich der Terminus »wertebasiert« mit westlichem Blick auf Menschenrechtsprobleme aber leicht als Vehikel nutzen für die Durchsetzung verschärfter Abgrenzungsstrategien gegenüber der Volksrepublik China. Doch ist es bei allen noch bestehenden Problemen nicht ein überzeugender positiver menschenrechtlicher Vorgang, dass in China in den vergangenen zwei Jahrzehnten auch mit Hilfe internationaler Verflechtungen 800 Millionen Menschen aus der Armut geholt werden konnten? Es ist offensichtlich, dass der Westen China inzwischen weniger als Partner, sondern als strategischen Rivalen sieht. Die Folgen solchen Kurses sind noch nicht absehbar. Schleierhaft bleibt auch, wie die massive Umstellung auf die Versorgung mit amerikanischem gefracktem, umweltschädlichem, auch giftigem Gas und die damit entstehenden Abhängigkeiten sich mit Wertebasiertheit verstehen.

3 Michael Lüders, Moral über alles?, S. 37.



Flucht (Ula Richter, ohne Bildinformationen)

5. Folgen der »Zeitenwende« für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft

5.1 Die deutsche Wirtschafts- und Energiepolitik muss sich völlig neu ausrichten

Über Jahrzehnte haben Wirtschaft und Verbraucher von niedrigen Preisen des aus Russland importierten Erdgases profitiert. Es deckte 55 Prozent des Verbrauchs in Deutschland, ist bis Mitte 2023 auf 12 Prozent gesenkt worden und soll mittelfristig ganz von erneuerbaren Energien abgelöst werden. Der Verzicht auf den Pipelinetransport russischen Gases und der überstürzte Bezug aus anderen Quellen, darunter des noch vor wenigen Jahren verfehmten Flüssiggases vor allem aus den USA, führte zum raschen, kostspieligen und umweltbelastenden

Aufbau einer entsprechenden Anlandungs-Infrastruktur und zu neuen Abhängigkeiten namentlich von den USA. Die Sorge wächst, dass die Exportnation Deutschland mit ihrem markant energieintensiven Produktionsprofil infolge der ideologiegetriebenen Politik der Ampelregierung zu einem Auslaufmodell mit schwerwiegenden Konsequenzen für Beschäftigung und Lebensstandard werden könnte. »Das eigene Land in nicht geringen Teilen auf dem Altar des Moralismus zu opfern, weit über die gebotene Solidarität mit der Ukraine hinaus, ist keine Politik, sondern ein Offenbarungseid« (Lüders a. a. O., S. 13). Diesem Urteil schließe ich mich an.

70 Prozent der Führungsspitzen der deutschen Industrie fürchten aktuell eine Deindustrialisierung des Landes. Der IWF prognostiziert Deutschland als einzigem Mitglied der G-Sieben einen konjunkturellen Abstieg bis zur

Jahreswende. Die Industrie ist aber das Fundament, auf dem sich der Wohlstand der Bundesrepublik gründet. Das verarbeitende Gewerbe macht fast ein Fünftel der Wertschöpfung in der deutschen Volkswirtschaft aus, so viel wie in kaum einem anderen Land Europas. Doch der industrielle Kern schmilzt. Ein toxischer Mix aus Fachkräftemangel, Energiepreisschock und Bürokratielasten macht Industrieunternehmen zu schaffen wie nie zuvor. Jeder sechste Industriebetrieb will seine Produktion ins Ausland verlagern, hat der Bundesverband der Deutschen Industrie unlängst gemeldet.

Besonders betroffen ist die chemische Industrie. Die BASF hat bereits mit massivem Stellenabbau und Entwicklungsverlagerung ins Ausland begonnen, und das ist erst der Anfang. Preiswerte Energie ist nun mal eine Existenzbedingung der bisherigen deutschen im Vergleich mit anderen Ländern hohen industriellen Wertschöpfung. Wenn letztere im Interesse der Wohlstandssicherung ohne Rückgriff auf konventionelle Rohstoffe, vor allem auf Gas und Öl, erhalten bleiben soll, dann muss es bei der Zeitenwende prioritär um den Wettlauf um Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts gehen. Das ist aber auch ein Wettlauf zum Beispiel um Seltene Erden, die für die Chipproduktion unverzichtbar sind und vor allem in China, Taiwan und an einigen anderen als politisch sensibel angesehenen Gegenden der Welt vorkommen. Hierzulande werden sie kaum gefördert, also bleibt die Importabhängigkeit hoch. Lithium und Seltene Erden werden in naher Zukunft die Wichtigkeit erlangen, die bisher Öl und Gas hatten. Für Entscheidungen bei der Partnersuche in der internationalen Arbeitsteilung und im Außenhandel werden Lohnkosten- und Steuervorteile als bisherige Hauptkriterien vermutlich an Gewicht einbüßen gegenüber dem sicheren Zugang zu kritischen Rohstoffen anderer Länder und der Minimierung damit verbundener Abhängigkeiten.

Eine fatale Folge der gigantischen Rüstungsausgaben und der kostspieligen Umsteuerung der Energieversorgung der Wirtschaft ist, dass

Deutschland bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung im internationalen Vergleich stark zurückfällt und industrielle Führungspositionen verliert. Der Innovationsstandort Deutschland ist im Sinkflug. Keine gute Aussicht im Wettbewerb. Deutschland kann, wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung einräumt, in einigen Technologiefeldern nicht ohne Weiteres mit sehr innovationsstarken Ländern und Hochleistungsstandorten mithalten und liegt im zukunftsweisenden Bereich der Spitzentechnologien und der Digitalisierung zurück. Einen Ausdruck findet das darin, dass 2022 132 Mrd. US-\$ mehr Direktinvestitionen aus Deutschland abflossen, als aus dem Ausland in Deutschland investiert wurden.

5.2 Die Militarisierung in Wirtschaft und Gesellschaft schreitet voran

»Der beste Kaufmann ist der Krieg, er macht aus Eisen Gold«, formulierte warnend schon Friedrich von Schiller 1805 in »Demetrius.« Das schlagende Beispiel dafür ist der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall, dessen Aktie zulegt und der es nach jahrelangen vergeblichen Anläufen im März 2023 geschafft hat, in die erste Riege des Dax aufzusteigen und – man höre und staune – ein Medizinunternehmen, das lebenswichtige Dialyseprodukte herstellt, vom Platz zu verdrängen. Inzwischen hat Rheinmetall in der Ukraine mit einem dortigen Staatskonzern eine Panzerfabrik als Gemeinschaftsunternehmen mit einer Jahreskapazität von 400 Kampfpanzern der neuesten Generation gegründet, eine riesige Investition, die technisch wie finanziell ohne Garantien der deutschen Regierung undenkbar ist (s. auch Tabelle 3).

5.3 Die Inflation frisst Einkommen und Vermögen besonders von Menschen mit kleinen Renten und geringen Löhnen

Inflation, also fortschreitende Geldentwertung, war Jahrzehnte in Deutschland keine Alltags-sorge der Menschen. Das hat sich mit der Pandemie und besonders seit dem Sanktionsregime

Finanzielle Unterstützer der Ukraine (Mrd. Euro) vom 24.2.2022 bis 24.2.2023 (nach Berechnungen des IWF)	
USA	71,3
EU	30,0
Großbritannien	9,8
Deutschland	7,4

Tabelle 2: Finanzielle Unterstützer der Ukraine (Mrd. Euro) vom 24.2.2022 (Zahlen des Statistischen Bundesamtes)

gegen den Gas- und Öllieferanten Russland massiv geändert. Preise reagieren nicht nur auf Kosten, sondern auch auf Knappheiten. Ja, die Inflation ist in erster Linie importinduziert durch die hohen Preise für Öl und Gas, die in die Kostenstruktur aller produzierten Güter eingehen. Aber monopolartige Anbieter nutzen auch die Gunst der Stunde und schlagen noch etwas drauf. Besonders bei Lebensmitteln trägt der Profithunger der Hersteller zu stark steigenden Preisen bei. Sie sind zum Inflationstreiber geworden. Die Geldentwertung lag Mitte 2023 noch immer bei etwas über 6 Prozent. Abb. 2 zeigt, wie stark die Kaufkraft des Geldes in Zeitintervallen schon bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von 3,1 Prozent sinkt. Sie lag aber über einen längeren Zeitraum doppelt so hoch.

Erwartet wird von Finanzexperten, dass Preissteigerungen dauerhaft bei etwa 3 Prozent liegen werden. Laut Theorie müssen zur Inflationsbekämpfung die Zinsen steigen. Wenn das aber eintritt, wird die Wirtschaft mit Verteuerung von Investitionen belastet und private Anschaffungen werden aus gleichem Grund begrenzt. Also ein Tanz auf dem Seil.

5.4 Die finanzielle Belastung Deutschlands durch den Ukraine-Krieg bleibt hoch

Die finanzielle Unterstützung der Ukraine gehört zu den in der EU verabredeten Hilfsmaßnahmen.

Die Schuldenquote des ukrainischen Staates in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt (also

Öffentliche Gesamtverschuldung (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen (in Bill. Euro))	
2020	2,34
2021	2,32
2022	2,57
2023	Erwartung: mindestens in der Höhe von 2022

Tabelle 3 (Quelle: Statistisches Jahrbuch und eigene Berechnungen)

unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Einbrüche, die der russische Angriffskrieg zur Folge hatte) stieg 2022 auf etwa 82 Prozent. 2023 liegt sie bei etwa 100 Prozent der Wirtschaftsleistung. Unter diesen Voraussetzungen und angesichts der bisherigen Regeln, nach denen der IWF Kredite vergibt, war es schwierig, der Ukraine überhaupt eine Kreditwürdigkeit zuzubilligen. Der IWF hat dafür extra seine Regeln verändert. Nach den neuen Vorschriften darf der Währungsfonds die Ukraine weiter unterstützen, sofern andere dies ebenfalls tun. Das sind vor allem die USA und die EU. In Washington und Brüssel gilt die Regierung der Ukraine »als gutwilliger Schuldner«.

Nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes waren im Zeitraum vom 24. Februar 2022 bis zum 24. Februar 2023 die USA der größte Unterstützer der Ukraine mit insgesamt 71,3 Milliarden Euro, Deutschland war mit 7,4 Milliarden direkter Hilfe und der im Rahmen der EU geleisteten Unterstützung zweitgrößter Geber (Tabelle 2).

5.5 Die Staatsverschuldung steigt, wird wegen gestiegener Zinsen immer teurer und in Geheimhaushalten versteckt

Ab 2024 will Finanzminister Lindner mit Verve die Schuldenbremse wieder einhalten. Dafür schärft er schon die Klängen und will u. a. die von der Ampelkoalition versprochene Kindergrundsicherung torpedieren. Statt der von der zuständigen Ministerin geforderten 7 Mrd.



Abb. 2

Euro erwägt er bislang ganze 3,5 Mrd. freizugeben (Tabelle 3).

Der prominente britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze bezeichnete den deutschen Finanzminister jüngst als »gefährlichsten Mann Europas«. Sein »zwanghafter Versuch, die Schuldenbremse einzuhalten, sei schlecht für Deutschland. Sie sei eine Bedrohung des Wohlstands, der Funktionsfähigkeit des Staates -Stichwort Digitalisierung -, des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der internationalen Gerechtigkeit. Die Neoliberalen argumentieren immer wieder völlig falsch: Sie behaupten, wir dürfen unseren Kindern keine Schulden aufbürden, dafür sollen die Kinder dann auf Investitionen in Bildung und Infrastruktur verzichten. Das ist absurd.« (Simon Zeise, Interview mit Adam Tooze: Den Abstand zu China wird Europa nicht verringern können. In: Berliner Zeitung vom 5./6.8., S. 23/24). Ob dieser nachdrückliche Rat in einem FDP-Kopf Platz findet, ist mehr als fraglich. Dreht sich

doch darin alles darum, solche Forderungen abzuwehren wie die nach Wiedererhebung der seit 1997 ausgesetzten Vermögensteuer oder nach Erhebung einer laut Grundgesetz Artikel 106 zulässigen einmaligen Vermögensabgabe entsprechend dem Muster des Lastenausgleichsgesetzes von 1952 zur sozial gerechten Bewältigung der Folgen des Zweiten Weltkrieges heute als Quellen für die Finanzierung der Folgen der Coronakrise und der durch den Ukrainekrieg entstehenden finanziellen Lasten für das Gemeinwesen zu nutzen.

5.6 Fazit

Die deutsche Ampel-Regierung betreibt aus einer affektgesteuerten, emotional aufgeladenen Reaktion heraus eine Art Selbsterstörung der deutschen Wirtschaft. Eine vorausschauende, eine durchdachte, Nutzen und Schaden abwägende Reaktion ist das nicht. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, sieht »die moralische Empö-

runngsspirale als Sackgasse« (Urban 2022: 79). Dem Urteil kann ich etwas abgewinnen. Es ist hohe Zeit, die Ergebnisse der bisherigen Sanktions- und Embargopolitik unvoreingenommen, sachlich zu evaluieren. An den Sanktionen festzuhalten, obwohl sie nicht die erwartete Wirkung haben, vor allem die Schlächterei in der Ukraine nicht verkürzen, grenzt an Realitätsverweigerung.

6. Herausforderungen für die ökonomische Wissenschaft

Schon die Coronakrise und nun verstärkt der Ukraine-Krieg haben die Schwachstellen des kapitalistischen Systems und der vorherrschenden ökonomischen Theorien unübersehbar offengelegt. Heute dominieren mit wenigen Ausnahmen unter den hunderten von VWL-Lehrstühlen in Deutschland solche

- mit der Vorherrschaft neoklassischer Theorien und unzureichender Präsenz heterodoxer, darunter auch marxistischer Ansätze,
- mit mehr Mikro- als Makroökonomie, also einer Lehre, die von mathematischen Modellen und betriebswirtschaftlichen Techniken geprägt ist und die makroökonomische Sicht, die soziale, ökologische, humanitäre, ethische und auch sicherheitspolitische Belange einschließen muss, verdrängt (Bontrup 2021),
- mit bescheidener Forschung zu Krisenphänomenen und Krisenwirkungen.

Es gibt keine Belege dafür, dass zum Beispiel ein totaler Lieferstopp für Gas und Öl zum Rückzug des russischen Militärs aus der Ukraine führen würde. Unter solchen Unsicherheitsbedingungen – niemand kann vorhersagen, wie lange die Sanktionen in Kraft bleiben, welche Auswirkungen es für die ökologische Transformation geben wird usw. – sind Prognosen schwierig. Das zeigen die stark differierenden Vorhersagen von Wirtschaftsinstituten zum Beispiel zu Wachstums- und Inflationsaussichten in der Bundesrepublik. Politikberaten-

de Wirtschaftswissenschaft kann sich für den Blick in die Zukunft nicht wie unter ehemals »normalen« Bedingungen an empirischen Daten aus der Vergangenheit orientieren. Für die gegenwärtigen Sanktionsschocks, für ein Sofortembargo für russisches Öl und Gas gibt es kein historisches Vorbild, insofern keine bezugsfähigen Anhaltspunkte (Hickel 2022),

- mit Theorien, in denen Denkschemata vorherrschen, die unter den neuen, den Pandemie- wie Kriegsbedingungen obsolet geworden sind. Sie gehen davon aus, daß sich über flexible Preise das ökonomische Gleichgewicht optimal herstellt. Es fehlen Erkenntnisse zu einer Ökonomie, die vom Primat der Politik unter pandemischen und militärischen Bedingungen bestimmt wird. Es herrscht der Glaube an sich selbst stabilisierende Marktkräfte, die auch mit exogenen Schocks, wie sie ein Krieg auslöst, reibungslos fertigwerden,
- mit einer Lehre, die von ihren neoklassischen Protagonisten vor allem als unpolitische Wissenschaft verstanden wird. Eine Lehre aus den jüngsten Ereignissen in Krise und Krieg sollte daher auch die solide Auseinandersetzung mit der Marxschen Politischen Ökonomie sein, die die Kritik der unpolitischen Ökonomie einschließt. Das Scheitern des Sozialismus, die bürokratisierte, Initiative und Kreativität einschnürende »Planwirtschaft«, seine ökologischen Schäden, der repressive Staatapparat usw. machen den Appell, sich auch auf Marx zurückzubedenken, nicht leicht, obwohl er gar nicht für all diese Schwächen in Anspruch genommen werden kann. Dennoch: Es ist Zeit, öfter mal wieder bei ihm nachzuschlagen. Nicht, um jeden seiner Sätze in Stein zu meißeln und seine Theorie zum orthodoxen Ismus zu stilisieren, aber seine klare, seine materialistische Sicht auf die Logik des Kapitals zu beherzigen.

Die Kriegs- und Krisensituation gibt der Kapitalismuskritik Impulse. Was wir in der Pande-

mie- und der Kriegszeit erlebten und erleben, belegt, wie hoch aktuell viele der Marxschen Erkenntnisse heute sind. Ich erinnere nur an zwei seiner Thesen:

1. »Der Kapitalismus untergräbt die Springquellen des Reichtums: die Erde und den Arbeiter.« Diese Feststellung wird von Tag zu Tag aktueller. Der blutige Ukraine-Krieg ist das jüngste Paradebeispiel. Wenn Marx wohl die Lernfähigkeit des Kapitalismus unterschätzte, so erkannte er doch, dass dieser vom Ressourcenverzehr lebt, vor allem von immer mehr Energieverbrauch. Der »Treibstoff« des Wachstums sind im Kapitalismus die fossilen Energieträger, also Kohle, Öl, Gas. Was passieren wird, wenn dieser »Treibstoff« zur Neige geht oder der Zugang sanktioniert wird, erleben wir jetzt. Aber auch der jahrzehntelange profitorientierte Raubbau an der Natur und der rücksichtslose Umgang mit zig Millionen von Kindern weltweit ohne Zugang zu Bildung mit vorprogrammierter Chancenlosigkeit im Leben, stehen dafür.
2. »Der letzte Grund aller wirklichen Krisen ist immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.« (Marx 1968: 501).

Solange es eine Überakkumulation gibt, wird es Krisen geben. Und die Überakkumulation, d. h. die Konsumtionsbeschränkung der Massen zugunsten von Maximalprofiten. Weniger hat Höchststände erreicht. Aktuell wird das Finanzkapital weltweit auf etwa 160.000 Milliarden US-Dollar geschätzt. Das sucht nach lukrativer Anlage und findet sie politisch geschützt in Aufrüstung und Kriegsführung.

In der Wirtschaftswissenschaft gibt es seit Langem einen erbitterten Streit über die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik und seine Lösungskompetenz in einer komplexen

Welt. In jüngster Zeit hat die alte Kontroverse um das Verhältnis von Markt und Staat neue Nahrung bekommen. Pandemie und Krieg haben deutlicher denn je gemacht, dass es Güter und Dienstleistungen gibt, die außerhalb der Marktgesetze bleiben müssen. Vor allem die sogenannte Sorgearbeit (Krankenhäuser, Pflegeheime, Gesundheitswirtschaft), der vorsorgende Staat, gehört gestärkt. Der Markt allein regelt gar nichts. Er ist nicht von sich aus sozial, sondern muss dazu gebracht werden. Personal- und Rohstoffknappheit lassen sich nicht über die herkömmlichen Marktmechanismen beheben. Der Staat muss die Rolle des Marktwächters übernehmen. Vorausschauende Planung ist unumgänglich. Sie muss vom immer noch wabernden Beigeschmack befreit werden, nichts als ein Instrument von Politbürokraten des gescheiterten Sozialismus zu sein.

Klargeworden ist: Wege aus der Krise führen nur über einen leistungsfähigen Staat. Dafür stehen in jüngster Zeit die umfangreichen Ausgabenprogramme der Bundesregierung zur Stützung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Aufhorchen lässt, dass selbst in den USA der starke Staat zurück ist. 40 Jahre nach der urwüchsigen Trickle-Down-Economy von Ronald Reagan (»Wenn es den Reichen gut geht, sickert auch etwas für die Armen durch«) und der ultra-liberalen Margaret Thatcher (»So etwas wie Gesellschaft gibt es nicht«), 30 Jahre nach dem nordatlantischen Freihandelsabkommen von Bill Clinton haben die Ideen von Liberalisierung und Globalisierung im Westen ihre Prägekraft verloren. Die heutigen amerikanischen Regierungschefs sind erkennbar solche, mit interventionistischen Ambitionen, die man natürlich kritisch betrachten kann und muß. Aber sie zeigen: Der Staat ist zurück und das alte Adam Smith Diktum, wonach Angebot und Nachfrage über eine »unsichtbare Hand« zueinanderfinden, gilt mittlerweile als Glaubensbekenntnis aus einer vergangenen Zeit.



Leben einzeln und frei ... (Ula Richter, 2020, 80 × 70 cm, Öl auf Leinwand)

Als Herausforderung für die ökonomische Wissenschaft angesichts der entstandenen Lage sehe ich folgende Schwerpunkte

- Objektive Evaluierung der gesamtwirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der Sanktionspolitik im eigenen Land. Ökonomen dürfen es nicht bei dem Leitspruch von Politikern belassen: »Wir finanzieren mit unseren Öl- und Gasimporten nicht Putins Kriegsführung«. Aus dem Auge verloren werden darf nicht, daß Sanktionen zunehmend auch Menschen hierzulande schaden – vor allem denen mit geringem Einkommen
- Studien zum Zusammenhang von »Krieg, Klima und Umwelt«, der Krieg als Klimakiller, Investitionen in den Katastrophenschutz im Zeitalter des Klimawandels
- Versorgung der Wirtschaft mit seltenen Erden und Schutz der grenzüberschreitenden Infrastruktur
- Stärkere Befassung mit Umweltlasten. Wir haben nicht nur massive Finanzschulden, sondern auch dramatische »Umweltschulden.« Der große Unterschied, so der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stiglitz kürzlich: Umweltschulden sind eine Belastung, »der man sich nicht mit dem Federstrich eines Konkursrichters entledigen kann,« die man verlängern oder unbeglichen lassen kann. Die müssen Jahrzehnte lang abbezahlt werden – und zwar von Generation Y und Z aufwärts
- Intensivierung der finanzwissenschaftlichen Forschung. Die Finanzwirtschaft gewinnt geostrategisch weiter an Bedeutung

- Statt einzig von einem universellen globalen Wirtschafts- und Entwicklungssystem auszugehen, müssen lokale und regionale Wirtschaftsformen und ihr sozialer und ökologischer Kontext anerkannt und genutzt werden. Sie dienen der Bedürfnisbefriedigung, nicht der Profiterzielung
- Aufbau einer digitalen Infrastruktur, die nicht in der Hand amerikanischer oder chinesischer Konzerne liegt
- Konzepte für die Rückgewinnung öffentlichen Eigentums für die Produktion lebenswichtiger Güter vom Impfstoff und lebenswichtigen Medikamenten bis zur Mobilität. In Gemeineigentum gehört die nicht vermehrbare Georessource Grund und Boden.

Die Eigentumsfrage ist das Kernproblem der kapitalistischen Gesellschaft, und wer die Systemfrage stellt, kommt an ihr nicht vorbei.

Viel Arbeit steht nicht nur den Ökonomen, sondern allen Gesellschaftswissenschaftlern bevor. Kooperation ist mehr denn je gefragt.

Bibliographie

- Bontrup, Heinz-J. (2021): »Endlich ein Lehrbuch für die plurale Ökonomik«. OXI – Wirtschaft anders denken 7/2021.
- Brandt, Peter/Braun, Reiner/Hoffmann, Reiner/Müller, Michael (2023): »Warum wir einen Plan für den Frieden brauchen«. *Berliner Zeitung* vom 25./26. März 2023.
- Dohnanyi, Klaus von (2023): »Interview mit Dr. Klaus von Dohnanyi«. *Nachrichten der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.*, Juli 2023.
- Engdahl, F.William (2022): *Krieg in der Ukraine. Die Chronik einer geplanten Katastrophe*. 4. Auflage. Rottenburg: Kopp Verlag.
- Hein, Christoph (2023): »Was kommt, was bleibt«. *Berliner Zeitung* vom 8.–10. April 2023.
- Hickel, Rudolf (2022): »Ökonomen-Rat in der Zeitenwende überfordert«. 17.4.2022. <https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656730>
- Jaksch, Ralf (2023): »Von der Weisheit der Realpolitik-Henry Kissinger zum 100«. *Deutsche Wirtschaftsnachrichten* vom 26.5.2023. <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/703448/Von-der-Weisheit-der-Realpolitik-Henry-Kissinger-zum-100>
- Lafontaine, Oscar (2022): »Deutschland ist kein souveränes Land«. *Berliner Zeitung* Nr. 202 vom 31. August 2022.
- Lüders, Michael: *Moral über alles? Goldmann 2023*
- Marx, Karl (1968): *Kapital* Bd. 3, MEW. Berlin: Dietz Verlag.
- Orange, Martine (2022): »Bewegungen in der internationalen Finanzorganisation«. *Sozialismus* vom 27. April 2022.
- Pavlenko, Vladimir (2023): »Rassienie BRICS als Indikator tektoničeskich global'nych peremen«. <https://iarex.ru/articles/97270.html>.
- Pfeifer, Hermannus (2022): »Russlands Zahlungstrick«. *Neues Deutschland* vom 17.6.2022.
- Puglierin, Jana (2022): »Wohin führt der »Epochenbruch«? Konturen einer neuen Ordnung für Europas Sicherheit«. *APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte* 40/41. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/internationale-sicherheit-2022/513508/wohin-fuehrt-der-epochenbruch/>
- Schäfers, Manfred (2022): »Lindner fordert Zeitenwende auch in der Wirtschaftspolitik«. *FAZ* vom 27.12.2022 <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/lindner-fordert-zeitenwende-auch-in-der-wirtschaftspolitik-18561525.html>
- Steingart, Gabor (2023) »Warum die US-Sanktionen nicht Putin oder Xi treffen – sondern uns«. *Focus Online* vom 8.2.2023. <https://www.focus.de/archiv/finanzen/08-02-2023/>
- Urban, Hans-Jürgen (2022): »Zeitenwende wohin? Die moralische Empörungsspirale als Sackgasse« *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2022. <https://hans-juergen-urban.de/die-zeitenwende-wohin-die-moralische-empoeerungsspirale-als-sackgasse/>
- Verheugen, Günter (2023): »Wir müssen endlich lernen, wie wir friedlich auf diesem Planeten zusammenleben«. *Berliner Zeitung* vom 11./12. Februar 2023.
- Wengeler Martin (2023): »Reden über den Krieg. Einige Anmerkungen zu Kontinuitäten im Sprechen über Krisen, Kriege und Aufrüstung«. *ApuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte. Krieg in der Ukraine*. 11/2023. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/krieg-in-der-ukraine-2023/518836/reden-ueber-den-krieg/>
- Zeise, Simon: Interview mit Adam Tooze: Den Abstand zu China wird Europa nicht verringern können. In: *Berliner Zeitung* vom 5./6.8., S. 23/24

Curriculum Vitae, Christa Luft

Professorin Dr. rer. oec. habil. Christa Luft geb. 1938 in Krakow am See. Nach dreijährigem Besuch der Oberschule im mecklenburgischen Grevesmühlen 1956 Abitur an der ABF II mit verstärktem Russisch-Unterricht in Halle/Saale. Danach bis 1960 Studium der Außenhandelsökonomie an der Hochschule für Außenhandel in Berlin-Staaken und an der Hochschule für Ökonomie (HfÖ) in Berlin-Karlshorst. Abschluss als Diplomökonomin und dort Aufnahme einer wissenschaftlichen Tätigkeit. Promotion 1964 und Habilitation 1968. Seit 1969 Dozentin für sozialistische Außenwirtschaft und 1971 Berufung zur Ordentlichen Professorin. Mitherausgeberin des in mehreren Auflagen erschienenen Außenwirtschaftslehrbuches sowie Autorin zahlreicher Buch- und Zeitschriftenpublikationen im In- und Ausland. 1978 bis 1981 Stellvertretende Direktorin des Internationalen Ökonomischen Forschungsinstituts beim Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) in Moskau. Ausbau von Kooperationsbeziehungen zu Wissenschaftlern in Ost- und Westeuropa, darunter zur Pariser Sorbonne und zur Wirtschaftsuniversität Wien.

1988 Berufung zur Rektorin der HfÖ Berlin und Initiierung eines Projekts zur Reformierung der DDR-Wirtschaft. Vom 17. November 1989 bis 18. März 1990 Stellvertretende Ministerpräsidentin für den Bereich Wirtschaft in der Modrow-Regierung. Rückkehr an die HfÖ bis zu deren Abwicklung im September 1991. Anschließend Mitbegründung eines Instituts für die Weiterbildung russischsprechender Wirtschaftsfachleute. Von 1994 bis 2002 direkt gewählte Abgeordnete des Deutschen Bundestages mit den Arbeitsschwerpunkten Wirtschaft und Haushalt. Seit Ende 2002 freischaffende Publizistin vornehmlich zu Außenwirtschafts- und Transformationsproblemen. Ein 1992 im Aufbau Verlag Berlin veröffentlichter »Treuhandreport« erschien unter dem Titel »Die Lust am Eigentum« 1996 auch im Schweizer Orell Füssli Verlag Zürich und wurde auszugsweise ins Koreanische übersetzt. Von 2002 bis 2014 Kuratoriumsvorsitzende und anschließend Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Leibniz-Sozietät seit deren Gründung. 2017 und 2019 Wahl ins Kuratorium der Freunde der Leibniz-Sozietät.

Ursula Richter (1939–2023)

Geboren 1939 in Göttingen, studierte Malerei und Grafik an der Werkkunstschule Hannover und der Hochschule für Bildende Künste, Berlin. Ihre Professoren Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre waren eher »Selbstverwirklicher« als Lehrer und dem Abstrakten zugetan, die Schülerin verunsichert und bockig. Zeichnen und malen lernte sie eher beim Arbeiten für die Anatomie in Hannover, beim eigenen Naturstudium, beim Experimentieren mit Malgründen und Farben.

Auch wenn das Leben in einer Familie mit drei Kindern, politisches Engagement und das Arbeiten in anderen Berufen (z. B. Erzieherin/Redakteurin der von der Sozialistischen Kinderorganisation »Junge Pionier« herausgegebenen Zeitschrift »Willibald«) die eigene künstlerische Arbeit zeitweise erschwerten, blieb sie doch als Anspruch immer da. Seit 1988 stand sie wieder im Mittelpunkt, neben dem politischen Engagement als Kommunistin in der Friedens- und Antifabewegung. Beide Themen ziehen sich als Anmerkungen und Reflexionen durch viele ihrer Bilder.

»Von etabliertem Kunst- und Kulturbetrieb und Markt wurde die gegenständliche Malerei lange Zeit totgesagt, erst in den letzten Jahren findet ein Umdenken statt. Allerdings liebt man diese neu entdeckte Gegenständlichkeit vor allem um ihrer selbst willen. Engagierte Malerei bleibt nach wie vor eher in der Nische. Darin habe ich mich eingerichtet, fühle mich nach

wie vor von der sichtbaren Welt und von den gesellschaftlichen Zuständen, die sie bewegen, herausgefordert.« Schreibt Ula Richter auf ihrer Webseite (www.ularichter.de)

»Die Leichtigkeit und Flüchtigkeit der Wolken, ihre heitere oder bedrohliche Gestalt, im Winde wehende schwarze und rote Fähnchen sind Beobachtungs- und Malgegenstand ebenso wie die Menschen, mit denen ich lebe oder die Dinge des täglichen Lebens, das Brot, die Rosen, der Wein ...

So wie mich der Protest gegen den Vietnamkrieg in den 60er und 70er Jahren politisierte, sind es die heutigen Kriege, die die eine Weltmacht USA und ihre Verbündeten für Öl und Gas, für das Besetzen der geostrategisch wichtigsten Regionen der Erde entfesseln, die mich auf die Straße, aber auch vor die Staffelei treiben. Und es sind die deutschen Verhältnisse, ihr Rassismus und Neofaschismus, die mich politisch und künstlerisch beschäftigen.

Die Schönheit der Welt und ihre außerordentliche Bedrohung sind das Spannungsfeld, das mich beim Malen treibt, es sichtbar zu machen ein immer neuer Versuch.«

Ursula Richter lebte und arbeitet seit 1975 in Dortmund, wo ihre Werke und ihr Wirken auch einen festen Platz in der Kunst- und Literaturhalle der UZ-Pressesfeste und in der »Perle vom Borsigplatz« hatten.

Dietmar Dath

Gentzen oder: Betrunken aufräumen

Kalkülroman

M&S 2021,

604 Seiten, 26,- Euro



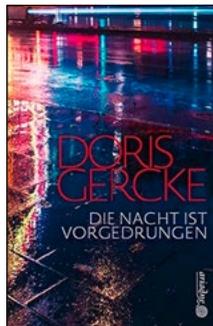
Doris Gercke

Die Nacht ist vorgegrungen

Kriminalroman

Ariadne 2021,

256 Seiten, 18,- Euro



Domenico Losurdo

Der Kommunismus

Geschichte, Erbe
und Zukunft

PapyRossa 2023,

260 Seiten, 24,- Euro



Kai Degenhardt

Wessen Morgen ist der Morgen

Arbeiterlied und
Arbeiterkämpfe in
Deutschland

PapyRossa 2023,

215 Seiten, 16,90 Euro



Thomas Metscher

Sein und Bewusstsein

Ontologische
Reflexionen

Mangroven 2023,

338 Seiten, 25,- Euro



Hannes Hofbauer/
Stefan Kraft (Hg.)

Kriegsfolgen

Wie der Kampf um
die Ukraine die Welt
verändert

Promedia 2023,

255 Seiten, 23,- Euro



Marxistischen Blätter empfohlen

Marlon Grohn

Hass von oben, Hass von unten

Klassenkampf
im Internet

Das neue Berlin 2021,
176 Seiten, 12,- Euro



Dietmar Dath/
Marlon Grohn (Hrg.)

Hegel to go

Vernünftige Zitate,
to go

Verlag Neues Leben
2020, 112 Seiten,
7,- Euro



Annette Schlemm

Climate Engineering

Wie wir uns techno-
logisch zu Tode siegen,
statt die Gesellschaft
zu revolutionieren

Mandelbaum 2023,
264 Seiten, 20,-Euro

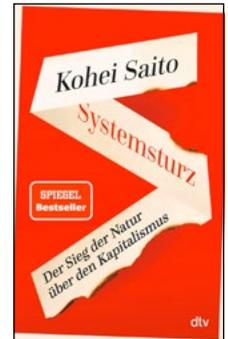


Kohei Saito

Systemsturz

Der Sieg der Natur
über den Kapitalismus

DTV 2023, 320 Seiten,
25,- Euro



Katja Hoyer

Diesseits der Mauer

Eine neue Geschichte
der DDR

Hoffman und Campe
2023, 576 Seiten,
28,- Euro



Mike Schmeitzner

Die Diktatur des Proletariats

Begriff-Staat-Revision

Nomos 2022,
290 Seiten, 59,- Euro



Neue Impulse Verlag
Hoffnungstraße 18 | 45127 Essen
Tel.: +49 | 201 | 236757
info@neue-impulse-verlag.de
www.neue-impulse-verlag.de



NEUE IMPULSE VERLAG

Jetzt abonnieren ...

Hiermit bestelle ich

- ein befristetes Testabonnement (2 Ausgaben für 18 €) ohne automatische Verlängerung
- ein Abonnement für mindestens 8 Ausgaben
- ein Geschenkabonnement für mindestens 4 Ausgaben
 - zum **Normalpreis** von 54 €/Jahr
 - zum **ermäßigtem Preis** von 38 €/Jahr
 - zum **Förderpreis** von 100 €/Jahr
- Abo plus ePDF** zum Normalpreis von 64 €/Jahr
- Abo plus ePDF** zum ermäßigten Preis von 48 €/Jahr

Neue Abo-Möglichkeit!

Name, Vorname _____ Alter _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon, E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

** Das Abonnement verlängert sich um weitere 4 Ausgaben, wenn es nicht bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes schriftlich beim Neue Impulse Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen oder per E-Mail info@neue-impulse-verlag.de gekündigt wird.

Widerrufsbelehrung

Ich bin berechtigt, diese Abo-Bestellung binnen 14 Tagen schriftlich beim Neue Impulse Verlag zu widerrufen.

Datum, Unterschrift _____

- Die Rechnung geht an die Lieferanschrift
- Die Rechnung geht abweichend von der Lieferanschrift an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon, E-Mail _____

- Die Rechnung soll abgebucht werden. Hiermit erteile ich dem Neue Impulse Verlag das Mandat, die Abo-Gebühren für die Zeitschrift ›Marxistische Blätter‹ sowie gegebenenfalls bestellte Bücher von meinem Giro-Konto abbuchen zu lassen. (**SEPA-Mandat**)

- Abo-Abbuchung jährlich
- Abo-Abbuchung halbjährlich

Kundennummer (wenn vorhanden) _____

Ihre IBAN _____ / _____ / _____ / _____ / _____ / _____

Ihre BIC _____

Unsere Gläubiger-ID **DE56ZZZ00000293744**

Die Abbuchung der Abo-Gebühren und der Buchrechnungen erfolgt jeweils zum Ersten eines Monats. Das Mandat endet automatisch mit der Beendigung des Abonnements.

Ort/Datum

Unterschrift